

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

LENIN

WERKE

22

HERAUSGEGEBEN AUF BESCHLUSS
DES IX. PARTEITAGES DER KPR(B) UND DES
II. SOWJETKONGRESSES DER UdSSR

DIE DEUTSCHE AUSGABE ERSCHEINT
AUF BESCHLUSS DES ZENTRALKOMITEES
DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI
DEUTSCHLANDS

INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS BEIM ZK DER KPdSU

W.I. LENIN

WERKE

INS DEUTSCHE ÜBERTRAGEN
NACH DER VIERTEN RUSSISCHEN AUSGABE

DIE DEUTSCHE AUSGABE
WIRD VOM INSTITUT FÜR MARXISMUS-LENINISMUS
BEIM ZENTRALKOMITEE DER SED BESORGT



DIETZ VERLAG BERLIN

1971

W.I. LENIN

BAND 22

DEZEMBER 1915 – JULI 1916



DIETZ VERLAG BERLIN

1971

Russischer Originaltitel:

В. И. ЛЕНИН · СОЧИНЕНИЯ

2. Auflage · Dietz Verlag Berlin · 1. Auflage 1960

Printed in the German Democratic Republic · Alle Rechte vorbehalten

Lizenznummer 1

Gesamtherstellung: LVZ-Druckerei „Hermann Duncker“, Leipzig, III 18 138

ES 1 C · 5,50

VORWORT

Die in Band 22 enthaltenen Arbeiten schrieb W. I. Lenin von Dezember 1915 bis Juli 1916.

Den Band eröffnet das Werk „Neue Daten über die Entwicklungsgesetze des Kapitalismus in der Landwirtschaft. I. Folge. Kapitalismus und Landwirtschaft in den Vereinigten Staaten von Amerika“, in dem Lenin die antimarxistische Theorie von der nichtkapitalistischen Entwicklung der Landwirtschaft in der kapitalistischen Gesellschaft einer Kritik unterzieht.

Einen beträchtlichen Teil des Bandes nehmen Artikel ein, in denen Lenin die bolschewistischen Losungen und die Aufgaben des Proletariats während des imperialistischen Weltkriegs 1914–1918 begründet und erläutert und die offenen Sozialchauvinisten wie auch die Zentristen, diese verkappten Sozialchauvinisten, entlarvt. Zu diesen Artikeln gehören: „Der Opportunismus und der Zusammenbruch der II. Internationale“, „Über die Aufgaben der Opposition in Frankreich“, „Über den Frieden ohne Annexionen und die Unabhängigkeit Polens als Tageslosungen in Rußland“, „Wilhelm Kolb und Georgi Plechanow“, „Über das ‚Friedensprogramm‘“, „Vorschläge des Zentralkomitees der SDAPR an die zweite Sozialistische Konferenz“, „Über deutschen und nichtdeutschen Chauvinismus“ und andere.

Der Band enthält ferner das bedeutsame Werk „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, in dem Lenin eine marxistische Analyse des Imperialismus als der letzten Phase des Kapitalismus gibt und feststellt, daß „der Imperialismus der Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats“ ist. Auf Grund dieser Analyse entwickelte Lenin

die neue Theorie von der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus zunächst in einem einzeln genommenen kapitalistischen Land und der Unmöglichkeit des gleichzeitigen Sieges des Sozialismus in allen Ländern. Diese geniale Theorie formulierte Lenin in den beiden Artikeln „Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa“, verfaßt im August 1915, und „Das Militärprogramm der proletarischen Revolution“, geschrieben im Herbst 1916.

Das war eine neue Theorie der sozialistischen Revolution, die den Marxismus bereicherte und weiterentwickelte.

In den Thesen „Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ und in dem Artikel „Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung“ konkretisiert Lenin die Grundsätze des bolschewistischen Programms in der nationalen Frage. In dem Artikel „Über die Junius-Broschüre“ kritisiert er die politischen Fehler der linken Sozialdemokraten Deutschlands.

Zum erstenmal in den Werken W. I. Lenins werden in dem vorliegenden Band die Dokumente „Entwurf eines Beschlusses über die Einberufung der zweiten Sozialistischen Konferenz“, „Zur Konferenz am 24. April 1916. Delegations-Antrag“ und „Brief des Komitees der Auslandsorganisationen an die Sektionen der SDAPR“ veröffentlicht, in denen sich Lenins Kampf gegen die russischen und westeuropäischen Sozialchauvinisten, für die Festigung der bolschewistischen Partei und für den Zusammenschluß der internationalistischen Elemente in der internationalen Arbeiterbewegung widerspiegelt.

NEUE DATEN ÜBER DIE
ENTWICKLUNGSGESETZE DES KAPITALISMUS
IN DER LANDWIRTSCHAFT

I. Folge
Kapitalismus und Landwirtschaft
in den Vereinigten Staaten von Amerika¹

*Geschrieben im Jahre 1915.
Zuerst veröffentlicht 1917 als
Broschüre im Verlag „Šišn i Snanije“
(Leben und Wissen).*

Nach dem Manuskript.

Книгоиздательство „ЖИЗНЬ и ЗНАНИЕ“
Петроградъ, Поварской пер., д. 2. кв. 9 и 10. Телефонъ 227-42.

Библиотека Обществольдвннн. Кн. 42-ая.

В. ИЛЪИНЪ (Н. Ленинъ).

НОВЫЯ ДАННЫЯ
О ЗАКОНАХЪ РАЗВИТІЯ КАПИТАЛИЗМА
ВЪ ЗЕМЛЕДѢЛІИ.

—
ВЫПУСКЪ I.

Капитализмъ и земледѣліе въ Соед. Штатахъ Америки.



ПЕТРОГРАДЪ.

1917.

Umschlag von W. I. Lenins Buch „Neue Daten über die Entwicklungsgesetze
des Kapitalismus in der Landwirtschaft. I. Folge.

Kapitalismus und Landwirtschaft in den Vereinigten Staaten von Amerika“

1917

Verkleinert

Das fortgeschrittenste Land des modernen Kapitalismus ist für das Studium der sozialökonomischen Struktur der modernen Landwirtschaft und ihrer Entwicklung von besonderem Interesse. Die Vereinigten Staaten haben keinen ebenbürtigen Rivalen, weder im Tempo der Entwicklung des Kapitalismus gegen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch in der von ihnen bereits erreichten Höhe seiner Entwicklung, weder in der gewaltigen Ausdehnung der Bodenfläche, auf der eine nach dem letzten Wort der Wissenschaft vervollkommnete Technik, die der großartigen Mannigfaltigkeit der natürlichen und geschichtlichen Bedingungen Rechnung trägt, angewandt wird, noch in der politischen Freiheit und dem kulturellen Niveau der Bevölkerungsmassen. Dieses Land ist in vieler Hinsicht das Vorbild und Ideal unserer bürgerlichen Zivilisation.

Eine Untersuchung der Formen und Gesetze der Entwicklung der Landwirtschaft läßt sich hier um so leichter anstellen, als in den Vereinigten Staaten alle zehn Jahre eine Volkszählung („census“) durchgeführt wird, die mit einer überaus detaillierten Statistik aller gewerblichen und landwirtschaftlichen Betriebe verbunden ist. Das ergibt ein so exaktes und reiches Material, wie es kein anderes Land der Welt aufweist, ein Material, das erlaubt, eine ganze Reihe landläufiger, theoretisch größtenteils nachlässig formulierter und kritiklos übernommener Behauptungen zu überprüfen, die gewöhnlich bürgerliche Anschauungen und Vorurteile zum Ausdruck bringen.

Im Juniheft der „Sawety“² von 1913 führte Herr Himmer einige Daten aus der letzten, der dreizehnten, Volkszählung vom Jahre 1910 an

und wiederholte, auf sie gestützt, zum soundsovielten Mal die allerlandläufigste, sowohl ihrer theoretischen Grundlage als auch ihrer politischen Bedeutung nach durch und durch bürgerliche Behauptung, daß in „den Vereinigten Staaten die überwiegende Mehrzahl der Farmen *Arbeitswirtschaften* sind“, daß sich „in den höher entwickelten Gebieten der landwirtschaftliche Kapitalismus zersetzt“, daß in „den weitaus meisten Gegenden des Landes“ „der auf eigener Arbeit beruhende landwirtschaftliche Kleinbetrieb sein Herrschaftsgebiet ausdehnt“, daß gerade „in den Gebieten mit älterer Kultur und höherer wirtschaftlicher Entwicklung“ „die kapitalistische Landwirtschaft zerfällt, die Produktion zersplittert und zerbröckelt“, daß es „keine solchen Gebiete gibt, wo der Kolonisationsprozeß nicht mehr vor sich ginge, die großkapitalistische Landwirtschaft aber sich nicht zersetze und von der Arbeitswirtschaft nicht verdrängt würde“ usw. usf.

Alle diese Behauptungen sind grundfalsch. Sie stehen in direktem Gegensatz zur Wirklichkeit. Sie sind ein einziger Hohn auf die Wahrheit. Und es verlohnt um so mehr, sich eingehend mit der Aufdeckung ihrer Fehlerhaftigkeit zu befassen, als Herr Himmer nicht der erstbeste, nicht der zufällige Verfasser eines zufälligen Zeitschriftenartikels ist, sondern einer der bekanntesten unter den Ökonomen, die die am meisten demokratische und am weitesten linke *bürgerliche* Richtung des gesellschaftlichen Denkens in Rußland und Europa vertreten. Gerade deshalb können die Ansichten des Herrn Himmer – und unter den nichtproletarischen Bevölkerungsschichten haben sie es zum Teil schon getan – besonders weite Verbreitung und Einfluß gewinnen. Denn es handelt sich hier nicht um seine persönlichen Auffassungen, nicht um seine individuellen Fehler, sondern um einen lediglich besonders demokratisch zu rechtgestützten, besonders mit scheinsozialistischen Phrasen verbrämten Ausdruck *allgemeinbürgerlicher* Anschauungen, zu denen unter den Verhältnissen der kapitalistischen Gesellschaft sowohl der amtlich bestallte Professor, der ausgetretene Wege geht, als auch der kleine Landwirt, der aus Millionen seinesgleichen durch seine Einsicht herausragt, am allerleichtesten gelangen.

Die Theorie der nichtkapitalistischen Entwicklung der Landwirtschaft in der kapitalistischen Gesellschaft, wie sie von Herrn Himmer verfochten wird, ist im Grunde genommen die Theorie der gewaltigen Mehrheit

der bürgerlichen Professoren, der bürgerlichen Demokraten und der Opportunisten in der Arbeiterbewegung der ganzen Welt, d. h. der neuesten Spielart eben der bürgerlichen Demokraten. Es läßt sich ohne Übertreibung sagen, daß diese Theorie eine Illusion, ein Hirngespinnst, ein Selbstbetrug der ganzen bürgerlichen Gesellschaft ist. In der weiteren Darstellung, die der Widerlegung dieser Theorie gewidmet ist, werde ich mich bemühen, ein Gesamtbild des Kapitalismus in der amerikanischen Landwirtschaft zu geben, denn einer der Hauptfehler der bürgerlichen Ökonomen besteht darin, daß sie einzelne Tatsachen und Zahlen, erhebliche wie unerhebliche, aus dem allgemeinen Zusammenhang der politisch-ökonomischen Verhältnisse herausreißen. Alle Angaben sind offiziellen statistischen Veröffentlichungen der Vereinigten Staaten von Amerika entnommen, hauptsächlich dem *fünften* Band der 12. Volkszählung von 1900 und dem *fünften* Band der 13. Volkszählung von 1910, die beide der Landwirtschaft gewidmet sind*, sowie dem „Statistischen Jahrbuch“ (Statistical Abstract of the United States) für das Jahr 1911. Nachdem ich diese Quellen angegeben habe, sehe ich im weiteren davon ab, bei jeder einzelnen Zahl Seite und Tabelle anzugeben; das würde den Leser belasten und den Text unnötigerweise überladen; denn wer sich dafür interessiert, wird die entsprechenden Angaben an Hand des Inhaltsverzeichnisses der genannten Veröffentlichungen ohne Mühe finden.

1. ALLGEMEINE CHARAKTERISTIK DER DREI HAUPTGEBIETE DAS KOLONISATIONSGEBIET IM WESTEN UND DIE HOMESTEADS**

Die riesige Bodenfläche der Vereinigten Staaten, die der von ganz Europa nur wenig nachsteht, und die große Mannigfaltigkeit der Wirtschaftsverhältnisse in den verschiedenen Teilen des Landes machen eine

* Census Reports. Twelfth Census 1900. Vol. V. Agriculture. Wash. 1902. – Thirteenth Census of the United States, taken in the year 1910. Vol. V. Agriculture. Wash. 1913.

** Wörtlich: Heimstätten – Bauernstellen für Neusiedler: *Der Übers.*

gesonderte Untersuchung der Hauptgebiete, die sich ökonomisch wesentlich voneinander unterscheiden, unbedingt notwendig. Die amerikanischen Statistiker haben das Land 1900 in fünf und 1910 in neun Gebiete eingeteilt: 1. Neuengland – die sechs Staaten im Nordosten, an der Küste des Atlantischen Ozeans (Maine, New Hampshire, Vermont, Massachusetts, Rhode Island und Connecticut); 2. die Mittelatlantischen Staaten (New York, New Jersey und Pennsylvania), diese beiden Gebiete zusammen bildeten 1900 das „Nordatlantische Gebiet“; 3. die Nordöstlichen Zentralstaaten (Ohio, Indiana, Illinois, Michigan und Wisconsin); 4. die Nordwestlichen Zentralstaaten (Minnesota, Iowa, Missouri, Nord- und Süd-Dakota, Nebraska und Kansas), diese beiden Gebiete bildeten 1900 das „Nördliche Zentralgebiet“; 5. die Südatlantischen Staaten (Delaware, Maryland, Distrikt Columbia, Virginia und West-Virginia, Nord- und Süd-Carolina, Georgia und Florida), die auch 1900 ein besonderes Gebiet bildeten; 6. die Südöstlichen Zentralstaaten (Kentucky, Tennessee, Alabama und Mississippi); 7. die Südwestlichen Zentralstaaten (Arkansas, Oklahoma, Louisiana und Texas), diese beiden Gebiete bildeten 1900 das „Südliche Zentralgebiet“; 8. die Gebirgsstaaten (Montana, Idaho, Wyoming, Colorado, Neu-Mexiko, Arizona, Utah und Nevada); 9. die Pazifischen Staaten (Washington, Oregon und Kalifornien), diese beiden Gebiete bildeten 1900 das „Westgebiet.“

Die überaus große Buntheit dieser Einteilung veranlaßte die amerikanischen Statistiker, diese Gebiete 1910 in drei große Gebiete zusammenzufassen: den Norden (1–4), den Süden (5–7) und den Westen (8–9). Wie wir sogleich sehen werden, ist diese Einteilung in drei Hauptgebiete wirklich äußerst wichtig und dem Wesen nach unerläßlich, obgleich natürlich auch hier, wie überall, Übergangstypen vorhanden sind und wir Neuengland mit den Mittelatlantischen Staaten in einigen grundlegenden Fragen gesondert betrachten müssen.

Um den grundlegenden Unterschied zwischen den drei Hauptgebieten zu kennzeichnen, können wir sie nennen: den *industriellen* Norden, den *ehemals sklavenhaltenden* Süden und den noch in der *Kolonisation* befindlichen Westen.

Hier die Angaben über die Flächenausmaße, den Prozentsatz des bearbeiteten Bodens und die Bevölkerung:

Gebiete	Bodenfläche in Mill. Acres	Davon bearbeitet in %	Bevölkerung (1910) in Mill.
Norden	588	49 %	56
Süden	562	27 %	29
Westen	753	5 %	7
Vereinigte Staaten insgesamt	1903	25 %	92

Was die Flächenausmaße anbelangt, so sind der Norden und der Süden einander annähernd gleich, während der Westen eine fast andert-halbmal so große Fläche aufweist wie jedes dieser beiden Gebiete. Doch ist die Bevölkerungszahl im Norden achtmal so groß wie im Westen. Der Westen ist eigentlich fast unbesiedelt. Mit welcher Schnelligkeit indes seine Besiedlung vor sich geht, ist daraus zu ersehen, daß in den 10 Jahren von 1900 bis 1910 die Bevölkerung im Norden um 18%, im Süden um 20%, im Westen aber um 67% zugenommen hat! Die Zahl der Farmen hat sich im Norden fast überhaupt nicht vergrößert: 2 874 000 im Jahre 1900 und 2 891 000 im Jahre 1910 (+ 0,6%); im Süden ist sie um 18%, von 2,6 auf 3,1 Millionen, angewachsen, während sie im Westen um 54%, von 243 000 auf 373 000, also auf mehr als das Anderthalbfache gestiegen ist.

In welcher Form die Besetzung des Bodens im Westen vor sich geht, ersieht man aus den Angaben über die *Homesteads* – Grundstücke von zumeist 160 Acres, d. h. etwa 65 Hektar Größe, die von der Regierung umsonst oder zu einem nominellen Preis abgegeben werden. Während des Jahrzehnts von 1901 bis 1910 betrug die Fläche der vergebenen Homesteads im Norden 55,3 Mill. Acres (davon 54,3 Mill., also mehr als 98%, in einem einzigen, nämlich im Nordwestlichen Zentralgebiet); im Süden 20,0 Mill. (davon entfallen 17,3 Mill. allein auf das Südwestliche Zentralgebiet) und im Westen 55,3 Mill. Acres, die sich auf die beiden Westgebiete verteilen. Demnach ist der Westen durchgängig ein Homestead-Gebiet, d. h. ein Gebiet mit unentgeltlicher Zuteilung freier Ländereien. Es ist dies etwas Ähnliches wie die auf Besitzergreifung fußende Bodennutzung in den entfernten Randgebieten Rußlands, nur mit dem Unterschied, daß sie nicht durch einen Fronherrenstaat, sondern demokratisch geregelt wird (fast hätte ich gesagt: volkstümlicher, denn die amerikanische Republik hat auf kapitalistische Manier die „volkstümliche“ Idee verwirklicht, freie Ländereien jedem zuzuweisen, der

darum einkommt). Im Norden und im Süden dagegen haben wir nur in je *einem* Gebiet Homesteads; diese Gebiete bilden gewissermaßen einen Übergangstypus zwischen dem unbesiedelten Westen und dem besiedelten Norden und Süden. Nebenbei sei bemerkt, daß nur in zwei Gebieten des Nordens, in Neuengland und im Mittelatlantischen Gebiet, im letzten Jahrzehnt überhaupt keine Zuweisung von Homesteads erfolgt ist. Auf diese beiden hochindustrialisierten Gebiete, in denen der Kolonisationsprozeß bereits gänzlich zum Stillstand gekommen ist, werden wir noch zurückkommen müssen.

Die angeführten Daten über die vergebenen Homesteads beziehen sich auf die ersten Vormerkungen für die Homesteads und nicht auf die endgültige Besitznahme der Grundstücke; über letztere stehen uns keine gebietsweisen Angaben zur Verfügung. Aber wenn auch die angeführten Daten, absolut genommen, zu hoch gegriffen sein sollten, so geben sie doch auf jeden Fall das Verhältnis zwischen den Gebieten genau wieder. Im Norden waren 1910 in Farmerbesitz 414 Mill. Acres, die Vormerkungen für Homesteads betragen also im letzten Jahrzehnt ungefähr ein Achtel dieser Fläche, im Süden ungefähr ein Siebzehtel (20 von 354) und im Westen die *Hälfte* (55 von 111)! Es wäre natürlich ein Hohn auf die Methoden wissenschaftlicher Forschung, wollte man die Angaben über die Gebiete, wo faktisch fast noch kein Privateigentum am Boden besteht, mit den Angaben über die Gebiete, wo sich aller Boden in fester Hand befindet, in einen Topf werfen.

Amerika bestätigt besonders anschaulich die von Marx im dritten Band des „Kapitals“⁹³ hervorgehobene Tatsache, daß der Kapitalismus in der Landwirtschaft nicht von der *Form* des Grundeigentums und der Bodennutzung abhängt. Das Kapital findet mittelalterlichen und patriarchalischen Grundbesitz der verschiedensten Art vor: sowohl feudalen Grundbesitz und „bäuerlichen Anteilbesitz“ (d. h. abhängiges bäuerliches Eigentum) als auch Clan-, Markgemeinschafts-, Staatseigentum usw. Das Kapital ordnet sich alle diese Arten des Grundbesitzes unter, doch in verschiedener Form, auf verschiedene Weise. Wäre die landwirtschaftliche Statistik gut durchdacht und vernünftigt aufgestellt, so müßte sie ihre Untersuchungsmethoden, das Verfahren bei der Gruppierung usw. entsprechend den *Formen* ändern, unter denen der Kapitalismus in die Landwirtschaft eindringt. Sie müßte zum Beispiel die Homesteads

gesondert betrachten und ihr wirtschaftliches Schicksal verfolgen. Leider herrscht in der Statistik allzu häufig bloße Routine, gedankenlose und schablonenhafte Wiederholung einförmiger Methoden.

Wie extensiv die Landwirtschaft im Westen im Vergleich zu anderen Gebieten betrieben wird, ist unter anderem auch aus den Angaben über die Höhe der Aufwendungen für künstliche Düngemittel ersichtlich. Diese Aufwendungen betragen 1909 pro Acre bearbeiteten Bodens im Norden 13 Cents (0,13 Dollar), im Süden 50, im Westen nur 6 Cents. Die enorm hohe Zahl des Südens erklärt sich daraus, daß die Baumwollkultur, die im Süden an vorderster Stelle steht, viel Düngung erheischt; Baumwolle zusammen mit Tabak ergeben hier 46,8% des Wertes aller landwirtschaftlichen Produkte, Getreide nur 29,3% und Heu und Futterpflanzen 5,1%. Im Norden dagegen steht an erster Stelle Getreide mit 62,6%, dann folgen Heu und Futterpflanzen mit 18,8%, wobei die Anbaugräser überwiegen. Im Westen macht Getreide 33,1% des Wertes aller landwirtschaftlichen Produkte aus; Heu und Futterpflanzen ergeben 31,7%, wobei die Anbaugräser den Wiesengräsern den Vorrang abtreten. 15,5% des Gesamtwertes liefert der Obstbau, ein besonderer, an der Küste des Stillen Ozeans in schneller Entwicklung begriffener Zweig der warenproduzierenden Landwirtschaft.

2. DER INDUSTRIELLE NORDEN

Im Norden erreichte der Prozentsatz der Stadtbevölkerung im Jahre 1910 58,6% gegenüber 22,5% im Süden und 48,8% im Westen. Die Rolle der Industrie ist aus den folgenden Angaben ersichtlich:

	Produktenwert (in Milliarden Dollar)				Zahl der Industriearbeiter (in Millionen)
	Aderbau	Viehzucht	Insgesamt	Industrie abzüglich des Wertes des Rohmaterials	
Norden	3,1	2,1	5,2	6,9	5,2
Süden	1,9	0,7	2,6	1,1	1,1
Westen	0,5	0,3	0,8	0,5	0,3
Vereinigte Staaten insgesamt	5,5	3,1	8,6	8,5	6,6

Die Gesamtsumme des Wertes der landwirtschaftlichen Produkte, die sich hier ergibt, ist zu hoch, weil ein Teil der Ackerbauprodukte, z. B. das Viehfutter, im Wert der Viehzuchtprodukte noch einmal erscheint. Doch läßt sich auf jeden Fall der unwiderlegliche Schluß ziehen, daß ungefähr fünf Sechstel der ganzen amerikanischen Industrie im Norden konzentriert sind und daß dort die Industrie über die Landwirtschaft dominiert. Der Süden und der Westen dagegen tragen vorwiegend agrarischen Charakter.

Wie aus den vorstehenden Daten ersichtlich ist, unterscheidet sich der Norden vom Süden und Westen durch eine relativ weit höhere Entwicklung der Industrie, die der Landwirtschaft einen Markt verschafft und ihre Intensivierung bedingt. Doch der in diesem Sinne „industrielle“ Norden bleibt nichtsdestoweniger der Hauptproduzent landwirtschaftlicher Produkte. Mehr als die Hälfte der gesamten landwirtschaftlichen Produktion, ungefähr drei Fünftel, ist im Norden konzentriert. Um wieviel intensiver die Landwirtschaft im Norden im Vergleich zu den übrigen Gebieten betrieben wird, kann man aus den folgenden Angaben über den Wert des gesamten landwirtschaftlichen Besitzes – Land, Gebäude, Geräte, Maschinen und Vieh –, umgerechnet auf 1 Acre Boden, ersehen: 1910 betrug dieser Wert im Norden 66 Dollar gegenüber 25 im Süden und 41 im Westen. Der Wert der Geräte und Maschinen allein betrug pro Acre 2,07 Dollar im Norden, 0,83 im Süden und 1,04 im Westen.

Dabei heben sich Neuengland und das Mittelatlantische Gebiet von den anderen Gebieten deutlich ab. Wie schon gesagt, gibt es hier keine Kolonisation. Die Zahl der Farmen hat von 1900 bis 1910 absolut abgenommen, ebenso die Menge des bearbeiteten Bodens wie auch die Gesamtbodenfläche der Farmen. Nach der Berufsstatistik sind hier nur 10% der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt gegenüber 33% im Durchschnitt der ganzen Vereinigten Staaten, 25–41% in den übrigen Gebieten des Nordens und 51–63% im Süden. Auf Getreide entfallen hier im ganzen 6–25% der Anbaufläche (der Durchschnitt für die Vereinigten Staaten beträgt 40%, für den Norden 46%), auf Futterpflanzen (hauptsächlich Anbaugräser) 52–29% (gegenüber 15% und 18%), auf Gemüsebau 4,6–3,8% (gegenüber 1,5% und 1,5%). Dieses Gebiet hat die intensivste Agrikultur. 1909 wurden hier auf 1 Acre bearbeiteten Bodens durchschnittlich 1,30 und 0,62 Dollar für Düngung

ausgegeben. Die erste Zahl ist die Maximalzahl, die zweite wird nur von einem einzigen Gebiet im Süden übertroffen. Der Durchschnittswert der Geräte und Maschinen pro Acre bearbeiteten Bodens beträgt 2,58 und 3,88 Dollar; das sind Maximalzahlen für die Vereinigten Staaten. In der weiteren Darlegung werden wir sehen, daß sich diese hochindustrialisierten Gebiete des industriellen Nordens nicht nur durch die größte Intensität der Agrikultur, sondern auch durch den ausgeprägtesten kapitalistischen Charakter der Landwirtschaft auszeichnen.

3. DER EHEMALS SKLAVENHALTENDE SÜDEN

Die Vereinigten Staaten von Amerika, schreibt Herr Himmer, sind „ein Land, das den Feudalismus niemals gekannt hat und von seinen ökonomischen Überresten nichts weiß“ (S. 41 des genannten Artikels). Das genaue Gegenteil dieser Behauptung ist wahr, denn die ökonomischen Überreste der *Sklaverei* unterscheiden sich in gar nichts von den Überresten des Feudalismus, und in dem ehemals sklavenhaltenden Süden der Vereinigten Staaten sind diese Überreste *auch heute noch sehr stark*. Es würde nicht lohnen, bei diesem Irrtum des Herrn Himmer zu verweilen, wenn man ihn nur als einen Fehler in einem schnell hingeworfenen Zeitschriftenartikel betrachten könnte. Doch die ganze liberale und die ganze Volkstümlerliteratur Rußlands beweist, daß genau der gleiche „Fehler“ systematisch und mit ungewöhnlicher Hartnäckigkeit auch hinsichtlich des russischen Systems der *Abarbeit* – unseres Überrestes des Feudalismus – begangen wird.

Der Süden der Vereinigten Staaten war das Gebiet der Sklavenhalter, bis der Bürgerkrieg von 1861 bis 1865 die Sklaverei hinwegfegte. Heute noch beträgt die Zahl der Neger, die in den Nord- und Westgebieten 0,7–2,2% der Bevölkerung nicht übersteigt, im Süden 22,6 bis 33,7% der Gesamtbevölkerung. Der durchschnittliche Prozentsatz der Neger in den ganzen Vereinigten Staaten beträgt 10,7% der Bevölkerung. Über die gedrückte Lage der Neger braucht man kein Wort zu verlieren; die amerikanische Bourgeoisie ist in dieser Beziehung um nichts besser als die Bourgeoisie anderer Länder. Nachdem sie die Neger „befreit“ hatte, verstand sie es, auf der Grundlage des „freien“ und republika-

nisch-demokratischen Kapitalismus alles mögliche wiederherzustellen, alles mögliche und unmögliche zu tun, um die Neger auf die schamloseste und gemeinste Art und Weise zu unterdrücken. Um das Kultur-niveau zu kennzeichnen, genügt der Hinweis auf eine kleine statistische Tatsache. Während 1900 die Zahl der Analphabeten unter der weißen Bevölkerung der Vereinigten Staaten (im Alter von 10 und mehr Jahren) 6,2% betrug, war der Prozentsatz unter den Negern 44,5%!! Also mehr als das Siebenfache!! Im Norden und im Westen betrug der Prozentsatz der Analphabeten 4–6% (1900), im Süden 22,9–23,9%!! Man kann sich unschwer vorstellen, welche Summe von Tatsachen auf dem Gebiet der Rechts- und Lebensverhältnisse dieser schmachvollen Tatsache aus dem Gebiet der Volksbildung entspricht.

Auf welcher ökonomischen Grundlage aber entstand und hält sich dieser reizende „Überbau“?

Auf einer typisch russischen Grundlage, auf dem „echt russischen“ *Abarbeitssystem*, nämlich: der *Teilpacht*.

Im Jahre 1910 gehörten 920 883 Farmen oder 14,5% aller Farmen Negern. Von der Gesamtzahl der Farmer waren 37,0% Pächter und 62,1% Eigentümer; die übrigen 0,9% der Farmen unterstanden Verwaltern. Aber bei den Weißen beträgt der Prozentsatz der Pächter 39,2%, bei den Negern dagegen 75,3%! Der Typus des weißen Farmers in Amerika ist der Besitzer von Eigenland; der Typus des Negerfarmers ist der Pächter. Im Westen beläuft sich der Prozentsatz der Pächter auf nur 14,0% – es ist dies das Kolonisationsgebiet mit neuem, freiem Boden, das Eldorado (ein kurzfristiges und unsicheres Eldorado) des kleinen „selbständigen Landwirts“. Im Norden beträgt der Prozentsatz der Pächter 26,5%, im Süden 49,6%! Die Hälfte der Farmer im Süden sind Pächter.

Aber damit nicht genug, haben wir es überhaupt nicht mit Pächtern im europäischen, zivilisierten, modern kapitalistischen Sinne zu tun. Wir haben hier vorwiegend halbfeudalistische oder, was in ökonomischer Beziehung dasselbe bedeutet, halbversklavte *Teilpächter* vor uns. Im „freien“ Westen bilden die Teilpächter die Minderheit unter den Pächtern (25 000 von 53 000). Im alten, längst besiedelten Norden sind von 766 000 Pächtern 483 000 Teilpächter, also 63%; im Süden sind von 1 537 000 Pächtern 1 021 000 oder 66% *Teilpächter*.

Im freien, republikanisch-demokratischen Amerika gab es 1910 1½ Millionen Teilpächter, darunter *mehr als eine Million Neger*. Und die Zahl der Teilpächter nimmt im Verhältnis zur Gesamtzahl der Farmer nicht ab, sondern wächst unaufhaltsam und ziemlich schnell. Im Jahre 1880 belief sich der Prozentsatz der Teilpächter im Verhältnis zur Gesamtzahl aller Farmer in den Vereinigten Staaten auf 17,5%, 1890 auf 18,4%, 1900 auf 22,2% und 1910 auf 24,0%.

„Im Süden“, so lesen wir im Resümee der amerikanischen Statistiker zur Volkszählung von 1910, „waren die Verhältnisse von denen im Norden immer etwas verschieden, und viele Pächterfarmen sind Teile von Plantagen, die von beträchtlichem Umfang sind und aus der Zeit vor dem Bürgerkrieg herrühren.“ Im Süden „trat das System des Wirtschaftens mit Pächtern, hauptsächlich Negern, an die Stelle des Wirtschaftens vermittelt Sklavenarbeit“. „Die Entwicklung des Pachtsystems ist am augenfälligsten im Süden, wo die großen Plantagen, die früher durch Sklavenarbeit bewirtschaftet worden waren, in vielen Fällen in kleine Parzellen aufgeteilt und verpachtet wurden . . . Diese Plantagen werden in vielen Fällen heute noch im wesentlichen als landwirtschaftliche Einheiten bestellt, und die Pächter sind in hohem Grade einer Aufsicht unterworfen, die der auf den Farmen des Nordens gegenüber den Lohnarbeitern üblichen mehr oder weniger ähnlich ist“ (das genannte Werk, Bd. V, 102, 104).

Zur Charakteristik des Südens muß noch hinzugefügt werden, daß die Bevölkerung von dort in andere kapitalistische Gebiete und in die Städte abwandert, ebenso wie in Rußland die Bauern aus den rückständigsten Gouvernements, den landwirtschaftlichen Zentralgouvernements, wo sich die Überreste der Leibeigenschaft am stärksten erhalten haben, aus dem Herrschaftsbereich der Knüppel-Markow* in kapitalistisch entwickeltere Gebiete Rußlands, in die Hauptstädte, in die industriellen Gouvernements und nach dem Süden abwandern. (Siehe „Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland“**.) Das Gebiet der Teilpacht ist in Amerika ebenso wie in Rußland das Gebiet der größten Stagnation, der stärksten Unterdrückung und Knechtung der werktätigen Massen.

* Knüppel-Markow – Spitzname des Dumaabgeordneten N. J. Markow, eines Führers der Schwarzhunderter und Pogromhetzers. *Der Übers.*

** Siehe Werke, Bd. 3, S. 606–611. *Die Red.*

Die Einwanderer in Amerika, die in der Wirtschaft des Landes und in seinem ganzen öffentlichen Leben eine so hervorragende Rolle spielen, meiden den Süden. Im Jahre 1910 waren 14,5% der Bevölkerung außerhalb Amerikas geboren. Im Süden jedoch beträgt dieser Prozentsatz nur 1,0–4,0% für die einzelnen Gebiete, während in den übrigen Gebieten des Landes die Eingewanderten nicht weniger als 13,9% und bis zu 27,7% (Neuengland) ausmachen. Abgeschlossenheit, Rückständigkeit, Stickleit, eine Art Gefängnis für die „befreiten“ Neger – das ist der amerikanische Süden. Hier ist die Seßhaftigkeit der Bevölkerung am stärksten, hier ist sie am festesten „an die Scholle gebunden“. Mit Ausnahme jenes Gebiets im Süden, wo eine beträchtliche Kolonisation stattfindet (Südwestliches Zentralgebiet), sind in den beiden anderen Gebieten des Südens 91–92% der Bevölkerung in demselben Gebiet geboren, in welchem sie leben, während allgemein in Amerika dieser Prozentsatz 72,6% beträgt, die Fluktuation der Bevölkerung also viel größer ist. Im Westen, der durchweg Kolonisationsgebiet ist, sind nur 35–41% der Bevölkerung in dem Gebiet geboren, in welchem sie leben.

Aus den beiden Gebieten des Südens, die keine Kolonisation kennen, fliehen die Neger: in den zwischen den beiden letzten Volkszählungen liegenden 10 Jahren haben diese beiden Gebiete an andere Landstriche fast 600 000 Angehörige der „schwarzen“ Bevölkerung abgegeben. Die Neger wandern hauptsächlich in die Städte; im Süden leben 77–80% aller Neger auf dem Lande, in den übrigen Gebieten dagegen nur 8–32%. Die ökonomische Lage der Neger in Amerika und die der „ehemaligen Guts“bauern im zentralen Landwirtschaftsgebiet Rußlands erweist sich als ganz erstaunlich gleichartig.

4. DIE DURCHSCHNITTSGRÖSSE DER FARMEN DIE „ZERSETZUNG DES KAPITALISMUS“ IM SÜDEN

Nachdem wir die grundlegenden Unterscheidungsmerkmale der drei Hauptgebiete der Vereinigten Staaten und den allgemeinen Charakter der wirtschaftlichen Verhältnisse untersucht haben, können wir zur Analyse des Materials übergehen, mit dem gewöhnlich operiert wird. Hierher gehören vor allem die Angaben über die Durchschnittsgröße der

Farmen. Auf Grund dieser Angaben kommen sehr viele Ökonomen, darunter auch Herr Himmer, zu den kühnsten Schlüssen.

Durchschnittsgröße der Farmen in den Vereinigten Staaten:		
Jahr	Gesamte Bodenfläche	Bearbeitete Bodenfläche (in Acres)
1850	202,6	78,0
1860	199,2	79,8
1870	153,3	71,0
1880	133,7	71,0
1890	136,5	78,3
1900	146,2	72,2
1910	138,1	75,2

Im allgemeinen ergeben sich auf den ersten Blick eine Abnahme der Durchschnittsgröße der gesamten Bodenfläche und unbestimmte Veränderungen – bald Abnahme, bald Zunahme – in der Durchschnittsgröße der bearbeiteten Bodenfläche. Eine deutliche Grenze bildet aber die Periode von 1860 bis 1870, die wir deshalb auch durch einen Trennungsstrich kenntlich gemacht haben. In dieser Periode ist nämlich eine gewaltige *Abnahme* der durchschnittlichen Gesamtbodenfläche, und zwar um 46 Acres (199,2–153,3), sowie die stärkste, ebenfalls abwärts verlaufende Änderung (79,8–71,0) in der durchschnittlichen Größe der Anbaufläche zu konstatieren.

Woran liegt das? Offensichtlich am Bürgerkrieg in den Jahren 1861 bis 1865 und an der Aufhebung der Sklaverei. Den Latifundien der Sklavenhalter war ein entscheidender Schlag versetzt worden. Wir werden diese Tatsache weiter unten noch mehrfach bestätigt finden; übrigens ist sie so bekannt, daß man sich über die Notwendigkeit ihrer Bestätigung wundern muß. Betrachten wir die Daten über den Süden und über den Norden gesondert:

Jahr	Durchschnittsgröße der Farmen in Acres			
	Im Süden		Im Norden	
	Durchschn. Gesamtfläche	Durchschn. Anbaufläche	Durchschn. Gesamtfläche	Durchschn. Anbaufläche
1850	332,1	101,1	127,1	65,4
1860	335,4	101,3	126,4	68,3

Jahr	Durchschnittsgröße der Farmen in Acres			
	Im Süden		Im Norden	
	Durchschn. Gesamtfläche	Durchschn. Anbaufläche	Durchschn. Gesamtfläche	Durchschn. Anbaufläche
1870	214,2	69,2	117,0	69,2
1880	153,4	56,2	114,9	76,6
1890	139,7	58,8	123,7	87,8
1900	138,2	48,1	132,2	90,9
1910	114,4	48,6	143,0	100,3

Wir sehen, die Durchschnittsgröße der auf eine Farm entfallenden Anbaufläche hat von 1860 bis 1870 im Süden gewaltig *abgenommen* (101,3–69,2), während sie im Norden eine kleine *Aufwärtsbewegung* zeigt (68,3–69,2). Die Sache liegt also vor allem an den Entwicklungsbedingungen des Südens. Dort beobachten wir auch nach der Aufhebung der Sklaverei eine zwar langsame und nicht stetige, immerhin aber eine Abnahme der Durchschnittsgröße der Farmen.

„Der auf eigener Arbeit beruhende landwirtschaftliche Kleinbetrieb dehnt hier seinen Herrschaftsbereich aus“, folgert Herr Himmer, „während das Kapital die Landwirtschaft verläßt, um andere Anlagegebiete zu suchen . . .“ „Die ungestüme Zersetzung des agrarischen Kapitalismus in den Südatlantischen Staaten . . .“

Zu dieser absonderlichen Schlußfolgerung läßt sich, scheint es, nur eine Parallele finden: in den Betrachtungen unserer Volkstümler über die „Zersetzung des Kapitalismus“ in Rußland nach 1861 infolge des Übergangs der Gutsbesitzer vom System der Fronwirtschaft zum (halbfronwirtschaftlichen!) System der Abarbeit. Die Zerstückelung der Latifundien der Sklavenhalter heißt hier „Zersetzung des Kapitalismus“. Die Umwandlung des unbearbeiteten Bodens der Sklavenhalter von gestern in kleine Farmen der Neger, die zur Hälfte Teilpächter sind (erinnern wir uns, daß der Prozentsatz der Teilpächter von einer Volkszählung zur andern stetig *zunimmt!*), wird hier „Zersetzung des Kapitalismus“ genannt. Mehr kann man die Grundbegriffe der Wirtschaftswissenschaft nicht verdrehen!

Im 12. Kapitel des erläuternden Textes zur Volkszählung von 1910 brachten die amerikanischen Statistiker Angaben über die typischen „Plantagen“ im Süden – aus unserer Zeit, nicht etwa aus der Zeit der

Sklaverei. Auf 39 073 Plantagen haben wir 39 073 „Herrenfarmen“ (landlord farms) und 398 905 Pächterfarmen. Im Durchschnitt kommen also 10 Pächter auf einen „Herrn“, einen „Gutsbesitzer“ oder „Landlord“. Die durchschnittliche Größe der Plantagen beträgt 724 Acres. Davon sind nur 405 Acres bearbeiteter Boden, auf eine Plantage kommen mehr als 300 Acres unbearbeiteten Bodens. Kein übler Vorrat für die künftigen Ausbeutungspläne der Herren Sklavenhalter von gestern . . .

Die Bodenverteilung bei den mittleren Plantagen ist wie folgt: die „Herrenfarm“ hat 331 Acres Land, von denen 87 bearbeitet werden. Auf die „Pächter“farmen, d. h. auf die Parzellen der Neger, die Teilpächter sind und nach wie vor für den „Herrn“ und unter seiner Aufsicht arbeiten, entfallen durchschnittlich 38 Acres Boden, von denen 31 Acres bearbeitet werden.

Die ehemaligen Sklavenhalter des Südens, die ungeheure Latifundien besitzen, deren Boden auch heute noch zu mehr als neun Zehnteln unbearbeitet bleibt, gehen in dem Maße, wie die Bevölkerung wächst und die Nachfrage nach Baumwolle steigt, allmählich zum Verkauf dieses Bodens an Neger über, noch häufiger aber überlassen sie ihnen kleine Parzellen auf Halbpacht. (Von 1900 bis 1910 stieg im Süden die Zahl der Farmer, die Volleigentümer ihres gesamten Bodens sind, von 1 237 000 auf 1 329 000, also um 7,5%, während gleichzeitig die Zahl der Teilpächter von 772 000 auf 1 021 000, also um 32,2% stieg.) Und da findet sich ein Ökonom, der diese Erscheinung „Zersetzung des Kapitalismus“ nennt . . .

Zu den Latifundien rechnen wir Farmen mit 1 000 und mehr Acres Land. Auf sie entfielen 1910 in den Vereinigten Staaten 0,8% (50 135) aller Farmen und 167,1 Millionen Acres oder 19,0% allen Bodens. Demnach kommen im Durchschnitt auf ein Latifundium 3 332 Acres Land. Der Prozentsatz des bearbeiteten Bodens beträgt bei den Latifundien nur 18,7%, dagegen für alle Farmen überhaupt 54,4%. Dabei gibt es *am wenigsten* Latifundien im kapitalistischen Norden: 0,5% aller Farmen mit 6,9% allen Bodens, wobei der Anteil des bearbeiteten Bodens bei den Latifundien 41,1% ausmacht. Die meisten Latifundien gibt es im Westen: 3,9% aller Farmen mit 48,3% der gesamten Bodenfläche; 32,3% des Bodens der Latifundien werden be-

arbeitet. *Am höchsten* ist der Prozentsatz des unbearbeiteten Bodens der Latifundien im ehemals sklavenhaltenden Süden: 0,7% der Farmen sind Latifundien. Auf sie entfallen 23,9% des Bodens. Bearbeitet werden *insgesamt nur 8,5% des Bodens* der Latifundien!! Aus diesen detaillierten Angaben geht unter anderem klar hervor, wie unbegründet das weitverbreitete Verfahren ist, die Latifundien – ohne besondere Prüfung des konkreten Materials für jedes einzelne Land und für jedes einzelne Gebiet – zur *kapitalistischen* Wirtschaft zu rechnen.

In dem Jahrzehnt von 1900 bis 1910 hat gerade bei den Latifundien und nur bei den Latifundien die Gesamtmenge des Grund und Bodens *abgenommen*. Diese Abnahme war sehr beträchtlich: von 197,8 auf 167,1 Mill. Acres, also um 30,7 Mill. Acres. Im Süden beträgt diese Abnahme 31,8 Mill. Acres (im Norden fand eine Zunahme um 2,3 Mill., im Westen eine Abnahme um 1,2 Mill. statt). Daraus folgt, daß der Prozeß einer in gewaltigem Umfang vor sich gehenden Zerstückelung von Latifundien, die dabei eine ganz geringe Anbaufläche (8,5%) aufweisen, gerade für den Süden und nur für den sklavenhaltenden Süden charakteristisch ist.

Aus alledem ergibt sich unausweichlich die *einzig genaue* Definition des hier vor sich gehenden ökonomischen Prozesses: Übergang von den zu neun Zehnteln überhaupt nicht bearbeiteten Latifundien der Sklavenhalter zur *warenproduzierenden* Kleinwirtschaft. Nicht zur „Arbeitswirtschaft“, wie Herr Himmer und die Volkstümpler im Verein mit allen bürgerlichen Ökonomen, die billige Hymnen auf die „Arbeit“ singen, zu sagen beliebigen, sondern zur Warenwirtschaft. Das Wort „Arbeitswirtschaft“ hat keinerlei politisch-ökonomischen Sinn und führt indirekt irre. Es ist bar jeden Sinns, denn der kleine Landwirt „arbeitet“ unter jedweder ökonomischen Gesellschaftsformation: unter der Sklaverei ebenso wie unter der Leibeigenschaft und unter dem Kapitalismus. Das Wort „Arbeitswirtschaft“ ist eine leere Phrase, eine inhaltslose Deklamation, die eine einzig und allein der Bourgeoisie vorteilhafte *Vermengung* der verschiedensten ökonomischen Gesellschaftsformationen verhüllt. Das Wort „Arbeitswirtschaft“ führt irre, täuscht den Leser, weil es vorspiegelt, daß es dabei keine *Lohnarbeit* gebe.

Herr Himmer übergeht wie alle bürgerlichen Ökonomen gerade die Angaben über die Lohnarbeit, obwohl diese Angaben für die Frage des

Kapitalismus in der Landwirtschaft am wichtigsten sind und sich nicht nur in der Zählung von 1900, sondern auch in dem „Bulletin“ der Zählung von 1910 (Abstract – Farm crops, by states*) finden, das von Herrn Himmer (S. 49 seines Artikels, Anmerkung) zitiert wird.

Daß das Wachstum des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs im Süden eben ein Wachstum der warenproduzierenden Landwirtschaft bedeutet, zeigt das landwirtschaftliche Hauptprodukt des Südens. Dieses Produkt ist die Baumwolle. Sämtliche Getreidearten machen im Süden 29,3% des Wertes der gesamten Ernte an Feldfrüchten aus, Heu und Futterpflanzen 5,1%, Baumwolle aber 42,7%. Die Schafwollproduktion der Vereinigten Staaten stieg von 1870 bis 1910 von 162 Mill. Pfund auf 321 Mill. Pfund, also auf das Doppelte; die Weizenproduktion von 236 Mill. Bushels auf 635 Mill. Bushels, also auf weniger als das Dreifache; die Maisproduktion von 1094 Mill. Bushels auf 2 886 Mill., ebenfalls auf weniger als das Dreifache; die Baumwollproduktion dagegen von 4 Mill. Ballen (je 500 Pfund) auf 12 Mill., d. h. auf das Dreifache. Die Zunahme des vorzugsweise für den Markt bestimmten landwirtschaftlichen Produkts hat also die Zunahme der weniger marktgängigen Produkte überholt. Außerdem hat sich im Hauptgebiet des Südens, dem „Südatlantischen“, eine ziemlich beträchtliche Produktion von Tabak (12,1% des Wertes der Gesamternte im Staat Virginia), von Gemüse (20,1% des Wertes der Gesamternte im Staat Delaware und 23,2% im Staat Florida), von Obst (21,3% des Wertes der Gesamternte im Staat Florida) usw. entwickelt. All dies sind landwirtschaftliche Kulturen, die eine Intensivierung der Agrikultur, eine Vergrößerung der Wirtschaft bei Verringerung der Bodenfläche und vermehrte Verwendung von Lohnarbeit bedeuten.

Wir wollen nun zu einer näheren Untersuchung der Angaben über die Lohnarbeit übergehen. Hier sei nur bemerkt, daß der Süden, obwohl er in dieser Beziehung hinter den übrigen Gebieten zurückgeblieben ist – die Verwendung von Lohnarbeit ist hier *schwächer*, denn die der Sklaverei ähnliche Teilpacht ist *stärker* ausgeprägt –, dennoch ebenfalls eine Zunahme der Verwendung von Lohnarbeit aufweist.

* Auszugsweise Angaben über den Ernteertrag der Farmen, nach Staaten.
Die Red.

5. DER KAPITALISTISCHE CHARAKTER DER LANDWIRTSCHAFT

Gewöhnlich beurteilt man den Kapitalismus in der Landwirtschaft nach den Angaben über die Größe der Farmen oder über die Anzahl und Bedeutung der Farmen mit großer Bodenfläche. Angaben dieser Art haben wir teilweise schon betrachtet, teilweise werden wir sie noch betrachten, doch müssen wir bemerken, daß all dies indirekte Angaben sind, weil der Umfang der Bodenfläche bei weitem nicht immer und bei weitem nicht unmittelbar auf einen wirklich großen Umfang der *Wirtschaft* und auf ihren kapitalistischen Charakter schließen läßt.

Angaben über die Lohnarbeit sind in dieser Beziehung unvergleichlich beweiskräftiger und kennzeichnender. Die landwirtschaftlichen Betriebszählungen der letzten Jahre, z. B. die österreichische von 1902 und die deutsche von 1907, mit deren Analyse wir uns an anderer Stelle befassen werden, haben gezeigt, daß die Verwendung von Lohnarbeit in der heutigen Landwirtschaft – und besonders im landwirtschaftlichen Kleinbetrieb – viel beträchtlicher ist, als man gemeinhin annimmt. Nichts widerlegt das spießbürgerliche Märchen von dem „auf eigener Arbeit beruhenden“ landwirtschaftlichen Kleinbetrieb so gründlich und anschaulich wie diese Angaben.

Die amerikanische Statistik hat ein sehr umfassendes Material zu dieser Frage gesammelt, denn im Zählbogen wird jeder einzelne Farmer befragt, ob er Ausgaben für Lohnarbeit hat, und wenn ja, wie hoch dieselben sind. Zum Unterschied von der europäischen Statistik – z. B. der eben erwähnten zwei Länder – unterläßt es die amerikanische Statistik, die Zahl der zum gegebenen Zeitpunkt bei jedem Landwirt beschäftigten Lohnarbeiter zu registrieren, obwohl das sehr leicht festzustellen und die wissenschaftliche Bedeutung dieser Angaben in Ergänzung der Angaben über die Gesamtausgaben für Lohnarbeit sehr groß wäre. Am schlimmsten aber ist die völlig unbrauchbare Bearbeitung dieser Angaben in der Zählung von 1910, die überhaupt unvergleichlich schlechter bearbeitet ist als die von 1900. Bei der Zählung von 1910 sind alle Farmen nach dem Umfang ihrer Bodenfläche in Gruppen geteilt (wie auch 1900), aber abweichend von 1900 sind die Angaben über die Verwendung von Lohnarbeit nicht nach diesen Gruppen angeführt. Wir

sind daher außerstande, die nach ihrer Bodenfläche kleinen und großen Wirtschaften hinsichtlich der Verwendung von Lohnarbeit miteinander zu vergleichen. Uns stehen nur Durchschnittsangaben nach Staaten und Gebieten zur Verfügung, d. h. Angaben, die kapitalistische und nicht-kapitalistische Wirtschaften miteinander vermengen.

Wir werden die besser bearbeiteten Angaben für 1900 weiter unten gesondert betrachten, jetzt aber wollen wir die Angaben für 1910 anführen. Die Angaben beziehen sich eigentlich auf die Jahre 1899 und 1909:

Gebiete	Prozentsatz der Farmen, die Lohnarbeiter beschäftigen (1909)	Steigerung der Ausgaben für Lohnarbeit von 1899-1909 in %	Ausgaben für Lohn- arbeit pro Acre bearbeiteten Bodens (in Dollar)	
			1909	1899
Norden	55,1	+ 70,8	1,26	0,82
Süden	36,6	+ 87,1	1,07	0,69
Westen	52,5	+ 119,0	3,25	2,07
<hr/>				
Vereinigte Staaten insgesamt	45,9	+ 82,3	1,36	0,86

Vor allem geht aus diesen Angaben unzweifelhaft hervor, daß die Landwirtschaft des Nordens am stärksten kapitalistischen Charakter trägt (55,1% der Farmen verwenden Lohnarbeit), dann folgt der Westen (52,5%) und an letzter Stelle der Süden (36,6%). Anders kann es auch nicht sein, wenn man ein dichtbevölkertes Industriegebiet mit einem Kolonisationsgebiet sowie einem Teilpachtgebiet vergleicht. Die Angaben über den Prozentsatz der Farmen, die Lohnarbeit verwenden, sind für einen genauen Vergleich der Gebiete selbstverständlich viel geeigneter als die Angaben über die Höhe der Ausgaben für Lohnarbeit, umgerechnet auf 1 Acre bearbeiteten Bodens. Diese Angaben könnten nur bei gleicher Höhe des Arbeitslohns in den verschiedenen Gebieten miteinander verglichen werden. Wir haben zwar keine Angaben über die Arbeitslöhne in der Landwirtschaft der Vereinigten Staaten, aber angesichts der uns bekannten grundlegenden Unterschiede zwischen den Gebieten ist es unwahrscheinlich, daß sie die gleiche Höhe aufweisen.

Im Norden und im Westen, in den beiden Gebieten, wo zwei Drittel des ganzen bearbeiteten Bodens und zwei Drittel des ganzen Viehbestands konzentriert sind, kommt also *mehr als die Hälfte* der Farmer nicht ohne Verwendung von Lohnarbeit aus. Im Süden ist dieser Anteil nur deshalb geringer, weil dort die halbfeudalistische (der Sklaverei ähnliche) Ausbeutung in Gestalt der Teilpacht noch stark ist. Zweifellos muß, ebenso wie in allen übrigen kapitalistischen Ländern der Welt, auch in Amerika der am schlechtesten gestellte Teil der Farmer zum Verkauf seiner Arbeitskraft greifen. Leider fehlen in der amerikanischen Statistik jegliche Angaben hierüber, während z. B. in der deutschen Statistik von 1907 diese Angaben sorgfältig gesammelt und bearbeitet sind. Nach den deutschen Angaben sind von 5 736 082 Besitzern landwirtschaftlicher Betriebe (Gesamtzahl mit Einschluß auch der kleinsten „Hofbesitzer“) 1 940 867, d. h. mehr als 30%, ihrer *Haupt*beschäftigung nach Lohnarbeiter. Die Masse dieser ständigen oder im Tagelohn beschäftigten Landarbeiter mit einem Stückchen Land gehört natürlich zu den untersten Gruppen der Landwirte.

Nehmen wir an, daß in den Vereinigten Staaten, wo die Zwergfarmen (bis zu 3 Acres) in der Regel überhaupt nicht registriert wurden, nur 10% der Farmer zum Verkauf ihrer Arbeitskraft greifen. Auch in diesem Fall erhalten wir das Ergebnis, daß die *unmittelbar* von Gutsbesitzern und Kapitalisten ausgebeuteten Farmer *mehr als ein Drittel* der Gesamtzahl ausmachen (24% Teilpächter, d. h. von den einstigen Sklavenhaltern auf feudalistische oder halbfeudalistische Art und Weise Ausgebeutete, plus 10% von Kapitalisten Ausgebeutete machen zusammen 34%). Es ist also eine *Minderheit*, kaum mehr als *der fünfte oder vierte Teil* der Gesamtheit der Farmer, die weder Lohnarbeiter dingt, noch selbst in Lohnarbeit oder in einem Fronverhältnis steht.

So stehen in Wirklichkeit die Dinge in dem Lande des „vorbildlichen und fortgeschrittensten“ Kapitalismus, in dem Lande, wo Millionen Hektar Land unentgeltlich vergeben werden. Der vielgerühmte „auf eigener Arbeit beruhende“, nichtkapitalistische landwirtschaftliche Kleinbetrieb ist auch hier ein Mythos.

Wie groß ist die Zahl der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter in Amerika? Nimmt sie im Vergleich zur Zahl der Farmer und der gesamten Landbevölkerung zu oder ab?

Leider gibt die amerikanische Statistik auf diese äußerst wichtigen Fragen keine direkte Antwort. Suchen wir also eine annähernde Antwort.

Eine annähernde Antwort können erstens die Zahlen der Berufsstatistik geben (Band IV der Zählungsergebnisse). Diese Statistik ist den Amerikanern „nicht geglückt“. Sie ist dermaßen bürokratisch, zopfig und sinnwidrig bearbeitet, daß sie nicht einmal Angaben über die Stellung der einzelnen Personen in dem betreffenden Gewerbe enthält, d. h. ob sie Betriebsinhaber, mitarbeitende Familienangehörige oder Lohnarbeiter sind. Statt eine genaue ökonomische Einteilung vorzunehmen, begnügte man sich mit dem „landläufigen“, „alltäglichen“ Sprachgebrauch und faßte sowohl die Familienangehörigen der Farmer als auch die Lohnarbeiter ganz sinnlos unter der Rubrik „Landarbeiter“ zusammen. Bekanntlich herrscht diesbezüglich *nicht* allein in der amerikanischen Statistik ein völliges Chaos.

Die Zählung von 1910 macht den Versuch, dieses Chaos ein wenig zu entwirren, offensichtliche Fehler zu beseitigen und wenigstens einen Teil der Lohnarbeiter (working out) von den mitarbeitenden Familienangehörigen (working on the home farm) zu scheiden. Nach einer Reihe von Berechnungen korrigieren die Statistiker die Gesamtzahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen durch eine Verminderung um 468 100 (Band IV, S. 27). Sodann wird die Zahl der *weiblichen* Lohnarbeiter für 1900 mit 220 048 und für 1910 mit 337 522 angegeben (Zunahme um 53%). Die Zahl der männlichen Lohnarbeiter belief sich 1910 auf 2 299 444. Vorausgesetzt, daß 1900 der prozentuale Anteil der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter an der Gesamtzahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten derselbe war wie 1910, so ergeben sich für 1900 insgesamt 1 798 165 männliche Lohnarbeiter. Dann erhalten wir das folgende Bild:

	1900	1910	Zunahme in %
In der Landwirtschaft insgesamt beschäftigte Personen	10 381 765	12 099 825	+ 16 %
Zahl ² der Farmer	5 674 875	5 981 522	+ 5 %
Zahl der Lohnarbeiter	2 018 213	2 566 966	+ 27 %

Danach hat die Zahl der Lohnarbeiter gegenüber der Zahl der Farmer prozentual um mehr als das Fünffache (27% gegen 5%) zugenommen. Der Anteil der Farmer an der Landbevölkerung hat *abgenommen*, der Anteil der Lohnarbeiter hat *zugenommen*. Die Zahl der selbständigen Landwirte hat im Verhältnis zur gesamten Landbevölkerung abgenommen; die Zahl der Abhängigen, der Ausgebeuteten hat zugenommen.

In Deutschland wurden 1907 $4\frac{1}{2}$ Millionen landwirtschaftliche Lohnarbeiter bei insgesamt 15 Mill. mitarbeitenden Familienangehörigen und Lohnarbeitern gezählt. Mithin waren 30% Lohnarbeiter. In Amerika waren es nach der obigen annähernden Berechnung $2\frac{1}{2}$ Mill. von 12, also 21%. Es ist anzunehmen, daß das Vorhandensein von freiem Boden, der unentgeltlich vergeben wird, und der ungeheure Prozentsatz von Teilpächtern unter den Farmern den Prozentsatz der Lohnarbeiter in Amerika vermindern.

Zweitens kann sich eine annähernde Antwort auf die Zahlen über die Höhe der Ausgaben für Lohnarbeit in den Jahren 1899 und 1909 stützen. In dem gleichen Zeitabschnitt stieg die Zahl der Lohnarbeiter in der Industrie von 4,7 Mill. auf 6,6 Mill., d. h. um 40%, ihr Arbeitslohn dagegen von 2 008 Mill. Dollar auf 3 427 Mill. Dollar, d. h. um 70%. (Man darf nicht vergessen, daß die Preissteigerungen für Lebensmittel usw. diese nominellen Lohnsteigerungen aufgehoben haben.)

Auf Grund dieser Angaben kann man annehmen, daß der Steigerung der Ausgaben für Arbeitslöhne in der Landwirtschaft um 82% eine Steigerung der Zahl der Lohnarbeiter um etwa 48% entspricht. Eine analoge Annahme für die drei Hauptgebiete ergibt das folgende Bild:

Gebiete	Prozentuale Zunahme von 1900 bis 1910		
	Gesamte Landbevölkerung	Zahl der Farmen	Zahl der Lohnarbeiter
Norden	+ 3,9 %	+ 0,6 %	+ 40 %
Süden	+ 14,8 %	+ 18,2 %	+ 50 %
Westen	+ 49,7 %	+ 53,7 %	+ 66 %
<hr/>			
Vereinigte Staaten insgesamt	+ 11,2 %	+ 10,9 %	+ 48 %

Auch diese Angaben zeigen uns, daß die Zunahme der Zahl der Hofbesitzer, im ganzen Land insgesamt, hinter der Zunahme der Landbevölkerung zurückbleibt, während die Zunahme der Zahl der Lohnarbeiter die Zunahme der Zahl der Landbevölkerung überflügelt. Mit anderen Worten: die Verhältniszahl der Selbständigen sinkt, die Verhältniszahl der Abhängigen steigt.

Es sei bemerkt, daß der gewaltige Unterschied zwischen der Zunahme der Zahl der Lohnarbeiter nach der ersten Berechnung (+ 27%) und nach der zweiten (+ 48%) durchaus erklärlich ist, denn im ersten Fall wurden nur die *berufsmäßigen* Lohnarbeiter, im zweiten aber *jeder einzelne Fall* der Verwendung von entlohnter Arbeitskraft gezählt. Da in der Landwirtschaft die vorübergehende Verwendung von entlohnter Arbeitskraft von sehr großer Bedeutung ist, sollte man es sich stets zur Regel machen, sich nicht mit der Feststellung der Zahl der ständigen und nichtständigen Lohnarbeiter zu begnügen, sondern außerdem womöglich auch die Gesamtsumme der Ausgaben für Lohnarbeit zu ermitteln.

Jedenfalls zeigen beide Berechnungen zweifellos ein *Anwachsen* des Kapitalismus in der Landwirtschaft der Vereinigten Staaten und ein *Anwachsen* der Verwendung von Lohnarbeit, das die Zunahme der Landbevölkerung und der Zahl der Farmer überflügelt.

6. DIE GEBIETE DER INTENSIVSTEN LANDWIRTSCHAFT

Nach der Betrachtung der allgemeinen Angaben über die Lohnarbeit, die das direkteste Merkmal des Kapitalismus in der Landwirtschaft ist, können wir nunmehr zu einer detaillierteren Untersuchung der besonderen *Formen* übergehen, unter denen der Kapitalismus in diesem Zweig der Volkswirtschaft auftritt.

Wir haben ein Gebiet kennengelernt, in dem die Durchschnittsgröße der Farmen abgenommen hat, nämlich den Süden, wo dieser Prozeß den Übergang von den Latifundien der Sklavenhalter zum warenproduzierenden landwirtschaftlichen Kleinbetrieb bedeutet. Es gibt noch ein anderes Gebiet, in dem die Durchschnittsgröße der Farmen abnimmt,

nämlich einen Teil des Nordens: Neuengland und die Mittelatlantischen Staaten. Hier die Angaben über diese Gebiete:

	Durchschnittsgröße der Farmen (Anbaufläche) in Acres	
	Neuengland	Mittelatlantische Staaten
1850	66,5	70,8
1860	66,4	70,3
1870	66,4	69,2
1880	63,4	68,0
1890	56,5	67,4
1900	42,4	63,4
1910	38,4	62,6

Die Durchschnittsgröße einer Farm in Neuengland ist kleiner als in allen Gebieten der Vereinigten Staaten. Im Süden beträgt diese Durchschnittsgröße in zwei Gebieten 42–43 Acres, im dritten aber, dem Südwestlichen Zentralgebiet, wo es noch Kolonisation gibt, 61,8 Acres, d. h. fast ebensoviel wie in den Mittelatlantischen Staaten. Die Abnahme der Durchschnittsgröße der Farmen in Neuengland und in den Mittelatlantischen Staaten, „in den Gebieten mit älterer Kultur und höherer wirtschaftlicher Entwicklung“ (Himmer, S. 60), in den Gebieten, wo es keine Kolonisation gibt, verleitet denn auch unseren Autor ebenso wie sehr viele andere bürgerliche Ökonomen zu der Schlußfolgerung, daß „die kapitalistische Landwirtschaft zerfällt“, daß „die Produktion zersplittert und zerbröckelt“ und daß es „keine solchen Gebiete gibt, wo der Kolonisationsprozeß nicht mehr vor sich ginge, die großkapitalistische Landwirtschaft aber sich nicht zersetze und von der Arbeitswirtschaft nicht verdrängt würde“.

Herr Himmer ist zu diesen der Wahrheit direkt entgegengesetzten Schlüssen deshalb gelangt, weil er eine . . . „Kleinigkeit“ vergessen hat: den Prozeß der Intensivierung der Landwirtschaft! Das ist unglaublich, aber Tatsache. Und da eine ganze Reihe bürgerlicher Ökonomen, ja fast alle, es fertigbringen, diese „Kleinigkeit“ ebenfalls zu vergessen, wenn vom Klein- und Großbetrieb^k in der Landwirtschaft die Rede ist – obwohl sie „in der Theorie“ alle den Intensivierungsprozeß in der Landwirtschaft sehr wohl „kennen“ und anerkennen –, so müssen wir auf diese Frage besonders ausführlich eingehen. Gerade hier ist eine der

Hauptquellen des ganzen Mißgeschicks der bürgerlichen (darunter auch der volkstümlicheren und der opportunistischen) Ökonomie in der Frage des „auf eigener Arbeit beruhenden“ landwirtschaftlichen Kleinbetriebs. Man vergißt die „Kleinigkeit“, daß infolge der technischen Besonderheiten der Landwirtschaft der Prozeß ihrer Intensivierung sehr häufig zu einer Vergrößerung des Umfangs der *Wirtschaft*, zu einem Anwachsen der *Produktion* und des *Kapitalismus* bei gleichzeitiger *Verringerung* der Durchschnittsfläche des bearbeiteten Bodens in der *Wirtschaft* führt.

Untersuchen wir zunächst, ob in der Technik der Landwirtschaft, in ihrem allgemeinen Charakter und ihrer Intensität grundlegende Unterschiede bestehen zwischen Neuengland und den Mittelatlantischen Staaten einerseits und dem übrigen Teil des Nordens sowie allen sonstigen Gebieten des Landes andererseits.

Die Unterschiede in der Agrikultur werden durch folgende Angaben charakterisiert:

Gebiete	Prozentsatz vom Gesamtwert der Ernte (1910)		
	Getreide	Heu und Futterpflanzen	Gemüse, Obst und ähnliche Spezialkulturen
Neuengland	7,6	41,9	33,5
Mittelatlantisches Gebiet	29,6	31,4	31,8
Nordöstliches Zentralgebiet	65,4	16,5	11,0
Nordwestliches Zentralgebiet	75,4	14,6	5,9

Der Unterschied in den Verhältnissen der Agrikultur ist grundlegender Natur. Die ersten beiden Gebiete zeigen eine höchst intensive, die letzten beiden eine extensive Wirtschaftsweise. In den letzten beiden Gebieten bildet das Getreide den überwiegenden Teil des Gesamtwerts der Ernte, in den ersten beiden bildet es nicht nur den kleineren, sondern bisweilen einen ganz geringfügigen Teil (7,6%), wobei die speziellen „Handels“gewächse (Gemüse, Obst usw.) einen *größeren* Teil des Wertes der Ernte ausmachen als das Getreide. Die extensive Landwirtschaft hat der intensiven den Platz geräumt. Der Grasanbau hat sich stark ausgebreitet. In Neuengland sind von 3,8 Mill. Acres, die Heu und Futterpflanzen liefern, 3,3 Mill. mit Anbaugräsern bestellt. Für die Mittelatlantischen Staaten sind die entsprechenden Ziffern 8,5 und 7,9 Mill.

Dagegen entfallen in den Nordwestlichen Zentralstaaten (Kolonisationsgebiet mit extensiver Landwirtschaft) von 27,4 Mill. Acres, die Heu und Futterpflanzen liefern, 14,5 Mill., d. h. mehr als die Hälfte, auf „wildes“ Grasland usw.

Die Ernten in den „intensiven“ Staaten sind beträchtlich höher:

Gebiete	Ernte pro Acre in Bushels			
	Mais		Weizen	
	1909	1899	1909	1899
Neuengland	45,2	39,4	23,5	18,0
Mittelatlantisches Gebiet	32,2	34,0	18,6	14,9
Nordöstliches Zentralgebiet	38,6	38,3	17,2	12,9
Nordwestliches Zentralgebiet	27,7	31,4	14,8	12,2

Dieselbe Erscheinung ist auch bei der kommerziellen Viehhaltung und bei der in diesen Gebieten besonders entwickelten Molkereiwirtschaft zu beobachten:

Gebiete	Durchschnittliche	Durchschnittliche Milchpro-	
	Zahl der Milchkühe	duktion (in Gallonen)	
	pro Farm	pro Kuh	
	(1900)	1909	1899
Neuengland	5,8	476	548
Mittelatlantisches Gebiet	6,1	490	514
Nordöstliches Zentralgebiet	4,0	410	487
Nordwestliches Zentralgebiet	4,9	325	371
Süden (3 Gebiete)	1,9–3,1	232–286	290–395
Westen (2 Gebiete)	4,7–5,1	339–475	334–470
Durchschnitt für die			
Vereinigten Staaten	3,8	362	424

Daraus ist zu ersehen, daß in den „intensiven“ Staaten die Milch-wirtschaften beträchtlich *größer* sind als in allen übrigen. Die Gebiete mit den nach der bearbeiteten Bodenfläche *kleinsten* Farmen sind die Gebiete mit den *größten* Milchwirtschaften. Diese Tatsache ist von gewaltiger Bedeutung, denn bekanntlich entwickelt sich die Molkereiwirtschaft am schnellsten in der Nähe der Städte und in Ländern (oder Gebieten) mit besonders hoch entwickelter Industrie. Die Statistiken Däne-

marks, Deutschlands und der Schweiz, auf die wir an anderer Stelle eingehen*, zeigen ebenfalls eine *zunehmende Konzentration* des Milchviehs.

In den „intensiven“ Staaten machen, wie wir gesehen haben, Heu und Futterpflanzen einen erheblich größeren Anteil am Gesamtwert der Ernte aus als Getreide. Und die Viehzucht entwickelt sich hier in beträchtlichem Maße auf Grund *gekaufter Futtermittel*. Hier die Angaben für 1909:

Gebiete	Summe (in Millionen Dollar)		Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben (+) o. umgekehrt (-)
	Einnahmen aus dem Verkauf von Futtermitteln	Ausgaben für den Ankauf	
Neuengland	+ 4,3	- 34,6	- 30,3
Mittelatlantisches Gebiet	+ 21,6	- 54,7	- 33,1
Nordöstliches Zentralgebiet	+ 195,6	- 40,6	+ 155,0
Nordwestliches Zentralgebiet	+ 174,4	- 76,2	+ 98,2

Die extensiv wirtschaftenden Staaten des Nordens verkaufen, die intensiv wirtschaftenden Staaten kaufen Futtermittel. Es ist klar, daß der Ankauf von Futtermitteln eine *Großwirtschaft* von hochentwickeltem kapitalistischem Charakter auf einer *kleinen* Bodenfläche ermöglicht.

Vergleichen wir nun die beiden intensiven Gebiete des Nordens, Neuengland und die Mittelatlantischen Staaten, mit dem extensivsten Gebiet des Nordens, dem Nordwestlichen Zentralgebiet:

Gebiete	Bearbeitete Bodenfläche in Mill. Acres	Wert des gesamten Viehbestands (in Mill. Dollar)	Einnahmen aus dem Verkauf von Futtermitteln	Ausgaben für den Ankauf
			(in Mill. Dollar)	(in Mill. Dollar)
Neuengland + Mittelatl. Staaten	36,5	447	26	89
Nordwestl. Zentralstaaten	164,3	1 552	174	76

Wir sehen, daß in den intensiven Staaten mehr Vieh auf 1 Acre bearbeiteten Bodens entfällt ($447:36 = 12$ Dollar pro Acre) als in den extensiven Staaten ($1\,552:164 = 9$ Dollar). Auf eine Flächeneinheit ist hier in Form von Vieh mehr Kapital angelegt. Auch der Gesamtumsatz

* Siehe Werke, Bd. 5, S. 202–221, und Werke, Bd. 13, S. 167–212.
Die Red.

im Futtermittelhandel (Kauf + Verkauf) ist, auf eine Flächeneinheit umgerechnet, in den intensiven Staaten (26 + 89 = 115 Mill. Dollar auf 36 Mill. Acres) unvergleichlich größer als in den extensiven Staaten (174 + 76 = 250 Mill. Dollar auf 164 Mill. Acres). Danach ist klar, daß die Landwirtschaft in den intensiven Staaten weit mehr *kommerziellen* Charakter hat als in den extensiven Staaten.

Den genauesten statistischen Ausdruck für den Grad der Intensivierung der Landwirtschaft bilden die Daten über die Ausgaben für Düngemittel und über den Wert der Geräte und Maschinen. Hier diese Daten:

Gebiete		Prozentsatz der Farmen, die Düngemittel kaufen	Durchschnitts- ausgaben für eine Farm (Dollar)	Durchschnitts- ausgaben für 1 Acre bearbeiteten Bodens (Dollar)		Durchschnitts- zahl der Acres bearbeiteten Bodens auf eine Farm (1909)
				1909	1899	
Norden	Neuengland	60,9	82	1,30	0,53	38,4
	Mittelatl. Gebiet	57,1	68	0,62	0,37	62,6
	Nordöstl. Zentralgebiet	19,6	37	0,09	0,07	79,2
	Nordwestl. Zentralgebiet	2,1	41	0,01	0,01	148,0
Süden	Südatl. Gebiet	69,2	77	1,23	0,49	43,6
	Südöstl. Zentralgebiet	33,8	37	0,29	0,13	42,2
	Südwestl. Zentralgebiet	6,4	53	0,06	0,03	61,8
Westen	Gebirgsstaaten	1,3	67	0,01	0,01	86,8
	Pazifische Staaten	6,4	189	0,10	0,05	116,1
Vereinigte Staaten		28,7	63	0,24	0,13	75,2

Hier tritt ganz klar der Unterschied hervor zwischen den extensiven Gebieten des Nordens mit ihrem verschwindend kleinen Prozentsatz an Farmen, die Düngemittel kaufen (2–19%), und mit ihren verschwindend kleinen Ausgaben für Düngemittel pro Acre bearbeiteten Bodens (0,01 bis 0,09 Dollar) einerseits und den intensiven Staaten andererseits, wo die *Mehrzahl* der Farmen (57–60%) Düngemittel kauft und wo die Ausgaben hierfür eine beträchtliche Summe ausmachen. In Neuengland zum Beispiel erreichen diese Ausgaben 1,30 Dollar pro Acre. Diese Zahl

ist die *höchste* im ganzen Land (wiederum die kleinsten Farmen nach dem Bodenumfang und die größten Aufwendungen für Düngemittel!) und übertrifft die Zahl eines Südgebiets (der Südatlantischen Staaten). Dabei ist zu beachten, daß im Süden die Baumwollkultur, bei der, wie wir wissen, die Arbeit von Negern, die Teilpächter sind, weitestgehend Verwendung findet, besonders viel künstliche Düngung erfordert.

In den Pazifischen Staaten sehen wir einen sehr geringen Prozentsatz an Farmen, die Düngemittel verwenden (6,4%), und das Maximum an durchschnittlichen Ausgaben pro Farm (189 Dollar), wobei natürlich nur die Farmen berücksichtigt sind, die Düngemittel verwenden. Hier sehen wir ein anderes Beispiel: ein Anwachsen des kapitalistischen landwirtschaftlichen Großbetriebs bei *Abnahme* der bewirtschafteten Bodenfläche. In zwei von den drei Pazifischen Staaten, Washington und Oregon, ist der Verbrauch von Düngemitteln überhaupt verschwindend gering, nur 0,01 Dollar pro Acre. Nur im dritten Staat, in Kalifornien, ist diese Zahl relativ hoch: 0,08 im Jahre 1899 und 0,19 im Jahre 1909. Eine besondere Rolle spielt in diesem Staat der Obstbau, der außerordentlich schnell in rein kapitalistischer Form zunimmt und 1909 hier 33,1% des Gesamtwerts der Ernte ergab, wogegen Getreide 18,3% und Heu und Futterpflanzen 27,6% ausmachten. Für den Obstbau ist typisch eine Farm, die hinsichtlich ihrer Bodenfläche *unter dem Durchschnitt*, aber hinsichtlich des Verbrauchs von Düngemitteln und der Verwendung von Lohnarbeit *weit über* dem Durchschnitt steht. Wir werden noch Gelegenheit haben, auf derartige, für kapitalistische Länder mit intensiver Landwirtschaft typische Verhältnisse, die von Statistikern und Ökonomen zumeist ignoriert werden, einzugehen.

Doch kehren wir zurück zu den „intensiven“ Staaten des Nordens. Neuengland zeigt nicht nur die stärkste Verwendung von Düngemitteln – 1,30 Dollar pro Acre – bei dem geringsten Umfang der auf eine Farm entfallenden Bodenfläche (38,4 Acres), sondern auch ein besonders rasches Anwachsen der Ausgaben für Düngung. In dem Jahrzehnt von 1899 bis 1909 stiegen diese Ausgaben von 0,53 Dollar pro Acre auf 1,30, d. h. auf das Zweieinhalbfache. Demnach gehen hier die Intensivierung der Landwirtschaft, ihr technischer Fortschritt und die Hebung der Kultur außerordentlich rasch vonstatten. Um die Bedeutung dieser Tatsache anschaulicher darzustellen, wollen wir das intensivste Gebiet des Nor-

dens, Neuengland, mit dem extensivsten, dem Nordwestlichen Zentralgebiet, vergleichen. Das letztgenannte Gebiet kennt künstliche Düngung fast gar nicht (2,1% der Farmen und 0,01 Dollar pro Acre); die Bodenfläche der Farmen ist hier größer als in allen anderen Gebieten Amerikas (148,0 Acres) und nimmt hier am raschesten zu. Gewöhnlich nimmt man gerade dieses Gebiet – auch Herr Himmer tut es – als Musterbeispiel des Kapitalismus in der Landwirtschaft der Vereinigten Staaten. Diese landläufige Meinung ist falsch, wie wir des näheren weiter unten zeigen werden. Sie beruht darauf, daß die gröbste und primitivste Form der extensiven Landwirtschaft mit einer technisch fortgeschrittenen intensiven Form verwechselt wird. Die Bodenfläche einer Farm im Nordwestlichen Zentralgebiet ist fast viermal so groß wie in Neuengland (148,0 Acres gegen 38,4), während die Ausgaben für Düngung, berechnet im Durchschnitt der Farmen, die Düngemittel verwenden, um die Hälfte niedriger sind, nämlich 41 gegenüber 82 Dollar.

Im wirklichen Leben gibt es somit Fälle, in denen eine starke *Abnahme* der Bodenfläche einer Farm mit einer starken *Zunahme* der Ausgaben für künstliche Düngemittel verbunden ist, so daß also der „Kleinbetrieb“ – wenn man bei der alten Schablone bleibt und ihn auf Grund der Anbaufläche als Kleinbetrieb betrachtet – sich auf Grund des im Boden investierten Kapitals als „Großbetrieb“ entpuppt. Solche Fälle sind nicht vereinzelt, sondern typisch für jedes Land, wo die extensive Landwirtschaft von der intensiven abgelöst wird. Das gilt aber für *alle* kapitalistischen Länder, und wenn diese typischen, wesentlichen und *grundlegenden Besonderheiten der Landwirtschaft* ignoriert werden, entstehen die landläufigen Irrtümer der Anbeter des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs, die nur nach der Größe der Bodenfläche urteilen.

7. MASCHINEN UND LOHNARBEIT IN DER LANDWIRTSCHAFT

Nehmen wir nun eine andere, von der vorhergehenden technisch verschiedene Art der Investition von Kapital im Boden, nämlich die Anwendung von Geräten und Maschinen. Die ganze europäische Landwirtschaftsstatistik zeugt unwiderleglich davon, daß der Prozentsatz der

Wirtschaften, die Maschinen aller Art anwenden, und die Zahl der verwendeten Maschinen um so höher sind, je größer die Bodenfläche der einzelnen Wirtschaften ist. Die Überlegenheit des Großbetriebs ist in diesem äußerst wichtigen Punkt vollauf und zweifelsfrei festgestellt. Die amerikanische Statistik ist auch in diesem Punkt etwas originell: weder die Geräte noch die landwirtschaftlichen Maschinen werden gesondert registriert, es wird nur ihr Gesamtwert festgestellt. Es ist natürlich möglich, daß derartige Angaben in jedem einzelnen Fall weniger genau sind, dafür gestatten sie aber im großen und ganzen gewisse Vergleiche zwischen den Gebieten und den Betriebsklassen – Vergleiche, die bei Angaben anderer Art unmöglich sind.

Hier die Angaben über die landwirtschaftlichen Geräte und Maschinen nach Gebieten:

		Wert der Geräte und Maschinen (1909) in Dollar	
	Gebiete	Durchschnitt pro Farm	Durchschnitt pro Acre der Gesamt- fläche der Farmen
Norden	Neuengland	269	2,58
	Mittelatl. Gebiet	358	3,88
	Nordöstl. Zentralgebiet	239	2,28
	Nordwestl. Zentralgebiet	332	1,59
Süden	(drei Gebiete)	72 – 88 – 127	0,71 – 0,92 – 0,95
Westen	(zwei Gebiete)	269 – 350	0,83 – 1,29
Vereinigte Staaten		199	1,44

Der ehemals sklavenhaltende Süden, das Gebiet der Teilpacht, steht also in der Anwendung von Maschinen an letzter Stelle. Der Wert der Geräte und Maschinen beträgt hier in den einzelnen Gebieten pro Acre nur ein Drittel, ein Viertel und ein Fünftel des entsprechenden Wertes in den intensiven Staaten des Nordens. Diese Staaten nehmen unter allen anderen die erste Stelle ein und lassen insbesondere das ausgeprägteste landwirtschaftliche Gebiet, die Kornkammer Amerikas, die Nordwestlichen Zentralstaaten, die von oberflächlichen Beobachtern immer noch gemeinhin als das Mustergebiet der Anwendung von Maschinen und des Kapitalismus betrachtet werden, weit hinter sich.

Es sei bemerkt, daß die Methode der amerikanischen Statistiker, den

Wert der Maschinen wie auch des Bodens, des Viehs, der Gebäude usw. pro Acre des *gesamten* zu einer Farm gehörigen Bodens und nicht nur des bearbeiteten Bodens zu berechnen, die Überlegenheit der „intensiven“ Staaten des Nordens geringer erscheinen läßt und überhaupt nicht als richtig anerkannt werden kann. Der Prozentsatz des bearbeiteten Bodens weist in den einzelnen Gebieten sehr große Unterschiede auf: Im Westen fällt dieser Prozentsatz bei den Gebirgsstaaten auf 26,7%, im Norden erreicht er bei den Nördöstlichen Zentralstaaten 75,4%. Für eine Wirtschaftsstatistik ist zweifellos nicht die Menge des gesamten Grund und Bodens, sondern des bearbeiteten Bodens wichtiger. In Neuengland gehen die Menge und der Prozentsatz des bearbeiteten Bodens der Farmen stark zurück, besonders seit 1880, wahrscheinlich unter dem Einfluß der Konkurrenz der freien (von der Grundrente, dem Tribut an die Herren Grundbesitzer freien) Ländereien im Westen. Gleichzeitig aber ist in diesem Gebiet die Anwendung von Maschinen besonders stark entwickelt, ist der Wert der Maschinen pro Acre *bearbeiteten Bodens* besonders hoch. 1910 betrug dieser Wert hier 7 Dollar pro Acre, in den Mittelatlantischen Staaten ungefähr 5,5 Dollar, in den übrigen Gebieten nicht mehr als 2–3 Dollar.

Das Gebiet mit den an Bodenfläche *kleinsten* Farmen erweist sich so wiederum als das Gebiet der *größten* Kapitalinvestierung im Boden in Gestalt von Maschinen.

Wenn wir von den „intensiven“ Gebieten des Nordens die Mittelatlantischen Staaten nehmen und sie dem extensivsten Gebiet des Nordens, den Nordwestlichen Zentralstaaten, gegenüberstellen, so sehen wir, daß nach der auf eine Farm entfallenden bearbeiteten Bodenfläche für das erstgenannte Gebiet der *nicht einmal halb so große* „Klein“betrieb kennzeichnend ist: 62,6 gegen 148,0 Acres; nach dem Wert der verwendeten Maschinen *übertrifft* es jedoch das zweitgenannte Gebiet: 358 Dollar pro Farm gegen 332. Die kleinen Farmen erweisen sich also in der Anwendung von Maschinen als die größeren.

Wir haben nun noch die Angaben über die Intensität der Landwirtschaft mit den Angaben über die Verwendung von Lohnarbeit zu vergleichen. Die letzteren haben wir bereits oben im Abschnitt 5 in gekürzter Form gebracht. Jetzt müssen wir sie eingehender nach Gebieten betrachten.

Gebiete	Prozentsatz der Farmen, die Lohnarbeit ver- wenden 1909	Durchschnittsaus- gaben einer Farm (die Lohnarbeiter beschäftigt) für Ar- beitslohn (in Doll.)	Ausgaben für Lohnarbeit auf 1 Acre bearbeiteten Bodens		Steigerung dieser Ausgaben von 1899 bis 1909 in %	
			1909	1899		
Norden	Neuengland	66,0	277	4,76	2,55	+ 86 %
	Mittelatl. Gebiet	65,8	253	2,66	1,64	+ 62 %
	Nordöstl. Zentralgebiet	52,7	199	1,33	0,78	+ 71 %
	Nordwestl. Zentralgebiet	51,0	240	0,83	0,56	+ 48 %
Süden	Südatl. Gebiet	42,0	142	1,37	0,80	+ 71 %
	Südöstl. Zentralgebiet	31,6	107	0,80	0,49	+ 63 %
	Südwestl. Zentralgebiet	35,6	178	1,03	0,75	+ 37 %
Westen	Gebirgsstaaten	46,8	547	2,95	2,42	+ 22 %
	Pazifische Staaten	58,0	694	3,47	1,92	+ 80 %
Vereinigte Staaten insgesamt		45,9	223	1,36	0,86	+ 58 %

Hieraus ist ersichtlich: erstens, daß die intensiven Staaten des Nordens in jeder Beziehung eine unzweifelhaft höhere Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft aufweisen als die Staaten mit extensiver Wirtschaft; zweitens, daß sich der Kapitalismus in den erstgenannten Gebieten schneller entwickelt als in den extensiven; drittens, daß das Gebiet mit den kleinsten Farmen, Neuengland, sowohl in bezug auf die erreichte Entwicklungsstufe des Kapitalismus in der Landwirtschaft als auch in bezug auf die Schnelligkeit seiner Entwicklung allen übrigen Gebieten des Landes voransteht. Die Ausgaben für Lohnarbeit sind hier, auf 1 Acre bearbeiteten Bodens umgerechnet, um 86% gestiegen, und die Pazifischen Staaten nehmen in dieser Beziehung den zweiten Platz ein. Unter den Pazifischen Staaten ragt auch hier Kalifornien hervor, wo, wie schon erwähnt, der „kleine“ kapitalistische Obstbau rasch zunimmt.

Als kapitalistisches „Muster“gebiet der amerikanischen Landwirtschaft gelten gewöhnlich die Nordwestlichen Zentralstaaten, wo die Bodenfläche der Farmen am größten ist (1910 im Durchschnitt 148,0 Acres

allein bearbeiteter Boden) und wo diese Fläche seit 1850 am raschesten und stetigsten zunimmt. Wir sehen jetzt, daß diese Meinung grundfalsch ist. Das unbestreitbarste und direkteste Kennzeichen für die Entwicklung des Kapitalismus ist natürlich der Grad der Verwendung von Lohnarbeit. Und daran gemessen, ist die „Kornkammer“ Amerikas, das Gebiet der berühmten „Weizenfabriken“, die ganz besonders in die Augen stechen, kapitalistisch *weniger* entwickelt als das Industriegebiet mit seiner intensiven Landwirtschaft, wo der Fortschritt der Agrikultur seinen Ausdruck findet nicht in der Vergrößerung der bearbeiteten Bodenfläche, sondern in der *Vermehrung* des im Boden investierten Kapitals bei *Verminderung* der Anbaufläche.

Man kann sich durchaus vorstellen, daß eine Erweiterung der Bearbeitung von „Schwarzerde“ oder überhaupt von noch nicht umgebrochenem jungfräulichem Boden bei Anwendung von Maschinen sehr schnell vorschreiten kann, ohne daß die Heranziehung von Lohnarbeit sehr erheblich zu steigen braucht. In den Nordwestlichen Zentralstaaten betragen die Ausgaben für Lohnarbeit auf 1 Acre bearbeiteten Bodens 0,56 Dollar im Jahre 1899 und 0,83 Dollar im Jahre 1909. Die Steigerung beträgt nur 48%. In Neuengland, wo die bearbeitete Bodenmenge und die durchschnittliche Bodenfläche der Farmen abnehmen und nicht zunehmen, waren die Ausgaben für Lohnarbeit sowohl 1899 (2,55 Dollar pro Acre) als auch 1909 (4,76 Dollar) nicht nur bedeutend höher, sondern wuchsen in dieser Zeit auch unvergleichlich stärker an (+ 86%).

Durchschnittlich beträgt die Farmgröße in Neuengland *ein Viertel* der Farmgröße in den Nordwestlichen Zentralstaaten (38,4 gegenüber 148,0 Acres), aber die durchschnittlichen Ausgaben für Lohnarbeit sind hier *höher* als dort: 277 gegenüber 240 Dollar. Die Abnahme der Farmgröße bedeutet demnach in solchen Fällen eine Zunahme des in der Landwirtschaft angelegten Kapitals, eine Verstärkung des kapitalistischen Charakters der Landwirtschaft und ein Anwachsen des Kapitalismus und der kapitalistischen Produktion.

Haben die Nordwestlichen Zentralstaaten, die 34,3% der ganzen bearbeiteten Bodenfläche in den Vereinigten Staaten umfassen, als das typischste Gebiet der „extensiven“ kapitalistischen Landwirtschaft zu gelten, so bieten uns die *Gebirgsstaaten* das Beispiel einer analogen extensiven Wirtschaft unter den Verhältnissen raschster Kolonisierung. Die

Verwendung von Lohnarbeit ist hier, am Prozentsatz der Farmen gemessen, die Lohnarbeiter beschäftigen, schwächer als im Nordwestlichen Zentralgebiet, aber an der Höhe der durchschnittlichen Ausgaben für Lohnarbeit gemessen, weitaus stärker. Doch nimmt hier die Verwendung von Lohnarbeit viel langsamer zu als in allen anderen Gebieten Amerikas (nur + 22%). Aller Wahrscheinlichkeit nach haben folgende Umstände eine solche Entwicklung bedingt. In diesem Gebiet ist die Kolonisation und Zuteilung von Homesteads außerordentlich stark. Die Fläche des bearbeiteten Bodens hat hier stärker als in irgendeinem anderen Gebiet zugenommen: von 1900 bis 1910 um 89%. Die Kolonisten, die Besitzer der Homesteads, verwenden natürlich, wenigstens zu Beginn ihrer Wirtschaftsführung, wenig Lohnarbeit. Andererseits müssen sich hier durch eine sehr starke Verwendung von Lohnarbeit auszeichnen: erstens manche Latifundien, die in diesem Gebiet wie überhaupt im Westen besonders zahlreich sind; zweitens die Wirtschaften mit kapitalistisch hochentwickelten Spezialkulturen. So machen in einigen Staaten dieses Gebiets Obst (Arizona 6%, Colorado 10%), Gemüse (Colorado 11,9%, Nevada 11,2%) usw. einen sehr hohen Prozentsatz des Gesamtwerts der Ernte aus.

Ziehen wir das Fazit, so müssen wir sagen: Wenn Herr Himmer behauptet, daß es „keine solchen Gebiete gibt, wo der Kolonisationsprozeß nicht mehr vor sich ginge, die großkapitalistische Landwirtschaft aber sich nicht zersetzte und von der Arbeitswirtschaft nicht verdrängt würde“, dann ist das ein Hohn auf die Wahrheit, das gerade Gegenteil der Wirklichkeit. Das Gebiet von Neuengland, wo keinerlei Kolonisation erfolgt, wo die Farmen am kleinsten sind und wo die Landwirtschaft am intensivsten betrieben wird, zeigt uns den höchsten Stand des Kapitalismus in der Landwirtschaft und die schnellste Entwicklung des Kapitalismus. Diese Schlußfolgerung ist von höchst wesentlicher und grundlegender Bedeutung für das Verständnis des Entwicklungsprozesses des Kapitalismus in der Landwirtschaft überhaupt, denn die Intensivierung der Landwirtschaft und die damit verbundene Verringerung der durchschnittlichen Bodenfläche der Farmen ist keine zufällige, keine lokale und keine episodische, sondern eine *allgemeine* Erscheinung in allen zivilisierten Ländern. Die unzähligen Fehler, die von allen und jeglichen bürgerlichen Ökonomen bei der Beurteilung der Daten über die landwirt-

schaftliche Entwicklung, z. B. in Großbritannien, Dänemark und Deutschland, gemacht werden, erklären sich daraus, daß diese allgemeine Erscheinung nicht genügend erkannt, verstanden, verarbeitet und durchdacht worden ist.

8. DIE VERDRÄNGUNG DER KLEINBETRIEBE DURCH DIE GROSSBETRIEBE DIE GRÖSSE DER ANBAUFLÄCHE

Wir haben die Hauptformen, in denen der Entwicklungsprozeß des Kapitalismus in der Landwirtschaft vor sich geht, betrachtet und uns von ihrer außerordentlichen Mannigfaltigkeit überzeugt. Auseinanderfallen der Latifundien der Sklavenhalter im Süden, Anwachsen der extensiven Großwirtschaft im extensiven Norden und rascheste Entwicklung des Kapitalismus im intensiven Norden, wo die Farmen im Durchschnitt am kleinsten sind – das sind die wesentlichsten dieser Formen. Die Tatsachen zeigen unwiderleglich, daß bald die Zunahme der Größe der Farmen, bald die Zunahme ihrer Zahl ein Anwachsen des Kapitalismus bedeutet. Allgemeine Angaben über die durchschnittliche Größe der Farmen eines ganzen Landes besagen angesichts dieses Sachverhalts nichts.

Welche allgemeine Schlußfolgerung ergibt sich nun aus den verschiedenen lokalen und agrikulturellen Besonderheiten? Die Angaben über die Lohnarbeit haben uns diese allgemeine Schlußfolgerung gezeigt. Die zunehmende Verwendung von Lohnarbeit zieht sich als allgemeiner Prozeß durch *alle* diese Besonderheiten. Doch zollt die Landwirtschaftsstatistik in der übergroßen Mehrzahl der zivilisierten Länder gewollt oder ungewollt den herrschenden bürgerlichen Anschauungen und Vorurteilen ihren Tribut und macht entweder überhaupt keine systematischen Angaben über die Lohnarbeit, oder sie macht sie erst in der allerletzten Zeit (wie die deutsche landwirtschaftliche Betriebszählung von 1907), so daß ein Vergleich mit der Vergangenheit unmöglich ist. Die amerikanische Statistik hat sich, wie wir an anderer Stelle näher ausführen, von 1900 bis 1910 in der Sammlung und Bearbeitung der Daten über die Lohnarbeit außerordentlich verschlechtert.

Die gewöhnlichste und verbreitetste Methode, zusammenfassende Ergebnisse zu erlangen, ist nach wie vor sowohl in Amerika als auch in

den meisten anderen Ländern der Vergleich der Groß- und Kleinbetriebe nach der Größe ihrer Bodenfläche. Mit diesen Angaben wollen wir uns jetzt bekannt machen.

Bei der Einteilung der Farmen in Gruppen nach der Menge des Grund und Bodens geht die amerikanische Statistik von der gesamten und nicht nur von der bearbeiteten Bodenfläche aus, was selbstverständlich richtiger wäre und was die deutsche Statistik auch tut. Einleuchtende Gründe dafür, warum bei der Bearbeitung der Zählung von 1910 in den Vereinigten Staaten die Einteilung in *sieben* Gruppen erfolgt ist (bis zu 20 Acres, 20–49, 50–99, 100–174, 175–499, 500–999, 1 000 und mehr Acres), werden nicht angeführt. Offensichtlich spielt hier die alte Schablone der Statistik die größte Rolle. Wir werden die Gruppe von 100 bis 174 Acres als die mittlere bezeichnen, weil hierzu meistens die Homesteads gehören (ihre staatlich festgesetzte Norm = 160 Acres) und weil meistens gerade ein Grundbesitz von diesem Umfang die größte „Selbständigkeit“ des Landwirts bei geringster Verwendung von Lohnarbeit gewährleistet. Die höheren Gruppen werden wir Großbetriebe oder kapitalistische Betriebe nennen, weil es hier in der Regel ohne Lohnarbeit nicht abgeht. Die Farmen, zu denen 1 000 und mehr Acres Land gehören – wobei im Norden drei Fünftel, im Süden neun Zehntel und im Westen zwei Drittel ihrer Bodenfläche nicht bearbeitet werden –, bezeichnen wir als Latifundien. Die Farmen mit weniger als 100 Acres bezeichnen wir als Kleinbetriebe. Über ihre wirtschaftliche Selbständigkeit läßt sich bis zu einem gewissen Grade an Hand der Tatsache urteilen, daß in den hierzu gehörigen drei Gruppen der Anteil der Wirtschaften ohne Pferd, von unten nach oben gerechnet, 51 – 43 – 23% beträgt. Selbstverständlich darf man diese Charakteristik nicht als absolut betrachten und sie nicht ohne spezielle Analyse auf alle Gebiete oder auf die Gegenden ausdehnen, die durch besondere Verhältnisse gekennzeichnet sind.

Es ist hier unmöglich, die Angaben für alle sieben Gruppen nach allen Hauptgebieten der Vereinigten Staaten anzuführen, denn dieses gewaltige Zahlenmaterial würde die Darlegung übermäßig belasten. Deshalb wollen wir uns mit kurzen Hinweisen auf die wesentlichen Unterschiede zwischen dem Norden, dem Süden und dem Westen begnügen und vollständige Angaben nur über die Vereinigten Staaten als Ganzes bringen.

Wir erinnern daran, daß sich im Norden drei Fünftel (60,6%), im Süden weniger als ein Drittel (31,5%) und im Westen weniger als ein Zwölftel (7,9%) der gesamten Anbaufläche befinden.

Der augenfälligste Unterschied zwischen den drei Hauptgebieten besteht darin, daß sich im kapitalistischen Norden die *wenigsten* Latifundien befinden, wobei jedoch sowohl ihre Zahl als auch die auf sie entfallende Fläche des gesamten Bodens wie des bearbeiteten Bodens zunehmen. Im Jahre 1910 hatten 0,5% der Farmen im Norden 1 000 Acres und mehr; auf sie entfielen 6,9% des gesamten und 4,1% des bearbeiteten Bodens. Im Süden gab es 0,7% solcher Farmen mit 23,9% des gesamten und 4,8% des bearbeiteten Bodens. Im Westen gab es 3,9% solcher Farmen mit 48,3% des gesamten und 32,3% des bearbeiteten Bodens. Es ist dies das uns schon bekannte Bild: die Latifundien der Sklavenhalter im Süden und die noch ausgedehnteren Latifundien im Westen, Ländereien, die zum Teil die Grundlage der extensivsten Viehzucht bilden, zum Teil von den „Kolonisatoren“ als Reserveland in Besitz genommen wurden und von ihnen an die wirklichen Landwirte, die den „fernen Westen“ erschließen, weiterverkauft oder (seltener) verpachtet werden.

Amerika bietet uns ein anschauliches Beispiel dafür, wie unbedacht es wäre, die Latifundien mit der großkapitalistischen Landwirtschaft in einen Topf zu werfen, wie häufig die Latifundien Überreste vorkapitalistischer Verhältnisse aus der Zeit der Sklaverei, des Feudalismus oder des Patriarchats sind. Sowohl im Süden als auch im Westen zerbröckeln, zerfallen die Latifundien. Im Norden vergrößerte sich die Gesamtbodenfläche der Farmen um 30,7 Millionen Acres; davon entfallen auf die Latifundien nur 2,3 Mill., auf die großen kapitalistischen Farmen (175 bis 999 Acres) dagegen 22 Mill. Im Süden verringerte sich die Gesamtbodenfläche der Farmen um $7\frac{1}{2}$ Mill. Acres. Bei den Latifundien *verringerte* sie sich um 31,8 Mill. Bei den kleinen Farmen stieg sie um 13 Mill., bei den mittleren um 5 Mill. Im Westen nahm die Gesamtbodenfläche der Farmen um 17 Mill. zu; bei den Latifundien eine Verringerung um 1,2 Mill.; bei den kleinen Farmen eine Zunahme um 2 Mill., bei den mittleren um 5 Mill., bei den großen um 11 Mill. Acres.

Die *bearbeitete* Bodenfläche der Latifundien nahm in allen drei Gebieten zu, und zwar stark im Norden (+ 3,7 Mill. Acres = + 47,0%),

sehr schwach im Süden (+ 0,3 Mill. = + 5,5%) und wiederum stärker im Westen (+ 2,8 Mill. = + 29,6%). Jedoch entfällt die stärkste Zunahme der Anbaufläche im Norden auf die *großen* Farmen (175–999 Acres), im Süden auf die *kleinen und mittleren*, im Westen auf die *großen und mittleren*. Das Ergebnis ist, daß im Norden die großen, im Süden und im Westen die kleinen und teilweise die mittleren Farmen ihren Anteil an der Anbaufläche vergrößert haben. Dieses Bild entspricht vollauf dem, was wir über die Verschiedenheit der Verhältnisse in diesen Gebieten wissen. Im Süden wächst der warenproduzierende landwirtschaftliche Kleinbetrieb auf Kosten der auseinanderfallenden Latifundien der Sklavenhalter; im Westen geht derselbe Prozeß vor sich, wobei die größeren Latifundien, die *nicht* Latifundien von Sklavenhaltern sind, sondern den Charakter von extensive Viehzucht treibenden oder „in Besitz genommenen“ Ländereien tragen, in schwächerem Grade zerfallen. Überdies bemerken die amerikanischen Statistiker über die Pazifischen Staaten des Westens:

„Die starke Entwicklung kleiner Obst- und anderer Farmen an der Pazifischen Küste, die zumindest teilweise die Folge der Bewässerungsarbeiten in den letzten Jahren ist, spiegelt sich wider in der Zunahme der kleinen Farmen mit weniger als 50 Acres in den Pazifischen Staaten.“ (S. 264, Bd. V.)

Im Norden gibt es weder Latifundien von Sklavenhaltern noch Latifundien „primitiver“ Art, es gibt keinen Zerfall von Latifundien und kein Erstarren kleiner Farmen auf Kosten von großen.

Im großen und ganzen sieht der Prozeß für die gesamten Vereinigten Staaten wie folgt aus:

Farmgruppen	Zahl der Farmen				Zu- oder Abnahme
	(in 1000)		in %		
	1900	1910	1900	1910	
Bis zu 20 Acres	674	839	11,7	13,2	+ 1,5
von 20 bis 49 Acres	1258	1415	21,9	22,2	+ 0,3
von 50 bis 99 Acres	1366	1438	23,8	22,6	- 1,2
von 100 bis 174 Acres	1422	1516	24,8	23,8	- 1,0
von 175 bis 499 Acres	868	978	15,1	15,4	+ 0,3
von 500 bis 999 Acres	103	125	1,8	2,0	+ 0,2
1000 und mehr Acres	47	50	0,8	0,8	-
<i>Insgesamt</i>	5738	6361	100,0	100,0	-

Im Verhältnis zur Gesamtzahl der Farmen ist also die Zahl der Latifundien unverändert geblieben. Charakteristisch für das Wechselverhältnis der übrigen Gruppen ist das *Schwinden der mittleren* und die Zunahme der extremen Gruppen. Die mittlere Gruppe (100–174 Acres) und von den unteren Gruppen die der mittleren nächstfolgende sind zurückgedrängt worden. Am meisten zugenommen haben die kleinsten und kleinen, sodann die großkapitalistischen Farmen (175–999 Acres).

Betrachten wir nun die Gesamtbodenfläche:

Farmgruppen	Gesamtbodenfläche der Farmen				Zu- oder Abnahme
	(in 1 000 Acres)		in %		
	1900	1910	1900	1910	
Bis zu 20 Acres	7 181	8 794	0,9	1,0	+ 0,1
von 20 bis 49 Acres	41 536	45 378	5,0	5,2	+ 0,2
von 50 bis 99 Acres	98 592	103 121	11,8	11,7	- 0,1
von 100 bis 174 Acres	192 680	205 481	23,0	23,4	+ 0,4
von 175 bis 499 Acres	232 955	265 289	27,8	30,2	+ 2,4
von 500 bis 999 Acres	67 864	83 653	8,1	9,5	+ 1,4
1 000 und mehr Acres	197 784	167 082	23,6	19,0	- 4,6
<i>Insgesamt</i>	838 592	878 798	100,0	100,0	-

Hier sehen wir vor allem eine sehr beträchtliche Abnahme des Bodenanteils der Latifundien. Es sei daran erinnert, daß sich die absolute Abnahme auf den Süden und Westen beschränkt, wo 1910 der Prozentsatz des *nicht* bearbeiteten Bodens der Latifundien 91,5% und 77,1% betrug. Ferner ist bei der obersten Gruppe der Kleinbetriebe eine verschwindend geringe Abnahme des Anteils an der Gesamtbodenfläche zu beobachten (-0,1% in der Gruppe mit 50–99 Acres). Am stärksten gestiegen ist der Anteil der großkapitalistischen Gruppen mit 175–499 und mit 500–999 Acres. Die Steigerung des Anteils an der Gesamtbodenfläche bei den untersten Gruppen ist verhältnismäßig geringfügig. Die mittlere Gruppe (100–174 Acres) ist fast auf ihrem alten Stand geblieben (+ 0,4%).

Gehen wir zu den Angaben über die Anbaufläche über:

Farmgruppen	Anbaufläche der Farmen				Zu- oder Abnahme
	(in 1000 Acres)		in %		
	1900	1910	1900	1910	
Bis zu 20 Acres	6 440	7 992	1,6	1,7	+ 0,1
von 20 bis 49 Acres	33 001	36 596	8,0	7,6	- 0,4
von 50 bis 99 Acres	67 345	71 155	16,2	14,9	- 1,3
von 100 bis 174 Acres	118 391	128 854	28,6	26,9	- 1,7
von 175 bis 499 Acres	135 530	161 775	32,7	33,8	+ 1,1
von 500 bis 999 Acres	29 474	40 817	7,1	8,5	+ 1,4
1000 und mehr Acres	24 317	31 263	5,9	6,5	+ 0,6
<i>Insgesamt</i>	414 498	478 452	100,0	100,0	-

Auf die Größe der *Wirtschaft* läßt mit einer gewissen annähernden Sicherheit und mit einer Reihe von Ausnahmen, über die wir schon gesprochen haben und noch sprechen werden, nur der Umfang der bearbeiteten, nicht aber der gesamten Bodenfläche schließen. Und hier sehen wir, daß der Anteil der Latifundien, der im Verhältnis zur Gesamtbodenfläche beträchtlich gesunken ist, im Verhältnis zur Anbaufläche *gestiegen* ist. Überhaupt haben alle kapitalistischen Gruppen zugenommen, unter ihnen am meisten die Gruppe mit 500–999 Acres. Am stärksten abgenommen hat die mittlere Gruppe (-1,7%), ferner alle unteren Gruppen, mit Ausnahme der alleruntersten, der bis zu 20 Acres, die unerheblich zugenommen hat (+ 0,1%).

Vorwegnehmend sei bemerkt, daß zur Kategorie der kleinsten Farmen (bis zu 20 Acres) auch die Farmen bis zu 3 Acres gehören; die amerikanische Statistik registriert aber nicht alle diese Farmen, sondern nur diejenigen von ihnen, die eine Jahresproduktion von mindestens 250 Dollar aufweisen. Deshalb zeichnen sich diese Zwergfarmen (bis zu 3 Acres) durch einen größeren Umfang der Produktion und einen stärker entwickelten kapitalistischen Charakter aus als die Nachbargruppe mit ihrer beträchtlich größeren Bodenfläche. Zur Illustration hier die Angaben für 1900; für 1910 gibt es leider keine entsprechenden Angaben:

Im Durchschnitt entfällt auf 1 Farm:

Farmgruppen (1900)	Anbaufläche in Acres	Wert aller Produkte (in Dollar)	Ausgaben für Lohnarbeit (in Dollar)	Wert der Geräte und Maschinen (in Dollar)	Wert des Viehbestands (in Dollar)
Bis zu 3 Acres	1,7	592	77	53	867
von 3 bis 10 Acres	5,6	203	18	42	101
von 10 bis 20 Acres	12,6	236	16	41	116
von 20 bis 50 Acres	26,2	324	18	54	172

Ganz zu schweigen von den Farmen bis zu 3 Acres Anbaufläche sind sogar die Farmen mit 3–10 Acres in mancher Beziehung (Ausgaben für Lohnarbeit, Wert der Geräte und Maschinen) mehr „Groß“betrieb als die Farmen mit 10–20 Acres.* Wir sind deshalb vollauf berechtigt, die Steigerung des Anteils der Farmen bis zu 20 Acres an der gesamten Anbaufläche auf Rechnung der nach der Bodenfläche kleinsten Wirtschaften mit hochkapitalistischem Charakter zu setzen. – – –

Im großen und ganzen läßt sich aus den für die Vereinigten Staaten insgesamt vorliegenden Angaben über die Verteilung der Anbaufläche auf die kleinen und großen Farmen in den Jahren 1900 und 1910 der ganz bestimmte und zweifelsfreie Schluß ziehen: *Stärkung der großen, Schwächung der mittleren und kleinen Farmen*. Soweit man auf Grund der Angaben über die Einteilung der Wirtschaften in Gruppen nach der Bodenfläche über den kapitalistischen oder nichtkapitalistischen Charak-

* Für das Jahr 1900 besitzen wir Angaben über die Zahl der Farmen mit hohen Einkünften, d. h. mit einem Produktenwert von mehr als 2500 Dollar jährlich, geordnet nach Gruppen der Wirtschaften auf Grund der Größe ihrer Bodenfläche. Hier diese Angaben: Der Prozentsatz der Farmen mit hohen Einkünften betrug unter den Farmen bis zu 3 Acres 5,2%; von 3 bis 10 Acres 0,6%; von 10 bis 20 Acres 0,4%; von 20 bis 50 Acres 0,3%; von 50 bis 100 Acres 0,6%; von 100 bis 175 Acres 1,4%; von 175 bis 260 Acres 5,2%; von 260 bis 500 Acres 12,7%; von 500 bis 1000 Acres 24,3%; von 1000 Acres und mehr 39,5%. Wie wir sehen, ist in allen Farmgruppen bis zu 20 Acres der Prozentsatz der Farmen mit hohen Einkünften *höher* als in der Gruppe mit 20–50 Acres.

ter der Landwirtschaft urteilen kann, zeigt sich demnach in den Vereinigten Staaten im letzten Jahrzehnt als allgemeine Regel ein Anwachsen der kapitalistischen Großbetriebe und eine Verdrängung der Kleinbetriebe.

Noch anschaulicher wird diese Schlußfolgerung, wenn man die Angaben über die Zunahme der Zahl der Farmen und die Vergrößerung der Anbaufläche in jeder Gruppe betrachtet:

Farmgruppen	Prozentuale Steigerung von 1900 bis 1910	
	der Zahl der Farmen	der Größe der Anbaufläche
Bis zu 20 Acres	+ 24,5 ⁰ / ₁₀₀	+ 24,1 ⁰ / ₁₀₀
von 20 bis 49 Acres	+ 12,5 ⁰ / ₁₀₀	+ 10,9 ⁰ / ₁₀₀
von 50 bis 99 Acres	+ 5,3 ⁰ / ₁₀₀	+ 5,7 ⁰ / ₁₀₀
von 100 bis 174 Acres	+ 6,6 ⁰ / ₁₀₀	+ 8,8 ⁰ / ₁₀₀
von 175 bis 499 Acres	+ 12,7 ⁰ / ₁₀₀	+ 19,4 ⁰ / ₁₀₀
von 500 bis 999 Acres	+ 22,2 ⁰ / ₁₀₀	+ 38,5 ⁰ / ₁₀₀
1000 und mehr Acres	+ 6,3 ⁰ / ₁₀₀	+ 28,6 ⁰ / ₁₀₀
<i>Insgesamt</i>	+ 10,9 ⁰ / ₁₀₀	+ 15,4 ⁰ / ₁₀₀

Die größte prozentuale Steigerung der Anbaufläche entfällt auf die zwei obersten Gruppen, die geringste auf die mittlere Gruppe und die ihr nächstfolgende der unteren Gruppen (50–99 Acres). In den beiden untersten Gruppen ist die prozentuale Steigerung der Anbaufläche niedriger als die prozentuale Zunahme der Zahl der Farmen.

9. FORTSETZUNG

ANGABEN ÜBER DEN WERT DER FARMEN

Zum Unterschied von den europäischen Statistiken bestimmt die amerikanische den Wert der einzelnen Wirtschaftselemente – des Bodens, der Gebäude, der Geräte und des Viehs – sowie der ganzen Wirtschaft für jede Farm und für jede Farmgruppe. Wahrscheinlich sind diese Angaben weniger genau als die über die Bodenfläche, doch sind sie im großen und ganzen nicht weniger glaubwürdig und tragen außerdem (bis

zu einem gewissen Grade) dem allgemeinen Stand des Kapitalismus in der Landwirtschaft Rechnung.

Um die vorangegangenen Ausführungen zu vervollständigen, wollen wir die Angaben über den Gesamtwert der Farmen mit allem landwirtschaftlichen Besitz sowie die Angaben über den Wert der Geräte und Maschinen heranziehen. Wir wählen unter den einzelnen Wirtschaftselementen die Geräte und Maschinen, weil sie unmittelbar anzeigen, daß ein landwirtschaftlicher Betrieb geführt und wie er geführt wird – mehr oder weniger intensiv, mit größerer oder geringerer Anwendung technischer Vervollkommnungen. Hier die Angaben für die gesamten Vereinigten Staaten:

Farmgruppen	Prozentuale Verteilung des Wertes					
	des gesamten Farmbesitzes		Zu- oder Abnahme	der Geräte und Maschinen		Zu- oder Abnahme
	1900	1910		1900	1910	
Bis zu 20 Acres	3,8	3,7	- 0,1	3,8	3,7	- 0,1
von 20 bis 49 Acres	7,9	7,3	- 0,6	9,1	8,5	- 0,6
von 50 bis 99 Acres	16,7	14,6	- 2,1	19,3	17,7	- 1,6
von 100 bis 174 Acres	28,0	27,1	- 0,9	29,3	28,9	- 0,4
von 175 bis 499 Acres	30,5	33,3	+ 2,8	27,1	30,2	+ 3,1
von 500 bis 999 Acres	5,9	7,1	+ 1,2	5,1	6,3	+ 1,2
1000 und mehr Acres	7,3	6,9	- 0,4	6,2	4,7	- 1,5
<i>Insgesamt</i>	100,0	100,0	-	100,0	100,0	-

Die absoluten Zahlen zeigen, daß sich der Wert des gesamten Farmbesitzes von 1900 bis 1910 mehr als verdoppelt hat, nämlich von 20 440 Millionen Dollar auf 40 991 Mill., d. h. um 100,5% gestiegen ist. Die Verteuerung der landwirtschaftlichen Produkte und die Erhöhung der Rente ließen auf Kosten der Arbeiterklasse Millionen und Milliarden von Dollar in die Taschen aller Grundbesitzer fließen. Wer hat dabei gewonnen, die Klein- oder die Großbetriebe, und wieviel? Eine Antwort hierauf geben die angeführten Zahlen. Sie zeigen einen Rückgang der Latifundien (erinnern wir uns, daß die gesamte Bodenfläche der Latifundien von 23,6% auf 19,0%, also um 4,6% zurückgegangen ist), ferner *eine Verdrängung der Klein- und Mittelbetriebe durch die Großbetriebe*, die kapitalistischen Betriebe (175–999 Acres). Fassen wir alle Klein- und

Mittelbetriebe zusammen, so ergibt sich, daß ihr Anteil am Gesamtbesitz von 56,4% auf 52,7% gesunken ist. Fassen wir alle Großbetriebe und die Latifundien zusammen, so ergibt sich, daß ihr Anteil von 43,7% auf 47,3% gestiegen ist. Völlig gleichartig sind die Veränderungen im Verhältnis zwischen den Klein- und Großbetrieben hinsichtlich der Verteilung des Gesamtwerts der Geräte und Maschinen.

Was die Latifundien betrifft, so beobachten wir auch bei diesen Angaben eine Erscheinung, auf die wir schon früher hingewiesen haben. Der Rückgang der Latifundien beschränkt sich auf zwei Gebiete: den Süden und den Westen. Es ist dies ein Rückgang einerseits der Latifundien der Sklavenhalter, anderseits der primitiv in Besitz genommenen und primitiv extensiv wirtschaftenden Latifundien. Im besiedelten und industriell entwickelten Norden sehen wir ein Anwachsen der Latifundien. Das gilt gleichermaßen für die Zahl der Farmen dieser Art wie für ihre gesamte Bodenfläche und für die bearbeitete Bodenfläche, für ihren Anteil am Gesamtbesitz (1900 – 2,5%; 1910 – 2,8%) wie für ihren Anteil am Gesamtwert aller Geräte und Maschinen.

Dabei ist die zunehmende Bedeutung der Latifundien nicht nur im Norden überhaupt, sondern auch insbesondere in den *beiden* intensiven Gebieten des Nordens, die überhaupt keine Kolonisation kennen, zu beobachten: in Neuengland und in den Mittelatlantischen Staaten. Mit diesen Gebieten müssen wir uns eingehender befassen, denn einerseits führt der besonders geringe Durchschnittsumfang ihrer Farmen, der sich noch weiter verringert, Herrn Himmer und viele andere irre, anderseits entsprechen gerade diese intensivsten Gebiete am meisten dem Typus der alten, längst besiedelten und zivilisierten Länder *Europas*.

In den beiden genannten Gebieten haben sowohl die Zahl der Farmen als auch ihre gesamte Bodenfläche und ihre bearbeitete Bodenfläche von 1900 bis 1910 abgenommen. In Neuengland hat nur die Zahl der *kleinsten* Farmen (bis zu 20 Acres) zugenommen, und zwar um 22,4% (ihre Anbaufläche um 15,5%), außerdem stieg die Zahl der Latifundien um 16,3% und ihre Anbaufläche um 26,8%. In den Mittelatlantischen Staaten haben die *kleinsten* Farmen (an Zahl + 7,7% und an Anbaufläche + 2,5%) zugenommen, die Farmen mit 175–499 Acres haben an Zahl (+ 1,0%) und die Farmen mit 500–999 Acres an Anbaufläche (+ 3,8%) zugenommen. In beiden Gebieten ist auch der Anteil der

kleinsten Farmen und der Latifundien am Wert des gesamten Farmbesitzes sowie der Geräte und Maschinen *gestiegen*. Nachstehend noch anschaulichere und vollständigere Angaben über jedes dieser Gebiete:

Farmgruppen	Prozentuale Steigerung von 1900 bis 1910 in Neuengland		in den Mittelatl. Staaten	
	Wert des gesamten Farm- besitzes	Wert der Geräte und Maschinen	Wert des gesamten Farm- besitzes	Wert der Geräte und Maschinen
Bis zu 20 Acres	60,9	48,9	45,8	42,9
von 20 bis 49 Acres	31,4	30,3	28,3	37,0
von 50 bis 99 Acres	27,5	31,2	23,8	39,9
von 100 bis 174 Acres	30,3	38,5	24,9	43,8
von 175 bis 499 Acres	33,0	44,6	29,4	54,7
von 500 bis 999 Acres	53,7	53,7	31,5	50,8
1 000 und mehr Acres	102,7	60,5	74,4	65,2
<i>Insgesamt</i>	35,6	39,0	28,1	44,1

Hieraus ist ersichtlich, daß in beiden Gebieten *gerade die Latifundien* an Stärke zugenommen, ökonomisch am meisten gewonnen und technisch den größten Fortschritt gemacht haben. Die größten kapitalistischen Wirtschaften *verdrängen* hier die übrigen, die kleineren. Der geringste Wertzuwachs des Gesamtbesitzes sowie der Geräte und Maschinen findet sich in der mittleren oder in den unteren Gruppen, keineswegs aber in der untersten Gruppe. Das heißt, daß die Mittel- und Kleinbetriebe am stärksten zurückbleiben.

Die kleinsten Farmen (bis zu 20 Acres) haben in beiden Gebieten *mehr als durchschnittlich* an Stärke zugenommen und in dieser Hinsicht nur den Latifundien den Vorrang gelassen. Den Grund dieser Erscheinung kennen wir schon: In den beiden intensiven Gebieten stammen 31 bis 33% des Wertes der Ernte von den hochkapitalistischen Kulturen (Gemüse, sodann Obst, Blumen usw.), die sich durch eine außerordentlich hohe Produktionssumme bei außerordentlich kleiner Betriebsfläche auszeichnen. Das Getreide macht in diesen Gebieten nur 8–30% des Wertes der Ernte aus, Heu und Futterpflanzen 31–42%; es entwickelt

sich die Molkereiwirtschaft, die ebenfalls dadurch gekennzeichnet ist, daß die Größe der Farmen *unter* dem Durchschnitt liegt, der Produktwert und der Kapitalaufwand für Lohnarbeit dagegen *über* dem Durchschnitt liegen.

In den intensivsten Gebieten nimmt die durchschnittliche Anbaufläche der Farmen ab, weil sich dieser Durchschnitt aus der Addition der Latifundien und der kleinsten Farmen ergibt, deren Zahl rascher wächst als die der mittleren Farmen. Und die kleinsten Farmen nehmen an Zahl rascher zu als die Latifundien. Aber der Kapitalismus wächst in zweifacher Form: sowohl durch Vergrößerung des Umfangs der Wirtschaften auf der alten technischen Basis als auch durch Schaffung neuer, an Bodenfläche besonders kleiner und kleinster Wirtschaften mit speziellen Handelskulturen, die sich bei minimaler Bodenfläche durch eine außerordentlich hohe Entwicklung des Produktionsumfangs und der Lohnarbeit auszeichnen.

Im Endergebnis zeigt sich: größte Stärkung der Latifundien und der Großbetriebe, Zurückdrängung der Mittel- und Kleinbetriebe, Anwachsen der kleinsten hochkapitalistischen Betriebe.

Wir werden sogleich sehen, wie das allgemeine Ergebnis dieser so widerspruchsvollen – äußerlich widerspruchsvollen – Erscheinungsformen des Kapitalismus in der Landwirtschaft statistisch ausgedrückt werden kann.

10. DIE UNZULÄNGLICHKEIT DER ÜBLICHEN ÖKONOMISCHEN FORSCHUNGSMETHODEN MARX ÜBER DIE BESONDERHEITEN DER LANDWIRTSCHAFT

Die Gruppierung der landwirtschaftlichen Betriebe nach der Größe der Bodenfläche, die sie umfassen oder die sie bearbeiten, ist die einzige Gruppierung, die in der amerikanischen Statistik von 1910 angewandt worden ist und in den Statistiken der allermeisten europäischen Länder angewandt wird. Im allgemeinen ist es unbestreitbar, daß neben fiskalischen und staatlich-administrativen auch gewisse wissenschaftliche Erwägungen für die Notwendigkeit und Richtigkeit einer solchen Gruppierung sprechen. Sie ist jedoch offenkundig unzulänglich, weil sie den

Intensivierungsprozeß in der Landwirtschaft, die Steigerung der Kapitalaufwendungen je Flächeneinheit für Vieh, Maschinen, veredeltes Saatgut, verbesserte Anbaumethoden usw. völlig unbeachtet läßt. Dabei ist dieser Prozeß überall – mit Ausnahme sehr weniger Gebiete und Länder mit primitiver und rein extensiver Landwirtschaft – für die kapitalistischen Länder gerade am meisten charakteristisch. Deshalb verleitet die Einteilung der Wirtschaften nach ihrer Bodenfläche in den allermeisten Fällen zu übermäßig vereinfachten und vergrößerten Vorstellungen von der Entwicklung der Landwirtschaft im allgemeinen und der Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft im besonderen.

Liest man bei den Ökonomen und Statistikern, die die verbreitetsten bürgerlichen Auffassungen zum Ausdruck bringen, lange und breite Auslassungen über die Ungleichartigkeit der Verhältnisse in der Landwirtschaft und der Industrie, über die Eigenart der Landwirtschaft usw. usf., so möchte man ihnen immer wieder zurufen: Meine Herren, es ist vor allem eure eigene Schuld, daß vereinfachte und vergrößerte Auffassungen über die Entwicklung der Landwirtschaft genährt und verbreitet werden! Denkt an das „Kapital“ von Marx. Dort findet ihr Hinweise auf die außerordentlich mannigfaltigen Formen des Grundbesitzes – feudales Grundeigentum, Claneigentum, Markgemeinschaftseigentum (wir fügen hinzu: primitiv in Besitz genommenes Eigentum), Staatseigentum usw. –, die das Kapital bei seinem Erscheinen auf dem Schauplatz der Geschichte vorfindet. Das Kapital ordnet sich alle diese verschiedenen Formen des Grundbesitzes unter und gestaltet sie auf seine Art um, aber eben um diesen Prozeß zu begreifen, zu beurteilen und statistisch auszudrücken, muß man es verstehen, die Fragestellung und die Untersuchungsmethoden in Anpassung an die verschiedenen *Formen* des Prozesses zu ändern. Der Kapitalismus ordnet sich sowohl den Anteilbesitz in der russischen Dorfgemeinde unter als auch den durch eigenmächtige Besitznahme oder durch freie und kostenlose Zuteilung im demokratischen oder im fronherrlichen Staat geregelten Grundbesitz in Sibirien oder im „fernen Westen“ Amerikas; sowohl den Grundbesitz der Sklavenhalter im amerikanischen Süden als auch den halbfeudalen Grundbesitz in den „echt russischen“ Gouvernements. Der Prozeß des Wachstums und des Sieges des Kapitalismus ist in allen diesen Fällen von gleicher Art, aber nicht gleich in der Form. Um diesen Prozeß begreifen und

genau untersuchen zu können, darf man sich nicht auf die schablonenhaft-spießbürgerlichen Phrasen über die „auf eigener Arbeit beruhende“ Landwirtschaft oder auf die herkömmlichen Methoden des bloßen Vergleichs der Bodenflächen beschränken.

Man findet ferner bei Marx eine Analyse der Entstehung der Grundrente kapitalistischer Prägung und ihres Verhältnisses zu den geschichtlich älteren Formen dieser Rente, z. B. zur Naturalrente, zur Arbeitsrente (zur Fronarbeit und ihren Überresten) und zur Geldrente (zum Fronzins usw.). Aber welcher bürgerliche oder kleinbürgerliche, welcher volkstümliche Ökonom oder Statistiker hat jemals halbwegs ernsthaft darüber nachgedacht, wie diese theoretischen Hinweise von Marx anzuwenden sind, wenn man die Entstehung des Kapitalismus *aus* der Sklavenwirtschaft des amerikanischen Südens oder *aus* der Fronwirtschaft Zentralrußlands erforscht?

Man findet schließlich bei Marx systematische und in der ganzen Analyse der Grundrente durchgeführte Hinweise auf die Mannigfaltigkeit der landwirtschaftlichen Verhältnisse, die nicht nur von der unterschiedlichen Beschaffenheit und Lage der Grundstücke, sondern auch von der unterschiedlichen *Höhe des im Boden investierten Kapitals* erzeugt wird. Was bedeutet das: Kapitalinvestitionen im Boden? Das bedeutet technische Veränderungen in der Landwirtschaft, ihre Intensivierung, Übergang zu höheren Systemen des Feldbaus, stärkerer Gebrauch künstlicher Düngemittel, Vervollkommnung der Geräte und Maschinen, ihre zunehmende Anwendung, verstärkte Verwendung von Lohnarbeit usw. Durch die statistische Erfassung der Bodenflächen allein lassen sich alle diese komplizierten und mannigfaltigen Prozesse nicht zum Ausdruck bringen, aber gerade aus diesen Prozessen setzt sich der allgemeine Entwicklungsprozeß des Kapitalismus in der Landwirtschaft zusammen.

Die russischen Semstwestatistiker, besonders die der „guten alten Zeit“ vor der Revolution, erwarben sich dadurch ein Anrecht auf Wertschätzung, daß sie den Gegenstand ihrer Untersuchung nicht schablonenhaft und nicht nur mit fiskalischem und staatlich-administrativem, sondern mit einem bestimmten wissenschaftlichen Interesse behandelten. Sie bemerkten wohl früher als andere Statistiker die Unzulänglichkeit der bloßen Gruppierung der Wirtschaften nach Bodenflächen und führten andere Methoden der Gruppierung ein: nach der Saatfläche, nach der

Menge des Zugviehs, nach der Verwendung von Lohnarbeit usw. Leider fehlte unserer Semstwestatistik, die seit jeher sozusagen eine Oase in der Wüste feudalen Obskurantismus, bürokratischer Schablone und jeder Art stumpfsinniger Amtsschimmelei war, in ihrer Arbeit Einheitlichkeit und Systematik, so daß sie weder der russischen noch der europäischen Wirtschaftswissenschaft Resultate von bleibendem Wert bieten konnte.

Bemerkt sei, daß die Frage der Gruppierung des durch die modernen landwirtschaftlichen Betriebszählungen gesammelten Materials durchaus nicht eine so rein technische Spezialfrage ist, wie es auf den ersten Blick scheinen könnte. Dieses Material zeichnet sich durch eine gewaltige Reichhaltigkeit und Vollständigkeit der Angaben über jede einzelne Wirtschaft aus. Dieses überaus reiche Material wird jedoch infolge ungeschickter, nicht durchdachter, schablonenhafter Zusammenfassung und Gruppierung vollständig verzettelt, es verliert sich, wird farblos und für die Erforschung der landwirtschaftlichen Entwicklungsgesetze oft ganz ungeeignet. Von jeder einzelnen Wirtschaft läßt sich auf Grund des gesammelten Materials untrüglich angeben, ob und inwieweit sie kapitalistisch ist, ob und in welchem Grad sie intensiv betrieben wird usw., aber bei der Zusammenfassung der Angaben über die Millionen Einzelwirtschaften verschwinden gerade die wesentlichsten Unterschiede, Züge und Kennzeichen, auf deren *Hervorhebung*, Feststellung und Berücksichtigung man sich vor allem *verstehen* mußte, und der Ökonom erhält schablonenhafte, sinnlose Zahlenreihen, ein statistisches „Spiel mit Zahlen“ an Stelle einer sinnvollen statistischen Bearbeitung des Materials vorgesetzt.

Die amerikanische Zählung von 1910, mit der wir uns befassen, ist ein höchst anschauliches Musterbeispiel dafür, wie ein dank seiner Reichhaltigkeit und Vollständigkeit ausgezeichnetes Material durch Schablonenhaftigkeit und die wissenschaftliche Stümperei seiner Bearbeiter entwertet und verdorben wird. Gegenüber der Zählung von 1900 hat sich die Bearbeitung maßlos verschlechtert, und sogar die traditionelle Gruppierung der Wirtschaften nach der Bodenfläche ist nicht vollständig durchgeführt, so daß wir außerstande sind, zwischen den verschiedenen Wirtschaftsgruppen Vergleiche anzustellen, z. B. hinsichtlich der Verwendung von Lohnarbeit, der verschiedenen Feldbausysteme, des Verbrauchs von Düngemitteln usw.

Wir müssen uns deshalb an die Zählung von 1900 halten. Sie gibt, soweit uns bekannt ist, als einzige in der ganzen Welt das Beispiel der Anwendung nicht einer, sondern *dreier* verschiedener Arten der Gruppierung oder „Klassifizierung“ (wie sich die Amerikaner ausdrücken) auf das reichhaltigste Material, das je in einem Lande für den gleichen Zeitabschnitt und nach einem einheitlichen Programm gesammelt worden ist und das mehr als fünfzehn Millionen Wirtschaften umfaßt.

Allerdings ist auch hier keine einzige Gruppierung nach allen wesentlichen Merkmalen von Art und Größe der Wirtschaften vollständig durchgeführt. Nichtsdestoweniger ergibt sich ein Bild der kapitalistischen Landwirtschaft und der kapitalistischen Entwicklung der Landwirtschaft, das, wie wir zu zeigen hoffen, die Wirklichkeit unvergleichlich vollständiger, unvergleichlich getreuer widerspiegelt, als dies bei der üblichen, einseitigen und unzulänglichen Beschränkung auf nur eine Gruppierung der Fall ist. Die schwersten Fehler und Vorurteile der bürgerlichen und der kleinbürgerlichen, volkstümlichen politischen Ökonomie werden aufgedeckt und enthüllt, sobald die Möglichkeit besteht, die Tatsachen und Tendenzen gründlicher zu untersuchen, die man mit vollem Recht als *allgemein gültig für alle kapitalistischen Länder der Welt* bezeichnen kann.

Angesichts dieser großen Bedeutung der hier in Rede stehenden Angaben werden wir uns besonders eingehend mit ihnen befassen und uns öfter als bisher Tabellen zuwenden müssen. In voller Würdigung des Umstands, daß Tabellen den Text überladen und die Lektüre erschweren, haben wir uns in den bisherigen Ausführungen bemüht, sie auf das allernötigste Mindestmaß zu beschränken. Wir hoffen, beim Leser keinen Unwillen zu erregen, wenn wir jetzt genötigt sein werden, dieses Mindestmaß heraufzusetzen, denn von der Analyse der hier behandelten Fragen hängt nicht nur die allgemeine Schlußfolgerung in der Hauptfrage – Richtung, Art, Charakter und Gesetz der Entwicklung der modernen Landwirtschaft – ab, sondern auch die Bewertung aller so oft vorgebrachten und so oft entstellten Angaben der modernen Landwirtschaftsstatistik überhaupt.

Die erste Gruppierung – „nach der Bodenfläche“ – zeigt das folgende Bild der amerikanischen Landwirtschaft im Jahre 1900:

Im Durchschnitt entfällt auf 1 Farm:

Farmgruppen	Anzahl der Farmen in % ihrer Gesamtzahl	Gesamte Bodenfläche (ebenfals in % der End- summe)	Anbaufläche in Acres	Ausgaben für Lohnarbeit (in Dollar)	Produktenwert (in Dollar)*	Wert der Geräte und Maschinen (in Dollar)
Bis zu 3 Acres	0,7	1 **	1,7	77	592	53
von 3 bis 10 Acres	4,0	0,2	5,6	18	203	42
von 10 bis 20 Acres	7,1	0,7	12,6	16	236	41
von 20 bis 50 Acres	21,9	4,9	26,2	18	324	54
von 50 bis 100 Acres	23,8	11,7	49,3	33	503	106
von 100 bis 175 Acres	24,8	22,9	83,2	60	721	155
von 175 bis 260 Acres	8,5	12,3	129,0	109	1054	211
von 260 bis 500 Acres	6,6	15,4	191,4	166	1354	263
von 500 bis 1000 Acres	1,8	8,1	287,5	312	1913	377
1000 und mehr Acres	0,8	23,8	520,0	1059	5334	1222
<i>Insgesamt</i>	100,0	100,0	72,3	-	656	133

Man kann mit Sicherheit sagen, daß die Statistik eines beliebigen kapitalistischen Landes ganz das gleiche Bild zeigen wird. Nur in unwesentlichen Einzelheiten mögen Unterschiede vorhanden sein. Deutschland, Österreich, Ungarn, die Schweiz und Dänemark bestätigen dies durch ihre letzten Erhebungen. Mit der größeren Gesamtbodenfläche der Farmen steigen von Gruppe zu Gruppe auch die durchschnittliche Anbaufläche, der durchschnittliche Produktenwert, der Wert der Geräte und Maschinen, der Wert des Viehs (wir haben diese Zahlen weggelassen) und die Höhe der Ausgaben für Lohnarbeit. (Über die Bedeutung der kleinen Ausnahme, die sich bei den Farmen bis zu 3 Acres und teilweise auch bei denen von 3 bis 10 Acres zeigt, haben wir früher schon gesprochen.)

Man sollte meinen, das könne gar nicht anders sein. Dem Anschein nach ist die Steigerung der Ausgaben für Lohnarbeit eine unbedingte

* In den Produktenwert sind die Produkte, die als Viehfutter dienen, nicht eingerechnet.

** Weniger als 0,1 Prozent.

Bestätigung dafür, daß sich die Einteilung in Klein- und Großbetriebe nach der Bodenfläche mit der Einteilung in nichtkapitalistische und kapitalistische Wirtschaften durchaus deckt. Neun Zehntel der landläufigen Betrachtungen über den landwirtschaftlichen „Kleinbetrieb“ stützen sich auf eine solche Gleichsetzung und auf ähnliche Angaben.

Nehmen wir nun die Durchschnittsgrößen nicht pro Farm, sondern pro Acre der (gesamten) Bodenfläche.

Farmgruppen	Es entfallen auf 1 Acre der gesamten Bodenfläche in Dollar			
	Ausgaben für Lohnarbeit	Ausgaben für Düngung	Wert des Viehbestands	Wert der Geräte und Maschinen
Bis zu 3 Acres	40,30	2,36	456,76	27,57
von 3 bis 10 Acres	2,95	0,60	16,32	6,71
von 10 bis 20 Acres	1,12	0,33	8,30	2,95
von 20 bis 50 Acres	0,55	0,20	5,21	1,65
von 50 bis 100 Acres	0,46	0,12	4,51	1,47
von 100 bis 175 Acres	0,45	0,07	4,09	1,14
von 175 bis 260 Acres	0,52	0,07	3,96	1,00
von 260 bis 500 Acres	0,48	0,04	3,61	0,77
von 500 bis 1000 Acres	0,47	0,03	3,16	0,57
1000 und mehr Acres	0,25	0,02	2,15	0,29

Mit ganz verschwindend geringen Ausnahmen beobachten wir hier eine regelmäßige Abnahme der Merkmale intensiver Wirtschaft in der Richtung von den unteren zu den oberen Gruppen.

Das scheint zu der ganz unbestreitbaren Schlußfolgerung zu führen, daß der „Klein“betrieb in der Landwirtschaft intensiver ist als der Großbetrieb, daß mit der Abnahme des Betriebs„umfangs“ die Intensität und Produktivität der Landwirtschaft zunimmt, daß sich „folglich“ die kapitalistische Produktion in der Landwirtschaft nur bei extensivem, primitivem Charakter der Wirtschaft halten kann usw. usf.

Da sich in jedem beliebigen kapitalistischen Land bei der Gruppierung der Wirtschaften nach ihrer Bodenfläche (und diese Gruppierung ist nicht nur die übliche, sondern fast die einzig gebräuchliche) ein völlig analoges Bild ergeben dürfte, da sich überall die gleiche Abnahme der Merkmale intensiver Landwirtschaft in der Richtung von den unteren zu den oberen Gruppen nachweisen läßt, so werden eben diese Schluß-

folgerungen ständig, auf Schritt und Tritt, in der gesamten bürgerlichen und kleinbürgerlichen (opportunistisch-„marxistischen“ und volkstümlicherischen) Literatur gezogen. Man denke z. B. an die bekannte Schrift des bekannten Eduard David „Sozialismus und Landwirtschaft“, diese Sammlung bürgerlicher Vorurteile und bürgerlicher Lügen unter dem Deckmantel „auch-sozialistischer“ Wörtchen. Dort wird gerade auf Grund ähnlicher Angaben versucht, die „Überlegenheit“, die „Lebensfähigkeit“ usw. des „Klein“betriebs zu beweisen.

Derartige Schlüsse werden durch einen Umstand besonders begünstigt: Angaben, analog den angeführten, findet man gewöhnlich über den Viehbestand, während über die Lohnarbeit, besonders in einer so verallgemeinerten Form, wie es die Summe der Ausgaben für Lohnarbeit ist, fast nirgends Daten gesammelt werden. Indessen beweisen gerade die Angaben über die Lohnarbeit die Unrichtigkeit aller derartigen Schlüsse. In der Tat, wenn z. B. die Steigerung des Viehwertes (oder, was dasselbe ist, des Viehbestands) pro Flächeneinheit in dem Maße, wie sich der Umfang der Wirtschaft verringert, von einer „Überlegenheit“ des landwirtschaftlichen „Kleinbetriebs“ zeugen soll, so steht doch diese „Überlegenheit“ in *Verbindung* mit der *Steigerung* der Ausgaben für Lohnarbeit in dem Maße, wie sich der Umfang der Wirtschaft verringert!! Eine solche Steigerung der Ausgaben für Lohnarbeit – wohlgemerkt, es ist hier die ganze Zeit von Zahlen die Rede, die sich auf eine Flächeneinheit, auf 1 Acre, 1 Hektar oder 1 Desjatine beziehen – bedeutet aber eine Verstärkung des *kapitalistischen* Charakters der Wirtschaft! Der kapitalistische Charakter der Wirtschaft steht jedoch in Widerspruch zu dem üblichen, meistverbreiteten Begriff des „Klein“betriebs, denn unter Kleinbetrieb versteht man einen Betrieb, der *nicht* auf Lohnarbeit beruht.

Es scheint, als gerate man in einen Knäuel von Widersprüchen. Die allgemeinen Angaben über die Wirtschaftsgruppen nach der Bodenfläche zeigen, daß die „Klein“betriebe nichtkapitalistisch und daß die Großbetriebe kapitalistisch sind. Und dieselben Angaben zeugen davon, daß der Betrieb, je „kleiner“ er ist, nicht nur eine desto höhere Intensität aufweist, sondern auch desto größere Ausgaben für Lohnarbeit pro Einheit der Bodenfläche!

Um Licht in die Sache zu bringen, wollen wir uns der zweiten Art der Gruppierung zuwenden.

11. EIN GENAUERER VERGLEICH DER LANDWIRTSCHAFTLICHEN KLEIN- UND GROSSBETRIEBE

Wie wir schon festgestellt haben, nimmt die amerikanische Statistik hier die Summe des Produktenwerts der Wirtschaft unter Abzug der verfütterten Produkte. Einzeln genommen sind derartige Angaben, die es wohl nur in der amerikanischen Statistik gibt, natürlich weniger genau als die Angaben über Bodenfläche, Viehbestand usw. Aber im ganzen genommen, auf einige Millionen Wirtschaften bezogen und besonders zur Bestimmung der *Wechselbeziehungen* zwischen den verschiedenen Wirtschaftsgruppen des ganzen Landes angewandt, sind diese Angaben zweifellos als ebenso brauchbar zu betrachten wie die übrigen. Auf jeden Fall zeugen diese Angaben von dem Umfang der *Produktion* – und besonders der Warenproduktion, d. h. von der Summe der Produkte, die zum Verkauf gelangen – viel unmittelbarer als alle anderen. Und bei allen Untersuchungen über die Entwicklung der Landwirtschaft und ihre Gesetze ist ja gerade von der Klein- und Groß*produktion* die Rede.

Aber nicht nur das. In solchen Fällen ist immer von der Entwicklung der Landwirtschaft im Kapitalismus oder in Verbindung mit dem Kapitalismus, unter seiner Einwirkung usw. die Rede. Will man sich über diese Einwirkung Rechenschaft ablegen, so muß man vor allem und am meisten darauf bedacht sein, die Naturalwirtschaft in der Agrikultur von der Warenwirtschaft zu trennen. Es ist allgemein bekannt, daß die Naturalwirtschaft, d. h. die Produktion nicht für den Markt, sondern für den eigenen Verbrauch der wirtschaftenden Familie, gerade in der Agrikultur eine verhältnismäßig sehr große Rolle spielt und der warenproduzierenden Landwirtschaft besonders langsam Platz macht. Und will man die von der politischen Ökonomie aufgestellten theoretischen Lehrensätze nicht schablonenhaft, nicht mechanisch, sondern mit Sinn und Verstand anwenden, so darf man z. B. das Gesetz von der Verdrängung des Kleinbetriebs durch den Großbetrieb *nur* für die warenproduzierende Landwirtschaft gelten lassen. Diese These wird kaum jemand theoretisch bestreiten wollen. Und doch richten die Ökonomen und Statistiker höchst selten ihr Augenmerk bewußt darauf, gerade die Merkmale, die den

Übergang der Agrikultur von der Naturalwirtschaft zur Warenwirtschaft bezeugen, besonders hervorzuheben, sie zu verfolgen und nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Die Gruppierung der Wirtschaften nach dem Geldwert der Produkte, die nicht als Viehfutter Verwendung finden, kommt dieser äußerst wichtigen theoretischen Forderung einen großen Schritt entgegen.

Es sei bemerkt, daß man, wenn von der zweifellosen Tatsache der Verdrängung des Kleinbetriebs durch den Großbetrieb in der Industrie die Rede ist, die Industriebetriebe stets nach der Menge der Produktion oder der Zahl der Lohnarbeiter gruppiert. Infolge der technischen Besonderheiten der Industrie ist die Sache hier viel einfacher. In der Landwirtschaft mit ihren unvergleichlich komplizierteren und verwickelteren Verhältnissen ist es dagegen weit schwieriger, den Umfang der Produktion und den Geldwert der Produkte sowie das Ausmaß der Verwendung von Lohnarbeit zu bestimmen. Im letzteren Fall muß die gesamte Lohnarbeit in einem Jahr, nicht aber die für den Stichtag errechnete berücksichtigt werden, denn die Landwirtschaft trägt ganz besonders den Charakter eines „Saison“betriebs; ferner müssen nicht nur die ständigen Lohnarbeiter, sondern auch die Tagelöhner berücksichtigt werden, die in der Landwirtschaft eine höchst wichtige Rolle spielen. Aber was schwierig ist, ist nicht unmöglich. Die Anwendung rationeller, den technischen Besonderheiten der Landwirtschaft angepaßter Untersuchungsmethoden, darunter die Gruppierung nach dem Umfang der Produktion, nach dem gesamten Geldwert der Produkte und nach der Häufigkeit und dem Ausmaß der Verwendung von Lohnarbeit, wird noch wachsen und sich durch das Gestrüpp bürgerlicher und kleinbürgerlicher Vorurteile und Bestrebungen, die bürgerliche Wirklichkeit zu beschönigen, ihren Weg bahnen müssen. Und man kann sich ohne weiteres dafür verbürgen, daß jeder Schritt vorwärts in der Anwendung rationeller Untersuchungsmethoden auch ein Schritt vorwärts in der Bestätigung der Wahrheit sein wird, daß in der kapitalistischen Gesellschaft nicht nur in der Industrie, sondern auch in der Landwirtschaft der Kleinbetrieb durch den Großbetrieb verdrängt wird.

Hier die Angaben über die Gruppen der landwirtschaftlichen Betriebe Amerikas im Jahre 1900, eingeteilt nach der Höhe des gesamten Produktenwerts:

Farmgruppen nach dem Produktenwert in Dollar	Zahl den Farmen (in % der Gesamtzahl)	Gesamte Bodenfläche	Durchschnittlich entfallen auf 1 Farm:		
			Anbaufläche in Acres	Ausgaben für Lohn- arbeit (in Dollar)	Wert der Geräte und Maschinen
0	0,9	1,8	33,4	24	54
1– 50 Dollar	2,9	1,2	18,2	4	24
50– 100 Dollar	5,3	2,1	20,0	4	28
100– 250 Dollar	21,8	10,1	29,2	7	42
250– 500 Dollar	27,9	18,1	48,2	18	78
500–1 000 Dollar	24,0	23,6	84,0	52	154
1 000–2 500 Dollar	14,5	23,2	150,5	158	283
2 500 und mehr Dollar	2,7	19,9	322,3	786	781
<i>Insgesamt</i>	100,0	100,0	72,3	–	133

Zu den einkommenlosen Farmen, deren Produktenwert Null ist, dürften hauptsächlich eben erst übernommene Homesteads gehören, deren Besitzer noch nicht zur Errichtung von Gebäuden, Anschaffung von Vieh, zur Aussaat und Ernteeinbringung gekommen sind. In einem Lande mit so starker Kolonisation wie in Amerika hat die Frage, wie lange ein Landwirt seine Farm besitzt, besonders große Bedeutung.

Lassen wir die einkommenlosen Farmen beiseite, so ergibt sich das gleiche Bild, das uns die oben vorgenommene Gruppierung derselben Angaben nach der gesamten Bodenfläche der Farmen gezeigt hat. In dem Maße, wie der Produktenwert einer Farm steigt, steigen auch die durchschnittliche Größe der Anbaufläche, die durchschnittliche Höhe der Ausgaben für Lohnarbeit und der durchschnittliche Wert der Geräte und Maschinen. Im großen und ganzen zeigt sich, daß die Farmen mit größerem Einkommen – wobei wir das Bruttoeinkommen, d. h. den gesamten Produktenwert im Auge haben – auch die größere Bodenfläche besitzen. Augenscheinlich ergibt die neue Einteilung absolut nichts Neues.

Doch nehmen wir jetzt die Durchschnittsgrößen (des Wertes von Vieh und Geräten, der Ausgaben für Lohnarbeit und Düngung) nicht pro Farm, sondern auf 1 Acre der Bodenfläche:

Farmgruppen nach dem Produktenwert	Es entfallen auf 1 Acre der Gesamtbodenfläche in Dollar			
	Ausgaben für Lohnarbeit	Ausgaben für Düngung	Wert des Viehbe- stands	Wert der Geräte und Maschinen
0	0,08	0,01	2,97	0,19
1- 50 Dollar	0,06	0,01	1,78	0,38
50- 100 Dollar	0,08	0,03	2,01	0,48
100- 250 Dollar	0,11	0,05	2,46	0,62
250- 500 Dollar	0,19	0,07	3,00	0,82
500-1 000 Dollar	0,36	0,07	3,75	1,07
1 000-2 500 Dollar	0,67	0,08	4,63	1,21
2 500 und mehr Dollar	0,72	0,06	3,98	0,72

Eine Ausnahme bilden in gewisser Hinsicht die einkommenlosen Farmen, die überhaupt eine ausgesprochene Sonderstellung einnehmen, und die Farmen mit den höchsten Einkommen, die in bezug auf drei von den vier angeführten Merkmalen eine geringere Intensität aufweisen als die Nachbargruppe. Doch im allgemeinen beobachten wir eine regelmäßige *Steigerung* der Intensität der Landwirtschaft *in dem Maße*, wie sich der Wert der von den Farmen erzeugten Produkte *erhöht*.

Wir sehen hier das gerade Gegenteil des Bildes, das uns die Gruppierung der Wirtschaften nach der Bodenfläche gezeigt hat.

Ein und dasselbe Material führt bei verschiedenen Gruppierungsmethoden zu diametral entgegengesetzten Schlußfolgerungen.

Beurteilt man den Umfang der Wirtschaft nach der Größe der Bodenfläche, so *sinkt* die Intensität der Landwirtschaft mit dem zunehmenden Umfang der Wirtschaft; beurteilt man ihn dagegen nach dem Produktenwert, so *steigt* die Intensität mit dem zunehmenden Umfang der Wirtschaft.

Welche dieser beiden Schlußfolgerungen ist nun richtig?

Klar ist, daß die Menge des Grund und Bodens *keinerlei* Vorstellung vom Umfang der Wirtschaft gibt, wenn der Boden nicht bearbeitet wird (vergessen wir nicht, daß in Amerika als Grundlage der Gruppierung nicht allein die bearbeitete, sondern die gesamte Bodenfläche genommen wird und daß in diesem Lande der Prozentsatz des bearbeiteten Bodens bei den einzelnen Wirtschaftsgruppen zwischen 19 und 91%, bei den einzelnen Gebieten zwischen 27 und 75% schwankt). Sie gibt *keinerlei richtige* Vorstellung davon, wenn überdies in zahlreichen Fällen zwi-

schen den einzelnen Wirtschaften wesentliche Unterschiede bestehen in den Methoden der Bodenbearbeitung, in der Intensität der Landwirtschaft, im System des Feldbaus, im Ausmaß der Düngung, in der Anwendung von Maschinen, im Charakter der Viehzucht usw.

Gerade das trifft nachweislich auf *alle* kapitalistischen Länder zu und sogar auf alle diejenigen, in deren Landwirtschaft der Kapitalismus eben erst eingedrungen ist.

Wir sehen nun eine der tiefsten und allgemeinsten Ursachen, warum sich die irrümlichen Auffassungen von der „Überlegenheit“ des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs so hartnäckig erhalten und warum sich die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Vorurteile dieser Art neben dem großen Fortschritt der sozialen und insbesondere der landwirtschaftlichen Statistik der letzten Jahrzehnte so leicht behaupten können. Daß sich diese Fehler und Vorurteile so beharrlich behaupten, dazu tragen natürlich auch die *Interessen* der Bourgeoisie bei, die bestrebt ist, die tiefen Klassengegensätze der modernen bürgerlichen Gesellschaft zu vertuschen, und wo Interessen im Spiele sind, da beginnt man bekanntlich, selbst die unumstößlichsten Wahrheiten zu bestreiten.

Doch wir beschränken uns hier darauf, die theoretischen Ursachen der irrümlichen Auffassung von der „Überlegenheit“ des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs zu untersuchen. Und es kann keinen Zweifel geben, daß die unkritische, schablonenhafte Einstellung zu den längst überholten Methoden, die Wirtschaften nur nach der Menge ihres gesamten oder bearbeiteten Bodens zu vergleichen, unter diesen Ursachen mit an erster Stelle steht.

Die Vereinigten Staaten von Amerika bilden unter allen kapitalistischen Ländern insofern eine Ausnahme, als es hier noch massenhaft herrenlose, freie Ländereien gibt, die ohne Entgelt zugeteilt werden. Hier kann sich die Landwirtschaft noch durch Aneignung herrenlosen, durch Urbarmachung jungfräulichen Bodens entwickeln, und sie tut das wirklich – in der Form der primitivsten und extensivsten Viehzucht und Agrikultur. In den alten, zivilisierten Ländern des kapitalistischen Europas gibt es nichts Ähnliches. Hier entwickelt sich die Landwirtschaft *hauptsächlich* intensiv, nicht durch *quantitative* Vergrößerung der Anbaufläche, sondern durch *qualitative* Verbesserung der Bodenbearbeitung mittels größerer Kapitalinvestitionen in der alten Bodenfläche. Und ge-

rade diese Hauptentwicklungslinie der kapitalistischen Landwirtschaft, die auch in Amerika allmählich vorherrschend wird, übersehen diejenigen, die sich darauf beschränken, die Wirtschaften nur nach der Menge des Grund und Bodens zu vergleichen.

Die Hauptentwicklungslinie der kapitalistischen Landwirtschaft besteht eben darin, daß der landwirtschaftliche *Kleinbetrieb*, der nach der Bodenfläche *Kleinbetrieb bleibt*, sich nach dem Umfang der Produktion, der Entwicklung der Viehzucht, dem Verbrauch von Düngemitteln, der Anwendung von Maschinen usw. *in einen Großbetrieb verwandelt*.

Darum ist es unbedingt falsch, ausgehend von dem Vergleich verschiedener Wirtschaftsgruppen nach der Größe der Bodenfläche zu schlußfolgern, daß mit der Zunahme der Wirtschaft die Intensität der Landwirtschaft sinkt. Einzig und allein richtig ist es vielmehr, ausgehend von dem Vergleich verschiedener Wirtschaften nach der Höhe des Produktenwertes zu schlußfolgern, daß mit dem zunehmenden Umfang der Wirtschaft die Intensität der Landwirtschaft steigt.

Denn vom Umfang der Wirtschaft legt die Bodenfläche nur indirekt Zeugnis ab, und dies „Zeugnis“ ist um so weniger glaubwürdig, je umfassender und rascher die Intensivierung der Landwirtschaft vor sich geht. Der Produkthenwert dagegen legt kein indirektes, sondern ein direktes, und zwar in allen Fällen gültiges Zeugnis über den Umfang der Wirtschaft ab. Spricht man vom landwirtschaftlichen Kleinbetrieb, so denkt man immer an einen Betrieb, der *nicht* auf Lohnarbeit beruht. Der Übergang zur Ausbeutung von Lohnarbeitern ist aber nicht nur durch die Erweiterung der Betriebsfläche unter Beibehaltung der alten technischen Grundlage bedingt – das ist nur bei extensiver, primitiver Wirtschaft der Fall –, sondern auch durch die Vervollkommnung der vorhandenen Technik, durch die Umwandlung der alten Technik in neue, durch die Investition von zusätzlichem Kapital in derselben Bodenfläche, z. B. in Gestalt von neuen Maschinen, von künstlichen Düngemitteln oder von Vergrößerung und Verbesserung des Viehbestands usw.

Die Gruppierung nach dem Produkthenwert der Farm faßt Wirtschaften zusammen, die sich tatsächlich durch den *gleichen Umfang der Produktion*, unabhängig von der Größe ihrer Bodenfläche, auszeichnen. Die sehr intensiv betriebene Wirtschaft auf kleinem Grundstück steht dabei in einer Gruppe mit der relativ extensiven Wirtschaft auf großer Boden-

fläche; und beide Wirtschaften werden sowohl nach dem Produktionsumfang als auch nach dem Grad der Verwendung von Lohnarbeit wirklich Großbetriebe sein.

Dagegen faßt die Gruppierung nach der Bodenfläche landwirtschaftliche Groß- und Kleinbetriebe zusammen, wenn sie sich nur in der Größe ihres Bodenbesitzes gleichen. Sie faßt Wirtschaften mit völlig verschiedenem Produktionsumfang zusammen, sie wirft solche, in denen die Arbeit von Familienangehörigen überwiegt, mit solchen, in denen die Lohnarbeit vorherrscht, in einen Topf. Hieraus ergibt sich das grundfalsche, die wirkliche Sachlage völlig entstellende, aber der Bourgeoisie sehr gefällige Bild einer *Abstumpfung der Klassegegensätze* im Kapitalismus. Hieraus ergibt sich eine nicht minder falsche und der Bourgeoisie nicht minder gefällige *Beschönigung der Lage der kleinen Landwirte* und eine Apologie des Kapitalismus.

In der Tat, die Grund- und Haupttendenz des Kapitalismus besteht in der Verdrängung des Kleinbetriebs durch den Großbetrieb sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft. Doch diese Verdrängung ist keinesfalls *nur* im Sinne sofortiger Expropriation zu verstehen. Verdrängung ist auch die Ruinierung der kleinen Landwirte, die sich jahre- und jahrzehntelang hinziehen kann, die Verschlechterung der Bedingungen, unter denen sie wirtschaften. Diese Verschlechterung zeigt sich sowohl in übermäßiger Arbeit oder in schlechterer Ernährung des kleinen Landwirts als auch in seiner zunehmenden Schuldenlast, in der Verschlechterung der Viehfütterung und überhaupt der Viehhaltung, in der Verschlechterung der Bedingungen der Bearbeitung des Bodens, seiner Bestellung, Düngung usw., ferner in der technischen Stagnation der Wirtschaft usw. Will sich der wissenschaftliche Forscher frei halten von dem Vorwurf, daß er, bewußt oder unbewußt, der Bourgeoisie zu Gefallen die Lage der kleinen Landwirte beschönigt, die ruiniert und erdrückt werden, so muß er seine Aufgabe vor allem und am meisten darin sehen, die Merkmale der Ruinierung, die gar nicht so einfach und gleichartig sind, genau zu bestimmen, sodann diese Merkmale aufzudecken, zu verfolgen und den Grad ihrer Verbreitung sowie ihre zeitlichen Veränderungen möglichst zu berücksichtigen. Diese besonders wichtige Seite der Sache pflegen die Ökonomen und Statistiker unserer Zeit am allerwenigsten zu beachten.

Man stelle sich vor, daß der Statistiker zu 90 kleinen Landwirten, die kein Kapital zur Verbesserung ihrer Wirtschaft besitzen, die hinter der Zeit zurückbleiben und allmählich dem Ruin entgegengehen, 10 Landwirte hinzufügt, die über genügend Kapital verfügen und auf ebenso kleinen Grundstücken einen Betrieb einrichten, der nach seinem Produktionsumfang zu den Großbetrieben gehört und auf Lohnarbeit beruht. Insgesamt und im Durchschnitt wird das ein schöngefärbtes Bild der Lage aller dieser hundert kleinen Landwirte ergeben.

Gerade ein solches schöngefärbtes – und dabei objektiv zugunsten der Bourgeoisie schöngefärbtes – Bild zeigt uns die amerikanische Zählung von 1910, und zwar vor allem deshalb, weil sie den im Jahre 1900 gezogenen Vergleich der Gruppierung nach der Bodenfläche mit der Gruppierung nach dem Produktwert unterlassen hat. Wir erfahren z. B. nur, daß die Ausgaben für Düngung sehr stark – um 115%, d. h. auf mehr als das Doppelte – gestiegen sind, während die Ausgaben für Lohnarbeit nur um 82% stiegen und der Gesamtwert der Ernte um 83% stieg. Ein gewaltiger Fortschritt. Ein Fortschritt der nationalen Landwirtschaft. Und am Ende wird irgendein Ökonom daraus – wenn das nicht schon geschehen ist – den Schluß ziehen: ein Fortschritt des „auf eigener Arbeit beruhenden“ landwirtschaftlichen Kleinbetriebs; denn die Angaben über die nach der Bodenfläche gruppierten Wirtschaften zeigen im allgemeinen, daß die Aufwendungen für Düngung pro Acre der Bodenfläche im landwirtschaftlichen „Kleinbetrieb“ weit höher sind.

Aber wir wissen jetzt, daß dies ein Fehlschluß wäre, denn gerade bei der Gruppierung der Wirtschaften nach der Bodenfläche werden die dem Ruin entgegengehenden oder zumindest von der Not erdrückten kleinen Landwirte, die keine Möglichkeit haben, Düngemittel käuflich zu erwerben, mit *Kapitalisten* – wenn auch kleinen, aber dennoch Kapitalisten – zusammengeworfen, die auf einem kleinen Grundstück eine verbesserte, intensive Großwirtschaft mit Lohnarbeitern betreiben.

Wenn der landwirtschaftliche Kleinbetrieb überhaupt vom Großbetrieb verdrängt wird, wie die Angaben über den Wert des gesamten Farmbesitzes von 1900 und 1910 zeigen; wenn sich in dieser Zeit, wie wir sogleich sehen werden, die hochkapitalistischen Kulturen auf kleinen Grundstücken besonders schnell entwickelt haben; wenn nach den allgemeinen Angaben über kleine und große Wirtschaften, ausgehend von

der Höhe des Produktenwerts, die Aufwendungen für Düngung in dem Maße steigen, wie sich der Umfang der Wirtschaft vergrößert – so ergibt sich daraus zwangsläufig der Schluß, daß der „Fortschritt“ im Verbrauch von Düngemitteln von 1900 bis 1910 das Übergewicht der kapitalistischen Landwirtschaft über den Kleinbetrieb noch mehr verstärkt und diesen noch weiter zurückgedrängt und erdrückt hat.

12. DIE VERSCHIEDENEN BETRIEBSTYPEN IN DER LANDWIRTSCHAFT

Was wir oben über die intensiven, großen, kapitalistischen Wirtschaften auf kleinen Grundstücken gesagt haben, wirft folgende Frage auf: Besteht Grund anzunehmen, daß die Intensivierung der Landwirtschaft zur Verringerung der Bodenfläche einer Wirtschaft führen muß? Mit anderen Worten: Schafft die Technik der modernen Landwirtschaft von selbst Bedingungen, die erheischen, die Größe der Bodenfläche einer Wirtschaft zu verringern, damit die Intensität der Landwirtschaft erhöht werden kann?

Auf diese Frage können weder allgemeine theoretische Erwägungen noch einzelne Beispiele eine Antwort geben. Es handelt sich um den konkreten Stand der Technik unter den gegebenen landwirtschaftlichen Verhältnissen und um die konkrete Höhe des Kapitals, das für ein bestimmtes Betriebssystem erforderlich ist. Theoretisch ist eine beliebige Anlage von Kapital in beliebiger Höhe auf einem beliebig großen Grundstück denkbar, aber selbstverständlich „hängt das ab“ von den jeweiligen ökonomischen, technischen, kulturellen usw. Bedingungen. Alles kommt eben darauf an, welche Bedingungen in einem bestimmten Land zu einem bestimmten Zeitpunkt vorhanden sind. Beispiele besagen hier nichts, weil man auf einem Gebiet mit so komplizierten, verschiedenartigen, verwickelten und widerspruchsvollen Tendenzen, wie es die Ökonomik der modernen Landwirtschaft ist, jederzeit Beispiele für die Erhärtung gegensätzlicher Auffassungen finden kann. Hier muß in erster Linie und mehr als sonst irgendwo der Prozeß *als Ganzes* dargestellt, müssen alle Tendenzen berücksichtigt und ihre Resultante oder ihre Summe, ihr Ergebnis ermittelt werden.

Das dritte Gruppierungssystem, das die amerikanischen Statistiker 1900 angewandt haben, hilft die gestellte Frage beantworten. Es ist dies die Gruppierung *nach der Haupteinkommenquelle*. Alle Farmen sind nach diesem Kennzeichen in die folgenden Kategorien eingeteilt: 1. Heu und Getreide als Haupteinkommenquellen; 2. gemischte Einkommenquellen; 3. Viehzucht; 4. Baumwolle; 5. Gemüse; 6. Obst; 7. Molkereiprodukte; 8. Tabak; 9. Reis; 10. Zucker; 11. Blumen; 12. Treibhauskulturen; 13. Taro; 14. Kaffee. In die letzten sieben Kategorien (8–14) fallen insgesamt nur 2,2% aller Farmen, also ein so verschwindend geringer Teil, daß wir sie nicht getrennt behandeln werden. Nach ihrem wirtschaftlichen Charakter und ihrer wirtschaftlichen Bedeutung sind diese Kategorien (8–14) ganz von der gleichen Art wie die drei vorhergehenden (5–7) und bilden mit ihnen zusammen einen Typus.

Die folgenden Angaben charakterisieren die Farmen von verschiedenem Typus:

Farmgruppen nach der Haupteinkommen- quelle	Prozentualer Anteil an der Gesamtzahl der Farmen	Durchschnittliche Bodenfläche einer Farm		Es entfallen im Durchschnitt auf 1 Acre d. Gesamtfläche (in Dollar)			
		Gesamt- fläche	Anbau- fläche	Ausgaben für Lohnarbeit	Ausgaben für Düngung	Wert der Geräte und Maschinen	Wert des Viehbe- stands
Heu und Getreide	23,0	159,3	111,1	0,47	0,04	1,04	3,17
Gemischte Einkommenquellen	18,5	106,8	46,5	0,35	0,08	0,94	2,73
Viehzucht	27,3	226,9	86,1	0,29	0,02	0,66	4,45
Baumwolle	18,7	83,6	42,5	0,30	0,14	0,53	2,11
Gemüse	2,7	65,1	33,8	1,62	0,59	2,12	3,74
Obst	1,4	74,8	41,6	2,46	0,30	2,34	3,35
Molkereiprodukte	6,2	121,9	63,2	0,86	0,09	1,66	5,58
Alle Farmen insgesamt	100,0	146,6	72,3	0,43	0,07	0,90	3,66

Wir sehen, daß die ersten beiden Kategorien (Heu und Getreide; gemischte) als mittlere Kategorien bezeichnet werden können, und zwar sowohl nach dem Entwicklungsgrad des kapitalistischen Charakters der

Wirtschaft (mit 0,35 und 0,47 Dollar Ausgaben für Lohnarbeit kommen sie dem Gesamtdurchschnitt der Vereinigten Staaten, der 0,43 Dollar beträgt, am nächsten) als auch nach der Intensität der Landwirtschaft. Hinsichtlich aller Merkmale intensiver Wirtschaft – Ausgaben für Düngung, Wert der Maschinen und des Viehbestands auf 1 Acre Bodenfläche – stehen diese Gruppen dem Gesamtdurchschnitt der Vereinigten Staaten am nächsten.

Zweifellos sind diese beiden Gruppen für die Mehrzahl der landwirtschaftlichen Betriebe überhaupt besonders typisch. Heu und Getreide sowie verschiedene landwirtschaftliche Produkte zusammengefaßt („gemischte“ Einkommenquellen) – das sind die Haupttypen der landwirtschaftlichen Betriebe in allen Ländern. Es wäre äußerst interessant, detailliertere Angaben über diese Gruppen zu haben, z. B. sie in mehr oder minder warenproduzierende Betriebe zu unterteilen usw. Doch die amerikanische Statistik hat zwar, wie wir sahen, einen Schritt in dieser Richtung gemacht, ist dann aber nicht vorwärts, sondern zurück gegangen.

Die beiden folgenden Kategorien, Viehzucht und Baumwolle, zeigen uns das Muster der Farmen mit schwächster kapitalistischer Entwicklung (die Ausgaben für Lohnarbeit betragen 0,29 und 0,30 Dollar bei einem Durchschnitt von 0,43) und am wenigsten intensiver Landwirtschaft. Der Wert der Geräte und Maschinen ist hier am niedrigsten und liegt beträchtlich unter dem Durchschnitt (0,66 und 0,53 gegen 0,90). Die Farmen, deren Haupteinkommen aus der Viehzucht stammt, weisen selbstverständlich einen größeren, über den Durchschnitt der Vereinigten Staaten hinausgehenden Viehbestand pro Acre auf (4,45 gegen 3,66), aber diese Viehzucht wird offensichtlich extensiv betrieben: Die Ausgaben für Düngemittel sind minimal, die durchschnittliche Bodenfläche ist am größten (226,9 Acres), der Anteil der Anbaufläche (86,1 von 226,9 Acres) am geringsten. Die Baumwollfarmen weisen einen überdurchschnittlichen Verbrauch von Düngemitteln auf, die übrigen Merkmale intensiver Landwirtschaft (Wert des Viehbestands und der Maschinen auf 1 Acre Land) sind hier jedoch minimal.

Die letzten drei Kategorien schließlich – Gemüse, Obst, Molkereiprodukte – sind Farmen erstens mit der kleinsten Bodenfläche (33 bis 63 Acres Anbaufläche gegen 42–86, 46–111 in den anderen Kategorien);

zweitens mit der stärksten kapitalistischen Entwicklung: die Ausgaben für Lohnarbeit sind am höchsten, 2–6mal so hoch wie der Durchschnitt; drittens mit der größten Intensität. Fast alle Merkmale einer intensiv betriebenen Landwirtschaft überragen hier den Durchschnitt: sowohl die Ausgaben für Düngemittel als auch der Wert der Maschinen und des Viehbestands (eine kleine Ausnahme bilden die Obstfarmen, die in dieser Beziehung hinter dem Durchschnitt zurückbleiben, aber immer noch über den Farmen stehen, deren Haupteinkommenquellen Heu und Getreide sind).

Wir werden jetzt zu der Frage übergehen, welchen Anteil diese kapitalistisch hochentwickelten Farmen an der Gesamtwirtschaft des Landes haben. Vorher müssen wir uns jedoch etwas eingehender mit der ihnen eigenen höheren Intensität beschäftigen.

Nehmen wir die Farmen, deren Haupteinkommen aus dem Gemüsebau fließt. Bekanntlich ruft in allen kapitalistischen Ländern die Entwicklung der Städte, Fabriken, Industriesiedlungen, Eisenbahnstationen, Häfen usw. eine verstärkte Nachfrage nach Produkten dieser Art hervor, steigert ihren Preis und vergrößert die Zahl der landwirtschaftlichen Unternehmungen, die sie für den Verkauf erzeugen. Nach der Menge des bearbeiteten Bodens beträgt die Größe einer durchschnittlichen „Gemüse“farm *weniger als ein Drittel* der Größe einer „gewöhnlichen“ Farm, deren Haupteinkommenquelle Heu und Getreide sind: die erste hat 33,8 Acres, die zweite 111,1. Der gegebene Stand der Technik bei der gegebenen Akkumulation des Kapitals in der Landwirtschaft erfordert also einen geringeren Umfang der „Gemüse“farm. Mit anderen Worten: Will man in der Landwirtschaft Kapital investieren und einen Profit erzielen, der nicht unter dem Durchschnittsprofit liegt, so muß man bei dem heutigen Stand der Technik die Wirtschaft für die Gemüseproduktion *auf einer kleineren Bodenfläche* organisieren als für die Heu- und Getreideproduktion.

Mehr noch. Das Wachstum des Kapitalismus in der Landwirtschaft besteht vor allem in ihrem Übergang von der Naturalwirtschaft zur Warenwirtschaft. Das wird ständig vergessen, und deshalb muß man es immer wieder nachdrücklich betonen. Die warenproduzierende Landwirtschaft aber entwickelt sich ganz und gar nicht auf so „einfachen“ Bahnen, wie es sich die bürgerlichen Ökonomen ausmalen oder wie sie

annehmen – durch Steigerung der Erzeugung *ein und derselben* Produkte. Nein. Die Entwicklung der warenproduzierenden Landwirtschaft erfolgt sehr häufig durch den Übergang von einer Art der Produkte zu einer anderen. Der Übergang von der Heu- und Getreideproduktion zur Gemüseproduktion ist gerade einer dieser üblichen Übergänge. Welche Bedeutung hat nun ein solcher Übergang für die uns hier interessierende Frage der Größe der bewirtschafteten Bodenfläche und des Wachstums des Kapitalismus in der Landwirtschaft?

Dieser Übergang bedeutet die *Zerstückelung* einer „großen“ Farm mit 111,1 Acres in mehr als drei „kleine“ Farmen mit je 33,8 Acres. Die Produktion der alten Farm hatte einen Wert von 760 Dollar – das ist der nach Abzug des Viehfutters verbleibende durchschnittliche Produktwert der Farm, deren Haupteinkommenquelle Heu und Getreide sind. Die Produktion jeder neuen Farm hat einen Wert von 665 Dollar, insgesamt also $665 \times 3 = 1\,995$ Dollar, d. h. mehr als doppelt soviel wie früher.

Der Kleinbetrieb wird durch den Großbetrieb bei gleichzeitiger *Abnahme* der Betriebsfläche verdrängt.

Die durchschnittlichen Ausgaben für Lohnarbeit belaufen sich in der alten Farm auf 76 Dollar, in der neuen auf 106 Dollar, sind also fast anderthalbmal so hoch, während sich die Bodenfläche auf ein Drittel und weniger verringert hat. Die Ausgaben für Düngemittel steigen von 0,04 Dollar pro Acre auf 0,59 Dollar, also fast auf das Fünfeinfache; der Wert der Geräte und Maschinen steigt auf das Doppelte, von 1,04 auf 2,12 Dollar, usw.

Man wird uns, wie man es gewöhnlich tut, entgegen, daß die Zahl dieser hochkapitalistischen Farmen mit ihren speziellen „Handels“kulturen im Verhältnis zur Gesamtzahl der Farmen verschwindend klein sei. Darauf antworten wir, daß erstens die Zahl und die *Rolle* solcher Farmen, ihre wirtschaftliche Rolle, erheblich größer sind, als gemeinhin angenommen wird, und daß zweitens – das ist der Hauptpunkt – *gerade solche Kulturen* in den kapitalistischen Ländern *schneller* zunehmen als die übrigen. Gerade deshalb bedeutet die Abnahme der Betriebsfläche bei gleichzeitiger Intensivierung der Landwirtschaft sehr häufig eine *Zunahme*, nicht aber eine *Abnahme* des Produktionsumfangs, eine *Zunahme*, nicht aber eine *Abnahme* der Ausbeutung von Lohnarbeit.

Hierüber bringt die amerikanische Statistik genaue, das ganze Land insgesamt umfassende Angaben. Wir nehmen *alle* Spezial- oder „Handels“kulturen, die oben unter den Punkten 5–14 aufgezählt sind: Gemüse, Obst, Molkereiprodukte, Tabak, Reis, Zucker, Blumen, Treibhauskulturen, Taro und Kaffee. Die Zahl der Farmen in den Vereinigten Staaten, deren *Haupt*einkommenquelle diese Produkte bildeten, betrug 1900 insgesamt 12,5% aller Farmen. Also eine kleine Minderheit, ein Achtel. Ihre Bodenfläche machte 8,6% oder ein ganzes Zwölftel der gesamten Bodenfläche aus. Doch gehen wir weiter. Nehmen wir den gesamten Produktenwert der gesamten amerikanischen Landwirtschaft abzüglich des Viehfutters. Von diesem Wert entfallen auf die genannten Farmen schon 16,0%, d. h. ein Anteil, der fast das Doppelte ihres Anteils am Boden beträgt.

Die Produktivität der Arbeit und des Bodens ist also auf diesen Farmen fast doppelt so hoch wie im Durchschnitt.

Nehmen wir die Summe aller Lohnausgaben in der amerikanischen Landwirtschaft. Von dieser Summe entfallen auf die genannten Farmen 26,6%, d. h. mehr als ein Viertel; dieser Anteil ist mehr als dreimal so hoch wie ihr Anteil am Boden und beträgt mehr als das Dreifache des Durchschnitts. Der kapitalistische Charakter dieser Farmen überragt also bei weitem den Durchschnitt.

Ihr Anteil am Gesamtwert der Geräte und Maschinen beläuft sich auf 20,1% und an den Gesamtaufwendungen für Düngemittel auf 31,7%, d. h., er macht etwas weniger als ein *Drittel* der Gesamtsumme aus und liegt um etwas weniger als das *Vierfache* über dem Durchschnitt.

Ziehen wir das Fazit, so ergibt sich also die unzweifelhafte und für das ganze Land insgesamt festgestellte Tatsache, daß sich die besonders intensiv betriebenen Farmen durch eine besonders kleine Bodenfläche, eine besonders starke Verwendung von Lohnarbeit und eine besonders hohe Arbeitsproduktivität auszeichnen und daß die wirtschaftliche Bedeutung dieser Farmen in der gesamten Landwirtschaft des Landes ihren Anteil an der Gesamtzahl der Farmen – von der Gesamtbodenfläche gar nicht zu reden – um das Zweifache, ja Dreifache und noch mehr übertrifft.

Steigt oder sinkt nun mit der Zeit die Bedeutung dieser hochkapita-

listischen und hochintensiven Kulturen und Farmen gegenüber den anderen Kulturen und Farmen in der Landwirtschaft?

Ein Vergleich der beiden letzten Zählungen ergibt unzweifelhaft, daß diese Bedeutung *steigt*. Nehmen wir die Bodenfläche bei den verschiedenen Kulturen. Von 1900 bis 1910 stieg in den Vereinigten Staaten die Anbaufläche bei Getreide aller Arten nur um 3,5%; bei Bohnen, Erbsen usw. um 26,6%; bei Heu und Futterpflanzen um 17,2%; bei Baumwolle um 32,0%; bei Gemüse um 25,5%; bei Zuckerrüben, Zuckerrohr usw. um 62,6%.

Nehmen wir die Angaben über die Erträge landwirtschaftlicher Produkte. Die Ernteerträge aller Arten von Getreide stiegen von 1900 bis 1910 nur um 1,7%; von Bohnen um 122,2%; von Heu und Futterpflanzen um 23,0%; von Zuckerrüben um 395,7%; von Zuckerrohr um 48,5%; von Kartoffeln um 42,4%; von Weintrauben um 97,6%. Der Mißernte von Beeren, Äpfeln u. a. im Jahre 1910 steht z. B. eine Verdreifachung der Ernte von Apfelsinen, Zitronen gegenüber, usw.

Somit ist in bezug auf die ganze amerikanische Landwirtschaft der Beweis erbracht für die scheinbar paradoxe und nichtsdestoweniger zweifelsfreie Tatsache, daß nicht nur, allgemein gesprochen, eine Verdrängung des Kleinbetriebs durch den Großbetrieb stattfindet, sondern daß diese Verdrängung auch in der folgenden Form vor sich geht:

Der Kleinbetrieb wird vom Großbetrieb in der Weise verdrängt, daß die an Bodenfläche „größeren“, aber weniger produktiven, weniger intensiven und weniger kapitalistischen Farmen durch an Bodenfläche „kleinere“, aber produktivere, intensivere und kapitalistisch entwickeltere Farmen verdrängt werden.

13. WIE DIE VERDRÄNGUNG DES LANDWIRTSCHAFTLICHEN KLEINBETRIEBS DURCH DEN GROSSBETRIEB BAGATELLISIERT WIRD

Man könnte einwenden: Wenn die Verdrängung der *Kleinproduktion* „auch“ in Form der Intensivierung (und „Kapitalisierung“) der Wirtschaft kleinerer *Farmen* vor sich geht, hat dann die Gruppierung nach der Bodenfläche überhaupt noch einen Sinn? Ergibt sich da nicht das

Vorhandensein zweier entgegengesetzter Tendenzen und die Unmöglichkeit irgendeiner allgemeinen Schlußfolgerung?

Um diesen Einwand zu beantworten, müssen wir uns das *Gesamtbild* der amerikanischen Landwirtschaft und ihrer Entwicklung vor Augen führen. Zu diesem Zweck müssen wir versuchen, alle drei Gruppierungen, die sozusagen das Maximum dessen darstellen, was die Sozialstatistik auf dem Gebiet der Landwirtschaft in den letzten Jahren geleistet hat, zu vergleichen und einander gegenüberzustellen.

Eine solche Vergleichung und Gegenüberstellung ist möglich. Dazu bedarf es lediglich der Zusammenstellung einer Tabelle, die vielleicht auf den ersten Blick übermäßig abstrakt und kompliziert erscheinen und deshalb den Leser „abschrecken“ mag. Aber bei einiger Aufmerksamkeit wird das „Lesen“, Verstehen und Analysieren dieser Tabelle keinerlei Schwierigkeit bereiten.

Zum Vergleich der drei verschiedenen Gruppierungen müssen ausschließlich die *Prozentverhältnisse* zwischen den verschiedenen Gruppen herangezogen werden. Die entsprechenden Berechnungen sind in der amerikanischen Zählung von 1900 alle durchgeführt. Jede Gruppierung reduzieren wir auf *drei* Hauptgruppen. Für die Einteilung nach der Bodenfläche nehmen wir: 1. kleine Farmen (bis zu 100 Acres), 2. mittlere Farmen (100–175 Acres) und 3. große Farmen (175 und mehr Acres). Für die Einteilung nach dem Produktenwert nehmen wir: 1. nichtkapitalistische Farmen (bis zu 500 Dollar), 2. mittlere Farmen (500–1 000 Dollar) und 3. kapitalistische Farmen (1 000 Dollar und mehr). Für die Einteilung nach der Haupteinkommenquelle nehmen wir: 1. kapitalistisch schwachentwickelte Farmen (Viehzucht; Baumwolle), 2. mittlere Farmen (Heu und Getreide; gemischte) und 3. kapitalistisch hochentwickelte Farmen (Spezial- oder „Handels“kulturen, die im Abschnitt 12 unter den Punkten 5–14 aufgezählt sind).

Für jede Gruppe nehmen wir zunächst den Prozentsatz der Farmen, d. h. das Prozentverhältnis der Zahl der zu ihr gehörigen Farmen zur Gesamtzahl aller Farmen in den Vereinigten Staaten. Dann den Prozentsatz der gesamten Bodenfläche, d. h. das Prozentverhältnis der Gesamtmenge des Grund und Bodens dieser Gruppe zur Gesamtmenge des Grund und Bodens aller Farmen in den Vereinigten Staaten. Auf Grund der Bodenfläche kann man über den extensiven Umfang der Wirtschaft

urteilen (leider unterrichtet uns das verfügbare Material nur über die *gesamte* Bodenfläche und nicht über die bloße Anbaufläche, was genauer wäre). Ist der prozentuale Anteil an der gesamten Bodenfläche *höher* als der prozentuale Anteil an der Zahl der Farmen, entfallen z. B. auf 17,2% der Farmen 43,1% des Bodens, so bedeutet das, daß wir es mit großen Farmen zu tun haben, mit Farmen, deren Größe über dem Durchschnitt liegt, ja mehr als das Doppelte des Durchschnitts beträgt. Ist der Prozentsatz des Bodens *niedriger* als der Prozentsatz der Farmen, so ist der entgegengesetzte Schluß zu ziehen.

Ferner werden als Kennzeichen für die *Intensität* der Wirtschaft der Wert der Geräte und Maschinen sowie die Gesamtsumme der Ausgaben für Düngung herangezogen. Auch hier wird der auf die betreffende Gruppe entfallende Prozentsatz vom Gesamtwert bzw. von den Gesamtausgaben im ganzen Land festgestellt. Und auch hier läßt sich, wenn dieser Prozentsatz *höher* ist als der des *Bodens*, der Schluß ziehen, daß die Intensität *über* dem Durchschnitt liegt usw.

Schließlich wird nach derselben Methode die Gesamtsumme der Lohnausgaben herangezogen, um den kapitalistischen Charakter der Wirtschaft genau zu bestimmen und die Gesamthöhe des Produktenwerts der Landwirtschaft des ganzen Landes, um den Produktionsumfang zu bestimmen.

Auf diese Art ist die folgende Tabelle zusammengestellt worden, zu deren Erläuterung und Analyse wir nun übergehen. (Tabelle siehe S. 76.)

Nehmen wir die erste Gruppierung: nach der Haupteinkommenquelle. Die Farmen sind hier sozusagen nach der landwirtschaftlichen Spezialisierung eingeteilt, bis zu einem gewissen Grade analog der Einteilung der Industriebetriebe nach Industriezweigen. Nur sind die Verhältnisse in der Landwirtschaft unvergleichlich komplizierter.

Die erste Spalte zeigt uns die Gruppe der schwachkapitalistischen Farmen. Diese Gruppe umfaßt beinahe die Hälfte aller Farmen – 46,0%. An Boden entfallen auf sie 52,9%, d. h., die Wirtschaften sind überdurchschnittlich groß (hier sind die besonders großen, extensiv betriebenen Viehwirtschaften und die dem Flächenumfang nach unter dem Durchschnitt liegenden Baumwollfarmen zusammengefaßt). Der prozentuale Anteil am Wert der Maschinen (37,2%) und an den Ausgaben für

Gegenüberstellung der drei Gruppierungen:

(Die Zahlen bedeuten die Prozentsätze; die Summe jeder der drei horizontalen Rubriken = 100)

	Nach der Haupteinkommenquelle der Farmen			Nach der Bodenfläche der Farmen			Nach dem Produktenwert der Farmen				
	schwach-kapitalistische	mittlere	hoch-kapitalistische	kleine	mittlere	große	nicht-kapitalistische	mittlere	kapitalistische		
Zahl der Farmen	46,0	41,5	12,5	57,5	24,8	17,7	58,8	24,0	17,2	Kennzeichen für den extensiven Umfang der Wirtschaften	
Gesamtbodenfläche in Acres	52,9	38,5	8,6	17,5	22,9	59,6	33,3	23,6	43,1		
Konstantes Kapital:	Wert der Geräte und Maschinen	37,2	42,7	20,1	31,7	28,9	39,4	25,3	28,0	Kennzeichen für die Intensität der Wirtschaften	
	Ausgaben für Düngung	36,5	31,8	31,7	41,9	25,7	32,4	29,1	26,1		44,8
Variables Kapital:	Ausgaben für Lohnarbeit	35,2	38,2	26,6	22,3	23,5	54,2	11,3	19,6	69,1	Kennzeichen für den kapitalistischen Charakter der Wirtschaften
Produktionsumfang:	Produktenwert	45,0	39,0	16,0	33,5	27,3	39,2	22,1	25,6	52,3	

Düngemittel (36,5%) ist niedriger als der prozentuale Anteil am Boden: die Intensität liegt hier also unter dem Durchschnitt. Ebenso der kapitalistische Charakter der Wirtschaften (35,2%) und der Produktenwert (45,0%). Die Arbeitsproduktivität bleibt unter dem Durchschnitt.

Die zweite Spalte umfaßt die mittleren Farmen. Eben weil in diese mittlere Gruppe nach *allen* drei Gruppierungen die in *jeder* Beziehung „mittleren“ Wirtschaften fallen, beobachten wir hier die größte Ausgegli-

chenheit *aller* Prozentverhältnisse. Die Schwankungen sind verhältnismäßig geringfügig.

Die dritte Spalte zeigt uns die hochkapitalistischen Farmen. Wir haben die Bedeutung dieser Zahlen schon vorher eingehend analysiert. Es sei bemerkt, daß wir *nur* über diesen Farmtypus genaue und vergleichbare Angaben aus den Jahren 1900 und 1910 besitzen; die Angaben zeugen davon, daß diese hochkapitalistischen Kulturen überdurchschnittlich rasch zunehmen.

Wie widerspiegelt sich nun diese raschere Zunahme bei der in den meisten Ländern gebräuchlichen Gruppierung? Das zeigt die folgende Spalte: die Gruppe der kleinen Farmen in der Gruppierung nach der Bodenfläche.

Nach der Zahl der Farmen ist diese Gruppe sehr stark (57,5% der Gesamtzahl). An Boden entfallen auf sie nur 17,5% der Gesamtfläche, d. h. weniger als ein Drittel des Durchschnitts. Demnach wäre diese Gruppe also die „landärmste“ und „bedürftigste“. Im folgenden sehen wir aber, daß hier sowohl die Intensität der Landwirtschaft (Wert der Maschinen und Ausgaben für Düngung) als auch ihr kapitalistischer Charakter (Ausgaben für Lohnarbeit) und die Arbeitsproduktivität (Produktenwert) *über* dem Durchschnitt liegen: 22,3–41,9% bei 17,5% der Bodenfläche.

Woran liegt das? Ganz klar: daran, daß besonders viele *hochkapitalistische* Farmen – siehe die vorhergehende vertikale Spalte – gerade in diese Gruppe der an Bodenfläche „kleinen“ Farmen fallen. Zu einer Mehrzahl wirklich kleiner Landwirte, die sowohl wenig Land als auch wenig Kapital besitzen, kommt hier eine *Minderheit* reicher, kapitalkräftiger Landwirte, die auf kleinen Grundstücken dem Produktionsumfang nach große und ihrem Charakter nach kapitalistische Wirtschaften organisiert haben. Solcher Landwirte gibt es in ganz Amerika nicht mehr als 12,5% (= der Prozentsatz der hochkapitalistischen Farmen). Auch wenn alle diese Farmen ausschließlich zur Gruppe der nach der Bodenfläche kleinen Farmen gehören würden, blieben mithin in dieser Gruppe immer noch (57,5–12,5=) 45% Landwirte, die nicht genügend Land und kein Kapital besitzen. Selbstverständlich gehört aber in Wirklichkeit ein wenn auch kleiner Teil der hochkapitalistischen Farmen zu den nach der Bodenfläche mittleren und großen Farmen, so daß die wirkliche Zahl der

kapitallosen und landarmen Farmer mit diesen 45% noch zu *niedrig* angesetzt ist.

Man ersieht daraus unschwer, in welchem Grade die Lage dieser fünf- undvierzig Prozent – minimum 45% – sowohl an Land als auch an Kapital ärmster Farmer *beschönigt* ist, weil sie eben in einer Gruppe zusammengefaßt werden mit 12, 10 usw. Prozent solcher Landwirte, die in einem überdurchschnittlichen Ausmaß mit Kapital, Geräten, Maschinen, Geldmitteln für den Kauf von Düngemitteln, für die Dingung von Lohnarbeitern usw. versehen sind.

Wir werden uns im einzelnen weder bei den mittleren noch bei den großen Farmen dieser Gruppierung aufhalten. Es wäre dies, in ein klein wenig geänderten Ausdrücken, nur eine Wiederholung dessen, was über die kleinen Farmen gesagt worden ist. Wenn z. B. die Angaben über die nach der Bodenfläche kleinen Farmen die Notlage des *Kleinbetriebs* beschönigen, so *bagatellisieren* die Angaben über die nach demselben Merkmal großen Farmen ganz offensichtlich die tatsächliche *Konzentration* der Landwirtschaft durch den Großbetrieb. Wir werden gleich einen genauen statistischen Ausdruck für diese Bagatellisierung der Konzentration sehen.

Es ergibt sich die folgende allgemeine These, die man als ein hinsichtlich der Gruppierung der Wirtschaften nach ihrer Bodenfläche für jedes kapitalistische Land gültiges Gesetz formulieren kann:

Je umfassender und schneller sich die Intensivierung der Landwirtschaft entwickelt, um so mehr wird durch die Gruppierung nach der Bodenfläche die Notlage des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs, des kleinen Landwirts, der *sowohl* an Boden *als auch* an Kapital arm ist, *beschönigt*; um so mehr wird die wirkliche Schärfe des Klassengegensatzes zwischen dem florierenden Großbetrieb und dem dem Ruin entgegengehenden Kleinbetrieb *abgestumpft*, um so mehr wird die Konzentration des Kapitals im Großbetrieb und die Verdrängung des Kleinbetriebs durch den Großbetrieb *bagatellisiert*.

Diese These wird durch die dritte und letzte Gruppierung – nach dem Produktenwert – sinnfällig bestätigt. Der Prozentsatz der nichtkapitalistischen (oder ertragsarmen, wenn man das Bruttoeinkommen nimmt) Wirtschaften ist gleich 58,8%, d. h. sogar etwas höher als der Prozentsatz der „kleinen“ Wirtschaften (57,5%). An Land entfällt auf sie bedeutend *mehr*: 33,3% (gegen 17,5% in der Gruppe der „kleinen“ Far-

mer). Ihr Anteil am gesamten Produktenwert beträgt aber *nur zwei Drittel* davon: 22,1% gegen 33,5%!

Woran liegt das? Eben daran, daß in dieser Gruppe die hochkapitalistischen Wirtschaften auf kleinen Grundstücken fehlen, durch deren Einbeziehung in die erste Gruppe der *Kapitalanteil* der kleinen Landwirte – in Gestalt von Maschinen, Düngemitteln usw. – *künstlich* hochgetrieben und *verfälscht* worden ist.

Die Verelendung, die drückende Notlage – und folglich auch der Ruin – des landwirtschaftlichen *Kleinbetriebs* ist demnach *viel größer*, als man nach den Angaben über die kleinen *Farmen* annehmen könnte.

Die Angaben über die nach der Bodenfläche kleinen und großen *Farmen* lassen die *Rolle des Kapitals* überhaupt unberücksichtigt. Es ist aber klar, daß die Nichtberücksichtigung einer solchen „Kleinigkeit“ in der kapitalistischen Wirtschaft die Lage des Kleinbetriebs entstellt, verfälscht und beschönigt; denn sie „könnte“ ganz leidlich sein, „wenn“ es kein Kapital gäbe, d. h., wenn die Macht des Geldes und die Beziehungen zwischen Lohnarbeiter und Kapitalist, zwischen Farmer und Händler, Kreditgeber usw. nicht wären!

Die Konzentration der Landwirtschaft durch die großen *Farmen* ist infolgedessen weit geringer als die Konzentration durch den Großbetrieb, d. h. durch den kapitalistischen Betrieb: 17,7% „große“ *Farmen* konzentrieren 39,2% des Produktenwerts (etwas mehr als das Doppelte des Durchschnitts); dagegen konzentrieren 17,2% *kapitalistische* *Farmen* 52,3% des gesamten Produktenwerts, d. h. mehr als das *Dreifache* des Durchschnitts.

In einem Land, in dem es eine unentgeltliche Zuweisung gewaltiger Mengen freier Ländereien gibt und das die *Manilow** als Land der „Arbeits“wirtschaften bezeichnen, ist somit *mehr als die Hälfte* der gesamten landwirtschaftlichen Produktion in ungefähr einem Sechstel der Wirtschaften, in den *kapitalistischen* Betrieben konzentriert, deren Ausgaben für Lohnarbeit das Vierfache des Durchschnitts betragen, auf 1 durchschnittliche *Farm* dieser Gruppe bezogen (69,1% bei 17,2% der *Farmen*), und das Anderthalbfache des Durchschnitts, auf 1 Acre der gesamten Bodenfläche bezogen (69,1% Ausgaben für Lohnarbeit bei 43,1% der Gesamtfläche).

* *Manilow* – Gestalt aus Gogols Roman „Die toten Seelen“. *Der Übers.*

Demgegenüber gehört mehr als die Hälfte, fast drei Fünftel (58,8%), aller Farmen zu den nichtkapitalistischen. Sie besitzen ein Drittel der gesamten Bodenfläche (33,3%), aber dieses Land ist unter dem Durchschnitt mit Maschinen versorgt (25,3% des Wertes der Maschinen), wird unter dem Durchschnitt gedüngt (29,1% der Ausgaben für Düngung), und seine Produktivität liegt daher ein Drittel *unter dem Durchschnitt*. Diese riesige Masse von Farmen, die am stärksten unter dem allgemeinen Druck des Kapitals leiden, besitzt zwar ein Drittel der Bodenfläche, liefert jedoch weniger als ein Viertel (22,1%) der Gesamtproduktion, des gesamten Produktwerts. — — —

Demnach ergibt sich, was die Bedeutung der Gruppierung nach der Bodenfläche anbelangt, die allgemeine Schlußfolgerung, daß diese Gruppierung nicht als absolut unbrauchbar betrachtet werden darf. Man darf nur niemals vergessen, daß sie die Verdrängung des Kleinbetriebs durch den Großbetrieb bagatellisiert, und zwar um so mehr bagatellisiert, je umfassender und schneller sich die Intensivierung der Landwirtschaft entwickelt und je beträchtlicher die Unterschiede zwischen den Wirtschaften hinsichtlich der Höhe des in ein und derselben Flächeneinheit investierten Kapitals werden. Bei den heutigen Untersuchungsmethoden, die ein sehr gutes, sehr reichhaltiges Material über jede einzelne Wirtschaft liefern, würde es z. B. genügen, zwei Gruppierungsmethoden zu kombinieren. Man könnte, sagen wir, jede der fünf nach der Gesamtbodenfläche gegliederten Gruppen in drei oder zwei Untergruppen nach dem Ausmaß der Verwendung von Lohnarbeit teilen. Wenn das nicht geschieht, so hauptsächlich deshalb, weil man sich fürchtet, die Wirklichkeit allzu unverhüllt zu zeigen und ein allzu grelles Bild von der Bedrückung, Armut, Ruinierung und Expropriation der Masse der kleinen Landwirte zu geben, deren Lage so „zweckdienlich“ und „unauffällig“ durch die Einbeziehung der kapitalistischen „Muster“wirtschaften beschönigt wird, die an Bodenfläche ebenfalls „klein“ sind und unter der Masse der notleidenden Wirtschaften eine verschwindende Minderheit bilden. Vom wissenschaftlichen Standpunkt wird niemand zu bestreiten wagen, daß in der modernen Landwirtschaft nicht nur der Boden, sondern auch das Kapital eine Rolle spielt. Vom Standpunkt der statistischen Technik oder der zu leistenden statistischen Arbeit ist eine Gesamtzahl von 10 bis 15 Gruppen überhaupt nicht übermäßig viel, z. B.

im Vergleich zu den 18 + 7 Bodenflächengruppen der deutschen Statistik von 1907. Diese Statistik, die ein höchst reichhaltiges Material über 5 736 082 landwirtschaftliche Betriebe in eine solche Menge von Größenklassen nach der Bodenfläche gliedert, ist ein Musterbeispiel bürokratischer Schablone, wissenschaftlicher Kleinkrämerei und sinnloser Zahlenspielerlei, denn es gibt *nicht die Spur* vernünftiger, rationeller, durch die Wissenschaft und das Leben gerechtfertigter Gründe, eine solche Menge derartiger Gruppen als typisch anzuerkennen.

14. DIE EXPROPRIATION DER KLEINEN LANDWIRTE

Die Frage der Expropriation der kleinen Landwirte ist für das Verständnis und die Beurteilung des Kapitalismus in der Landwirtschaft überhaupt von größter Wichtigkeit. Und es ist für die heutige, völlig von bürgerlichen Auffassungen und Vorurteilen durchdrungene politische Ökonomie und Statistik äußerst charakteristisch, daß gerade diese Frage fast gar nicht oder am wenigsten sorgfältig behandelt wird.

Die allgemeinen Daten zeigen in allen kapitalistischen Ländern ein Anwachsen der städtischen Bevölkerung auf Kosten der ländlichen infolge der Landflucht. In den Vereinigten Staaten schreitet dieser Prozeß unaufhaltsam vorwärts. Der Prozentsatz der städtischen Bevölkerung stieg von 29,5% im Jahre 1880 auf 36,1% im Jahre 1890, auf 40,5% im Jahre 1900 und auf 46,3% im Jahre 1910. In allen Gebieten des Landes nimmt die städtische Bevölkerung schneller zu als die ländliche: von 1900 bis 1910 wuchs die Landbevölkerung im industriellen Norden um 3,9%, die Stadtbevölkerung dagegen um 29,8%; im ehemals sklavenhaltenden Süden wuchs erstere um 14,8%, letztere um 41,4%; im Kolonisationsgebiet des Westens erstere um 49,7%, letztere um 89,6%.

Man sollte meinen, ein so allgemeiner Prozeß müßte auch bei der Durchführung der landwirtschaftlichen Betriebszählungen unbedingt untersucht werden. Ganz von selbst taucht die in wissenschaftlicher Hinsicht höchst wichtige Frage auf, aus welchen Kategorien, Schichten oder Gruppen der Landbevölkerung und unter welchen Bedingungen diese Flüchtlinge vom Lande kommen. Da ohnehin alle zehn Jahre höchst detailliertes Material über jeden landwirtschaftlichen Betrieb, über jedes

Stück Vieh darin, gesammelt wird, wäre es ein leichtes, die Frage zu stellen, wie viele und was für Farmen wegen Übersiedlung in die Stadt verkauft oder verpachtet worden sind, wie viele Familienangehörige die Landwirtschaft vorübergehend oder für immer aufgeben und aus welchen Gründen sie das tun. Doch werden derartige Fragen nicht gestellt. Über bürokratisch-schablonenhafte Zahlen: „Die Landbevölkerung sank von 1900 bis 1910 von 59,5% auf 53,7%“ geht die Untersuchung nicht hinaus. Es ist, als hätten die Statistiker nicht die leiseste Ahnung, wieviel Not, Bedrückung und Ruin hinter diesen schablonenhaften Zahlen stecken. Fast durch die Bank wollen die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ökonomen den offensichtlichen Zusammenhang zwischen der Landflucht und dem Ruin der Kleinproduzenten überhaupt nicht bemerken.

Es bleibt uns weiter nichts übrig, als zu versuchen, das relativ äußerst dürftige und ganz mangelhaft bearbeitete Material über die Expropriation der kleinen Landwirte, das sich in der Zählung von 1910 findet, zusammenzustellen.

Wir besitzen Angaben über die Formen des Farmbesitzes: über die Zahl der Eigentümer, untergeteilt in *Volleigentümer* einer Farm und in *Teileigentümer* einer Farm; ferner über die Zahl der Pächter, und zwar solcher, die in Teilpacht, und solcher, die in Geldpacht stehen. Diese Angaben sind nach Gebieten gegliedert, nicht aber nach Wirtschaftsgruppen.

Nehmen wir die Gesamtzahlen für 1900 und 1910, so ergibt sich vor allem folgendes Bild:

die gesamte Landbevölkerung wuchs	um 11,2 %
die Gesamtzahl der Farmen wuchs	um 10,9 %
die Gesamtzahl der Eigentümer wuchs	um 8,1 %
die Gesamtzahl der <i>Volleigentümer</i> einer Farm wuchs um	4,8 %

Es ist klar, daß dieses Bild eine steigende Expropriation des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs zeigt. Die Landbevölkerung wächst langsamer als die Stadtbevölkerung; die Zahl der Farmer langsamer als die der Landbevölkerung; die Zahl der Eigentümer langsamer als die der Farmer; die Zahl der *Volleigentümer* einer Farm langsamer als die der Eigentümer überhaupt.

Der Prozentsatz der Eigentümer, bezogen auf die Gesamtzahl der Farmer, nimmt schon seit Jahrzehnten fortwährend ab. Er betrug:

1880	74,0 %
1890	71,6 %
1900	64,7 %
1910	63,0 %

Dementsprechend nimmt der Prozentsatz der Pächter zu, wobei die Zahl der Teilpächter rascher wächst als die der Geldpächter. Der Prozentsatz der Teilpächter betrug 1880 17,5%, dann 18,4% und 22,2%, 1910 aber bereits 24,0%.

Daß die Abnahme des Anteils der Eigentümer und die Zunahme des Anteils der Pächter im großen und ganzen die Ruinierung und Verdrängung der kleinen Landwirte bedeutet, ist aus den folgenden Angaben ersichtlich:

Farmkategorien	Prozentsatz der Farmen mit					
	Haustieren			Pferden		
	1900	1910	±	1900	1910	±
Eigentümer	96,7	96,1	- 0,6	85,0	81,5	- 3,5
Pächter	94,2	92,9	- 1,3	67,9	60,7	- 7,2

Die Eigentümer sind nach allen Angaben für beide Jahre ökonomisch bessergestellt. Die Lage der Pächter verschlechtert sich *in stärkerem Maße* als die der Eigentümer.

Betrachten wir die Angaben für die einzelnen Gebiete.

Die Zahl der Pächter ist, wie wir schon früher festgestellt haben, am höchsten im Süden, wo sie auch am schnellsten steigt – von 47,0% im Jahre 1900 auf 49,6% im Jahre 1910. Das Kapital hat vor einem halben Jahrhundert die Sklaverei zerschlagen, um sie jetzt in erneuerter Form, nämlich in Form der Teilpacht, *wiederherzustellen*.

Im Norden ist die Zahl der Pächter erheblich niedriger und nimmt auch weit langsamer zu: insgesamt von 26,2% im Jahre 1900 auf 26,5% im Jahre 1910. Im Westen ist die Zahl der Pächter am niedrigsten, und *nur* in diesem Gebiet nimmt sie nicht zu, sondern ab: von 16,6% im Jahre 1900 sank sie auf 14,0% im Jahre 1910. „Ein sehr niedriger Prozentsatz von Pächterfarmen“, lesen wir im Resümee der Zählung von 1910, „ist im Gebirgs- und im Pazifischen Gebiet zu beobachten“ (diese beiden Gebiete bilden zusammen den „Westen“), „was zwei-

fellos hauptsächlich auf die Tatsache zurückzuführen ist, daß diese beiden Gebiete erst unlängst besiedelt wurden und daß viele Farmer hier Homesteaders sind“ (d. h. Farmer, denen freies, bisher unbesiedeltes Land entweder unentgeltlich oder gegen minimale Bezahlung zugewiesen worden ist), „die ihr Land von der Regierung erhalten haben“ (Bd. V, S. 104).

Wir sehen hier außerordentlich anschaulich eine von uns schon mehrfach hervorgehobene Eigentümlichkeit der Vereinigten Staaten, die in dem Vorhandensein noch nicht in Besitz genommener, freier Ländereien besteht. Diese Eigentümlichkeit erklärt einerseits die außerordentlich breite und rasche Entwicklung des Kapitalismus in Amerika. Das Fehlen von Privateigentum an Grund und Boden in bestimmten Gebieten eines riesigen Landes beseitigt den Kapitalismus nicht – dies unseren Volkstümlern ins Stammbuch! –, sondern verbreitert im Gegenteil seine Basis und beschleunigt seine Entwicklung. Andererseits dient diese Eigentümlichkeit, die den alten, längst besiedelten kapitalistischen Ländern Europas gänzlich unbekannt ist, in Amerika als *Deckmantel* für den Prozeß der Expropriation der kleinen Landwirte, der sich in den bereits besiedelten und industriell fortgeschrittensten Landesteilen vollzieht.

Nehmen wir den Norden. Hier bietet sich uns das folgende Bild:

	1900	1910	Zu- oder Abnahme
Gesamte Landbevölkerung (in Mill.)	22,2	23,1	+ 3,9%
Gesamtzahl der Farmen (in 1000)	2 874	2 891	+ 0,6%
Gesamtzahl der Eigentümer (in 1000)	2 088	2 091	+ 0,1%
Gesamtzahl der <i>Volleigentümer</i> einer Farm (in 1000)	1 794	1 749	- 2,5%

Wir sehen hier nicht nur eine relative Abnahme der Zahl der Eigentümer, nicht nur ihre Zurückdrängung gegenüber der Gesamtzahl der Farmer usw., sondern auch schon direkt eine *absolute Abnahme* der Zahl der Eigentümer bei gleichzeitiger Zunahme der Produktion im Hauptteil der Vereinigten Staaten, der 60% der gesamten Anbaufläche des Landes umfaßt!

Und dabei darf man nicht vergessen, daß in *einem* der vier Gebiete, die den „Norden“ bilden, nämlich im Nordwestlichen Zentralgebiet, *bis heute die Zuweisung von Homesteads erfolgt*, die in dem Jahrzehnt von

1901 bis 1910 insgesamt eine Bodenfläche von 54 Millionen Acres umfaßte.

Die Tendenz des Kapitalismus, den landwirtschaftlichen Kleinbetrieb zu expropriieren, wirkt mit solcher Kraft, daß im „Norden“ Amerikas die Zahl der Grundeigentümer eine *absolute Abnahme* aufweist, *obwohl* Dutzende von Millionen Acres noch nicht in Besitz genommener, freier Ländereien zugewiesen worden sind.

Nur zwei Umstände sind es, die diese Tendenz in den Vereinigten Staaten noch paralisieren: 1. das Vorhandensein noch nicht zerstückelter Plantagen von Sklavenhaltern im Süden, wo es eine niedergehaltene und geknechtete Negerbevölkerung gibt, und 2. die schwache Besiedlung des Westens. Es ist klar, daß diese beiden Umstände zusammen dahin wirken, die künftige Basis des Kapitalismus zu verbreitern und die Bedingungen für seine noch raschere und noch umfassendere Entwicklung vorzubereiten. Die Verschärfung der Gegensätze und die Verdrängung des Kleinbetriebs werden nicht aus der Welt geschafft, sondern auf einen größeren Schauplatz verlegt. Der kapitalistische Feuerbrand scheint „langsamer“ um sich zu greifen, aber um den Preis der Anhäufung von neuem, gewaltigem, noch leichter entzündlichem Material.

Weiter. Hinsichtlich der Expropriation des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs stehen uns die Angaben über die Zahl der Vieh haltenden Farmen zur Verfügung. Hier die Gesamtzahlen für die Vereinigten Staaten:

Prozentsatz der Farmen	1900	1910	Zu- oder Abnahme
mit Vieh überhaupt	95,8	94,9	- 0,9
mit Milchkühen	78,7	80,8	+ 2,1
mit Pferden	79,0	73,8	- 5,2

Im großen und ganzen zeigen diese Zahlen einen Rückgang der Zahl der Besitzer von Vieh im Vergleich zur Gesamtzahl der Farmer. Der Prozentsatz der Besitzer von Milchkühen hat zugenommen, aber in geringerem Grade, als der Prozentsatz der Besitzer von Pferden abgenommen hat.

Betrachten wir nun die Angaben über die Wirtschaftsgruppen nach den beiden Hauptarten der Viehhaltung.

Farmgruppen	Prozentsatz der Farmen mit Milchkühen		Zu- oder Abnahme
	1900	1910	
Bis zu 20 Acres	49,5	52,9	+ 3,4
von 20 bis 49 Acres	65,9	71,2	+ 5,3
von 50 bis 99 Acres	84,1	87,1	+ 3,0
von 100 bis 174 Acres	88,9	89,8	+ 0,9
von 175 bis 499 Acres	92,6	93,5	+ 0,9
von 500 bis 999 Acres	90,3	89,6	- 0,7
1 000 und mehr Acres	82,9	86,0	+ 3,1
Vereinigte Staaten insgesamt	78,7	80,8	+ 2,1

Wir sehen, daß die Zunahme bei den *kleinen* Farmen, die Milchkühe halten, am stärksten ist, dann folgen die Latifundien und danach die mittleren Farmen. Eine prozentuale Verringerung der Farmen mit Milchkühen zeigt sich bei den großen Farmen mit 500–999 Acres Boden.

Im ganzen hat hier scheinbar der landwirtschaftliche Kleinbetrieb gewonnen. Wir erinnern jedoch daran, daß der Besitz von Milchvieh in der Landwirtschaft doppelte Bedeutung hat: Einerseits kann er bedeuten, daß der allgemeine Wohlstand steigt und sich die Ernährungsverhältnisse bessern. Andererseits – und das ist häufiger der Fall – bedeutet er, daß sich ein Zweig der kommerziellen Agrikultur und Viehzucht entwickelt: die Produktion von Milch für den Verkauf in den Städten und Industriezentren. Wir haben bereits gesehen, daß Farmen dieser Art, die „Milch“-farmen, von den amerikanischen Statistikern nach der Haupteinkommenquelle zu einer besonderen Gruppe zusammengefaßt worden sind. Diese Gruppe bleibt hinsichtlich der bearbeiteten und gesamten Bodenfläche *unter* dem Durchschnitt, bei einem Produktionsumfang, der *über* dem Durchschnitt liegt, und bei Verwendung von Lohnarbeit, die, auf 1 Acre Bodenfläche umgerechnet, das *Doppelte* des Durchschnitts beträgt. Es kann sehr wohl sein, und ist sicher auch so, daß die größere Rolle der kleinen Farmen in der Molkereiwirtschaft auf Konto des Wachstums der auf kleinen Grundstücken betriebenen *kapitalistischen* Milchfarmen von dem oben beschriebenen Typus zu setzen ist. Wir bringen hier als Parallele die Angaben über die *Konzentration* des Milchviehs in Amerika:

Gebiete	Es entfallen an Milchkühen durchschnittlich auf 1 Farm		Zunahme
	1900	1910	
Norden	4,8	5,3	+ 0,5
Süden	2,3	2,4	+ 0,1
Westen	5,0	5,2	+ 0,2
<i>Insgesamt</i>	3,8	4,0	+ 0,2

Wir sehen, daß der an Milchkühen reichste Norden seinen Reichtum am meisten vermehrt hat. Die Zunahme verteilte sich auf die verschiedenen Gruppen wie folgt:

Norden Farmgruppen	Prozentuale Zu- oder Abnahme der Milchkühe von 1900 bis 1910
Bis zu 20 Acres	- 4 0/0 (+ 10,0 0/0 Zunahme der Farmen)
von 20 bis 49 Acres	- 3 0/0 (- 12,6 0/0 Zunahme der Farmen)
von 50 bis 99 Acres	+ 9 0/0 (- 7,3 0/0 Zunahme der Farmen)
von 100 bis 174 Acres	+ 14 0/0 (+ 2,2 0/0 Zunahme der Farmen)
von 175 bis 499 Acres	+ 18 0/0 (+ 12,7 0/0 Zunahme der Farmen)
von 500 bis 999 Acres	+ 29 0/0 (+ 40,4 0/0 Zunahme der Farmen)
1000 und mehr Acres	+ 18 0/0 (+ 16,4 0/0 Zunahme der Farmen)
<i>Insgesamt</i>	+ 14 0/0 (+ 0,6 0/0 Zunahme der Farmen)

Die schnellere Zunahme der *Zahl* der kleinen Farmen mit Milchvieh war kein Hindernis für die schnellere *Konzentration* des Milchviehs in den Großbetrieben.

Betrachten wir jetzt die Angaben über die Zahl der Pferde haltenden Farmen. Hier haben wir es mit Angaben über Zugvieh zu tun, die kennzeichnend sind für die allgemeine Struktur des Betriebs und nicht für einen besonderen Zweig der warenproduzierenden Landwirtschaft.

Farmgruppen	Prozentsatz der Wirtschaften mit Pferden		Abnahme
	1900	1910	
Bis zu 20 Acres	52,4	48,9	- 3,5
von 20 bis 49 Acres	66,3	57,4	- 8,9
von 50 bis 99 Acres	82,2	77,6	- 4,6
von 100 bis 174 Acres	88,6	86,5	- 2,1
von 175 bis 499 Acres	92,0	91,0	- 1,0
von 500 bis 999 Acres	93,7	93,2	- 0,5
1000 und mehr Acres	94,2	94,1	- 0,1
Vereinigte Staaten insgesamt	79,0	73,8	- 5,2

Hier sehen wir, daß der Prozentsatz der pferdelosen Wirtschaften um so mehr steigt, je kleiner die Wirtschaften sind. Abgesehen von den kleinsten Wirtschaften (bis zu 20 Acres), unter denen sich, wie wir wissen, verhältnismäßig mehr kapitalistische Farmen befinden als bei den Nachbargruppen, beobachten wir mit zunehmender Farmgröße eine stark verringerte Pferdelosigkeit und eine weit schwächere Zunahme derselben. Möglich, daß bei den reichen Farmen die Verwendung von Dampfpflügen und sonstigen Kraftmaschinen die Abnahme des Zugviehs teilweise wettmacht; für die Masse der armen Wirtschaften entfällt diese Annahme jedoch.

Schließlich ist die steigende Expropriation auch aus den Angaben über die Zahl der hypothekarisch belasteten Farmen zu ersehen:

Gebiete	Prozentsatz der hypothekarisch belasteten Farmen		
	1890	1900	1910
Norden	40,3	40,9	41,9
Süden	5,7	17,2	23,5
Westen	23,1	21,7	28,6
Vereinigte Staaten insgesamt	28,2	31,0	33,6

Der Prozentsatz der hypothekarisch belasteten Farmen steigt in allen Gebieten des Landes ununterbrochen und ist am höchsten im Norden, der die größte Bevölkerungsdichte, die stärkste Industrialisierung und die höchste kapitalistische Entwicklung aufweist. Die amerikanischen Statistiker bemerken (Bd. V, S. 159), daß sich im Süden die Zunahme der hypothekarisch belasteten Farmen wahrscheinlich durch die „Zerstückelung“ von Plantagen in Parzellen erklärt, die an Neger und weiße Farmer verkauft werden, wobei nur ein Teil der Kaufsumme bar bezahlt und der andere Teil in eine Hypothek umgewandelt wird. Im sklavenhaltenden Süden hat sich also ein spezifisches *Verfahren der Ablösung* herausgebildet. Es sei bemerkt, daß in den Vereinigten Staaten 1910 insgesamt 920 883 Farmen, d. h. 14,5% der Gesamtzahl, Negern gehörten, wobei von 1900 bis 1910 die Zahl der von Weißen bewirtschafteten Farmen um 9,5%, die Zahl der von Negern bewirtschafteten Farmen dagegen um 19,6%, also doppelt so rasch stieg. Obwohl schon ein halbes Jahrhundert seit dem „Sieg“ über die Sklavenhalter vergangen ist, zeich-

net sich das Streben der Neger nach Befreiung von den „Plantagenbesitzern“ immer noch durch besondere Energie aus.

Im allgemeinen sei die hypothekarische Belastung von Farmen nicht immer ein Zeichen von Not, schreiben die amerikanischen Statistiker an derselben Stelle, sie diene zuweilen auch der Beschaffung von Kapital für Meliorationszwecke usw. Das ist unbestreitbar. Aber diese unbestreitbare Feststellung darf nicht, wie es bei den bürgerlichen Ökonomen nur allzu häufig der Fall ist, die Tatsache verschleiern, daß lediglich eine Minderheit wohlhabender Landwirte imstande ist, sich auf diese Weise Kapital für Meliorationen usw. zu beschaffen und es produktiv anzulegen, während die Mehrheit noch mehr ruiniert wird, weil sie dadurch in die Klauen des Finanzkapitals gerät, das hier in dieser Form auftritt.

Die Abhängigkeit der Farmer vom Finanzkapital könnte und müßte bei den Statistikern unvergleichlich größere Beachtung finden. Aber diese Seite des Problems ist, trotz ihrer ungeheuren Wichtigkeit, unbeleuchtet geblieben.

Die Zunahme der hypothekarisch belasteten Farmen bedeutet in jedem Fall, daß die Verfügungsgewalt über die Farmen faktisch in die Hände des Kapitals übergeht. Selbstverständlich gibt es neben den Farmen, auf die offiziell und notariell Hypotheken eingetragen sind, eine nicht unbeträchtliche Zahl von Farmen, die in die Netze privater, nicht so streng fixierter oder von der Zählung nicht erfaßter Verschuldung verstrickt sind.

15. VERGLEICHENDE DARSTELLUNG DER ENTWICKLUNG VON INDUSTRIE UND LANDWIRTSCHAFT

Das Material, das die amerikanische Statistik liefert, unterscheidet sich trotz aller Mängel durch seine Vollständigkeit und durch die Einheitlichkeit der Methoden seiner Zusammenstellung vorteilhaft von dem Material, das für die anderen Länder vorliegt. Dank diesem Umstand ergibt sich die Möglichkeit, die Daten von 1900 und 1910 über die Industrie und die Landwirtschaft miteinander zu vergleichen und ein allgemeines Bild von der ökonomischen Struktur beider Teile der Volkswirtschaft sowie der Entwicklung dieser Struktur zu geben. Die land-

läufigste Idee der bürgerlichen Ökonomie – eine Idee, die nebenbei bemerkt, auch von Herrn Himmer wiederholt wird – besteht darin, Industrie und Landwirtschaft einander *entgegenzustellen*. Untersuchen wir nun auf Grund exakter Massendaten, inwieweit diese Entgegenstellung der Wirklichkeit entspricht.

Beginnen wir mit der Zahl der Betriebe in Industrie und Landwirtschaft.

	Zahl der Betriebe in 1 000		Zunahme in %	Zunahme der Bevölkerung (städt. u. ländl.) in %
	1900	1910		
Industrie	207,5	268,5	+ 29,4 %	+ 34,8 %
Landwirtschaft	5 737	6 361	+ 10,9 %	+ 11,2 %

In der Landwirtschaft sind die Betriebe viel zahlreicher und kleiner. Darin kommt die Rückständigkeit, Zerstückelung und Zersplitterung der Landwirtschaft zum Ausdruck.

Das Anwachsen der Gesamtzahl der Betriebe vollzieht sich in der Landwirtschaft erheblich langsamer als in der Industrie. In den Vereinigten Staaten gibt es zwei in den anderen fortgeschrittenen Ländern nicht vorhandene Faktoren, die das Anwachsen der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe außerordentlich verstärken und beschleunigen. Das ist erstens die noch heute vor sich gehende Zerstückelung der Latifundien der Sklavenhalter im Süden und die „Ablösung“ kleiner Parzellen von den „Plantagenbesitzern“ durch Neger, aber auch durch weiße Farmer; zweitens das Vorhandensein riesiger nicht in Besitz genommener, freier Ländereien, die durch die Regierung jedem Bewerber zugewiesen werden. Und nichtsdestoweniger wächst die Zahl der Betriebe in der Landwirtschaft weit langsamer als in der Industrie.

Das hat eine doppelte Ursache. Einerseits hat die Landwirtschaft noch in ziemlich starkem Maße ihren naturalwirtschaftlichen Charakter beibehalten, und von der Agrikultur spalten sich weiterhin verschiedene Arbeitsprozesse ab, die – wie die Herstellung und Reparatur von verschiedenen Werkzeugen, Geräten usw. – früher von der bäuerlichen Familie selbst ausgeführt wurden, heute aber besondere Industriezweige bilden. Andererseits ist der Landwirtschaft ein Monopol eigen, das die Industrie nicht kennt und das unter dem Kapitalismus nicht abgeschafft werden kann: das Monopol des Grundeigentums. Selbst wenn ein Pri-

vateigentum an Grund und Boden nicht besteht, wie es in sehr ausgedehnten Gebieten der Vereinigten Staaten faktisch bis heute der Fall ist, so schafft doch schon der bloße Besitz von Boden, seine Aneignung durch einzelne private Landwirte, ein solches Monopol. In den Hauptgebieten des Landes ist die gesamte Bodenfläche bereits in Besitz genommen; hier kann die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe nur durch Zerstückelung der schon bestehenden Betriebe vergrößert werden; die freie Gründung neuer Betriebe neben den alten ist unmöglich. Das Monopol des Grundeigentums hemmt die Entwicklung der Landwirtschaft und hält, zum Unterschied von der Industrie, die kapitalistische Entwicklung in der Landwirtschaft auf.

Die Höhe des Kapitals, das in industriellen und in landwirtschaftlichen Betrieben investiert ist, können wir nicht genau vergleichen, da im Bodenwert auch die Grundrente steckt. Vergleichen muß man daher das in der Industrie investierte Kapital und den Preis der Industrieerzeugnisse mit dem Gesamtwert des ganzen Farneigentums und dem Preis des landwirtschaftlichen Hauptprodukts. Voll vergleichbar sind dabei nur die Prozentverhältnisse, aus denen man die Zunahme der einen wie der anderen Wertsumme ersieht:

		Millionen Dollar		Zunahme
		1900	1910	in %
Industrie	{ Kapital aller Betriebe	8 975	18 428	+ 105,3 %
	{ Preis ihrer Erzeugnisse	11 406	20 671	+ 81,2 %
Landwirtschaft	{ Preis des gesamten Farneigentums	20 440	40 991	+ 100,5 %
	{ Preis des Gesamtertrags der Getreideernte	1 483	2 665	+ 79,8 %
	{ Gesamtertrag in Mill. Bushels	4 439	4 513	+ 1,7 %

Wir sehen in dem Jahrzehnt von 1900 bis 1910 eine *Verdopplung* des Wertes sowohl des in der Industrie investierten Kapitals als auch des gesamten Farneigentums. Der gewaltige und grundlegende Unterschied besteht darin, daß die Erzeugung des landwirtschaftlichen Hauptprodukts, des Getreides, nur um einen verschwindend kleinen Prozentsatz, um 1,7%, gestiegen ist – und das bei einer Zunahme der Gesamtbevölkerung um 21,0%.

Die Landwirtschaft bleibt in ihrer Entwicklung hinter der Industrie zurück – eine Erscheinung, die *allen* kapitalistischen Ländern eigen ist und die eine der tiefsten Ursachen dafür ist, daß die Proportionalität zwischen den einzelnen Zweigen der Volkswirtschaft gestört wird, daß Krisen und Teuerung auftreten.

Das Kapital befreite die Landwirtschaft vom Feudalismus, zog sie in den Handelsverkehr und damit zugleich in die weltwirtschaftliche Entwicklung hinein, entriß sie dem Stillstand und der Verknöcherung mittelalterlicher und patriarchalischer Verhältnisse. Das Kapital hat jedoch die Unterdrückung, die Ausbeutung und das Elend der Massen keineswegs beseitigt, im Gegenteil, es erzeugt diese Nöte und Leiden in neuer Form und reproduziert ihre alten Formen auf „moderner“ Grundlage. Der Gegensatz zwischen Industrie und Landwirtschaft wird durch den Kapitalismus keineswegs beseitigt, sondern im Gegenteil immer mehr vertieft und verschärft. Immer schwerer und schwerer legt sich auf die Landwirtschaft der Druck des Kapitals, das sich hauptsächlich in der Sphäre von Handel und Industrie bildet.

Die geringfügige Zunahme der Menge der landwirtschaftlichen Produkte (+ 1,7%) und die gewaltige Zunahme ihres Preises (+ 79,8%) zeigen uns auf der einen Seite anschaulich die Rolle der Grundrente, dieses Tributs, den die Grundbesitzer von der Gesellschaft erheben. Die Rückständigkeit der Landwirtschaft, die mit der Entwicklung der Industrie nicht Schritt hält, wird von den Grundbesitzern dank ihrer Monopolstellung dazu benutzt, sich Millionen und Milliarden in die Tasche zu stecken. Das gesamte Farneigentum nahm in einem Jahrzehnt um 20½ Milliarden Dollar zu. Von dieser Summe entfällt auf den Preiszuwachs der Gebäude, des toten und lebenden Inventars nur ein Betrag von 5 Milliarden. Um 15 Milliarden (+ 118,1%) ist in einem Jahrzehnt der Preis des Bodens, die kapitalisierte Grundrente, gestiegen.

Auf der anderen Seite sehen wir hier besonders deutlich den Unterschied in der *Klassenlage* der kleinen Landwirte und der Lohnarbeiter. Natürlich „arbeiten“ die einen wie die anderen; natürlich werden die einen wie die anderen durch das Kapital ausgebeutet, wenn auch in völlig verschiedenen Formen. Aber nur bürgerliche Vulgärdemokraten können auf Grund dessen diese verschiedenen Klassen in einen Topf werfen und von einem „auf eigener Arbeit beruhenden“ landwirtschaftlichen

Kleinbetrieb sprechen. Das heißt ja gerade die *soziale* Struktur der Wirtschaft, ihren bürgerlichen Charakter verschleiern und vertuschen und ein Merkmal in den Vordergrund schieben, das *allen* früheren Gesellschaftsordnungen eigen war: die Notwendigkeit der Arbeit, der persönlichen Arbeit, der körperlichen Arbeit für die Existenz des kleinen Landwirts.

Unter dem Kapitalismus wird der kleine Landwirt – ob er will oder nicht, ob er es merkt oder nicht – zum Warenproduzenten. In dieser Veränderung liegt der ganze Kern der Sache. Diese Veränderung allein macht aus dem kleinen Landwirt, selbst wenn er noch keine Lohnarbeiter ausbeutet, einen Antagonisten des Proletariats, einen kleinen Bourgeois. Er verkauft sein Produkt, der Proletarier verkauft seine Arbeitskraft. Als Klasse können die kleinen Landwirte nicht umhin, eine Preissteigerung für landwirtschaftliche Produkte anzustreben, und das ist gleichbedeutend damit, daß sie sich mit den Großgrundbesitzern in die Grundrente teilen und sich mit ihnen gegen die übrige Gesellschaft solidarisieren. Der kleine Landwirt wird mit der Entwicklung der Warenproduktion seiner *Klassenlage* nach unvermeidlich zum *Kleinagrari*.

Auch unter den Lohnarbeitern kommt es vor, daß sich ein kleiner Teil von ihnen mit ihren Unternehmern gegen die gesamte Klasse der Lohnarbeiter zusammenschließt. Aber das ist eben der Zusammenschluß eines *kleinen Teils* der Klasse mit ihrem Gegner gegen die *gesamte* Klasse. Man kann sich nicht eine Verbesserung der Lage der Lohnarbeiter als Klasse vorstellen ohne Steigerung des Wohlstands der Masse und ohne Verschärfung ihres Antagonismus zu dem in der modernen Gesellschaft herrschenden Kapital, zur gesamten Klasse der Kapitalisten. Umgekehrt kann man sich durchaus eine solche Erscheinung vorstellen, und sie ist sogar typisch für den Kapitalismus, wo die Verbesserung der Lage der kleinen Landwirte als Klasse das Ergebnis ihres Zusammenschlusses mit den Gutsbesitzern, ihrer Beteiligung an der Erhebung einer höheren Grundrente von der ganzen Gesellschaft und ihres Antagonismus zur Masse der Proletarier und Halbproletarier ist, die vollständig oder hauptsächlich vom Verkauf ihrer Arbeitskraft abhängen.

Hier eine vergleichsweise Aufstellung der amerikanischen statistischen Angaben über die Lage und die Zahl der Lohnarbeiter einerseits und der kleinen Landwirte anderseits:

		1900	1910	Zunahme in %
Industrie	Zahl der Lohnarbeiter (in 1000)	4713	6615	+ 40,4 %
	Ihr Arbeitslohn (in Mill. Dollar)	2008	3427	+ 70,6 %
Landwirtschaft	Zahl der Lohnarbeiter	?	? ca.	+ 47,1 %
	Ihr Arbeitslohn (in Mill. Dollar)	357	652	+ 82,3 %
	Zahl der Farmer (in 1000)	5737	6361	+ 10,9 %
	Preis ihres Hauptprodukts, des Getreides (in Mill. Dollar)	1483	2665	+ 79,8 %

Die Industriearbeiter haben *verloren*, denn ihr Arbeitslohn ist nur um 70,6% gestiegen („nur“, denn die fast gleichgebliebene, nämlich auf 101,7% gestiegene Getreidemenge kostet jetzt 179,8% des früheren Preises!), während die Zahl der Arbeiter um ganze 40% zugenommen hat.

Die kleinen Landwirte haben, als Kleinagrariern, auf Kosten des Proletariats *gewonnen*. Die Zahl der kleinen Landwirte ist um ganze 10,9% gestiegen (auch wenn wir die kleineren Farmer allein nehmen, beträgt die Zunahme dennoch nur 11,9%), die Menge ihrer Produkte ist fast unverändert geblieben (+ 1,7%), der Preis ihrer Produkte aber ist um 79,8% gestiegen.

Natürlich haben das Handels- und Finanzkapital den Löwenanteil von dieser Grundrente für sich genommen; trotzdem entspricht das Klassenverhältnis der kleinen Landwirte zu den Lohnarbeitern voll und ganz dem von kleinen Bourgeois und von Proletariern.

Die Zunahme der Lohnarbeiter *überflügelt* die Zunahme der Bevölkerung (+ 40% gegen + 21%). Es wächst die Expropriation der Kleinproduzenten und der kleinen Landwirte. Es wächst die Proletarisierung der Bevölkerung.*

Die Zunahme der Zahl der Farmer – und noch mehr, wie wir wissen, der Eigentümer unter ihnen – *bleibt zurück* hinter der Zunahme der Bevölkerung (10,9% gegen 21%). Die kleinen Landwirte werden immer mehr zu Monopolisten, zu Kleinagrariern.

* Die Zahl der Lohnarbeiter in der Landwirtschaft, genauer ausgedrückt, ihre Zunahme wird bestimmt durch die Proportion: $82,3 : 70,6 = x : 40,4$ oder $x = 47,1$.

Betrachten wir jetzt das gegenseitige Verhältnis von Klein- und Großproduktion in Industrie und Landwirtschaft. Die Angaben für die Industrie beziehen sich nicht auf 1900 und 1910, sondern auf 1904 und 1910.

Die Industriebetriebe teilen wir nach dem Umfang der Produktion in drei Hauptgruppen: Kleinbetriebe mit einer Produktionssumme bis zu 20 000 Dollar, Mittelbetriebe mit 20 000–100 000 Dollar, Großbetriebe mit 100 000 Dollar und mehr. Bei den landwirtschaftlichen Betrieben fehlt uns die Möglichkeit einer anderen Gruppierung als nach der Bodenfläche. Farmen bis zu 100 Acres rechnen wir zu den Kleinbetrieben, von 100 bis 175 Acres zu den Mittelbetrieben und von 175 Acres und darüber zu den Großbetrieben.

Betriebsgruppen		Zahl der Betriebe (in 1 000)				Zunahme in %
		1900	%	1910	%	
Industrie	Kleinbetriebe	144	66,6	180	67,2	+ 25,0 %
	Mittelbetriebe	48	22,2	57	21,3	+ 18,7 %
	Großbetriebe	24	11,2	31	11,5	+ 29,1 %
	<i>Insgesamt</i>	216	100,0	268	100,0	+ 24,2 %
Landwirtschaft	Kleinbetriebe	3 297	57,5	3 691	58,0	+ 11,9 %
	Mittelbetriebe	1 422	24,8	1 516	23,8	+ 6,6 %
	Großbetriebe	1 018	17,7	1 154	18,2	+ 13,3 %
	<i>Insgesamt</i>	5 737	100,0	6 361	100,0	+ 10,9 %

Hier zeigt sich eine bemerkenswerte Gleichartigkeit der Entwicklung.

Sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft verringert sich der Anteil gerade der Mittelbetriebe, deren Zahl langsamer zunimmt als die der Klein- und Großbetriebe.

Sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft nimmt die Zahl der Kleinbetriebe langsamer zu als die der Großbetriebe.

Welcher Art sind die Veränderungen der wirtschaftlichen Stärke oder der wirtschaftlichen Rolle der verschiedenen Betriebstypen? Für die Industriebetriebe besitzen wir Angaben über den Preis der Produkte, für die landwirtschaftlichen Betriebe über den Preis des gesamten Farneigentums:

		Betriebsgruppen	In Millionen Dollar			Zunahme	
		1900	%	1910	%	in %	
Industrie	}	Kleinbetriebe	927	6,3	1 127	5,5	+ 21,5 %
		Mittelbetriebe	2 129	14,4	2 544	12,3	+ 19,5 %
		Großbetriebe	11 737	79,3	17 000	82,2	+ 44,8 %
		<i>Insgesamt</i>	14 793	100,0	20 671	100,0	+ 39,7 %
Landwirtschaft	}	Kleinbetriebe	5 790	28,4	10 499	25,6	+ 81,3 %
		Mittelbetriebe	5 721	28,0	11 089	27,1	+ 93,8 %
		Großbetriebe	8 929	43,6	19 403	47,3	+ 117,3 %
		<i>Insgesamt</i>	20 440	100,0	40 991	100,0	+ 100,5 %

Auch hier eine auffallende Gleichartigkeit der Entwicklung.

Sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft sinkt der Anteil der Klein- wie der Mittelbetriebe und steigt nur der Anteil der Großbetriebe.

Anders ausgedrückt, sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft geht eine Verdrängung des Kleinbetriebs durch den Großbetrieb vor sich.

Der Unterschied zwischen Industrie und Landwirtschaft besteht diesmal darin, daß in der Industrie der Anteil der Kleinbetriebe ein wenig stärker gestiegen ist als der Anteil der Mittelbetriebe (+ 21,5% gegen + 19,5%), während es in der Landwirtschaft umgekehrt ist. Dieser Unterschied ist natürlich unerheblich, und man kann daraus keinerlei verallgemeinernde Schlüsse ziehen. Aber die Tatsache bleibt immerhin bestehen, daß sich im fortgeschrittensten kapitalistischen Land der Welt während des letzten Jahrzehnts in der Industrie der Kleinbetrieb stärker entwickelt hat als der Mittelbetrieb, während es in der Landwirtschaft umgekehrt war. Diese Tatsache zeigt, wie unernst die landläufigen Behauptungen der bürgerlichen Ökonomen sind, daß die Industrie unbedingt und ausnahmslos das Gesetz von der Verdrängung des Kleinbetriebs durch den Großbetrieb bestätige, die Landwirtschaft es dagegen widerlege.

In der Landwirtschaft der Vereinigten Staaten erfolgt nicht nur eine Verdrängung des Kleinbetriebs durch den Großbetrieb, sie geht hier auch mit größerer Gesetzmäßigkeit oder Regelmäßigkeit vor sich als in der Industrie.

Dabei darf der von uns weiter oben bewiesene Umstand nicht vergessen werden, daß durch die Gruppierung der landwirtschaftlichen Betriebe nach der Bodenfläche der Prozeß der Verdrängung des Kleinbetriebs durch den Großbetrieb *bagatellisiert* wird.

Was den bereits erreichten *Grad* der Konzentration betrifft, so ist die Landwirtschaft in dieser Hinsicht sehr stark zurückgeblieben. In der Industrie vereinigen 11% Großbetriebe mehr als acht Zehntel der Gesamtproduktion auf sich. Die Rolle der Kleinbetriebe ist verschwindend gering: 5,5% der Produktion bei zwei Dritteln der Gesamtzahl der Betriebe! Im Vergleich damit herrscht in der Landwirtschaft noch Zersplitterung: auf 58% Kleinbetriebe entfällt ein Viertel des Gesamtwertes des Farmeigentums; auf 18% Großbetriebe weniger als die Hälfte (47%). Die Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe beträgt mehr als das Zwanzigfache der Zahl der Industriebetriebe.

Dadurch wird der schon längst gezogene Schluß bestätigt, daß sich der Kapitalismus in der Landwirtschaft, im Vergleich zu seiner Entwicklung in der Industrie, in einem Stadium befindet, das der Manufaktur näher steht als der maschinellen Großindustrie. Die Handarbeit überwiegt in der Landwirtschaft noch, und die Anwendung von Maschinen ist verhältnismäßig äußerst schwach. Aber die angeführten Zahlen beweisen durchaus nicht, daß es unmöglich wäre, die landwirtschaftliche Produktion auch auf ihrer gegenwärtigen Entwicklungsstufe zu vergesellschaften. Wer die Banken hat, der hat *unmittelbar* ein Drittel aller amerikanischen Farmen in der Hand und beherrscht mittelbar ihre gesamte Masse. Die Organisation der Produktion nach einem einheitlichen Plan für die Million Wirtschaften, die mehr als die Hälfte der gesamten Produktion liefern, ist eine Sache, die bei der heutigen Entwicklung von Vereinigungen jeder Art, sowie der Technik des Verkehrs und des Transports zweifellos verwirklicht werden kann.

16. ERGEBNISSE UND SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die landwirtschaftlichen Betriebszählungen der Vereinigten Staaten von 1900 und 1910 sind das letzte Wort der sozialen Statistik auf diesem Gebiet der Volkswirtschaft. Dieses Material ist das beste, das die

fortgeschrittenen Länder bieten, es erfaßt Millionen Betriebe und erlaubt, gestützt auf Tatsachen, über die Entwicklung der Landwirtschaft unter dem Kapitalismus exakte Schlußfolgerungen zu ziehen. Für das Studium der Gesetze dieser Entwicklung eignet sich dieses Material um so mehr, als die Vereinigten Staaten von Amerika ein Land von größter Ausdehnung, mit den mannigfaltigsten Verhältnissen und mit den reichsten Nuancen und Formen der kapitalistischen Landwirtschaft sind.

Wir beobachten hier einerseits den Übergang vom sklavenhaltenden – oder, was hier dasselbe ist, feudalen – System der Landwirtschaft zum warenproduzierenden und kapitalistischen System. Andererseits sehen wir eine besonders breite und rasche Entwicklung des Kapitalismus in dem freiesten, fortgeschrittensten bürgerlichen Land und zugleich eine Kolonisation von beachtlichem Ausmaß, die in demokratisch-kapitalistischen Bahnen verläuft.

Wir sehen hier sowohl längst besiedelte, stark industrielle Gebiete mit hoher Intensität, analog den meisten Gebieten im zivilisierten, altkapitalistischen Westeuropa, als auch Gebiete mit primitiver, extensiver Landwirtschaft und Viehzucht, von der Art mancher Randgebiete Rußlands oder Landstriche Sibiriens. Wir sehen hier sowohl große als auch kleine Farmen vom verschiedensten Typus: große Latifundien, Plantagen des ehemals sklavenhaltenden Südens und des in Kolonisation befindlichen Westens sowie der kapitalistisch hochentwickelten Nordküste des Atlantischen Ozeans; kleine Farmen von Negern, die Teilpächter sind, und kleine kapitalistische Farmen, die im industriellen Norden Milch oder Gemüse oder an der Küste des Stillen Ozeans Obst für den Markt erzeugen; „Weizenfabriken“ mit Lohnarbeitern und *Homesteads* „selbständiger“ kleiner Landwirte, die noch voll naiver Illusionen über ein Leben „durch ihrer Hände Arbeit“ sind.

Eine bemerkenswerte Mannigfaltigkeit der Verhältnisse, die Vergangenheit wie Zukunft, Europa wie Rußland umfaßt. Besonders lehrreich ist ein Vergleich mit Rußland, unter anderem in der Frage, wie es sich auswirken würde, wenn der gesamte Grund und Boden ohne Ablösung an die Bauern überginge, was ein fortschrittlicher, aber zweifellos kapitalistischer Übergang wäre.

Die allgemeinen Entwicklungsgesetze des Kapitalismus in der Landwirtschaft und die Mannigfaltigkeit der Erscheinungsformen dieser Ge-

setze kann man am besten am Beispiel der Vereinigten Staaten studieren. Aus diesem Studium ergeben sich Schlußfolgerungen, die man in den folgenden kurzen Thesen zusammenfassen kann.

Im Vergleich zur Industrie überwiegt in der Landwirtschaft unvergleichlich stärker die Handarbeit gegenüber der Anwendung von Maschinen. Aber die Maschine schreitet unaufhaltsam vorwärts, hebt die Technik der Wirtschaft, macht den Betrieb größer und kapitalistischer. In der modernen Landwirtschaft haben wir eine kapitalistische Anwendung der Maschinen.

Das Hauptmerkmal und der Maßstab des Kapitalismus in der Landwirtschaft ist die Lohnarbeit. Ausbreitung der Lohnarbeit und zunehmende Anwendung von Maschinen sehen wir in *allen* Gebieten des Landes, in allen Zweigen der Landwirtschaft. Die Zahl der Lohnarbeiter nimmt rascher zu als die ländliche und die gesamte Bevölkerung des Landes. Die Zahl der Farmer nimmt langsamer zu als die ländliche Bevölkerung. Die Klassengegensätze vertiefen und verschärfen sich.

Die Verdrängung des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs durch den Großbetrieb schreitet voran. Der Vergleich der Angaben über das Gesamteigentum der Farmen für 1900 und 1910 beweist das vollauf.

Aber diese Verdrängung wird bagatellisiert und die Lage der kleinen Landwirte beschönigt, weil sich die Statistiker in Amerika 1910 auf die Klassifizierung der Wirtschaften nach der Bodenfläche beschränkten, wie man es fast überall in Europa tut. Je umfassender und schneller die Intensivierung der Landwirtschaft vor sich geht, desto stärker wird die erwähnte Bagatellisierung und Beschönigung.

Der Kapitalismus wächst nicht nur in der Weise, daß er die Entwicklung der an Bodenfläche großen Wirtschaften in den extensiven Gebieten beschleunigt, sondern auch dadurch, daß er in den intensiven Gebieten Betriebe hervorbringt, die auf kleineren Grundstücken einen größeren Produktionsumfang haben und ausgeprägteren kapitalistischen Charakter tragen.

Demnach ist die Konzentration der Produktion in den Großbetrieben in Wirklichkeit stärker, greift die Verdrängung des Kleinbetriebs in Wirklichkeit weiter und tiefer, als durch die üblichen Angaben über die Größenklassen der Farmen auf Grund ihrer Bodenfläche dargestellt wird. Das Material der Zählung von 1900, das exakter, detaillierter, wissen-

schaftlicher bearbeitet ist, läßt in dieser Hinsicht nicht die Spur eines Zweifels zu.

Die Expropriation des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs schreitet voran. Ununterbrochen sinkt in den letzten Jahrzehnten der Prozentsatz der Eigentümer im Verhältnis zur Gesamtzahl der Farmer, deren Zunahme wiederum hinter der Bevölkerungszunahme zurückbleibt. Im Norden, dem wichtigsten Gebiet, das die Hauptmasse der landwirtschaftlichen Produkte liefert und das weder Überreste der Sklaverei noch eine starke Kolonisation kennt, verringert sich die absolute Zahl der Farmer, die Volleigentümer ihrer Farm sind. Im letzten Jahrzehnt ist der Prozentsatz der Farmer gesunken, die überhaupt Vieh besitzen; und ist auch der Prozentsatz der Farmer gestiegen, die Milchvieh halten, so steht dem eine weit größere Zunahme des Prozentsatzes der pferdelosen Farmer, namentlich unter den kleinen Farmern, gegenüber.

Im großen und ganzen zeigt uns die Gegenüberstellung gleichartiger Angaben über die Industrie und die Landwirtschaft, die sich auf ein und dieselbe Zeit beziehen, ungeachtet der unvergleichlich größeren Rückständigkeit der Landwirtschaft eine bemerkenswerte Übereinstimmung der Entwicklungsgesetze, eine Verdrängung des Kleinbetriebs hier wie dort.

VORWORT ZU N. BUCCHARINS BROSCHÜRE
„WELTWIRTSCHAFT UND IMPERIALISMUS“

Die Wichtigkeit und Aktualität des Themas, das in N. I. Bucharins Arbeit behandelt wird, bedarf keiner besonderen Erläuterung. Das Problem des Imperialismus ist nicht nur eines der wesentlichsten, sondern, man kann sagen, das wesentlichste Problem auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaft, das den Formwandel des Kapitalismus in jüngster Zeit zum Gegenstand hat. Die Kenntnis der Tatsachen, die sich darauf beziehen und die der Verfasser auf Grund der neuesten Materialien so reichhaltig zusammengestellt hat, ist ganz unerlässlich für jeden, ob er sich nun für Ökonomie allein oder für eine beliebige andere Lebenssphäre der modernen Gesellschaft interessiert. Von einer konkret-historischen Einschätzung des gegenwärtigen Krieges kann selbstverständlich keine Rede sein, wenn diese nicht auf einer vollständigen Klarlegung sowohl des ökonomischen als auch des politischen Wesens des Imperialismus beruht. Anders kann man zu keinem Verständnis der ökonomischen und diplomatischen Geschichte der letzten Jahrzehnte gelangen, ohne ein solches Verständnis aber wäre es einfach lächerlich, eine richtige Auffassung vom Krieg erarbeiten zu wollen. Vom Standpunkt des Marxismus, der in dieser Frage die Anforderungen der modernen Wissenschaft überhaupt besonders plastisch zum Ausdruck bringt, kann man nur lächeln über die „wissenschaftliche“ Bedeutung solcher Methoden, bei denen unter konkret-historischer Einschätzung des Krieges das Herausgreifen von einzelnen belanglosen, den herrschenden Klassen eines Landes genehmen oder bequemen Fakten aus diplomatischen „Dokumenten“, aus politischen Tagesereignissen usw. verstanden wird. G. Plechanow mußte beispielsweise endgültig mit dem Marxismus brechen, um die

Analyse der grundlegenden Eigenschaften und Tendenzen des Imperialismus als des Systems der ökonomischen Verhältnisse des jüngsten, hochentwickelten, reifen und überreifen Kapitalismus durch das Herausgreifen von einigen belanglosen Fakten ersetzen zu können, die den Purischkewitsch und Miljukow genehm sind. Dabei wird der wissenschaftliche Begriff des Imperialismus herabgewürdigt auf das Niveau eines Schimpfworts an die Adresse der unmittelbaren Konkurrenten, Rivalen und Gegner der zwei eben genannten Imperialisten, die mit ihren Rivalen und Gegnern auf ganz dem gleichen Klassenboden stehen! In unserer Zeit der vergessenen Worte, der verlorenen Prinzipien, der umgestoßenen Weltanschauungen, der beiseite geworfenen Resolutionen und feierlichen Versprechungen darf man sich darüber nicht weiter wundern.

Die wissenschaftliche Bedeutung der Arbeit N. I. Bucharins liegt besonders darin, daß er die Grundtatsachen der Weltwirtschaft betrachtet, die den Imperialismus als Ganzes, als eine bestimmte Entwicklungsstufe des höchstentwickelten Kapitalismus betreffen. Es gab eine Epoche des verhältnismäßig „friedlichen“ Kapitalismus, als er in den fortgeschrittenen Ländern Europas den Feudalismus vollständig besiegt hatte und sich – *relativ* – ruhig und gleichmäßig entwickeln konnte, indem er sich „friedlich“ über riesige Gebiete noch unbesetzter und in den kapitalistischen Strudel noch nicht endgültig hineingerissener Länder ausbreitete. Auch in dieser Epoche, die ungefähr in die Jahre 1871–1914 fällt, schuf der „friedliche“ Kapitalismus natürliche Lebensbedingungen, die von einem wirklichen „Frieden“, sowohl im militärischen Sinne als auch im allgemeinen Klassensinn, recht weit entfernt waren. Für neun Zehntel der Bevölkerung der fortgeschrittenen Länder, für Hunderte von Millionen Menschen in den Kolonien und zurückgebliebenen Ländern war dies eine Epoche nicht des „Friedens“, sondern der Unterdrückung, der Qual, des Schreckens – eines Schreckens, der vielleicht um so fürchterlicher war, als er ein „Schrecken ohne Ende“ zu sein schien. Diese Epoche ist nun unwiderruflich vorüber, sie ist abgelöst worden von einer Epoche verhältnismäßig viel stürmischeren, sprunghafteren, katastrophaleren, konfliktreicherer Charakters, in der für die Masse der Bevölkerung nicht so sehr der „Schrecken ohne Ende“ als vielmehr das „Ende mit Schrecken“ typisch wird.

Es ist außerordentlich wichtig, dabei zu beachten, daß dieser Wechsel

durch nichts anderes herbeigeführt worden ist als durch die unmittelbare Entwicklung, Erweiterung und Fortsetzung der dem Kapitalismus und der Warenproduktion überhaupt zutiefst innewohnenden Tendenzen. Zunahme des Austauschs, Zunahme der Großproduktion – das sind die Grundtendenzen, die seit Jahrhunderten durchweg in der ganzen Welt zu beobachten sind. Auf einer bestimmten Entwicklungsstufe des Austauschs, auf einer bestimmten Wachstumsstufe der Großproduktion, nämlich auf der Stufe, die ungefähr an der Wende des 19. und 20. Jahrhunderts erreicht war, führte der Austausch zu einer solchen Internationalisierung der Wirtschaftsbeziehungen und Internationalisierung des Kapitals, nahm die Großproduktion einen derartigen Umfang an, daß an die Stelle der freien Konkurrenz das Monopol zu treten begann. Typisch wurden nun nicht mehr die – innerhalb eines Landes und in den Beziehungen zwischen den Ländern – „frei“ konkurrierenden Unternehmungen, sondern die monopolistischen Unternehmerverbände, die Trusts. Zum typischen „Herrscher“ der Welt wurde nunmehr das Finanzkapital, das besonders beweglich und elastisch, national wie international besonders verflochten ist, das besonders unpersönlich und von der direkten Produktion losgelöst ist, das sich besonders leicht konzentriert und bereits besonders stark konzentriert hat, so daß buchstäblich einige hundert Milliarden und Millionäre die Geschicke der ganzen Welt in ihren Händen halten.

Urteilt man *abstrakt*-theoretisch, so kann man zu dem Schluß kommen, zu dem Kautsky – der, obzwar in etwas anderer Weise, ebenfalls mit dem Marxismus gebrochen hat – denn auch gelangt ist: daß es nämlich nicht mehr sehr lange dauern werde, bis sich diese Kapitalmagnaten im Weltmaßstab zu einem einzigen Welttrust zusammenschlössen, der dann die Konkurrenz und den Kampf der staatlich getrennten Finanzkapitale durch die internationale Vereinigung des Finanzkapitals ersetzen würde. Diese Schlußfolgerung ist jedoch genauso abstrakt, simplifiziert und falsch wie analoge Gedankengänge unserer „Struvisten“ und „Ökonomen“ in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, als diese aus der Fortschrittlichkeit des Kapitalismus, aus seiner Unvermeidlichkeit, aus seinem endgültigen Sieg in Rußland Schlüsse zogen, die bald apologetisch waren (Anbetung des Kapitalismus, Versöhnung mit ihm, Beweihräucherung statt Bekämpfung), bald apolitisch (d. h. Negierung der Politik oder Negierung ihrer Bedeutung, der Wahrscheinlichkeit von

allgemeinen politischen Erschütterungen usw.; der spezifische Fehler der „Ökonomen“), bald sogar geradezu „streikistisch“ („Generalstreik“ als Apotheose der Streikbewegung, getrieben bis zum Vergessen oder Ignorieren der übrigen Formen der Bewegung und schnurstracks „hinüberspringend“ vom Kapitalismus zu dessen Überwindung bloß durch Streik, allein durch Streik). Es gibt Anzeichen dafür, daß die unbestreitbare Tatsache der Fortschrittlichkeit des Kapitalismus im Vergleich zum halbkleinbürgerlichen „Paradies“ der freien Konkurrenz, der Unvermeidlichkeit des Imperialismus und seines endgültigen Sieges über den „friedlichen“ Kapitalismus in den fortgeschrittenen Ländern der Welt auch heute durchaus zu nicht minder zahlreichen und mannigfaltigen politischen und apolitischen Fehlern und Trugschlüssen führen kann.

Insbesondere hat bei Kautsky der offene Bruch mit dem Marxismus nicht die Form der Negierung oder des Vergessens der Politik angenommen, nicht die Form des „Überspringens“ der in der imperialistischen Epoche besonders zahlreichen und mannigfaltigen politischen Konflikte, Erschütterungen und Umgestaltungen, nicht die Form der Apologie des Imperialismus, sondern die des Traums von einem „friedlichen“ Kapitalismus. Der „friedliche“ Kapitalismus ist abgelöst durch den nichtfriedlichen, kriegslüsternen, katastrophenreichen Imperialismus, das muß Kautsky anerkennen, weil er es bereits 1909 in einer besonderen Schrift⁴ anerkannt hat, in der er zum letztenmal als Marxist mit einheitlichen Schlußfolgerungen aufgetreten ist. Wenn es aber nicht angeht, ganz einfach, offen und derb von einer Rückkehr vom Imperialismus zum „friedlichen“ Kapitalismus zu träumen – ließe sich dann nicht vielleicht diesen ihrem Wesen nach kleinbürgerlichen Träumen die Form von unschuldigen Betrachtungen über einen „friedlichen“ „Ultraimperialismus“ geben? Bezeichnet man als Ultraimperialismus den internationalen Zusammenschluß der nationalen (richtiger gesagt: der staatlich getrennten) Imperialismen, der für den Kleinbürger besonders unangenehme, besonders beunruhigende und störende Konflikte wie Kriege, politische Erschütterungen usw. beseitigen „könnte“ – warum sollte man dann nicht die gegenwärtige, bereits angebrochene und eingetretene, äußerst konflikt- und katastrophenreiche Epoche des Imperialismus abtun mit unschuldigen Träumen von einem relativ friedlichen, relativ konfliktlosen, relativ katastrophenfreien „Ultraimperialismus“? Warum sollte man dann nicht

die „schroffen“ Aufgaben, welche die für Europa bereits angebrochene imperialistische Epoche stellt und schon gestellt hat, abtun mit Träumen davon, daß diese Epoche vielleicht bald vorübergehen werde und daß in ihrem Gefolge vielleicht eine relativ „friedliche“, keine „schroffe“ Taktik erfordernde Epoche des „Ultraimperialismus“ denkbar sei? Und so sagt denn auch Kautsky: „Eine solche neue (ultraimperialistische) Phase des Kapitalismus ist jedenfalls denkbar. Ob auch realisierbar, das zu entscheiden fehlen noch die genügenden Voraussetzungen“ („Die Neue Zeit“⁵, 30. IV. 1915, S. 144).

Nicht die geringste Spur von Marxismus findet sich in diesem Bestreben, den bereits angebrochenen Imperialismus leichthin abzutun und sich in den Traum von einem „Ultraimperialismus“ zu retten, von dem man gar nicht weiß, ob er realisierbar ist. Der Marxismus wird in dieser Konstruktion für jene „neue Phase des Kapitalismus“ anerkannt, für deren *Realisierbarkeit* sich ihr Erfinder selbst nicht verbürgt; für die gegenwärtige, bereits angebrochene Phase aber wird uns statt des Marxismus das kleinbürgerliche, durch und durch reaktionäre Bestreben vorgesetzt, die Widersprüche abzustumpfen. Kautsky *hatte versprochen*, in der kommenden, angespannten, katastrophenreichen Epoche, die er in seiner 1909 verfaßten Schrift über diese kommende Epoche mit aller Bestimmtheit vorhersagen und anerkennen mußte, Marxist zu sein. Heute, da schon völlig zweifelsfrei feststeht, daß diese Epoche angebrochen ist, *verspricht* Kautsky wiederum nur, in einer kommenden, wer weiß, ob überhaupt realisierbaren, Epoche des Ultraimperialismus Marxist zu sein! Kurzum, am laufenden Band Versprechungen, in einer *anderen* Epoche Marxist zu sein, nur nicht heute, nicht unter den gegenwärtigen Bedingungen, nicht in der jetzigen Epoche! Marxismus auf Kredit, Marxismus auf Sicht, Marxismus für morgen; für heute aber die kleinbürgerliche, opportunistische Theorie – *und nicht nur Theorie* – von der Abstumpfung der Widersprüche. Das ist eine Art Internationalismus für die Ausfuhr, wie er „heutzutage“ sehr weit verbreitet ist. Leidenschaftliche – o höchst leidenschaftliche! – Internationalisten und Marxisten sympathisieren dabei mit jeder Äußerung von Internationalismus . . . im Lager der Gegner, überall, nur nicht bei sich zu Hause, nur nicht bei den eigenen Verbündeten; sie sympathisieren mit der Demokratie . . . wenn diese ein bloßes Versprechen „der Verbündeten“ bleibt; sie sympathi-

sieren mit der „Selbstbestimmung der Nationen“ . . . nur *nicht* derjenigen, die von der Nation abhängig sind, welche die Ehre hat, den Sympathisierenden in ihren Reihen zu zählen . . . Kurzum, es ist eine von tausenderlei Spielarten der Heuchelei.

Läßt sich indes bestreiten, daß abstrakt eine neue Phase des Kapitalismus *nach* dem Imperialismus, nämlich ein Ultraimperialismus, „denkbar“ ist? Nein. Abstrakt kann man sich eine solche Phase denken. Nur bedeutet das in der Praxis, daß man zu einem Opportunisten wird, der die akuten Aufgaben der Gegenwart leugnet, um sich Träumen von künftigen, nicht akuten Aufgaben hinzugeben. In der Theorie heißt das, sich nicht auf die in der Wirklichkeit vor sich gehende Entwicklung zu stützen, sondern sich um dieser Träume willen nach Gutdünken von ihr *abzuwenden*. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Entwicklung in der *Richtung* auf einen einzigen, ausnahmslos alle Unternehmungen und ausnahmslos alle Staaten verschlingenden Welttrust verläuft. Doch diese Entwicklung erfolgt unter solchen Umständen, in einem solchen Tempo, unter solchen Widersprüchen, Konflikten und Erschütterungen – keineswegs nur ökonomischen, sondern auch politischen, nationalen usw. usf. –, daß notwendigerweise, *bevor* es zu einem einzigen Welttrust, zu einer „ultraimperialistischen“ Weltvereinigung der nationalen Finanzkapitale kommt, der Imperialismus unweigerlich bersten muß, daß der Kapitalismus in sein Gegenteil umschlagen wird.

XII. 1915

W. Iljin

Zuerst veröffentlicht am 21. Januar 1927
in der „Pravda“ Nr. 17.

Nach dem Manuskript.

DER OPPORTUNISMUS UND DER ZUSAMMENBRUCH DER II. INTERNATIONALE⁶

I

Ist die II. Internationale wirklich zusammengebrochen? Das leugnen hartnäckig ihre autoritativsten Vertreter, wie Kautsky und Vandervelde. Es ist nichts passiert, als daß die Verbindungen unterbrochen wurden; alles ist in Ordnung; das ist ihr Standpunkt.

Um die Wahrheit zu finden, wollen wir uns dem *Manifest des Basler Kongresses* vom Jahre 1912 zuwenden, das sich eben auf den gegebenen imperialistischen Weltkrieg bezieht und durch alle sozialistischen Parteien der Welt angenommen wurde. Bemerkenswert ist, daß kein einziger Sozialist in der Theorie zu leugnen wagt, daß es notwendig ist, jeden Krieg konkret-historisch zu würdigen.

Jetzt, da der Krieg ausgebrochen ist, wagen die offenen Opportunisten wie die Kautskyaner weder das *Manifest von Basel* zu leugnen noch das Verhalten der sozialistischen Parteien im Kriege an ihm zu prüfen. Weswegen? Weil das *Manifest* die einen wie die andern völlig bloßstellt.

Es findet sich darin kein Sterbenswort über die Verteidigung des Vaterlandes oder den Unterschied zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg; kein Wort über all das, was die Opportunisten und Kautskyaner* Deutschlands und des Vierverbands⁷ jetzt an allen Straßenecken in die Welt hinaustrumpeten. Das *Manifest* konnte darüber nicht sprechen.

* Es handelt sich nicht um den persönlichen Anhang Kautskys in Deutschland, sondern um den internationalen Typus von angeblichen Marxisten, die zwischen Opportunismus und Radikalismus schwanken und in Wirklichkeit als Feigenblatt für den Opportunismus dienen.

weil das, was es sagt, die Anwendung solcher Begriffe absolut ausschließt. Es nennt ganz konkret eine Reihe ökonomischer und politischer Konflikte, die diesen Krieg jahrzehntelang vorbereitet haben, die sich im Jahre 1912 völlig und definitiv offenbarten und den Krieg im Jahre 1914 herbeiführten. Das Manifest nennt nämlich den österreichisch-russischen Konflikt um die „Vorherrschaft am Balkan“, den Konflikt „Englands, Frankreichs und Deutschlands“ (*aller* dieser Länder!) wegen ihrer „Eroberungspolitik in Kleinasien“, den österreichisch-italienischen Konflikt wegen der „Herrschaftsgelüste“ in Albanien usw. Das Manifest charakterisiert mit einem Worte alle diese Konflikte als Konflikte auf dem Boden des „kapitalistischen Imperialismus“. Das Manifest erkennt also sonnenklar den eroberungslüsternden, imperialistischen, reaktionären, sklavenhalterischen Charakter des gegebenen Krieges an, das heißt einen solchen Charakter, der die Zulässigkeit der Vaterlandsverteidigung theoretisch zum Unsinn und praktisch zur Lächerlichkeit macht. Es kämpfen miteinander große Haifische, um fremde „Vaterländer“ zu verschlingen. Das Manifest zieht die unvermeidlichen Schlüsse aus den unbestreitbaren historischen Tatsachen: dieser Krieg kann nicht „auch nur durch den geringsten Vorwand eines Volksinteresses gerechtfertigt werden“; er wird vorbereitet „zum Vorteile des Profits der Kapitalisten, des Ehrgeizes der Dynastien“. Es wäre ein „Verbrechen“, wenn die Arbeiter „aufeinander schießen“ würden. So das Manifest.

Die Epoche des kapitalistischen Imperialismus ist die des reifen und überreifen Kapitalismus, der vor dem Zusammenbruch steht, der reif ist, dem Sozialismus Platz zu machen. Die Epoche 1789 bis 1871 war die des fortschrittlichen Kapitalismus, als auf der Tagesordnung der Geschichte die Niederringung des Feudalismus, des Absolutismus, die Abschüttelung des fremden Joches stand. Auf diesem und *nur* auf diesem Boden war die „Vaterlandsverteidigung“ zulässig, das heißt eine Verteidigung gegen die Unterdrückung. Im Kriege *gegen* die imperialistischen Großmächte könnte dieser Begriff auch jetzt angewandt werden, aber es ist eine Absurdität, ihn auf den Krieg *zwischen* den imperialistischen Großmächten anzuwenden, auf einen Krieg, in dem es darum geht, wer die Balkanländer, Kleinasien usw. mehr ausplündern kann. Deswegen ist es nicht verwunderlich, daß die „Sozialisten“, die die „Vaterlandsverteidigung“ in diesem gegebenen Kriege anerkennen, das Basler Manifest

umgehen, wie ein Dieb die Stelle meidet, wo er gestohlen hat. Das Manifest beweist doch, daß sie Sozialchauvinisten sind, das heißt Sozialisten in Worten, Chauvinisten in Wirklichkeit, die „ihrer“ Bourgeoisie helfen, fremde Länder zu berauben, andere Nationen zu unterjochen. Das ist eben das Wesentliche in dem Begriffe des Chauvinismus, daß man „sein“ Vaterland verteidigt, selbst wenn dessen Aktion auf Unterjochung fremder Vaterländer gerichtet ist.

Aus der Anerkennung des Krieges als eines nationalen Befreiungskrieges ergibt sich die eine Taktik, aus der Kennzeichnung desselben als eines imperialistischen die andere. Das Manifest weist auf diese zweite Taktik klar hin. Der Krieg wird „eine wirtschaftliche und politische Krise herbeiführen“, die man „ausnutzen“ muß: nicht zur Milderung der Krise, nicht zur Vaterlandsverteidigung, sondern umgekehrt, zur „Auffrüttelung“ der Massen, zur „Beschleunigung der Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft“. Man kann nicht das beschleunigen, wozu die historischen Bedingungen noch nicht reif sind. Das Manifest hat anerkannt, daß die soziale Revolution *möglich* ist, ihre Vorbedingungen *reif* sind, daß sie eben *im Zusammenhang* mit dem Kriege kommt: „die herrschenden Klassen“ haben Furcht „vor einer proletarischen Revolution“, erklärt das Manifest unter Berufung auf das Beispiel der *Pariser Kommune und der Revolution von 1905* in Rußland, d. h. der Massenstreiks, des Bürgerkrieges. Es ist eine Lüge, wenn man wie Kautsky behauptet, daß die Stellung des Sozialismus zu *diesem* Kriege nicht geklärt war. Diese Frage wurde nicht nur debattiert, sondern auch in Basel gelöst, wo die Taktik der proletarisch-revolutionären Massenkämpfe beschlossen wurde.

Es ist eine empörende Unwahrheit, wenn man das Basler Manifest ganz oder in seinen wesentlichsten Teilen umgeht und statt dessen Reden von Führern oder Resolutionen einzelner Parteien zitiert, die erstens *vor* Basel gehalten wurden, zweitens keine Entscheidungen der Parteien der ganzen Welt darstellen, drittens sich auf verschiedene *mögliche* Kriege, nur nicht eben auf diesen gegebenen Krieg beziehen. Der Kern der Frage besteht darin, daß die Epoche der nationalen Kriege zwischen europäischen Großmächten durch die Epoche der imperialistischen Kriege zwischen denselben ersetzt worden ist und daß das Basler Manifest diese Tatsache zuerst offiziell anerkennen mußte.

Es wäre verfehlt, anzunehmen, das Basler Manifest könne nicht so bewertet werden, es sei eine Festtagsdeklamation, eine bombastische Drohung gewesen. So möchten es diejenigen hinstellen, die durch dieses Manifest bloßgestellt werden. Das ist aber unwahr. Das Manifest ist nur ein Resultat der großen propagandistischen Arbeit der ganzen Epoche der zweiten Internationale, nur eine Zusammenfassung dessen, was die Sozialisten in Hunderttausenden von Reden, Artikeln, Aufrufen in allen Sprachen in die Massen geworfen haben. Es wiederholt nur, was zum Beispiel *Jules Guesde* im Jahre 1899 schrieb, als er den sozialistischen Ministerialismus im Falle eines Krieges geißelte und von einem durch das „kapitalistische Brigantentum“ angezettelten Kriege sprach („*En Garde!*“*, S. 175); was *Kautsky* im Jahre 1909 im „Weg zur Macht“ schrieb, als er das Ende der „friedlichen“ Epoche, den Anfang der Epoche der Kriege und Revolutionen anerkannte. Das Basler Manifest als Phrase oder Irrtum hinzustellen, bedeutet, die ganze sozialistische Arbeit der letzten 25 Jahre als Phrase oder Irrtum hinzustellen. Der Widerspruch zwischen dem Manifest und seiner Nichtanwendung ist eben deswegen unerträglich für die Opportunisten und Kautskyaner, weil er den tiefsten Widerspruch in der Arbeit der II. Internationale aufdeckt. Der verhältnismäßig „friedliche“ Charakter der Epoche 1871 bis 1914 nährte den Opportunismus anfangs als *Stimmung*, dann als *Richtung*, schließlich als *Gruppe oder Schicht* der Arbeiterbürokratie und der kleinbürgerlichen Mitläufer. Diese Elemente konnten die Arbeiterbewegung nur beherrschen, indem sie in Worten die revolutionären Ziele und die revolutionäre Taktik anerkannten. Sie konnten das Vertrauen der Massen erringen, weil sie schworen, daß die ganze „friedliche“ Arbeit nur eine *Vorbereitung* der proletarischen Revolution sei. Dieser Widerspruch war eine Geschwulst, die einmal bersten mußte; und sie ist geborsten. Die ganze Frage besteht darin, ob man – wie Kautsky & Co. – den Eiter zurück in den Organismus hineinzupressen sucht – wegen „Einigkeit“ (mit dem Eiter) – oder ob man den Eiter recht schnell und sauber beseitigen soll, trotz des momentanen akuten Schmerzes, den dies verursacht, um dem Organismus der Arbeiterbewegung zur völligen Gesundheit zu verhelfen.

Der Verrat am Sozialismus seitens derjenigen, die die Kriegskredite

* „Auf der Wacht!“. *Die Red.*

bewilligt haben, in die Kabinette eingetreten sind, die Idee der Vaterlandsverteidigung im Jahre 1914/15 verfechten, ist offenkundig. Leugnen können diese Tatsache nur Heuchler. Es gilt, sie zu erklären.

II

Es wäre lächerlich, die ganze Frage als eine persönliche aufzufassen. Was hat die Sache mit dem Opportunismus zu tun, wenn solche Männer wie *Plechanow* und *Guesde* usw.? – fragt *Kautsky* („Die Neue Zeit“, 28. Mai 1915). Was hat die Sache mit dem Opportunismus zu tun, wenn *Kautsky* usw.? – antwortete im Namen der Opportunisten des Vierverbandes *Axelrod* („Die Krise der Sozialdemokratie“*, Zürich 1915, S. 21). Das ist eine Komödie. *Um die Krise der ganzen Bewegung zu erklären, ist es nötig, erstens die ökonomische Bedeutung der gegebenen Politik, zweitens ihre grundlegenden Ideen, drittens ihren Zusammenhang mit der Geschichte der Richtungen im Sozialismus zu prüfen.*

Worin besteht das ökonomische Wesen der „Vaterlandsverteidigung“ im Kriege des Jahres 1914/15? Die Bourgeoisie aller Großmächte führt den Krieg wegen der Aufteilung und Ausbeutung der Welt, wegen der Unterjochung der Völker. Einem kleinen Kreis der Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie und kleinbürgerlicher Mitläufer können Brocken von den großen Profiten der Bourgeoisie zufallen. Die Klassengrundlage des Sozialchauvinismus und des Opportunismus ist dieselbe: das Bündnis einer kleinen bevorrechteten Arbeiterschicht mit „ihrer“ nationalen Bourgeoisie gegen die Masse der Arbeiterklasse, das Bündnis der Lakaien der Bourgeoisie mit ihr gegen die von ihr ausgebeutete Klasse.

Der politische Inhalt des Opportunismus und des Sozialchauvinismus ist derselbe: Zusammenarbeit der Klassen, Verzicht auf die Diktatur des Proletariats, Verzicht auf die revolutionäre Aktion, rücksichtslose Anerkennung der bürgerlichen Legalität, Mißtrauen dem Proletariat, Vertrauen der Bourgeoisie gegenüber. Der Sozialchauvinismus ist die direkte Weiterführung und Vollendung der englischen liberalen Arbeiterpolitik, des Müllerandismus und Bernsteinismus.

* Voller Titel: „Die Krise und die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie“. *Der Übers.*

Der Kampf der zwei Grundtendenzen in der Arbeiterbewegung, des revolutionären und des opportunistischen Sozialismus, füllt die ganze Zeit von 1889 bis 1914 aus. Zwei Hauptrichtungen in der Frage der Stellung zum Kriege sind auch jetzt in allen Ländern vorhanden. Lassen wir die bürgerliche und opportunistische Manier, sich auf Personen zu berufen, beiseite. Nehmen wir die *Richtungen*, und dies in einer Reihe von Ländern. Nehmen wir zehn europäische Staaten: Deutschland, England, Rußland, Italien, Holland, Schweden, Bulgarien, die Schweiz, Belgien und Frankreich. In den ersten acht Ländern entspricht die Teilung in Opportunisten und Radikale der Teilung in Sozialchauvinisten und Internationalisten. Die Stützpunkte des Sozialchauvinismus sind in Deutschland die „Sozialistischen Monatshefte“⁶⁸ und Legien & Co.; in England die Fabier⁹ und die Labour Party¹⁰ (die ILP¹¹ befand sich immer im Blocke mit ihnen, unterstützte ihr Tageblatt und war in diesem Blocke immer schwächer als die Sozialchauvinisten, während in der BSP¹² die Internationalisten drei Siebentel ausmachen); in Rußland die Richtung der „Nascha Sarja“¹³ (jetzt „Nasche Delo“), das Organisationskomitee¹⁴, die Dumafraktion unter der Führung Tschcheidses; in Italien die Reformisten unter der Führung Bissolatis; in Holland die Partei Troelstras; in Schweden die von Branting geführte Mehrheit der Partei; in Bulgarien die Partei der „Weitherzigen“; in der Schweiz Greulich & Co. Dagegen ist in *allen* diesen Ländern aus dem entgegengesetzten, dem radikalen Lager ein mehr oder weniger konsequenter Protest gegen den Sozialchauvinismus ertönt. Eine Ausnahme bilden nur zwei Länder: Frankreich und Belgien, in denen aber der Internationalismus auch existiert, nur sehr schwach ist.

Der Sozialchauvinismus ist der vollendete Opportunismus. Er ist reif geworden zu einem offenen, oft ordinären Bündnis mit der Bourgeoisie und den Generalstäben. Es ist eben dieses Bündnis, das ihm eine große Macht und das Monopol des legal gedruckten Wortes, der Irreführung der Massen gibt. *Es ist lächerlich, jetzt noch den Opportunismus für eine Erscheinung im Innern unserer Partei zu halten.* Es ist lächerlich, die Basler Resolution zusammen mit David-Legien, Hyndman, Plechanow, Webb durchführen zu wollen. Die Einheit mit den Sozialchauvinisten ist die Einheit mit der „eigenen“ nationalen Bourgeoisie, die andere Nationen ausbeutet, ist die Spaltung des internationalen Proletariats. Das bedeutet nicht, daß die Abspaltung von den Opportunisten überall sofort

möglich sei, es bedeutet nur, daß sie historisch herangereift, für den revolutionären Kampf des Proletariats notwendig und unumgänglich ist, daß die Geschichte, die vom „friedlichen“ zum imperialistischen Kapitalismus geführt hat, diese Spaltung vorbereitet. *Volentem ducunt fata, nolentem trahunt.**

III

Die klugen Vertreter der Bourgeoisie haben dies ausgezeichnet verstanden. Deswegen loben sie so die jetzigen sozialistischen Parteien, an deren Spitze die „Verteidiger des Vaterlandes“, das heißt des imperialistischen Raubes, stehen. Deswegen belohnen die Regierungen die sozialchauvinistischen Führer, sei es durch Ministerposten (in Frankreich und England), sei es durch das Monopol der ungestörten legalen Existenz (in Deutschland und Rußland). Deswegen gedieh die Sache in Deutschland, wo die sozialdemokratische Partei am stärksten, ihre Verwandlung in eine nationalliberale, eine *konterrevolutionäre* Arbeiterpartei am anschaulichsten war – so weit, daß die Staatsanwaltschaft den Kampf zwischen „Minderheit“ und „Mehrheit“ als „Aufreizung zum Klassenhasse“ behandelt! Deswegen sind die klugen Opportunisten am meisten um die Erhaltung der alten „Einigkeit“ der alten Parteien bekümmert, die der Bourgeoisie 1914/15 so große Dienste geleistet haben. Die Auffassung dieser Opportunisten in allen Ländern der Welt drückt mit dankenswerter Offenheit ein Mitglied der deutschen Sozialdemokratie in einem im April 1915, in der reaktionären Revue „*Preussische Jahrbücher*“¹⁵, unter dem Decknamen *Monitor* veröffentlichten Artikel aus. *Monitor* ist der Meinung, daß es für die Bourgeoisie sehr gefährlich wäre, wenn die Sozialdemokratie sich *noch* nach *rechts* entwickeln würde: „Ihr (der Sozialdemokratie) Charakter als Arbeiterpartei mit sozialistischen Idealen muß von ihr behütet werden, denn an dem Tage, an dem sie diesen aufgeben würde, entstünde eine neue Partei, die das verleugnete Programm in radikalerer Fassung zu dem ihrigen machen würde.“ („*Preussische Jahrbücher*“, 1915, Nr. 4, S. 50/51.)

Monitor hat den Nagel auf den Kopf getroffen. Die englischen Liberalen und französischen Radikalen haben dies eben immer gewollt: revolu-

* Den Willigen führt das Schicksal, den Widerstrebenden schleppt es mit.
Die Red.

tionär klingende Phrasen, um die Massen irrezuführen, damit diese den Lloyd George, Sembat, Renaudel, Legien und Kautsky Vertrauen schenken, den Männern, die fähig sind, die „Vaterlandsverteidigung“ im Raubkriege zu predigen.

Aber Monitor stellt nur eine Abart des Opportunismus dar: die offene, grobe, zynische. Die andere ist versteckt, fein, „ehrlich“. (Engels sagte einmal: Die „ehrlichen“ Opportunisten sind die der Arbeiterklasse gefährlichsten ...⁴⁶) Hier ein Beispiel:

Kautsky schreibt in der „Neuen Zeit“ (26. November 1915): „Die Opposition gegen die Mehrheit ist im Wachsen; die Massen sind oppositionell.“ „Nach dem Kriege“ (nur *nach* dem Kriege? N. L.) „werden die Klassengegensätze sich so verschärfen, daß der Radikalismus in den Massen die Oberhand gewinnt.“ Es „droht uns nach dem Kriege“ (nur *nach* dem Kriege? N. L.) „die Flucht der radikalen Elemente aus der Partei und ihr Zustrom zu einer Richtung antiparlamentarischer“ (?? soll heißen: außerparlamentarischer) „Massenaktionen“. „So zerfällt unsere Partei in zwei Extreme, die nichts Gemeinsames haben.“ Zur Rettung der Einheit sucht Kautsky die Reichstagsmehrheit zu überreden, der Minderheit die Erlaubnis für ein paar radikale Parlamentsreden zu erteilen. Das bedeutet, daß Kautsky vermittelt ein paar radikaler Parlamentsreden die revolutionären Massen mit den Opportunisten aussöhnen will, die „nichts Gemeinsames“ mit der Revolution haben, die seit langem die Leitung der Gewerkschaften in den Händen halten und jetzt, auf das direkte Bündnis mit der Bourgeoisie und mit der Regierung gestützt, die Leitung der Partei beherrschen. Wodurch unterscheidet sich das in der Sache selbst von dem „Programm“ Monitors? Durch nichts als süßliche Phrasen, die den Marxismus prostituieren.

In der Sitzung der Reichstagsfraktion vom 18. März 1915 „warnte“ der Kautskyaner *Wurm* „die Fraktion, den Bogen zu überspannen; in den Arbeitermassen wachse die Opposition gegen die Fraktionsmehrheit; es gelte, beim marxistischen“ (?! wohl ein Druckfehler: soll heißen „monitorischen“) „Zentrum zu verharren“. („Klassenkampf gegen den Krieg! Material zum ‚Fall Liebnecht‘“. Als Manuskript gedruckt. S. 67.) Wir sehen also, daß *noch im März 1915* im Namen *aller* Kautskyaner (das sogenannte „Zentrum“) die *Tatsache* anerkannt wurde, daß *die Massen* revolutionär sind!! Und 8½ Monate später schlägt Kautsky noch

einmal vor, diese Massen, die kämpfen wollen, mit der opportunistischen, konterrevolutionären Partei „auszusöhnen“, und zwar mit Hilfe einiger revolutionär klingender Phrasen!!

Der Krieg ist oft dadurch nützlich, daß er das Faule aufweist, das Konventionelle wegfeht.

Vergleichen wir die englischen Fabier mit den deutschen Kautskyanern. Über die ersten schrieb ein *wirklicher* Marxist, Friedrich Engels, am 18. Januar 1893: „... eine Bande von Strebern, die Verstand genug haben, die Unvermeidlichkeit der sozialen Umwälzung einzusehn, die aber dem rohen Proletariat unmöglich diese Riesenarbeit allein anvertrauen können und deshalb die Gewogenheit haben, sich an die Spitze zu stellen; Angst vor der Revolution ist ihr Grundprinzip.“ (Briefwechsel mit Sorge, S. 390.)¹⁷

Und am 11. November 1893: „... diese hochnäsigen Bourgeois, die sich in Gnaden herbeilassen wollen, das Proletariat von oben herab zu befreien, wenn es nur so einsichtig sein will zu begreifen, daß so eine rohe ungebildete Masse sich nicht selbst befreien kann und zu nichts kommt, außer durch die Gnade dieser gescheuten Advokaten, Literaten und sentimentaln Weibsleute.“ (Ebenda, S. 401.)¹⁸

In der Theorie blickt Kautsky mit einer Verachtung auf die Fabier wie der Pharisäer auf den armen Sünder. Denn er schwört doch auf den „Marxismus“. Aber welcher Unterschied besteht zwischen ihnen praktisch? Beide haben das Basler Manifest unterzeichnet, und beide haben es so behandelt wie Wilhelm II. die belgische Neutralität. Marx hat aber sein ganzes Leben lang die Leute gezeißelt, die die revolutionäre Flamme der Arbeiter auszulöschen suchten.

Kautsky hat gegen die revolutionären Marxisten eine neue Theorie des „Ultraimperialismus“ aufgestellt. Er versteht darunter die Verdrängung des „Kampfes der nationalen Finanzkapitale untereinander“ durch „die gemeinsame Ausbeutung der Welt durch das international verbündete Finanzkapital“. („N. Z.“, 30. April 1915.) Er fügt aber bei: „Ob eine solche neue Phase des Kapitalismus realisierbar ist, das zu entscheiden fehlen noch die genügenden Voraussetzungen.“ Also auf Grund von Vermutungen über eine „neue Phase“ leugnet der Erfinder dieser „Phase“ – obwohl er selbst nicht wagt, sie direkt für „realisierbar“ zu erklären – die gestern von ihm selbst gemachten revolutionären Erklärungen, leug-

net er die revolutionären Aufgaben und die revolutionäre Taktik des Proletariats *jetzt*, in der „Phase“ der *schon begonnenen* Krise, des Krieges, einer unerhörten Verschärfung der Klassegegensätze! Ist dies nicht der schäbigste Fabianismus?

Der Führer der russischen Kautskyaner, *Axelrod*, sieht den „Schwerpunkt des Internationalisierungsproblems der proletarischen Befreiungsbewegung“ in der „Internationalisierung der Alltagspraxis“: zum Beispiel muß „die Arbeiterschutz- und Versicherungsgesetzgebung zum Objekt der internationalen Aktionen und Organisationen der Arbeiter werden“. (*Axelrod*, „Die Krise der Sozialdemokratie“, Zürich 1915, S. 39/40.) Es ist klar, daß nicht nur *Legien*, *David*, die *Webbs*, sondern selbst *Lloyd George*, *Naumann*, *Briand* und *Miljukow* diesem „Internationalismus“ vollkommen beipflichten werden. Für die ferne, ferne Zukunft ist *Axelrod*, wie im Jahre 1912, bereit, auch die revolutionärsten Phrasen zu dreschen: Die zukünftige Internationale „wird (den Regierungen im Falle der Kriegsgefahr) entgegentreten mit der Entfaltung eines revolutionären Sturmes“. Schaut mal her, wie tapfer wir sind! Handelt es sich aber darum, *jetzt* die beginnende revolutionäre Gärung in den Massen zu unterstützen und zu fördern, so antwortet *Axelrod*, diese Taktik der revolutionären Massenaktionen „hätte noch eine gewisse Berechtigung, wenn wir unmittelbar am Vorabend der sozialen Revolution stünden, ähnlich wie es etwa in Rußland seit den Studentendemonstrationen des Jahres 1901 der Fall war, die das Herannahen entscheidender Kämpfe gegen den Absolutismus ankündigten“. Jetzt aber sind das „Utopien“, „Bakunismus“ usw. ganz im Sinne *Kolbs*, *Davids*, *Südekums* und *Legiens*.

Der gute *Axelrod* vergißt nur, daß im Jahre 1901 niemand in Rußland wußte und wissen konnte, daß der erste „entscheidende Kampf“ in vier Jahren – sage und schreibe: vier Jahren – eintreten und „unentschieden“ bleiben wird. Und trotzdem waren damals nur wir revolutionäre Marxisten im Recht: wir haben die *Kritschewski* und *Martynow* ausgelacht, die unmittelbar zum Sturme riefen. Wir rieten nur den Arbeitern, die Opportunisten überall zum Teufel zu jagen und mit allen Kräften die Demonstrationen und alle andern revolutionären Massenaktionen zu unterstützen, zu verschärfen und auszubreiten. Ganz analog ist die jetzige Lage Europas. Es wäre unsinnig, „unmittelbar“ Sturm zu blasen. Es wäre aber schändlich, den Namen Sozialdemokrat zu tragen und den Ar-

beitern nicht zu raten, mit den Opportunisten zu brechen und mit allen Mitteln die beginnende revolutionäre Gärung und die Demonstrationen zu unterstützen, zu vertiefen, auszubreiten und zu verschärfen. Die Revolution fällt niemals ganz fertig vom Himmel, und man weiß niemals beim Beginn der revolutionären Gärung, ob und wann aus ihr die „wahre“, „echte“ Revolution entstehen wird. Kautsky und Axelrod geben den Arbeitern alte, abgebrauchte, konterrevolutionäre Ratschläge. Kautsky und Axelrod speisen die Massen mit der Hoffnung ab, die *zukünftige* Internationale werde schon sicher revolutionär sein – nur um *jetzt* die Herrschaft der konterrevolutionären Elemente, der Legien, David, Vanderfelde, Hyndman zu verteidigen, zu beschönigen, zu verdecken. Ist es nicht klar, daß die „Einigkeit“ mit Legien & Co. das sicherste Mittel ist, die „zukünftige“ revolutionäre Internationale vorzubereiten?

„Den Weltkrieg in einen Bürgerkrieg umwandeln zu wollen, wäre Wahnsinn gewesen“, erklärt der Führer der deutschen Opportunisten, David („Die Sozialdemokratie im Weltkrieg“, 1915, S. 172), indem er auf das Manifest des Zentralkomitees unserer Partei vom 1. November 1914 antwortet. In diesem Manifest hieß es unter anderem:

„Wie groß die Schwierigkeiten dieser Umwandlung zur gegebenen Zeit auch sein mögen – die Sozialisten werden niemals ablehnen, die Vorarbeiten in der bezeichneten Richtung systematisch, unbeugsam und energisch auszuführen, da der Krieg zur Tatsache geworden ist.“*

(Zitiert auch bei David, S. 171.) Einen Monat vor dem Erscheinen des Buches Davids veröffentlichte unsere Partei Resolutionen, in denen diese „systematische Vorbereitung“ folgendermaßen erklärt wurde: 1. Ablehnung der Kredite; 2. Bruch des Burgfriedens; 3. Bildung illegaler Organisationen; 4. Unterstützung der Solidaritätskundgebungen in den Schützengräben; 5. Unterstützung aller revolutionären Massenaktionen.**

David ist fast ebenso tapfer wie Axelrod: Im Jahre 1912 hielt er die Berufung auf die Pariser Kommune im Falle des Krieges nicht für „Wahnsinn“ . . .

Plechanow, der typische Vertreter der Quadrupelentente-Sozialchauvinisten, beurteilt die revolutionäre Taktik in derselben Weise wie David.

* Siehe Werke, Bd. 21, S. 20. *Die Red.*

** Ebenda, S. 150. *Die Red.*

Er nannte sie ein „Mittelding zwischen Traum und Farce“. Aber hören wir *Kolb*, den offenen Opportunisten, der schrieb: „Die Folge der Taktik derer um Liebknecht wäre ein bis zur Siedehitze gesteigerter innerer Kampf unter der deutschen Nation.“ („Die Sozialdemokratie am Scheidewege“, S. 50.)

Was ist aber ein bis zur Siedehitze gesteigerter Kampf, wenn nicht der Bürgerkrieg?

Wäre die Taktik unseres Zentralkomitees, die in den Hauptsachen der Taktik der Zimmerwalder Linken⁴⁹ gleicht, ein „Wahnsinn“, „Traum“, „Abenteuer“, „Bakunismus“ – wie es David, Plechanow, Axelrod, Kautsky usw. behaupten –, sie könnte niemals zum „inneren Kampfe unter einer Nation“ führen, geschweige denn zu einem gesteigerten. Nirgends in der Welt hat die anarchistische Phrase zu einem inneren Kampfe in der Nation geführt. Die Tatsachen besagen aber, daß eben im Jahre 1915, eben auf der Basis der durch den Krieg herbeigeführten Krise die revolutionäre Gärung in den Massen wächst; es wachsen die Streiks und politischen Demonstrationen in Rußland, die Streiks in Italien und England, die Hunger- und politischen Demonstrationen in Deutschland. Was ist das anderes als der Beginn revolutionärer Massenkämpfe?

*Die Unterstützung, Entwicklung, Ausbreitung, Verschärfung der revolutionären Massenaktionen, die Bildung der illegalen Organisationen, ohne welche man den Volksmassen selbst in den „freien“ Ländern nicht die Wahrheit sagen darf: das ist das ganze praktische Programm der Sozialdemokratie in diesem Kriege. Alles andere ist Lüge oder Phrase, wie es auch mit opportunistischen oder pazifistischen Theorien ausgeschmückt werden mag.**

* Auf der Berner Internationalen Frauenkonferenz im März 1915 wiesen die Vertreterinnen des Zentralkomitees unserer Partei auf die unbedingte Notwendigkeit hin, illegale Organisationen zu schaffen. Man lehnte dies ab. Die Engländerinnen spotteten über diesen Vorschlag, indem sie die englische „Freiheit“ priesen. Nach einigen Monaten bekam man aber englische Zeitungen, wie „Labour Leader“²⁰, mit weißen Flecken, und dann Nachrichten über polizeiliche Haussuchungen, Konfiskationen der Broschüren, Verhaftungen und drakonische Urteile gegen die vom Frieden – nur vom Frieden – sprechenden Genossen in England!

Wenn man uns sagt, daß diese „russische Taktik“ (ein Ausdruck Davids) auf Europa nicht paßt, dann antworten wir mit einem einfachen Hinweis auf Tatsachen. In Berlin fand sich am 30. Oktober eine Deputation der Berliner Genossinnen beim Parteivorstand ein und erklärte, „die Verbreitung unzensurierter Druckschriften und Flugblätter und die Abhaltung ‚nicht genehmigter‘ Versammlungen wäre bei dem großen Organisationsapparat heute leichter möglich als zur Zeit des Sozialistengesetzes. Es fehlt nicht an Mitteln und Wegen, sondern offensichtlich an dem Willen.“ („Berner Tagwacht“²¹, 1915, Nr. 271.)

Wurden diese schlechten Genossinnen durch russische „Sektierer“ usw. irregeführt? Oder stellen nicht diese Genossinnen die wirklichen Massen dar, sondern Legien und Kautsky? – Legien, der in seinem Referat am 27. Januar 1915 die „anarchistische“ Idee der Bildung geheimer Organisationen verdonnerte; Kautsky, der so konterrevolutionär wurde, daß er am 26. November, vier Tage vor der Demonstration von 10 000 Menschen in Berlin, die Straßendemonstrationen als „Abenteurer“ denunzierte!!

Genug der Phrasen, genug des prostituierten „Marxismus“ à la Kautsky! Nach 25 Jahren der II. Internationale, nach dem Basler Manifest werden die Arbeiter den Phrasen keinen Glauben mehr schenken. Der Opportunismus ist überreif geworden, er ging definitiv als Sozialchauvinismus in das Lager der Bourgeoisie über: Geistig und politisch hat er mit der Sozialdemokratie gebrochen. Er wird mit ihr auch organisatorisch brechen. Die Arbeiter fordern schon „unzensurierte“ Druckschriften und „nicht genehmigte“ Versammlungen, das heißt geheime Organisationen zur Unterstützung der revolutionären Bewegung der Massen. Nur ein solcher „Krieg dem Krieg“ ist sozialdemokratische Arbeit, keine Phrase. Und diese Arbeit wird die Menschheit, wie groß auch die Schwierigkeiten, zeitweiligen Niederlagen, Irrtümer, Abirrungen, Unterbrechungen sein mögen, zur siegreichen proletarischen Revolution führen.

Veröffentlicht im Januar 1916
in der Zeitschrift „Vorbote“ Nr. 1.
Unterschrift: N. L e n i n.

Nach dem deutschsprachigen
Text der Zeitschrift.

ENTWURF EINES BESCHLUSSES
ÜBER DIE EINBERUFUNG
DER ZWEITEN SOZIALISTISCHEN KONFERENZ²²

Nach Beratung mit einer Reihe von Vertretern der einzelnen Länder beschließt das Büro (ISK²³),

die zweite *Konferenz* der Sozialisten, die auf dem Boden der Zimmerwalder Beschlüsse stehen, einzuberufen.

Tagesordnung:

1. Kampf gegen den Krieg;
2. internationale Vereinigung der Sozialisten, die dem Krieg und dem Nationalismus feindlich gegenüberstehen;
3. praktische Maßnahmen der Organisation, der Agitation und des Kampfes gegen die Regierungen;
4. Weiterentwicklung der Zimmerwalder Beschlüsse.

Der Einberufungstermin wird auf den 15. April 1916 festgesetzt.

Dieser Beschluß wird veröffentlicht (wobei als Termin der 15. März bekanntzugeben ist).

Alle auf dem Boden der Zimmerwalder Beschlüsse stehenden Organisationen der Sozialisten werden zur Erörterung (Diskussion) aller Tagesordnungspunkte und Resolutionsentwürfe²⁴ aufgefordert. Die Entwürfe werden (bei Unterschrift durch 2 bis 3 Delegierte) in der „Berner Tagwacht“ veröffentlicht.

*Geschrieben zwischen dem
23. und 27. Januar
(5. und 9. Februar) 1916.*

Nach dem Manuskript.

ZUR KONFERENZ AM 24. APRIL 1916

Delegations-Antrag²⁵

1. Zugelassen werden nur die Vertreter solcher politischer oder gewerkschaftlicher Organisationen oder die Einzelpersonen, die sich auf den Boden der Beschlüsse der Zimmerwalder Konferenz stellen.

2. In den Ländern, wo die offiziellen Parteien oder Gewerkschaftsorganisationen der ISK angeschlossen sind, werden nur die von ihnen bezeichneten Vertreter zugelassen.

3. In den Ländern, wo die offiziellen Parteien der ISK nicht angeschlossen sind, werden die Delegierten nur von solchen Organisationen und Gruppen zugelassen, die:

a) im gegebenen Lande mit Wort und Schrift im Sinne der Zimmerwalder Beschlüsse wirken;

b) die sich über ihre Tätigkeit gegenüber der ISK ausweisen.

4. Persönliche Vertretungen sind nur ausnahmsweise und nur mit beratender Stimme zulässig.

5. Über die Gültigkeit der Mandate entscheidet im Streitfall nach Anhörung der Gründe und in Berücksichtigung der Verhältnisse endgültig eine von der Konferenz gewählte Kommission von 9 Mitgliedern, in welche Zahl auch die 4 Mitglieder der ISK eingeschlossen sind.

6. Das Stimmenverhältnis wird durch die Konferenz festgestellt.

[[Amendement nicht zu publizieren – zu Protokoll gegeben:

Genossen, die in Zimmerwald gewesen sind, haben *das Recht* („le droit“ texte français), mit beratender Stimme an der zweiten Konferenz teilzunehmen.]]

*Geschrieben in deutscher Sprache
zwischen dem 23. und 27. Januar
(5. und 9. Februar) 1916.*

*Veröffentlicht am 29. Februar 1916
in: „Bulletin Nr. 3. Internationale
Sozialistische Kommission zu Bern“.*

*Nach dem deutschsprachigen
Manuskript.*

REDE AUF DER INTERNATIONALEN KUNDGEBUNG
IN BERN
8. FEBRUAR 1916²⁶

Parteigenossen! Seit mehr als anderthalb Jahren wütet der europäische Krieg. Und mit jedem weiteren Monat, mit jedem weiteren Tage des Krieges wird es für die Arbeitermassen immer klarer, daß das Zimmerwalder Manifest²⁷ die Wahrheit gesagt hatte, als es sagte, daß die Phrasen von der „Vaterlandsverteidigung“ und dergleichen nichts als Betrug der Kapitalisten sind. Mit jedem Tage wird es klarer, daß es *der Krieg der Kapitalisten ist, der großen Räuber*, die darüber streiten, welcher von ihnen mehr Beute bekommen soll, mehr Länder berauben, mehr Nationen unterdrücken und unterjochen soll.

Es klingt unwahrscheinlich, besonders für schweizerische Genossen, es ist aber doch wahr, daß auch bei uns *in Rußland* nicht nur der blutige Zarismus, nicht nur die Kapitalisten, sondern auch ein Teil der angeblichen – oder der gewesenen – Sozialisten davon spricht, daß Rußland einen „Verteidigungskrieg“ führt, daß Rußland nur gegen die deutsche Invasion kämpft. Es ist aber in Wirklichkeit der ganzen Welt bekannt, daß der Zarismus seit Jahrzehnten mehr als hundert Millionen fremder Völker in Rußland selbst unterjocht, daß Rußland seit Jahrzehnten die Raubpolitik gegen China, Persien, Armenien, Galizien betrieben hat. *Weder Rußland noch Deutschland, noch irgendeine andere Großmacht können vom „Verteidigungskrieg“ sprechen*: alle Großmächte führen einen imperialistischen, einen kapitalistischen Krieg, einen Raubkrieg, einen Krieg zur Unterjochung kleiner und fremder Völker, einen Krieg zum Nutzen der Profite der Kapitalisten, die jetzt aus den furchtbaren Leiden der Massen, aus dem Blute der Proletarier das rote Gold ihrer Milliardenprofite schlagen.

Vor vier Jahren, als es schon klar wurde, daß der Krieg kommt, sammelten sich die Vertreter der Sozialisten der ganzen Welt zum Internationalen Sozialistenkongreß in Basel im November 1912. Es war schon kein Zweifel darüber, daß der kommende Krieg ein Krieg zwischen den Großmächten, zwischen den großen Räubern sein wird, daß die Schuld am Kriege die Regierungen und die Kapitalistenklasse *aller* Großmächte tragen. Und das Basler Manifest, das *einstimmig* von den sozialistischen Parteien der ganzen Welt angenommen wurde, sprach diese Wahrheit offen aus. *Das Basler Manifest erwähnt mit keinem einzigen Worte den „Verteidigungskrieg“, die „Vaterlandsverteidigung“.* Es geißelt die Regierungen und die Bourgeoisie *aller* Großmächte ohne Ausnahme. Es sagt offen, daß der Krieg das größte Verbrechen sein wird, daß die Arbeiter es als Verbrechen ansehen, aufeinander zu schießen, daß die furchtbaren Schrecken des Krieges, die Empörung der Arbeiter dagegen zu einer *proletarischen Revolution* mit Notwendigkeit führen muß.

Als der Krieg wirklich kam, da sah man, daß der Charakter dieses Krieges in Basel richtig beurteilt worden war. Aber die Sozialisten- und Arbeiterorganisationen folgten nicht einmütig dem Basler Beschlusse, sondern spalteten sich. In allen Ländern der Welt sehen wir jetzt die Sozialisten- und Arbeiterorganisationen in zwei große Lager geteilt. Der kleinere Teil – namentlich die Führer, die Funktionäre, die Beamten – hat den Sozialismus verraten und sich auf die Seite der Regierungen gestellt. Der andere Teil – zu dem die bewußten Arbeitermassen gehören – fährt fort, die Kräfte zu sammeln und gegen den Krieg für eine proletarische Revolution zu arbeiten.

Die Ansichten dieses zweiten Teiles haben ihren Ausdruck unter anderem im Zimmerwalder Manifest gefunden.

Bei uns in Rußland führten seit dem Beginn des Krieges die *Arbeiterdeputierten* in der Duma einen entschiedenen revolutionären Kampf gegen den Krieg und gegen die Zarenmonarchie. Die fünf Arbeiterdeputierten, Petrowski, Badajew, Muranow, Schagow und Samoillow, verbreiteten revolutionäre Aufrufe gegen den Krieg und betrieben eifrig revolutionäre Agitation. Der Zarismus hat diese fünf Deputierten verhaften lassen, vor Gericht gestellt und zur lebenslänglichen Verschickung nach Sibirien verurteilt. Seit Monaten schmachten jetzt in Sibirien

die Führer der Arbeiterklasse Rußlands. Aber ihr Werk ist nicht zerstört, ihre Arbeit wird in demselben Sinne von klassenbewußten Arbeitern in ganz Rußland fortgeführt.

Parteigenossen! Sie haben hier die Vertreter verschiedener Länder gehört, die Ihnen vom revolutionären Kampfe der Arbeiter gegen den Krieg sprachen. Ich will nur noch das Beispiel des größten und reichsten neutralen Landes zitieren, nämlich der Vereinigten Staaten von Amerika. Die Kapitalisten dieses Landes schlagen jetzt enorme Profite aus dem europäischen Kriege. Und sie agitieren auch für den Krieg. Sie sagen, Amerika solle sich ebenfalls zur Teilnahme an dem Kriege vorbereiten, Hunderte von Millionen Dollar sollen auf Kosten des Volkes aufgetrieben werden zu neuen Rüstungen und Rüstungen ohne Ende. Und ein Teil der Sozialisten folgt auch in Amerika diesem betrügerischen, diesem verbrecherischen Rufe. Aber ich will ihnen vorlesen, was der populärste Führer der amerikanischen Sozialisten, der Kandidat der sozialistischen Partei in Amerika auf den Posten des Präsidenten der Republik, Genosse *Eugene Debs*, schreibt:

In der amerikanischen Zeitung „Appeal to Reason“²³ vom 12. September 1915 sagt er: *„Ich bin kein kapitalistischer Soldat; ich bin ein proletarischer Revolutionär. Ich gehöre nicht zur regulären Armee der Plutokratie, wohl aber zur irregulären Armee des Volkes. Ich verweigere den Gehorsam, in den Krieg zu gehen für die Interessen der Kapitalistenklasse. Ich bin gegen jeden Krieg außer einem Kriege. Für diesen Krieg stehe ich mit meiner ganzen Seele, und das ist der Weltkrieg für die soziale Revolution. An diesem Kriege bin ich bereit teilzunehmen, wenn die herrschenden Klassen einen Krieg überhaupt notwendig machen wollen.“*

So schreibt an die amerikanischen Arbeiter ihr geliebter Führer, der amerikanische Bebel, Genosse *Eugene Debs*.

Und das beweist Ihnen, Parteigenossen, abermals, daß wirklich in allen Ländern der Welt die Sammlung von Kräften der Arbeiterklasse sich vorbereitet. Die Schrecknisse und Leiden des Volkes im Kriege sind furchtbar. Aber wir

dürfen nicht, wir haben keinen Grund, mit Verzweiflung in die Zukunft zu schauen.

Nicht umsonst werden Millionen von Opfern im Kriege und wegen des Krieges fallen. Die Millionen, die darben, die Millionen, die da in Schützengraben ihr Leben opfern, sie leiden nicht nur, sie sammeln auch Kräfte, sie denken über die wahren Ursachen des Krieges nach, sie stählen ihren Willen, sie kommen zu immer klarerer und klarerer revolutionärer Einsicht. Der wachsende Unwille der Massen, die wachsende Gärung, Streiks, Demonstrationen, Proteste gegen den Krieg – dies alles geht in *allen* Ländern der Welt vor sich. *Und das gibt uns die Gewähr, daß nach dem europäischen Kriege die proletarische Revolution gegen den Kapitalismus kommen wird.*

„Berner Tagwacht“ Nr. 33,
9. Februar 1916.

Nach dem deutschsprachigen
Text der „Berner Tagwacht“.

ÜBER DIE AUFGABEN DER OPPOSITION IN FRANKREICH

(Brief an den Genossen Safarow)

10. II. 1916

Werter Genosse! Ihre Ausweisung aus Frankreich, die übrigens sogar in der chauvinistischen Zeitung „*La Bataille*“²⁹ mit Protest vermerkt wurde, allerdings ohne daß sie die Wahrheit sagen wollte, nämlich daß Sie ausgewiesen wurden, weil Sie mit der Opposition sympathisieren – diese Ausweisung hat mich wieder aufs neue an die wunde Frage der Lage und der Aufgaben der Opposition in Frankreich erinnert.

Ich habe in Zimmerwald Bourderon und Merrheim gesehen. Ich habe ihre Berichte gehört und in den Zeitungen von ihrer Arbeit gelesen. Für mich besteht nicht der leiseste Zweifel an ihrer Ehrlichkeit und ihrer Hingabe an die Sache des Proletariats. Aber trotzdem steht es fest, daß ihre Taktik fehlerhaft ist. Beide fürchten sie vor allem die Spaltung. Keinen Schritt, kein Wort, das zur Spaltung der Sozialistischen Partei oder der Gewerkschaften in Frankreich oder zur Spaltung der II. Internationale und zur Schaffung der III. Internationale führen könnte – das ist sowohl Bourderons als auch Merrheims Losung.

Indessen ist die Spaltung der Arbeiterbewegung und des Sozialismus in der ganzen Welt eine Tatsache. Es gibt zwei unversöhnliche Taktiken und Arten der Politik der Arbeiterklasse in ihrer Stellung zum Krieg. Es wäre lächerlich, die Augen davor zu verschließen. Unversöhnliches versöhnen zu wollen hieße unsere ganze Arbeit zur Ohnmacht verurteilen. In Deutschland hat sogar der Abgeordnete Otto Rühle, der Kampfgefährte Liebknechts, offen die Unvermeidlichkeit der Spaltung der Partei anerkannt, da die gegenwärtige Mehrheit, die offiziellen „Spitzen“ der deutschen Partei auf die Seite der Bourgeoisie getreten sind. Die

Einwände, mit denen die Vertreter des sogenannten „Zentrums“ oder „Sumpfes“ (le marais), Kautsky und der „Vorwärts“³⁰, gegen Rühle und gegen die Spaltung auftraten, sind eitel Lüge und Heuchelei, so „wohlgemeint“ diese Heuchelei auch sein mag. Kautsky und der „Vorwärts“ können die Tatsache nicht widerlegen – und sie versuchen es auch gar nicht –, daß die Mehrheit der deutschen Partei faktisch die Politik der *Bourgeoisie* durchführt. Die Einheit mit einer solchen Mehrheit ist für die Arbeiterklasse schädlich. Eine derartige Einheit bedeutet die Unterwerfung der Arbeiterklasse unter die Bourgeoisie „ihrer“ Nation, bedeutet die Spaltung der internationalen Arbeiterklasse. Und Rühle hat in der Tat recht damit, daß es in Deutschland *zwei Parteien* gibt. Die eine, die offizielle, führt die Politik der Bourgeoisie durch. Die andere, die Minderheit, gibt illegale Aufrufe heraus, veranstaltet Demonstrationen usw. In der ganzen Welt sehen wir dasselbe Bild, und ohnmächtige Diplomaten oder der „Sumpf“, wie Kautsky in Deutschland, Longuet in Frankreich, Martow und Trotzki in Rußland, stiften in der Arbeiterbewegung den größten Schaden, weil sie die *Fiktion* der Einheit aufrechterhalten und damit die herangereifte, dringend notwendig gewordene Vereinigung der *Opposition* aller Länder, die Schaffung der III. Internationale, *stören*. In England veröffentlicht sogar eine so gemäßigte Zeitung wie der „Labour Leader“ Briefe von Russell Williams über die Notwendigkeit des *Bruchs* mit den „Führern“ der Gewerkschaften und mit der „Arbeiterpartei“ (Labour Party), die die Interessen der Arbeiterklasse „verkauft“ hat. Und eine Reihe von Mitgliedern der „Unabhängigen Arbeiterpartei“ (Independent Labour Party) erklärt in der Presse ihre Sympathie für Russell Williams. In Rußland ist jetzt sogar der „Versöhner“ Trotzki gezwungen, die Notwendigkeit des Bruchs mit den „Patrioten“ – d. h. mit der Partei des „Organisationskomitees“, des OK – anzuerkennen, die die Teilnahme der Arbeiter an den Kriegsinstitutskomitees³¹ rechtfertigen. Und nur aus falscher Eigenliebe fährt Trotzki fort, die „Einheit“ mit der Dumafraktion Tschcheidse zu verteidigen, die der treueste Freund, Beschützer und Verteidiger der „Patrioten“ und des „OK“ ist.

Sogar in den Vereinigten Staaten von Amerika ist die Spaltung faktisch vollzogen. Denn die einen Sozialisten treten dort für die Armee, für das „Gerüstetsein“ („preparedness“), für den Krieg ein. Die ande-

ren, darunter der populärste Arbeiterführer Eugene Debs, der Kandidat der Sozialistischen Partei auf den Posten des Präsidenten der Republik, propagieren den Bürgerkrieg gegen den Völkerkrieg!

Und man sehe sich die *Taten* von Bourderon und Merrheim selbst an! In Worten sind sie gegen die Spaltung. Aber man lese die Resolution, die Bourderon auf dem Kongreß der französischen Sozialistischen Partei³² vorlegte. In dieser Resolution wird der Austritt der Sozialisten aus der Regierung gefordert!! Die Resolution „désapprouve“ direkt sowohl la CAP als auch le GP (CAP = Com. Adm. Perm., GP = Groupe Parlem.)*!!! Es ist sonnenklar, daß die Annahme einer derartigen Resolution die Spaltung *sowohl* der Sozialistischen Partei *als auch* der Gewerkschaften bedeuten würde, denn die Herren Renaudel, Sembat, Jouhaux et Co. können sich damit niemals abfinden.

Bourderon und Merrheim teilen den Fehler, die Schwäche, die Zaghaftigkeit der *Mehrheit* der Zimmerwalder Konferenz. Einerseits ruft diese Mehrheit in ihrem Manifest *indirekt* zum *revolutionären* Kampf auf, fürchtet sich aber, es direkt zu sagen. Einerseits schreibt sie: Die Kapitalisten *aller* Länder *lügen*, wenn sie behaupten, der Krieg diene der „Verteidigung des Vaterlandes“. Andererseits hat sich die Mehrheit gefürchtet, die offenkundige Wahrheit hinzuzufügen, die ohnedies jeder denkende Arbeiter hinzuzufügen wird, nämlich: daß nicht nur die Kapitalisten *lügen*, sondern auch die Renaudel, Sembat, Longuet, Hyndman, Kautsky, Plechanow et Co.!! Die Mehrheit der Zimmerwalder Konferenz *möchte* sich von neuem mit Vandervelde, Huysmans, Renaudel und Co. versöhnen. Das ist *schädlich* für die Arbeiterklasse, und die „Zimmerwalder Linke“ hat richtig gehandelt, als sie den Arbeitern *offen* die Wahrheit sagte.

Sehen Sie, wie les socialistes-chauvins** heucheln: in Frankreich loben sie die *deutsche* „minorité“***, in Deutschland die *französische*!!

Welch große Bedeutung hätte doch das Auftreten der französischen Opposition, wenn sie direkt, furchtlos, offen vor der ganzen Welt erklärte: Wir sind solidarisch *nur mit der deutschen* Opposition, **nur**

* – spricht sowohl dem Ständigen Verwaltungsausschuß (Parteivorstand) als auch der Parlamentsgruppe (Fraktion) die Mißbilligung aus. *Die Red.*

** die Sozialchauvinisten. *Die Red.*

*** Minderheit. *Die Red.*

mit Rühle und seinen Gesinnungsgenossen!! Nur mit denen, die furchtlos brechen sowohl mit dem offenen als auch mit dem verkappeten Sozialchauvinismus (*socialisme chauvin*), d. h. mit allen „Vaterlandsverteidigern“ in diesem Kriege!! Wir selbst fürchten nicht den Bruch mit den französischen „Patrioten“, die die Verteidigung der Kolonien „Vaterlandsverteidigung“ nennen, und wir rufen die Sozialisten und Gewerkschaftsmitglieder aller Länder zu demselben Bruch auf!! Wir strecken Otto Rühle und Liebknecht die Hand hin, ihnen und nur ihren Gesinnungsgenossen, wir brandmarken die französische wie die deutsche „majorité“*, den französischen wie den deutschen „marais“. Wir verkünden die große internationale Vereinigung jener Sozialisten der ganzen Welt, die in diesem Kriege mit der verlogenen Phrase von der „Vaterlandsverteidigung“ gebrochen haben und an der Propagierung und Vorbereitung der proletarischen Weltrevolution mitwirken!

Ein solcher Aufruf hätte gewaltige Bedeutung. Er würde die Heuchler auseinanderjagen, den internationalen Betrug aufdecken und entlarven, den stärksten Anstoß zur Annäherung der dem Internationalismus wirklich treu gebliebenen Arbeiter in der ganzen Welt geben.

In Frankreich hat die anarchistische Phrase immer sehr geschadet. Aber jetzt werden die Anarchopatrioten, die Anarchisten-chauvins vom Schlage Kropotkins, Graves, Cornelissens und der sonstigen Ritter de la „Bataille Chauviniste“** helfen, viele, viele Arbeiter von der anarchistischen Phrase zu heilen. Nieder mit den Sozialpatrioten und den Sozialisten-chauvins – wie auch „Nieder mit den Anarchopatrioten und den Anarchisten-chauvins“! Dieser Ruf wird in den Herzen der Arbeiter Frankreichs Widerhall finden. Nicht die anarchistische Phrase von der Revolution, sondern ständige, ernste, angestrenzte, beharrliche, systematische Arbeit, um *allerorts* illegale Organisationen unter den Arbeitern zu schaffen, um freie, d. h. illegale Literatur zu verbreiten, um eine Bewegung der Massen gegen die eigenen Regierungen vorzubereiten. Das ist es, was der Arbeiterklasse aller Länder not tut!

Es ist nicht wahr, daß die „Franzosen unfähig sind“ zu systematischer illegaler Arbeit. Das ist nicht wahr! Die Franzosen haben schnell gelernt, in Schützengraben Deckung zu nehmen. Sie werden auch die neuen

* Mehrheit. *Die Red.*

** des „Chauvinistischen Kampfes“. *Die Red.*

Bedingungen der illegalen Arbeit und der systematischen Vorbereitung einer *revolutionären Massenbewegung* schnell lernen. Ich glaube an das revolutionäre französische Proletariat. Es wird auch die französische Opposition vorwärtstreiben.

Beste Wünsche. Ihr *Lenin*

PS. Ich schlage den französischen Genossen vor, die Übersetzung dieses meines Briefes (im vollen Wortlaut) als *Flugblatt* herauszugeben.³³

*In französischer Sprache
veröffentlicht 1916 als Flugblatt.*

*In russischer Sprache zuerst
veröffentlicht 1924 in der
Zeitschrift „Proletarskaja Revoluzija“
(Die proletarische Revolution) Nr. 4 (27).*

Nach dem Manuskript.

HABEN DAS OK UND DIE FRAKTION TSCHEIDSE EINE EIGENE LINIE?

In ihrem Sammelband³⁴ und noch deutlicher in ihrem Bericht an die Internationale Sozialistische Kommission (Nr. 2 des Bulletins, das am 27. XI. 1915 in deutscher Sprache erschienen ist)³⁵ versuchen die OK-Leute, den Lesern weiszumachen, daß die Fraktion Tschcheidse³⁶ und das OK eine eigene Linie verfolgen, die durchaus internationalistisch sei und sich von der des „Nascha Delo“ unterscheide. Diese Versicherungen sind krasseste Unwahrheit. Erstens haben wir seit der Bildung des OK (August 1912) *viele Jahre* hindurch eine völlige politische Solidarität in allen wesentlichen Fragen und die engste politische Zusammenarbeit der Fraktion Tschcheidse und des OK mit der Gruppe „Nascha Sarja“ gesehen, wobei *nur* diese Gruppe eine systematische Arbeit in den Massen leistete (Tageszeitungen der Liquidatoren). Irgendwie wesentliche Differenzen unter so nahen „Freunden“ müßten nicht mit Worten, sondern mit *ernsten* Tatsachen bewiesen werden. *Keine einzige solche Tatsache liegt vor.* Zweitens spielten die Fraktion Tschcheidse und das OK im Verlauf *einer Reihe von Jahren*, 1912–1914, die Rolle von Marionetten der „Nascha Sarja“, sie verteidigten systematisch deren Politik, was ja den Arbeitern Petrograds und anderer Orte wohlbekannt ist, wobei sie *kein einziges Mal* irgendwelchen Einfluß auf eine Änderung der Politik der „Nascha Sarja“, des „Lutsch“³⁷ usw. ausübten.

In der Politik, die die *Massen* betrifft – beispielsweise im Kampf gegen das „Streikfieber“, bei den Wahlen der Führer der größten Gewerkschaften (Metallarbeiter u. a.) und der Leiter der wichtigsten Versicherungseinrichtungen (Gesamtrussischer Versicherungsrat) – trat die Gruppe „Nascha Sarja“ und nur sie allein selbständig auf, das OK und

die Fraktion Tschcheidse leisteten ihr lediglich Beistand, dienten ihr auf Treu und Glauben. Drittens gibt es in den anderthalb Jahren des Krieges keine *einzigste Tatsache*, die von einer Änderung dieses in Jahren herausgebildeten Verhältnisses der Fraktion Tschcheidse und des OK zur „Nascha Sarja“ zeugen würde. Umgekehrt, es gibt gegenteilige Tatsachen, darunter sogar solche, die zu allgemeiner Kenntnis gebracht werden können (die meisten Tatsachen dieser Art können nicht veröffentlicht werden). Tatsache ist, daß sowohl das OK als auch die Fraktion Tschcheidse in Rußland *kein einziges Mal* gegen die Politik des „Nasche Delo“ aufgetreten sind. Um aber eine tatsächliche Änderung dieser Politik zu erreichen, bedarf es nicht eines einmaligen Auftretens, sondern eines langwierigen und siegreichen Kampfes, denn das „Nasche Delo“ ist eine politische Größe, die von ihren Beziehungen zu den Liberalen genährt wird, während das OK und die Fraktion Tschcheidse nur politische Dekorationen sind. Tatsache ist, daß die Zeitungen „Utro“ und „Rabotscheje Utro“³⁸, die voll und ganz die Politik des „Nasche Delo“ verfolgen, sogar äußerlich ihre politische Verwandtschaft mit der Fraktion Tschcheidse unterstreichen und im Namen des gesamten Augustblocks sprechen. Tatsache ist, daß die Fraktion Tschcheidse Geldsammlungen für das „Rabotscheje Utro“ veranstaltet. Tatsache ist, daß die ganze Fraktion Tschcheidse an der in Samara herausgegebenen sozialchauvinistischen Zeitung „Nasch Golos“ [Unsere Stimme] (siehe Nr. 17) mitzuarbeiten begonnen hat. Tatsache ist, daß eines der namhaftesten Mitglieder der Fraktion Tschcheidse, nämlich Tschchenkeli, in der Presse, in der Zeitschrift der „Vaterlandsverteidiger“ oder Sozialchauvinisten, dem „Sowremenny Mir“³⁹, der Zeitschrift der Herren Plechanow und Alexinski, mit grundsätzlichen Erklärungen ganz im Geiste Plechanows, des „Nasche Delo“, Kautskys und Axelrods aufgetreten ist. Wir haben diese Erklärung Tschchenkelis schon vor langem zitiert, und weder die OK-Leute in ihrem Sammelband noch Trotzki in seinem „Nasche Slowo“⁴⁰ haben diese Erklärung zu verteidigen gewagt, obwohl sie es sich angelegen sein lassen, die Fraktion Tschcheidse zu verteidigen und anzupreisen. Viertens werden unsere Feststellungen durch direkte politische Aussagen im Namen der gesamten Fraktion Tschcheidse und des gesamten OK bewiesen. Nehmen wir die wichtigsten Äußerungen, die im Sammelband des OK nachgedruckt sind: die Erklärung von Tschcheidse und Co. und den Aufruf des OK. Der

Standpunkt dieser beiden Dokumente ist der *gleiche*, die Stellung ein und dieselbe. Da das OK die höchste führende Instanz des „August-blocks“ gegen unsere Partei ist und da das OK einen illegalen Aufruf herausgegeben hat, d. h. freier und offener sprechen konnte als Tschcheidse in der Duma, wollen wir gerade diesen Aufruf näher betrachten.

Es ist übrigens interessant, daß es in der deutschsprachigen sozialdemokratischen Presse, in der Berner sozialdemokratischen Zeitung, über diesen Aufruf bereits einen Streit gegeben hat. Ihr Mitarbeiter bezeichnete ihn als „patriotisch“. Das Auslandssekretariat des OK war darüber empört und veröffentlichte eine Entgegnung, in der es erklärte, daß auch „wir, das auswärtige Sekretariat, . . . desselben Patriotismus schuldig“ sind; es rief die Redaktion der Zeitung gewissermaßen als Schiedsrichter an und stellte ihr die vollständige deutsche Übersetzung des Aufrufs zur Verfügung. Wir bemerken unsererseits, daß diese Redaktion für das OK stark voreingenommen ist und sein Lob singt. Was hat nun diese für das OK voreingenommene Redaktion erklärt?

„Wir haben inzwischen den in Rede stehenden Aufruf auch gelesen“, schrieb die Redaktion (Nr. 250), „und müssen gestehen, daß sein Wortlaut allerdings Mißverständnisse hervorrufen und dem Ganzen einen Sinn geben kann, der vielleicht den Urhebern des Aufrufes fremd ist.“

Warum haben die OK-Leute in ihrem Sammelband dieses Urteil der Redaktion, die sie selber als Schiedsrichter angerufen haben, nicht veröffentlicht? Weil das ein Urteil von Freunden des OK ist, die sich öffentlich weigerten, das OK zu verteidigen! Die Anmerkung ist mit ausgesuchter, diplomatischer Höflichkeit geschrieben, was besonders den Wunsch der Redaktion unterstreicht, Axelrod und Martow etwas „Angenehmes“ zu sagen. Und es zeigte sich, daß nichts „Angenehmeres“ zu sagen war als: vielleicht (*nur* „vielleicht“!) hat das OK nicht das gesagt, was es sagen wollte; aber das, was es gesagt hat, „kann allerdings Mißverständnisse hervorrufen“!!

Wir empfehlen unseren Lesern dringend, sich mit dem Aufruf des OK bekannt zu machen, der auch im „Listok Bunda“* (Nr. 9) abgedruckt ist. Jedem, der ihn aufmerksam liest, werden die einfachen und klaren Tatsachen auffallen: 1. der Aufruf enthält kein einziges Wort, das jede

* Informationsblatt der Auslandsorganisation des „Bund“. *Der Übers.*

Landesverteidigung in diesem Krieg prinzipiell ablehnt; 2. der Aufruf enthält absolut nichts, was für die „Vaterlandsverteidiger“ oder „Sozialchauvinisten“ grundsätzlich unannehmbar wäre; 3. eine ganze Reihe von Sätzen in dem Aufruf deckt sich genau mit der These von der „Vaterlandsverteidigung“: „das Proletariat kann der herannahenden Vernichtung nicht gleichgültig gegenüberstehen“ (fast buchstäblich dasselbe steht in Nr. 2 des „Rabotscheje Utro“: „das nicht gleichgültige Verhalten“ zur „Rettung des Landes vor der Vernichtung“); „das Proletariat hat ein Lebensinteresse an der Selbsterhaltung des Landes“; eine „Volksrevolution“ muß das Land „vor der Vernichtung von außen“ retten usw. Wer dem Sozialchauvinismus wirklich feindlich gegenübersteht, müßte *anstatt* solcher Phrasen sagen: Die Gutsbesitzer, der Zar und die Bourgeoisie lügen, wenn sie die Aufrechterhaltung der Unterdrückung Polens durch die Großrussen, dessen gewaltsames Festhalten als Selbsterhaltung des Landes bezeichnen; sie lügen, wenn sie mit Phrasen über die Rettung des „Landes“ vor der Vernichtung die Bestrebungen bemänteln, die Großmachtprivilegien zu „retten“, und das Proletariat von den Aufgaben des Kampfes gegen die *internationale* Bourgeoisie ablenken. Gleichzeitig die internationale Solidarität des Proletariats der kriegführenden Länder im imperialistischen Raubkrieg und die Zulässigkeit von Phrasen über die „Rettung vor der Vernichtung“ *eines* dieser Länder anerkennen heißt heucheln, heißt alle seine Erklärungen zu hohlen, verlogenen Deklamationen machen. Denn das heißt die Taktik des Proletariats in Abhängigkeit bringen von der militärischen Lage des betreffenden Landes zum betreffenden Zeitpunkt, wenn dem aber so ist, dann haben auch die deutschen Sozialchauvinisten recht, die helfen, Österreich oder die Türkei „vor der Vernichtung zu retten“.

Das Auslandssekretariat des OK hat in der *deutschsprachigen* sozialdemokratischen Presse (in der Berner Zeitung) noch einen Sophismus vorgebracht, der so schamlos, so plump, so sehr „darauf zugestutzt“ ist, speziell die Deutschen einzufangen, daß die OK-Leute wohlweislich darauf verzichtet haben, diesen Sophismus vor dem russischen Leserpublikum zu wiederholen.

„Wenn es Patriotismus heißen soll“, ergehen sie sich *vor den Deutschen* im Ton edler Entrüstung, „das Proletariat auf die Revolution als einziges Mittel, das Land vor dem Ruin zu retten, hinzuweisen“, so sind

auch wir solche Patrioten. „Wir wünschen der Internationale, möglichst viel solcher ‚Patrioten‘ in jeder sozialistischen Partei zu besitzen, und drücken die Zuversicht aus, daß Liebknecht, Rosa Luxemburg, Merrheim sehr zufrieden sein würden, wenn sie eine genügende Zahl solcher ‚Patrioten‘, die sich an die französischen und deutschen Arbeiter mit *solchen* Aufrufen wandten, um sich sehen würden.“

Der Falschspielertrick ist klar: die fünf Sekretäre wissen sehr wohl, daß in Frankreich und in Deutschland, den Ländern, die der sozialistischen Revolution entgegengehen, nicht die Spur eines *bürgerlichen* revolutionären Geistes, nicht die Spur einer *bürgerlichen* gesellschaftlichen Bewegung vorhanden ist, die die Revolution um des *Sieges über den Feind* willen anstrebt. In Rußland aber ist, gerade weil es einer *bürgerlich-demokratischen* Revolution entgegengeht, eine *solche* Bewegung nachweislich vorhanden. Die fünf Sekretäre betrügen die Deutschen mit dem höchst lächerlichen Sophismus: das OK samt Tschcheidse und Co. könnten keine *revolutionären Chauvinisten* in Rußland sein, denn in Europa sei die Verbindung von Revolutionismus und Chauvinismus absurd!

Ja, in Europa ist das absurd. In Rußland aber ist es eine Tatsache. Ihr könnt den „Prisyw“-Leuten⁴¹ vorwerfen, daß sie schlechte bürgerliche Revolutionäre sind, aber ihr könnt nicht leugnen, daß sie in ihrer Art Chauvinismus mit Revolutionismus vereinigen. Die Julikonferenz der Volkstümler in Rußland⁴², „Nasche Delo“ und „Rabotscheje Utro“ stehen in dieser Hinsicht voll und ganz auf dem Boden der „Prisyw“-Leute, auch bei ihnen gehen Chauvinismus und Revolutionismus Hand in Hand.

Die Fraktion Tschcheidse hat in ihrer Erklärung (S. 141–143 des Sammelbandes des OK) *die gleiche* Position eingenommen. Bei Tschcheidse finden wir dieselben chauvinistischen Phrasen über die „Gefahr der Vernichtung“, und wenn er den imperialistischen Charakter des Krieges, den „Frieden ohne Annexionen“, die „gemeinsamen Aufgaben des gesamten internationalen Proletariats“, den „Kampf um den Frieden“ usw. usf. anerkennt, so wird das ja auch vom „Rabotscheje Utro“ und von den kleinbürgerlichen russischen Volkstümlern anerkannt. Im Sammelband des OK kann man auf S. 146 lesen, daß die kleinbürgerlichen Volkstümler sowohl den imperialistischen Charakter des Krieges anerkannt haben

als auch den „Frieden ohne Annexionen“ und die Pflicht der Sozialisten (die Volkstümler wollen doch, ebenso wie das „Rabotscheje Utro“, als Sozialisten gelten), „die möglichst baldige Wiederherstellung der internationalen Solidarität der sozialistischen Organisation zwecks Beendigung des Krieges anzustreben“ usw. Den kleinbürgerlichen Volkstümlern dienen alle diese Phrasen zur Bemäntelung der Lösung der „nationalen Verteidigung“, die sie direkt aufgestellt haben, während Tschcheidse und das OK wie auch das „Rabotscheje Utro“ dieselbe Losung „Rettung des Landes vor der Vernichtung“ nennen!!

Aus alledem ergibt sich, daß sowohl Tschcheidse als auch das OK mit revolutionären Phrasen um sich werfen, die zu rein gar nichts verpflichten und die praktische Politik der „Prisyw“- und „Nasche-Delo“-Leute rein gar nicht stören, während sie sich *über diese Politik selbst ausschweigen*. Die Mitarbeit in den Kriegsindustriekomitees wird von ihnen so oder so unterstützt.

Weniger Phrasen über Revolution, ihr Herren, mehr Klarheit, Geradlinigkeit und Ehrlichkeit in der praktischen Tagespolitik. Ihr *verspricht*, Revolutionäre zu sein, jetzt aber helft ihr den Chauvinisten, der Bourgeoisie, dem Zarismus dadurch, daß ihr die Beteiligung der Arbeiter an den Kriegsindustriekomitees offen verteidigt oder diejenigen, die daran mitarbeiten, stillschweigend deckt, indem ihr sie nicht bekämpft.

Martow mag zu Kniffen greifen, soviel er will. Trotzki mag noch so gegen unsere Fraktionsmacherei zetern und mit diesem Gezeter (das alte Rezept des Turgenjewschen . . . Helden!⁴³) seine sicherlich unfraktionellen „Erwartungen“ bemänteln, daß jemand aus der Fraktion Tschcheidse mit Trotzki „einverstanden“ sein und auf Radikalismus, Internationalismus usw. schwören werde. Tatsache bleibt Tatsache. Es gibt *keine* Spur eines ernsthaften politischen Unterschieds nicht nur zwischen dem OK und der Fraktion Tschcheidse, sondern auch zwischen diesen beiden Körperschaften und dem „Rabotscheje Utro“ bzw. dem „Prisyw“.

Deshalb gehen sie auch in *Wirklichkeit* alle zusammen, gegen unsere Partei, *für* die bürgerliche Politik der Teilnahme der Arbeiter an den Kriegsindustriekomitees, gemeinsam mit den parteilosen Arbeitern und den Volkstümlern. Die Ausflüchte und Beteuerungen der „Auslandssekretäre“ aber, daß sie „nicht einverstanden“ seien, bleiben leere Phrasen, die

die tatsächliche Politik der Massen ebensowenig berühren, wie die Schwüre der Südekum, Legien und David, daß sie „für den Frieden“ und „gegen den Krieg“ seien, diese nicht vom Chauvinismus reinwaschen.

„Sozial-Demokrat“ Nr. 50,
18. Februar 1916.

Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat“.

ÜBER DEN FRIEDEN OHNE ANNEXIONEN UND DIE UNABHÄNGIGKEIT POLENS ALS TAGESLOSUNGEN IN RUSSLAND

„Pazifismus und abstrakte Friedenspredigt sind eine Form der Irreführung der Arbeiterklasse . . . Eine Friedenspropaganda, die nicht begleitet ist von der Aufrufung der Massen zu revolutionären Aktionen, kann in der gegenwärtigen Zeit nur Illusionen erwecken, das Proletariat dadurch demoralisieren, daß man ihm Vertrauen in die Humanität der Bourgeoisie einflößt, und es zu einem Spielzeug in den Händen der Geheimdiplomatie der kriegführenden Länder machen.“ So lautet die Berner Resolution unserer Partei (siehe Nr. 40 des „Sozial-Demokrat“⁴⁴ und „Sozialismus und Krieg“).*

Die – unter den russischen Emigranten, nicht aber unter den russischen Arbeitern – zahlreichen Gegner unserer Fragestellung über den Frieden haben sich nicht ein einziges Mal die Mühe genommen, diese Thesen zu untersuchen. Theoretisch unwiderlegbar, erhalten sie jetzt, eben infolge der Wendung, welche die Ereignisse in unserem Lande genommen haben, eine besonders anschauliche praktische Bestätigung.

„Rabotscheje Utro“, das Blatt der Petrograder Liquidatoren und Legalisten, das vom Organisationskomitee geistig unterstützt wird, hat bekanntlich gleich in der ersten Nummer den sozialchauvinistischen Standpunkt der „Vaterlandsverteidiger“ eingenommen. Es hat die Manifeste der Petrograder und Moskauer Sozialchauvinisten für die „Vaterlandsverteidigung“ veröffentlicht. In beiden Manifesten kommt unter anderem die Idee des „Friedens ohne Annexionen“ zum Ausdruck, und in Nr. 2 des „Rabotscheje Utro“ wird diese Losung besonders hervorgehoben,

* Siehe Werke, Bd. 21, S. 152; vgl. auch Bd. 21, S. 317. *Die Red.*

kursiv gebracht, als die „Linie“ bezeichnet, „die dem Lande den Ausweg aus der Sackgasse sichert“. Seht – soll das heißen –, welch eine Verleumdung, uns Chauvinisten zu nennen, wo wir doch die höchst „demokratische“, ja „wahrhaft sozialistische“ Losung des „Friedens ohne Annexionen“ vollauf anerkennen!

Zweifellos kommt es Nikolaus dem Blutigen sehr gelegen, daß seine treuen Untertanen jetzt diese Losung aufstellen. Gestützt auf die Gutsbesitzer und die Bourgeoisie, führte der Zarismus die Truppen ins Feld, um Galizien zu plündern und zu unterjochen (ganz zu schweigen von dem Abkommen über die Teilung der Türkei usw.). Die Truppen der ebenso räuberischen deutschen Imperialisten schlugen die russischen Räuber zurück und verdrängten sie nicht nur aus Galizien, sondern auch aus „Russisch-Polen“. (Dabei mußten Hunderttausende russischer und deutscher Arbeiter und Bauern für die Interessen beider Cliques ihr Leben auf den Schlachtfeldern lassen.) Die Losung des „Friedens ohne Annexionen“ erwies sich somit als ein wunderbares „Spielzeug in den Händen der Geheimdiplomatie“ des Zarismus: seht her, uns ist Unrecht geschehen, man hat uns beraubt, man hat uns Polen genommen, wir sind gegen Annexionen!

Wie sehr diese Rolle von Lakaien des Zarismus „nach dem Geschmack“ der Sozialchauvinisten vom „Rabotscheje Utro“ ist, geht besonders aus dem Artikel in Nr. 1 „Die polnische Emigration“ hervor. „Die verflossenen Kriegsmonate“, lesen wir da, „weckten im Bewußtsein breiter Schichten des polnischen Volkes eine tiefe Sehnsucht nach Unabhängigkeit.“ Vor dem Kriege gab es das natürlich nicht!! „Im gesellschaftlichen Bewußtsein breiter Schichten der polnischen Demokratie triumphierte die Masse“ (offensichtlich ein Druckfehler, es muß heißen: die Idee, der Gedanke oder so ähnlich) „der nationalen Unabhängigkeit Polens . . . Vor der russischen Demokratie erhebt sich jetzt unabweisbar in ihrer ganzen Größe die polnische Frage . . .“ Die „russischen Liberalen“ weigern sich, einfache Antworten auf die verdammten Fragen „nach der Unabhängigkeit Polens“ zu geben . . .

Nun, natürlich sind Nikolaus der Blutige, Chwostow, Tschelnokow, Miljukow und Co. durchaus für die Unabhängigkeit Polens, sind sie *jetzt*, wo diese Losung *in der Praxis* die Losung des Sieges über Deutschland bedeutet, das Rußland Polen abgenommen hat, aus ganzer Seele

dafür. Man beachte, daß die Schöpfer der „Stolypinschen Arbeiterpartei“⁴⁵ vor dem Kriege rückhaltlos und uneingeschränkt gegen das Selbstbestimmungsrecht der Nationen und gegen die Freiheit der Losrennung Polens auftraten und zu diesem edlen Zweck der Verteidigung der Unterjochung Polens durch den Zarismus den Opportunisten Semkowski vorschickten. Jetzt, da Polen Rußland abgenommen worden ist, sind sie für die „Unabhängigkeit“ Polens (von Deutschland – das wird bescheiden verschwiegen . . .).

Es wird euch nicht gelingen, die klassenbewußten Arbeiter Rußlands zu betrügen, ihr Herren Sozialchauvinisten! Eure „oktobristische“⁴⁶ Losung von 1915, die Losung der Unabhängigkeit Polens und des Friedens ohne Annexionen, ist in Wirklichkeit Liebedienerei vor dem Zarismus, dem es gerade jetzt, gerade im Februar 1916, sehr zupaß kommt, daß sein Krieg durch ach so hochherzige Reden über einen „Frieden ohne Annexionen“ (Hindenburg aus Polen vertreiben) und über die Unabhängigkeit Polens (von Wilhelm, aber Abhängigkeit von Nikolaus II.) bemäntelt wird.

Ein russischer Sozialdemokrat, der sein Programm nicht vergessen hat, denkt anders. Die russische Demokratie, wird er sagen, wobei er vor allem und am meisten die großrussische Demokratie im Auge hat, denn sie allein genoß in Rußland stets die Freiheit der Sprache, diese Demokratie hat dadurch entschieden *gewonnen*, daß Rußland *jetzt* Polen nicht unterdrückt, es nicht gewaltsam festhält. Für das russische Proletariat ist es entschieden ein Gewinn, daß es eines der Völker nicht unterdrückt, das zu unterdrücken es gestern noch half. Die deutsche Demokratie hat entschieden verloren: solange das deutsche Proletariat die Unterdrückung Polens durch Deutschland duldet, wird seine Lage schlimmer sein als die eines Sklaven; es wird die Lage eines Büttels sein, der hilft, andere in Sklaverei zu halten. Gewonnen haben zweifellos nur die Junker und Bourgeois Deutschlands.

Daraus ergibt sich die Schlußfolgerung: Die russischen Sozialdemokraten müssen aufdecken, daß es ein *Betrug* des Zarismus am Volke ist, wenn *jetzt* in Rußland die Losungen des „Friedens ohne Annexionen“ und der „Unabhängigkeit Polens“ aufgestellt werden, denn diese beiden Losungen bedeuten bei der gegebenen Lage das Bestreben, den Krieg fortzusetzen, und rechtfertigen dieses Bestreben. Wir müssen sagen:

Kein Krieg um Polen! Das russische Volk will nicht von neuem Polens Unterdrücker werden!

Aber wie kann man helfen, Polen von Deutschland zu befreien? Müssen wir denn nicht dabei helfen? Natürlich müssen wir das, aber nicht dadurch, daß wir den imperialistischen Krieg des zaristischen oder auch eines bürgerlichen, ja sogar eines bürgerlich-republikanischen Rußlands unterstützen, sondern indem wir das revolutionäre Proletariat Deutschlands unterstützen, indem wir jene Elemente der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands unterstützen, die gegen die *konterrevolutionäre* Arbeiterpartei der Südekum, Kautsky und Co. kämpfen. Kautsky hat erst vor ganz kurzer Zeit seine konterrevolutionäre Gesinnung besonders anschaulich bewiesen: Am 26. November 1915 bezeichnete er Straßenkundgebungen als „*Abenteuer*“ (wie Struve vor dem 9. Januar 1905 behauptet hatte, daß es in Rußland kein revolutionäres Volk gebe). Am 30. November 1915 aber demonstrierten in Berlin 10 000 Arbeiterinnen!

Jeder, der *nicht heuchlerisch*, nicht à la Südekum, nicht à la Plechanow, nicht à la Kautsky die Freiheit der Völker, das Selbstbestimmungsrecht der Nationen anerkennen will, muß *gegen* den Krieg um die Unterdrückung Polens sein; *für* die Freiheit der Lostrennung jener Völker von Rußland, die *jetzt* von Rußland unterdrückt werden: der Ukraine, Finnlands usw. Jeder, der *nicht in Wirklichkeit* ein Sozialchauvinist sein will, muß ausschließlich jene Elemente der sozialistischen Parteien aller Länder unterstützen, die direkt, unmittelbar, schon jetzt für die proletarische Revolution in ihrem eigenen Lande wirken.

Nicht „Frieden ohne Annexionen“, sondern Friede den Hütten, Krieg den Palästen, Friede dem Proletariat und den Werktätigen, Krieg der Bourgeoisie!

„Sozial-Demokrat“ Nr. 51,
29. Februar 1916.

Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat“.

WILHELM KOLB UND GEORGI PLECHANOW

Die Broschüre des offenerzigen deutschen Opportunisten Wilhelm Kolb „Die Sozialdemokratie am Scheidewege“ (Karlsruhe 1915) erschien gerade zur rechten Zeit nach dem Plechanowschen Sammelband „Der Krieg“. Der Kautskyaner Rudolf Hilferding antwortet Kolb in der „Neuen Zeit“ recht lendenlahm, er verschweigt das Wichtigste und jammert über die wahrheitsgemäße Erklärung Kolbs, daß die Einheit der deutschen Sozialdemokraten nur noch eine „rein formelle“ sei.

Denjenigen, die sich über die Bedeutung des Zusammenbruchs der II. Internationale ernstlich klarwerden wollen, sei empfohlen, Kolbs und Plechanows *ideologischen* Standpunkt zu vergleichen. Beide (wie auch Kautsky) sind sich in der *Hauptsache* einig: in der Ablehnung und Verhöhnung des Gedankens revolutionärer Aktionen in Verbindung mit dem jetzigen Krieg; beide werfen den revolutionären Sozialdemokraten, das beliebte Schlagwort der Plechanowleute gebrauchend, „Defätismus“ vor. Plechanow, der den Gedanken der Revolution in Verbindung mit diesem Krieg als ein „Mittelding zwischen Traum und Farce“ bezeichnet, geifert gegen die „revolutionäre Phraseologie“. Kolb verdammt am laufenden Band die „revolutionäre Phrase“, die „revolutionäre Phantasterei“, die „Radikalinskis“, die „Hysteriker“, das „Sektierertum“ usw. Kolb und Plechanow stimmen in der Hauptsache überein, sie sind beide gegen die Revolution. Und der Umstand, daß Kolb im allgemeinen gegen die Revolution ist, während Plechanow und Kautsky „im allgemeinen dafür“ sind, ist nur ein Unterschied in den Nuancen, in den Worten: in Wirklichkeit sind Plechanow und Kautsky Helfershelfer Kolbs.

Kolb ist ehrlicher, nicht im persönlichen, sondern im politischen Sinne,

d. h., dank seiner konsequenten Haltung braucht er nicht zu heucheln. Deshalb scheut er nicht davor zurück, die Wahrheit zu bekennen, daß die gesamte Internationale, von seinem Standpunkt aus, am „Geist der revolutionären Phantasterei“ gekrankt habe und hinsichtlich des Krieges mit „Drohungen“ aufgetreten sei (mit Drohungen der Revolution, meine Herren Plechanow und Kolb!). Kolb hat recht, wenn er sagt, es sei sinnlos, die kapitalistische Gesellschaft „prinzipiell zu negieren“, nachdem die sozialdemokratischen Parteien Europas für ihre Verteidigung in dem Augenblick eingetreten waren, als der kapitalistische Staat in allen Fugen krachte, als „seine Existenz in Frage gestellt war“. Diese Anerkennung der objektiv revolutionären Situation ist zutreffend.

„Die Folge“ (der Taktik der Anhänger Liebkechts), schreibt Kolb, „wäre ein bis zur Siedehitze gesteigerter *innerer* Kampf unter der deutschen Nation und damit eine militärische und politische Schwächung derselben gewesen“ . . . *zum Vorteil und zum Siege* des „Imperialismus des Dreiverbandes“!! Da haben wir den Kern des opportunistischen Geschreis gegen den „Defätismus“!!

Das ist tatsächlich der Kern der ganzen Frage. Der „bis zur Siedehitze gesteigerte innere Kampf“ ist eben der Bürgerkrieg. Kolb hat recht, die Taktik der Linken *führt* dazu; er hat recht, sie bedeutet die „militärische Schwächung“ Deutschlands, d. h. den Wunsch nach seiner Niederlage und die Mitwirkung dabei, bedeutet Defätismus. Kolb hat nur – nur! – darin unrecht, daß er den internationalen Charakter einer solchen Taktik der Linken nicht sehen will. In allen kriegführenden Ländern ist „ein bis zur Siedehitze gesteigerter innerer Kampf“, die „militärische Schwächung“ der imperialistischen Bourgeoisie und (kraft dessen, in Verbindung damit, mittels dessen) die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg *möglich*. Das ist der Kern der Frage. Wir danken Kolb für seine nützlichen Wünsche, Bekenntnisse und Betrachtungen: wenn all dies vom konsequentesten, ehrlichsten, offenerzigsten Feind der Revolution kommt, so ist es besonders dienlich, um die niederträchtige Heuchelei und die schmachliche Charakterlosigkeit der Plechanow und Kautsky in den Augen der Arbeiter zu entlarven.

DIE SOZIALISTISCHE REVOLUTION UND DAS SELBSTBESTIMMUNGSRECHT DER NATIONEN

(Thesen)

1. IMPERIALISMUS, SOZIALISMUS UND BEFREIUNG DER UNTERDRÜCKTEN NATIONEN

Der Imperialismus ist die höchste Stufe der Entwicklung des Kapitalismus. Das Kapital ist in den fortgeschrittenen Ländern über den Rahmen des Nationalstaates hinausgewachsen; es hat Monopole an Stelle der Konkurrenz gestellt und alle objektiven Voraussetzungen für die Verwirklichung des Sozialismus geschaffen. Deshalb steht in Westeuropa und in den Vereinigten Staaten von Amerika der revolutionäre Kampf des Proletariats um die Niederwerfung der kapitalistischen Regierungen und die Expropriation der Bourgeoisie auf der Tagesordnung. Der Imperialismus erzeugt einen solchen Kampf, indem er die Klassengegensätze ungemein verschärft, die Lage der Massen in ökonomischer Hinsicht – Truists, Teuerung – sowie in politischer Hinsicht verschlimmert, Wachstum des Militarismus, Kriege, Verstärkung der Reaktion, Befestigung und Erweiterung des nationalen Druckes und des kolonialen Raubes verursacht. Der siegreiche Sozialismus muß die volle Demokratie verwirklichen, folglich nicht nur vollständige Gleichberechtigung der Nationen realisieren, sondern auch das Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Nationen durchführen, das heißt das Recht auf freie politische Abtrennung anerkennen. Sozialdemokratische Parteien, die durch ihre ganze Tätigkeit sowohl jetzt als während und nach der Revolution nicht zu beweisen imstande sein werden, daß sie die unterjochten Nationen befreien und ihre eigenen Beziehungen zu denselben auf dem Boden der freien Vereinigung aufbauen werden – eine solche Vereinigung aber würde zur lügnerischen Phrase

ohne die Freiheit der Abtrennung –, derartige Parteien würden Verrat am Sozialismus begehen.

Allerdings ist die Demokratie eine Staatsform, die mit dem Absterben des Staates überhaupt ebenfalls verschwinden muß. Das aber wird erst dann eintreten, wenn der siegreiche Sozialismus dem vollständigen Kommunismus weichen wird.

2. DIE SOZIALISTISCHE REVOLUTION UND DER KAMPF UM DIE DEMOKRATIE

Die sozialistische Revolution ist kein einzelner Akt, keine einzelne Schlacht an einer Front, sondern eine ganze Epoche schärfster Klassenkonflikte, eine lange Reihe von Schlachten an allen Fronten, das heißt in allen Fragen der Ökonomie sowie der Politik, Schlachten, welche nur mit der Expropriation der Bourgeoisie enden können. Es wäre ein großer Irrtum zu glauben, daß der Kampf um die Demokratie imstande wäre, das Proletariat von der sozialistischen Revolution abzulenken oder auch nur diese Revolution in den Hintergrund zu schieben, zu verhüllen und dergleichen. Im Gegenteil, wie der siegreiche Sozialismus, der nicht die vollständige Demokratie verwirklicht, unmöglich ist, so kann das Proletariat, das den in jeder Hinsicht konsequenten, revolutionären Kampf um die Demokratie nicht führt, sich nicht zum Siege über die Bourgeoisie vorbereiten.

Nicht weniger falsch wäre es, einen der Punkte des demokratischen Programms, so zum Beispiel das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, fallenzulassen, und zwar auf Grund seiner angeblichen „Undurchführbarkeit“ oder seines „illusorischen“ Charakters wegen in der imperialistischen Epoche. Die Behauptung, das Selbstbestimmungsrecht der Nationen sei im Rahmen des Kapitalismus undurchführbar, kann entweder im absoluten ökonomischen oder relativen politischen Sinne aufgefaßt werden.

Im ersten Sinne ist diese Behauptung theoretisch grundfalsch. In diesem Sinne ist im Rahmen des Kapitalismus etwa das „Arbeitsgeld“ oder die Abschaffung der Krisen und dergleichen mehr undurchführbar. Aber es ist falsch, daß das Selbstbestimmungsrecht der Nationen *genauso* undurchführbar sei. Zweitens würde selbst das einzige Beispiel der Abtren-

nung Norwegens von Schweden im Jahre 1905 genügen, um die „Undurchführbarkeit“ in diesem Sinne zu widerlegen. Drittens wäre es lächerlich zu bestreiten, daß bei einer kleinen Veränderung der gegenseitigen politischen und strategischen Beziehungen, zum Beispiel Deutschlands und Englands, heute oder morgen die Konstituierung neuer Staaten – etwa eines polnischen, indischen und ähnlichen – „durchführbar“ sei. Viertens korrumpierte das Finanzkapital in seinem Streben nach Expansion die „freieste“ demokratische und republikanische Regierung und die gewählten Beamten eines beliebigen, wenn auch „unabhängigen“ Landes, und wird sie auch künftig „frei“ korrumpieren.

Die Herrschaft des Finanzkapitals, wie des Kapitals überhaupt, ist durch *keinerlei* Umgestaltungen auf dem Gebiete der politischen Demokratie zu beseitigen. Und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen liegt ganz und ausschließlich auf diesem Gebiete. Aber diese Herrschaft des Finanzkapitals hebt nicht im mindesten die Bedeutung der politischen Demokratie als einer freieren, weiteren und klareren Form der Klassenunterdrückung und der Klassenkämpfe auf. Daher führen alle Ausführungen über die „Undurchführbarkeit“ im ökonomischen Sinne einer der Forderungen der politischen Demokratie unter dem Kapitalismus zu einer theoretisch falschen Definition der allgemeinen und grundlegenden Beziehungen des Kapitalismus zur politischen Demokratie überhaupt.

Im zweiten Falle ist diese Behauptung unvollständig und ungenau. Denn nicht nur das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, sondern *alle* grundlegenden Forderungen der politischen Demokratie sind beim Imperialismus nur unvollständig, verstümmelt und als eine seltene Ausnahme (zum Beispiel die Abtrennung Norwegens von Schweden im Jahre 1905) „durchführbar“. Die Forderung der sofortigen Befreiung der Kolonien, die von allen revolutionären Sozialdemokraten aufgestellt wird, ist ebenfalls beim Kapitalismus ohne eine Reihe von Revolutionen „undurchführbar“. Aber daraus folgt keinesfalls der Verzicht der Sozialdemokratie auf den sofortigen und entschiedenen Kampf für *alle* diese Forderungen. Das wäre ja nur in die Hand der Bourgeoisie und Reaktion gespielt. Ganz im Gegenteil, man muß alle diese Forderungen nicht reformistisch, sondern entschieden revolutionär formulieren, sich nicht auf den Rahmen der bürgerlichen Legalität beschränken, sondern diesen Rahmen zerbrechen, sich nicht mit dem parlamentarischen Auftreten und

äußerlichen Protesten begnügen, sondern die Massen mit in den aktiven Kampf hineinziehen, den Kampf um jede demokratische Forderung bis zum direkten Ansturm des Proletariats auf die Bourgeoisie verbreiten und anfachen, das heißt ihn zur sozialistischen Revolution, die die Bourgeoisie expropriert, führen. Die sozialistische Revolution kann nicht nur aus einem großen Streik oder einer Straßendemonstration oder einem Hungeraufstand, einer Militärempörung oder einer Meuterei in den Kolonien, sondern aus einer beliebigen politischen Krise, wie der Dreyfus-Affäre⁴⁷ oder dem Zaberninzident⁴⁸, oder im Zusammenhang mit dem Referendum in der Frage der Abtrennung der unterdrückten Nationen und ähnlichem mehr aufflammen.

Die Verstärkung der nationalen Unterjochung in der Ära des Imperialismus bedingt für die Sozialdemokraten nicht den Verzicht auf den „utopischen“, wie ihn die Bourgeoisie bezeichnet, Kampf für die Freiheit der Abtrennung der Nationen, sondern ganz im Gegenteil eine verstärkte Ausnutzung aller Konflikte, die *auch* auf diesem Boden entstehen, als Veranlassung für Massenaktionen und revolutionäre Kämpfe gegen die Bourgeoisie.

3. DIE BEDEUTUNG DES SELBSTBESTIMMUNGSRECHTS DER NATIONEN UND SEINE BEZIEHUNG ZUR FÖDERATION

Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen bedeutet ausschließlich das Recht auf Unabhängigkeit im politischen Sinne, auf die Freiheit der politischen Abtrennung von der unterdrückenden Nation. Konkret bedeutet diese Forderung der politischen Demokratie die volle Freiheit der Agitation für die Abtrennung und die Lösung der Frage über die Abtrennung durch das Referendum der betreffenden, d. h. der unterdrückten Nation, so daß diese Forderung nicht der Forderung der Abtrennung, der Zerstückelung, der Bildung kleiner Staaten gleich ist. Sie ist nur ein folgerichtiger Ausdruck für den Kampf gegen jegliche nationale Unterjochung. Je mehr die demokratische Organisation des Staates bis zur vollständigen Freiheit der Abtrennung ausgestaltet ist, desto seltener und schwächer wird in der Praxis das Bestreben nach Abtrennung sein, denn die Vorteile der großen Staaten sind sowohl vom Standpunkt des ökonomischen

mischen Fortschritts als auch von demjenigen der Interessen der Massen zweifellos, wobei diese Vorteile mit dem Kapitalismus steigen. Die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts ist nicht gleichbedeutend mit der Anerkennung des Prinzips der Föderation. Man kann ein entschiedener Gegner dieses Prinzips, ein Anhänger des demokratischen Zentralismus sein, aber der nationalen Nichtgleichberechtigung die Föderation als den einzigen Weg zum vollständigen demokratischen Zentralismus vorziehen.

Eben von diesem Standpunkt aus zog der Zentralist Marx sogar die Föderation zwischen Irland und England der Gewaltunterjochung Irlands durch England vor.⁴⁹

Das Ziel des Sozialismus ist nicht nur Aufhebung der Kleinstaaterei und jeder Absonderung von Nationen, nicht nur Annäherung der Nationen, sondern auch ihre Verschmelzung. Und eben, um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir einerseits die Massen über den reaktionären Charakter der Idee von Renner und Bauer (sogenannte „national-kulturelle Autonomie“)⁵⁰ aufklären, andererseits aber die Befreiung der unterdrückten Nationen nicht in allgemeinen weitschweifigen Phrasen, nicht in nichtssagenden Deklamationen, nicht in der Form der Vertröstung auf den Sozialismus, sondern in einem klar und präzise formulierten politischen Programm fordern, und zwar in spezieller Bezugnahme auf die Feigheit und Heuchelei der „Sozialisten“ der unterdrückenden Nationen. Wie die Menschheit zur Abschaffung der Klassen nur durch die Übergangsperiode der Diktatur der unterdrückten Klasse kommen kann, so kann sie zur unvermeidlichen Verschmelzung der Nationen nur durch die Übergangsperiode der völligen Befreiung, das heißt Abtrennungsfreiheit aller unterdrückten Nationen kommen.

4. DIE PROLETARISCHE, REVOLUTIONÄRE FRAGESTELLUNG DES SELBSTBESTIMMUNGSRECHTS DER NATIONEN

Nicht nur die Forderung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen, sondern *alle* Punkte unseres demokratischen Minimalprogramms wurden noch im 17. und 18. Jahrhundert von dem Kleinbürgertum aufgestellt. Und das Kleinbürgertum stellt sie *alle* jetzt noch utopisch auf. Es beachtet

den Klassenkampf und seine Verstärkung unter dem Regime der Demokratie nicht, es glaubt an den „friedlichen Kapitalismus“. Genauso ist die das Volk irreführende Utopie der friedlichen Vereinigung der gleichberechtigten Nationen beim Imperialismus, die von den Kautskyanern verteidigt wird.

Als Gegengewicht zu dieser spießbürgerlichen opportunistischen Utopie muß das Programm der Sozialdemokratie als das Grundlegende, Wesentliche und Unvermeidliche beim Imperialismus die Einteilung der Nationen in unterdrückte und unterdrückende hervorheben.

Das Proletariat der unterdrückenden Nationen kann sich mit den allgemeinen, schablonenhaften, von jedem Pazifisten wiederholten Phrasen gegen Annexionen und für die Gleichberechtigung der Nationen überhaupt nicht begnügen. Das Proletariat kann nicht an der für die imperialistische Bourgeoisie besonders „unangenehmen“ Frage der Grenzen des Staates, die auf nationaler Unterjochung beruhen, stillschweigend vorbeigehen. Es kann sich des Kampfes gegen die gewaltsame Zurückhaltung der unterjochten Nationen in den Grenzen des vorhandenen Staates nicht enthalten, und eben dies heißt für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen kämpfen. Das Proletariat muß die Freiheit der politischen Abtrennung der von „seiner“ Nation unterdrückten Kolonien und Nationen fordern. Andernfalls wird der Internationalismus des Proletariats zu leeren Worten; weder Vertrauen noch Klassensolidarität unter den Arbeitern der unterdrückten und der unterdrückenden Nation sind möglich; die Heuchelei der reformistischen und Kautskyschen Vertreter des Selbstbestimmungsrechts, die sich über die von „ihren eigenen Nationen“ unterdrückten und in „ihrem eigenen“ Staate gewaltsam zurückgehaltenen Nationen ausschweigen, bleibt dabei immer noch unentlarvt.

Andererseits müssen die Sozialisten der unterdrückten Nationen auf die vollständige und bedingungslose, auch organisatorische Einheit der Arbeiter der unterdrückten Nation mit denen der unterdrückenden Nation besonders bestehen und sie ins Leben rufen. Ohne dies ist es unmöglich, auf der selbständigen Politik des Proletariats sowie auf seiner Klassensolidarität mit dem Proletariat der andern Länder bei all den verschiedenen Streichen, Verrätereien und Gaunereien der Bourgeoisie zu bestehen. Denn die Bourgeoisie der unterdrückten Nationen mißbraucht beständig die Losungen der nationalen Befreiung, um die Arbeiter zu betrügen: in

der inneren Politik benutzt sie diese Losungen zur reaktionären Verständigung mit der Bourgeoisie der herrschenden Nation (zum Beispiel die Polen in Österreich und Rußland, die eine Abmachung mit der Reaktion treffen zur Unterdrückung der Juden und Ukrainer); in der äußeren Politik bemüht sie sich, sich mit einer der wetteifernden imperialistischen Regierungen zu verständigen, um ihre räuberischen Ziele zu verwirklichen (die Politik der kleinen Balkanstaaten u. a. m.).

Die Tatsache, daß der Kampf gegen eine imperialistische Regierung für die nationale Freiheit unter bestimmten Bedingungen von einer andern „Großmacht“ für ihre ebenfalls imperialistischen Ziele ausgenutzt werden kann, kann die Sozialdemokratie ebensowenig bewegen, auf die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen zu verzichten, wie die mehrfachen Fälle der Ausnutzung der republikanischen Losungen durch die Bourgeoisie in ihrer politischen Betrügerei und Finanzräuberei zum Beispiel in romanischen Ländern die Sozialdemokratie auf ihren Republikanismus zu verzichten bewegen können.*

5. MARXISMUS UND PROUDHONISMUS IN DER NATIONALFRAGE

Im Gegensatz zu den kleinbürgerlichen Demokraten sah Marx in allen demokratischen Forderungen ausnahmslos nicht etwas Absolutes, sondern

* Selbstverständlich ist es ganz lächerlich, das Selbstbestimmungsrecht darum abzulehnen, weil daraus angeblich die Anerkennung der „Vaterlandsverteidigung“ hervorgehen muß. Mit demselben Recht – das heißt mit demselben Unrecht – berufen sich die Sozialchauvinisten in den Jahren 1914–1916, um die „Vaterlandsverteidigung“ zu rechtfertigen, auf jede beliebige Forderung der Demokratie (zum Beispiel die der Republik) oder auf jede beliebige Formulierung des Kampfes gegen die nationale Unterdrückung. Der Marxismus lehnt die Vaterlandsverteidigung im imperialistischen Kriege 1914 bis 1916 auf Grund einer konkret-historischen Analyse der Bedeutung dieses Krieges ab, und nicht ausgehend von einem „allgemeinen Prinzip“ oder einem einzelnen Programmpunkt. Ebenso hat der Marxismus, auf Grund einer solchen Analyse, in Europa die Landesverteidigung zum Beispiel in solchen Kriegen wie denen der Großen Französischen Revolution oder der Garibaldianer anerkannt.

einen historischen Ausdruck des von der Bourgeoisie geleiteten Kampfes der Volksmassen gegen den Feudalismus. Es gibt keine der demokratischen Forderungen, die nicht unter bestimmten Umständen als Werkzeug des Betruges gegen die Arbeiter von seiten der Bourgeoisie dienen konnte oder gedient hätte. Daher wäre es theoretisch grundsätzlich falsch, eine der politischen Forderungen der Demokratie, nämlich das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, in dieser Hinsicht auszusondern und den übrigen Forderungen entgegenzustellen. In der Praxis kann das Proletariat nur dann seine Selbständigkeit bewahren, wenn es den Kampf für alle demokratischen Forderungen, die Republik nicht ausgenommen, dem revolutionären Kampf für die Niederwerfung der Bourgeoisie unterordnet. Andererseits, im Gegensatz zu den Proudhonisten, die das nationale Problem „im Namen der sozialen Revolution“ verneinten, hob Marx in erster Linie, indem er hauptsächlich die Interessen des Klassenkampfes des Proletariats in den fortgeschrittenen Ländern im Auge hatte, das grundlegende Prinzip des Internationalismus und des Sozialismus hervor: Nie kann ein Volk, das andre Völker unterdrückt, frei sein.⁵¹

Eben vom Standpunkt des Interesses der revolutionären Bewegung der deutschen Arbeiter forderte Marx im Jahre 1848, daß die siegreiche Demokratie Deutschlands die Freiheit der von den Deutschen unterjochten Völker verkünden und verwirklichen solle.⁵² Eben vom Standpunkt des revolutionären Kampfes der englischen Arbeiter forderte Marx im Jahre 1869 die Abtrennung Irlands von England, wobei er hinzufügte: „obgleich nach der Trennung *Föderation* kommen mag“⁵³. Nur durch die Aufstellung einer solchen Forderung erzog Marx die Arbeiter Englands im wirklich internationalen Geiste. Nur auf diese Weise konnte er den Opportunisten und dem bürgerlichen Reformismus, der bis heute, nach Ablauf eines halben Jahrhunderts, diese irländische „Reform“ nicht verwirklicht hat, eine revolutionäre Lösung der gegebenen historischen Aufgabe entgegenstellen. Nur so war Marx imstande, im Gegensatz zu den Verteidigern des Kapitals, welche die Freiheit der Abtrennung der kleinen Nationen als eine Utopie und als undurchführbar erklärten und nicht nur die ökonomische, sondern auch die politische Konzentration als fortschrittlich bezeichneten, die Fortschrittlichkeit dieser Konzentration *nicht* imperialistisch zu vertreten. Nur so war er imstande, die

Annäherung der Nationen nicht auf dem Wege der Vergewaltigung, sondern der freien Vereinigung der Proletarier aller Länder zu verteidigen. Nur so war es Marx möglich, der äußerlichen, oft heuchlerischen Anerkennung der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechts der Nationen den revolutionären Kampf der Massen *auch* auf dem Gebiete der nationalen Frage entgegenzustellen.

Der imperialistische Krieg der Jahre 1914–1916 und der durch ihn aufgedeckte Augiasstall von Heuchelei der Opportunisten und Kautskyaner haben aufs anschaulichste die Richtigkeit dieser Politik von Marx bewiesen. Diese Politik soll als Muster für alle fortgeschrittenen Länder gelten, denn jedes von ihnen unterdrückt jetzt fremde Nationen.*

6. DREI TYPEN VON LÄNDERN IN BEZUG AUF DAS SELBSTBESTIMMUNGSRECHT DER NATIONEN

Es sind drei Haupttypen von Ländern in dieser Hinsicht zu unterscheiden:

I. Die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder Westeuropas und die Vereinigten Staaten von Amerika. Die bürgerlich-fortschrittliche nationale Bewegung ist hier längst beendet. Jede dieser „großen“ Mächte unterdrückt fremde Nationen in den Kolonien sowie im eigenen Lande. Die Aufgaben des Proletariats der herrschenden Nationen sind hier eben

* Oft wird behauptet – zum Beispiel letzthin von dem deutschen Chauvinisten Lensch in Nr. 8 und 9 der „Glocke“⁵⁴ –, daß das negative Verhalten von Marx zur Nationalbewegung einiger Völker, wie zum Beispiel zur Bewegung der Tschechen im Jahre 1848, die Unnötigkeit des Anerkennens des Selbstbestimmungsrechts vom Standpunkt des Marxismus beweise. Das ist aber falsch. Denn im Jahre 1848 waren ebenso historische wie politische Gründe vorhanden, um zwischen „reaktionären und revolutionären demokratischen“ Nationen zu unterscheiden. Marx hatte recht, als er die ersten verurteilte und für die zweiten Partei ergriff.⁵⁵ Das Selbstbestimmungsrecht ist eine der Forderungen der Demokratie, die natürlich dem Kriterium der *Gesamtinteressen* der Demokratie unterliegt. In den Jahren 1848 und den folgenden forderten diese Gesamtinteressen in erster Linie den Kampf gegen den Zarismus.

dieselben, wie sie im 19. Jahrhundert in England in bezug auf Irland waren.*

II. Osteuropa: Österreich, der Balkan und insbesondere Rußland. Hier hat das 20. Jahrhundert besonders die bürgerlich-demokratischen nationalen Bewegungen entwickelt und den nationalen Kampf verschärft. Das Proletariat dieser Länder kann die Aufgaben der konsequenten Durchführung der bürgerlich-demokratischen Revolution nicht erfüllen und den sozialistischen Revolutionen der anderen Länder nicht beistehen, ohne das Selbstbestimmungsrecht der Nationen zu verteidigen. Besonders schwierig und wichtig ist hier die Aufgabe der Verschmelzung des Klassenkampfes der Arbeiter der unterdrückten und der der unterdrückenden Nationen.

III. Die Halbkolonien, wie China, Persien, die Türkei, und alle Kolonien mit einer Bevölkerung von zirka 1000 Millionen Menschen. Die bürgerlich-demokratischen Bewegungen sind hier teilweise kaum im Anfangsstadium, teilweise noch lange nicht beendet. Die Sozialisten haben nicht nur die bedingungslose und sofortige Befreiung der Kolonien zu fordern – diese Forderung bedeutet aber politisch nichts anderes als die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen –, sondern sie

* In einigen Kleinstaaten, die am Kriege 1914–1916 nicht beteiligt sind, wie zum Beispiel Holland und die Schweiz, nutzt die Bourgeoisie energisch die Losung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen aus, um die Teilnahme an dem jetzigen imperialistischen Kriege zu rechtfertigen. Das ist einer der Beweggründe, die der Sozialdemokratie solcher Länder zur Ablehnung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen Anstoß gaben. Die richtige proletarische Politik, nämlich die Ablehnung der „Vaterlandsverteidigung“ im imperialistischen Kriege, rechtfertigen sie mit Hilfe unrichtiger Argumente. Man erhält in der Theorie eine Verstümmelung des Marxismus und in der Praxis eine Art *kleinstaatlicher Beschränktheit*, die Ignorierung von *Hundertern von Millionen* einer Bevölkerung, die von großstaatlichen Nationen unterjocht sind. Genosse Gorter hat unrecht, wenn er in seiner prächtigen Broschüre „Der Imperialismus, der Weltkrieg und die Sozialdemokratie“ das Prinzip des Selbstbestimmungsrechts ablehnt. Aber praktisch *wendet* er ganz richtig eben dieses Prinzip an, wenn er die *sofortige* „politische und nationale Unabhängigkeit“ Niederländisch-Indiens fordert und die holländischen Opportunisten dafür geißelt, daß sie auf die Aufstellung dieser Forderung und auf den Kampf für dieselbe verzichten.

müssen auch revolutionäre Elemente in den bürgerlich-demokratischen nationalen Befreiungsbewegungen in diesen Ländern entschieden unterstützen und ihrer Auflehnung, ihren Aufständen, respektive ihrem revolutionären Kriege *gegen* die sie unterjochenden imperialistischen Staaten beistehen.

7. DER SOZIALCHAUVINISMUS UND DAS SELBSTBESTIMMUNGSRECHT DER NATIONEN

Die imperialistische Epoche und der Krieg 1914–1916 haben die Aufgabe des Kampfes gegen den Chauvinismus und Nationalismus in den fortgeschrittenen Ländern besonders hervorgehoben. In bezug auf die Frage des Selbstbestimmungsrechts der Nationen gibt es zwei Hauptschattierungen unter den Sozialchauvinisten, das heißt den Opportunisten und Kautskyanern, die den imperialistischen, reaktionären Krieg durch den Begriff der „Vaterlandsverteidigung“ zu beschönigen suchen.

Einerseits sehen wir die direkten Diener der Bourgeoisie, welche die Annexionen verteidigen, weil der Imperialismus und die politische Konzentration fortschrittlich seien, und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen ablehnen, weil es utopisch, illusorisch, spießbürgerlich usw. sei. Dazu gehören: Cunow, Lensch, Parvus und die äußersten Opportunisten in Deutschland, ein Teil der Fabier und Führer der Trade-Unions in England, in Rußland die Opportunisten Semkowski, Libman, Jurkewitsch u. a. m., die gegen das Selbstbestimmungsrecht auftreten und so die alten Annexionen des Zarismus (Finnland etc.) verteidigen.

Andererseits sehen wir die Kautskyaner, zu denen auch Vandervelde, Renaudel und mehrere Pazifisten Englands und Frankreichs gehören. Sie treten ein für die Einheit mit den ersteren und unterscheiden sich von diesen in der Praxis nicht, da sie das Selbstbestimmungsrecht der Nationen nur äußerlich und heuchlerisch verteidigen. Sie finden, „es sei zuviel verlangt“ (Kautsky, „Die Neue Zeit“, 16. IV. 15), wenn man die Forderung der Freiheit der politischen Abtrennung aufstellt; sie bestehen nicht auf der Notwendigkeit der revolutionären Taktik der Sozialisten gerade der unterdrückenden Nationen, ganz im Gegenteil, sie vertuschen deren revolutionäre Pflichten, rechtfertigen ihren Opportunismus, erleichtern ihren Betrug an den Völkern, vermeiden gerade die Frage der *Grenzen*

des Staates, der die nichtgleichberechtigten Nationen gewaltsam unter seiner Herrschaft zurückhält, usw.

Die einen wie die andern sind die gleichen Opportunisten, die den Marxismus prostituieren, indem sie jede Fähigkeit, die theoretische Bedeutung und praktische Unentbehrlichkeit der Taktik von Marx, die durch das Beispiel Irlands erläutert wurde, zu begreifen, verloren haben.

Was die Annexionen anbetrifft, so ist diese Frage im Zusammenhang mit dem Krieg besonders aktuell geworden. Aber was bedeutet eigentlich Annexion? Es ist leicht, sich davon zu überzeugen, daß jeder Protest gegen Annexionen nichts anderes als entweder die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen bedeutet oder eine leere pazifistische Phrase ist, die den Status quo verteidigt und *jede* Gewalt, sei sie auch revolutionärer Natur, verabscheut. Ähnliche Phrasen sind grundsätzlich falsch und mit dem Marxismus unvereinbar.

8. DIE KONKRETEN AUFGABEN DES PROLETARIATS IN DER NÄCHSTEN ZUKUNFT

Die sozialistische Revolution kann in der nächsten Zukunft beginnen. In diesem Falle wäre die sofortige Aufgabe des Proletariats: die Erämpfung der politischen Macht, die Expropriation der Banken und die Verwirklichung anderer diktatorischer Maßregeln. Die Bourgeoisie – und besonders die Intelligenz vom Typus der Fabier und Kautskyaner – wird sich bemühen, die Revolution in solch einem Augenblick zu zerstückeln und zu bremsen, indem sie ihr beschränkte demokratische Ziele vorschreiben wird. Wenn *alle* rein demokratischen Forderungen imstande sind, beim schon beginnenden Ansturm der Proletarier gegen die Grundlagen der Macht der Bourgeoisie der Revolution im gewissen Sinne im Wege zu stehen, so wird die Notwendigkeit, die Freiheit *aller* unterjochten Völker (das heißt das Selbstbestimmungsrecht) zu verkünden und zu verwirklichen, ebenso aktuell während der sozialistischen Revolution, wie sie es für den Sieg der bürgerlich-demokratischen Revolution war, zum Beispiel in Deutschland im Jahre 1848 oder in Rußland im Jahre 1905.

Möglicherweise werden aber bis zum Beginn der sozialistischen Revolution noch 5, 10 oder noch mehr Jahre verfließen. Es wird auf der Tagesordnung eine solche revolutionäre Erziehung der Massen stehen, die die Zugehörigkeit der Sozialchauvinisten und Opportunisten zur Arbeiterpartei, ebenso wie deren Sieg, ähnlich wie in den Jahren 1914–1916, unmöglich machen wird.

Die Sozialisten werden den Massen zu erklären haben, daß die Sozialisten Englands, welche die Freiheit der Abtrennung der Kolonien sowie Irlands nicht fordern, die Sozialisten Deutschlands, welche ebenfalls die Freiheit der Abtrennung der Kolonien sowie Elsaß-Lothringens, der Polen und der Dänen nicht fordern, die unmittelbare revolutionäre Propaganda und revolutionäre Massenaktion gegen die nationale Unterdrückung nicht verbreiten und solche Vorkommnisse wie den Zaberninzident nicht zur breitesten illegalen Propaganda unter dem Proletariat der unterdrückenden Nation, zu Straßendemonstrationen und revolutionären Massenaktionen ausnutzen, die Sozialisten Rußlands, welche die Freiheit der Abtrennung Finnlands, Polens, der Ukraine u. a. nicht verlangen, usw. – daß solche Sozialisten als Chauvinisten, als Lakaien der von Blut und Schmutz triefenden imperialistischen Monarchien und imperialistischen Bourgeoisie handeln.

9. DIE STELLUNGNAHME DER RUSSISCHEN UND POLNISCHEN SOZIALDEMOKRATIE UND DER ZWEITEN INTERNATIONALE ZUM SELBSTBESTIMMUNGSRECHT DER NATIONEN

Die Meinungsverschiedenheiten unter den revolutionären Sozialdemokraten Rußlands und Polens in der Frage des Selbstbestimmungsrechts der Nationen traten schon im Jahre 1903 auf dem Parteitag hervor, auf dem das Programm der SDAP Rußlands angenommen wurde und gegen die Proteste der Delegierten der polnischen Sozialdemokratie auch der Paragraph 9 des Programms angenommen wurde, der das Selbstbestimmungsrecht der Nationen formuliert. Seither wurde von den Vertretern der polnischen Sozialdemokratie nie die Forderung wiederholt, den Paragraphen 9 aus dem Programm zu entfernen oder ihn irgendwie anders zu

formulieren. In Rußland, wo zu den unterjochten Nationen nicht weniger als 57 Prozent der Gesamtbevölkerung (mehr als 100 Millionen) gehören, wo diese Nationen hauptsächlich die Grenzgebiete des Staates bewohnen, wo ein Teil dieser Nationen sich oft auf einer höheren Stufe der Kultur befindet als die Großrussen, wo die politischen Verhältnisse besonders barbarisch sind und nicht selten an das Mittelalter erinnern, wo die bürgerlich-demokratische Revolution noch nicht vollendet ist – in Rußland ist die Anerkennung des Rechts der vom Zarismus unterjochten Nationen auf die Freiheit der Abtrennung von Rußland für die Sozialdemokratie, ihrer demokratischen und sozialistischen Aufgaben wegen, eine bedingungslose Pflicht. Unsere Partei, die im Januar 1912 wiederaufgebaut worden ist, hat im Jahre 1913 eine Resolution⁵⁶ angenommen, die das Selbstbestimmungsrecht der Nationen wiederholt und es gerade im obenerwähnten Sinne erläutert.

Die Entfaltung des großrussischen Chauvinismus unter der Bourgeoisie sowie unter den opportunistischen Sozialisten (Rubanowitsch, Plechanow, „Nasche Delo“ u. a. m.) in den Jahren 1914–1916 veranlaßt uns, um so mehr auf dieser Forderung zu bestehen und gleichzeitig zu erklären, daß diejenigen, die diese Forderung ablehnen, praktisch den Chauvinismus der Großrussen sowie den Zarismus unterstützen. Unsere Partei erklärt, daß sie für ein solches Auftreten gegen das Selbstbestimmungsrecht jedwede Verantwortung *aufs entschiedenste ablehnt*.

In der neuesten Formulierung der Position der polnischen Sozialdemokratie in der Nationalfrage (Erklärung auf der Zimmerwalder Konferenz) sind folgende Gedanken enthalten:

Diese Erklärung geißelt die deutsche usw. Regierung, weil sie die „polnischen Länder“ wie ein Pfand im künftigen Spiel der Kompensationen behandeln, „ohne dem polnischen Volk die Entscheidung über seine Geschicke einzuräumen“. „Die polnische Sozialdemokratie legt den entschiedensten und feierlichsten Protest ein *gegen dieses Zerschneiden und Zerfleischen eines ganzen Landes*.“ Sie geißelt die Sozialisten, welche den Hohenzollern . . . „*die Erlösung der unterdrückten Völker übertragen*“. Sie spricht die Überzeugung aus, daß nur die Teilnahme an diesem bevorstehenden Kampf des revolutionären internationalen Proletariats um den Sozialismus „*die Fesseln der nationalen Unterdrückung sprengen und jede Fremdherrschaft aufheben wird, dem polnischen Volke*

die Möglichkeit einer freien, allseitigen Entwicklung als einem *gleichberechtigten* Glied in der Internationale der Völker sichern wird“. Sie erkennt den Krieg „für die Polen“ als „*doppelt* brudermörderischen“ (Bulletin der ISK Nr. 2, 27. IX. 1915, Bern, S. 15).

Von der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts unterscheiden sich diese von uns unterstrichenen Sätze im Grunde genommen nicht. Sie leiden nur an einer größeren Weitschweifigkeit und Unbestimmtheit der politischen Formulierungen als die Mehrzahl der Programme und Resolutionen der zweiten Internationale.

Jeder Versuch, diese Gedanken politisch klar zu formulieren und ihre Anwendung auf die kapitalistische oder auch nur sozialistische Ordnung zu bestimmen, wird die Irrigkeit der Ablehnung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen von seiten der polnischen Sozialdemokratie noch anschaulicher beweisen.

Der Beschluß des Londoner internationalen sozialistischen Kongresses im Jahre 1896, der das Selbstbestimmungsrecht der Nationen anerkennt, muß auf Grund der oben aufgestellten Thesen ergänzt werden, mit dem Hinweis 1. auf die besondere Unentbehrlichkeit dieser Forderung unter der Herrschaft des Imperialismus; 2. auf die historische Bedingtheit und den Klassencharakter aller Forderungen der politischen Demokratie, der vorliegenden nicht ausgenommen; 3. auf die Notwendigkeit, die konkreten Aufgaben der Sozialdemokratie der unterdrückenden Nationen von denen der Sozialdemokratie der unterdrückten zu unterscheiden; 4. auf die inkonsequente, rein äußerliche und infolgedessen in ihrer politischen Bedeutung heuchlerische Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen von seiten der Opportunisten und Kautskyaner; 5. auf die tatsächliche Ähnlichkeit zwischen den Chauvinisten und denjenigen Sozialdemokraten, besonders der Nationen der „Großmächte“ (Großrussen, Anglo-Amerikaner, Deutsche, Franzosen, Italiener, Japaner u. a.), die nicht auf der Freiheit der Abtrennung der Kolonien und Nationen bestehen, welche von „ihren“ Nationen unterdrückt werden; 6. auf die Notwendigkeit, den Kampf für diese sowie für alle grundlegenden Forderungen der politischen Demokratie dem unmittelbaren revolutionären Massenkampf für die Beseitigung der kapitalistischen Ordnung und für die Verwirklichung des Sozialismus unterzuordnen.

Der Kampf der Sozialdemokratie der kleinen Nationen, insbesondere

der polnischen Sozialdemokratie, gegen die das Volk betrügenden nationalistischen Losungen ihrer Bourgeoisie führte sie zur Ablehnung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen.

Die Übertragung dieses Standpunktes auf die gesamte Internationale wäre theoretisch falsch; es hieße den Proudhonismus an Stelle des Marxismus setzen und wäre eine unbewußte Unterstützung des gefährlichsten Chauvinismus und Opportunismus der großstaatlichen Nationen.

*Die Redaktion des „Sozial-Demokrat“,
Zentralorgan der Sozialdemokratischen
Arbeiterpartei Rußlands*

Postskriptum. In der soeben erschienenen „Neuen Zeit“ vom 3. März 1916 reicht Kautsky dem Vertreter des schmutzigsten deutschen Chauvinismus, Austerlitz, offen die christliche Versöhnungshand, indem er für das habsburgische Österreich die Freiheit der Abtrennung der unterdrückten Nationen ablehnt, für *Russisch*-Polen aber, um Hindenburg und Wilhelm II. einen Lakaiendienst zu erweisen, anerkennt. Eine bessere Selbstentlarvung des Kautskysmus könnte man sich schwerlich wünschen!

Geschrieben Januar–Februar 1916.

*In deutscher Sprache veröffentlicht
im April 1916 in der Zeitschrift
„Vorboten“ Nr. 2.*

*In russischer Sprache veröffentlicht
im Oktober 1916 im „Sbornik Sozial-
Demokrata“ (Sammelband des „Sozial-
Demokrat“) Nr. 1.*

*Nach dem Text des „Vorboten“,
verglichen mit dem Text des
„Sbornik Sozial-Demokrata“.*

BRIEF
DES KOMITEES DER AUSLANDSORGANISATION
AN DIE SEKTIONEN DER SDAPR

Werte Genossen! In der kürzlich erschienenen Nr. 25 (der *zweiten* während des Krieges) der „Gazeta Robotnicza“⁵⁷, des Organs der *Opposition* in der Polnischen Sozialdemokratie, sind die bereits im *Juni* 1915 von ihrer Beratung (der Beratung des Redaktionskollegiums) angenommenen Resolutionen veröffentlicht worden.

Diese Resolutionen zeigen klar, daß die PSD* *als Organisation* (wir sprechen nicht von den einzelnen Mitgliedern, von denen einige eine sehr nützliche Arbeit in der deutschen sozialdemokratischen Presse leisten) *wiederum völlig* charakterlos schwankt.

Kein Wort gegen das *Kautskyanertum*, kein Wort über einen bestimmten und entschiedenen Kampf gegen den *Opportunismus* als die *Quelle* und die *Stütze* des Sozialchauvinismus!! Der wirkliche Sinn des Ganzen ist einzig und allein: die Bereitschaft, sich abermals (wie am 3./16. VII. 1914 in Brüssel⁵⁸) auf ein „Spiel“ mit den Kautskyanern einzulassen.

Die Hauptresolution (IV) zitieren wir vollinhaltlich. Hier ihr Wortlaut:

„Gazeta Robotnicza“ der PSD (Opposition) Nr. 25 (Januar 1916). „Resolutionen der Beratung des Redaktionskollegiums, abgehalten 1. bis 2. Juni 1915“.

...IV. *Das Verhältnis der Sozialdemokratie Polens und Litauens zur SDAPR**.*

* Polnische Sozialdemokratie. *Die Red.*

** Die Resolution der „Gazeta Robotnicza“ wurde von N. K. Krupskaja übersetzt. Die hier fettgedruckten Stellen sind von W. I. Lenin vorgenommene Ergänzungen und Korrekturen zur Übersetzung aus dem Polnischen. *Die Red.*

„In Rußland erkennen die polnischen revolutionären Sozialdemokraten das ZK der SDAPR als das Kollektiv an, das aus den entschiedensten revolutionären internationalistischen Elementen besteht, und werden es politisch unterstützen und ihre Tätigkeit mit ihm koordinieren, wobei sie es der Landesorganisation überlassen, in Zukunft die organisatorischen Beziehungen zu ihm zu regeln.

Die gemeinsame revolutionäre Position der polnischen Sozialdemokraten und des ZK in wesentlichen (wytycznych [**bestimmten?**]) Hauptpunkten ihrer Politik macht es der Sozialdemokratie Polens und Litauens zur Pflicht, sich wie vordem kritisch zu zweifellosen Übertreibungen (wybujalności [**üppiges' Wachstum von Getreide u. dgl. m.**]) seiner Taktik zu verhalten.

Das ZK, das mit Recht die unbedingt feindselige Haltung des Proletariats zu der **räuberischen** Politik des Zarismus hervorheben will, stellt die Losung der *Niederlage Rußlands* auf und begründet sie mit der besonders reaktionären Rolle des Zarismus in Europa und der besonderen Bedeutung der russischen Revolution; damit gerät das ZK jedoch in **! |** Widerspruch zur Methode des Internationalismus, der es nicht erlaubt, **! |** die Hoffnungen und Aufgaben des Proletariats mit diesem oder jenem Ausgang des Krieges zu verknüpfen, und gibt sogar den deutschen Sozialpatrioten Argumente in die Hand.

Das ZK, das mit Recht die Notwendigkeit der revolutionären Aktion für den Aufbau einer neuen Internationale hervorhebt, das sich mit Recht gegen alle Versuche auflehnt, den Konflikt zu **vertuschen** und die zerbrochene alte Internationale erneut zusammenzuleimen, überschätzt jedoch **! | |** die Rolle seiner mechanischen Abgrenzung von allen weniger entschiedenen Elementen, die nicht a priori* auf seinem Standpunkt stehen, und **übersieht (przeocza)**, daß es Aufgabe des revolutionären **Lagers (obozu)** sein muß, diese Elemente nicht abzustoßen, sondern sie in den Kampf gegen die **Scharlatanerie (den Betrug)** (szalbierstwo) des Sozialpatriotismus einzubeziehen und den Prozeß ihrer Radikalisierung mit Hilfe einer scharfen Kritik an ihrer ideologischen Unbeständigkeit zu fördern.

Was das OK (der SDAPR) betrifft, **so bestätigt die Beratung (narada)**, daß seine Hauptgruppe, die sich in Rußland befindet, wie **auch die literarische Vertretung** (ekspozytura literacka), auf dem

* von vornherein. *Die Red.*

Standpunkt des Sozialpatriotismus steht, daß sein schwacher internationalistischer Flügel weder die Kraft noch den Mut hat, mit den Sozialpatrioten zu brechen, und daß das Zentrum des OK einen pazifistischen Standpunkt einnimmt; die **Beratung** ist der Ansicht, daß das Verhältnis der Sozialdemokratie Polens und Litauens zum OK einzig und allein darin bestehen kann, seine Position zu kritisieren, seine Zersetzung (rozklad) zu fördern und **seine** internationalistischen **Elemente** abzuspalten, die sich um das ‚Nasche Slowo‘ gruppieren, ein Organ, das viel für die Ausarbeitung (Herauskristallisierung) der revolutionären internationalistischen Auffassungen in der SDAPR getan hat.

Das gleiche bezieht sich insbesondere auch auf den ‚Bund‘, der ihm (dem OK) angehört und dessen Position ein noch chaotischeres Gemisch von sozialpatriotischen und pazifistischen, russophilen und germanophilen Elementen darstellt.“

Die polnischen Sozialdemokraten sprechen hier davon, daß sie ihre Tätigkeit mit dem ZK „koordinieren“ wollen.

Wir sind der Ansicht, daß es unsere unbedingte Pflicht ist, dem ZK zu sagen: das ZK darf und *kann* seine Tätigkeit *nicht* mit der PSD „koordinieren“.

Warum?

Weil die PSD wieder und immer wieder, zum tausendsten Mal, in der Grundfrage unserer Partei *schwankt* (oder, was objektiv ein und dasselbe ist, ein Spiel treibt). Es besteht kein Zweifel, daß die Grundfrage der sozialdemokratischen Bewegung in Rußland jetzt die *Spaltung* ist.

Wir sind in dieser Frage unversöhnlich, denn die *gesamte* Erfahrung der sozialdemokratischen Bewegung in Rußland, besonders der Jahre 1903–1909, noch mehr der Jahre 1910–1914 und am meisten der Jahre 1915–1916 *hat* uns davon *überzeugt*, daß die Einheit mit dem OK (oder, was dasselbe ist, mit der Fraktion Tschcheidse) für die Arbeiterbewegung *schädlich* ist, ihre Unterordnung unter die Bourgeoisie *gewährleistet*.

Der Krieg und die „Gwosdew-Politik“⁶⁹ haben das endgültig bewiesen.

Und gerade in dieser wichtigsten, grundlegenden, kardinalen Frage *machen* die polnischen Sozialdemokraten immer wieder *Ausflüchte*.

Darüber, daß der Krieg sie von der Notwendigkeit der Spaltung und von der *Fehlerhaftigkeit* ihrer Taktik in Brüssel (3./16. VII. 1914) überzeugt hat, sagen sie *kein Wort*.

Im Gegenteil, sie nahmen in die Resolution einen Satz auf, der speziell dazu verfaßt zu sein scheint, um ein neues „Brüsseler“ Hinüberwechseln auf die Seite des OK oder Tschcheidses zu rechtfertigen und zu vollführen. Dieser Satz lautet:

„Das ZK überschätzt die Rolle der mechanischen Abgrenzung...“

Da liegt der Hase im Pfeffer. Alles übrige ist nur Geschwätz. Wenn das ZK die Notwendigkeit der Spaltung „überschätzt“, dann ist klar, daß die PSD morgen oder übermorgen das Recht hat, *wiederum* für eine neue Brüsseler kautskyanische „Einheits“resolution zu stimmen.

Das ist alles die alte Tyszka-Politik⁶⁰, das alte Spiel zwischen ZK und OK, die alte eklektische (gelinde gesagt) Ausnutzung der Pendelposition.

Wir sind durchaus nicht dagegen, mit der PSD *zusammenzuarbeiten*, sei es im allgemeinen, sei es in der Zimmerwalder Linken; wir verteidigen nicht jeden *Buchstaben* unserer Resolutionen; aber in der Frage 1. der *Spaltung in Rußland* und 2. der unversöhnlichen Haltung zum Kautskyanertum in Europa *sind wir unversöhnlich*. Wir halten es für unsere Pflicht, alle Genossen vor der *Unzuverlässigkeit* der polnischen Sozialdemokraten zu warnen und darauf zu bestehen, daß das ZK sich nicht erneut zu einer Wiederholung der „Brüsseler“ Experimente hinreißen läßt und den Urhebern wie den Teilnehmern dieser Experimente keinen Glauben schenkt.

Mit kameradschaftlichem Gruß
Komitee der Auslandsorganisation

Geschrieben Februar–März 1916.

*Zuerst veröffentlicht 1937
im Lenin-Sammelband XXX.*

Nach dem Manuskript.

ÜBER DAS „FRIEDENSPROGRAMM“

Eine der wichtigsten Fragen auf der Tagesordnung der zweiten Internationalen Konferenz der „Zimmerwalder“⁶¹ ist die Frage des sozialdemokratischen „Friedensprogramms“. Um den Leser sofort in den *Wesenskern* dieser Frage einzuführen, wollen wir die darauf bezügliche Erklärung Kautskys anführen, des maßgebendsten Vertreters der II. Internationale und des maßgebendsten Verteidigers der Sozialchauvinisten aller Länder.

„Die Internationale ist kein wirksames Werkzeug im Kriege, sie ist im wesentlichen ein Friedensinstrument . . . Kampf für den Frieden, Klassenkampf im Frieden“ („Die Neue Zeit“, 27. XI. 1914). „Sämtliche Friedensprogramme, die innerhalb der Internationale bisher formuliert wurden, das von Kopenhagen, von London, von Wien, sie alle fordern die Anerkennung der Selbständigkeit der Nationen und mit Recht. Diese Forderung hat unsern Kompaß zu bilden im jetzigen Weltkrieg.“ (Ebenda, 21. V. 1915.)

In diesen wenigen Worten ist das „Programm“ der internationalen Vereinigung und Aussöhnung der Sozialchauvinisten vortrefflich zum Ausdruck gebracht. Jedermann weiß, daß in Wien die Freunde und Anhänger Südekums tagten, die ganz in dessen Sinne wirken und unter dem Schein der „Vaterlandsverteidigung“ den deutschen Imperialismus verteidigen. Und in London tagten die französischen, englischen und russischen Südekum, die „ihren“ nationalen Imperialismus unter demselben Vorwand verteidigen. Die wirkliche Politik sowohl der Londoner als auch der Wiener Helden des Sozialchauvinismus besteht in der Rechtfertigung der Teilnahme am imperialistischen Krieg, in der Rechtferti-

gung der Niedermetzelung deutscher Arbeiter durch französische und umgekehrt, damit entschieden werde, welche nationale Bourgeoisie bei der Ausplünderung fremder Länder den Vorrang haben soll. Und zur Bemäntelung dieser wirklichen Politik, zur Irreführung der Arbeiter dient den Londoner und Wiener Helden die *Phrase*, daß wir ja die „Selbständigkeit der Nationen“ „anerkennen“ oder, anders ausgedrückt, das Selbstbestimmungsrecht der Nationen anerkennen, Annexionen ablehnen usw. usf.!

Es ist sonnenklar, daß diese „Anerkennung“ eine himmelschreiende Lüge, eine niederträchtige Heuchelei ist, denn es wird die Teilnahme am Krieg gerechtfertigt, der auf *beiden* Seiten der Versklavung der Nationen und nicht ihrer Selbständigkeit dient. Und da kommt Kautsky mit seiner ganzen Autorität und *sanktioniert* die Heuchelei, anstatt sie zu enthüllen, zu entlarven, zu brandmarken. Das einmütige Bestreben der zu Verrätern am Sozialismus gewordenen Chauvinisten, die Arbeiter zu betrügen, ist für Kautsky ein Beweis für die „Einmütigkeit“ und die Lebensfähigkeit der Internationale in der Frage des Friedens!!! Die nationale, plumpe, anschauliche, augenfällige Heuchelei, die für die Arbeiter klar ersichtlich ist, verwandelt Kautsky in eine internationale, verfeinerte, verhüllte Heuchelei, durch die den Arbeitern Sand in die Augen gestreut wird. Die Kautskysche Politik ist für die Arbeiterbewegung hundertmal schädlicher und gefährlicher als die Südekumsche, die Kautskysche Heuchelei ist hundertmal widerwärtiger.

Es handelt sich dabei gar nicht um Kautsky allein, denn die gleiche Politik machen im Grunde genommen auch Axelrod, Martow und Tschcheidse in Rußland, Longuet und Pressemane in Frankreich, Treves in Italien usw. Die objektive Bedeutung dieser Politik ist, daß sie dazu dient, die bürgerliche Lüge in der Arbeiterklasse zu unterstützen, die bürgerlichen Ideen ins Proletariat hineinzutragen. Daß Südekum auf der einen und Plechanow auf der anderen Seite nur die bürgerliche Lüge der Kapitalisten „ihrer“ Nation wiederholen, ist offensichtlich, aber nicht so offensichtlich ist, daß Kautsky *dieselbe* Lüge sanktioniert und zur „höchsten Wahrheit“ der „einmütigen“ Internationale erhebt. Was die Bourgeoisie braucht, ist ja gerade, daß die Arbeiter die Südekum und Plechanow für maßgebende, einmütige „Sozialisten“ halten, die nur vorübergehend auseinandergelassen sind. Was die Bourgeoisie braucht, ist ja

gerade, daß die Arbeiter durch heuchlerische Phrasen vom Frieden, durch leere, zu nichts verpflichtende Phrasen, *abgelenkt* werden vom revolutionären Kampf während des Krieges, daß man sie einlullt, sie auf einen „Frieden ohne Annexionen“, einen demokratischen Frieden usw. usf. vertröstet.

Huysmans hat das kautskyische Friedensprogramm nur popularisiert und durch Schiedsgerichte, Demokratisierung der Außenpolitik usw. ergänzt. Der erste und grundlegende Punkt des sozialistischen Friedensprogramms muß indes die *Aufdeckung der Heuchelei* des kautskyischen Friedensprogramms sein, das eine *Festigung* des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat bedeutet.

Rufen wir uns die Grundbegriffe der sozialistischen Lehre ins Gedächtnis zurück, die von den Kautskyern entstellt werden. Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik, die die herrschenden Klassen der kriegführenden Mächte lange vor dem Krieg getrieben haben, mit Mitteln der Gewalt. Der Frieden ist die Fortsetzung der *gleichen* Politik, unter *Berücksichtigung* jener Veränderungen im Kräfteverhältnis der Gegner, die durch die Kriegshandlungen eingetreten sind. Der Krieg ändert an sich nicht die Richtung, in der sich die Politik vor dem Krieg entwickelt hat, er *beschleunigt* nur diese Entwicklung.

Der Krieg 1870/1871 war die Fortsetzung der bürgerlich-fortschrittlichen (jahrzehntelang währenden) Politik der Befreiung und Einigung Deutschlands. Daß Napoleon III. aufs Haupt geschlagen und entthront wurde, hat diese Befreiung beschleunigt. Das Friedensprogramm der Sozialisten jener Epoche trug diesem fortschrittlich-bürgerlichen Ergebnis Rechnung und unterstützte die demokratische Bourgeoisie: keine Beraubung Frankreichs, ehrenvoller Frieden mit der Republik.

Man sehe, welche Farce der Versuch ist, dieses Beispiel in der Situation des imperialistischen Krieges 1914–1916 sklavisch zu „wiederholen“. Dieser Krieg setzt die Politik der überreifen, reaktionären Bourgeoisie fort, die die Welt ausplünderte, Kolonien eroberte usw. Dieser Krieg *kann* auf dem Boden bürgerlicher Verhältnisse zu *keinem* demokratischen „Fortschritt“ führen – kraft der objektiven Lage kann er es nicht –, sondern nur zu einer Verstärkung und Erweiterung jeder Unterdrückung überhaupt und der nationalen insbesondere, und zwar bei beliebigem Ausgang des Krieges.

Jener Krieg beschleunigte die Entwicklung in demokratischer, bürgerlich-fortschrittlicher Richtung: Sturz Napoleons III., Einigung Deutschlands. Dieser Krieg beschleunigt die Entwicklung *nur* zur sozialistischen Revolution. *Damals* hatte das Programm des demokratischen (bürgerlichen) Friedens eine *objektive* geschichtliche Grundlage. *Jetzt fehlt* diese Grundlage, und das Geschwätz vom demokratischen Frieden ist ein bürgerliches Lügengewebe, dessen objektiver Sinn darin besteht, die Arbeiter vom revolutionären Kampf für den Sozialismus abzulenken! *Damals* unterstützten die Sozialisten durch ein demokratisches Friedensprogramm die vorhandene, tiefgehende, sich jahrzehntelang offenbarende demokratisch-bürgerliche Bewegung der *Massen* (zum Sturz Napoleons III., zur Einigung Deutschlands). *Jetzt* unterstützen die Sozialisten durch ein demokratisches Friedensprogramm auf dem Boden bürgerlicher Verhältnisse den *Volksbetrug* durch die Bourgeoisie, die das Proletariat von der *sozialistischen* Revolution ablenken möchte.

Wie durch die Phrasen von der „Vaterlandsverteidigung“ die verlogene Ideologie des nationalen Befreiungskrieges in die Massen getragen wird, so wird durch die Phrasen vom demokratischen Frieden *auf Umwegen* dieselbe bürgerliche Lüge eingeschmuggelt!

„Ihr habt also kein Friedensprogramm, ihr seid also gegen demokratische Forderungen“, entgegnen die Kautskyaner, die darauf spekulieren, daß unaufmerksame Leute in diesem Einwand die Unterschiebung nicht bestehender bürgerlich-demokratischer Aufgaben an Stelle der bestehenden sozialistischen Aufgaben nicht bemerken werden.

O nein, ihr Herren, antworten wir den Kautskyanern. Wir sind für demokratische Forderungen, wir *allein* kämpfen für sie *ohne Heuchelei*, denn die objektive historische Lage gestattet nicht, sie ohne Zusammenhang mit der sozialistischen Revolution zu stellen. Man nehme beispielsweise den „Kompaß“, dessen sich Kautsky und Co. zum bürgerlichen Betrug an den Arbeitern bedienen.

Südekum und Plechanow sind „einhütig“ in bezug auf das „Friedensprogramm“: Gegen Annexionen! Für die Selbständigkeit der Nationen! Und man beachte, daß die Südekum *recht haben*, wenn sie sagen, Rußlands Verhältnis zu Polen, Finnland usw. sei ein annexionistisches Verhältnis. Auch Plechanow hat recht, wenn er das gleiche von dem Verhältnis Deutschlands zu Elsaß-Lothringen, Serbien, Belgien usw. behauptet.

tet. Sie haben beide recht, nicht wahr? Und Kautsky „versöhnt“ den deutschen Südekum mit dem russischen Südekum!!!

Aber jeder vernünftige Arbeiter merkt sofort, daß sowohl Kautsky als auch *beide* Südekum Heuchler sind. Das ist klar. Um Sozialist zu sein, darf man sich nicht mit dem heuchlerischen Demokratismus abfinden, sondern muß ihn *entlarven*. Wie aber soll man ihn entlarven? Sehr einfach: Die „Anerkennung“ der Selbständigkeit der Nationen kann *nur* dann als nicht heuchlerisch betrachtet werden, wenn der Vertreter der unterdrückenden Nation sowohl vor dem Kriege als auch während des Krieges die Freiheit der Lostrennung für die Nation verlangt hat, die von *seinem eigenen* „Vaterland“ unterdrückt wird.

Nur diese Forderung allein entspricht dem Marxismus. Marx stellte sie auf, ausgehend von den Interessen des britischen Proletariats, als er die Freiheit Irlands forderte, wobei er nach der Lostrennung Irlands eine Föderation für wahrscheinlich hielt, d. h., er forderte die Freiheit der Lostrennung nicht der Zersplitterung und Abschließung halber, sondern um der festeren und demokratischeren Verbindung willen. In allen Fällen, wo es unterdrückte und unterdrückende Nationen gibt, wo keine besonderen Umstände vorliegen, die die Nationen in revolutionär-demokratische und reaktionäre scheiden (solche Umstände hat es z. B. in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts gegeben), muß Marx' Politik in bezug auf Irland zum Musterbeispiel proletarischer Politik werden. Der Imperialismus aber ist gerade die Epoche, in der die Einteilung der Nationen in unterdrückende und unterdrückte wesentlich und typisch, eine Scheidung in reaktionäre und revolutionäre Nationen in Europa dagegen völlig unmöglich ist.

Unsere Partei hat bereits im Jahre 1913, in der Resolution zur nationalen Frage, den Sozialdemokraten zur Pflicht gemacht, den Begriff der Selbstbestimmung in dem hier dargelegten Sinne anzuwenden. Und der Krieg 1914–1916 hat uns vollkommen recht gegeben.

Man nehme den letzten Artikel Kautskys in der „Neuen Zeit“ vom 3. III. 1916. Er erklärt direkt sein *Einverständnis* mit dem notorischen und extremen deutschen Chauvinisten Austerlitz in Österreich, dem Redakteur der chauvinistischen Wiener „Arbeiter-Zeitung“⁶², sein Einverständnis damit, daß man nicht „die Selbständigkeit einer Nation mit ihrer Souveränität verwechseln“ dürfe. Mit anderen Worten: Für die

unterdrückten Nationen genüge auch die nationale Autonomie innerhalb eines „Nationalitätenstaates“, es sei nicht unbedingt notwendig, für sie gleiches Recht auf politische Selbständigkeit zu fordern. Und im selben Artikel behauptet Kautsky, man könne nicht beweisen, daß die „Zugehörigkeit zum russischen Staatsverband eine Notwendigkeit für die Polen“ sei!!!

Was bedeutet das? Das bedeutet, daß Kautsky den Hindenburg, Südekum, Austerlitz und Co. zuliebe die *Freiheit der Lostrennung* Polens von Rußland anerkennt, obwohl Rußland ein „Nationalitätenstaat“ ist, aber über die Freiheit der Lostrennung der Polen von Deutschland mit Stillschweigen hinweggeht!!! Die französischen Sozialisten erklärt Kautsky in dem gleichen Artikel für Abtrünnige vom Internationalismus, weil sie durch den *Krieg* die Befreiung Elsaß-Lothringens erreichen wollen. Daß die deutschen Südekum und Co. den Internationalismus preisgeben, wenn sie sich weigern, die Freiheit der Lostrennung Elsaß-Lothringens *von Deutschland* zu fordern, darüber schweigt sich Kautsky aus!

Das Wörtchen „Nationalitätenstaat“ – dieses Wörtchen kann man sowohl auf England anwenden, wenn man Irland im Auge hat, als auch auf Deutschland, wenn man an Polen, das Elsaß usw. denkt! – benutzt Kautsky zur offenen Verteidigung des Sozialchauvinismus. Den „Kampf gegen Annexionen“ hat Kautsky in ein „Programm des *Friedens*“ . . . mit den Chauvinisten, in empörende Heuchelei verwandelt. In demselben Artikel wiederholt Kautsky die süßlichen Juduschka*-Reden: „Die Internationale hat nie davon abgelassen, für Verschiebungen der Landesgrenzen die Zustimmung der betroffenen Bevölkerungen zu fordern.“ Ist es nicht klar, daß Südekum und Co. die „Zustimmung“ der Elsässer und Belgier zu ihrem Anschluß an Deutschland, Austerlitz und Co. die „Zustimmung“ der Polen und Serben zum Anschluß an Österreich verlangen?

Und der russische Kautskyaner Martow? Er unternimmt es, im Blatt der Gwodsew-Leute „*Nasch Golos*“⁶³ (Samara), die unbestrittene Wahrheit zu beweisen, daß sich aus der Selbstbestimmung der Nationen noch nicht die Vaterlandsverteidigung im imperialistischen Krieg ergibt. Darüber aber, daß der russische Sozialdemokrat das Prinzip der Selbst-

* Juduschka – Hauptfigur des Romans „Die Herren Golowljow“ von Saltykow-Schtschedrin. *Der Übers.*

bestimmung verrät, wenn er nicht die *Freiheit der Lostrennung* der von den Großrussen unterdrückten Nationen fordert, darüber geht Martow mit Stillschweigen hinweg – und reicht damit Alexinski, Gwosdew, Potressow und Plechanow die Hand zum Frieden! Martow schweigt sich darüber auch in der illegalen Presse aus! Er polemisiert gegen den Holländer Gorter, obwohl Gorter, der das Prinzip der Selbstbestimmung der Nationen fälschlicherweise ablehnt, dieses Prinzip richtig *anwendet*, indem er die *politische Unabhängigkeit* Niederländisch-Indiens fordert und den Verrat der damit nicht einverstanden holländischen Opportunisten am Sozialismus entlarvt. Aber Martow wünscht nicht gegen seinen Mitsekretär Semkowski zu polemisieren, der in den Jahren 1912–1915 als *einzigster* in der Liquidatorenpresse über diese Frage schrieb und das Recht auf Lostrennung, die Selbstbestimmung überhaupt *ablehnte!*

Ist es denn nicht klar, daß Martow die Selbstbestimmung ebenso heuchlerisch „verteidigt“ wie Kautsky? Daß er ebenso seinen Wunsch bemäntelt, sich mit den Chauvinisten *auszusöhnen*?

Und Trotzki? Er ist Feuer und Flamme *für* die Selbstbestimmung, aber auch bei ihm ist das eine hohle Phrase, denn er fordert nicht die Freiheit der Lostrennung der Nationen, die vom „Vaterland“ des Sozialisten der *betreffenden* Nation unterdrückt werden; er geht über die Heuchelei Kautskys und der Kautskyaner mit *Stillschweigen* hinweg!

Ein solcher „Kampf gegen Annexionen“ ist ein Betrug an den Arbeitern und keine *Erläuterung* des sozialdemokratischen Programms, ist ein *Abtum der Sache mit Worten* und kein konkreter Hinweis auf die Pflicht der Internationalisten, ist ein Zugeständnis an die Vorurteile des Nationalismus und seine eigennützigen Interessen („wir“ alle, sowohl Bourgeois wie auch Sozialchauvinisten, ziehen „Nutzen“ aus der Unterdrückung einer Nation durch „unser“ Vaterland!) und kein Kampf gegen den Nationalismus.

Das „Friedensprogramm“ der Sozialdemokratie muß vor allem in der Entlarvung des heuchlerischen Charakters der bürgerlichen, sozialchauvinistischen und kautskyanischen Phrasen über den Frieden bestehen. Das ist das Erste und Grundlegende. Sonst helfen wir unfreiwillig oder freiwillig mit, die Massen zu *betrügen*. Unser „Friedensprogramm“ erheischt, daß der Hauptpunkt der Demokratie in dieser Frage – Ablehnung der Annexionen – in der Tat und nicht in Worten angewandt wird,

daß er der internationalistischen Propaganda und nicht der nationalen Heuchelei dient. Dazu muß man den Massen klarmachen, daß die Ablehnung der Annexionen, *das heißt* die Anerkennung der Selbstbestimmung, nur dann aufrichtig ist, wenn der Sozialist einer *jeden* Nation die Freiheit der Lostrennung der Nationen fordert, die von seiner Nation unterdrückt werden. – Als positive Losung, die die Massen in den revolutionären Kampf hineinzieht und die Notwendigkeit revolutionärer Maßnahmen für einen „demokratischen“ Frieden klarmacht, muß die Losung aufgestellt werden: Verweigerung der Zahlung der Staatsschulden.

Unser „Friedensprogramm“ muß schließlich darin bestehen, klarzumachen, daß die imperialistischen Mächte und die imperialistische Bourgeoisie *keinen* demokratischen Frieden bieten *können*. Man *muß* ihn suchen und erstreben, aber nicht in der *Vergangenheit*, in der reaktionären Utopie eines *nichtimperialistischen* Kapitalismus oder eines Bundes gleichberechtigter Nationen *unter* dem Kapitalismus, sondern in der *Zukunft*, in der sozialistischen Revolution des Proletariats. Keine einzige demokratische Grundforderung ist in den fortgeschrittenen imperialistischen Staaten auch nur halbwegs umfassend und dauerhaft zu verwirklichen außer *durch* revolutionäre Kämpfe unter dem Banner des Sozialismus.

Wer aber den Völkern einen „demokratischen“ Frieden verheißt, ohne gleichzeitig die sozialistische Revolution zu propagieren, wer den Kampf für diese Revolution, den Kampf schon während des Krieges, ablehnt, der betrügt das Proletariat.

„Sozial-Demokrat“ Nr. 52,
25. März 1916.

Nach dem Text des
„Sozial-Demokrat“.

VORSCHLÄGE DES ZENTRALKOMITEES
DER SDAPR AN DIE
ZWEITE SOZIALISTISCHE KONFERENZ

(*Thesen* zu den Punkten 5, 6, 7a, 7b und 8 der Tagesordnung: Kampf für die Beendigung des Krieges, Stellung zu den Friedensfragen, zur parlamentarischen Tätigkeit und zum Massenkampf sowie zur Einberufung des Internationalen Sozialistischen Büros.)

(Die Internationale Sozialistische Kommission hat bei der Einberufung der zweiten Konferenz die Organisationen aufgefordert, diese Fragen zu besprechen und ihre Vorschläge einzusenden. Die folgenden Thesen stellen die Antwort unserer Partei auf diese Aufforderung dar.)

1. Wie ein jeder Krieg nur eine Fortsetzung der Politik mit Mitteln der Gewalt ist, nämlich derjenigen Politik, welche von den kriegführenden Staaten und ihren herrschenden Klassen lange Jahre, manchmal Jahrzehnte vor dem Krieg geführt wurde, so kann auch der einen jeden Krieg abschließende Frieden nur eine Registrierung der tatsächlichen Machtverschiebungen sein, die im Verlauf und im Ergebnis des Krieges erreicht wurden.

2. Solange die Grundpfeiler der heutigen, der bürgerlichen gesellschaftlichen Beziehungen fortbestehen, kann ein imperialistischer Krieg nur zu einem imperialistischen Frieden führen, d. h. zur Festigung, Erweiterung und Verstärkung der Unterdrückung der schwachen Nationen und Länder durch das Finanzkapital, das nicht nur vor dem Krieg, sondern auch im Verlauf des Krieges einen riesenhaften Aufschwung nahm. Der objektive Inhalt derjenigen Politik, welche von der Bourgeoisie und den Regierungen *beider* kriegführenden Gruppen der Großmächte vor dem Krieg und während desselben betrieben wurde, führt zur Steigerung des

Продолжение 2-го К. Д. 1917.

11

2. о. совет. Конгресс

(Материал по вопросу о порядке созыва I, II, III, IV и V съездов Ц. К. и Ц. И. С. в связи с созывом II съезда Ц. К. и Ц. И. С. в Москве).

(I. S. K., избрав в состав Ц. К. II съезда Конгресс, имеет целью организацию съезда Ц. К. и Ц. И. С. в Москве в связи с созывом II съезда Ц. К. и Ц. И. С. в Москве).

1. Как бы ни было важно для нас проведение съезда Ц. К. и Ц. И. С. в Москве, мы не должны забывать о необходимости созыва съезда Ц. К. и Ц. И. С. в Москве в связи с созывом II съезда Ц. К. и Ц. И. С. в Москве, так как именно этот съезд должен будет решить вопрос о созыве съезда Ц. К. и Ц. И. С. в Москве в связи с созывом II съезда Ц. К. и Ц. И. С. в Москве.

2. Нам необходимо помнить, что съезд Ц. К. и Ц. И. С. в Москве должен быть созван в соответствии с программой, принятой на I съезде Ц. К. и Ц. И. С. в Москве, а именно: "Ц. К. и Ц. И. С. в Москве должны решить вопрос о созыве съезда Ц. К. и Ц. И. С. в Москве в связи с созывом II съезда Ц. К. и Ц. И. С. в Москве".

Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript „Vorschläge des Zentralkomitees der SDAPR an die zweite Sozialistische Konferenz“

Februar-März 1916

Verkleinert

ökonomischen Drucks, der nationalen Knechtung, der politischen Reaktion. Infolgedessen kann der Friedensschluß bei beliebigem Ausgang des Krieges nur die Verschlimmerung der politischen und ökonomischen Lage der Massen festlegen – wenn die bürgerliche Gesellschaft bestehen bleibt.

Die Möglichkeit eines demokratischen Friedens aber als Folge des imperialistischen Krieges annehmen heißt – in der Theorie – eine leere Phrase aussprechen, anstatt die Politik der Mächte vor dem Krieg und während des Krieges im historischen Zusammenhang zu studieren, heißt praktisch die Volksmassen betrügen, indem man ihr politisches Bewußtsein verdunkelt, die wirkliche Politik der herrschenden Klassen, die den nahenden Frieden vorbereiten, verheimlicht und beschönigt und ihnen das Wichtigste vorenthält: die Unmöglichkeit eines demokratischen Friedens ohne eine Reihe von Revolutionen.

3. Die Sozialisten verzichten keineswegs auf den Kampf für die Durchführung von Reformen. Sie müssen z. B. auch jetzt in den Parlamenten für jede Verbesserung der Lage der Volksmassen – so klein sie auch sein mag – stimmen: für eine entsprechende Unterstützung der Bewohner der vom Kriege betroffenen Gebiete, für die Milderung des nationalen Drucks usw. Es ist aber ein bloßer bürgerlicher Betrug, wenn man Reformen predigt für Fragen, die die Geschichte und die ganze politische Situation nur als durch die Revolution zu lösende stempelt. Und gerade derart sind die Fragen, die von dem jetzigen Krieg auf die Tagesordnung gesetzt sind. Das sind die Grundfragen des Imperialismus, d. h. die Fragen nach dem Fortbestand der ganzen kapitalistischen Gesellschaft, die Fragen nach der Möglichkeit, den Zusammenbruch des Kapitalismus hinauszuschieben, indem man die Erde neu aufteilen will, entsprechend den neuen Machtverhältnissen zwischen den „Groß“mächten, die sich in den letzten Jahrzehnten nicht nur außerordentlich rasch, sondern auch – was besonders wichtig ist – außerordentlich ungleichmäßig entwickelt haben. Eine wirkliche politische Tätigkeit, die, ohne die Massen durch leere Worte zu täuschen, geeignet wäre, die Machtverhältnisse der heutigen Gesellschaft zu ändern, kann nur in einer der folgenden Formen bestehen: entweder hilft man der „eigenen“ nationalen Bourgeoisie, fremde Länder zu berauben (und nennt diese Hilfe „Verteidigung des Vaterlandes“ oder „Rettung der Heimat“), oder aber man hilft, die sozialistische

Revolution des Proletariats in die Wege zu leiten, indem man die schon jetzt in allen kriegführenden Ländern beginnende Gärung unter den Massen fördert, Streiks und Demonstrationen unterstützt usw., indem man diese jetzt noch schwachen Anfänge des revolutionären Massenkampfes ausweitet und zum allgemeinen Ansturm des Proletariats zum Sturz der Bourgeoisie steigert.

Ebenso wie alle Sozialchauvinisten jetzt das Volk betrügen, indem sie die Frage nach der wahren, d. h. imperialistischen Politik der Kapitalisten, die in diesem Krieg fortgesetzt wird, durch heuchlerische Phrasen über einen „unehrlichen“ Angriff und eine „ehrenhafte“ Verteidigung seitens dieser oder jener Gruppe der kapitalistischen Raubmächte vertuschen – ebenso ist es auch lauter Betrug am Volke und leere Phrase, wenn man von einem „demokratischen Frieden“ spricht, als könnte der kommende Frieden, der schon jetzt von den Kapitalisten und Diplomaten vorbereitet wird, ein „unehrliches“ Angreifen „einfach“ ungeschehen machen und die früheren „ehrlichen“ Beziehungen wiederherstellen; als wäre er nicht vielmehr eine Fortsetzung, Entfaltung und Sanktionierung derselben imperialistischen Politik, d. h. der Politik des finanzkapitalistischen Raubes, der Ausplünderung der Kolonien, der nationalen Unterdrückung, der politischen Reaktion, der Verschärfung der kapitalistischen Ausbeutung. Den Kapitalisten und ihren Diplomaten leisten diese ihre „sozialistischen“ Helfer gerade jetzt gute Dienste, wenn sie das Volk betäuben, betrügen und einschläfern durch Phrasen von einem „demokratischen Frieden“, durch die sie die wahre Politik der Bourgeoisie verhüllen, zu verhindern suchen, daß die Massen den wahren Sachverhalt begreifen, und das Volk von einem revolutionären Kampf ablenken.

4. Solch bürgerlicher Betrug und Heuchelei ist eben das Programm des „demokratischen“ Friedens, welches von den bekanntesten Führern der II. Internationale heute verfochten wird. Zum Beispiel Huysmans auf dem Kongreß in Arnhem⁶⁴ und Kautsky in der „Neuen Zeit“, die mit zu den autoritativsten offiziellen und „theoretischen“ Vertretern dieser Internationale gehören, haben dieses Programm folgendermaßen formuliert: Verzicht auf den revolutionären Kampf bis zu der Zeit, wo die imperialistischen Regierungen Frieden geschlossen haben werden; bis dahin – Phrasen über Ablehnung von Annexionen und Kontributionen, auf dem Papier Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen,

Demokratisierung der Außenpolitik, Schiedsgerichte zur Erledigung internationaler Konflikte zwischen den Staaten, Abrüstung, Vereinigte Staaten von Europa⁶⁵ usw. usf. Besonders klar hat die wahre politische Bedeutung dieses „Friedensprogramms“ Kautsky dargelegt, als er als Beweis für die „Einmütigkeit der Internationale“ in dieser Frage die Tatsache anführte, daß die Londoner (II. 1915) und die Wiener (IV. 1915) Konferenz einmütig den Hauptpunkt dieses Programms, nämlich die „Selbständigkeit der Nationen“, anerkannt haben. Kautsky hat so vor aller Welt offen den Volksbetrug der Sozialchauvinisten sanktioniert, die heuchlerische, zu nichts verpflichtende und zu nichts führende Lippenbekenntnisse zur „Selbständigkeit“ oder zur Selbstbestimmung der Nationen mit der Unterstützung des imperialistischen Krieges „ihrer“ Regierungen verbinden, obwohl dieser Krieg von *beiden* Seiten *mit* einer systematischen Verletzung der „Selbständigkeit“ schwacher Nationen und *mit dem Ziel* der Verstärkung und Ausdehnung ihrer Knechtschaft geführt wird.

Objektiv betrachtet, führt dieses gangbarste „Programm des Friedens“ zur verstärkten Unterordnung der Arbeiterklasse unter die Bourgeoisie, denn es „versöhnt“ die Arbeiter, die einen revolutionären Kampf aufzunehmen beginnen, mit ihren chauvinistischen Führern und verwischt die Tiefe der Krise im Sozialismus, um zu jenem Zustand innerhalb der sozialistischen Parteien zurückzukehren, der vor dem Kriege herrschte und der gerade den Übergang der meisten Führer auf die Seite der Bourgeoisie zur Folge hatte. Die Gefahr dieser „kautskyanischen“ Politik ist für das Proletariat um so größer, als sie mit wohlklingenden Phrasen verziert und nicht nur in Deutschland, sondern auch in allen anderen Ländern betrieben wird. In England z. B. verteidigen diese Politik die meisten Führer; in Frankreich Longuet, Pressemane u. a.; in Rußland Axelrod, Martow, Tschcheidse usw. Tschcheidse verhüllt die chauvinistische Idee der „Vaterlandsverteidigung“ im gegenwärtigen Krieg mit der Phrase „Rettung des Vaterlandes“. Einerseits gibt er vor, auf dem Boden der Zimmerwalder Konferenz zu stehen, anderseits rühmt er in der offiziellen Fraktionserklärung die berüchtigte Rede Huysmans' in Arnhem, findet weder von der Dumatribüne noch in der Presse auch nur ein einziges Wort gegen die Teilnahme der Arbeiter an den Kriegsindustriekomitees und bleibt weiterhin Mitarbeiter von Zeitungen, die diese Teilnahme verteidigen. In Italien wird eine ähnliche Politik von Treves ge-

trieben: Siehe die Drohung des Zentralorgans der Italienischen Sozialistischen Partei „*Avanti!*“⁶⁶ vom 5. III. 1916, Treves und andere „Reformisten-Possibilisten“ bloßzustellen, jene festzunageln, „die alle Mimen springen ließen, um die auf die Zimmerwalder Vereinigung und die Schaffung einer neuen Internationale gerichtete Aktion der Parteileitung und Odino Morgaris zu hintertreiben“, usw. usf.

5. Die wichtigste der „Friedensfragen“ ist gegenwärtig die der Annexionen. Und gerade in dieser Frage tritt die heute herrschende „sozialistische“ Heuchelei am deutlichsten zutage und werden andererseits die Aufgaben der wirklich sozialistischen Propaganda und Agitation klar.

Es muß Klarheit darüber geschaffen werden, was Annexion eigentlich ist, warum und wie die Sozialisten gegen Annexionen kämpfen müssen. Nicht *jede* Angliederung eines „fremden“ Territoriums ist Annexion, denn im allgemeinen sind die Sozialisten für das Verschwinden der Grenzen zwischen den Nationen und für die Bildung von größeren Staaten. Nicht jede Verletzung des Status quo ist Annexion. Das zu glauben wäre im höchsten Grade reaktionär und ein Hohn auf die Grundbegriffe der Geschichtswissenschaft. Nicht jede Angliederung eines Landes durch Kriegsgewalt ist Annexion, denn die Sozialisten können Gewaltanwendung und Kriege, die im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung geführt werden, nicht grundsätzlich ablehnen. Unter Annexion verstehen wir bloß die Angliederung eines Landes *gegen den Willen* seiner Bewohner. Mit anderen Worten: Der Begriff der Annexion ist mit dem Begriff des Selbstbestimmungsrechts der Nationen aufs engste verbunden.

Aber in dem gegenwärtigen Krieg, gerade weil es ein imperialistischer Krieg seitens *beider* kriegführenden Mächtegruppen ist, mußte es dazu kommen und ist es auch dazu gekommen, daß die Bourgeoisie und die Sozialchauvinisten eifrig gegen Annexionen „kämpfen“, insofern dieselben von einer feindlichen Macht ausgeführt werden oder wurden. Es ist klar, daß ein solcher „Kampf gegen Annexionen“, eine solche „Einmütigkeit“ in der Frage der Annexionen nichts als Heuchelei ist. Es ist klar, daß sowohl die französischen Sozialisten, die den Krieg um Elsaß-Lothringen unterstützen, als auch die deutschen Sozialisten, die nicht die Freiheit der Lostrennung Elsaß-Lothringens oder Deutsch-Polens usw. von Deutschland verlangen, und auch die russischen Sozialisten, die den

Krieg, der zur neuen Knechtung Polens durch den Zarismus führt, „Rettung des Vaterlandes“ nennen, die die Angliederung Polens an Rußland im Namen eines „Friedens ohne Annexionen“ fordern, usw. usf. – daß alle diese Sozialisten *tatsächlich Annexionisten* sind.

Soll der Kampf gegen Annexionen mehr denn Heuchelei oder eine hohle Phrase sein, soll er tatsächlich die Massen im Geiste des Internationalismus erziehen, so muß die Frage so gestellt werden, daß den Massen die Augen geöffnet werden, damit sie den heute herrschenden Betrug in der Annexionsfrage wahrnehmen, nicht aber so, daß dieser Betrug verschleiert wird. Es genügt nicht, wenn ein Sozialist, ganz gleich welcher Nation, in Worten die Gleichberechtigung der Nationen anerkennt, wenn er schwört und hoch und heilig versichert, gegen Annexionen zu sein. Jeder Sozialist ist vielmehr verpflichtet, sofort und unbedingt die *Freiheit der Lostrennung* der Kolonien und Nationen zu fordern, die von *seinem eigenen* „Vaterland“ unterdrückt werden.

Fehlt diese Bedingung, so bleibt auch im Zimmerwalder Manifest die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen und der Prinzipien des Internationalismus im besten Falle ein toter Buchstabe.

6. Dem „Friedensprogramm“ der Sozialisten wie auch ihrem Programm des „Kampfes für die Beendigung des Krieges“ muß eine Enthüllung der Lüge vom „demokratischen Frieden“, von den friedlichen Absichten der kriegführenden Mächte usw. zugrunde liegen – der Lüge, mit der sich heute demagogische Minister, pazifistische Bourgeois, Sozialchauvinisten und Kautskyaner aller Länder an das Volk wenden. Jedes „Friedensprogramm“ ist Volksbetrug und Heuchelei, wenn es nicht in erster Linie auf der Aufklärung der Massen über die Notwendigkeit der Revolution und auf der Unterstützung, Förderung und Entfaltung des überall beginnenden revolutionären Kampfes der Massen fußt (Gärung, Proteste, Verbrüderung in den Schützengräben, Streiks, Demonstrationen, Briefe der an der Front Kämpfenden an die Verwandten – z. B. in Frankreich –, die aufgefordert werden, keine Kriegsanleihen zu zeichnen usw. usf.).

Die Unterstützung, Ausweitung und Vertiefung jeder Volksbewegung für die Beendigung des Krieges ist Pflicht der Sozialisten. Tatsächlich aber erfüllen diese Pflicht nur jene Sozialisten, die – wie Liebknecht – von der Rednertribüne der Parlamente die Soldaten auffordern, die Waffen

niederzulegen, die die Revolution und die Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg für den Sozialismus propagieren.

Als positive Losung, die die Massen in den revolutionären Kampf hineinzieht und die Notwendigkeit revolutionärer Maßnahmen für einen „demokratischen“ Frieden klarmacht, muß die Losung aufgestellt werden: Verweigerung der Zahlung der Staatsschulden.

Es genügt nicht, wenn das Zimmerwalder Manifest die Revolution andeutet, indem es sagt, daß die Arbeiter für ihre eigene Sache und nicht für eine fremde Opfer bringen müssen. Man muß den Massen ihren Weg klar und deutlich zeigen. Die Massen müssen wissen, wohin sie gehen sollen und wozu. Daß revolutionäre Massenaktionen während des Krieges, wenn sie sich erfolgreich entfalten, nur zur Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg für den Sozialismus führen können, ist augenscheinlich, und es wäre schädlich, das den Massen zu verhehlen. Im Gegenteil, man muß dieses Ziel klar aufzeigen, so schwierig auch seine Erreichung scheinen mag, da wir ja erst am Anfang des Weges stehen. Es genügt nicht, zu sagen, wie es im Zimmerwalder Manifest steht, daß „die Kapitalisten lügen, wenn sie behaupten, der Krieg diene der Verteidigung des Vaterlandes“, und daß die Arbeiter im revolutionären Kampf nicht mit der militärischen Lage ihres Landes rechnen dürfen. Man muß klar aussprechen, was hier nur angedeutet wird, daß nämlich nicht nur die Kapitalisten, sondern auch die Sozialchauvinisten und die Kautskyaner lügen, wenn sie den Begriff der Vaterlandsverteidigung in diesem imperialistischen Krieg anwenden; daß revolutionäre Aktionen während des Krieges unmöglich sind, ohne daß dadurch der „eigenen“ Regierung eine Niederlage im Kriege droht, und daß jede Niederlage der Regierung in einem reaktionären Kriege die Revolution erleichtert, die allein imstande ist, einen dauerhaften und demokratischen Frieden herbeizuführen. Es muß endlich den Massen gesagt werden, daß es ohne die Gründung von illegalen Organisationen und einer illegalen, der Zensur nicht unterliegenden Presse unmöglich ist, den beginnenden revolutionären Kampf ernstlich zu fördern, ihn zu entfalten, seine einzelnen Schritte zu kritisieren, seine Fehler zu verbessern und ihn systematisch auszuweiten und zu verschärfen.

7. Was die parlamentarische Aktion der Sozialisten betrifft, so muß in Betracht gezogen werden, daß die Zimmerwalder Konferenz den fünf

sozialdemokratischen Dumaabgeordneten, die unserer Partei angehören und nach Sibirien verbannt worden sind, nicht nur ihre Sympathie ausdrückte, sondern sich auch mit ihrer Taktik solidarisch erklärte. Man kann nicht den revolutionären Kampf der Massen anerkennen und sich gleichzeitig mit einer ausschließlich legalen Tätigkeit der Sozialisten in den Parlamenten zufriedengeben. Eine solche Taktik führt lediglich zur berechtigten Unzufriedenheit der Arbeiter und zu ihrem Übertreten von der Sozialdemokratie zum antiparlamentarischen Anarchismus oder Syndikalismus. Man muß klar und für alle hörbar aussprechen, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten ihre Stellung ausnutzen müssen, nicht nur um im Parlament aufzutreten, sondern auch um den illegalen Organisation und dem revolutionären Kampf der Arbeiter allseitige außerparlamentarische Unterstützung zu geben, und daß die Massen selber durch ihre illegale Organisation diese Tätigkeit ihrer Führer kontrollieren müssen.

8. Die Frage der Einberufung des Internationalen Sozialistischen Büros rollt die prinzipielle Grundfrage auf, ob eine Einigkeit der alten Parteien und der II. Internationale möglich ist. Jeder weitere Schritt der internationalen Arbeiterbewegung auf dem Wege, der in Zimmerwald aufgezeigt wurde, zeigt immer deutlicher die Inkonsequenz der Position der Mehrheit der Zimmerwalder Konferenz: Einerseits wird die Politik der alten Parteien und der II. Internationale mit der *bürgerlichen* Politik in der Arbeiterbewegung identifiziert, mit einer Politik, die die Interessen der Bourgeoisie und nicht die des Proletariats fördert (hierher gehören z. B. die Worte des Zimmerwalder Manifests, daß die „Kapitalisten“ lügen, wenn sie behaupten, dieser Krieg diene der „Verteidigung des Vaterlandes“, und noch bestimmtere Erklärungen in dem Rundschreiben der Internationalen Sozialistischen Kommission vom 10. II. 1916⁶⁷), andererseits befürchtet die Internationale Sozialistische Kommission einen Bruch mit dem Internationalen Sozialistischen Büro und verspricht offiziell, sich aufzulösen, wenn das Büro wieder einberufen werden sollte⁶⁸.

Wir stellen fest, daß über ein solches Versprechen in Zimmerwald nicht nur nicht abgestimmt wurde, sondern daß es überhaupt nicht zur Sprache kam.

Das halbe Jahr, das nach der Zimmerwalder Konferenz verflossen ist, hat bewiesen, daß die Tätigkeit im Geiste Zimmerwalds – wir sprechen

nicht von leeren Worten, sondern eben von einer Tätigkeit – in allen Ländern *tatsächlich* verknüpft ist mit einer Vertiefung und Erweiterung der Spaltung. In Deutschland werden illegale Proklamationen gegen den Krieg entgegen dem Beschluß der Partei, d. h. die Spaltung fördernd, herausgegeben. Als der Abgeordnete Otto Rühle, der engste Kampfgefährte Karl Liebknechts, offen erklärte, daß es faktisch bereits zwei Parteien gibt, eine, welche die Bourgeoisie unterstützt, und eine andere, welche gegen die Bourgeoisie kämpft, da haben zwar viele, darunter auch die Kautskyaner, deswegen Rühle gerügt, aber es hat ihn niemand widerlegt. In Frankreich schlägt das Mitglied der Sozialistischen Partei Bourderon, ein ausgesprochener Gegner der Spaltung, seiner Partei eine Resolution vor, die, wenn angenommen, unbedingt und sofort eine Spaltung zur Folge hätte, nämlich: dem Parteivorstand und der Parlamentsfraktion die Mißbilligung auszusprechen („désapprouver la Comm. Adm. Perm. et le Gr. Parl.“). In England erkennt das Mitglied der ILP T. Russell Williams in der gemäßigten Zeitung „Labour Leader“ offen die Unvermeidlichkeit der Spaltung an, und er wird in Briefen lokaler Funktionäre unterstützt. Vielleicht aber ist das Beispiel Amerikas noch lehrreicher, denn sogar dort, in einem neutralen Land, zeigen sich zwei unversöhnbar feindliche Richtungen innerhalb der sozialistischen Partei: einerseits Anhänger der sogenannten „preparedness“, d. h. des Krieges, des Militarismus und des Marinismus, andererseits propagieren solche Sozialisten wie Eugene Debs, der frühere Präsidentschaftskandidat der sozialistischen Partei, offen den Bürgerkrieg für den Sozialismus, und zwar im Zusammenhang mit dem kommenden Krieg.

In der ganzen Welt ist die Spaltung tatsächlich schon da, es bestehen bereits zwei völlig unversöhnbare politische Stellungnahmen der Arbeiterklasse zum Krieg. Die Augen einfach davor zu verschließen geht nicht an, das könnte nur zur Verwirrung der Arbeitermassen führen, zur Verdunklung ihres Bewußtseins, zur Erschwerung jenes revolutionären Massenkampfes, mit dem alle Zimmerwalder offiziell sympathisieren, und zur Stärkung des Einflusses jener Führer, die von der Internationalen Sozialistischen Kommission im Rundschreiben vom 10. II. 1916 direkt beschuldigt werden, die Massen „irrezuführen“ und eine „Verschwörung“ („Pakt“) *gegen* den Sozialismus vorzubereiten.

Die Sozialchauvinisten und Kautskyaner aller Länder werden ver-

suchen, das bankrott gegangene Internationale Sozialistische Büro wieder zu errichten. Den Sozialisten aber obliegt die Aufgabe, die Massen aufzuklären über die Unvermeidlichkeit des Bruches mit denjenigen, die eine Politik der Bourgeoisie unter der Fahne des Sozialismus treiben.

Geschrieben Februar–März 1916.

*Veröffentlicht am 22. April 1916
in: „Bulletin Nr. 4. Internationale
Sozialistische Kommission zu Bern“.*

*Nach dem russischen Manuskript,
verglichen mit dem deutschen
Text des „Bulletins“.*

SPALTUNG ODER VERWESUNG?

So stellte der „Sozial-Demokrat“ die Frage bereits in Nr. 35*, als er in Anwendung auf die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die Grundideen des Manifests über den Krieg entwickelte, das das ZK unserer Partei herausgegeben hatte**. Sehen wir uns an, wie die *Tatsachen* diese Schlußfolgerung bestätigen.

Offensichtlich verweist die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Für die Spaltung hat sich, ganz zu schweigen von der Gruppe „Internationaler Sozialisten Deutschlands“ (ISD⁶⁹), die *konsequent* gegen die heuchlerischen Kautskyaner kämpft, *offen* der engste Kampfgefährte Karl Liebknechts, *Otto Rühle*, ausgesprochen. Der „Vorwärts“ konnte in seiner Entgegnung kein einziges ernsthaftes, kein einziges ehrliches Argument anführen. Faktisch gibt es in Deutschland *zwei* Arbeiterparteien.

In England ist T. Russell Williams sogar in der gemäßigten, pazifistischen Zeitung „Labour Leader“ (Zentralorgan der „Unabhängigen Arbeiterpartei“) dafür eingetreten, und viele Stimmen lokaler Funktionäre haben ihn unterstützt. In dem versöhnlerischen Pariser „Nasche Slowo“ hat sich Gen. *Ornatski*⁷⁰, der sich große Verdienste um die internationalistische Arbeit in England erworben hat, für die sofortige Spaltung in diesem Lande ausgesprochen. Überflüssig zu sagen, daß wir völlig einverstanden sind mit *Ornatskis* Polemik gegen *Th. Rothstein*, einen Mitarbeiter des „Kommunist“⁷¹, der einen kautskyanischen Standpunkt einnimmt.

* Siehe Werke, Bd. 21, S. 83–90. *Die Red.*

** Ebenda, S. 11–21. *Die Red.*

In Frankreich ist Bourderon ein ausgesprochener Gegner der Spaltung, aber . . . er schlägt dem Parteitag eine Resolution vor, die sowohl den Parteivorstand als auch die Parlamentsfraktion direkt desavouiert! Die Annahme dieser Resolution würde die sofortige Spaltung der Partei bedeuten.

In Amerika besteht eine formale Einheit der „sozialistischen Partei“. In Wirklichkeit predigen die einen Mitglieder, wie Russel u. a., das „Gerüstetsein“, sie treten für den Krieg, für das Heer und die Flotte ein. Andere, wie Eugene Debs, der Präsidentschaftskandidat der Partei, propagieren offen den *Bürgerkrieg* „im Falle“ eines imperialistischen Krieges oder, richtiger gesagt, im Zusammenhang damit.

In der ganzen Welt gibt es jetzt faktisch zwei Parteien. Es gibt jetzt faktisch schon zwei Internationalen. Und wenn die Zimmerwalder Mehrheit sich fürchtet, das zuzugeben, wenn sie von der Einheit mit den Sozialchauvinisten träumt und ihre Bereitschaft erklärt, auf eine solche Einheit einzugehen, so bleiben diese „frommen Wünsche“ in Wirklichkeit nur Wünsche, ein Ausdruck der Inkonsequenz und der Zaghaftigkeit des Denkens. Das Bewußtsein bleibt hinter dem Sein zurück.

Geschrieben Februar–April 1916.

*Zuerst veröffentlicht 1931
im Lenin-Sammelband XVII.*

Nach dem Manuskript.

ÜBER DEUTSCHEN UND NICHTDEUTSCHEN CHAUVINISMUS²

Die deutschen Chauvinisten haben bekanntlich die überwältigende Mehrheit der Führer und Beamten der sogenannten sozialdemokratischen – in Wirklichkeit heute nationalliberalen – Arbeiterpartei ihrem Einfluß unterworfen. Inwieweit dasselbe von nichtdeutschen Chauvinisten vom Schlage der Herren Potressow, Lewizki und Co. zu sagen ist, werden wir später sehen. Gegenwärtig sind wir genötigt, gerade bei den deutschen Chauvinisten zu verweilen, zu denen wir gerechterweise auch Kautsky zählen müssen, wenngleich z. B. P. B. Axelrod in seiner deutschen Broschüre sehr eifrig und sehr zu Unrecht Kautsky verteidigt, indem er ihn für einen „Internationalisten“ erklärt.

Ein Merkmal des deutschen Chauvinismus ist, daß die „Sozialisten“ – Sozialisten in Anführungszeichen – von der Unabhängigkeit anderer Völker reden, nur derer nicht, die von ihrer eigenen Nation unterdrückt werden. Ob man dies nun direkt ausspricht oder ob man diejenigen, die das aussprechen, verteidigt, rechtfertigt und in Schutz nimmt – der Unterschied ist nicht sehr wesentlich.

Die deutschen Chauvinisten, zu denen auch Parvus zählt, der das Blättchen „Die Glocke“ herausgibt, in dem Lensch, Haenisch, Grunwald und diese ganze Sippschaft der „sozialistischen“ Lakaien der deutschen imperialistischen Bourgeoisie schreiben, sprechen z. B. sehr viel und gern von der Unabhängigkeit der von England unterdrückten Völker. Sowohl die Sozialchauvinisten Deutschlands – d. h. Sozialisten in Worten, Chauvinisten in der Tat – als auch die gesamte bürgerliche Presse Deutschlands schreien jetzt lauthals über das schamlose, gewalttätige, reaktionäre usw. Schalten und Walten Englands in seinen Kolonien. Die deutschen Zeitungen schreiben jetzt über die Freiheitsbewegung in Indien ohne Unterlaß, voller Schadenfreude, Begeisterung und Entzücken.

Die Gründe für die Schadenfreude der deutschen Bourgeoisie sind unschwer zu begreifen: Sie hofft, ihre militärische Lage dadurch zu verbessern, daß sie in Indien Unzufriedenheit und eine Bewegung gegen England entfacht. Natürlich sind diese Hoffnungen eitel, denn eine Beeinflussung des Lebens eines viele Millionen zählenden und sehr eigenartigen Volkes von außen her, aus der Ferne, in einer fremden Sprache, eine nicht systematische, sondern gelegentliche, nur für die Dauer des Krieges berechnete Beeinflussung – eine solche Beeinflussung ist ganz und gar nicht ernst zu nehmen. Es handelt sich dabei mehr um eine Selbstberuhigung der deutschen imperialistischen Bourgeoisie, mehr um den Wunsch, das deutsche Volk hinters Licht zu führen, seine Aufmerksamkeit von der Lage im Innern auf äußere Angelegenheiten abzulenken, als um die Absicht, auf Indien einzuwirken.

Es drängt sich aber eine allgemein-theoretische Frage auf: Wo ist die Wurzel des Betrugs bei derartigen Auslassungen zu suchen, welches ist das sichere, unfehlbar wirkende Mittel zur Entlarvung der Heuchelei der deutschen Imperialisten? Denn die richtige theoretische Antwort auf die Frage, wo sich der Betrug verbirgt, dient immer der Entlarvung der Heuchler, die – aus nur allzu begreiflichen Gründen – geneigt sind, den Betrug zu verdecken, ihn zu vertuschen, ihn in verschiedene prunkvolle Gewänder zu hüllen, ihn hinter Phrasen jeder Art, Phrasen über alles mögliche, Phrasen selbst über Internationalismus zu verbergen. In Worten bezeichnen sich als Internationalisten die Lensch wie die Südekum und die Scheidemänner, alle diese Agenten der deutschen Bourgeoisie, die leider noch Mitglieder der sogenannten „Sozialdemokratischen“ Partei Deutschlands sind. Man darf aber die Menschen nicht nach ihren Worten, man muß sie nach ihren Taten beurteilen. Das ist längst bekannt. Wer wird denn in Rußland die Herren Potressow, Lewizki, Bulkin und Co. nach ihren Worten beurteilen? Selbstverständlich niemand.

Die Wurzel des Betrugs der deutschen Chauvinisten liegt darin, daß sie, während sie ihre Sympathie für die Unabhängigkeit der von ihrem militärischen Gegner, England, unterdrückten Völker nicht laut genug hinausschreien können, bescheiden – mitunter sogar allzu bescheiden – über die Unabhängigkeit der von *ihrer eigenen* Nation unterdrückten Völker mit Stillschweigen hinweggehen.

Nehmen wir z. B. die Dänen, Durch die Annexion Schleswigs riß

Preußen, wie es alle „Groß“mächte tun, auch einen Gebietsteil mit dänischer Bevölkerung an sich. Die Verletzung der Rechte dieser Bevölkerung war so offensichtlich, daß bei der Abtretung der österreichischen „Rechte“ auf Schleswig an Preußen entsprechend dem Prager Frieden vom 23.–30. August 1866 im Friedensvertrag festgesetzt wurde, daß die Bevölkerung der nördlichen Bezirke Schlesiens in freier Abstimmung zu befragen sei, ob sie eine Vereinigung mit Dänemark wünsche, und daß sie im Falle einer bejahenden Antwort mit Dänemark vereinigt werden sollte. Preußen erfüllte dies nicht und setzte 1878 die Aufhebung der für Preußen höchst „unangenehmen“ Bestimmung durch.

Friedrich Engels, der den Chauvinismus der Großmächten nicht unbeachtet ließ, hat auf diese Verletzung der Rechte eines kleinen Volkes durch Preußen besonders hingewiesen.⁷³ Aber die heutigen Sozialchauvinisten Deutschlands, die in Worten das Selbstbestimmungsrecht der Nationen anerkennen, wie es auch Kautsky in Worten anerkennt, dachten und denken in Wirklichkeit nicht daran, eine konsequent und entschieden demokratische Agitation für die Befreiung einer unterdrückten Nation zu treiben, sobald es sich um die Unterdrückung seitens „ihrer“ Nation handelt. Hier „liegt der Hund begraben“. Das ist der Kern der Frage des Chauvinismus und seiner Entlarvung.

Bei uns hat man viel darüber gewitzelt, daß das „Russkoje Snamja“⁷⁴, die „Reußenfahne“, sich sehr oft wie eine „Preußenfahne“ benommen hat. Aber die Sache beschränkt sich nicht auf das „Russkoje Snamja“, denn die Herren Potressow, Lewizki und Co. argumentieren bei uns im Geiste derselben Prinzipien wie Lensch, Kautsky und Co. Man werfe z. B. einen Blick in das „Rabotscheje Utro“ der Liquidatoren, und man wird genau dieselben „preußischen“, richtiger gesagt, international-chauvinistischen Argumente und Methoden der Beweisführung finden. Chauvinismus bleibt Chauvinismus, welchen nationalen Stempel er auch tragen, mit welchen pazifistischen Phrasen er auch verbrämt sein möge.

Veröffentlicht am 31. Mai 1916
in der Zeitschrift „Woprossy Strachowanija“
Nr. 5 (54).

Nach dem Manuskript.

DER IMPERIALISMUS
ALS HÖCHSTES STADIUM
DES KAPITALISMUS⁷⁵

Gemeinverständlicher Abriß

*Geschrieben Januar–Juni 1916.
Zuerst veröffentlicht Mitte 1917
als Broschüre in Petrograd vom
Verlag „Štisa i Snašje“; das
Vorwort zur französischen und
deutschen Ausgabe 1921 in der
Zeitschrift „Kommunističeski
Internacional“ Nr. 18.*

*Nach dem Manuskript, verglichen
mit dem Text der Broschüre; das
Vorwort zur französischen und
deutschen Ausgabe nach der
Zeitschrift.*

Н. ЛЕНИНЪ (ВЛ. ИЛЬИНЪ).

**ИМПЕРІАЛИЗМЪ,
КАКЪ НОВѢЙШІЙ ЭТАПЪ
КАПИТАЛИЗМА.**

(Популярный очеркъ).

СКЛАДЪ ИЗДАНІЯ:

Книжный складъ и магазинъ „Жизнь и Знаніе“
Петроградъ. Поварской пер., 2, кв. 9 и 10. Тел. 227—42.
1917 г.

Umschlag von W. I. Lenins Buch
„Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“
1917

Verkleinert

VORWORT

Die Schrift, die ich hiermit dem Leser vorlege, ist im Frühjahr 1916 in Zürich verfaßt worden. Bei den dortigen Arbeitsbedingungen litt ich natürlich unter einem gewissen Mangel an französischer und englischer und einem sehr großen Mangel an russischer Literatur. Das englische Hauptwerk über den Imperialismus, das Buch von J. A. Hobson, habe ich jedoch mit der Aufmerksamkeit verwertet, die diese Arbeit meiner Überzeugung nach verdient.

Die Schrift ist im Hinblick auf die zaristische Zensur abgefaßt. Aus diesem Grunde war ich nicht nur genötigt, mich strengstens auf die ausschließlich theoretische – insbesondere die ökonomische – Analyse zu beschränken, sondern auch die wenigen notwendigen Bemerkungen über die Politik mit größter Vorsicht zu formulieren, Andeutungen zu machen, mich der äsopischen Sprache zu bedienen, der verfluchten äsopischen Sprache, zu welcher der Zarismus alle Revolutionäre zwang, sobald sie die Feder in die Hand nahmen, um ein „legales“ Werk zu schreiben.

Es fällt schwer, jetzt, in den Tagen der Freiheit, diese durch die Rücksicht auf die zaristische Zensur entstellten, zusammengequetschten, in einen eisernen Schraubstock gepreßten Stellen der Broschüre wieder zu lesen. Daß der Imperialismus der Vorabend der sozialistischen Revolution ist, daß der Sozialchauvinismus (Sozialismus in Worten, Chauvinismus in Taten) gleichbedeutend ist mit dem völligen Verrat am Sozialismus, mit dem vollständigen Übergang auf die Seite der Bourgeoisie, daß diese Spaltung der Arbeiterbewegung im Zusammenhang steht mit den objektiven Bedingungen des Imperialismus u. dgl. m. – darüber mußte ich in einer „Sklaven“sprache reden, und so bin ich genötigt, den Leser, der

sich für die Frage interessiert, auf den bald erscheinenden Neudruck meiner im Ausland geschriebenen Artikel aus den Jahren 1914–1917 zu verweisen. Es sei besonders eine Stelle auf den Seiten 119/120* hervorgehoben: Um in zensurfähiger Form dem Leser klarzumachen, wie schamlos die Kapitalisten und die auf ihre Seite übergegangenen Sozialchauvinisten (gegen die Kautsky so inkonsequent kämpft) in der Frage der Annexionen lügen, wie schamlos sie die Annexionen *ihrer* Kapitalisten *bemänteln*, war ich gezwungen, als Beispiel – Japan zu wählen! Der aufmerksame Leser wird mit Leichtigkeit an Stelle Japans – Rußland setzen und an Stelle Koreas – Finnland, Polen, Kurland, die Ukraine, Chiwa, Buchara, Estland und die anderen nicht von Großrussen besiedelten Gebiete.

Ich möchte hoffen, daß meine Schrift dazu beitragen wird, sich in der ökonomischen Grundfrage zurechtzufinden, ohne deren Studium man nicht im geringsten verstehen kann, wie der jetzige Krieg und die jetzige Politik einzuschätzen sind, nämlich in der Frage nach dem ökonomischen Wesen des Imperialismus.

Der Verfasser

Petrograd, 26. April 1917

* Siehe den vorliegenden Band, S. 303. *Die Red.*

VORWORT ZUR
FRANZÖSISCHEN UND DEUTSCHEN AUSGABE⁷⁰

I

Die vorliegende Schrift ist, wie im Vorwort zur russischen Ausgabe erwähnt, 1916 im Hinblick auf die zaristische Zensur verfaßt worden. Ich habe nicht die Möglichkeit, gegenwärtig den ganzen Text umzuarbeiten, überdies dürfte das wohl auch unzweckmäßig sein, denn die Hauptaufgabe des Buches bleibt nach wie vor, an Hand von zusammenfassenden Daten unbestrittener bürgerlicher Statistiken und von Zeugnissen bürgerlicher Gelehrter aller Länder zu zeigen, wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts, am Vorabend des ersten imperialistischen Weltkriegs, das *Gesamtbild* der kapitalistischen Weltwirtschaft in ihren internationalen Wechselbeziehungen war.

Einesteils dürfte es für viele Kommunisten in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern sogar von Nutzen sein, sich am Beispiel dieser *vom Standpunkt der zaristischen Zensur legalen* Schrift davon zu überzeugen, daß es möglich – und notwendig – ist, selbst die geringen Überreste von Legalität, die den Kommunisten beispielsweise im heutigen Amerika oder in Frankreich nach den jüngsten Verhaftungen fast aller Kommunisten noch verbleiben, dazu auszunutzen, die ganze Verlogenheit der sozialpazifistischen Ansichten und Hoffnungen auf die „Welt-demokratie“ aufzudecken. In diesem Vorwort will ich versuchen, die notwendigsten Ergänzungen zu dieser Schrift, die der Zensur unterlag, zu geben.

II

In der Schrift wird der Beweis erbracht, daß der Krieg von 1914–1918 auf beiden Seiten ein imperialistischer Krieg (d. h. ein Eroberungskrieg, ein Raub- und Plünderungskrieg) war, ein Krieg um die Aufteilung der Welt, um die Verteilung und Neuverteilung der Kolonien, der „Einflußsphären“ des Finanzkapitals usw.

Denn der Beweis für den wahren sozialen oder, richtiger gesagt, den wahren Klassencharakter eines Krieges ist selbstverständlich nicht in der diplomatischen Geschichte des Krieges zu suchen, sondern in der Analyse der *objektiven* Lage der herrschenden *Klassen* in *allen* kriegführenden Staaten. Um diese objektive Lage darstellen zu können, darf man nicht Beispiele und einzelne Daten herausgreifen (bei der ungeheuren Kompliziertheit der Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens kann man immer eine beliebige Zahl von Beispielen oder Einzeldaten ausfindig machen, um jede beliebige These zu erhärten), sondern man muß unbedingt die *Gesamtheit* der Daten über die *Grundlagen* des Wirtschaftslebens *aller* kriegführenden Mächte und der *ganzen* Welt nehmen.

Gerade solche unwiderlegbaren zusammenfassenden Daten habe ich bei der Schilderung der *Verteilung der Welt* in den Jahren 1876 und 1914 (im Kapitel VI) und der Verteilung der *Eisenbahnen* der ganzen Welt in den Jahren 1890 und 1913 (im Kapitel VII) angeführt. Die Eisenbahnen sind Ergebnisse der Hauptzweige der kapitalistischen Industrie, der Kohlen- und Eisenindustrie – Ergebnisse und zugleich anschaulichste Gradmesser der Entwicklung des Welthandels und der bürgerlich-demokratischen Zivilisation. Wie die Eisenbahnen mit der Großindustrie, mit den Monopolen, den Syndikaten, den Kartellen, den Trusts, den Banken, mit der Finanzoligarchie verbunden sind, das ist in den vorhergehenden Kapiteln des Buches gezeigt. Die Verteilung des Eisenbahnnetzes, die Ungleichmäßigkeit dieser Verteilung, die Ungleichmäßigkeit seiner Entwicklung – das sind Ergebnisse des modernen Monopolkapitalismus im Weltmaßstab. Und diese Ergebnisse zeigen, daß auf einer *solchen* wirtschaftlichen Grundlage, *solange* das Privateigentum an den Produktionsmitteln besteht, imperialistische Kriege absolut unvermeidlich sind.

Der Bau von Eisenbahnen scheint ein einfaches, natürliches, demokratisches, kulturelles, zivilisatorisches Unternehmen zu sein: Ein sol-

ches ist er in den Augen der bürgerlichen Professoren, die für die Beschönigung der kapitalistischen Sklaverei bezahlt werden, und in den Augen der kleinbürgerlichen Philister. In Wirklichkeit haben die kapitalistischen Fäden, durch die diese Unternehmungen in tausendfältigen Verschlingungen mit dem Privateigentum an den Produktionsmitteln überhaupt verknüpft sind, diesen Bau in ein Werkzeug zur Unterdrückung von *einer Milliarde* Menschen (in den Kolonien und Halbkolonien), d. h. von mehr als der Hälfte der Erdbevölkerung in den abhängigen Ländern und der Lohnsklaven des Kapitals in den „zivilisierten“ Ländern verwandelt.

Auf der Arbeit des Kleinproduzenten beruhendes Privateigentum, freie Konkurrenz, Demokratie – alle diese Schlagworte, mit denen die Kapitalisten und ihre Presse die Arbeiter und Bauern betrügen, liegen weit zurück. Der Kapitalismus ist zu einem Weltsystem kolonialer Unterdrückung und finanzieller Erdrosselung der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung der Erde durch eine Handvoll „fortgeschrittener“ Länder geworden. Und in diese „Beute“ teilen sich zwei, drei weltbeherrschende, bis an die Zähne bewaffnete Räuber (Amerika, England, Japan), die die ganze Welt in *ihren* Krieg um die Teilung *ihrer* Beute mit hineinreißen.

III

Der Frieden von Brest-Litowsk, von dem monarchistischen Deutschland diktiert, und dann der weitaus bestialischere und niederträchtigere Frieden von Versailles, von „demokratischen“ Republiken, Amerika und Frankreich, sowie vom „freien“ England diktiert, haben der Menschheit einen überaus nützlichen Dienst geleistet, indem sie sowohl die gedungenen Tintenkulis des Imperialismus entlarvten wie auch die reaktionären Spießer – mögen diese sich auch Pazifisten und Sozialisten nennen –, die den „Wilsonismus“ priesen und zu beweisen suchten, daß unter dem Imperialismus Frieden und Reformen möglich seien.

Dutzende Millionen von Leichen und Krüppeln, die der Krieg hinterließ – ein Krieg, der darum geführt wurde, ob die englische oder die deutsche Gruppe von Finanzräubern einen größeren Teil der Beute erhalten soll –, und dann diese beiden „Friedensverträge“ öffnen mit einer bisher ungekannten Schnelligkeit Millionen und aber Millionen durch die Bourgeoisie eingeschüchterter, niedergehaltener, betrogener und be-

törter Menschen die Augen. Auf dem Boden des durch den Krieg hervorgerufenen Ruins in der ganzen Welt erwächst somit die weltweite revolutionäre Krise, die, welche lange und schwere Wandlungen sie auch durchmachen mag, nicht anders enden kann als mit der proletarischen Revolution und deren Sieg.

Das Basler Manifest der II. Internationale, das 1912 eine Einschätzung nicht des Krieges überhaupt (es gibt verschiedene Kriege, es gibt auch revolutionäre Kriege), sondern gerade desjenigen Krieges gab, der 1914 ausbrach, dieses Manifest ist uns als Denkmal, das den ganzen schmachvollen Bankrott, das ganze Renegatentum der Helden der II. Internationale anprangert, erhalten geblieben.

Ich bringe deshalb dieses Manifest im Anhang zu der vorliegenden Ausgabe und mache die Leser eindringlich darauf aufmerksam, daß die Helden der II. Internationale alle jene Stellen des Manifests geflissentlich umgehen, wo von dem Zusammenhang eben dieses kommenden Krieges mit der proletarischen Revolution präzisiert, klar und direkt die Rede ist – sie ebenso geflissentlich umgehen, wie ein Dieb die Stelle meidet, wo er gestohlen hat.

IV

Besondere Aufmerksamkeit ist in der vorliegenden Schrift der Kritik des „Kautskyanertums“ gewidmet, jener internationalen geistigen Strömung, die in allen Ländern der Welt von den „angesehensten Theoretikern“, den Führern der II. Internationale (Otto Bauer und Co. in Österreich, Ramsay MacDonald u. a. in England, Albert Thomas in Frankreich usw. usw.) samt einer Unmenge von Sozialisten, Reformisten, Pazifisten, bürgerlichen Demokraten und Pfaffen vertreten wird.

Diese geistige Strömung ist einerseits ein Produkt der Zersetzung, der Verwesung der II. Internationale und andererseits die unvermeidliche Frucht der Ideologie von Kleinbürgern, die infolge ihrer ganzen Lebenslage im Banne bürgerlicher und demokratischer Vorurteile befangen sind.

Bei Kautsky und seinesgleichen bedeuten derartige Ansichten den vollständigen Verzicht gerade auf die revolutionären Grundlagen des Marxismus, die dieser Schriftsteller jahrzehntelang, übrigens besonders im Kampfe gegen den sozialistischen Opportunismus (von Bernstein, Millerand, Hyndman, Gompers u. a.) verteidigt hat. Es ist daher kein Zufall, daß

sich die „Kautskyaner“ jetzt in der ganzen Welt praktisch-politisch mit den extremen Opportunisten (durch die II. oder gelbe Internationale) und mit den bürgerlichen Regierungen (durch die bürgerlichen Koalitionsregierungen unter Teilnahme von Sozialisten) vereinigt haben.

Die in der ganzen Welt anwachsende proletarische revolutionäre Bewegung im allgemeinen und kommunistische Bewegung im besonderen kann der Analyse und Aufdeckung der theoretischen Fehler des „Kautskyanertums“ nicht entraten. Das gilt um so mehr, als die Strömungen des Pazifismus und des „Demokratismus“ schlechthin, die nicht im geringsten den Anspruch erheben, marxistisch zu sein, die aber genauso wie Kautsky und Co. die Tiefe der Widersprüche des Imperialismus und die Unvermeidlichkeit der durch ihn erzeugten revolutionären Krise vertuschen – als diese Strömungen in der ganzen Welt noch außerordentlich stark verbreitet sind. Und der Kampf gegen diese Strömungen ist Pflicht der Partei des Proletariats, die der Bourgeoisie die von ihr betörten Kleinproduzenten und die Millionen der in mehr oder weniger kleinbürgerliche Lebensverhältnisse versetzten Werktätigen entreißen muß.

V

Einige Worte müssen über das Kapitel VIII: „Parasitismus und Fäulnis des Kapitalismus“ gesagt werden. Wie schon im Text des Buches vermerkt ist, hat Hilferding, der ehemalige „Marxist“, aber jetzige Mitstreiter Kautskys und einer der Hauptrepräsentanten der bürgerlichen, reformistischen Politik in der „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“⁷⁷, in dieser Frage im Vergleich zu dem *offenen* Pazifisten und Reformisten, dem Engländer Hobson, einen Schritt zurück getan. Die internationale Spaltung der gesamten Arbeiterbewegung ist jetzt schon ganz offen zutage getreten (II. und III. Internationale). Auch die Tatsache des bewaffneten Kampfes und des Bürgerkriegs zwischen den beiden Richtungen ist zutage getreten: in Rußland – Unterstützung Koltshaks und Denikins durch die Menschewiki und „Sozialrevolutionäre“ gegen die Bolschewiki, in Deutschland – die Scheidemann samt Noske und Co. mit der Bourgeoisie gegen die Spartakusleute⁷⁸, desgleichen in Finnland, Polen, Ungarn usw. Was ist nun die ökonomische Grundlage dieser weltgeschichtlichen Erscheinung?

Es sind eben der Parasitismus und die Fäulnis des Kapitalismus, die seinem höchsten geschichtlichen Stadium, d. h. dem Imperialismus, eigen sind. Wie in der vorliegenden Schrift nachgewiesen ist, hat der Kapitalismus jetzt eine *Handvoll* (weniger als ein Zehntel der Erdbevölkerung, ganz „freigebig“ und übertrieben gerechnet, weniger als ein Fünftel) besonders reicher und mächtiger Staaten hervorgebracht, die – durch einfaches „Kuponschneiden“ – die ganze Welt ausplündern. Der Kapital-export ergibt Einkünfte von 8–10 Milliarden Francs jährlich, und zwar nach den Vorkriegspreisen und der bürgerlichen Vorkriegsstatistik. Gegenwärtig ist es natürlich viel mehr.

Es ist klar, daß man aus solchem gigantischen *Extraprofit* (denn diesen Profit streichen die Kapitalisten über den Profit hinaus ein, den sie aus den Arbeitern ihres „eigenen“ Landes herauspressen) die Arbeiterführer und die Oberschicht der Arbeiteraristokratie *bestechen kann*. Sie wird denn auch von den Kapitalisten der „fortgeschrittenen“ Länder bestochen – durch tausenderlei Methoden, direkte und indirekte, offene und versteckte.

Diese Schicht der verbürgerten Arbeiter oder der „Arbeiteraristokratie“, in ihrer Lebensweise, nach ihrem Einkommen, durch ihre ganze Weltanschauung vollkommen verspießert, ist die Hauptstütze der II. Internationale und in unseren Tagen die *soziale* (nicht militärische) *Hauptstütze der Bourgeoisie*. Denn sie sind wirkliche *Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung*, Arbeiterkommis der Kapitalistenklasse (labor lieutenants of the capitalist class), wirkliche Schrittmacher des Reformismus und Chauvinismus. Im Bürgerkrieg zwischen Proletariat und Bourgeoisie stellen sie sich in nicht geringer Zahl unweigerlich auf die Seite der Bourgeoisie, auf die Seite der „Versailler“ gegen die „Kommunarden“.

Ohne die ökonomischen Wurzeln dieser Erscheinung begriffen zu haben, ohne ihre politische und soziale Bedeutung abgewogen zu haben, ist es unmöglich, auch nur einen Schritt zur Lösung der praktischen Aufgaben der kommunistischen Bewegung und der kommenden sozialen Revolution zu machen.

Der Imperialismus ist der Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats. Das hat sich seit 1917 im Weltmaßstab bestätigt.

6. Juli 1920

N. Lenin

In den letzten 15–20 Jahren, besonders nach dem Spanisch-Amerikanischen Krieg (1898) und dem Burenkrieg (1899–1902), verwendet die ökonomische sowie die politische Literatur der Alten und der Neuen Welt immer häufiger den Begriff „Imperialismus“, um die Epoche, in der wir leben, zu charakterisieren. Im Jahre 1902 erschien in London und New York das Werk des englischen Ökonomen J. A. Hobson „Imperialismus“. Der Verfasser, der den Standpunkt des bürgerlichen Sozialreformismus und Pazifismus vertritt – einen Standpunkt, der im Grunde genommen mit der jetzigen Stellung des ehemaligen Marxisten K. Kautsky übereinstimmt –, gibt eine sehr gute und ausführliche Beschreibung der grundlegenden ökonomischen und politischen Besonderheiten des Imperialismus. Im Jahre 1910 erschien in Wien das Werk des österreichischen Marxisten Rudolf Hilferding „Das Finanzkapital“ (russische Übersetzung Moskau 1912). Obwohl der Autor in der Geldtheorie irrt und eine gewisse Neigung zeigt, den Marxismus mit dem Opportunismus zu versöhnen, ist dieses Werk eine höchst wertvolle theoretische „Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus“, wie der Untertitel des Hilferdingschen Buches lautet. Im Grunde genommen geht das, was in den letzten Jahren über den Imperialismus gesagt wurde – insbesondere in sehr zahlreichen Zeitschriften- und Zeitungsartikeln zu diesem Thema und ebenso in Resolutionen, z. B. der im Herbst 1912 abgehaltenen Kongresse von Chemnitz und Basel –, kaum über den Kreis der Ideen hinaus, die von den beiden genannten Autoren dargelegt oder vielmehr zusammengefaßt worden sind . . .

Im folgenden wollen wir versuchen, den Zusammenhang und das Wechselverhältnis der *grundlegenden* ökonomischen Besonderheiten des Imperialismus in aller Kürze und in möglichst gemeinverständlicher Form darzustellen. Auf die nichtökonomische Seite der Frage werden wir nicht so eingehen können, wie sie es verdienen würde. Literaturangaben und andere Hinweise, für die nicht alle Leser Interesse haben dürften, bringen wir am Schluß der Broschüre.

I. KONZENTRATION DER PRODUKTION UND MONOPOLE

Das ungeheure Wachstum der Industrie und der auffallend rasche Prozeß der Konzentration der Produktion in immer größeren Betrieben ist eine der charakteristischen Besonderheiten des Kapitalismus. Die modernen Betriebszählungen liefern uns über diesen Prozeß die vollständigsten und genauesten Daten.

In Deutschland z. B. waren von je tausend Industrieunternehmungen Großbetriebe, d. h. Betriebe mit mehr als 50 Lohnarbeitern: im Jahre 1882 – 3, im Jahre 1895 – 6 und im Jahre 1907 – 9. Von je hundert Arbeitern entfielen auf diese Betriebe: 22, 30 und 37. Aber die Konzentration der Produktion ist viel stärker als die Konzentration der Arbeiter, denn die Arbeit ist in den Großbetrieben viel produktiver. Darauf weisen die Daten über Dampfmaschinen und elektrische Motoren hin. Ziehen wir in Betracht, was man in Deutschland als Industrie im weiteren Sinne bezeichnet, d. h., schließen wir auch den Handel, das Verkehrswesen usw. ein, so erhalten wir folgendes Bild: Von den 3 265 623 Unternehmungen Deutschlands sind 30 588, d. h. nur 0,9%, Großbetriebe. Auf sie entfallen von 14,4 Millionen Arbeitern 5,7 Mill., d. h. 39,4%; von den 8,8 Mill. Pferdestärken der Dampfmaschinen 6,6 Mill., d. h. 75,3%; von den 1,5 Mill. Kilowatt elektrischer Energie 1,2 Mill. Kilowatt, d. h. 77,2%.

Weniger als ein Hundertstel der Betriebe verfügt über *mehr als drei Viertel* der gesamten Dampf- und Elektrizitätskraft! Auf die 2,97 Mill. Kleinbetriebe (mit höchstens 5 Lohnarbeitern), die 91% der Gesamtzahl der Betriebe ausmachen, entfallen im ganzen 7% der Dampf- und Elek-

trizitätskraft! Einige zehntausend Großbetriebe sind alles; Millionen von Kleinbetrieben sind nichts.

Betriebe mit 1 000 und mehr Arbeitern gab es 1907 in Deutschland 586. Diese beschäftigten fast *ein Zehntel* (1,38 Mill.) der Gesamtzahl der Arbeiter und verfügten über *nahezu ein Drittel* (32%) aller Dampf- und Elektrizitätskraft.* Das Geldkapital und die Banken machen, wie wir sehen werden, dieses Übergewicht eines Häufleins von Großbetrieben noch erdrückender, und zwar im buchstäblichen Sinne des Wortes, d. h., Millionen kleiner, mittlerer und sogar zum Teil großer „Unternehmer“ sind in Wirklichkeit von einigen hundert Millionären der Hochfinanz völlig unterjocht.

In einem anderen fortgeschrittenen Land des modernen Kapitalismus, den Vereinigten Staaten von Nordamerika, wächst die Konzentration der Produktion noch stärker. Hier sondert die Statistik die Industrie im engeren Sinne aus und gruppiert die Betriebe nach dem Wert ihrer Jahresproduktion. 1904 gab es an Großbetrieben mit einer Jahresproduktion von 1 Million Dollar und darüber 1900 (von 216 180, d. h. 0,9%); auf sie entfielen 1,4 Mill. Arbeiter (von 5,5 Mill., d. h. 25,6%) und 5,6 Milliarden der Jahresproduktion (von 14,8 Milliarden, d. h. 38%). Fünf Jahre später, im Jahre 1909, lauteten die entsprechenden Zahlen: 3 060 Betriebe (von 268 491, d. h. 1,1%) mit 2 Mill. Arbeitern (von 6,6 Mill., d. h. 30,5%) und 9 Milliarden Jahresproduktion (von 20,7 Milliarden, d. h. 43,8%).**

Fast die Hälfte der Gesamtproduktion aller Betriebe des Landes liegt in den Händen *eines Hundertstels* der Gesamtzahl der Betriebe! Und diese dreitausend Riesenbetriebe umfassen 258 Industriezweige. Daraus erhellt, daß die Konzentration auf einer bestimmten Stufe ihrer Entwicklung sozusagen von selbst dicht an das Monopol heranführt. Denn einigen Dutzend Riesenbetrieben fällt es leicht, sich untereinander zu verständigen, während andererseits gerade durch das Riesenausmaß der Betriebe die Konkurrenz erschwert und die Tendenz zum Monopol erzeugt wird. Diese Verwandlung der Konkurrenz in das Monopol ist eine der

* Zahlenangaben nach den „Annalen des Deutschen Reichs“, 1911, Zahn.

** „Statistical Abstract of the United States“ (Statistisches Jahrbuch der Vereinigten Staaten. *Die Red.*), 1912, S. 202.

wichtigsten Erscheinungen – wenn nicht die wichtigste – in der Ökonomik des modernen Kapitalismus, und wir müssen daher ausführlicher darauf eingehen. Doch zuerst muß ein mögliches Mißverständnis beseitigt werden.

Die amerikanische Statistik besagt: 3 000 Riesenbetriebe in 250 Industriezweigen. Demnach kämen im ganzen je 12 Betriebe größten Ausmaßes auf jeden Industriezweig.

Dem ist aber nicht so. Nicht in jedem Industriezweig gibt es Großbetriebe; und andererseits ist eine äußerst wichtige Besonderheit des Kapitalismus, der die höchste Entwicklungsstufe erreicht hat, die sogenannte *Kombination*, d. h. die Vereinigung verschiedener Industriezweige in einem einzigen Unternehmen; diese Industriezweige bilden entweder aufeinanderfolgende Stufen der Verarbeitung des Rohstoffs (z. B. Gewinnung von Roheisen aus Erz, seine Verarbeitung zu Stahl und unter Umständen auch die Erzeugung dieser oder jener Stahlfabrikate) oder spielen in bezug aufeinander eine Hilfsrolle (z. B. Verarbeitung von Abfällen oder Nebenprodukten; Herstellung von Verpackungsmaterial usw.).

„... die Kombination“, schreibt Hilferding, „gleicht Konjunkturunterschiede aus und bewirkt daher für das kombinierte Werk eine größere Stetigkeit der Profitrate. Zweitens bewirkt die Kombination Ausschaltung des Handels. Drittens bewirkt sie die Möglichkeit technischer Fortschritte und damit die Erlangung von Extraprofit gegenüber dem ‚reinen‘“ (d. h. nicht kombinierten) „Werk. Viertens stärkt sie die Stellung des kombinierten Werkes gegenüber dem ‚reinen‘ im Konkurrenzkampf zur Zeit einer starken Depression“ (Geschäftsstockung, Krise), „wenn die Senkung der Rohmaterialpreise nicht Schritt hält mit der Senkung der Fabrikatspreise.“*

Der deutsche bürgerliche Ökonom Heymann, der der Schilderung der „gemischten“, d. h. kombinierten Werke in der deutschen Eisenindustrie eine besondere Schrift gewidmet hat, sagt: „Die reinen Werke werden zwischen hohen Material- und niedrigen Fabrikatspreisen zerquetscht.“ Es ergibt sich folgendes Bild: „Übriggeblieben sind auf der einen Seite die großen Kohlengesellschaften mit einer Förderung, die in die Millionen

* „Das Finanzkapital“, russ. Übersetzung, S. 286/287. (Deutsche Ausgabe Berlin 1955, S. 284. *Der Übers.*)

Tonnen Kohle geht, fest organisiert in ihrem Kohlensyndikat, und eng verbunden mit ihnen die großen Stahlwerke und ihr Stahlsyndikat. Diese Riesenunternehmungen mit 400 000 t Stahlproduktion im Jahr, entsprechender Ausdehnung der Kohlen-, Erz- und Hochofenbetriebe wie der Fertigfabrikation, mit 10 000 Arbeitern, die in Werkskolonien kaserniert sind, ja zum Teil mit eigenen Bahnen und Häfen, diese Riesenunternehmungen sind heute der rechte Typus des deutschen Eisenwerks. Und immer weiter schreitet die Konzentration vorwärts. Der einzelne Betrieb wird stetig größer; immer mehr Betriebe der gleichen oder verschiedener Art ballen sich zu Riesenunternehmungen zusammen, die in einem halben Dutzend Berliner Großbanken ihre Stützen und ihre Leiter finden. Für die Montanindustrie ist die Richtigkeit der Konzentrationslehre von Karl Marx exakt nachgewiesen, jedenfalls in einem Land, in dem sie, wie bei uns, durch Zölle und Frachttarife geschützt wird. Die Montanindustrie Deutschlands ist reif zur Expropriation.*

Zu diesem Schluß mußte ein ausnahmsweise gewissenhafter bürgerlicher Ökonom kommen. Es sei bemerkt, daß er Deutschland in Anbetracht der hohen Industrieschutzzölle eine gewisse Sonderstellung einräumt. Aber dieser Umstand konnte die Konzentration und die Bildung von monopolistischen Unternehmerverbänden, Kartellen, Syndikaten usw. nur beschleunigen. Es ist außerordentlich wichtig, daß im Lande des Freihandels, in England, die Konzentration *ebenfalls* zum Monopol führt, wenn auch etwas später und vielleicht in anderer Form. So schreibt Professor Hermann Levy in einer speziellen Untersuchung über „Monopole, Kartelle und Trusts“ auf Grund der Daten über die wirtschaftliche Entwicklung Großbritanniens:

„In Großbritannien ist es die Größe der Unternehmung und ihre Leistungsfähigkeit, welche eine monopolistische Tendenz in sich trägt. Dies einmal dadurch, daß die großen Kapitalinvestitionen pro Unternehmung, sobald einmal die Konzentrationsbewegung eingesetzt hat, wachsende Anforderungen an die Kapitalbeschaffung neuer Unternehmungen stellen und damit ihr Aufkommen erschweren. Weiter aber (und dies scheint uns der wichtigste Punkt zu sein) repräsentiert jede neue Unternehmung, welche mit den auf Grund des Konzentrationsprozesses entstandenen

* Hans Gideon Heymann, „Die gemischten Werke im deutschen Großisen-gewerbe“, Stuttgart 1904 (S. 256, 278).

Riesenunternehmungen Schritt halten will, ein so großes Mehrangebot von Produkten, daß sie, um diese abzusetzen, entweder nur bei einer enorm wachsenden Nachfrage mit Nutzen verkaufen könnte oder aber sofort die Preise auf ein für sie wie für die Monopolvereinigungen unrentables Niveau drücken würde.“ Zum Unterschied von anderen Ländern, wo die Schutzzölle die Kartellbildung erleichtern, entstehen in England monopolistische Unternehmerverbände, Kartelle und Trusts in der Regel nur dann, wenn die Zahl der wichtigsten konkurrierenden Unternehmungen „nicht mehr als ein paar Dutzend“ ausmacht. „Hier allein tritt für ein ganzes Wirtschaftsgebiet der Einfluß der Konzentrationsbewegung auf die großindustrielle Monopolorganisation in kristallisierter Reinheit zutage.“*

Vor einem halben Jahrhundert, als Marx sein „Kapital“ schrieb, erschien der überwiegenden Mehrheit der Ökonomen die freie Konkurrenz als ein „Naturgesetz“. Die offizielle Wissenschaft versuchte das Werk von Marx totzuschweigen, der durch seine theoretische und geschichtliche Analyse des Kapitalismus bewies, daß die freie Konkurrenz die Konzentration der Produktion erzeugt, diese Konzentration aber auf einer bestimmten Stufe ihrer Entwicklung zum Monopol führt. Das Monopol ist jetzt zur Tatsache geworden. Die Ökonomen schreiben Berge von Büchern, beschreiben die einzelnen Erscheinungsformen des Monopols und verkünden nach wie vor einstimmig, daß der „Marxismus widerlegt“ sei. Aber Tatsachen sind ein hartnäckig Ding, sagt ein englisches Sprichwort, und man muß ihnen wohl oder übel Rechnung tragen. Die Tatsachen zeigen, daß die Unterschiede zwischen einzelnen kapitalistischen Ländern, z. B. in bezug auf Schutzzoll oder Freihandel, bloß unwesentliche Unterschiede in der Form der Monopole oder in der Zeit ihres Aufkommens bedingen, während die Entstehung der Monopole infolge der Konzentration der Produktion überhaupt ein allgemeines Grundgesetz des Kapitalismus in seinem heutigen Entwicklungsstadium ist.

Für Europa läßt sich die Zeit der *endgültigen* Ablösung des alten Kapitalismus durch den neuen ziemlich genau feststellen: Es ist der Anfang

* Hermann Levy, „Monopole, Kartelle und Trusts“, Jena 1909, S. 286, 290, 298.

des 20. Jahrhunderts. In einer der neuesten zusammenfassenden Arbeiten über die Geschichte der „Monopolbildung“ lesen wir:

„Man kann aus der Zeit vor 1860 einzelne Beispiele kapitalistischer Monopole anführen; man kann in ihnen den Ansatz zu den Formen entdecken, die uns heute so geläufig geworden sind; aber all das ist durchaus Vorgeschichte. Der eigentliche Beginn der modernen Monopole liegt allerfrühestens in den sechziger Jahren. Ihre erste große Entwicklungsperiode hebt mit der internationalen Depression der siebziger Jahre an und reicht bis zum Beginn der neunziger Jahre . . . Europäisch betrachtet, kulminiert die freie Konkurrenz in den sechziger und siebziger Jahren. Damals beendete England den Ausbau seiner kapitalistischen Organisation alten Stils. In Deutschland drang sie kräftig vor gegen Handwerk und Hausindustrie und begann, sich ihre Daseinsform zu schaffen.“

„Die große Umwälzung beginnt mit dem Krach von 1873 oder richtiger mit der ihm folgenden Depression, die mit einer kaum merklichen Unterbrechung anfangs der achtziger Jahre und einem ungewöhnlich heftigen, aber kurzen ‚boom‘ um das Jahr 1889 herum 22 Jahre europäischer Wirtschaftsgeschichte ausmacht . . . In der kurzen Hausseperiode von 1889/90 bediente man sich in starkem Maße der Kartellordnung zur Ausnützung der Konjunktur. Eine wenig überlegte Politik trieb die Preise noch schneller und noch stärker in die Höhe, als es vielleicht schon sonst geschehen wäre, und fast alle diese Verbände endeten ruhmlos im ‚Graben des Kraches‘. Noch ein weiteres Lustrum schlechter Beschäftigung und niedriger Preise folgte, aber es war nicht mehr dieselbe Stimmung, die in der Industrie herrschte. Man sah die Depression nicht mehr wie etwas Selbstverständliches an, sondern hielt sie nur für eine Ruhepause vor einer neuen günstigen Konjunktur.“

So trat die Kartellbewegung in ihre zweite Epoche. Statt einer vorübergehenden Erscheinung werden die Kartelle eine der Grundlagen des gesamten Wirtschaftslebens. Sie erobern sich ein Gebiet nach dem anderen, vor allem aber die Rohstoffindustrie. Schon zu Anfang der neunziger Jahre fanden sie in der Organisation des Kokssyndikats, dem dann das Kohlensyndikat nachgebildet wird, eine Verbandstechnik, über die man kaum wesentlich herausgekommen ist. Der große Aufschwung zu Ende des 19. Jahrhunderts und die Krisis von 1900–1903 stehen wenigstens in der Montan- und Hüttenindustrie zum ersten Male ganz im Zeichen

der Kartelle. Und wenn man das damals noch als etwas Neuartiges ansah, so ist es dem Allgemeinbewußtsein inzwischen zur Selbstverständlichkeit geworden, daß große Teile des Wirtschaftslebens der freien Konkurrenz regelmäßig entzogen sind.“*

Die wichtigsten Ergebnisse der Geschichte der Monopole sind demnach: 1. In den sechziger und siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts – die höchste, äußerste Entwicklungsstufe der freien Konkurrenz; kaum merkliche Ansätze zu Monopolen. 2. Nach der Krise von 1873 weitgehende Entwicklung von Kartellen, die aber noch Ausnahmen, keine dauernden, sondern vorübergehende Erscheinungen sind. 3. Aufschwung am Ende des 19. Jahrhunderts und Krise von 1900–1903: Die Kartelle werden zu einer der Grundlagen des ganzen Wirtschaftslebens. Der Kapitalismus ist zum Imperialismus geworden.

Die Kartelle vereinbaren Verkaufsbedingungen, Zahlungsstermine u. a. Sie verteilen die Absatzgebiete untereinander. Sie bestimmen die Menge der zu erzeugenden Produkte. Sie setzen die Preise fest. Sie verteilen den Profit unter die einzelnen Unternehmungen usw.

Die Zahl der Kartelle in Deutschland wurde 1896 ungefähr auf 250, 1905 auf 385 mit etwa 12 000 Betrieben geschätzt.** Allgemein wird jedoch anerkannt, daß diese Zahlen zu niedrig gegriffen sind. Aus den oben angeführten Daten der deutschen Betriebszählung von 1907 geht hervor, daß schon die 12 000 größten Betriebe sicherlich mehr als die Hälfte der gesamten Dampf- und Elektrizitätskraft in sich vereinigen. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika wurde die Zahl der Trusts 1900 auf 185, 1907 auf 250 geschätzt. Die amerikanische Statistik teilt alle Industriebetriebe in Gruppen ein, je nachdem, ob sie Einzelpersonen, Firmen oder Gesellschaften gehören. Letzteren gehörten 1904 23,6% und 1909 25,9%, d. h. mehr als ein Viertel aller Betriebe. In diesen Werken waren

* Th. Vogelstein, „Die finanzielle Organisation der kapitalistischen Industrie und die Monopolbildungen“ in „Grundriß der Sozialökonomik“, VI. Abt., Tüb. 1914; vergleiche von demselben Autor „Organisationsformen der Eisenindustrie und Textilindustrie in England und Amerika“, Bd. I, Lpz. 1910.

** Dr. Riesser, „Die deutschen Großbanken und ihre Konzentration im Zusammenhange mit der Entwicklung der Gesamtwirtschaft in Deutschland“, 4. Aufl., 1912, S. 149. – R. Liefmann, „Kartelle und Trusts und die Weiterbildung der volkswirtschaftlichen Organisation“, 2. Aufl., 1910, S. 25.

1904 70,6% und 1909 75,6% aller Arbeiter, drei Viertel der Gesamtzahl, beschäftigt; die Produktion belief sich auf 10,9 bzw. 16,3 Milliarden Dollar, d. h. 73,7% bzw. 79,0% der Gesamtproduktion.

Die Kartelle und Trusts vereinigen vielfach sieben bis acht Zehntel der Gesamtproduktion des betreffenden Industriezweiges in ihren Händen. Im Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat waren bei seiner Gründung im Jahre 1893 86,7% und im Jahre 1910 bereits 95,4% der gesamten Kohlenförderung des Gebiets konzentriert.* Das auf diese Weise entstehende Monopol gewährleistet Riesengewinne und führt zur Bildung technischer Produktionseinheiten von unermeßlichem Umfang. Der berühmte Petroleumtrust in den Vereinigten Staaten (die Standard Oil Company) wurde 1900 gegründet. „Ihr autorisiertes Kapital beträgt 150 Millionen \$, ausgegeben sind 100 Millionen \$ common (gewöhnliche) und 106 Millionen \$ preferred (Vorzugs-) Aktien, und es sind darauf von 1900 bis 1907 folgende Dividenden bezahlt worden: 48, 48, 45, 44, 36, 40, 40, 40%, im ganzen 367 Millionen \$. Seit 1882 bis Ende 1907 wurden aus 889 Millionen \$ erzielten Reingewinns 606 Millionen \$ Dividenden verteilt, der Rest den Reserven zugeführt.“** „1907 waren auf sämtlichen Werken des Stahltrusts (United States Steel Corporation) nicht weniger als 210 180 Arbeiter und Angestellte beschäftigt . . . Das größte Unternehmen der deutschen Montanindustrie, die Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft, hatte 1908 46 048 Arbeiter und Angestellte.“*** Schon 1902 produzierte der Stahltrust 9 Millionen Tonnen Stahl.† Seine Stahlproduktion belief sich 1901 auf 66,3% und 1908 auf 56,1% der gesamten Stahlproduktion der Vereinigten Staaten^{††}, seine Erzförderung betrug in den gleichen Jahren 43,9 bzw. 46,3%.

Ein Bericht der amerikanischen Regierungskommission über die Trusts besagt: „Die Überlegenheit der Stellung des Trusts gegen-

* Dr. Fritz Kestner, „Der Organisationszwang. Eine Untersuchung über die Kämpfe zwischen Kartellen und Außenseitern“, Brl. 1912, S. 11.

** R. Liefmann, „Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaften. Eine Studie über den modernen Kapitalismus und das Effektenwesen“, 1. Aufl., Jena 1909, S. 212.

*** Ebenda, S. 218.

† Dr. S. Tschierschky, „Kartell und Trust“, Gött. 1903, S. 13.

†† Th. Vogelstein, „Organisationsformen usw.“, S. 275.

über seinen Wettbewerbern beruht auf der Größe seiner Betriebe und ihrer vortrefflichen technischen Ausstattung. Seit seiner Gründung hat der Tabaktrust es sich angelegen sein lassen, alle Handarbeit im weitestgehenden Maße durch Maschinen zu ersetzen. Er hat zu diesem Zweck alle Patente erworben, welche irgendwie auf die Tabakaufbereitung Bezug hatten, und ungeheure Summen dafür aufgewendet. Viele Patente waren anfangs nicht brauchbar und mußten erst durch die Ingenieure des Trusts entwickelt werden. Ende 1906 wurden zwei Tochtergesellschaften ins Leben gerufen, welche lediglich die Aufgabe haben, Patente zu erwerben. Zum nämlichen Zweck hat der Trust eigene Gießereien, Maschinenfabriken und Reparaturwerkstätten angelegt. Eines dieser Werke, in Brooklyn, beschäftigt durchschnittlich 300 Arbeiter; hier werden Erfindungen zur Herstellung von Zigaretten, kleinen Zigarren, Schnupftabak, Stanniolpackungen, Zigarettenhülsen, Schachteln usw. geprüft und wenn nötig verbessert.“* „Auch andere als die obengenannten Trusts beschäftigen sog. developing engineers“ (Entwicklungsingenieure), „welche die Aufgabe haben, neue Herstellungsverfahren zu erdenken und technische Verbesserungen auszuprobieren. Der Stahltrust zahlt seinen Ingenieuren und Arbeitern hohe Prämien für Erfindungen, welche geeignet sind, den technischen Gütegrad eines Betriebes zu steigern oder die Gesteigungskosten zu erniedrigen.“**

Ähnlich ist auch das technische Vervollkommnungswesen in der deutschen Großindustrie organisiert, z. B. in der chemischen Industrie, die sich in den letzten Jahrzehnten so riesenhaft entwickelt hat. Der Prozeß der Konzentration der Produktion brachte in dieser Industrie bereits bis 1908 zwei Haupt„gruppen“ hervor, die sich in ihrer Art ebenfalls dem Monopol näherten. Zuerst waren diese Gruppen „Zweiverbände“ zweier Paare von Großbetrieben mit einem Kapital von je 20–21 Millionen Mark: einerseits die Farbwerke, vormals Meister, in Höchst am Main und Cassella in Frankfurt am Main; andererseits die Badische Anilin- und

* „Report of the Commissioner of Corporations on the Tobacco Industry“ (Bericht des Regierungsbeauftragten über die Vereinigungen in der Tabakindustrie. *Die Red.*), Washington 1909, S. 266, zitiert nach Dr. Paul Tafel, „Die Nordamerikanischen Trusts und ihre Wirkungen auf den Fortschritt der Technik“, Stuttgart 1913, S. 48.

** Ebenda, S. 49.

Sodafabrik in Ludwigshafen und die Farbenfabriken, vormals Bayer, in Elberfeld. Darauf schloß 1905 die eine Gruppe und 1908 die andere eine Konvention mit noch je einem Großbetrieb. So entstanden zwei „Dreiverbände“ mit einem Kapital von je 40–50 Millionen Mark, und zwischen diesen „Verbänden“ hat bereits eine „Annäherung“ in Form von „Verträgen“ über Preise usw. begonnen.*

Die Konkurrenz wandelte sich zum Monopol. Die Folge ist ein gigantischer Fortschritt in der Vergesellschaftung der Produktion. Im besonderen wird auch der Prozeß der technischen Erfindungen und Vervollkommnungen vergesellschaftet.

Das ist schon etwas ganz anderes als die alte freie Konkurrenz zersplitterter Unternehmer, die nichts voneinander wissen und für den Absatz auf unbekanntem Markte produzieren. Die Konzentration ist so weit fortgeschritten, daß man einen ungefähren Überschlag aller Rohstoffquellen (beispielsweise der Eisenerzvorkommen) in dem betreffenden Lande und sogar, wie wir sehen werden, in einer Reihe von Ländern, ja in der ganzen Welt machen kann. Ein solcher Überschlag wird nicht nur gemacht, sondern die riesigen Monopolverbände bemächtigen sich dieser Quellen und fassen sie in einer Hand zusammen. Es wird eine annähernde Berechnung der Größe des Marktes vorgenommen, der durch vertragliche Abmachungen unter diese Verbände „aufgeteilt“ wird. Die qualifizierten Arbeitskräfte werden monopolisiert, die besten Ingenieure angestellt, man bemächtigt sich der Verkehrswege und -mittel – der Eisenbahnen in Amerika, der Schiffahrtsgesellschaften in Europa und in Amerika. In seinem imperialistischen Stadium führt der Kapitalismus bis dicht an die allseitige Vergesellschaftung der Produktion heran, er zieht die Kapitalisten gewissermaßen ohne ihr Wissen und gegen ihren Willen in eine Art neue Gesellschaftsordnung hinein, die den Übergang von der völlig freien Konkurrenz zur vollständigen Vergesellschaftung bildet.

Die Produktion wird vergesellschaftet, die Aneignung jedoch bleibt privat. Die gesellschaftlichen Produktionsmittel bleiben Privateigentum einer kleinen Anzahl von Personen. Der allgemeine Rahmen der formal anerkannten freien Konkurrenz bleibt bestehen, und der Druck der weni-

* Riesser, a. a. O., 3. Aufl., S. 547 ff. Die Zeitungen berichten (Juni 1916) von einem neuen Riesenrust, der die chemische Industrie Deutschlands zusammenfassen soll.

gen Monopolinhaber auf die übrige Bevölkerung wird hundertfach schwerer, fühlbarer, unerträglicher.

Der deutsche Ökonom Kestner hat den „Kämpfen zwischen Kartellen und Außenseitern“, d. h. Unternehmern, die dem Kartell nicht angehören, ein spezielles Werk gewidmet. Er betitelte sein Werk „Der Organisationszwang“, während man natürlich, um den Kapitalismus nicht zu beschönigen, von einem Zwang zur Unterwerfung unter die Monopolverbände sprechen müßte. Es ist lehrreich, wenigstens einen flüchtigen Blick auf die Liste der Mittel des gegenwärtigen, modernen, zivilisierten Kampfes um die „Organisation“ zu werfen, zu denen die Monopolverbände greifen: 1. die Materialsperre (mit „die wichtigste Methode des Kartellzwanges“); 2. Sperrung der Arbeitskräfte durch „Allianzen“ (d. h. Vereinbarungen zwischen Kapitalisten und Arbeiterverbänden derart, daß die Arbeiter nur in kartellierten Betrieben arbeiten dürfen); 3. Sperre der Zufuhr; 4. Sperre des Absatzes; 5. Verträge mit den Abnehmern, wonach diese ausschließlich mit kartellierten Firmen Geschäftsverbindungen haben dürfen; 6. planmäßige Preisunterbietung (um die „Außenseiter“, d. h. die Unternehmungen, die sich den Monopolinhabern nicht unterordnen, zu ruinieren; es werden Millionen ausgegeben, um eine Zeitlang unter dem Selbstkostenpreis zu verkaufen; so kam es beispielsweise in den Benzinindustrie vor, daß die Preise von 40 auf 22 Mark, d. h. fast auf die Hälfte, herabgesetzt wurden!); 7. Sperrung des Kredits; 8. Verrufserklärung.

Wir haben es nicht mehr mit dem Konkurrenzkampf kleiner und großer, technisch rückständiger und technisch fortgeschrittener Betriebe zu tun. Durch die Monopolinhaber werden alle diejenigen abgewürgt, die sich dem Monopol, seinem Druck, seiner Willkür nicht unterwerfen. Im Bewußtsein eines bürgerlichen Ökonomen spiegelt sich dieser Prozeß folgendermaßen wider:

„Auch innerhalb der rein wirtschaftlichen Tätigkeit“, schreibt Kestner, „tritt eine Verschiebung vom Kaufmännischen im früheren Sinne zum Organisatorisch-Spekulativen ein. Nicht der Kaufmann kommt am besten vorwärts, der auf Grund seiner technischen und Handelserfahrungen die Bedürfnisse der Kunden am genauesten versteht, der eine latente Nachfrage zu finden und wirksam zu erwecken vermag, sondern das spekulative Genie (?!), das die organisatorische Entwicklung, die Möglichkeit der

Beziehungen zwischen den einzelnen Unternehmungen und zu den Banken vorauszuberechnen oder auch vorauszufühlen vermag.“

In eine menschliche Sprache übertragen, bedeutet das: Der Kapitalismus ist so weit entwickelt, daß die Warenproduktion, obwohl sie nach wie vor „herrscht“ und als Grundlage der gesamten Wirtschaft gilt, in Wirklichkeit bereits untergraben ist und die Hauptprofite den „Genies“ der Finanzmachenschaften zufallen. Diesen Machenschaften und Schwindereien liegt die Vergesellschaftung der Produktion zugrunde, aber der gewaltige Fortschritt der Menschheit, die sich bis zu dieser Vergesellschaftung emporgearbeitet hat, kommt den – Spekulanten zugute. Wir werden weiter unten sehen, wie „auf dieser Grundlage“ die kleinbürgerlich-reaktionäre Kritik des kapitalistischen Imperialismus von einer *Rückkehr* zur „freien“, „friedlichen“, „ehrlichen“ Konkurrenz träumt.

„Eine dauernde Erhöhung der Preise als Kartellwirkung“, sagt Kestner, „ist bisher nur bei den wichtigen Produktionsmitteln, insbesondere bei Kohle, Eisen, Kali, dagegen auf die Dauer niemals bei Fertigwaren zu verzeichnen gewesen. Die damit zusammenhängende Erhöhung der Rentabilität ist gleichfalls auf die Produktionsmittelindustrie beschränkt geblieben. Diese Beobachtung muß man dahin erweitern, daß die Rohstoffindustrie nicht nur hinsichtlich Einkommensbildung und Rentabilität durch die bisherige Kartellbildung zuungunsten der weiterverarbeitenden Industrie Vorteile erzielt, sondern daß sie über diese ein bei freier Konkurrenz nicht gekanntes *Herrschaftsverhältnis* gewonnen hat.“*

Das von uns hervorgehobene Wort deckt das Wesen der Sache auf, das von den bürgerlichen Ökonomen so ungerne und selten zugegeben wird und um das die heutigen Verteidiger des Opportunismus mit K. Kautsky an der Spitze so eifrig herumzureden versuchen. Das Herrschaftsverhältnis und die damit verbundene Gewalt – das ist das Typische für die „jüngste Entwicklung des Kapitalismus“, das ist es, was aus der Bildung allmächtiger wirtschaftlicher Monopole unvermeidlich hervorgehen mußte und hervorgegangen ist.

Noch ein Beispiel für das Wirtschaften der Kartelle. Dort, wo man auf alle oder die wichtigsten Rohstoffquellen die Hand legen kann, geht die Entstehung von Kartellen und die Bildung von Monopolen besonders leicht vonstatten. Es wäre jedoch falsch zu glauben, daß Monopole nicht

* Kestner, a. a. O., S. 254.

auch in anderen Industriezweigen entstehen, in denen es unmöglich ist, sich der Rohstoffquellen zu bemächtigen. Die Zementindustrie findet ihr Rohmaterial überall. Aber auch diese Industrie ist in Deutschland stark kartelliert. Die Werke sind in Gebietssyndikaten: im süddeutschen, rheinisch-westfälischen usw. zusammengeschlossen; es sind Monopolpreise festgesetzt: 230 bis 280 Mark pro Waggon bei einem Selbstkostenpreis von 180 Mark! Die Betriebe werfen 12–16% Dividende ab, wobei nicht vergessen werden darf, daß die „Genies“ der modernen Spekulation es verstehen, große Summen außer den als Dividende verteilten Gewinnen in ihren Taschen verschwinden zu lassen. Um die Konkurrenz aus einer derart einträglichen Industrie auszuschalten, wenden die Monopolinhaber sogar allerlei Tricks an: Es werden falsche Gerüchte über die schlechte Lage der Industrie verbreitet; in den Zeitungen erscheinen anonyme Anzeigen: „Kapitalisten! Hütet euch, Kapital in Zementfabriken anzulegen.“ Schließlich werden die Werke von „Außenseitern“ (d. h. von nicht an den Syndikaten Beteiligten) aufgekauft und ihnen „Abstandssummen“ von 60 000, 80 000 und 150 000 Mark gezahlt.* Das Monopol bricht sich überall und mit jeglichen Mitteln Bahn, angefangen von „bescheidenen“ Abstandszahlungen bis zur amerikanischen „Anwendung“ von Dynamit gegen den Konkurrenten.

Die Ausschaltung der Krisen durch die Kartelle ist ein Märchen bürgerlicher Ökonomen, die den Kapitalismus um jeden Preis beschönigen wollen. Im Gegenteil, das Monopol, das in *einigen* Industriezweigen entsteht, verstärkt und verschärft den chaotischen Charakter, der der *ganzen* kapitalistischen Produktion in ihrer Gesamtheit eigen ist. Das Mißverhältnis zwischen der Entwicklung der Landwirtschaft und der Industrie, das für den Kapitalismus überhaupt charakteristisch ist, wird noch größer. Die privilegierte Stellung, die die am stärksten kartellierte sogenannte *Schwerindustrie*, besonders die Kohlen- und Eisenindustrie, einnimmt, ruft in den übrigen Industriezweigen eine „gesteigerte Planlosigkeit“ hervor, wie das Jeidels, der Verfasser einer der besten Arbeiten über „das Verhältnis der deutschen Großbanken zur Industrie“, zugibt.**

„Je entwickelter eine Volkswirtschaft ist“, schreibt Liefmann, ein vor-

* „Zement“ von L. Eschwege: „Die Bank“, 1909, 1, S. 115 ff.

** Jeidels, „Das Verhältnis der deutschen Großbanken zur Industrie mit besonderer Berücksichtigung der Eisenindustrie“, Lpz. 1905, S. 271.

behaltloser Verteidiger des Kapitalismus, „um so mehr wendet sie sich riskanteren oder ausländischen Unternehmungen zu, solchen, die einer sehr langen Zeit zu ihrer Entwicklung bedürfen, oder endlich solchen, die von nur lokaler Bedeutung sind.“* Das gesteigerte Risiko hängt in letzter Instanz mit der ungeheuren Zunahme des Kapitals zusammen, das sozusagen überschäumt, ins Ausland strömt usw. Und zugleich bringt das beschleunigte Tempo der technischen Entwicklung immer mehr Elemente des Mißverhältnisses zwischen den verschiedenen Teilen der Volkswirtschaft, immer mehr Chaos und Krisen mit sich. Dieser selbe Liefmann ist gezwungen einzugestehen: „Wahrscheinlich stehen der Menschheit in nicht zu ferner Zeit wieder einmal große Umwälzungen auf technischem Gebiete bevor, die ihre Wirkungen auch auf die volkswirtschaftliche Organisation äußern werden“ . . . Elektrizität, Luftschiffahrt . . . „In solchen Zeiten grundlegender wirtschaftlicher Veränderungen pflegt sich auch in der Regel eine starke Spekulation zu entwickeln.“**

Die Krisen – jeder Art, am häufigsten ökonomische Krisen, aber nicht nur diese allein – verstärken aber ihrerseits in ungeheurem Maße die Tendenz zur Konzentration und zum Monopol. Hier die höchst lehrreiche Betrachtung von Jeldels über die Bedeutung der Krise von 1900, der Krise, die bekanntlich die Rolle eines Wendepunkts in der Geschichte der modernen Monopole gespielt hat:

„Die Krise von 1900 fand neben den Riesenbetrieben der grundlegenden Industrien viele Betriebe von nach heutigen Begriffen veralteter Organisation, die ‚reinen‘“ (d. h. nicht kombinierten) „Werke, die von der Welle der Hochkonjunktur mit auf die Höhe gehoben waren. Der Preisfall, der Rückgang des Bedarfs brachten diese ‚reinen‘ Werke in eine Not, von der bei den kombinierten Riesenbetrieben zum Teil überhaupt nicht, zum Teil nur ganz kurze Zeit die Rede war. Dadurch führte die jüngste Krisis in ganz anderem Maße zur industriellen Konzentration als die früheren, als die von 1873, die zwar eine Auslese schuf, aber bei dem Stand der Technik keine derartige, daß ein Monopol der siegreich hervorgegangenen Unternehmungen geschaffen wurde. Ein solches dauerndes Monopol haben aber in hohem Grade die Riesenwerke der heutigen Grobblei- und Elektrizitätsindustrie, in geringerem die der Maschinen-

* Liefmann, „Beteiligungs- etc. Ges.“, S. 434.

** Ebenda, S. 465/466.

branche und gewisser Metall-, Verkehrs- und anderer Gewerbe durch ihre komplizierte Technik, ihre großangelegte Organisation und ihre Kapitalstärke.“*

Das Monopol ist das letzte Wort der „jüngsten Entwicklung des Kapitalismus“. Doch würde unsere Vorstellung von der tatsächlichen Macht und Bedeutung der modernen Monopole höchst ungenügend, lückenhaft und eingengt sein, wenn wir die Rolle der Banken außer acht ließen.

II. DIE BANKEN UND IHRE NEUE ROLLE

Die grundlegende und ursprüngliche Operation der Banken ist die Zahlungsvermittlung. Im Zusammenhang damit verwandeln die Banken brachliegendes Geldkapital in funktionierendes, d. h. profitbringendes Kapital, sie sammeln alle und jegliche Geldeinkünfte und stellen sie der Kapitalistenklasse zur Verfügung.

In dem Maße, wie sich das Bankwesen und seine Konzentration in wenigen Institutionen entwickeln, wachsen die Banken aus bescheidenen Vermittlern zu allmächtigen Monopolinhabern an, die fast über das gesamte Geldkapital aller Kapitalisten und Kleinunternehmer sowie über den größten Teil der Produktionsmittel und Rohstoffquellen des betreffenden Landes oder einer ganzen Reihe von Ländern verfügen. Diese Verwandlung zahlreicher bescheidener Vermittler in ein Häuflein Monopolisten bildet einen der Grundprozesse des Hinüberwachsens des Kapitalismus in den kapitalistischen Imperialismus, und deshalb müssen wir in erster Linie bei der Konzentration des Bankwesens verweilen.

Im Jahre 1907/08 betragen die Einlagen aller Aktienbanken Deutschlands, die über ein Kapital von mehr als je 1 Million Mark verfügten, 7 Milliarden Mark; 1912/13 bereits 9,8 Milliarden. Das ergibt eine Zunahme um 40% in fünf Jahren, wobei von diesen 2,8 Milliarden Zunahme 2,75 Milliarden auf 57 Banken entfallen, deren jede über ein Kapital von mehr als 10 Millionen Mark verfügte. Die Einlagen verteilten sich auf die Groß- und Kleinbanken wie folgt**:

* Jeidels, a. a. O., S. 108.

** Alfred Lansburgh, „Fünf Jahre deutsches Bankwesen“, „Die Bank“, 1913, Nr. 8, S. 728.

	Prozent aller Einlagen			
	9 Berliner Großbanken	48 sonstige Banken mit mehr als 10 Mill. Mark Kapital	115 Banken mit 1-10 Mill. Mark	Kleinbanken (weniger als 1 Mill. Mark)
1907/08	47	32,5	16,5	4
1912/13	49	36	12	3

Die Kleinbanken sind von den Großbanken verdrängt, von denen allein neun fast die Hälfte aller Einlagen bei sich konzentrieren. Dabei ist aber noch sehr vieles außer acht gelassen, z. B. die Verwandlung einer ganzen Reihe von Kleinbanken in faktische Zweigstellen der Großbanken usw., wovon weiter unten die Rede sein wird.

Die Einlagen bei den 9 Berliner Großbanken schätzte Schulze-Gaevernitz Ende 1913 auf 5,1 Milliarden Mark von insgesamt rund 10 Milliarden Mark. Im Hinblick nicht allein auf die Einlagen, sondern auf das gesamte Bankkapital schrieb derselbe Autor: „Die 9 Berliner Großbanken mit den ihnen angegliederten Instituten verwalteten Ende 1909: 11 276 Millionen Mark, damit rund 83% des gesamten deutschen Bankkapitals. Die ‚Deutsche Bank‘, welche mit ihren Konzernbanken an 3 Milliarden Mark verwaltet, ist neben dem preußischen Eisenbahnfiskus die größte – dabei höchst dezentralisierte – Kapitalzusammenfassung der alten Welt.“*

Wir haben den Hinweis auf die „angegliederten“ Banken hervorgehoben, denn das gehört zu einem der wichtigsten Unterscheidungsmerkmale der modernen kapitalistischen Konzentration. Die großen Unternehmungen, besonders die Banken, verschlingen nicht nur unmittelbar die kleinen, sondern „gliedern“ sie sich an, unterwerfen sie, schließen sie in „ihre“ Gruppe, ihren „Konzern“ – wie der technische Ausdruck lautet – ein durch „Beteiligung“ an ihrem Kapital, durch Kauf oder Austausch von Aktien, durch ein System von Schuldverhältnissen usw. usf. Professor Liefmann hat ein ganzes großes „Werk“ von beinahe einem halben Tausend Seiten der Beschreibung der modernen „Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaften“** gewidmet, wobei er leider dem viel-

* Schulze-Gaevernitz, „Die deutsche Kreditbank“ in „Grundriß der Sozialökonomik“, Tüb. 1915, S. 12 und 137.

** R. Liefmann, „Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaften. Eine Studie über den modernen Kapitalismus und das Effektenwesen“, 1. Aufl., Jena 1909.

fach unverdauten Rohmaterial seines Buches recht minderwertige „theoretische“ Betrachtungen beifügt. Zu welchem Ergebnis im Sinne der Konzentration dieses System der „Beteiligungen“ führt, zeigt am besten das Werk des „Bankmannes“ Riesser über die deutschen Großbanken. Bevor wir jedoch zu seinen Angaben übergehen, wollen wir ein konkretes Beispiel des „Beteiligungs“systems anführen.

Die „Gruppe“ der „Deutschen Bank“ ist eine der größten, wenn nicht die größte, von allen Gruppen der Großbanken. Um die wichtigsten Fäden, die alle Banken dieser Gruppe miteinander verbinden, in Betracht zu ziehen, muß man „Beteiligungen“ ersten, zweiten und dritten Grades unterscheiden oder, was dasselbe ist, eine Abhängigkeit (der kleineren Banken von der „Deutschen Bank“) ersten, zweiten und dritten Grades. Es ergibt sich folgendes Bild*:

		Abhängig- keit ersten Grades	Abhängig- keit zweiten Grades	Abhängig- keit dritten Grades
Die „Deutsche Bank“ ist beteiligt	dauernd auf unbekannte	an 17 Banken	davon 9 an 34	davon 4 an 7
	Dauer mit wechselndem Interesse	.. 5 ..	-	-
		.. 8 5 .. 14	.. 2 .. 2
<i>Zusammen</i>		an 30 Banken	davon 14 an 48	davon 6 an 9

Zu den 8 Banken des „ersten Abhängigkeitsgrades“, die sich die „Deutsche Bank“ „mit wechselndem Interesse“ untergeordnet hat, gehören drei ausländische Banken: eine österreichische (der „Wiener Bankverein“) und zwei russische (die Sibirische Handelsbank und die Russische Bank für auswärtigen Handel). Im ganzen gehören zur Gruppe der „Deutschen Bank“ direkt und indirekt, ganz und teilweise 87 Banken, und der Gesamtbetrag des eigenen und fremden Kapitals, über das die Gruppe verfügt, beläuft sich auf 2–3 Milliarden Mark.

Es ist klar, daß eine Bank, die an der Spitze einer solchen Gruppe steht und mit einem halben Dutzend anderer ihr wenig nachstehender Banken zum Zwecke besonders großer und vorteilhafter Finanzoperationen, wie z. B. Staatsanleihen, eine Verbindung eingeht, bereits über die bloße „Vermittler“rolle hinausgewachsen ist und sich in eine Vereinigung eines Häufleins von Monopolisten verwandelt hat.

* Alfred Lansburgh, „Das Beteiligungssystem im deutschen Bankwesen“, „Die Bank“, 1910, 1, S. 500.

Mit welcher Schnelligkeit sich gerade Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts die Konzentration des Bankwesens in Deutschland vollzog, ist aus den folgenden, hier gekürzt wiedergegebenen Angaben Riersers zu ersehen:

6 Berliner Großbanken hatten

Jahr	Niederlassungen in Deutschland	Depositen- kassen und Wechselstuben	Ständige Beteiligungen an deutschen Aktienbanken	Summe der Anstalten
1895	16	14	1	42
1900	21	40	8	80
1911	104	276	63	450

Wir sehen, wie schnell ein dichtes Netz von Kanälen entsteht, die das ganze Land überziehen, sämtliche Kapitalien und Geldeinkünfte zentralisieren und Tausende und aber Tausende von zersplitterten Wirtschaften in eine einzige gesamt nationale kapitalistische Wirtschaft und schließlich in die kapitalistische Weltwirtschaft verwandeln. Jene „Dezentralisation“, von der Schulze-Gaevernitz als Vertreter der bürgerlichen politischen Ökonomie unserer Tage in dem oben angeführten Zitat spricht, besteht in Wirklichkeit darin, daß zunehmend immer mehr früher verhältnismäßig „selbständige“ oder, richtiger gesagt, lokal begrenzte Wirtschaftseinheiten einem einzigen Zentrum unterworfen werden. In Wirklichkeit ist das also eine *Zentralisation*, eine Steigerung der Rolle, der Bedeutung, der Macht der Monopolriesen.

In den älteren kapitalistischen Ländern ist dieses „Banknetz“ noch dichter. In England einschließlich Irland belief sich 1910 die Zahl der Niederlassungen aller Banken auf 7151. Vier Großbanken hatten je über 400 Filialen (von 447 bis 689), weitere 4 je über 200 und 11 je über 100.

In Frankreich entwickelten drei Großbanken, „Crédit Lyonnais“, „Comptoir National“ und „Société Générale“, ihre Operationen und ihr Filialnetz wie folgt*:

	Anzahl der Niederlassungen und Kassen			Höhe des Kapitals	
	in der Provinz	in Paris	insgesamt	eigenes (in Millionen Francs)	fremdes
1870	47	17	64	200	427
1890	192	66	258	265	1 245
1909	1 033	196	1 229	887	4 363

* Eugen Kaufmann, „Das französische Bankwesen“, Tüb. 1911, S. 356 und 362.

Zur Charakteristik der „Verbindungen“, die eine moderne Großbank hat, führt Riesser Zahlen über die einlaufenden und abgesandten Briefe bei der „Disconto-Gesellschaft“ an, einer der größten Banken Deutschlands und der ganzen Welt (1914 erreichte ihr Kapital 300 Millionen Mark):

	Zahl der Briefe	
	Eingang	Ausgang
1852	6135	6292
1870	85800	87513
1900	533102	626043

Bei der Pariser Großbank „Crédit Lyonnais“ stieg die Zahl der Konten von 28 535 im Jahre 1875 auf 633 539 im Jahre 1912.*

Diese einfachen Zahlen zeigen wohl anschaulicher als langatmige Betrachtungen, wie sich mit der Konzentration des Kapitals und dem Wachstum des Umsatzes die Bedeutung der Banken von Grund aus ändert. Aus den zersplitterten Kapitalisten entsteht ein einziger kollektiver Kapitalist. Die Bank, die das Kontokorrent für bestimmte Kapitalisten führt, übt scheinbar eine rein technische, eine bloße Hilfsoperation aus. Sobald aber diese Operation Riesendimensionen annimmt, zeigt sich, daß eine Handvoll Monopolisten sich die Handels- und Industrieoperationen der ganzen kapitalistischen Gesellschaft unterwirft, indem sie – durch die Bankverbindungen, Kontokorrente und andere Finanzoperationen – die Möglichkeit erhält, sich zunächst über die Geschäftslage der einzelnen Kapitalisten *genau zu informieren*, dann sie zu *kontrollieren*, sie durch Erweiterung oder Schmälerung, Erleichterung oder Erschwerung des Kredits zu beeinflussen und schließlich ihr Schicksal *restlos zu bestimmen*, die Höhe ihrer Einkünfte zu bestimmen, ihnen Kapital zu entziehen oder ihnen die Möglichkeit zu geben, ihr Kapital rasch und in großem Umfang zu erhöhen usw.

Wir erwähnten soeben das Dreihundertmillionenkapital der Berliner „Disconto-Gesellschaft“. Diese Kapitalerhöhung der „Disconto-Gesellschaft“ war eine der Episoden im Kampf um die Hegemonie zwischen den beiden größten Berliner Banken, der „Deutschen Bank“ und der „Dis-

* Jean Lescure, „L'épargne en France“ (Das Sparwesen in Frankreich: *Die Red.*), P. 1914, S. 52.

conto-Gesellschaft". Im Jahre 1870 war erstere noch ein Neuling und besaß im ganzen ein Kapital von 15 Mill. Mark, letztere dagegen von 30 Mill. Im Jahre 1908 hatte erstere ein Kapital von 200 Mill., letztere von 170 Mill. Im Jahre 1914 erhöhte die „Deutsche Bank“ ihr Kapital auf 250 Mill. Mark, während die „Disconto-Gesellschaft“ das ihrige durch Fusion mit einer anderen erstklassigen Großbank, dem „Schaaffhausenschen Bankverein“, auf 300 Mill. brachte. Selbstverständlich geht dieser Kampf um die Hegemonie Hand in Hand mit immer häufigeren und festeren „Vereinbarungen“ zwischen den beiden Banken. Hier die Schlußfolgerungen, die sich durch diesen Entwicklungsgang Bankfachleuten aufdrängen, welche Wirtschaftsfragen unter einem Gesichtspunkt betrachten, der keineswegs über den Rahmen eines höchst gemäßigten und akkuraten bürgerlichen Reformertums hinausgeht:

„Weitere Banken werden auf dem beschrittenen Wege nachfolgen“, schrieb die deutsche Zeitschrift „Die Bank“ anlässlich der Kapitalerhöhung der „Disconto-Gesellschaft“ auf 300 Mill. Mark, „... und aus den 300 Personen, die heute Deutschland wirtschaftlich regieren, werden mit der Zeit 50, 25 oder noch weniger werden. Es ist auch nicht zu erwarten, daß die neueste Konzentrationsbewegung sich auf das Bankwesen beschränken wird. Die engeren Beziehungen zwischen einzelnen Banken führen naturgemäß auch eine Annäherung zwischen den von ihnen patronisierten Industriekonzernen herbei ... und eines Tages werden wir aufwachen und uns die Augen reiben: Neben uns lauter Trusts, vor uns die Notwendigkeit, die Privatmonopole durch Staatsmonopole abzulösen. Und doch haben wir uns im Grunde nichts anderes vorzuwerfen, als daß wir der Entwicklung der Dinge ihren freien, durch die *Aktie* ein wenig beschleunigten Gang gelassen haben.“*

Das ist ein Musterbeispiel für die Hilflosigkeit der bürgerlichen Publizistik, von der sich die bürgerliche Wissenschaft nur durch einen geringeren Grad von Aufrichtigkeit und durch das Bestreben unterscheidet, das Wesen der Dinge zu vertuschen, den Wald durch Bäume zu verdecken. Man „reibt sich die Augen“, bestürzt über die Folgen der Konzentration, man macht der Regierung des kapitalistischen Deutschlands oder der kapitalistischen „Gesellschaft“ („uns“) „Vorwürfe“, man fürcht-

* A. Lansburgh, „Die Bank mit den 300 Millionen“, „Die Bank“, 1914, 1. S. 426.

tet die „Beschleunigung“ der Konzentration durch die Einführung von Aktien, wie der deutsche „Kartell“spezialist Tschierschky, der die amerikanischen Trusts fürchtet und die deutschen Kartelle „vorzieht“, weil sie angeblich „den technischen und wirtschaftlichen Fortschritt . . . nicht so überstürzen wie die Trusts“* – ist das nicht Hilflosigkeit?

Aber Tatsachen bleiben Tatsachen. Deutschland kennt zwar keine Trusts, sondern „nur“ Kartelle, wird aber dennoch von höchstens 300 Kapitalmagnaten *regiert*, und ihre Zahl wird stetig geringer. In jedem Fall, in allen kapitalistischen Ländern, bei aller Verschiedenartigkeit der Bankgesetzgebung wird der Prozeß der Kapitalkonzentration und der Monopolbildung durch die Banken gewaltig verstärkt und beschleunigt.

Mit den Banken ist „die Form einer allgemeinen Buchführung und Verteilung der Produktionsmittel auf gesellschaftlicher Stufenleiter gegeben, aber auch nur die Form“, schrieb Marx vor einem halben Jahrhundert im „Kapital“ (russ. Übersetzung Bd. III, Teil II, S. 144⁷⁹). Die von uns angeführten Daten über das Wachstum des Bankkapitals, über die Zunahme der Zahl der Filialen und Zweigstellen der Großbanken, der Zahl ihrer Konten usw. zeigen uns konkret diese „allgemeine Buchführung“ der *ganzen* Klasse der Kapitalisten und sogar nicht nur der Kapitalisten allein, denn die Banken sammeln, sei es auch nur vorübergehend, alle möglichen Geldeinkünfte, sowohl der kleinen Unternehmer als auch der Angestellten und einer winzigen Oberschicht der Arbeiter. Eine „allgemeine Verteilung der Produktionsmittel“ – das ist es, was formal gesehen aus den modernen Banken *erwächst*, von denen drei bis sechs Großbanken in Frankreich und sechs bis acht in Deutschland über Milliarden und aber Milliarden verfügen. Ihrem *Inhalt* nach aber ist diese Verteilung der Produktionsmittel keineswegs „allgemein“, sondern privat, d. h., sie ist den Interessen des großen – in erster Linie des allergrößten, monopolistischen – Kapitals angepaßt, das unter Verhältnissen operiert, wo die Masse der Bevölkerung ein Hungerdasein fristet, die ganze Entwicklung der Landwirtschaft hinter der Entwicklung der Industrie hoffnungslos zurückbleibt und die „Schwerindustrie“ sich alle übrigen Zweige der Industrie tributpflichtig macht.

Bei der Vergesellschaftung der kapitalistischen Wirtschaft beginnen mit den Banken die Sparkassen und Postanstalten zu konkurrieren, die

* S. Tschierschky, a. a. O., S. 128.

„dezentralisierter“ als die Banken sind, d. h. mit ihrem Einfluß in mehr Gebiete, in entlegene Orte und breitere Bevölkerungsschichten eindringen. Nachfolgend Vergleichsdaten, die eine amerikanische Kommission über die Entwicklung der Einlagen in den Banken und den Sparkassen gesammelt hat.*

Einlagen (in Milliarden Mark)

	England		Frankreich		Deutschland		
	in Banken	in Sparkassen	in Banken	in Sparkassen	in Banken	in Kreditgenossenschaften	in Sparkassen
1880	8,4	1,6	?	0,9	0,5	0,4	2,6
1888	12,4	2,0	1,5	2,1	1,1	0,4	4,5
1908	23,2	4,2	3,7	4,2	7,1	2,2	13,9

Die Sparkassen, die für Einlagen 4 und $4\frac{1}{4}\%$ zahlen, müssen eine „rentable“ Anlagemöglichkeit für ihre Kapitalien suchen, sich in Wechsel-, Hypotheken- und andere Operationen einlassen. Die Grenzen zwischen Banken und Sparkassen „verwischen sich immer mehr“. Die Handelskammern von Bochum und Erfurt z. B. verlangen, daß den Sparkassen „reine“ Bankoperationen wie die Diskontierung von Wechseln „verboten“ werden und daß die „Bank“tätigkeit der Postämter eingeschränkt wird.** Es sieht so aus, als ob die Bankmagnaten Angst hätten, das Staatsmonopol könnte sich von unerwarteter Seite her an sie heranschleichen. Aber diese Angst geht selbstverständlich nicht über den Rahmen einer Konkurrenz, sagen wir, zwischen zwei Abteilungschefs in ein und derselben Kanzlei hinaus. Denn einerseits verfügen über die Milliardeneinlagen der Sparkassen in Wirklichkeit zu guter Letzt *ein und dieselben* Magnaten des Bankkapitals; und andererseits ist ein Staatsmonopol in der kapitalistischen Gesellschaft lediglich ein Mittel zur Erhöhung und Sicherung der Einkünfte für Millionäre aus diesem oder jenem Industriezweig, die dem Bankrott nahe sind.

Die Ablösung des alten Kapitalismus mit der Herrschaft der freien Konkurrenz durch den neuen Kapitalismus mit der Herrschaft des Monopols findet unter anderem ihren Ausdruck in der sinkenden Bedeutung

* Angaben der amerikanischen „National Monetary Commission“ in „Die Bank“, 1910, 2, S. 1200.

** Ebenda, 1913, S. 811, 1022; 1914, S. 713.

der Börse. „Die Börse“, lesen wir in der Zeitschrift „Die Bank“, „hat längst aufgehört, der unentbehrliche Umsatzvermittler zu sein, der sie früher war, als die Banken noch nicht die meisten Emissionen in ihrer Kundschaft unterbringen konnten.“*

„Jede Bank ist eine Börse“ – ist ein Ausspruch, der einen um so größeren Grad von Wahrheit enthält, je größer die Bank ist und je mehr die Konzentration im Bankgewerbe Fortschritte macht.“** „Hatte einst in den siebziger Jahren eine jugendlich ausschweifende Börse“ (eine „zarte“ Anspielung auf den Börsenkrach von 1873, auf die Gründer-skandale⁸⁰ usw.) „die Industrialisierung Deutschlands eingeleitet, . . . so können heute Banken und Industrie ‚allein reiten‘. Die Börsenherrschaft unserer Großbanken . . . ist nichts als ein Ausdruck des voll organisierten deutschen Industriestaates. Wird damit das Gebiet der automatisch wirkenden Wirtschaftsgesetze beschnitten und das Gebiet bewußter Regelung durch die Banken außerordentlich erweitert, so wächst damit die volkswirtschaftliche Verantwortung weniger leitender Köpfe ins Unge-messene.“*** So schreibt der deutsche Professor Schulze-Gaevernitz, ein Apologet des deutschen Imperialismus, eine Autorität für die Imperialisten aller Länder, ein Mann, der nur „eine Kleinigkeit“ zu vertuschen sucht, nämlich, daß diese „bewußte Regelung“ durch die Banken im Schröpfen des Publikums durch ein Häuflein „voll organisierter“ Monopolisten besteht. Die Aufgabe eines bürgerlichen Professors besteht eben nicht darin, diese ganze Mechanik aufzudecken und die Machenschaften der Bankmonopolisten zu enthüllen, sondern darin, sie zu beschönigen.

Genauso macht es Riesser, ein Ökonom und „Bankmann“ mit noch größerer Autorität, der Tatsachen, die sich nicht leugnen lassen, mit ein paar nichtssagenden Phrasen abtut: „Daraus ergibt sich dann auch, daß die Börse die für die Gesamtwirtschaft und den Wertpapierverkehr unerläßliche Eigenschaft immer mehr verliert, nicht nur das feinste Meß-instrument, sondern auch ein ‚beinahe automatisch wirkender Regulator der an ihr zusammenströmenden wirtschaftlichen Bewegungen‘ zu sein.“†

* „Die Bank“, 1914, 1, S. 316.

** Dr. Oskar Stillich, „Geld- und Bankwesen“, Berlin 1907, S. 169.

*** Schulze-Gaevernitz, „Die deutsche Kreditbank“ in „Grundriß der Sozial-ökonomik“, Tüb. 1915, S. 101.

† Riesser, a. a. O., 4. Aufl., S. 629.

Mit anderen Worten: Der alte Kapitalismus, der Kapitalismus der freien Konkurrenz mit der Börse als unerläßlichem Regulator, schwindet dahin. Er wird von einem neuen Kapitalismus abgelöst, dem deutliche Züge einer Übergangserscheinung, einer Mischform von freier Konkurrenz und Monopol anhaften. Natürlich drängt sich die Frage auf, *in was* dieser neueste Kapitalismus „übergeht“, aber die bürgerlichen Gelehrten schrecken vor dieser Fragestellung zurück.

„Vor 30 Jahren verrichteten frei konkurrierende Unternehmer $\frac{9}{10}$ derjenigen wirtschaftlichen Arbeit, welche nicht als Handfertigkeit dem ‚Arbeiter‘ zufiel. Heute leisten *Beamte* $\frac{9}{10}$ jener wirtschaftlichen Kopfarbeit. Das Bankwesen steht an der Spitze dieser Entwicklung.“* Dieses Eingeständnis von Schulze-Gaevernitz läuft sogleich wieder auf die Frage hinaus, in was der moderne Kapitalismus, der Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium, übergeht. — — —

Unter den wenigen Banken, die infolge des Konzentrationsprozesses an der Spitze der gesamten kapitalistischen Wirtschaft übrigbleiben, macht sich natürlich immer stärker das Bestreben geltend, monopolistische Abmachungen miteinander zu treffen, einen *Banktrust* zu bilden. In Amerika beherrschen nicht neun, sondern *zwei* Großbanken, die der Milliardäre Rockefeller und Morgan, ein Kapital von 11 Milliarden Mark.** In Deutschland veranlaßte die oben von uns erwähnte Aufsaugung des „Schaaffhausenschen Bankvereins“ durch die „Disconto-Gesellschaft“ die „Frankfurter Zeitung“⁸¹, das Blatt der Börseninteressen, zu folgendem Kommentar:

„Mit der fortschreitenden Konzentrationsbewegung engt sich der Kreis, an den man mit den großen Kreditansprüchen herantreten kann, ständig ein, so daß die Abhängigkeit der Großindustrie von einigen wenigen Bankkonzernen zunimmt. Bei den inneren Zusammenhängen zwischen Industrie und Finanz wird die Bewegungsfreiheit der auf Bankkapital angewiesenen Industriegesellschaften eingeschränkt. Deshalb begleitet die Großindustrie die zunehmende Vertrustung der Banken mit gemischten Gefühlen; zeigen sich doch schon mehrfach Ansätze zu gewis-

* Schulze-Gaevernitz, „Die deutsche Kreditbank“ in „Grundriß der Sozialökonomik“, Tüb. 1915, S. 151.

** „Die Bank“, 1912, 1, S. 435.

sen Abmachungen zwischen den einzelnen Großbankkonzernen, die auf eine Beschränkung des Wettbewerbs hinauslaufen.“*

Das letzte Wort in der Entwicklung des Bankwesens ist immer wieder das Monopol.

Was den engen Zusammenhang zwischen Banken und Industrie betrifft, so tritt gerade hier die neue Rolle der Banken vielleicht am anschaulichsten zutage. Wenn die Bank die Wechsel irgendeines Unternehmers diskontiert, ihm ein Kontokorrent eröffnet usw., so vermindern diese Operationen, einzeln betrachtet, die Selbständigkeit dieses Unternehmers um keinen Deut, und die Bank bleibt in der bescheidenen Rolle eines Vermittlers. Sobald aber diese Operationen sich häufen und zu einer ständigen Einrichtung werden, sobald die Bank Kapitalien von ungeheuren Dimensionen in ihrer Hand „ansammelt“, sobald die Führung des Kontokorrents eines Unternehmens die Bank in die Lage versetzt – und das ist ja der Fall –, die wirtschaftliche Lage ihres Kunden immer genauer und vollständiger kennenzulernen, ergibt sich eine immer vollständigere Abhängigkeit des Industriekapitalisten von der Bank.

Zugleich entwickelt sich sozusagen eine Personalunion der Banken mit den größten Industrie- und Handelsunternehmungen, eine beiderseitige Verschmelzung durch Aktienbesitz, durch Eintritt der Bankdirektoren in die Aufsichtsräte (oder die Vorstände) der Handels- und Industrieunternehmungen und umgekehrt. Der deutsche Ökonom Juidels hat über diese Art der Konzentration von Kapitalien und Unternehmungen genaue Daten gesammelt. Die sechs größten Berliner Banken waren durch ihre Direktoren in 344 Industriegesellschaften und durch ihre Vorstandsmitglieder in weiteren 407, insgesamt also in 751 Gesellschaften vertreten. In 289 Gesellschaften hatten sie entweder je zwei Mitglieder im Aufsichtsrat oder den Posten des Vorsitzenden. Unter diesen Handels- und Industriegesellschaften finden wir die mannigfachsten Industriezweige, Versicherungswesen wie Verkehrswesen, Restaurationsbetriebe, Theater, Kunstgewerbe usw. Andererseits saßen (1910) in den Aufsichtsräten dieser sechs Banken 51 Großindustrielle, darunter ein Direktor von Krupp, einer der großen Schiffahrtsgesellschaft „Hapag“ (Hamburg-Amerika-Linie) usw. usf. Jede dieser sechs Banken hat von 1895 bis

* Zitiert bei Schulze-Gaevernitz in „Grdr. d. S.-Ök.“, S. 155.

1910 an der Emission von Aktien und Obligationen mehrerer hundert Industriegesellschaften, und zwar zwischen 281 und 419, teilgenommen.*

Die „Personalunion“ der Banken mit der Industrie findet ihre Ergänzung in der „Personalunion“ der einen wie der anderen Gesellschaften mit der Regierung. Jeidels schreibt: „Freiwillig werden Aufsichtsratsstellen gewährt an Personen mit gutklingenden Namen, auch ehemaligen Staatsbeamten, die im Verkehr mit den Behörden manche Erleichterung (!!) schaffen können“ . . . „Im Aufsichtsrat einer Großbank sieht man gewöhnlich . . . ein Parlamentsmitglied oder ein Mitglied der Berliner Stadtverwaltung“.

Die Herausbildung und Weiterbildung der großkapitalistischen Monopole geht also auf „natürlichem“ und „übernatürlichem“ Wege mit Volldampf voraus. Es kommt systematisch eine gewisse Arbeitsteilung unter den paar hundert Finanzkönigen der modernen kapitalistischen Gesellschaft zustande:

„Dieser Erweiterung des Tätigkeitsgebiets einzelner Großindustrieller“ (die Vorstandsmitglieder der Banken werden usw.) „und der Beschränkung von Provinzdirektoren auf einen bestimmten Industriebezirk geht eine gewisse zunehmende Spezialisierung der Leiter der Großbanken auf besondere Geschäftszweige zur Seite. Sie ist erst denkbar bei großem Umfang des gesamten Bankgeschäfts und der Industriebeziehungen im besonderen. Diese Arbeitsteilung vollzieht sich in der doppelten Richtung, daß der Verkehr mit der Industrie als Ganzes einem der Direktoren als Spezialgebiet überwiesen wird und daß daneben jeder Direktor einzelne isolierte oder mehrere nach Gewerbe und Interessen verwandte Unternehmungen zur Überwachung als Aufsichtsratsmitglied übernimmt“ (der Kapitalismus ist bereits zu einer organisierten Kontrolle über die einzelnen Unternehmungen herangereift). „Die inländische Industrie, mitunter auch die westdeutsche allein“ (Westdeutschland ist der industriell entwickeltste Teil Deutschlands), „werden die Domäne des einen, die Beziehungen zu Staaten und Industrie des Auslands, die Personalien, das Börsengeschäft usw. die Spezialität der anderen. Daneben hat dann von den einzelnen Bankdirektoren oft jeder noch ein besonderes Gewerbe oder eine besondere Gegend, wo er als Aufsichtsratsmitglied etwas zu

* Jeidels und Riesser, a. a. O.

sagen hat; der eine ist vorwiegend im Aufsichtsrat von Elektrizitätsgesellschaften, der andere in dem chemischer Fabriken, Brauereien oder Zuckerfabriken, wieder andere findet man nur bei wenigen isolierten Industrieunternehmungen, dafür um so mehr bei nichtindustriellen Gesellschaften, etwa der Versicherungsbranche, im Aufsichtsrat . . . Sicher ist, daß bei den Großbanken in gleichem Maße wie Umfang und Vielseitigkeit des Geschäfts wachsen, eine zunehmende Arbeitsteilung unter den Leitern um sich greift mit dem Zweck (und Erfolg), sie gewissermaßen aus dem reinen Bankgeschäft etwas herauszuheben und für die allgemeinen Fragen der Industrie und die speziellen der einzelnen Gewerbe urteilsfähiger und sachverständiger und dadurch innerhalb der industriellen Einflußsphäre der Bank aktionsfähiger zu machen. Ergänzt wird dieses System der Banken durch das Streben, in Dingen der Industrie sachverständige Personen in ihren eigenen Aufsichtsrat oder den ihrer Unterbanken zu wählen, Industrielle, ehemalige Beamte, namentlich solche des Eisenbahndienstes und Bergwesens“ usw.*

Einrichtungen gleicher Art, nur in etwas anderer Form, finden wir auch im französischen Bankwesen. Eine der drei größten Banken Frankreichs, der „Crédit Lyonnais“, hat z. B. ein besonderes „Finanzstudienbüro“ (Service des études financières) eingerichtet. Dort arbeiten ständig über 50 Personen – Ingenieure, Statistiker, Nationalökonom, Juristen usw. Die Kosten dieses Büros belaufen sich auf sechs- bis siebenhunderttausend Francs jährlich. Es zerfällt seinerseits in acht Abteilungen: Die eine sammelt Angaben speziell über Industrieunternehmungen, die andere verfolgt die allgemeine Statistik, die dritte studiert die Eisenbahn- und Dampfschiffahrtsgesellschaften, die vierte Wertpapiere, die fünfte Finanzberichte usw.**

Die Folge ist einerseits eine immer größere Verschmelzung oder, nach einem treffenden Ausdruck von N. I. Bucharin, ein Verwachsen des Bankkapitals mit dem Industriekapital, und andererseits ein Hinüberwachsen der Banken in Institutionen von wahrhaft „universalem Charakter“. Wir halten es für notwendig, genau die Formulierungen von Jeidels über diese Frage anzuführen, der die Dinge am eingehendsten studiert hat:

* Jeidels, a. a. O., S. 156/157.

** Der Artikel Eug. Kaufmanns über die französischen Banken in „Die Bank“, 1909, 2, S. 851 ff.

„Als Resultat der Betrachtung der Industriebeziehungen in ihrer Gesamtheit ergibt sich der *universale Charakter* der für die Industrie tätigen Finanzinstitute: Im Gegensatz zu anderen Bankformen und im Gegensatz zu der zuweilen von der Literatur aufgestellten Forderung, die Banken sollten sich auf ein bestimmtes Gebiet oder Gewerbe spezialisieren, um den Boden nicht unter den Füßen zu verlieren – suchen die Großbanken ihre Verbindungen mit industriellen Unternehmungen nach Ort und Gewerbeart möglichst vielseitig zu gestalten, die Ungleichheiten in der örtlichen und gewerblichen Verteilung, die sich aus der Geschichte der einzelnen Institute erklärt, mehr und mehr zu beseitigen . . . Die Verbindung mit der Industrie allgemein zu machen ist die eine, sie dauernd und intensiv zu machen die andere Tendenz; beide sind in den sechs Großbanken in nicht ganz, aber im wesentlichen gleichem Maße bereits stark verwirklicht.“*

Aus Handels- und Industriekreisen werden oft Klagen über den „Terrorismus“ der Banken laut. Es ist nicht verwunderlich, daß derartige Klagen laut werden, wenn die Großbanken so „kommandieren“, wie folgendes Beispiel zeigt. Am 19. November 1901 wandte sich eine der sogenannten Berliner *D*-Banken (die Namen der vier größten Banken Berlins fangen mit dem Buchstaben *D* an) an den Vorstand des Nordwestmitteldeutschen Zementsyndikats mit folgendem Brief: „Nach der im Reichsanzeiger vom 18. cr. veröffentlichten Bekanntmachung Ihrer Gesellschaft müssen wir mit der Möglichkeit rechnen, daß in der am 30. des Monats stattfindenden Generalversammlung Beschlüsse gefaßt werden, die geeignet sein können, Veränderungen uns nicht genehmer Art in Ihrem Geschäftsbetrieb herbeizuführen. Aus diesem Grunde müssen wir zu unserem lebhaften Bedauern den Ihnen eingeräumten Kredit hiermit zurückziehen . . . Wenn indes in der angegebenen Generalversammlung nichts beschlossen wird, was uns nicht genehm ist, und wir in dieser Beziehung durch uns konvenierende Garantien auch für die Zukunft geschützt sind, so erklären wir uns gern bereit, wegen Gewährung eines neuen Kredits mit Ihnen in Verhandlung zu treten.“**

Im Grunde genommen sind das die alten Klagen des Kleinkapitals über den Druck des Großkapitals, nur ist hier ein ganzes Syndikat in die Ka-

* Jeidels, a. a. O., S. 180. *Der Übers.*

** Dr. Oskar Stüllich, „Geld- und Bankwesen“, Berlin 1907, S. 147.

tegorie der „Kleinen“ geraten! Der alte Kampf zwischen Klein- und Großkapital wiederholt sich auf einer neuen, unvergleichlich höheren Entwicklungsstufe. Selbstverständlich können die Milliardenunternehmungen der Großbanken auch den technischen Fortschritt mit Mitteln fördern, mit denen sich die früheren in keiner Weise vergleichen lassen. Die Banken errichten z. B. besondere Gesellschaften für technische Forschungen, deren Ergebnisse natürlich nur „befreundeten“ Industrieunternehmungen zugute kommen. Hierher gehören die „Studiengesellschaft für elektrische Schnellbahnen“, die „Zentralstelle für wissenschaftlich-technische Untersuchungen“ u. a. m.

Die Leiter der Großbanken selbst können sich nicht der Einsicht verschließen, daß neue Verhältnisse der Volkswirtschaft im Entstehen begriffen sind, aber sie stehen ihnen hilflos gegenüber:

„Wer den Personenwechsel in Direktion und Aufsichtsrat der Großbanken in den letzten Jahren beobachtet hat“, schreibt Jeidels, „mußte merken, wie allmählich Personen ans Ruder kamen, die ein aktives Eingreifen in die Gesamtentwicklung der Industrie für die notwendige, immer aktueller werdende Aufgabe der Großbanken halten, wie sich zwischen ihnen und den älteren Direktoren der Banken daraus ein sachlicher und oft persönlicher Gegensatz entwickelt. Es handelt sich bei diesem im Grunde darum, ob nicht mit dem Hinübergreifen der Banken in den industriellen Produktionsprozeß ihr Geschäft als Kreditinstitut leidet, die soliden Grundsätze und der sichere Gewinn geopfert werden zugunsten einer Tätigkeit, die mit der Kreditvermittlung nichts zu tun habe und die Bank auf ein Gebiet führe, wo sie dem blinden Walten industrieller Konjunktur noch mehr ausgesetzt sei als bisher. Während viele der älteren Bankleiter dies behaupten, sieht die Mehrzahl der jüngeren in dem aktiven Eingreifen in die Fragen der Industrie dieselbe Notwendigkeit, die mit der modernen großindustriellen Entwicklung die Großbanken und das heutige industrielle Bankgeschäft hervorgerufen hat. Nur darin sind sich beide Teile einig, daß feste Grundsätze und ein konkretes Ziel für die neue Tätigkeit der Großbanken noch nicht existieren.“*

Der alte Kapitalismus hat sich überlebt. Der neue ist ein Übergang zu etwas anderem. „Feste Grundsätze und ein konkretes Ziel“ für die „Ver-

* Jeidels, a. a. O., S. 183/184.

söhnung“ des Monopols mit der freien Konkurrenz finden zu wollen ist selbstverständlich eine hoffnungslose Sache. Das Eingeständnis der Männer der Praxis klingt ganz anders als die amtliche Verherrlichung der Reize des „organisierten“ Kapitalismus durch seine Apologeten vom Schläge eines Schulze-Gaevernitz, Liefmann und ähnlicher „Theoretiker“.

In welche Zeit fällt nun die endgültige Konsolidierung der „neuen Tätigkeit“ der Großbanken? Auf diese wichtige Frage finden wir eine ziemlich genaue Antwort bei Jeidels:

„Die Industriebeziehungen mit ihrem neuen Gegenstand, ihren neuen Formen und ihren neuen Organen, das ist den gleichzeitig zentralistisch und dezentralistisch organisierten Großbanken, bilden sich als charakteristische volkswirtschaftliche Erscheinungen kaum vor den neunziger Jahren; in gewissem Sinne kann man diesen Anfangspunkt sogar erst in das Jahr 1897 mit seinen großen Fusionen, welche die neue Form dezentralistischer Organisation erstmalig aus Gründen industrieller Bankpolitik einführen, oder man kann ihn vielleicht deshalb auf einen noch späteren Termin verlegen, weil die Krise den Konzentrationsprozeß wie in der Industrie so im Bankwesen enorm beschleunigt und verstärkt und den Verkehr mit der Industrie erst recht zu einem Monopol der Großbanken und ihn im einzelnen bedeutend enger und intensiver gemacht hat.“*

Das 20. Jahrhundert ist also der Wendepunkt vom alten zum neuen Kapitalismus, von der Herrschaft des Kapitals schlechthin zu der Herrschaft des Finanzkapitals.

III. FINANZKAPITAL UND FINANZOLIGARCHIE

„Ein immer wachsender Teil des Kapitals der Industrie“, schreibt Hilferding, „gehört nicht den Industriellen, die es anwenden. Sie erhalten die Verfügung über das Kapital nur durch die Bank, die ihnen gegenüber den Eigentümer vertritt. Andererseits muß die Bank einen immer wachsen-

* Ebenda, S. 181.

den Teil ihrer Kapitalien in der Industrie fixieren. Sie wird damit in immer größerem Umfang industrieller Kapitalist. Ich nenne das Bankkapital, also Kapital in Geldform, das auf diese Weise in Wirklichkeit in industrielles Kapital verwandelt ist, das Finanzkapital.“ Das Finanzkapital ist also „Kapital in der Verfügung der Banken und in der Verwendung der Industriellen“*.

Diese Definition ist insofern unvollständig, als ihr der Hinweis auf eines der wichtigsten Momente fehlt, nämlich auf die Zunahme der Konzentration der Produktion und des Kapitals in einem so hohen Grade, daß die Konzentration zum Monopol führt und geführt hat. Doch wird in der ganzen Darstellung Hilferdings überhaupt und insbesondere in den zwei Kapiteln, die demjenigen, dem diese Definition entnommen ist, vorangehen, die Rolle der *kapitalistischen Monopole* hervorgehoben.

Konzentration der Produktion, daraus erwachsende Monopole, Verschmelzung oder Verwachsen der Banken mit der Industrie – das ist die Entstehungsgeschichte des Finanzkapitals und der Inhalt dieses Begriffs.

Wir haben jetzt zu schildern, wie das „Wirtschaften“ der kapitalistischen Monopole im allgemeinen Milieu der Warenproduktion und des Privateigentums unvermeidlich zur Herrschaft der Finanzoligarchie wird. Zu bemerken ist, daß die Vertreter der deutschen – und nicht allein der deutschen – bürgerlichen Wissenschaft, wie Riesser, Schulze-Gaevernitz, Liefmann u. a., ausnahmslos Apologeten des Imperialismus und des Finanzkapitals sind. Sie enthüllen nicht die „Mechanik“ der Entstehung der Oligarchie, ihre Methoden, den Umfang ihrer Einkünfte, „der makellosen wie der makelhaften“, ihre Verbindungen mit den Parlamenten usw. usf., sondern vertuschen und beschönigen sie. Sie tun diese „verdammten Fragen“ wichtigtuerisch mit dunklen Phrasen ab, indem sie an das „Verantwortungsgefühl“ der Bankdirektoren appellieren, das „Pflichtgefühl“ der preussischen Beamten in den Himmel heben, sich ernsthaft mit dem Krimskrams ganz unernster Gesetzentwürfe über „Aufsicht“ und „Reglementierung“ beschäftigen und sich mit müßiger theoretischer

* R. Hilferding, „Das Finanzkapital“, M. 1912, S. 338/339 (a. a. O., S. 335, 336. *Der Übers.*).

Tändelei abgeben, in der Art z. B. folgender „wissenschaftlicher“ Definition, zu der sich Professor Liefmann versteigt: **„... Handel ist die Erwerbstätigkeit mittelst Sammelns, Vorrathaltens und Zur-Verfügung-Stellens von Gütern...“** (Kursiv und fettgedruckt in dem Werk des Professors.) Demnach hätte es Handel schon beim Urmenschen gegeben, dem Tausch noch unbekannt war, und es müßte ihn auch in der sozialistischen Gesellschaft geben!

Aber die ungeheuerlichen Tatsachen, die die ungeheuerliche Herrschaft der Finanzoligarchie betreffen, springen dermaßen in die Augen, daß in allen kapitalistischen Ländern, in Amerika wie in Frankreich und Deutschland, eine Literatur entstanden ist, die vom *bürgerlichen* Standpunkt ausgeht und dennoch ein annähernd wahres Bild sowie eine – natürlich kleinbürgerliche – Kritik der Finanzoligarchie gibt.

Die Hauptaufmerksamkeit ist dem „Beteiligungssystem“ zuzuwenden, von dem oben bereits kurz die Rede war. Der deutsche Ökonom Heymann, der diesem System wohl als erster Beachtung geschenkt hat, beschreibt das Wesen der Sache folgendermaßen:

„Der Leiter kontrolliert die Muttergesellschaft, diese die Tochtergesellschaften, diese wieder die Enkel usw., so daß man mit nicht allzu großem Kapital Riesengebiete der Produktion beherrschen kann; denn wenn immer die Herrschaft über 50% des Kapitals zur Kontrolle genügt, so braucht der Leiter nur 1 Mill. zu besitzen, um schon 8 Mill. Kapital bei den Enkelgesellschaften kontrollieren zu können. Schachtelt er noch weiter, so kommt er auf 16 Mill., 32 Mill. usw.“**

In Wirklichkeit aber zeigt die Erfahrung, daß der Besitz von 40% der Aktien genügt, um die Kontrolle über eine Aktiengesellschaft zu haben***, denn ein gewisser Teil der zersplitterten Kleinaktionäre hat in der Praxis gar nicht die Möglichkeit, an den Generalversammlungen teilzunehmen usw. Die „Demokratisierung“ des Aktienbesitzes, von der bürgerliche Sophisten und opportunistische „Auch-Sozialdemokraten“ eine „Demokratisierung des Kapitals“, eine Zunahme der Rolle und Bedeutung der

* R. Liefmann, a. a. O., S. 476.

** Hans Gideon Heymann, „Die gemischten Werke im deutschen Großeisengewerbe“, St. 1904, S. 268/269.

*** Liefmann, „Beteiligungsges. etc.“, 1. Aufl., S. 258.

Kleinproduktion usw. erwarten (oder zu erwarten vorgeben), ist in Wirklichkeit eines der Mittel, die Macht der Finanzoligarchie zu vermehren. Aus diesem Grunde läßt übrigens in den fortgeschritteneren oder älteren und „erfahreneren“ kapitalistischen Ländern die Gesetzgebung kleinere Aktien zu. In Deutschland sind Aktien unter 1 000 Mark gesetzlich nicht zugelassen, und die deutschen Finanzmagnaten blicken neidvoll auf England, wo das Gesetz Aktien sogar von 1 Pfund Sterling (= 20 Mark, etwa 10 Rubel) gestattet. Siemens, einer der größten Industriellen und „Finanzkönige“ Deutschlands, erklärte in der Reichstagsitzung vom 7. Juni 1900 die „Ein-Pfund-Aktie für die Grundlage des britischen Imperialismus“*. Bei diesem Geschäftsmann ist ein tieferes, „marxistischeres“ Verständnis für das Wesen des Imperialismus festzustellen als bei einem gewissen anmaßenden Schriftsteller, der zwar als Begründer des russischen Marxismus⁸² gilt, jedoch glaubt, der Imperialismus sei die schlechte Eigenschaft eines einzigen Volkes . . .

Aber das „Beteiligungssystem“ dient nicht nur dazu, die Macht der Monopolisten riesenhaft zu vermehren, es ermöglicht außerdem, jede Art von dunklen und schmutzigen Geschäften straflos zu betreiben und das Publikum zu schröpfen, denn formell, nach dem Gesetz, sind die Leiter der „Muttergesellschaft“ für die „Tochtergesellschaft“ nicht verantwortlich, die als „selbständig“ gilt und *vermittels* derer sich *alles* „drehen“ läßt. Folgendes Beispiel entnehmen wir dem Maiheft 1914 der deutschen Zeitschrift „Die Bank“:

„So war beispielsweise die Aktiengesellschaft für Federstahlindustrie in Kassel, bis vor einigen Jahren eines der bestrentierenden Unternehmen Deutschlands, durch verkehrte Maßnahmen der Verwaltung so heruntergewirtschaftet worden, daß die Dividenden innerhalb weniger Jahre von 15 auf 0% zurückgingen. Die Verwaltung hatte einem Tochterunternehmen, der Hassia G. m. b. H., deren nominelles Kapital nur einige Hunderttausend Mark betrug, ohne Wissen der Aktionäre 6 Mill. M vorgestreckt. Von diesem Engagement, das fast das Dreifache des Aktienkapitals der Muttergesellschaft ausmachte, war in den Bilanzen der letzteren nichts enthalten; eine Verschleierung, gegen die sich juristisch nicht das mindeste sagen ließ und die zwei Jahre hindurch fortgesetzt werden konnte, weil sie keine Bestimmung des Handelsgesetzbuches verletzte.

* Schulze-Gaevernitz in „Grdr. d. S.-Ök.“, V, 2, S. 110.

Der Aufsichtsratsvorsitzende, der diese irreführenden Bilanzen verantwortlich zeichnete, war und ist Vorsitzender der Kasseler Handelskammer. Die Aktionäre wurden von dem Hassia-Engagement erst in Kenntnis gesetzt, nachdem es sich längst als ein Fehlschlag“ (dieses Wort hätte der Verfasser in Anführungszeichen setzen sollen) „erwiesen hatte und die Federstahl-Aktien infolge von Verkäufen Wissender etwa 100% im Kurse zurückgegangen waren.

... *Dieses Musterbeispiel einer im Aktienwesen ganz alltäglichen Bilanz-Equilibristik* macht es verständlich, warum die Verwaltungen von Aktiengesellschaften Risiken im allgemeinen viel leichterem Herzens auf sich nehmen als Privatunternehmer. Die moderne Bilanztechnik macht es ihnen nicht nur leicht, das eingegangene Risiko dem Auge des Durchschnitts-Aktionärs zu verhüllen, sondern sie gestattet den Hauptinteressenten auch, sich den Folgen eines verfehlten Experiments durch rechtzeitige Fortgabe ihres Aktienbesitzes zu entziehen, während der Privatunternehmer bei allem, was er tut, seine eigene Haut zu Markte trägt.

Die Bilanzen zahlreicher Aktiengesellschaften gleichen jenen aus dem Mittelalter bekannten Palimpsesten, bei denen man erst die Schrift auslöschten mußte, um die hinter ihr stehenden Zeichen mit dem wirklichen Sinn entziffern zu können.“ (Ein Palimpsest ist ein Pergament, auf dem die ursprüngliche Schrift ausgelöscht und darüber ein anderer Text geschrieben ist.)

„Das einfachste und darum am häufigsten angewandte Mittel, um eine Bilanz undurchsichtig zu machen, besteht in der Spaltung des einheitlichen Betriebes in mehrere Teile in Form einer Errichtung oder Angliederung von Tochtergesellschaften. Die Vorzüge dieses Systems sind im Hinblick auf die verschiedensten Zwecke – legale und illegale – so einleuchtend, daß man größere Gesellschaften, die das System nicht akzeptiert haben, heute schon als Ausnahmen bezeichnen muß.“*

Als Beispiel einer großen Monopolgesellschaft, die dieses System im weitestem Ausmaß anwendet, nennt der Verfasser die berühmte „Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft“ (AEG, von der noch im weiteren die Rede sein wird). Im Jahre 1912 nahm man an, daß die AEG an 175 – 200 Gesellschaften beteiligt ist, diese selbstverständlich be-

* L. Eschwege, „Tochtergesellschaften“, „Die Bank“, 1914, 1, S. 545.

herrscht und insgesamt über ein Kapital von rund $1\frac{1}{2}$ Milliarden Mark verfügt.*

Alle Vorschriften der Kontrolle, der Veröffentlichung der Bilanzen, der Ausarbeitung eines bestimmten Bilanzschemas, der Einsetzung von Aufsichtsinstanzen u. dgl. m., womit Professoren und Beamte in wohlgemeiner Absicht – d. h. in der Absicht, den Kapitalismus zu verteidigen und zu beschönigen – die Aufmerksamkeit des Publikums in Anspruch nehmen, können hier keinerlei Bedeutung haben. Denn das Privateigentum ist heilig, und man kann niemandem verwehren, Aktien zu kaufen, zu verkaufen, umzutauschen, zu verpfänden usw.

Welche Ausmaße das „Beteiligungssystem“ in den russischen Großbanken angenommen hat, kann man nach den Angaben von E. Agahd beurteilen, der 15 Jahre in der Russisch-Chinesischen Bank tätig war und im Mai 1914 ein Werk unter dem nicht ganz zutreffenden Titel „Großbanken und Weltmarkt“** veröffentlicht hat. Der Verfasser teilt die russischen Großbanken in zwei Hauptgruppen ein: a) solche, die „unter dem Modus der Partizipationen“ arbeiten, und b) solche, die „unabhängig“ sind, wobei jedoch unter „Unabhängigkeit“ ganz willkürlich die Unabhängigkeit von *ausländischen* Banken verstanden wird. Die erste Gruppe teilt der Verfasser wieder in drei Untergruppen: 1. deutsche, 2. englische und 3. französische Beteiligung, wobei er „Beteiligung“ und Herrschaft ausländischer Großbanken der betreffenden Nation im Auge hat. Die Kapitalien der Banken teilt der Verfasser in „produktiv“ (in Handel und Industrie) und „spekulativ“ (in Börsen- und Finanzoperationen) angelegte ein; dabei glaubt er von dem ihm eigenen kleinbürgerlich-reformistischen Standpunkt aus, man könne unter Beibehaltung des Kapitalismus die erste Art der Kapitalanlage von der zweiten trennen und die zweite beseitigen.

* Kurt Heinig, „Der Weg des Elektrotrusts“, „Die Neue Zeit“, 1912, 30. Jahrg., 2, S. 484.

** E. Agahd, „Großbanken und Weltmarkt. Die wirtschaftliche und politische Bedeutung der Großbanken im Weltmarkte unter Berücksichtigung ihres Einflusses auf Rußlands Volkswirtschaft und die deutsch-russischen Beziehungen“, Brl. 1914.

Der Verfasser macht folgende Angaben:

Bankaktiva (per Oktober/November 1913) in Mill. Rubel

Gruppen der russischen Banken:	angelegte Kapitalien		
	produktiv	spekulativ	insgesamt
a) 1. 4 Banken: Sibirische Handelsbank, Russenbank, Internationale und Diskontobank	413,7	859,1	1 272,8
a) 2. 2 Banken: Russische Handels- und Industriebank, Russisch-Englische Bank	239,3	169,1	408,4
a) 3. 5 Banken: Russisch-Asiatische Bank, Petersburger Privatbank, Asow-Don-Bank, Moskauer Union-Bank, Russisch-Französische Handelsbank	711,8	661,2	1 373,0
(11 Banken) <i>zusammen a)</i> =	1 364,8	1 689,4	3 054,2
b) 8 Banken: Moskauer Kaufmannsbank, Wolga-Kama-Kommerzbank, J. W. Junker & Co., St.-Petersburger Handelsbank (vormals Wawelberg), Moskauer Bank (vormals Rjabuschinski), Moskauer Diskontobank, Moskauer Handelsbank und Moskauer Privatbank	504,2	391,1	895,3
(19 Banken) <i>insgesamt</i>	1 869,0	2 080,5	3 949,5

Nach diesen Angaben entfallen von den fast 4 Milliarden Rubel „arbeitenden“ Kapitals der Großbanken *mehr als drei Viertel*, über 3 Milliarden, auf Banken, die im Grunde genommen „Tochtergesellschaften“ von ausländischen, vor allen Dingen von Pariser Banken (das berühmte Banktrio: „Bank der Pariser Union“; „Pariser und Niederländische Bank“; „Allgemeine Gesellschaft“) und von Berliner Banken (besonders „Deutsche Bank“ und „Disconto-Gesellschaft“) sind. Zwei russische Großbanken, die „Russenbank“ („Russische Bank für auswärtigen Handel“) und

die „Internationale Bank“ („St.-Petersburger Internationale Handelsbank“) haben ihre Kapitalien von 1906 bis 1912 von 44 auf 98 Mill. Rubel und ihre Reserven von 15 auf 39 Mill. erhöht, wobei sie „zu $\frac{3}{4}$ mit deutschem Kapital arbeiten“. Die erste gehört zum „Konzern“ der Berliner „Deutschen Bank“, die zweite zu dem der Berliner „Disconto-Gesellschaft“. Der gute Agahd ist zutiefst empört darüber, daß die Berliner Banken die Aktienmehrheit in ihren Händen haben und die russischen Aktionäre daher machtlos sind. Natürlich schöpft das Land, das Kapital exportiert, den Rahm ab; z. B. ließ die Berliner „Deutsche Bank“, als sie die Aktien der Sibirischen Handelsbank in Berlin einführte, diese ein Jahr lang in ihrem Portefeuille liegen, um sie nachher zum Kurs von 193 für 100, d. h. um nahezu das Doppelte, zu verkaufen; sie „verdiente“ dabei rund 6 Mill. Rubel – ein Profit, den Hilferding „Gründergewinn“ genannt hat.

Die ganze „Machtbilanz“ der Petersburger Großbanken schätzt der Verfasser auf 8 235 Millionen Rubel oder nahezu $8\frac{1}{4}$ Milliarden; dabei verteilt er die „Beteiligung“ oder richtiger die Herrschaft der ausländischen Banken folgendermaßen: die französischen Banken 55%, die englischen 10%, die deutschen 35%. Von der Summe des funktionierenden Kapitals in Höhe von 8 235 Millionen entfallen 3 687 Millionen, d. h. mehr als 40%, laut Berechnung des Verfassers auf die Syndikate Produgol und Prodamet* sowie auf die Syndikate der Erdöl-, metallurgischen und Zementindustrie. Die Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital, im Zusammenhang mit der Bildung kapitalistischer Monopole, hat also auch in Rußland enorme Fortschritte gemacht.

Das Finanzkapital, das in wenigen Händen konzentriert ist und faktisch eine Monopolstellung einnimmt, zieht kolossale und stets zunehmende Profite aus Gründungen, aus dem Emissionsgeschäft, aus Staatsanleihen usw., verankert die Herrschaft der Finanzoligarchie und legt der gesamten Gesellschaft einen Tribut zugunsten der Monopolisten auf. Hier eines der zahllosen von Hilferding angeführten Beispiele für das „Wirtschaften“ der amerikanischen Trusts: Im Jahre 1887 gründete Havemeyer den Zuckertrust durch Verschmelzung von 15 kleinen Gesellschaften mit einem Gesamtkapital von $6\frac{1}{2}$ Millionen Dollar. Das Kapital des Trusts wurde aber, wie der amerikanische Ausdruck lautet, „verwässert“ und auf 50 Millionen festgesetzt. Diese „Überkapitalisation“

* Syndikate in Kohle und Eisen. *Der Übers.*

nahm die künftigen Monopolprofite vorweg, wie auch der Stahltrust – ebenfalls in Amerika – künftige Monopolprofite vorwegnimmt, wenn er immer neue Eisenerzvorkommen aufkauft. Und in der Tat führte der Zuckertrust Monopolpreise ein und erzielte derartige Gewinne, daß er für das *siebenfach* „verwässerte“ Kapital 10 Prozent Dividende auszahlen konnte, d. h. *fast 70 Prozent auf das bei Gründung des Trusts tatsächlich einbezahlte Kapital!* 1909 wies der Trust ein Kapital von 90 Mill. Dollar aus. Also in zweiundzwanzig Jahren mehr als eine Verzehnfachung des Kapitals.

In Frankreich hat die Herrschaft der „Finanzoligarchie“ („Gegen die Finanzoligarchie in Frankreich“ heißt das bekannte Buch von Lysis, das 1908 in fünfter Auflage erschien) eine nur wenig gewandelte Form angenommen. Die vier größten Banken besitzen nicht ein relatives, sondern ein „absolutes Monopol“ bei der Emission von Wertpapieren. Tatsächlich ist das ein „Trust der Großbanken“. Das Monopol sichert Monopolprofite bei den Emissionen. Das borgende Land erhält bei Anleihen gewöhnlich nicht mehr als 90% der Summe; 10% fallen den Banken und den übrigen Vermittlern zu. Bei der russisch-chinesischen Anleihe von 400 Mill. Francs profitierten die Banken 8%; bei der russischen (1904) von 800 Mill. 10%; bei der marokkanischen (1904) von 62½ Mill. Francs 18¾%. Der Kapitalismus, der seine Entwicklung als kleines Wucherkapital begann, beendet seine Entwicklung als riesiges Wucherkapital. „Die Franzosen sind die Wucherer Europas“, sagt Lysis. Alle Verhältnisse des Wirtschaftslebens erfahren infolge dieser Wandlung des Kapitalismus eine tiefgehende Veränderung. Bei Stagnation des Bevölkerungsstandes, der Industrie, des Handels und der Seeschifffahrt kann sich das „Land“ durch Wucher bereichern. „Fünfzig Personen mit einem Kapital von 8 Millionen Francs verfügen über *zwei Milliarden* in den vier Banken.“ Das uns bereits bekannte „Beteiligungs“system führt zu denselben Folgen: Eine der größten Banken Frankreichs, die „Allgemeine Gesellschaft“ (Société Générale) gab 64 000 Obligationen der „Tochtergesellschaft“, „Zuckerraffinerien von Ägypten“, aus. Der Emissionskurs war 150%, d. h., die Bank verdiente an jedem Rubel 50 Kopeken. Die Dividenden dieser Gesellschaft erwiesen sich als fiktiv, das „Publikum“ verlor von 90 bis 100 Mill. Francs; „einer der Direktoren der ‚Société Générale‘ war Mitglied des Verwaltungsrats der ‚Raffi-

nerien“. Es ist nicht verwunderlich, daß Lysis den Schluß zu ziehen gezwungen ist: „Die französische Republik ist eine Finanzmonarchie“; „die volle Herrschaft der Finanzoligarchie; sie herrscht unumschränkt über Presse und Regierung“.*

Bei der Entwicklung und Festigung der Finanzoligarchie spielt die außerordentlich gewinnbringende Emission von Wertpapieren als eine der wichtigsten Transaktionen des Finanzkapitals eine sehr wichtige Rolle. „Es gibt im Inlande kein Geschäft dieser Art, das auch nur annähernd einen solchen Nutzen abwirft wie die Übernahme und Weiterbegebung einer fremden Anleihe“, schreibt die deutsche Zeitschrift „Die Bank“**.

„Es gibt kein Bankgeschäft, welches so große Gewinne mit sich brächte wie das Emissionsgeschäft.“ Der Gewinn bei der Emission von Industrieaktien betrug nach einer Zusammenstellung des „Deutschen Ökonomist“ im Durchschnitt der Jahre:

1895 – 38,6 %	1898 – 67,7 %
1896 – 36,1 %	1899 – 66,9 %
1897 – 66,7 %	1900 – 55,2 %

„In dem Jahrzehnt von 1891 bis 1900 sind an deutschen Industriewerten allein *über eine Milliarde* Agio ‚verdient‘ worden.“***

Während zur Zeit des industriellen Aufschwungs die Profite des Finanzkapitals unerhört groß sind, gehen in Zeiten des Niedergangs die kleinen und schwachen Unternehmungen zugrunde, die Großbanken aber „beteiligen sich“ dann an deren Aufkauf zu Spottpreisen oder an profitablen „Sanierungen“ und „Reorganisationen“. Bei den „Sanierungen“ der mit Verlust arbeitenden Unternehmungen wird „das Aktienkapital herabgesetzt; das heißt, das Erträgnis verteilt sich auf ein geringeres Kapital, ist diesem alsdann angemessen. Oder wenn kein Erträgnis da ist, so wird neues Kapital aufgebracht, das, mit dem minderbewerteten alten

* Lysis, „Contre l'oligarchie financière en France“, 5. éd. (Gegen die Finanzoligarchie in Frankreich, 5. Aufl. *Die Red.*), Paris 1908, S. 11, 12, 26, 39, 40, 48.

** „Die Bank“, 1913, Nr. 7, S. 630.

*** Stüllich, a. a. O., S. 143, und W. Sombart, „Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert“, 2. Aufl., 1909, S. 526, Anlage 8.

zusammengenommen, nunmehr genügenden Ertrag abwirft. Nebenbei“, fügt Hilferding hinzu, „sei bemerkt, daß diese Sanierungen und Reorganisationen für die Banken von doppelter Bedeutung sind: erstens als gewinnbringendes Geschäft und zweitens als eine Gelegenheit, solche notleidenden Gesellschaften von sich in Abhängigkeit zu bringen.“*

Ein Beispiel: Die Aktiengesellschaft für Bergbau „Union“ in Dortmund ist 1872 gegründet worden. Es wurden Aktien in Höhe von fast 40 Mill. Mark aufgelegt, und als im ersten Jahr eine Dividende von 12% ausgeschüttet wurde, stieg der Kurs auf 170%. Das Finanzkapital schöpfte den Rahm ab und steckte die Kleinigkeit von etwa 28 Millionen ein. Bei der Gründung dieser Gesellschaft spielte die Hauptrolle die „Disconto-Gesellschaft“, dieselbe deutsche Großbank, die es glücklich auf ein Kapital von 300 Mill. Mark gebracht hat. Später sinken die Dividenden der „Union“ auf Null. Die Aktionäre müssen sich damit einverstanden erklären, daß Kapital „abgeschrieben“ wird, d. h., daß sie, um nicht das Ganze einzubüßen, einen Teil des Geldes verlieren. Und als Resultat einer Kette von „Sanierungen“ verschwinden aus den Büchern der „Union“ im Laufe von 30 Jahren über 73 Millionen Mark. „Heute hat der ursprüngliche Aktionär dieser Gesellschaft nur noch 5 Prozent des Nominalwertes seiner Unionaktien in der Hand“**, und bei jeder „Sanierung“ „verdienten“ die Banken weiter.

Eine besonders gewinnbringende Transaktion des Finanzkapitals ist auch die Spekulation mit Grundstücken in der Umgebung schnell wachsender Großstädte. Das Bankmonopol verschmilzt hier mit den Monopolen der Grundrente und des Verkehrswesens, denn das Steigen der Preise für Grundstücke, die Möglichkeit, diese in Parzellen günstig zu verkaufen u. a. m., hängt vor allem von der guten Verkehrsverbindung mit dem Zentrum der Stadt ab, und diese Verkehrsmittel befinden sich in den Händen großer Gesellschaften, die durch das Beteiligungssystem und die Verteilung von Direktorenposten mit eben denselben Banken verbunden sind. So entsteht das, was der deutsche Schriftsteller L. Eschwege, ein Mitarbeiter der Zeitschrift „Die Bank“, der den Terrainhandel, die Verpfändung von Grundstücken usw. speziell studierte, den „Sumpf“ genannt hat: wahnwitzige Spekulation mit Vorortsgrundstücken, Zusam-

* „Das Finanzkapital“, S. 172 (a. a. O., S. 173. *Der Übers.*).

** Stillich, a. a. O., S. 138, und Liefmann, S. 51.

menbrüche von Baufirmen, wie der Berliner Firma Boswau & Knauer, die ein Kapital von ungefähr 100 Millionen Mark zusammengerafft hatte, und zwar durch Vermittlung der „höchst soliden und großen“ „Deutschen Bank“, die natürlich nach dem „Beteiligungs“system, d. h. insgeheim, hinterrücks, tätig war und sich nach Einbuße von „bloß“ 12 Millionen Mark aus der Affäre zog; ferner Ruinierung von kleinen Unternehmern und Arbeitern, die von den Schwindelfirmen des Baugewerbes nichts erhalten; dazu betrügerische Abmachungen mit der „ehrlichen“ Berliner Polizei und den Verwaltungsorganen, um sich des Auskunftswesens im Baugewerbe und der Baubewilligung der Stadtverwaltung zu bemächtigen usw. usf.*

Die „amerikanischen Sitten“, vor denen europäische Professoren und wohlgesinnte Bürger so heuchlerisch die Augen zum Himmel aufschlagen, sind in der Epoche des Finanzkapitals buchstäblich zu Sitten einer jeden Großstadt in jedem beliebigen Lande geworden.

In Berlin war Anfang 1914 davon die Rede, einen „Verkehrstrust“ zu gründen, d. h. eine „Interessengemeinschaft“ zwischen den drei Berliner Verkehrsunternehmen: Hochbahn, Straßenbahn und Omnibusgesellschaft. „Daß eine solche Absicht besteht“, schrieb „Die Bank“, „weiß man schon seit dem Tage, wo es bekannt wurde, daß die Aktienmehrheit des Omnibusunternehmens in den Besitz der beiden anderen Verkehrsgesellschaften übergegangen war . . . Man kann den Betreibern dieser Pläne ohne weiteres glauben, daß sie durch eine einheitliche Regelung des Verkehrswesens Ersparnisse zu erzielen hoffen, von denen ein Teil schließlich auch dem Publikum zugute kommen könnte. Die Frage wird aber dadurch kompliziert, daß hinter dem sich bildenden Verkehrstrust Banken stehen, die, wenn sie wollen, den von ihnen monopolisierten Verkehr in den Dienst ihrer Terraininteressen stellen können. Daß dieser Gedanke sehr naheliegt, leuchtet ein, wenn man sich erinnert, daß schon bei der Gründung der Hochbahngesellschaft eine Verquickung von Verkehrsinteressen mit den Terraininteressen der die Hochbahn patronisierenden Großbank stattgefunden, ja sogar eine wesentliche Voraussetzung für die Schaffung dieses Verkehrsunternehmens gebildet hat. Die östliche Linie der Hochbahn sollte die Terrains erschließen, welche die Bank, nachdem die Bahn

* L. Eschwege, „Der Sumpf“ in „Die Bank“, 1913, S. 952; ebenda, 1912, 1, S. 223 ff.

gesichert war, mit hohem Nutzen für sich und einige Mitbeteiligte an die Terraingesellschaft am Bahnhof Schönhauser Allee verkauft hat.*

Ist das Monopol einmal zustande gekommen und schaltet und waltet es mit Milliarden, so durchdringt es mit absoluter Unvermeidlichkeit *alle* Gebiete des öffentlichen Lebens, ganz unabhängig von der politischen Struktur und beliebigen anderen „Details“. In der deutschen ökonomischen Literatur ist es üblich, die Unbestechlichkeit des preußischen Beamtentums lakaienhaft über den grünen Klee zu loben, mit deutlichen Seitenhieben auf den französischen Panamaskandal⁸⁹ und die amerikanische politische Korruption. Aber es ist eine Tatsache, daß *sogar* die bürgerliche Literatur über das deutsche Bankwesen fortwährend gezwungen ist, weit über die Behandlung reiner Bankoperationen hinauszugehen und beispielsweise aus Anlaß der sich häufenden Fälle des Übertritts von Regierungsbeamten in den Bankdienst von einem „Zug zur Bank“ zu schreiben: „Wie steht es aber um die Unbefangenheit eines Staatsbeamten, dessen stilles Sehnen ein warmes Plätzchen in der Behrenstraße ist?“** – die Straße in Berlin, wo die „Deutsche Bank“ ihren Hauptsitz hat. Der Herausgeber der Zeitschrift „Die Bank“, Alfred Lansburgh, schrieb 1909 in dem Artikel „Die wirtschaftliche Bedeutung des Byzantinismus“ unter anderm über die Palästina- und Bagdadreise Wilhelms II. und „ihre unmittelbare Folge, die Bagdadbahn, dieses verhängnisvolle ‚Standardwerk deutschen Unternehmerteibes‘, das an der ‚Einkreisung‘ mehr schuld ist als alle unsere politischen Fehler zusammengenommen“***. (Unter Einkreisung wird die Politik Eduards VII. verstanden, der bestrebt war, Deutschland zu isolieren und es mit dem Ring eines imperialistischen deutschfeindlichen Bündnisses zu umgeben.) Der von uns bereits erwähnte Mitarbeiter derselben Zeitschrift, Eschwege, schrieb 1911 den Artikel „Plutokratie und Beamtschaft“, in dem er Enthüllungen z. B. über den Fall des deutschen Regierungsrats Völker brachte, der sich als Mitglied der Kartellkommission durch seine Energie hervorgetan hatte, aber kurze Zeit darauf bei dem größten Kartell, dem Deutschen Stahlwerksverband, in hochdotierter Stellung auftauchte. Ähnliche Fälle, die durchaus nicht zufällig sind, zwingen denselben bürgerlichen Schriftsteller einzugeste-

* „Verkehrstrust“, „Die Bank“, 1914, 1, S. 89.

** „Der Zug zur Bank“, „Die Bank“, 1909, 1, S. 79.

*** Ebenda, S. 301 ff.

hen, daß „schon heute die von der Verfassung gewährleistete wirtschaftliche Freiheit auf vielen Gebieten des heimischen Erwerbslebens zu einer inhaltslosen Phrase geworden ist“ und daß bei der bestehenden Herrschaft der Plutokratie „selbst die weitgehendste politische Freiheit uns nicht mehr davor retten kann, daß wir zu einem Volk von Unfreien werden“*.

Was Rußland betrifft, so wollen wir uns auf ein Beispiel beschränken: Vor einigen Jahren ging durch alle Zeitungen die Nachricht, daß der Direktor der Kreditkanzlei, Dawydow, den Staatsdienst quittiert und einen Posten in einer Großbank übernimmt, mit einem Gehalt, das laut Vertrag in wenigen Jahren über eine Million Rubel betragen soll. Die Kreditkanzlei ist eine Institution, deren Aufgabe die „Vereinheitlichung der Tätigkeit aller Kreditinstitutionen des Reiches“ ist und die den hauptstädtischen Banken Subsidien bis zu 800 und 1 000 Millionen Rubel gewährt.** – –

Die Trennung des Kapitaleigentums von der Anwendung des Kapitals in der Produktion, die Trennung des Geldkapitals vom industriellen oder produktiven Kapital, die Trennung des Rentners, der ausschließlich vom Ertrag des Geldkapitals lebt, vom Unternehmer und allen Personen, die an der Verfügung über das Kapital unmittelbar teilnehmen, ist dem Kapitalismus überhaupt eigen. Der Imperialismus oder die Herrschaft des Finanzkapitals ist jene höchste Stufe des Kapitalismus, wo diese Trennung gewaltige Ausdehnung erreicht. Das Übergewicht des Finanzkapitals über alle übrigen Formen des Kapitals bedeutet die Vorherrschaft des Rentners und der Finanzoligarchie, bedeutet die Aussonderung weniger Staaten, die finanzielle „Macht“ besitzen. In welchen Ausmaßen dieser Prozeß vor sich geht, läßt sich beurteilen an Hand der Statistik der Emissionen, d. h. der Ausgabe von Wertpapieren aller Art.

Im „Bulletin des Internationalen Statistischen Instituts“ veröffentlichte A. Neymarck*** sehr ausführliche, vollständige und gut vergleichbare

* Ebenda, 1911, 2, S. 828; 1913, 2, S. 962.

** E. Agahd, S. 202.

*** „Bulletin de l'Institut international de Statistique“, t. XIX, livr. II, La Haye (Bulletin des Internationalen Statistischen Instituts, Bd. XIX, II. Folge, Den Haag. *Die Red.*), 1912. Die Daten über die Kleinstaaten, zweite Spalte, sind annähernd berechnet, und zwar nach den Zahlen von 1902, vermehrt um 20%.

Daten über die Emissionen in der ganzen Welt, Daten, die später wiederholt in der ökonomischen Literatur in Auszügen angeführt wurden. Hier die Resultate von vier Jahrzehnten:

*Summe der Emissionen in Milliarden Francs
nach Jahrzehnten*

1871-1880	76,1
1881-1890	64,5
1891-1900	100,4
1901-1910	197,8

In den siebziger Jahren erhöhte sich die Gesamtsumme der Emissionen in der ganzen Welt besonders durch Anleihen im Zusammenhang mit dem Deutsch-Französischen Krieg und der darauffolgenden Gründerperiode in Deutschland. Im großen ganzen geht die Vermehrung im Laufe der letzten drei Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts verhältnismäßig nicht sehr rasch vor sich, und erst das erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts bringt eine gewaltige Vermehrung, fast eine Verdoppelung in zehn Jahren. Der Anfang des 20. Jahrhunderts bildet also den Wendepunkt nicht nur in bezug auf das Wachstum der Monopole (Kartelle, Syndikate und Trusts), wovon bereits die Rede war, sondern auch in bezug auf das Anwachsen des Finanzkapitals.

Die Gesamtsumme der Wertpapiere in der ganzen Welt schätzt Neymarck für das Jahr 1910 ungefähr auf 815 Milliarden Francs. Nach annähernder Berechnung der Doppelzählungen reduziert er die Summe auf 575-600 Milliarden. Sie verteilen sich nach Ländern (unter Zugrundelegung von 600 Milliarden) wie folgt:

Summe der Wertpapiere 1910 (in Milliarden Francs)

England	142	} 479	Holland	12,5
Vereinigte Staaten	132		Belgien	7,5
Frankreich	110		Spanien	7,5
Deutschland	95		Schweiz	6,25
Rußland	31		Dänemark	3,25
Österreich-Ungarn	24		Schweden, Norwegen,	
Italien	14		Rumänien u. a.	2,5
Japan	12			
			<u>Summa</u>	600,0

Aus diesen Daten ist sofort ersichtlich, wie scharf sich die vier reichsten kapitalistischen Länder abheben, von denen jedes Wertpapiere von ungefähr 100 bis 150 Milliarden Francs besitzt. Von diesen vier Ländern sind zwei – England und Frankreich – die ältesten und, wie wir weiter sehen werden, an Kolonien reichsten kapitalistischen Länder; die beiden anderen – die Vereinigten Staaten und Deutschland – sind fortgeschrittene kapitalistische Länder nach dem Entwicklungstempo und dem Verbreitungsgrad der kapitalistischen Monopole in der Produktion. Diese vier Länder zusammen besitzen 479 Milliarden Francs, d. h. nahezu 80% des Weltfinanzkapitals. Fast die ganze übrige Welt spielt so oder anders die Rolle des Schuldners und Tributpflichtigen dieser Länder – der internationalen Bankiers, dieser vier „Säulen“ des Weltfinanzkapitals.

Ganz besonders muß auf die Rolle eingegangen werden, die bei der Schaffung des internationalen Netzes der Abhängigkeiten und der Verbindungen des Finanzkapitals der Kapitalexport spielt.

IV. DER KAPITALEXPORTE

Für den alten Kapitalismus, mit der vollen Herrschaft der freien Konkurrenz, war der Export von *Waren* kennzeichnend. Für den neuesten Kapitalismus, mit der Herrschaft der Monopole, ist der Export von *Kapital* kennzeichnend geworden.

Kapitalismus ist Warenproduktion auf der höchsten Stufe ihrer Entwicklung, auf der auch die Arbeitskraft zur Ware wird. Die Zunahme des Warenaustausches sowohl innerhalb des Landes wie auch insbesondere des internationalen Warenaustausches ist ein charakteristisches Merkmal des Kapitalismus. Die Ungleichmäßigkeit und Sprunghaftigkeit in der Entwicklung einzelner Unternehmungen, einzelner Industriezweige und einzelner Länder ist im Kapitalismus unvermeidlich. Zuerst wurde England, vor den anderen Ländern, ein kapitalistisches Land, und um die Mitte des 19. Jahrhunderts, als es den Freihandel einführte, nahm es für sich in Anspruch, die „Werkstätte der Welt“ zu sein, alle Länder mit Fertigfabrikaten zu versorgen, die ihm im Austausch Rohstoffe liefern sollten. Aber *dieses* Monopol Englands war bereits im letzten Vier-

tel des 19. Jahrhunderts durchbrochen, denn eine Reihe anderer Länder hatte sich, durch „Schutz“zölle gesichert, zu selbständigen kapitalistischen Staaten entwickelt. An der Schwelle des 20. Jahrhunderts sehen wir die Bildung von Monopolen anderer Art: erstens Monopolverbände der Kapitalisten in allen Ländern des entwickelten Kapitalismus; zweitens Monopolstellung der wenigen überaus reichen Länder, in denen die Akkumulation des Kapitals gewaltige Ausmaße erreicht hat. Es entstand ein ungeheurer „Kapitalüberschuß“ in den fortgeschrittenen Ländern.

Freilich, wäre der Kapitalismus imstande, die Landwirtschaft zu entwickeln, die jetzt überall weit hinter der Industrie zurückgeblieben ist, könnte er die Lebenshaltung der Massen der Bevölkerung heben, die trotz des schwindelerregenden technischen Fortschritts überall ein Hunger- und Bettlerdasein fristet – dann könnte von einem Kapitalüberschuß nicht die Rede sein. Und das ist auch das „Argument“, das allgemein von kleinbürgerlichen Kritikern des Kapitalismus vorgebracht wird. Aber dann wäre der Kapitalismus nicht Kapitalismus, denn die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung wie das Hungerdasein der Massen sind wesentliche, unvermeidliche Bedingungen und Voraussetzungen dieser Produktionsweise. Solange der Kapitalismus Kapitalismus bleibt, wird der Kapitalüberschuß nicht zur Hebung der Lebenshaltung der Massen in dem betreffenden Lande verwendet – denn das würde eine Verminderung der Profite der Kapitalisten bedeuten –, sondern zur Steigerung der Profite durch Kapitalexport ins Ausland, in rückständige Länder. In diesen rückständigen Ländern ist der Profit gewöhnlich hoch, denn es gibt dort wenig Kapital, die Bodenpreise sind verhältnismäßig nicht hoch, die Löhne niedrig und die Rohstoffe billig. Die Möglichkeit der Kapitalausfuhr wird dadurch geschaffen, daß eine Reihe rückständiger Länder bereits in den Kreislauf des Weltkapitalismus hineingezogen ist, die Hauptlinien der Eisenbahnen bereits gelegt oder in Angriff genommen, die elementaren Bedingungen der industriellen Entwicklung gesichert sind usw. Die Notwendigkeit der Kapitalausfuhr wird dadurch geschaffen, daß in einigen Ländern der Kapitalismus „überreif“ geworden ist und dem Kapital (unter der Voraussetzung der Unentwickeltheit der Landwirtschaft und der Armut der Massen) ein Spielraum für „rentable“ Betätigung fehlt.

Folgende annähernde Zahlen zeigen, wieviel Kapital die drei Hauptländer im Ausland investiert haben.*

<i>Im Ausland investiertes Kapital</i>			
(in Milliarden Francs)			
Jahr	England	Frankreich	Deutschland
1862	3,6	—	—
1872	15	10 (1869)	—
1882	22	15 (1880)	?
1893	42	20 (1890)	?
1902	62	27–37	12,5
1914	75–100	60	44

Daraus ersehen wir, daß die Kapitalausfuhr erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts Riesendimensionen angenommen hat. Vor dem Kriege erreichte das im Ausland investierte Kapital der drei Hauptländer 175 bis 200 Milliarden Francs. Der Ertrag aus diesem Kapital, bescheiden zu 5% gerechnet, muß etwa 8–10 Milliarden Francs im Jahr erreicht haben. Welch solide Basis für die imperialistische Unterdrückung und Ausbeutung der meisten Nationen und Länder der Welt, für den kapitalistischen Parasitismus einiger reicher Staaten!

Wie verteilt sich dieses im Ausland investierte Kapital auf die verschiedenen Länder, wo ist es angelegt? Auf diese Frage kann man nur eine annähernde Antwort geben, die jedoch geeignet ist, gewisse allge-

* Hobson, „Imperialism“, L. 1902, S. 58; Riesser, a. a. O., S. 395 und 404; P. Arndt im „Weltwirtschaftlichen Archiv“, Bd. 7, 1916, S. 35; Neymarck im „Bulletin“; Hilferding, „Das Finanzkapital“, S. 492 (a. a. O., S. 475/476. *Der Übers.*); Lloyd George, Unterhausrede vom 4. Mai 1915 nach dem „Daily Telegraph“ vom 5. Mai 1915; B. Harms, „Probleme der Weltwirtschaft“, Jena 1912, S. 235 u. a.; Dr. Sigmund Schilder, „Entwicklungstendenzen der Weltwirtschaft“, Berlin 1912, Band 1, S. 150; George Paish, „Great Britain's Capital Investments etc.“ im „Journal of the Royal Statistical Society“ („Großbritanniens Kapitalanlagen usw.“ im „Journal der Königl. Statistischen Gesellschaft“. *Die Red.*), vol. LXXIV, 1910/11, S. 167 ff.; Georges Diouritch, „L'Expansion des banques allemandes à l'étranger, ses rapports avec le développement économique de l'Allemagne“ (Die Expansion der deutschen Banken im Ausland und ihr Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands. *Die Red.*), Paris 1909, S. 84.

meine Wechselbeziehungen und Zusammenhänge des modernen Imperialismus zu beleuchten:

*Erdteile, auf die sich die im Ausland investierten Kapitalien
(annähernd) verteilen (um 1910)*

	England	Frankreich (in Milliarden Mark)	Deutschland	Zu- sammen
Europa	4	23	18	45
Amerika	37	4	10	51
Asien, Afrika, Australien	29	8	7	44
<i>Insgesamt</i>	70	35	35	140

In England steht an erster Stelle sein Kolonialbesitz, der auch in Amerika sehr groß ist (z. B. Kanada), von Asien usw. gar nicht zu reden. Die riesige Ausfuhr von Kapital ist hier aufs engste mit den riesigen Kolonien verknüpft, von deren Bedeutung für den Imperialismus weiter unten noch die Rede sein wird. Anders in Frankreich. Frankreich hat sein exportiertes Kapital hauptsächlich in Europa und vor allem in Rußland (nicht weniger als 10 Milliarden Francs) investiert; dabei handelt es sich vorwiegend um *Leihkapital*, um Staatsanleihen, und nicht um Kapital, das in Industriebetrieben angelegt ist. Zum Unterschied vom englischen Kolonialimperialismus könnte man den französischen einen Wucherimperialismus nennen. In Deutschland finden wir eine dritte Abart: Deutschlands Kolonialbesitz ist nicht groß, und sein im Ausland investiertes Kapital verteilt sich am gleichmäßigsten auf Europa und Amerika.

Der Kapitalexport beeinflusst in den Ländern, in die er sich ergießt, die kapitalistische Entwicklung, die er außerordentlich beschleunigt. Wenn daher dieser Export bis zu einem gewissen Grade die Entwicklung in den exportierenden Ländern zu hemmen geeignet ist, so kann dies nur um den Preis einer Ausdehnung und Vertiefung der weiteren Entwicklung des Kapitalismus in der ganzen Welt geschehen.

Die kapitalexportierenden Länder haben fast immer die Möglichkeit, gewisse „Vorteile“ zu erlangen, deren Charakter die Eigenart der Epoche des Finanzkapitals und der Monopole ins rechte Licht setzt. Die Berliner Zeitschrift „Die Bank“ schrieb z. B. im Oktober 1913 folgendes:

„Am internationalen Kapitalmarkt spielt sich seit kurzem eine Komödie ab, die des Griffels eines Aristophanes würdig ist. Zahlreiche Fremd-

staaten, von Spanien bis zu den Balkanländern, von Rußland bis zu Argentinien, Brasilien und China, treten offen oder heimlich an die großen Geldmärkte mit ihren Anleiheforderungen heran, von denen einige außerordentlich dringlich sind. Die Geldmärkte sind zwar in keiner sonderlich guten Verfassung, und auch die politischen Aspekte sind noch immer nicht rosenfarbig. Aber dennoch wagt keiner der Geldmärkte, sich den fremden Ansprüchen zu versagen, aus Furcht, der Nachbar könne ihm zuvorkommen, die Anleihe bewilligen, und sich damit ein Anrecht auf gewisse kleine Gegendienste sichern. Es fällt ja bei solchen internationalen Geschäften immer etwas für den Geldgeber ab, sei es ein handelspolitischer Vorteil oder eine Kohlenstation, sei es ein Hafenaufbau, eine fette Konzession oder ein Kanonen-Auftrag.“*

Das Finanzkapital erzeugte die Epoche der Monopole. Die Monopole sind aber überall Träger monopolistischer Prinzipien: An Stelle der Konkurrenz auf offenem Markt tritt die Ausnutzung der „Verbindungen“ zum Zweck eines profitablen Geschäftes. Die gewöhnlichste Erscheinung ist: Bei einer Anleihe wird zur Bedingung gemacht, daß ein Teil der Anleihe zum Kauf von Erzeugnissen des kreditgebenden Landes, vor allem von Waffen, Schiffen usw. verausgabt wird. Frankreich hat in den letzten zwei Jahrzehnten (1890–1910) sehr oft zu diesem Mittel gegriffen. Der Kapitalexport wird zu einem Mittel, den Warenexport zu fördern. Die Abmachungen zwischen den besonders großen Unternehmungen sind dabei derart, daß sie, wie Schilder „gelinde“ sagte**, „an Korruption gemahnen“. Krupp in Deutschland, Schneider in Frankreich, Armstrong in England – das sind Musterbeispiele von Firmen, die mit den Riesenzentralbanken und der Regierung in enger Verbindung stehen und beim Abschluß von Anleihen nicht so leicht „umgangen“ werden können.

Frankreich, das Rußland Anleihen gewährte, „drückte“ Rußland im Handelsvertrag vom 16. September 1905 „an die Wand“, indem es sich gewisse Zugeständnisse bis 1917 ausbedang; dasselbe geschah bei dem Handelsvertrag mit Japan vom 19. August 1911. Der Zollkrieg Österreichs gegen Serbien, der mit einer siebenmonatigen Unterbrechung von 1906 bis 1911 dauerte, war zum Teil durch die Konkurrenz Österreichs und Frankreichs bei der Lieferung von Kriegsmaterial an Serbien veran-

* „Die Bank“, 1913, 2, S. 1024/1025.

** Schilder, a. a. O., S. 346, 350, 371.

laßt worden. Paul Deschanel erklärte im Januar 1912 in der Kammer, daß französische Firmen in den Jahren 1908–1911 an Serbien für 45 Millionen Francs Kriegsmaterial geliefert haben.

In einem Bericht des österreichisch-ungarischen Konsuls in São Paulo (Brasilien) heißt es: „Der Ausbau der brasilianischen Eisenbahnen erfolgt zumeist mittels französischer, belgischer, britischer und deutscher Kapitalien; die betreffenden Länder sichern sich bei den mit dem Bahnbau zusammenhängenden finanziellen Operationen auch die Lieferungen für das nötige Eisenbahnmaterial.“

Auf diese Weise wirft das Finanzkapital im buchstäblichen Sinne des Wortes seine Netze über alle Länder der Welt aus. Eine große Rolle spielen dabei die in den Kolonien gegründeten Banken und ihre Niederlassungen. Die deutschen Imperialisten betrachten voller Neid die „alten“ Kolonialländer, die sich in dieser Hinsicht besonders „erfolgreich“ versorgt haben: Im Jahre 1904 besaß England 50 Kolonialbanken mit 2 279 Niederlassungen (1910: 72 mit 5 449 Niederlassungen); Frankreich 20 mit 136 Niederlassungen; Holland 16 mit 68 und Deutschland „im ganzen nur“ 13 mit 70 Niederlassungen.* Die amerikanischen Kapitalisten beneiden ihrerseits die englischen und die deutschen. „In Südamerika“, klagten sie 1915, „haben 5 deutsche Banken 40 Filialen und 5 englische haben 70 Filialen . . . England und Deutschland haben in den letzten 25 Jahren in Argentinien, Brasilien und Uruguay annähernd 4 000 Millionen Dollar angelegt und sind infolgedessen zu 46% an dem gesamten Handel dieser drei Länder beteiligt.“**

Die kapitalexportierenden Länder haben, im übertragenen Sinne, die Welt unter sich verteilt. Aber das Finanzkapital führte auch zur direkten Aufteilung der Welt.

* Riesser, a. a. O., 4. Aufl., S. 375, und Diouritch, S. 283.

** „The Annals of the American Academy of Political and Social Science“, vol. LIX, May 1915 (Jahrbücher der Amerikanischen Akademie für Staats- und Sozialwissenschaften, Bd. 59, Mai 1915. *Die Red.*), S. 301; ebenda, S. 331, lesen wir, daß der bekannte Statistiker Paish im letzten Heft der Finanzzeitschrift „Statist“ (Der Statistiker. *Die Red.*) die Summe des von England, Deutschland, Frankreich, Belgien und Holland exportierten Kapitals auf 40 Milliarden Dollar, d. h. 200 Milliarden Francs, schätzte.

V. DIE AUFTEILUNG DER WELT UNTER DIE KAPITALISTENVERBÄNDE

Die Monopolverbände der Kapitalisten – die Kartelle, Syndikate und Trusts – teilen vor allem den ganzen Binnenmarkt unter sich auf, indem sie die Produktion des betreffenden Landes mehr oder weniger vollständig an sich reißen. Aber der Binnenmarkt hängt unter dem Kapitalismus untrennbar mit dem Außenmarkt zusammen. Der Kapitalismus hat längst den Weltmarkt geschaffen. Und in dem Maße, wie der Kapital-export wuchs und die ausländischen und kolonialen Verbindungen und „Einflußsphären“ der riesigen Monopolverbände sich in jeder Weise erweiterten, kam es „natürlicherweise“ unter ihnen zu Abmachungen im Weltmaßstab, zur Bildung von internationalen Kartellen.

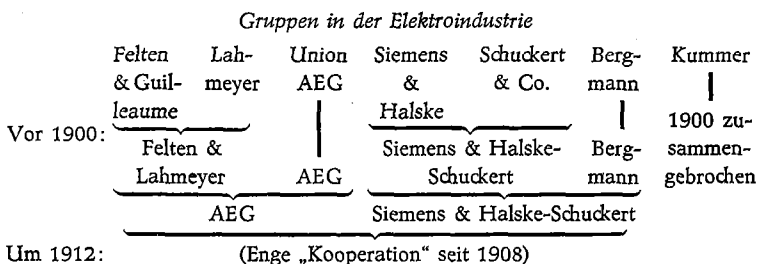
Das ist eine neue Stufe der Weltkonzentration des Kapitals und der Produktion, eine unvergleichlich höhere Stufe als die vorangegangenen. Wir wollen sehen, wie dieses Übermonopol heranwächst.

Am typischsten für die neuesten Fortschritte der Technik, für den Kapitalismus am *Ende* des 19. und am Anfang des 20. Jahrhunderts ist die Elektroindustrie. Sie entwickelte sich am stärksten in den zwei fortgeschrittensten der neuen kapitalistischen Länder, in den Vereinigten Staaten und Deutschland. In Deutschland wurde das Anwachsen der Konzentration in diesem Industriezweig besonders stark durch die Krise vom Jahre 1900 beeinflußt. Die Banken, die damals schon fest genug mit der Industrie verwachsen waren, beschleunigten und vertieften während dieser Krise im höchsten Grade den Untergang verhältnismäßig kleiner Unternehmungen und ihre Aufsaugung durch große. „Indem sie“ (die Banken), schreibt Jeidels, „gerade von den kapitalbedürftigsten Unternehmungen ihre Hand zurückziehen, befördern sie erst eine schwindelhafte Hausse, dann den rettungslosen Ruin der Gesellschaften, die nicht dauernd eng mit ihnen liiert sind.“*

Die Folge davon war, daß nach 1900 die Konzentration mit Riesenschritten vorwärtsging. Vor 1900 gab es in der Elektroindustrie sieben oder acht „Gruppen“, wobei jede aus mehreren Gesellschaften (im ganzen waren es 28) bestand, und hinter jeder standen 2–11 Banken. Um

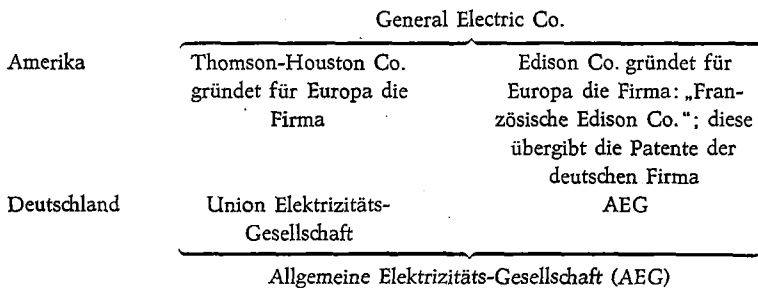
* Jeidels, a. a. O., S. 232.

1908–1912 verschmolzen alle diese Gruppen zu zwei oder zu einer einzigen. Dieser Prozeß ging folgendermaßen vor sich:



Die berühmte AEG (Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft), die auf diese Weise entstanden ist, beherrscht (durch das „Beteiligungs“system) 175–200 Gesellschaften und verfügt über ein Kapital von ungefähr 1,5 Milliarden Mark. Sie hat allein 34 direkte Auslandsvertretungen, davon 12 Aktiengesellschaften, in mehr als 10 Staaten. Schon 1904 schätzte man die Kapitalanlagen der deutschen Elektroindustrie im Ausland auf 233 Millionen Mark, davon 62 Mill. in Rußland. Es erübrigt sich zu sagen, daß die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft ein riesiges „kombiniertes“ Unternehmen darstellt – allein die Zahl ihrer Fabrikationsgesellschaften beträgt 16 –, das die verschiedenartigsten Erzeugnisse, von Kabeln und Isolatoren bis zu Automobilen und Flugmaschinen, herstellt.

Die Konzentration in Europa war aber auch ein Bestandteil des Konzentrationsprozesses in Amerika. Das ging folgendermaßen vor sich:



Auf diese Weise entstanden zwei Elektro„mächte“. „Andere Elektromächte, wenigstens von diesen beiden völlig unabhängige, gibt es auf der

Erde nicht“, schreibt Heinig in seinem Aufsatz „Der Weg des Elektrotrusts“. Über den Umsatz und den Umfang der Betriebe beider „Trusts“ geben folgende Zahlen eine ungefähre, bei weitem nicht erschöpfende Vorstellung:

	Warenumsatz (Mill. Mark)	Zahl der Ange- stellten	Nettoge- winn (Mill. Mark)
Amerika: General Electric Co. (GEC)	1907: 252	28 000	35,4
	1910: 298	32 000	45,6
Deutschland: Allgem. Elektr.-Ges. (AEG)	1907: 216	30 700	14,5
	1911: 362	60 800	21,7

Und nun schließen 1907 der amerikanische und der deutsche Trust einen Vertrag über die Aufteilung der Welt. Die Konkurrenz wird ausgeschaltet. Die GEC „erhält“ die Vereinigten Staaten und Kanada; der AEG werden Deutschland, Österreich, Rußland, Holland, Dänemark, die Schweiz, die Türkei und der Balkan „zugeteilt“. Besondere – natürlich geheime – Verträge werden über die „Tochtergesellschaften“ abgeschlossen, die in neue Industriezweige und in „neue“, formell noch unverteilte Länder eindringen. Erfindungen und Erfahrungen werden gegenseitig ausgetauscht.*

Man versteht ohne weiteres, wie schwierig die Konkurrenz gegen diesen faktisch einheitlichen, die gesamte Welt umspannenden Trust ist, der über ein Kapital von mehreren Milliarden verfügt und seine „Niederlassungen“, Vertretungen, Agenturen, Verbindungen usw. an allen Ecken und Enden der Welt hat. Aber eine Aufteilung der Welt unter zwei mächtige Trusts schließt natürlich eine *Neuaufteilung* nicht aus, sobald das Kräfteverhältnis – infolge der ungleichmäßigen Entwicklung, von Kriegen, Zusammenbrüchen usw. – sich ändert.

Ein lehrreiches Beispiel dafür, wie eine solche Neuaufteilung versucht wird und wie um sie gekämpft wird, bietet die Petroleumindustrie.

„Der Petroleummarkt der Welt“, schrieb Jeidels 1905, „ist im wesentlichen auch noch heute unter zwei große Finanzgruppen aufgeteilt: die amerikanische ‚Standard Oil Co.‘ Rockefellers und die Beherrscher des russischen Baku-Öls, Rothschild und Nobel. Beide Gruppen stehen in enger Verbindung, sind aber in ihrer Monopolstellung seit einer Reihe

* Riesser, a. a. O.; Diouritch, a. a. O., S. 239; Kurt Heinig, a. a. O.

von Jahren von fünf Feinden bedroht** : 1. dem Versiegen der Petroleumquellen in Amerika; 2. der Konkurrenz der Firma Mantaschow in Baku; 3. den Petroleumvorkommen in Österreich und 4. in Rumänien; 5. den überseeischen Ölquellen, vornehmlich in den holländischen Kolonien (die steinreichen Firmen von Samuel und Shell, die auch mit dem englischen Kapital liiert sind). Die letzten drei Gruppen von Unternehmungen sind mit deutschen Großbanken, mit der größten, der „Deutschen Bank“, an der Spitze, liiert. Diese Banken haben selbständig und planmäßig die Petroleumindustrie gefördert, so z. B. in Rumänien, um einen „eigenen“ Stützpunkt zu haben. In der rumänischen Petroleumindustrie schätzte man 1907 das fremde Kapital auf 185 Mill. Francs, wovon auf Deutschland 74 Mill. entfielen.**

Es begann ein Kampf, der denn auch in der ökonomischen Literatur Kampf um „die Teilung der Welt“ genannt wird. Einerseits Rockefeller's „Petroleumtrust“, der, um *alles* an sich zu reißen, in Holland *selbst* eine „Tochtergesellschaft“ gründete und Petroleumquellen in Niederländisch-Indien aufkaufte, um so seinem Hauptfeind, dem holländisch-englischen „Shell“-Trust, einen Schlag zu versetzen. Andererseits suchten die „Deutsche Bank“ und andere Berliner Banken Rumänien „für sich zu behaupten“ und es mit Rußland gegen Rockefeller zu vereinigen. Dieser verfügte über ein unvergleichlich größeres Kapital und einen ausgezeichnet organisierten Apparat für den Transport und die Zustellung des Petroleums an die Verbraucher. Der Kampf mußte mit der völligen Niederlage der „Deutschen Bank“ enden, was 1907 auch der Fall war. Es blieb ihr nur die Wahl: entweder ihre „Petroleuminteressen“ mit Millionenverlust zu liquidieren oder sich zu unterwerfen. Sie wählte das letztere und schloß einen für die „Deutsche Bank“ sehr ungünstigen Vertrag mit der Standard Oil. Auf Grund dieses Vertrags verpflichtete sich die „Deutsche Bank“, „nichts zum Nachteil der amerikanischen Interessen zu unternehmen“; dabei war jedoch vorgesehen, daß der Vertrag seine Gültigkeit verlieren solle, falls Deutschland durch Gesetz ein staatliches Petroleummonopol einführen werde.

Nun beginnt die „Petroleum-Komödie“. Einer der Finanzkönige Deutschlands, von Gwinner, Direktor der „Deutschen Bank“, läßt durch

* Jeidels, S. 193.

** Diouritch, S. 245/246.

seinen Privatsekretär Stauß für ein Petroleummonopol agitieren. Der ganze Riesenapparat der Berliner Großbank, alle weitreichenden „Verbindungen“ werden in Bewegung gesetzt, die Presse überschreit sich in „patriotischer“ Empörung gegen „das Joch“ des amerikanischen Trusts, und der Reichstag nimmt am 15. März 1911 beinahe einstimmig eine Resolution an, in der die Regierung aufgefordert wird, einen Gesetzentwurf über ein Petroleummonopol auszuarbeiten. Die Regierung griff diesen „populären“ Gedanken auf, und die „Deutsche Bank“, die ihren amerikanischen Kontrahenten übers Ohr hauen und ihren Geschäften durch das Staatsmonopol nachhelfen wollte, schien gewonnenes Spiel zu haben. Die deutschen Petroleumkönige schwelgten schon im Vorgenuß der Riesenprofite, die den Profiten der russischen Zuckerfabrikanten nicht nachstehen würden . . . Aber da gerieten sich erstens die deutschen Großbanken in die Haare wegen der Teilung der Beute, und die „Disconto-Gesellschaft“ enthüllte die eigennützigen Interessen der „Deutschen Bank“; zweitens bekam die Regierung Angst vor dem Kampf gegen Rockefeller, denn es war recht zweifelhaft, ob Deutschland ohne ihn Petroleum bekommen würde (Rumäniens Ausbeute war gering), und drittens stand die Bewilligung des Milliardenetats von 1913 für die Kriegsvorbereitung Deutschlands bevor. Das Monopolprojekt wurde vertagt. Rockefellers „Petroleumtrust“ ging einstweilen als Sieger aus dem Kampf hervor.

Die Berliner Zeitschrift „Die Bank“ schrieb aus diesem Anlaß, daß Deutschland den „Petroleumtrust“ nur durch ein Strommonopol und Umsetzung der Wasserkräfte in billige Elektrizität bekämpfen könne. Aber, fügte der Verfasser hinzu, „das Strommonopol wird in dem Momente kommen, in dem die Produzenten es brauchen werden; nämlich dann, wenn der nächste große Krach in der Elektrizitätsindustrie vor der Tür stehen wird, wenn die gewaltigen, teuren Stromwerke, die von den Privatkonzernen der Elektrizitätsindustrie jetzt allenthalben gebaut werden und für die ihnen Staaten, Kommunen und andere Verbände schon jetzt partielle Monopole gewähren, nicht mehr rentabel zu arbeiten in der Lage sind. Dann wird man mit den Wasserkräften herausrücken müssen; aber man wird sie nicht von Staats wegen in billige Elektrizität umsetzen können, sondern man wird sie wieder einem ‚staatlich kontrollierten Privatmonopol‘ überantworten müssen, weil die gewal-

tigen Abfindungen und Entschädigungen, die man der Privatindustrie . . . zahlen müßte, die Grundrente eines . . . Strommonopols zu stark belasten würden. So war es beim Kalimonopol, so ist es beim Petroleummonopol, so wird es beim Strommonopol sein. Mögen doch unsere Staatssozialisten, die sich durch ein schönes Prinzip blenden lassen, endlich einsehen, daß in Deutschland Monopole nie den Zweck und den Erfolg gehabt haben, dem Konsum zu nützen oder auch nur dem Staat Anteil an dem Unternehmergeinn zu gewähren, sondern immer nur dazu gedient haben, verfahrene Privatindustrien mit Staatshilfe zu sanieren.**

Zu solchen wertvollen Geständnissen sehen sich bürgerliche deutsche Ökonomen genötigt. Wir sehen hier anschaulich, wie sich in der Epoche des Finanzkapitals private und staatliche Monopole miteinander verflechten und die einen wie die anderen in Wirklichkeit bloß einzelne Glieder in der Kette des imperialistischen Kampfes zwischen den größten Monopolisten um die Teilung der Welt sind.

Auch in der Handelsschiffahrt hat das riesige Anwachsen der Konzentration zur Aufteilung der Welt geführt. In Deutschland entstanden zwei riesige Gesellschaften: die „Hamburg-Amerika-Linie“ und der „Norddeutsche Lloyd“ mit einem Kapital von je 200 Mill. Mark (in Aktien und Obligationen) und Dampfern im Werte von 185–189 Mill. Mark. Andererseits bildete sich am 1. Januar 1903 in Amerika der sogenannte Morgan-Trust, die „Internationale Gesellschaft für Seehandel“, die neun amerikanischen und englische Schiffahrtsgesellschaften vereinigt und über ein Kapital von 120 Mill. Dollar (480 Mill. Mark) verfügt. Bereits 1903 schlossen die deutschen Kolosse mit diesem amerikanisch-englischen Trust einen Vertrag über die Aufteilung der Welt in Verbindung mit der Verteilung des Profits. Die deutschen Gesellschaften verzichteten auf die Konkurrenz im englisch-amerikanischen Frachtgeschäft. Es wurde genau festgelegt, wem welche Häfen „überlassen“ werden, ein gemeinsamer Überwachungsausschuß wurde geschaffen usw. Der Vertrag wurde auf 20 Jahre geschlossen mit der Klausel, daß er im Kriegsfall außer Kraft tritt.**

Höchst lehrreich ist auch die Entstehungsgeschichte des internationalen Schienenkartells. Zum erstenmal unternahmen die englischen, bel-

* „Die Bank“, 1912, 2, 629, 1036; 1913, 1, 388.

** Riesser, a. a. O., S. 125.

gischen und deutschen Schienenwerke bereits 1884, während einer starken industriellen Depression, den Versuch, ein solches Kartell zu bilden. Man einigte sich, auf dem Binnenmarkt der vertragschließenden Länder einander keine Konkurrenz zu machen und die Außenmärkte nach folgendem Schlüssel zu verteilen: England 66%, Deutschland 27% und Belgien 7%. Indien blieb restlos England vorbehalten. Gegen eine englische Firma, die außerhalb der Vereinbarung blieb, wurde ein gemeinsamer Kampf geführt, dessen Kosten durch einen bestimmten Prozentsatz von den gesamten Verkäufen gedeckt wurden. Das Kartell zerfiel aber 1886, als zwei englische Firmen aus ihm austraten. Es ist bezeichnend, daß es während der darauffolgenden Perioden des industriellen Aufschwungs nicht gelang, eine Konvention zustande zu bringen.

Anfang 1904 wurde das deutsche Stahlsyndikat gegründet. Im November 1904 wurde das internationale Schienenkartell erneuert nach dem Schlüssel: England 53,5%, Deutschland 28,83%, Belgien 17,67%. Darauf schloß sich Frankreich an mit 4,8%, 5,8% und 6,4% für das erste, zweite und dritte Jahr, und zwar über 100% hinaus, d. h. bei einer Gesamtsumme von 104,8% usw. Im Jahre 1905 trat der Stahltrust der Vereinigten Staaten („United States Steel Corporation“) bei, später auch Österreich und Spanien. „Für den Augenblick“, schrieb Vogelstein 1910, „ist die Teilung der Erde vollendet, und die großen Konsumenten, vor allem die Staatsbahnen, können jetzt, da die Welt hingegeben ist, ohne daß ihre Interessen gewahrt wurden, wie der Dichter im Himmel des Zeus wohnen.“*

Erwähnt sei ferner das internationale Zinksyndikat, das 1909 gegründet wurde und den Produktionsumfang zwischen fünf Gruppen von Hütten genau verteilte, nämlich zwischen den deutschen, belgischen, französischen, spanischen und englischen; ferner der internationale Pulvertrust, diese, nach Liefmanns Worten, „ganz moderne enge Verbindung aller Sprengstoff herstellenden deutschen Unternehmungen, die alsdann mit den ähnlich organisierten französischen und amerikanischen Sprengstoff-fabriken sozusagen die ganze Welt unter sich verteilten“**.

Im ganzen zählte Liefmann für das Jahr 1897 an die 40 internationale Kartelle, an denen Deutschland teilnahm, und um 1910 schon etwa 100.

* Vogelstein, „Organisationsformen“, S. 100.

** Liefmann, „Kartelle und Trusts“, 2. A., S. 161.

Manche bürgerliche Schriftsteller (denen sich jetzt auch K. Kautsky zugesellt hat, der seiner marxistischen Einstellung, z. B. von 1909, völlig untreu geworden ist) gaben der Meinung Ausdruck, daß die internationalen Kartelle, als eine der am klarsten ausgeprägten Erscheinungsformen der Internationalisierung des Kapitals, die Erhaltung des Friedens zwischen den Völkern im Kapitalismus erhoffen lassen. Diese Ansicht ist theoretisch völlig unsinnig und praktisch ein Sophismus, eine unehrliche Methode, den schlimmsten Opportunismus zu verteidigen. Die internationalen Kartelle zeigen, bis zu welchem Grade die kapitalistischen Monopole jetzt angewachsen sind und *worum* der Kampf zwischen den Kapitalistenverbänden geht. Dieser letzte Umstand ist der wichtigste; nur er allein macht uns den historisch-ökonomischen Sinn des Geschehens klar, denn die *Form* des Kampfes kann wechseln und wechselt beständig aus verschiedenen, verhältnismäßig untergeordneten und zeitweiligen Gründen, aber das *Wesen* des Kampfes, sein *Klasseninhalt*, kann sich durchaus *nicht* ändern, solange es Klassen gibt. Selbstverständlich liegt es im Interesse z. B. der deutschen Bourgeoisie, auf deren Seite dem *Wesen* der Sache nach Kautsky in seinen theoretischen Darlegungen übergegangen ist (wovon noch die Rede sein wird), den *Inhalt* des heutigen ökonomischen Kampfes (Teilung der Welt) zu vertuschen und bald diese, bald jene *Form* des Kampfes hervorzukehren. Denselben Fehler begeht Kautsky. Und es handelt sich natürlich nicht um die deutsche, sondern um die internationale Bourgeoisie. Die Kapitalisten teilen die Welt nicht etwa aus besonderer Bosheit unter sich auf, sondern weil die erreichte Stufe der Konzentration sie zwingt, diesen Weg zu beschreiten, um Profite zu erzielen; dabei wird die Teilung „nach dem Kapital“, „nach der Macht“ vorgenommen – eine andere Methode der Teilung kann es im System der Warenproduktion und des Kapitalismus nicht geben. Die Macht aber wechselt mit der ökonomischen und politischen Entwicklung; um zu begreifen, was vor sich geht, muß man wissen, welche Fragen durch Machtverschiebungen entschieden werden; ob diese Verschiebungen nun „rein“ ökonomischer Natur oder *außerökonomischer* (z. B. militärischer) Art sind, ist eine nebensächliche Frage, die an den grundlegenden Anschauungen über die jüngste Epoche des Kapitalismus nichts zu ändern vermag. Die Frage nach dem *Inhalt* des Kampfes und der Vereinbarungen zwischen den Kapitalistenverbänden durch die Frage

nach der Form des Kampfes und der Vereinbarungen (heute friedlich, morgen nicht friedlich, übermorgen wieder nicht friedlich) ersetzen heißt zum Sophisten herabsinken.

Die Epoche des jüngsten Kapitalismus zeigt uns, daß sich unter den Kapitalistenverbänden bestimmte Beziehungen herausbilden *auf dem Boden* der ökonomischen Aufteilung der Welt, daß sich aber daneben und im Zusammenhang damit zwischen den politischen Verbänden, den Staaten, bestimmte Beziehungen herausbilden auf dem Boden der territorialen Aufteilung der Welt, des Kampfes um die Kolonien, „des Kampfes um das Wirtschaftsgebiet“.

VI. DIE AUFTEILUNG DER WELT UNTER DIE GROSSMÄCHTE

In seinem Werk „Die territoriale Entwicklung der europäischen Kolonien“ gibt der Geograph A. Supan* die folgende kurze Zusammenfassung dieser Entwicklung am Ende des 19. Jahrhunderts:

*Vom Hundert der Fläche gehörten den europäischen Kolonialmächten
(die Vereinigten Staaten eingerechnet):*

	1876	1900	Zunahme um
In Afrika	10,8 %	90,4 %	+ 79,6 %
In Polynesien	56,8 %	98,9 %	+ 42,1 %
In Asien	51,5 %	56,6 %	+ 5,1 %
In Australien	100,0 %	100,0 %	-
In Amerika	27,5 %	27,2 %	- 0,3 %

„Das Charakteristische dieser Periode“, folgert Supan, „ist also die Aufteilung Afrikas und Polynesiens.“ Da es in Asien und Amerika keine unbesetzten Länder gibt, d. h. solche, die keinem Staate gehören, so muß Supans Schlußfolgerung dahingehend erweitert werden, daß das Charakteristische dieser Periode die endgültige Aufteilung der Erde ist, endgültig nicht in dem Sinne, daß eine *Neuaufteilung* unmöglich wäre – im Gegenteil, Neuaufteilungen sind möglich und unvermeidlich –, sondern

* A. Supan, „Die territoriale Entwicklung der europäischen Kolonien“, 1906, S. 254.

in dem Sinne, daß die Kolonialpolitik der kapitalistischen Länder die Besitzergreifung unbesetzter Länder auf unserem Planeten *beendet* hat. Die Welt hat sich zum erstenmal als bereits aufgeteilt erwiesen, so daß in der Folge *nur noch* Neuaufteilungen in Frage kommen, d. h. der Übergang von einem „Besitzer“ auf den anderen, nicht aber die Besitzergreifung herrenlosen Landes.

Wir leben folglich in einer eigenartigen Epoche der kolonialen Welt-politik, die aufs engste verknüpft ist mit „der jüngsten Entwicklungsstufe des Kapitalismus“, mit dem Finanzkapital. Es ist daher notwendig, vor allem eingehender bei dem Tatsachenmaterial zu verweilen, um sowohl den Unterschied dieser Epoche von den vorhergegangenen als auch die gegenwärtige Sachlage so genau wie möglich zu klären. Zunächst tauchen hier zwei konkrete Fragen auf: ob eine Verstärkung der Kolonialpolitik, eine Verschärfung des Kampfes um die Kolonien gerade in der Epoche des Finanzkapitals zu beobachten ist und wie gerade in dieser Hinsicht die Welt augenblicklich verteilt ist.

Der amerikanische Schriftsteller Morris versucht in seinem Buch über die Geschichte der Kolonisation* die Daten über die Größe des englischen, französischen und deutschen Kolonialbesitzes für verschiedene Zeitabschnitte des 19. Jahrhunderts zusammenzufassen.

Nachstehend gekürzt seine Berechnungen:

Jahre	Größe des Kolonialbesitzes					
	England		Frankreich		Deutschland	
	Fläche (Mill. Quadratmeilen)	Bevölkerung (Mill.)	Fläche (Mill. Quadratmeilen)	Bevölkerung (Mill.)	Fläche (Mill. Quadratmeilen)	Bevölkerung (Mill.)
1815–1830	?	126,4	0,02	0,5	—	—
1860	2,5	145,1	0,2	3,4	—	—
1880	7,7	267,9	0,7	7,5	—	—
1899	9,3	309,0	3,7	56,4	1,0	14,7

Die kolonialen Eroberungen Englands nehmen am gewaltigsten in den Jahren 1860–1880 zu und sind auch in den letzten zwei Jahrzehnten des

* Henry C. Morris, „The History of Colonization“ (Die Geschichte der Kolonisation. *Die Red.*), N. Y. 1900, Bd. II, S. 88; I, 419; II, 304.

19. Jahrhunderts sehr beträchtlich. Die kolonialen Eroberungen Frankreichs und Deutschlands fallen hauptsächlich gerade in diese zwei Jahrzehnte. Wir haben bereits gesehen, daß die Periode der höchsten Entwicklung des vormonopolistischen Kapitalismus, des Kapitalismus mit vorwiegend freier Konkurrenz, in die sechziger und siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts fällt. Jetzt sehen wir, daß gerade nach dieser Periode ein ungeheurer „Aufschwung“ der kolonialen Eroberungen beginnt und der Kampf um die territoriale Aufteilung der Welt sich im höchsten Grade verschärft. Unzweifelhaft ist daher die Tatsache, daß der Übergang des Kapitalismus zum Stadium des Monopolkapitalismus, zum Finanzkapital, mit einer Verschärfung des Kampfes um die Aufteilung der Welt verknüpft ist.

In seinem Werk über den Imperialismus hebt Hobson die Periode von 1884–1900 als Periode verstärkter „Expansion“ (Erweiterung des Territorialbesitzes) der wichtigsten europäischen Staaten hervor. Seiner Berechnung nach erwarb England während dieser Zeit 3,7 Millionen Quadratmeilen mit einer Bevölkerung von 57 Mill.; Frankreich 3,6 Mill. Quadratmeilen mit einer Bevölkerung von 36½ Mill.; Deutschland 1 Mill. Quadratmeilen mit 14,7 Mill.; Belgien 900 000 Quadratmeilen mit 30 Mill. und Portugal 800 000 Quadratmeilen mit 9 Mill. Einwohnern. Die Jagd aller kapitalistischen Staaten nach Kolonien gegen Ende des 19. Jahrhunderts und besonders seit den achtziger Jahren ist eine allbekannte Tatsache in der Geschichte der Diplomatie und der Außenpolitik.

Zur Zeit der höchsten Blüte der freien Konkurrenz in England, in den Jahren 1840–1860, waren die führenden bürgerlichen Politiker Englands Gegner der Kolonialpolitik und hielten die Befreiung der Kolonien und ihre völlige Lostrennung von England für unvermeidlich und nützlich. M. Beer weist in seinem 1898 erschienenen Artikel über „den modernen englischen Imperialismus“* darauf hin, daß 1852 ein solcher englischer Staatsmann wie Disraeli, der im allgemeinen durchaus imperialistisch eingestellt war, geäußert hat: „Die Kolonien sind Mühlsteine um unseren Hals.“ Gegen Ende des 19. Jahrhunderts aber waren in England die Helden des Tages Cecil Rhodes und Joseph Chamberlain, die offen den Imperialismus predigten und mit dem größten Zynismus eine imperialistische Politik trieben!

* „Die Neue Zeit“, XVI, 1, 1898, S. 302.

Nicht uninteressant ist es, daß der Zusammenhang zwischen den sozusagen rein ökonomischen und den sozial-politischen Wurzeln des modernen Imperialismus schon damals für diese führenden Politiker der englischen Bourgeoisie klar war. Chamberlain predigte den Imperialismus als die „wahre, weise und sparsame Politik“ und verwies besonders auf die Konkurrenz Deutschlands, Amerikas und Belgiens, der England jetzt auf dem Weltmarkt begegnet. Die Rettung liegt im Monopol – sagten die Kapitalisten und gründeten Kartelle, Syndikate und Trusts; die Rettung liegt im Monopol – sekundierten die politischen Führer der Bourgeoisie und beeilten sich, die noch unverteilter Gebiete der Welt an sich zu reißen. Cecil Rhodes hat, wie sein intimer Freund, der Journalist Stead, erzählt, 1895 über seine imperialistischen Ideen gesagt: „Ich war gestern im Ostende von London (Arbeiterviertel) und besuchte eine Arbeitslosenversammlung. Und als ich nach den dort gehörten wilden Reden, die nur ein Schrei nach Brot waren, nach Hause ging, da war ich von der Wichtigkeit des Imperialismus mehr denn je überzeugt . . . Meine große Idee ist die Lösung des sozialen Problems, d. h., um die vierzig Millionen Einwohner des Vereinigten Königreichs vor einem mörderischen Bürgerkrieg zu schützen, müssen wir Kolonialpolitiker neue Länderereien erschließen, um den Überschuß an Bevölkerung aufzunehmen, und neue Absatzgebiete schaffen für die Waren, die sie in ihren Fabriken und Minen erzeugen. Das Empire, das habe ich stets gesagt, ist eine Magenfrage. Wenn Sie den Bürgerkrieg nicht wollen, müssen Sie Imperialisten werden.“*

So sprach im Jahre 1895 Cecil Rhodes, Millionär, Finanzkönig und Hauptschuldiger am Burenkrieg. Seine Verteidigung des Imperialismus ist nur grob und zynisch, dem Wesen der Sache nach aber unterscheidet sie sich in nichts von der „Theorie“ der Herren Maslow, Südekum, Potressow und David sowie des Begründers des russischen Marxismus usw. usf. Cecil Rhodes war nur ein etwas ehrlicherer Sozialchauvinist . . .

Um ein möglichst genaues Bild von der territorialen Aufteilung der Welt und den in dieser Hinsicht in den letzten Jahrzehnten erfolgten Veränderungen zu vermitteln, wollen wir die Daten benutzen, die Supan in dem oben zitierten Werk über den Kolonialbesitz aller Staaten der Welt zusammengefaßt hat. Supan nimmt die Jahre 1876 und 1900; wir

* Ebenda, S. 304.

wollen das Jahr 1876 nehmen, einen gut gewählten Zeitpunkt, denn gerade zu dieser Zeit kann man die Entwicklung des westeuropäischen Kapitalismus in seinem vormonopolistischen Stadium im großen und ganzen als beendet betrachten, ferner das Jahr 1914, wobei wir Supans Zahlen durch neuere Daten aus Hübners „Geographisch-statistischen Tabellen“ ersetzen. Supan befaßt sich nur mit den Kolonien; wir halten es für nützlich, zur Vervollständigung des Bildes über die Aufteilung der Welt kurz auch die Angaben hinzuzufügen über die nichtkolonialen Länder sowie über die Halbkolonien, zu denen wir Persien, China und die Türkei zählen: Persien ist schon fast vollständig zur Kolonie geworden, China und die Türkei sind im Begriff, es zu werden.

Wir erhalten folgende Ergebnisse:

Kolonialbesitz der Großmächte
(Mill. Quadratkilometer und Mill. Einwohner)

	Kolonien				Metropolen		Insgesamt	
	1876		1914		1914		1914	
	qkm	Einw.	qkm	Einw.	qkm	Einw.	qkm	Einw.
England	22,5	251,9	33,5	393,5	0,3	46,5	33,8	440,0
Rußland	17,0	15,9	17,4	33,2	5,4	136,2	22,8	169,4
Frankreich	0,9	6,0	10,6	55,5	0,5	39,6	11,1	95,1
Deutschland	—	—	2,9	12,3	0,5	64,9	3,4	77,2
Vereinigte Staaten	—	—	0,3	9,7	9,4	97,0	9,7	106,7
Japan	—	—	0,3	19,2	0,4	53,0	0,7	72,2
<i>6 Großmächte zusammen</i>	40,4	273,8	65,0	523,4	16,5	437,2	81,5	960,6
Kolonialbesitz der übrigen Staaten (Belgien, Holland usw.)							9,9	45,3
Halbkolonien (Persien, China, Türkei)							14,5	361,2
Die übrigen Länder							28,0	289,9
<i>Der ganze Erdball</i>							133,9	1657,0

Wir sehen hier anschaulich, in welchem Maße die Teilung der Welt um die Wende des 19. und 20. Jahrhunderts „beendet“ war. Der Kolonialbesitz hat nach 1876 ungeheuer zugenommen: Er wuchs bei den sechs Großmächten von 40 auf 65 Millionen Quadratkilometer, auf mehr als das Anderthalbfache; der Zuwachs beträgt 25 Mill. Quadratkilometer,

anderthalbmal soviel wie die Bodenfläche der Metropolen (16,5 Mill.). Drei Mächte hatten 1876 überhaupt keine und die vierte, Frankreich, hatte fast keine Kolonien. Bis zum Jahre 1914 haben diese vier Staaten Kolonien mit einer Fläche von 14,1 Mill. Quadratkilometern erworben, d. h. ungefähr das Anderthalbfache der Gesamtfläche Europas, mit einer Bevölkerung von fast 100 Millionen Menschen. Die Erweiterung des Kolonialbesitzes geht höchst ungleichmäßig vor sich. Vergleicht man z. B. Frankreich, Deutschland und Japan, die sich ihrer Bodenfläche und Einwohnerzahl nach nicht allzusehr voneinander unterscheiden, so stellt sich heraus, daß Frankreich (der Fläche nach) beinahe dreimal soviel Kolonien erworben hat wie Deutschland und Japan zusammengenommen. Das französische Finanzkapital war aber zu Beginn dieser Periode vielleicht ebenfalls um ein mehrfaches größer als das Deutschlands und Japans zusammengenommen. Auf die Größe des Kolonialbesitzes haben außer den rein ökonomischen Bedingungen und auf ihrer Basis auch die geographischen und sonstigen Verhältnisse Einfluß. Welch starke Nivelierung der Welt, welch großer Ausgleich der Wirtschafts- und Lebensbedingungen in den verschiedenen Ländern unter dem Druck der Großindustrie, des Austausches und des Finanzkapitals in den letzten Jahrzehnten auch vor sich gegangen sein mag, ein beträchtlicher Unterschied bleibt dennoch bestehen, und unter den genannten sechs Ländern finden wir einerseits junge kapitalistische Länder, die ungewöhnlich rasch vorgeschritten sind (Amerika, Deutschland, Japan); andererseits Länder alter kapitalistischer Entwicklung, die sich in der letzten Zeit viel langsamer entwickelt haben als die ersteren (Frankreich und England); und schließlich ein Land, das in ökonomischer Hinsicht am meisten zurückgeblieben ist (Rußland), in dem der moderne kapitalistische Imperialismus sozusagen mit einem besonders dichten Netz vorkapitalistischer Verhältnisse überzogen ist.

Neben den Kolonialbesitz der Großmächte haben wir die kleinen Kolonien der kleinen Staaten gesetzt, die gewissermaßen das nächste Objekt einer möglichen und wahrscheinlichen „Neuaufteilung“ der Kolonien bilden. Diese kleinen Staaten behalten ihre Kolonien zumeist nur dank dem Umstand, daß unter den Großstaaten Interessengegensätze, Reibungen usw. bestehen, die sie hindern, sich über die Teilung der Beute zu verständigen. Was die „halbkolonialen“ Staaten betrifft, so sind sie ein Bei-

spiel für jene Übergangsformen, die uns auf allen Gebieten der Natur und der Gesellschaft begegnen. Das Finanzkapital ist eine so gewaltige, man darf wohl sagen, entscheidende Macht in allen ökonomischen und in allen internationalen Beziehungen, daß es sich sogar Staaten unterwerfen kann und tatsächlich auch unterwirft, die volle politische Unabhängigkeit genießen; wir werden sogleich Beispiele dafür sehen. Aber selbstverständlich bietet dem Finanzkapital die meisten „Annehmlichkeiten“ und die größten Vorteile eine *solche* Unterwerfung, die mit dem Verlust der politischen Unabhängigkeit der Länder und Völker, die unterworfen werden, verbunden ist. Die halbkolonialen Länder sind in dieser Beziehung als „Mittelding“ typisch. Der Kampf um diese halbabhängigen Länder mußte begrifflicherweise besonders akut werden in der Epoche des Finanzkapitals, als die übrige Welt bereits aufgeteilt war.

Kolonialpolitik und Imperialismus hat es auch vor dem jüngsten Stadium des Kapitalismus und sogar vor dem Kapitalismus gegeben. Das auf Sklaverei beruhende Rom trieb Kolonialpolitik und war imperialistisch. Aber „allgemeine“ Betrachtungen über den Imperialismus, die den radikalen Unterschied zwischen den ökonomischen Gesellschaftsformationen vergessen oder in den Hintergrund schieben, arten unvermeidlich in leere Banalitäten oder Flunkereien aus, wie etwa der Vergleich des „größeren Rom mit dem größeren Britannien“*. Selbst die kapitalistische Kolonialpolitik der *früheren* Stadien des Kapitalismus unterscheidet sich wesentlich von der Kolonialpolitik des Finanzkapitals.

Die grundlegende Besonderheit des modernen Kapitalismus ist die Herrschaft der Monopolverbände der Großunternehmer. Derartige Monopole sind am festesten, wenn *alle* Rohstoffquellen in einer Hand zusammengefaßt werden, und wir haben gesehen, wie eifrig die internationalen Kapitalistenverbände bemüht sind, dem Gegner jede Konkurrenz unmöglich zu machen, wie eifrig sie bemüht sind, z. B. Eisenerzlager oder Petroleumquellen usw. aufzukaufen. Einzig und allein der Kolonialbesitz bietet volle Gewähr für den Erfolg der Monopole gegenüber allen Zufälligkeiten im Kampfe mit dem Konkurrenten – bis zu einer solchen Zu-

* C. P. Lucas, „Greater Rome and Greater Britain“ (Das größere Rom und das größere Britannien. *Die Red.*), Oxf. 1912 oder Earl of Cromer, „Ancient and Modern Imperialism“ (Antiker und moderner Imperialismus. *Die Red.*), L. 1910.

fälligkeit einschließlich, daß der Gegner auf den Wunsch verfallen könnte, sich hinter ein Gesetz über ein Staatsmonopol zu verschanzen. Je höher entwickelt der Kapitalismus, je stärker fühlbar der Rohstoffmangel, je schärfer ausgeprägt die Konkurrenz und die Jagd nach Rohstoffquellen in der ganzen Welt sind, desto erbitterter ist der Kampf um die Erwerbung von Kolonien.

„Es kann sogar“, schreibt Schilder, „die manchen vielleicht paradox erscheinende Behauptung gewagt werden, daß das Wachstum der städtisch-industriellen Bevölkerungen in irgendwie absehbarer Zeit weit eher durch nicht genügende Mengen der zur Verfügung stehenden industriellen Rohstoffe als durch irgendeinen Mangel an Nahrungsmitteln aufgehhalten werden könnte.“ Es mangelt beispielsweise zusehends an Holz, das immer teurer wird, an Leder, an Rohstoffen für die Textilindustrie. „Als Beispiele für die Bemühungen industrieller Verbände, den Ausgleich zwischen Landwirtschaft und Industrie innerhalb der gesamten Weltwirtschaft durchzuführen, wären zu erwähnen: der seit 1904 bestehende internationale Verband der Baumwollspinner-Vereine in den wichtigsten Industriestaaten, der nach diesem Muster im Jahre 1910 begründete Verband der europäischen Leinenspinner-Vereine.“*

Natürlich versuchen bürgerliche Reformer, darunter besonders die Kautskyaner von heute, die Bedeutung derartiger Tatsachen durch den Hinweis abzuschwächen, daß man Rohstoffe ohne die „kostspielige und gefährliche“ Kolonialpolitik auf dem freien Markt erhalten „könne“, daß man das Angebot an Rohstoffen durch „einfache“ Hebung der Landwirtschaft überhaupt gewaltig steigern „könne“. Aber derartige Hinweise verwandeln sich in eine Apologie des Imperialismus, in dessen Beschönigung, denn sie beruhen auf der Außerachtlassung der wichtigsten Besonderheit des modernen Kapitalismus: der Monopole. Der freie Markt rückt immer mehr in die Vergangenheit, monopolistische Syndikate und Trusts engen ihn von Tag zu Tag mehr ein, die „einfache“ Hebung der Landwirtschaft aber läuft auf eine Hebung der Lage der Massen, auf eine Erhöhung der Löhne und eine Verminderung des Profits hinaus. Wo existieren jedoch, außer in der Phantasie süßlicher Reformer, Trusts, die fähig wären, sich um die Lage der Massen zu kümmern, anstatt Kolonien zu erobern?

Nicht allein die bereits entdeckten Rohstoffquellen sind für das Fi-

* Schilder, a. a. O., S. 38-42.

nanzkapital von Bedeutung, sondern auch die eventuell noch zu erschließenden, denn die Technik entwickelt sich in unseren Tagen mit unglaublicher Geschwindigkeit, und Ländereien, die heute unbrauchbar sind, können morgen brauchbar gemacht werden, sobald neue Verfahren gefunden (dazu kann eine Großbank eine besondere Expedition von Ingenieuren, Agronomen usw. ausrüsten) und größere Kapitalien aufgewandt werden. Dasselbe läßt sich über Schürfungen von Minerallagerstätten, über neue Methoden der Bearbeitung und Nutzbarmachung dieser oder jener Rohstoffe usw. usf. sagen. Daher das unvermeidliche Streben des Finanzkapitals nach Erweiterung des Wirtschaftsgebietes, ja des Gebietes schlechthin. Wie die Trusts ihr Vermögen auf Grund einer doppelten oder dreifachen Schätzung kapitalisieren, indem sie die in Zukunft „möglichen“ (aber gegenwärtig nicht vorhandenen) Profite und die weiteren Ergebnisse des Monopols in Rechnung stellen, so ist auch das Finanzkapital im allgemeinen bestrebt, möglichst viel Ländereien an sich zu reißen, gleichviel welche, gleichviel wo, gleichviel wie, immer auf mögliche Rohstoffquellen bedacht und von Angst erfüllt, in dem tollen Kampf um die letzten Stücke der unverteilter Welt oder bei der Neuverteilung der bereits verteilten Stücke zu kurz zu kommen.

Die englischen Kapitalisten sind auf jede Art und Weise bemüht, die Baumwollproduktion in *ihrer* Kolonie Ägypten zu fördern – im Jahre 1904 waren von 2,3 Millionen Hektar Kulturland in Ägypten bereits 0,6 Mill., d. h. mehr als ein Viertel, mit Baumwolle bepflanzt –, die Russen in *ihrer* Kolonie Turkestan, denn auf diese Weise können sie ihre ausländischen Konkurrenten leichter schlagen, können sie die Rohstoffquellen leichter monopolisieren und einen sparsamer wirtschaftenden und profitableren Textiltrust schaffen mit „kombinierter“ Produktion, mit Konzentration *aller* Stadien der Baumwollerzeugung und -verarbeitung in einer Hand.

Die Interessen des Kapitalexports drängen ebenfalls zur Eroberung von Kolonien, denn auf dem Kolonialmarkt ist es leichter (und mitunter einzig und allein auch möglich), durch monopolistische Mittel den Konkurrenten auszuschalten, sich Lieferungen zu sichern, entsprechende „Verbindungen“ zu festigen u. a. m.

Der außerökonomische Überbau, der sich auf der Grundlage des Finanzkapitals erhebt, seine Politik, seine Ideologie steigern den Drang

nach kolonialen Eroberungen. „Das Finanzkapital will nicht Freiheit, sondern Herrschaft“, sagt Hilferding mit Recht. Und gleichsam in Erweiterung und Ergänzung des oben zitierten Gedankens von Cecil Rhodes* schreibt ein bürgerlicher französischer Schriftsteller, daß den ökonomischen Ursachen der modernen Kolonialpolitik soziale hinzugefügt werden müssen: „Infolge der zunehmenden Schwierigkeiten des Lebens, die nicht nur auf den Arbeitermassen, sondern auch auf den Mittelklassen lasten, sieht man, wie sich in allen Ländern der alten Zivilisation ‚Ungeduld, Empörung und Haß ansammeln, die den öffentlichen Frieden bedrohen, wie sich deklassierte Energien, tumultuarische Gewalten anhäufen, die es einzudämmen gilt, um sie für irgendeine große Sache außerhalb des Landes zu gebrauchen, soll nicht eine Explosion im Innern erfolgen‘.“**

Spricht man von der Kolonialpolitik in der Epoche des kapitalistischen Imperialismus, dann muß bemerkt werden, daß das Finanzkapital und die ihm entsprechende internationale Politik, die auf einen Kampf der Großmächte um die ökonomische und politische Aufteilung der Welt hinausläuft, eine ganze Reihe von *Übergangsformen* der staatlichen Abhängigkeit schaffen. Typisch für diese Epoche sind nicht nur die beiden Hauptgruppen von Ländern – die Kolonien besitzenden und die Kolonien selber –, sondern auch die verschiedenartigen Formen der abhängigen Länder, die politisch, formal selbständig, in Wirklichkeit aber in ein Netz finanzieller und diplomatischer Abhängigkeit verstrickt sind. Auf eine dieser Formen, die Halbkolonien, haben wir bereits hingewiesen. Ein Musterbeispiel für eine andere Form ist z. B. Argentinien.

„Das südliche Südamerika, insbesondere Argentinien“, schreibt Schulze-Gaevernitz in seinem Werk über den britischen Imperialismus, „findet sich in solcher finanzieller Abhängigkeit von London, daß es fast als englische Handelskolonie zu bezeichnen ist.“*** Die in Argentinien investier-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 261. *Die Red.*

** Wahl, „La France aux colonies“ (Frankreich in den Kolonien. *Die Red.*), zitiert bei Henri Russier, „Le partage de l’Océanie“ (Die Aufteilung Ozeaniens. *Die Red.*), P. 1905, S. 165.

*** Schulze-Gaevernitz, „Britischer Imperialismus und englischer Freihandel zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts“, Lpz. 1906, S. 318. Dasselbe sagt Sartorius v. Waltershausen, „Das volkswirtschaftliche System der Kapitalanlage im Auslande“, Berlin 1907, S. 46.

ten Kapitalien Englands schätzt Schilder auf Grund des Jahresberichtes des österreichisch-ungarischen Konsuls in Buenos Aires für 1909 auf $8\frac{3}{4}$ Milliarden Francs. Man kann sich leicht vorstellen, mit wie festen Banden infolgedessen das Finanzkapital Englands – und sein treuer „Freund“, die Diplomatie – mit der Bourgeoisie Argentiniens und den führenden Kreisen seines gesamten wirtschaftlichen und politischen Lebens verknüpft ist.

Eine etwas anders geartete Form finanzieller und diplomatischer Abhängigkeit, bei politischer Unabhängigkeit, bietet uns Portugal. Portugal ist ein selbständiger, souveräner Staat, aber faktisch steht es seit mehr als 200 Jahren, seit dem spanischen Erbfolgekrieg (1701–1714), unter dem Protektorat Englands. England verteidigte Portugal und dessen Kolonialbesitz, um seine eigene Position im Kampfe gegen seine Gegner, Spanien und Frankreich, zu stärken. Dafür erhielt England Handelsprivilegien, bessere Bedingungen beim Warenexport und besonders beim Kapitalexport nach Portugal und seinen Kolonien, die Möglichkeit, die Häfen und Inseln Portugals zu benutzen, seine Kabel usw. usf.* Derartige Beziehungen zwischen einzelnen großen und kleinen Staaten hat es immer gegeben, aber in der Epoche des kapitalistischen Imperialismus werden sie zum allgemeinen System, bilden sie einen Teil der Gesamtheit der Beziehungen bei der „Aufteilung der Welt“ und verwandeln sich in Kettenglieder der Operationen des Weltfinanzkapitals.

Um die Frage der Aufteilung der Welt abzuschließen, müssen wir noch folgendes bemerken. Nicht nur die amerikanische Literatur nach dem Spanisch-Amerikanischen und die englische Literatur nach dem Burenkrieg haben Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts diese Frage ganz offen und bestimmt aufgeworfen; nicht nur die deutsche Literatur, die dem „britischen Imperialismus“ am „eifersüchtigsten“ nachspürte, hat diese Tatsache systematisch bewertet. Auch in der französischen bürgerlichen Literatur wurde diese Frage ziemlich bestimmt und breit gestellt, soweit dies vom bürgerlichen Standpunkt denkbar ist. Wir verweisen auf den Historiker Driault, der in seinem Buch „Die politischen und sozialen Probleme Ende des 19. Jahrhunderts“ in dem Kapitel „Die Großmächte und die Aufteilung der Welt“ folgendes schrieb: „In diesen letzten Jahren wurden alle unbesetzten Gebiete des Erdballs, außer

* Schilder, a. a. O., I, S. 160/161.

China, von den Mächten Europas und Nordamerikas erobert; es kam zu einigen Konflikten und Einflußverschiebungen, die Vorboten noch furchtbarer Erschütterungen in der nahen Zukunft sind. Denn man muß sich beeilen: die Nationen, die nicht versorgt sind, riskieren, es niemals zu werden und nicht an der ungeheuren Ausbeutung der Erde teilnehmen zu können, die eine der wesentlichsten Tatsachen des kommenden“ (d. h. des 20.) „Jahrhunderts sein wird. Das ist der Grund, weshalb Europa und Amerika vor kurzem von einem Fieber der kolonialen Expansion erfaßt worden sind, des ‚Imperialismus‘, der den markantesten Charakterzug des Ausgangs des 19. Jahrhunderts bildet.“ Und der Verfasser fügte hinzu: „Bei dieser Aufteilung der Welt, bei dieser wahnwitzigen Jagd nach den Schätzen und Großmärkten der Erde steht die relative Bedeutung der in diesem (dem 19.) Jahrhundert gegründeten Reiche in gar keinem Verhältnis zu der Stellung, die die Nationen, von denen sie gegründet wurden, in Europa einnehmen. Die Mächte, die in Europa dominieren und über sein Schicksal entscheiden, dominieren *nicht* in gleicher Weise in der Welt. Und da die koloniale Größe, die Hoffnung auf noch ungezählte Reichtümer, offenbar auf die relative Bedeutung der europäischen Staaten zurückwirken wird, hat die Kolonialfrage, der ‚Imperialismus‘, wenn man will, die politischen Verhältnisse in Europa selbst schon verändert und wird sie immer mehr verändern.“*

VII. DER IMPERIALISMUS ALS BESONDERES STADIUM DES KAPITALISMUS

Wir müssen nun versuchen, das oben über den Imperialismus Gesagte zusammenzufassen und gewisse Schlußfolgerungen zu ziehen. Der Imperialismus erwuchs als Weiterentwicklung und direkte Fortsetzung der Grundeigenschaften des Kapitalismus überhaupt. Zum kapitalistischen Imperialismus aber wurde der Kapitalismus erst auf einer bestimmten, sehr hohen Entwicklungsstufe, als einige seiner Grundeigenschaften in ihr Gegenteil umzuschlagen begannen, als sich auf der ganzen Linie die Züge einer Übergangsperiode vom Kapitalismus zu einer höheren öko-

* J. E. Driault, „Les problèmes politiques et sociaux“ (Die politischen und sozialen Probleme. *Die Red.*), P. 1907, S. 299.

nomischen Gesellschaftsformation herausbildeten und sichtbar wurden. Ökonomisch ist das Grundlegende in diesem Prozeß die Ablösung der kapitalistischen freien Konkurrenz durch die kapitalistischen Monopole. Die freie Konkurrenz ist die Grundeigenschaft des Kapitalismus und der Warenproduktion überhaupt; das Monopol ist der direkte Gegensatz zur freien Konkurrenz, aber diese begann sich vor unseren Augen zum Monopol zu wandeln, indem sie die Großproduktion schuf, den Kleinbetrieb verdrängte, die großen Betriebe durch noch größere ersetzte, die Konzentration der Produktion und des Kapitals so weit trieb, daß daraus das Monopol entstand und entsteht, nämlich: Kartelle, Syndikate, Trusts und das mit ihnen verschmelzende Kapital eines Dutzends von Banken, die mit Milliarden schalten und walten. Zugleich aber beseitigen die Monopole nicht die freie Konkurrenz, aus der sie erwachsen, sondern bestehen über und neben ihr und erzeugen dadurch eine Reihe besonders krasser und schroffer Widersprüche, Reibungen und Konflikte. Das Monopol ist der Übergang vom Kapitalismus zu einer höheren Ordnung.

Würde eine möglichst kurze Definition des Imperialismus verlangt, so müßte man sagen, daß der Imperialismus das monopolistische Stadium des Kapitalismus ist. Eine solche Definition enthielte die Hauptsache, denn auf der einen Seite ist das Finanzkapital das Bankkapital einiger weniger monopolistischer Großbanken, das mit dem Kapital monopolistischer Industriellenverbände verschmolzen ist, und auf der anderen Seite ist die Aufteilung der Welt der Übergang von einer Kolonialpolitik, die sich ungehindert auf noch von keiner kapitalistischen Macht eroberte Gebiete ausdehnt, zu einer Kolonialpolitik der monopolistischen Beherrschung des Territoriums der restlos aufgeteilten Erde.

Doch sind allzu kurze Definitionen zwar bequem, denn sie fassen das Wichtigste zusammen, aber dennoch unzulänglich, sobald aus ihnen speziell die wesentlichen Züge der zu definierenden Erscheinung abgeleitet werden sollen. Deshalb muß man – ohne zu vergessen, daß alle Definitionen überhaupt nur bedingte und relative Bedeutung haben, da eine Definition niemals die allseitigen Zusammenhänge einer Erscheinung in ihrer vollen Entfaltung umfassen kann – eine solche Definition des Imperialismus geben, die folgende fünf seiner grundlegenden Merkmale enthalten würde: 1. Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, daß sie Monopole schafft,

die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen; 2. Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehung einer Finanzoligarchie auf der Basis dieses „Finanzkapitals“; 3. der Kapital-export, zum Unterschied vom Warenexport, gewinnt besonders wichtige Bedeutung; 4. es bilden sich internationale monopolistische Kapitalistenverbände, die die Welt unter sich teilen, und 5. die territoriale Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte ist beendet. Der Imperialismus ist der Kapitalismus auf jener Entwicklungsstufe, wo die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals sich herausgebildet, der Kapitalexport hervorragende Bedeutung gewonnen, die Aufteilung der Welt durch die internationalen Trusts begonnen hat und die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde durch die größten kapitalistischen Länder abgeschlossen ist.

Wir werden später sehen, wie der Imperialismus anders definiert werden kann und muß, wenn man nicht nur die grundlegenden rein ökonomischen Begriffe (auf die sich die angeführte Definition beschränkt) im Auge hat, sondern auch den historischen Platz dieses Stadiums des Kapitalismus in bezug auf den Kapitalismus überhaupt oder das Verhältnis zwischen dem Imperialismus und den zwei Grundrichtungen innerhalb der Arbeiterbewegung. Es sei gleich hier bemerkt, daß der Imperialismus, in diesem Sinne aufgefaßt, zweifellos ein besonderes Entwicklungsstadium des Kapitalismus darstellt. Um dem Leser eine möglichst gut fundierte Vorstellung vom Imperialismus zu geben, waren wir absichtlich bestrebt, möglichst viele Äußerungen *bürgerlicher* Ökonomen zu zitieren, die sich gezwungen sehen, besonders unbestreitbar feststehende Tatsachen aus der neuesten Ökonomik des Kapitalismus anzuerkennen. Zu demselben Zweck haben wir ausführliche statistische Daten angeführt, die zeigen, bis zu welchem Grade das Bankkapital angewachsen ist usw. und worin eben das Umschlagen der Quantität in Qualität, das Umschlagen des hochentwickelten Kapitalismus in den Imperialismus seinen Ausdruck gefunden hat. Es erübrigt sich natürlich zu sagen, daß alle Grenzen in Natur und Gesellschaft bedingt und beweglich sind, daß es sinnlos wäre, z. B. über die Frage zu streiten, seit welchem Jahr oder Jahrzehnt der Imperialismus als „endgültig“ herausgebildet gelten kann.

Aber streiten muß man über die Definition des Imperialismus vor allem mit dem führenden marxistischen Theoretiker der Epoche der so-

genannten zweiten Internationale, d. h. des Vierteljahrhunderts von 1889–1914, mit K. Kautsky. Gegen die grundlegenden Ideen, die in der von uns gegebenen Definition des Imperialismus zum Ausdruck kommen, wandte sich Kautsky ganz entschieden im Jahre 1915 und sogar schon im September 1914 mit der Erklärung, daß unter Imperialismus nicht eine „Phase“ oder Stufe der Wirtschaft, sondern eine Politik, nämlich eine bestimmte, vom Finanzkapital „bevorzugte“ Politik zu verstehen sei, daß der Imperialismus nicht mit dem „modernen Kapitalismus“ „gleichgesetzt“ werden könne, daß, wenn man unter Imperialismus „alle Erscheinungen des modernen Kapitalismus“ – Kartelle, Schutzzölle, Finanzherrschaft, Kolonialpolitik – verstehe, die Frage, ob der Imperialismus eine notwendige Folgeerscheinung des Kapitalismus sei, auf die „platteste Tautologie“ hinauslaufe, denn dann „ist der Imperialismus natürlich eine Lebensnotwendigkeit für den Kapitalismus“ usw. Kautskys Gedankengang läßt sich am genauesten darstellen, wenn wir seine Definition des Imperialismus zitieren, die sich direkt gegen den Kern der von uns entwickelten Ideen richtet (denn die Einwände aus dem Lager der deutschen Marxisten, die jahrelang ähnliche Ideen propagierten, sind Kautsky längst als Einwände einer bestimmten Strömung innerhalb des Marxismus bekannt).

Kautskys Definition lautet:

„Der Imperialismus ist ein Produkt des hochentwickelten industriellen Kapitalismus. Er besteht in dem Drange jeder industriellen kapitalistischen Nation, sich ein immer größeres *agrarisches*“ (hervorgehoben von Kautsky) „Gebiet zu unterwerfen und anzugliedern, ohne Rücksicht darauf, von welchen Nationen es bewohnt wird.“*

Diese Definition taugt rein gar nichts, denn sie ist einseitig, d. h., sie greift willkürlich einzig und allein die nationale Frage heraus (die zwar sowohl an sich wie auch in ihrem Verhältnis zum Imperialismus von höchster Wichtigkeit ist), verknüpft diese willkürlich und *unrichtig nur* mit dem Industriekapital in den Ländern, die andere Nationen anneklieren, und rückt ebenso willkürlich und unrichtig die Annexion von Agrargebieten in den Vordergrund.

Imperialismus ist Drang nach Annexionen – darauf läuft der *politische*

* „Die Neue Zeit“, 1914, 2 (32. Jahrg.), vom 11. September 1914, S. 909; vgl. auch 1915, 2, S. 107 ff.

Teil der Kautskyschen Definition hinaus. Er ist richtig, aber höchst unvollständig, denn politisch ist Imperialismus überhaupt Drang nach Gewalt und Reaktion. Uns beschäftigt jedoch hier die *ökonomische* Seite der Frage, die Kautsky *selbst* in *seiner* Definition hineingebracht hat. Die Unrichtigkeiten in Kautskys Definition springen in die Augen. Für den Imperialismus ist ja gerade *nicht* das Industrie-, *sondern* das Finanzkapital charakteristisch. Es ist kein Zufall, daß in Frankreich gerade die besonders rasche Entwicklung des *Finanzkapitals* bei gleichzeitiger Schwächung des Industriekapitals seit den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts eine äußerste Verschärfung der annexionistischen (Kolonial-) Politik hervorgerufen hat. Für den Imperialismus ist gerade das Bestreben charakteristisch, *nicht nur* agrarische Gebiete, sondern sogar höchst entwickelte Industriegebiete zu annektieren (Deutschlands Gelüste auf Belgien, Frankreichs auf Lothringen), denn erstens zwingt die abgeschlossene Aufteilung der Erde, bei einer *Neuaufteilung* die Hand nach *jedem beliebigen* Land auszustrecken, und zweitens ist für den Imperialismus wesentlich der Wettkampf einiger Großmächte in ihrem Streben nach Hegemonie, d. h. nach der Eroberung von Ländern, nicht so sehr direkt für sich als vielmehr zur Schwächung des Gegners und Untergrabung *seiner* Hegemonie (für Deutschland ist Belgien von besonderer Wichtigkeit als Stützpunkt gegen England; für England Bagdad als Stützpunkt gegen Deutschland usw.).

Kautsky beruft sich besonders – und wiederholt – auf die Engländer, die angeblich die rein politische Bedeutung des Begriffs Imperialismus in seinem, Kautskys, Sinne festgelegt hätten. Nehmen wir den Engländer Hobson; wir lesen in seinem 1902 erschienenen Werk „Imperialismus“ folgendes:

„Der neue Imperialismus unterscheidet sich vom alten erstens dadurch, daß er an Stelle der Bestrebungen eines einzigen wachsenden Imperiums die Theorie und Praxis rivalisierender Imperien gesetzt hat, von denen jedes von der gleichen Sucht nach politischer Expansion und kommerziellem Vorteil geleitet wird; zweitens durch die Vorherrschaft der Finanz- bzw. Investitionsinteressen über die Handelsinteressen.“*

Wir sehen, daß Kautsky faktisch völlig im Unrecht ist, wenn er sich auf die Engländer im allgemeinen beruft (er könnte sich höchstens auf

* Hobson, „Imperialism“, L. 1902, S. 324.

die vulgären englischen Imperialisten oder direkten Apologeten des Imperialismus berufen). Wir sehen, daß Kautsky, der darauf Anspruch erhebt, nach wie vor den Marxismus zu verteidigen, in Wirklichkeit einen Schritt rückwärts macht im Vergleich zu dem *Sozialliberalen* Hobson, der die beiden „historisch-konkreten“ (Kautskys Definition ist geradezu ein Hohn auf die historische Konkretheit!) Besonderheiten des modernen Imperialismus *richtiger* beurteilt: 1. die Konkurrenz *einiger* Imperialismen und 2. das Überwiegen des Finanzmanns über den Kaufmann. Spricht man aber hauptsächlich davon, daß ein Industriestaat ein Agrarland annektiert, so wird damit die überragende Rolle des Kaufmanns hervorgehoben.

Kautskys Definition ist nicht nur unrichtig und unmarxistisch. Sie dient als Begründung für ein ganzes System von Auffassungen, die auf der ganzen Linie sowohl mit der marxistischen Theorie als auch mit der marxistischen Praxis brechen, wovon später noch die Rede sein wird. Ganz und gar unernst ist der von Kautsky entfachte Streit um Worte, nämlich ob das jüngste Stadium des Kapitalismus als Imperialismus oder als Stadium des Finanzkapitals anzusprechen sei. Man nenne es, wie man will – darauf kommt es nicht an. Wesentlich ist, daß Kautsky die Politik des Imperialismus von seiner Ökonomik trennt, indem er von Annexionen als der vom Finanzkapital „bevorzugten“ Politik spricht und ihr eine angeblich mögliche andere bürgerliche Politik auf derselben Basis des Finanzkapitals entgegenstellt. Es kommt so heraus, als ob die Monopole in der Wirtschaft vereinbar wären mit einem nicht monopolistischen, nicht gewalttätigen, nicht annexionistischen Vorgehen in der Politik. Als ob die territoriale Aufteilung der Welt, die gerade in der Epoche des Finanzkapitals beendet wurde und die die Grundlage für die Eigenart der jetzigen Formen des Wettkampfs zwischen den kapitalistischen Großstaaten bildet, vereinbar wäre mit einer nicht imperialistischen Politik. Das Resultat ist eine Vertuschung, eine Abstumpfung der fundamentalsten Widersprüche des jüngsten Stadiums des Kapitalismus statt einer Enthüllung ihrer Tiefe, das Resultat ist bürgerlicher Reformismus statt Marxismus.

Kautsky polemisiert gegen Cunow, den deutschen Apologeten des Imperialismus und der Annexionen, dessen Gedankengang ebenso plump wie zynisch ist: Der Imperialismus sei der moderne Kapitalismus; die Entwicklung des Kapitalismus sei unvermeidlich und fortschrittlich,

folglich sei auch der Imperialismus fortschrittlich, und wir hätten den Imperialismus anzubeten und zu lobpreisen! Das ähnelt ganz dem Zerrbild, das die Volkstümler in den Jahren 1894/1895 den russischen Marxisten entgegenhielten: Wenn die Marxisten den Kapitalismus in Rußland für unvermeidlich und fortschrittlich halten, sollten sie eine Schenke aufmachen und sich damit befassen, den Kapitalismus zu züchten. Kautsky erwidert Cunow: Nein, der Imperialismus ist nicht der moderne Kapitalismus, sondern bloß eine der Formen der Politik des modernen Kapitalismus, und wir können und müssen gegen diese Politik kämpfen, gegen den Imperialismus, gegen die Annexionen usw. kämpfen.

Auf den ersten Blick erscheint dieser Einwand durchaus angängig, aber in Wirklichkeit bedeutet er eine feinere, verhülltere (und darum gefährlichere) Propaganda einer Versöhnung mit dem Imperialismus, denn ein „Kampf“ gegen die Politik der Trusts und Banken, der die ökonomischen Grundlagen der Trusts und Banken unangetastet läßt, läuft auf bürgerlichen Reformismus und Pazifismus hinaus, auf harmlose und fromme Wünsche. Sich über die bestehenden Widersprüche hinwegsetzen, die wichtigsten von ihnen vergessen, anstatt die Widersprüche in ihrer ganzen Tiefe aufzudecken – das ist Kautskys Theorie, die mit dem Marxismus nichts gemein hat. Und eine solche „Theorie“ dient natürlich nur dazu, die Idee der Einheit mit den Cunow zu verteidigen!

„Vom rein ökonomischen Standpunkt“, schreibt Kautsky, „ist es nicht ausgeschlossen, daß der Kapitalismus noch eine neue Phase erlebt, die Übertragung der Kartellpolitik auf die äußere Politik, eine Phase des Ultraimperialismus“, d. h. des Überimperialismus, der Vereinigung der Imperialismen der ganzen Welt, nicht aber ihres Kampfes, eine Phase der Aufhebung der Kriege unter dem Kapitalismus, eine Phase der „gemeinsamen Ausbeutung der Welt durch das international verbündete Finanzkapital“**.

Auf diese „Theorie des Ultraimperialismus“ werden wir noch zurückkommen, um eingehend zu zeigen, bis zu welchem Grade sie entschieden und unwiderruflich mit dem Marxismus bricht. Hier müssen wir uns ent-

* „Die Neue Zeit“, 1914, 2 (32. Jahrg.), vom 11. September 1914, S. 921; vgl. auch 1915, 2, S. 107 ff.

** „Die Neue Zeit“, 1915, 2, vom 30. April 1915, S. 144.

sprechend der ganzen Anlage dieser Studie zunächst die genauen ökonomischen Daten zu dieser Frage ansehen. Ist ein „Ultraimperialismus“ vom „rein ökonomischen Standpunkt“ möglich, oder ist das ein Ultra-Unsinn?

Versteht man unter dem rein ökonomischen Standpunkt eine „reine“ Abstraktion, so läuft alles, was sich dazu sagen läßt, auf die These hinaus: Die Entwicklung bewegt sich in der Richtung zu Monopolen, also zu einem einzigen Weltmonopol, einem einzigen Welttrust. Das ist unzweifelhaft, aber ebenso nichtssagend wie etwa der Hinweis, daß „die Entwicklung sich in der Richtung“ zur Herstellung von Nahrungsmitteln im Laboratorium „bewegt“. In diesem Sinne ist die „Theorie“ des Ultraimperialismus ebensolcher Unsinn, wie es eine „Theorie der Ultraländwirtschaft“ wäre.

Spricht man dagegen von den „rein ökonomischen“ Bedingungen der Epoche des Finanzkapitals als einer historisch-konkreten Epoche, die in den Anfang des 20. Jahrhunderts fällt, so erhalten wir die beste Antwort auf die toten Abstraktionen des „Ultraimperialismus“ (die ausschließlich dem erzreaktionären Ziel dienen, die Aufmerksamkeit von der Tiefe der *vorhandenen* Widersprüche abzulenken), wenn wir ihnen die konkrete ökonomische Wirklichkeit der modernen Weltwirtschaft gegenüberstellen. Kautskys leeres Gerede von einem Ultraimperialismus nährt unter anderem den grundfalschen Gedanken, der Wasser auf die Mühle der Apologeten des Imperialismus leitet, daß die Herrschaft des Finanzkapitals die Ungleichmäßigkeiten und die Widersprüche innerhalb der Weltwirtschaft *abschwäche*, während sie in Wirklichkeit diese *verstärkt*.

R. Calwer machte in seiner Schrift „Einführung in die Weltwirtschaft“* den Versuch, die wichtigsten rein ökonomischen Daten zusammenzutragen, die eine konkrete Vorstellung von den Wechselbeziehungen innerhalb der Weltwirtschaft um die Wende des 19. und 20. Jahrhunderts ermöglichen. Er teilt die ganze Welt in fünf „wirtschaftliche Hauptgebiete“: 1. das mitteleuropäische (ganz Europa, außer Rußland und England); 2. das britische; 3. das russische; 4. das ostasiatische und 5. das amerikanische, wobei er die Kolonien zu den „Gebieten“ derjenigen Staaten zählt, denen sie gehören, und einige wenige, keinem Gebiet zugeteilte Länder, z. B. Persien, Afghanistan, Arabien in Asien, Marokko und Abessinien in Afrika usw. „unberücksichtigt“ läßt.

* R. Calwer, „Einführung in die Weltwirtschaft“, Brl. 1906.

Nachstehend in gekürzter Form die von Calwer angeführten ökonomischen Daten über diese Gebiete:

Wirtschaftliche Hauptgebiete der Welt	Fläche (Mill. qkm)	Bevölkerung (Mill.)	Verkehrsmittel		Handel (Einfuhr u. Ausfuhr zusammen) (Milliarden Mark)	Industrie		
			Eisenbahnen (1000 km)	Handelsflotte (Mill. Tonnen)		Kohle- gewin- nung (Mill. Tonnen)	Roh- eisen- gewin- nung (Mill. Tonnen)	Spindel- zahl in der Baum- wollin- dustrie (Mill.)
1. Mittel- europäisches	27,6 *(23,6)	388 (146)	204	8	41	251	15	26
2. Britisches	28,9 *(28,6)	398 (355)	140	11	25	249	9	51
3. Russisches	22	131	63	1	3	16	3	7
4. Ostasiatisches	12	389	8	1	2	8	0,02	2
5. Amerika- nisches	30	148	379	6	14	245	14	19

Wir sehen hier drei Gebiete mit hochentwickeltem Kapitalismus (starke Entwicklung sowohl des Verkehrswesens wie des Handels und der Industrie): das mitteleuropäische, britische und amerikanische; darunter drei weltbeherrschende Staaten: Deutschland, England und die Vereinigten Staaten. Die imperialistische Konkurrenz und der Kampf unter ihnen werden dadurch außerordentlich verschärft, daß Deutschland nur über ein ganz kleines Gebiet und wenig Kolonien verfügt; die Bildung „Mittel-europas“ liegt noch in der Zukunft, und seine Geburt geht in einem erbitterten Kampf vor sich. Einstweilen ist das Kennzeichen von ganz Europa politische Zersplitterung. In dem britischen und dem amerikanischen Gebiet dagegen ist die politische Konzentration sehr groß, aber es besteht ein ungeheures Mißverhältnis zwischen den unermesslichen Kolonien des britischen und den geringfügigen des amerikanischen Gebiets. In den Kolonien ist der Kapitalismus indes erst im Entstehen begriffen. Der Kampf um Südamerika gewinnt immer mehr an Schärfe.

In zwei Gebieten ist der Kapitalismus schwach entwickelt, im russischen und im ostasiatischen. Im ersten haben wir es mit einer äußerst geringen, im zweiten mit einer außerordentlich hohen Bevölkerungsdichte

* In Klammern Fläche und Bevölkerung der Kolonien.

zu tun; im ersten ist die politische Konzentration groß, im zweiten fehlt sie ganz. China hat man erst zu teilen begonnen, und der Kampf um China zwischen Japan, den Vereinigten Staaten usw. verschärft sich immer mehr.

Man stelle dieser Wirklichkeit – mit der ungeheuren Mannigfaltigkeit ökonomischer und politischer Bedingungen, mit der äußersten Ungleichmäßigkeit im Tempo des Wachstums der verschiedenen Länder usw., mit dem wahnwitzigen Kampf zwischen den imperialistischen Staaten – Kautskys dummes Märchen von einem „friedlichen“ Ultraimperialismus gegenüber. Ist das etwa nicht der reaktionäre Versuch eines erschrockenen Kleinbürgers, sich über die grausame Wirklichkeit hinwegzusetzen? Bieten uns die internationalen Kartelle, die Kautsky Keime des „Ultraimperialismus“ zu sein scheinen (wie man auch die Erzeugung von Tabletten im Laboratorium als einen Keim der Ultralandwirtschaft ansprechen „kann“), etwa nicht ein Beispiel der Aufteilung *und Neuaufteilung* der Welt, des Übergangs von friedlicher Aufteilung zu nicht friedlicher und umgekehrt? Nimmt das amerikanische und sonstige Finanzkapital, das bisher unter Beteiligung Deutschlands, sagen wir im internationalen Schienenkartell oder in dem internationalen Trust der Handelsschifffahrt, die ganze Welt friedlich aufgeteilt hat, jetzt etwa nicht eine *Neuaufteilung* der Welt auf Grund neuer Kräfteverhältnisse vor, die sich auf ganz und gar *nicht* friedlichem Wege verändert haben?

Das Finanzkapital und die Trusts schwächen die Unterschiede im Tempo des Wachstums der verschiedenen Teile der Weltwirtschaft nicht ab, sondern verstärken sie. Sobald sich aber die Kräfteverhältnisse geändert haben, wie können dann *unter dem Kapitalismus* die Gegensätze anders ausgetragen werden als durch *Gewalt*? Überaus genaue Angaben über das unterschiedliche Wachstumstempo des Kapitalismus und des Finanzkapitals in der gesamten Weltwirtschaft finden wir in der Eisenbahnstatistik.* In den letzten Jahrzehnten der imperialistischen Entwicklung veränderte sich die Länge der Schienenwege wie folgt:

* „Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich“, 1915; „Archiv für Eisenbahnwesen“, 1892; für 1890 mußten geringfügige Details hinsichtlich der Verteilung der Eisenbahnen auf die Kolonien der verschiedenen Länder annähernd berechnet werden.

	Schienenwege (in 1000 km)		
	1890	1913	
Europa	224	346	+ 122
Vereinigte Staaten von Amerika	268	411	+ 143
Alle Kolonien	82	210	+ 128
Selbständige und halb- ständige Staaten Asiens und Amerikas	43	137	+ 94
	125	347	+ 222
<i>Insgesamt</i>	617	1104	

Am raschesten ging somit die Entwicklung des Eisenbahnnetzes in den Kolonien und den selbständigen (und halb selbständigen) Staaten Asiens und Amerikas vor sich. Bekanntlich schaltet und waltet hier das Finanzkapital der 4–5 größten kapitalistischen Staaten unumschränkt. Zweihunderttausend Kilometer neuer Schienenwege in den Kolonien und in den anderen Ländern Asiens und Amerikas – das bedeutet mehr als 40 Milliarden Mark neuer Kapitalanlage zu besonders günstigen Bedingungen, mit besonderen Garantien der Einträglichkeit, mit profitablen Aufträgen für die Stahlwerke usw. usf.

Am schnellsten wächst der Kapitalismus in den Kolonien und den überseeischen Ländern. Unter diesen Ländern entstehen *neue* imperialistische Mächte (Japan). Der Kampf der Weltimperialismen verschärft sich. Es wächst der Tribut, den das Finanzkapital von den besonders einträglichen kolonialen und überseeischen Unternehmungen erhebt. Bei der Teilung dieser „Beute“ fällt ein außerordentlich großer Bissen Ländern zu, die nach dem Entwicklungstempo der Produktivkräfte nicht immer an der Spitze stehen. Die Länge der Schienenwege betrug in den größten Staaten unter Einschluß ihrer Kolonien:

	(in 1000 km)		
	1890	1913	
Vereinigte Staaten	268	413	+ 145
Britisches Reich	107	208	+ 101
Rußland	32	78	+ 46
Deutschland	43	68	+ 25
Frankreich	41	63	+ 22
<i>In den fünf Staaten zusammen</i>	491	830	+ 339

Rund 80% der gesamten Eisenbahnen sind also in den Händen der 5 Großmächte konzentriert. Aber die Konzentration des *Eigentums* an diesen Bahnen, die Konzentration des Finanzkapitals ist noch unvergleichlich größer, denn den englischen und französischen Millionären z. B. gehört ein sehr großer Teil der Aktien und Obligationen der amerikanischen, russischen und anderen Eisenbahnen.

England hat dank seinen Kolonien „sein“ Eisenbahnnetz um hunderttausend Kilometer, also viermal mehr als Deutschland, vergrößert. Indessen ging bekanntlich während dieser Zeit die Entwicklung der Produktivkräfte, insbesondere die Entwicklung der Kohlen- und Eisenindustrie, in Deutschland unvergleichlich schneller vor sich als in England, geschweige denn in Frankreich oder Rußland. 1892 produzierte Deutschland 4,9 Millionen Tonnen Roheisen, England dagegen 6,8; aber 1912 waren es schon 17,6 gegen 9,0, d. h. ein gewaltiger Vorsprung gegenüber England!* Es fragt sich, welches andere Mittel konnte es *auf dem Boden des Kapitalismus* geben außer dem Krieg, um das Mißverhältnis zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und der Akkumulation des Kapitals einerseits und der Verteilung der Kolonien und der „Einflußsphären“ des Finanzkapitals andererseits zu beseitigen?

VIII. PARASITISMUS UND FÄULNIS DES KAPITALISMUS

Wir müssen nun noch auf eine sehr wichtige Seite des Imperialismus eingehen, die bei den meisten Betrachtungen über dieses Thema nicht genügend beachtet wird. Einer der Mängel des Marxisten Hilferding ist, daß er hier im Vergleich zu dem Nichtmarxisten Hobson einen Schritt rückwärts getan hat. Wir sprechen von dem Parasitismus, der dem Imperialismus eigen ist.

Wie wir gesehen haben, ist die tiefste ökonomische Grundlage des Imperialismus das Monopol. Dieses Monopol ist ein kapitalistisches, d. h.

* Vgl. auch Edgar Crammond, „The Economic Relations of the British and German Empires“ im „Journal of the Royal Statistical Society“ („Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Britischen und dem Deutschen Reich“ im „Journal der Königl. Statistischen Gesellschaft“. *Die Red.*), Juli 1914, S. 777 ff.

ein Monopol, das aus dem Kapitalismus erwachsen ist und im allgemeinen Milieu des Kapitalismus, der Warenproduktion, der Konkurrenz, in einem beständigen und unlösbaren Widerspruch zu diesem allgemeinen Milieu steht. Dennoch erzeugt es, wie jedes andere Monopol, unvermeidlich die Tendenz zur Stagnation und Fäulnis. In dem Maße, wie Monopolpreise, sei es auch nur vorübergehend, eingeführt werden, verschwindet bis zu einem gewissen Grade der Antrieb zum technischen und folglich auch zu jedem anderen Fortschritt, zur Vorwärtsbewegung; und insofern entsteht die *ökonomische* Möglichkeit, den technischen Fortschritt künstlich aufzuhalten. Ein Beispiel: In Amerika hat ein gewisser Owens eine Flaschenmaschine erfunden, die eine Revolution in der Flaschenherstellung herbeiführt. Das deutsche Kartell der Flaschenfabrikanten kauft Owens' Patente auf und legt sie in das unterste Schubfach, um ihre Auswertung zu verhindern. Gewiß kann das Monopol unter dem Kapitalismus die Konkurrenz auf dem Weltmarkt niemals restlos und auf sehr lange Zeit ausschalten (das ist übrigens einer der Gründe, warum die Theorie des Ultraimperialismus unsinnig ist). Die Möglichkeit, durch technische Verbesserungen die Produktionskosten herabzumindern und die Profite zu erhöhen, begünstigt natürlich Neuerungen. Aber die *Tendenz* zur Stagnation und Fäulnis, die dem Monopol eigen ist, wirkt nach wie vor und gewinnt in einzelnen Industriezweigen, in einzelnen Ländern für gewisse Zeitspannen die Oberhand.

Das Monopol der Beherrschung besonders ausgedehnter, reicher oder günstig gelegener Kolonien wirkt in derselben Richtung.

Weiter. Der Imperialismus bedeutet eine ungeheure Anhäufung von Geldkapital in wenigen Ländern, das, wie wir gesehen haben, 100 bis 150 Milliarden Francs in Wertpapieren erreicht. Daraus ergibt sich das außergewöhnliche Anwachsen der Klasse oder, richtiger, der Schicht der Rentner, d. h. Personen, die vom „Kuponschneiden“ leben, Personen, die von der Beteiligung an irgendeinem Unternehmen völlig losgelöst sind, Personen, deren Beruf der Müßiggang ist. Die Kapitalausfuhr, eine der wesentlichsten ökonomischen Grundlagen des Imperialismus, verstärkt diese völlige Isolierung der Rentnerschicht von der Produktion noch mehr und drückt dem ganzen Land, das von der Ausbeutung der Arbeit einiger überseeischer Länder und Kolonien lebt, den Stempel des Parasitismus auf.

„Im Jahre 1893“, schrieb Hobson, „betrug das im Ausland investierte britische Kapital ca. 15 Prozent des gesamten Reichtums des Vereinigten Königreichs.“* Es sei daran erinnert, daß bis 1915 dieses Kapital ungefähr auf das Zweieinhalbfache gestiegen war. „Der aggressive Imperialismus“, lesen wir weiter bei Hobson, „der den Steuerzahlern so teuer zu stehen kommt und für den Industriellen und den Kaufmann so wenig Wert hat, . . . bildet die Quelle großer Profite für den Kapitalisten, der Anlagemöglichkeiten für sein Kapital sucht“ (im Englischen wird dieser Begriff mit dem einen Wort „investor“ – „Kapitalanleger“, Rentner – ausgedrückt) . . . „Die Jahreseinnahme Großbritanniens aus seinem gesamten Außen- und Kolonialhandel, aus Einfuhr und Ausfuhr, wird von dem Statistiker Giffen für das Jahr 1899 auf 18 Mill. £“ (ca. 170 Mill. Rubel) „geschätzt, wobei er sie mit 2½% des Gesamtumsatzes von 800 Mill. £ annimmt.“ So groß diese Summe auch ist, vermag sie doch nicht den aggressiven Imperialismus Großbritanniens zu erklären. Dieser findet seine Erklärung vielmehr in den 90–100 Mill. Pfund Sterling, die die Einnahmen von „investiertem“ Kapital, die Einnahmen der Rentnerschicht darstellen.

Die Einnahmen der Rentner sind also im „handelstüchtigsten“ Lande der Welt *fünfmal so groß* wie die Einnahmen aus dem Außenhandel! Das ist das Wesen des Imperialismus und des imperialistischen Parasitismus.

Der Begriff „Rentnerstaat“ oder Wucherstaat wird daher in der ökonomischen Literatur über den Imperialismus allgemein gebräuchlich. Die Welt ist in ein Häuflein Wucherstaaten und in eine ungeheure Mehrheit von Schuldnerstaaten gespalten. „Unter den ausländischen Anlagen aber“, schreibt Schulze-Gaevernitz, „stehen diejenigen voran, welche politisch abhängigen oder nächstverbündeten Ländern zuteil werden: England borgt an Ägypten, Japan, China, Südamerika. Seine Kriegsflotte ist hier im Notfall der Gerichtsvollzieher. Politische Macht schützt England gegen die Schuldnerempörung.“** Sartorius von Waltershausen stellt in seinem Werk „Das volkswirtschaftliche System der Kapitalanlage im Auslande“ Holland als das Muster eines „Rentnerstaates“ hin und verweist

* Hobson, S. 59, 62.

** Schulze-Gaevernitz, „Br. Imp.“, S. 320 u. a.

darauf, daß England und Frankreich im Begriff sind, es zu werden.* Schilder meint, daß fünf Industriestaaten – Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Belgien und die Schweiz – „ausgesprochene Gläubigerländer“ sind. Holland zählt er nur deshalb nicht dazu, weil dieses Land „industriell weniger entwickelt“** sei. Die Vereinigten Staaten seien nur in bezug auf Amerika ein Gläubigerland.

„England“, schreibt Schulze-Gaevernitz, „wächst aus dem Industriestaat allmählich in den Gläubigerstaat. Trotz absoluter Zunahme der industriellen Produktion, auch der industriellen Ausfuhr, steigt die relative Bedeutung der Zins- und Dividendenbezüge, der Emissions-, Kommissions- und Spekulationsgewinne für die Gesamtwirtschaft. Es ist diese Tatsache meiner Meinung nach die wirtschaftliche Grundlage des imperialistischen Aufschwungs. Der Gläubiger hängt mit dem Schuldner dauernd zusammen als der Verkäufer mit dem Käufer.“*** Über Deutschland schrieb 1911 A. Lansburgh, der Herausgeber der Berliner Zeitschrift „Die Bank“, in dem Artikel „Der deutsche Rentnerstaat“: „Man spottet in Deutschland gern über den Hang zum Rentnertum, der bei der französischen Bevölkerung zu finden ist, und vergißt dabei, daß, soweit der Mittelstand in Betracht kommt, die deutschen Verhältnisse den französischen immer ähnlicher werden.“†

Der Rentnerstaat ist der Staat des parasitären, verfaulenden Kapitalismus, und dieser Umstand muß sich unbedingt in allen sozialpolitischen Verhältnissen der betreffenden Länder im allgemeinen wie auch in den zwei Hauptströmungen der Arbeiterbewegung im besonderen widerspiegeln. Um das möglichst anschaulich zu zeigen, überlassen wir Hobson das Wort, der als Zeuge am „zuverlässigsten“ ist, da man ihn unmöglich der Voreingenommenheit für „marxistische Orthodoxie“ verdächtigen kann; andererseits ist er Engländer und kennt gut die Verhältnisse in dem an Kolonien wie an Finanzkapital und imperialistischer Erfahrung reichsten Lande.

Unter dem frischen Eindruck des Burenkriegs schilderte Hobson den Zusammenhang des Imperialismus mit den Interessen der „Finanziers“,

* Sart. von Waltershausen, „D. volkswirt. Syst. etc.“, Brl. 1907, Buch IV.

** Schilder, S. 393.

*** Schulze-Gaevernitz, „Br. Imp.“, S. 122.

† „Die Bank“, 1911, 1, S. 10/11.

deren wachsende Profite bei Aufträgen, Lieferungen usw., und schrieb: „Wenn es auch die Kapitalisten sind, die diese ausgesprochen parasitäre Politik lenken, so üben doch dieselben Motive auf gewisse Arbeiterkategorien ihre Wirkung aus. In vielen Städten sind die wichtigsten Industriezweige von Regierungsaufträgen abhängig: der Imperialismus der Zentren der Hütten- und Schiffbauindustrie ist in nicht geringem Maße dieser Tatsache zuzuschreiben.“ Zweierlei Umstände führten nach Hobsons Meinung zur Schwächung der alten Imperien: 1. „ökonomischer Parasitismus“ und 2. Zusammensetzung des Heeres aus Angehörigen abhängiger Völker. „Der erste ist die Gepflogenheit des ökonomischen Parasitismus, die darin besteht, daß der herrschende Staat seine Provinzen, Kolonien und die abhängigen Länder ausnutzt, um seine herrschende Klasse zu bereichern und die Fügsamkeit seiner unteren Klassen durch Bestechung zu erkaufen.“ Die Voraussetzung für die ökonomische Möglichkeit einer solche Bestechung, einerlei in welcher Form sie geschieht, ist – fügen wir von uns aus hinzu – monopolistisch hoher Profit.

Über den zweiten Umstand schreibt Hobson: „Zu den seltsamsten Symptomen der Blindheit des Imperialismus gehört die Sorglosigkeit, mit der Großbritannien, Frankreich und andere imperialistische Nationen diesen Weg beschreiten. Großbritannien ist am weitesten gegangen. Die meisten Schlachten, durch die wir unser indisches Reich erobert haben, sind von unseren Eingeborenenarmeen ausgefochten worden; in Indien, und in letzter Zeit auch in Ägypten, sind große stehende Heere dem Kommando von Briten unterstellt; fast alle Kriege, die mit unseren afrikanischen Besitzungen – mit Ausnahme der südlichen – zusammenhängen, wurden von Eingeborenen für uns geführt.“

Die Perspektive der Aufteilung Chinas veranlaßt Hobson zu folgender ökonomischer Einschätzung: „Der größte Teil Westeuropas könnte dann das Aussehen und den Charakter annehmen, die einige Gegenden in Süd-England, an der Riviera sowie in den von Touristen am meisten besuchten und von den reichen Leuten bewohnten Teilen Italiens und der Schweiz – bereits haben: ein Häuflein reicher Aristokraten, die Dividenden und Pensionen aus dem Fernen Osten beziehen, mit einer etwas größeren Gruppe von Angestellten und Händlern und einer noch größeren Anzahl von Diensthofen und Arbeitern im Transportgewerbe und in den letzten Stadien der Produktion leicht verderblicher Waren; die wich-

tigsten Industrien wären verschwunden, die Lebensmittel und Industriefabrikate für den Massenkonsum würden als Tribut aus Asien und Afrika kommen.“ „Wir haben die Möglichkeit einer noch umfassenderen Vereinigung der westlichen Länder angedeutet, eine europäische Föderation der Großmächte, die, weit entfernt, die Sache der Weltzivilisation voranzubringen, die ungeheure Gefahr eines westlichen Parasitismus heraufbeschwören könnte: eine Gruppe fortgeschrittener Industrienationen, deren obere Klassen aus Asien und Afrika gewaltige Tribute beziehen und mit Hilfe dieser Tribute große Massen gefügigen Personals unterhalten, die nicht mehr in der Produktion von landwirtschaftlichen und industriellen Massenerzeugnissen, sondern mit persönlichen Dienstleistungen oder untergeordneter Industriearbeit unter der Kontrolle einer neuen Finanzaristokratie beschäftigt werden. Mögen diejenigen, die eine solche Theorie“ (es müsste heißen: Perspektive) „als nicht der Erwägung wert verächtlich abtun, die heutigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in jenen Bezirken Südenglands untersuchen, die schon jetzt in eine solche Lage versetzt sind, und mögen sie darüber nachdenken, welch gewaltiges Ausmaß ein derartiges System annehmen würde, wenn China der ökonomischen Herrschaft ähnlicher Gruppen von Finanziers, Investoren, von Beamten in Staat und Wirtschaft unterworfen würde, die das größte potentielle Profitreservoir, das die Welt je gekannt hat, ausschöpfen würden, um diesen Profit in Europa zu verzehren. Die Situation ist viel zu kompliziert, das Spiel der Weltkräfte viel zu unberechenbar, als daß diese oder irgendeine andere Zukunftsdeutung als einzige mit Sicherheit zutreffen müßte. Aber die Einflüsse, die den Imperialismus Westeuropas gegenwärtig beherrschen, bewegen sich in dieser Richtung, und wenn ihnen nicht Widerstand geleistet wird oder sie nicht in eine andere Richtung gedrängt werden, dann bewegen sie sich auf dieses Ziel zu.“*

Der Verfasser hat vollkommen recht. Würden die Kräfte des Imperialismus nicht auf Widerstand stoßen, so würden sie eben dahin führen. Die Bedeutung der „Vereinigten Staaten von Europa“ in der heutigen, imperialistischen Situation ist hier richtig bewertet. Man müßte nur hinzufügen, daß *auch innerhalb* der Arbeiterbewegung die Opportunisten, die heutzutage in den meisten Ländern vorübergehend gesiegt haben,

* Hobson, S. 103, 205, 144, 335, 386.

sich systematisch und beharrlich gerade auf dieses Ziel „zubewegen“. Der Imperialismus, der die Aufteilung der Welt und die Ausbeutung nicht allein Chinas bedeutet, der monopolistisch hohe Profite für eine Handvoll der reichsten Länder bedeutet, schafft die ökonomische Möglichkeit zur Bestechung der Oberschichten des Proletariats und nährt, formt und festigt dadurch den Opportunismus. Nur darf man die dem Imperialismus im allgemeinen und dem Opportunismus im besonderen entgegentwirkenden Kräfte nicht vergessen, die der Sozialliberale Hobson natürlich nicht sieht.

Der deutsche Opportunist Gerhard Hildebrand, der seinerzeit wegen seiner Verteidigung des Imperialismus aus der Partei ausgeschlossen wurde, heute aber wohl ein Führer der sogenannten „sozialdemokratischen“ Partei Deutschlands sein könnte, ergänzt Hobson ausgezeichnet, indem er die „Vereinigten Staaten von Westeuropa“ (ohne Rußland) propagiert, und zwar zum „Zusammenwirken“ gegen . . . die Neger Afrikas, gegen eine „islamitische Bewegung großen Stils“, zur „Bildung einer Heeres- und Flottenmacht allerersten Ranges“, gegen eine „chinesisch-japanische Koalition“ u. a. m.*

Die Schilderung, die uns Schulze-Gaevernitz vom „britischen Imperialismus“ gibt, deckt dieselben Merkmale des Parasitismus auf. Während sich in den Jahren 1865 bis 1898 das britische Volkseinkommen etwa verdoppelt hat, hat sich das Einkommen „vom Auslande“ in dieser Zeitspanne *verneunfacht*. Wenn zu den „Verdiensten“ des Imperialismus „die Erziehung der Farbigen zur Arbeit“ gerechnet wird (ohne Zwang gehe es dabei nicht . . .), so besteht die „Gefahr“ des Imperialismus darin, daß Europa „die Arbeit überhaupt – zunächst die landwirtschaftliche und montane, sodann auch die gröbere industrielle Arbeit – auf die farbige Menschheit abschiebt und sich selbst in die Rentnerrolle zurückzieht, womit es vielleicht die wirtschaftliche und ihr folgend die politische Emanzipation der farbigen Rassen vorbereitet“.

Immer mehr Land wird in England der Landwirtschaft entzogen und für Sport und Amüsement der Reichen verwendet. Von Schottland, diesem aristokratischsten Jagd- und Sportplatz der Welt, wird gesagt, daß es „von seiner Vergangenheit und Herrn Carnegie“ (dem amerikanischen

* Gerhard Hildebrand, „Die Erschütterung der Industrieherrschaft und des Industriesozialismus“, 1910, S. 229 ff.

Milliardär) „lebt“. Allein für Pferderennen und Fuchsjagden gibt England jährlich 14 Millionen Pfund Sterling (etwa 130 Mill. Rubel) aus. Die Zahl der Rentner beläuft sich in England auf rund eine Million. Der Prozentsatz der produzierenden Bevölkerung geht zurück:

	Bevölkerung von England	Arbeiter in den Hauptindustrien (Millionen)	In % der Bevölkerung
1851	17,9	4,1	23 %
1901	32,5	4,9	15 %

Nun ist der bürgerliche Erforscher des „britischen Imperialismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts“ gezwungen, wenn er von der englischen Arbeiterklasse spricht, systematisch einen Unterschied zu machen zwischen der „Oberschicht“ der Arbeiter und der „*eigentlich proletarischen Unterschicht*“. Die Oberschicht liefert die Mitgliedermasse der Genossenschaften und Gewerkschaften, der Sportvereine und der zahllosen religiösen Sekten. Ihrem Niveau ist auch das Wahlrecht angepaßt, das in England „immer noch *beschränkt genug ist, um die eigentlich proletarische Unterschicht fernzuhalten*“!! Um die Lage der englischen Arbeiterklasse zu beschönigen, pflegt man nur von dieser Oberschicht zu sprechen, die die *Minderheit* des Proletariats ausmacht: bei der Arbeitslosigkeit z. B. „handelt es sich überwiegend um eine Frage Londons und der proletarischen Unterschicht, *welche politisch wenig in das Gewicht fällt*“...* Es hätte heißen müssen: welche für die bürgerlichen Politiker und die „sozialistischen“ Opportunisten wenig ins Gewicht fällt.

Zu den mit dem geschilderten Erscheinungskomplex verknüpften Besonderheiten des Imperialismus gehört die abnehmende Auswanderung aus den imperialistischen Ländern und die zunehmende Einwanderung (Zustrom von Arbeitern und Übersiedlung) in diese Länder aus rückständigeren Ländern mit niedrigeren Arbeitslöhnen. Die Auswanderung aus England sinkt, wie Hobson feststellt, seit 1884: Sie betrug in jenem Jahr 242 000 und 169 000 im Jahre 1900. Die Auswanderung aus Deutschland erreichte ihren Höhepunkt im Jahrzehnt 1881–1890, nämlich 1 453 000, und sank in den zwei folgenden Jahrzehnten auf 544 000

* Schulze-Gaevernitz, „Br. Imp.“, S. 301.

bzw. 341 000. Dafür stieg die Zahl der Arbeiter, die aus Österreich, Italien, Rußland usw. nach Deutschland kamen. Nach der Volkszählung vom Jahre 1907 gab es in Deutschland 1 342 294 Ausländer, davon 440 800 Industriearbeiter und 257 329 Landarbeiter.* In Frankreich sind die Arbeiter im Bergbau „zum großen Teil“ Ausländer: Polen, Italiener und Spanier.** In den Vereinigten Staaten nehmen die Einwanderer aus Ost- und Südeuropa die am schlechtesten bezahlten Stellen ein, während die amerikanischen Arbeiter den größten Prozentsatz der Aufseher und der bestbezahlten Arbeiter stellen.*** Der Imperialismus hat die Tendenz, auch unter den Arbeitern privilegierte Kategorien auszuheben und sie von der großen Masse des Proletariats abzuspalten.

Es muß bemerkt werden, daß in England die Tendenz des Imperialismus, die Arbeiter zu spalten, den Opportunismus unter ihnen zu stärken und eine zeitweilige Fäulnis der Arbeiterbewegung hervorzurufen, viel früher zum Vorschein kam als Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts. Denn zwei der wichtigsten Merkmale des Imperialismus – riesiger Kolonialbesitz und Monopolstellung auf dem Weltmarkt – traten in England schon seit Mitte des 19. Jahrhunderts hervor. Marx und Engels verfolgten jahrzehntelang systematisch diesen Zusammenhang des Opportunismus in der Arbeiterbewegung mit den imperialistischen Besonderheiten des englischen Kapitalismus. Engels schrieb z. B. am 7. Oktober 1858 an Marx, „... daß das englische Proletariat faktisch mehr und mehr verbürgert, so daß diese bürgerlichste aller Nationen es schließlich dahin bringen zu wollen scheint, eine bürgerliche Aristokratie und ein bürgerliches Proletariat *neben* der Bourgeoisie zu besitzen. Bei einer Nation, die die ganze Welt exploitiert, ist das allerdings gewissermaßen gerechtfertigt.“⁸⁴ Fast ein Vierteljahrhundert später, in seinem Brief vom 11. August 1881, spricht er von Gewerkschaften, „welche nur mit jenen schlechtesten englischen vergleichbar sind, die es zulassen, sich von an die Bourgeoisie verkauften oder zumindest von ihr bezahlten Leuten führen zu lassen“⁸⁵. Und in einem Brief an Kautsky vom 12. September 1882 schreibt Engels: „Sie fragen mich, was die englischen Arbeiter von

* „Statistik des Deutschen Reichs“, Bd. 211.

** Henger, „Die Kapitalsanlage der Franzosen“, Stuttg. 1913.

*** Hourwich, „Immigration and Labor“ (Einwanderung und Arbeit. *Die Red.*), N. Y. 1913.

der Kolonialpolitik denken? Nun, genau dasselbe, was sie von der Politik überhaupt denken . . . Es gibt hier ja keine Arbeiterpartei, es gibt nur Konservative und Liberal-Radikale, und die Arbeiter zehren flott mit von dem Weltmarkts- und Kolonialmonopol Englands.“* (Dasselbe sagt Engels auch im Vorwort zur zweiten Auflage der „Lage der arbeitenden Klasse in England“, 1892.)

Hier sind Ursachen und Wirkungen deutlich aufgezeigt. Ursachen: 1. Ausbeutung der ganzen Welt durch das betreffende Land; 2. seine Monopolstellung auf dem Weltmarkt; 3. sein Kolonialmonopol. Wirkungen: 1. Verbürgerung eines Teils des englischen Proletariats; 2. ein Teil des Proletariats läßt sich von Leuten führen, die von der Bourgeoisie gekauft sind oder zumindest von ihr bezahlt werden. Der Imperialismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts hat die Aufteilung der Welt unter einige wenige Staaten zu Ende geführt, von denen jeder gegenwärtig einen nicht viel kleineren Teil der „ganzen Welt“ ausbeutet (im Sinne der Gewinnung von Extraprofit) als England im Jahre 1858; jeder nimmt eine Monopolstellung auf dem Weltmarkt ein dank den Trusts, den Kartellen, dem Finanzkapital und dem Verhältnis des Gläubigers zum Schuldner; jeder besitzt bis zu einem gewissen Grade ein Kolonialmonopol (wir sahen, daß von den 75 Mill. Quadratkilometern *aller* Kolonien der Welt 65 Mill., d. h. 86%, in den Händen von sechs Mächten konzentriert sind; 61 Mill., d. h. 81%, sind in den Händen von 3 Mächten konzentriert).

Das Merkmal der heutigen Lage besteht in ökonomischen und politischen Bedingungen, die zwangsläufig die Unversöhnlichkeit des Opportunismus mit den allgemeinen und grundlegenden Interessen der Arbeiterbewegung verstärken mußten: Der Imperialismus hat sich aus Ansätzen zum herrschenden System entwickelt; die kapitalistischen Monopole haben in der Volkswirtschaft und in der Politik den ersten Platz eingenommen; die Aufteilung der Welt ist beendet; und andererseits sehen wir an Stelle des ungeteilten englischen Monopols den Kampf einer kleinen Anzahl imperialistischer Mächte um die Beteiligung am Monopol, der

* Briefwechsel von Marx und Engels, Bd. II, S. 290; IV, 433. (Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 35, S. 357. *Der Übers.*) – K. Kautsky, „Sozialismus und Kolonialpolitik“, Brl. 1907, S. 79; diese Broschüre schrieb Kautsky in jenen unendlich fernen Zeiten, als er noch Marxist war.

den ganzen Beginn des 20. Jahrhunderts kennzeichnet. Der Opportunismus kann jetzt nicht mehr in der Arbeiterbewegung irgendeines Landes auf eine lange Reihe von Jahrzehnten hinaus völlig Sieger bleiben, so wie er in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in England gesiegt hatte; in einer Reihe von Ländern ist der Opportunismus vielmehr reif, überreif geworden und in Fäulnis übergegangen, da er sich als Sozialchauvinismus mit der bürgerlichen Politik restlos verschmolzen hat.*

IX. KRITIK DES IMPERIALISMUS

Die Kritik des Imperialismus fassen wir im weiten Sinne des Wortes als die Stellung auf, die die verschiedenen Gesellschaftsklassen in Verbindung mit ihrer allgemeinen Ideologie zur Politik des Imperialismus einnehmen.

Einerseits die gigantischen Ausmaße des in wenigen Händen konzentrierten Finanzkapitals, das sich ein außergewöhnlich weitverzweigtes und dichtes Netz von Beziehungen und Verbindungen schafft, durch das es sich die Masse nicht nur der mittleren und kleinen, sondern selbst der kleinsten Kapitalisten und Unternehmer unterwirft; anderseits der verschärfte Kampf mit den anderen nationalstaatlichen Finanzgruppen um die Aufteilung der Welt und um die Herrschaft über andere Länder – all dies führt zum geschlossenen Übergang aller besitzenden Klassen auf die Seite des Imperialismus. „Allgemeine“ Begeisterung für seine Perspektiven, wütende Verteidigung des Imperialismus, seine Beschönigung in jeder nur möglichen Weise – das ist das Zeichen der Zeit. Die imperialistische Ideologie dringt auch in die Arbeiterklasse ein. Diese ist nicht durch eine chinesische Mauer von den anderen Klassen getrennt. Wenn die Führer der heutigen sogenannten „sozialdemokratischen“ Partei Deutschlands mit Recht „Sozialimperialisten“ genannt werden, d. h. Sozialisten in Worten, Imperialisten in der Tat, so hat Hobson bereits 1902

* Der russische Sozialchauvinismus der Herren Potressow, Tschchenkeli, Maslow usw. sowohl in seiner offenen Gestalt wie in der verkappten (der Herren Tschcheidse, Skobelew, Axelrod, Martow usw.) ist ebenfalls aus der russischen Abart des Opportunismus, nämlich dem Liquidatorentum, hervorgegangen.

in England das Vorhandensein von „Fabier-Imperialisten“ festgestellt, die der opportunistischen „Gesellschaft der Fabier“ angehören.

Bürgerliche Gelehrte und Publizisten treten als Verteidiger des Imperialismus gewöhnlich in etwas verkappter Form auf, indem sie die völlige Herrschaft des Imperialismus und seine tiefen Wurzeln vertuschen, dafür aber Einzelheiten und nebensächliche Details in den Vordergrund zu rücken versuchen, um durch ganz unernste „Reform“-projekte von der Art einer Polizeiaufsicht über die Trusts oder Banken u. a. die Aufmerksamkeit vom Wesentlichen abzulenken. Seltener treten zynische, offene Imperialisten auf, die den Mut haben, auszusprechen, wie unsinnig es ist, die Grundeigenschaften des Imperialismus reformieren zu wollen.

Wir wollen ein Beispiel anführen. Im „Weltwirtschaftlichen Archiv“ befließigen sich die deutschen Imperialisten, die nationalen Befreiungsbewegungen in den Kolonien, besonders natürlich in den nichtdeutschen, zu verfolgen. Sie registrieren eine Gärung und Proteste in Indien, eine Bewegung in Natal (Südafrika), in Niederländisch-Indien usw. In der Besprechung eines englischen Berichts über die vom 28. bis 30. Juni 1910 abgehaltene Konferenz unterworfenen Nationen und Rassen, an der Vertreter verschiedener unter Fremdherrschaft stehender Völker Asiens, Afrikas und Europas teilnahmen, schreibt einer dieser Imperialisten in Einschätzung der auf der Konferenz gehaltenen Reden: „Der Imperialismus, so heißt es, soll bekämpft werden; die herrschenden Staaten sollen das Recht der unterworfenen Völker auf Selbstregierung anerkennen, und ein internationaler Gerichtshof soll die Handhabung der zwischen den Großmächten und den schwächeren Völkern geschlossenen Verträge überwachen. Über diese frommen Wünsche kommt man nicht hinaus. Von der Einsicht, daß der Imperialismus mit dem Kapitalismus in seiner heutigen Gestalt unzertrennlich verbunden ist, bemerken wir keine Spur und darum (!!) ebensowenig von der Einsicht, daß eine direkte Bekämpfung des Imperialismus aussichtslos ist, es sei denn, daß man sich darauf beschränkt, gegen einige besonders häßliche Exzesse aufzutreten.“* Weil eine Verbesserung der Grundlagen des Imperialismus durch Reformen ein Betrug, ein „frommer Wunsch“ ist, weil die bürgerlichen Vertreter der unterdrückten Nationen nicht „darüber hinaus“ kommen, darum geht der bürgerliche Vertreter der unterdrückenden Nation nach rück-

* „Weltwirtschaftliches Archiv“, Bd. II, S. 193 ff.

wärts „darüber hinaus“, nämlich bis zur Liebedienerei vor dem Imperialismus, die mit Ansprüchen auf „Wissenschaftlichkeit“ verbrämt wird. Auch eine „Logik“!

Die Fragen, ob eine Änderung der Grundlagen des Imperialismus durch Reformen möglich sei, ob man vorwärts gehen solle, zur weiteren Verschärfung und Vertiefung der durch ihn erzeugten Widersprüche, oder rückwärts, zu deren Abstumpfung, das sind Kernfragen der Kritik des Imperialismus. Da zu den politischen Besonderheiten des Imperialismus die Reaktion auf der ganzen Linie sowie die Verstärkung der nationalen Unterdrückung in Verbindung mit dem Druck der Finanzoligarchie und mit der Beseitigung der freien Konkurrenz gehören, so tritt mit Beginn des 20. Jahrhunderts in fast allen imperialistischen Ländern eine kleinbürgerlich-demokratische Opposition gegen den Imperialismus auf. Und der Bruch Kautskys und der weitverbreiteten internationalen Strömung des Kautskyanertums mit dem Marxismus besteht gerade darin, daß Kautsky es nicht nur unterlassen, es nicht verstanden hat, dieser kleinbürgerlichen, reformistischen, ökonomisch von Grund aus reaktionären Opposition entgegenzutreten, sondern sich im Gegenteil praktisch mit ihr vereinigt hat.

In den Vereinigten Staaten hat der imperialistische Krieg gegen Spanien im Jahre 1898 die Opposition der „Antiimperialisten“ hervorgerufen; diese letzten Mohikaner der bürgerlichen Demokratie, die diesen Krieg ein „Verbrechen“ nannten, hielten die Annexion fremder Länder für einen Verfassungsbruch, erklärten die Behandlung des Eingeborenenführers auf den Philippinen, Aguinaldo, für einen „chauvinistischen Betrug“ (man hatte ihm erst die Freiheit seines Landes versprochen, dann aber amerikanische Truppen landen lassen und die Philippinen annektiert) und zitierten Lincolns Ausspruch: „Wenn der Weiße sich selbst regiert, so ist das Selbstverwaltung; wenn er aber sich selbst und zugleich noch andere regiert, so ist das nicht mehr Selbstverwaltung, es ist Despotie.“* Aber solange diese ganze Kritik davor zurückscheute, die unzertrennliche Verbindung des Imperialismus mit den Trusts und folglich auch mit den Grundlagen des Kapitalismus zuzugeben, solange sie Angst hatte, sich den Kräften, die durch den Großkapitalismus und seine Ent-

* J. Patouillet, „L'impérialisme américain“ (Der amerikanische Imperialismus. *Die Red.*), Dijon 1904, S. 272.

wicklung erzeugt werden, anzuschließen, solange blieb diese Kritik ein „frommer Wunsch“.

Von derselben Art ist die Grundeinstellung Hobsons in seiner Kritik des Imperialismus. Hobson nahm Kautsky vorweg, indem er sich gegen die „Unvermeidlichkeit des Imperialismus“ wandte und sich auf die Notwendigkeit berief, „die Konsumtionsfähigkeit der Bevölkerung zu heben“ (unter dem Kapitalismus!). Auf dem kleinbürgerlichen Standpunkt in der Kritik des Imperialismus, der Allmacht der Banken, der Finanzoligarchie usw. stehen auch die von uns mehrfach zitierten Agahd, A. Lansburgh, L. Eschwege und von den französischen Autoren Victor Bérard, der Verfasser eines oberflächlichen Buches: „England und der Imperialismus“, das 1900 erschienen ist. Sie alle, die durchaus nicht den Anspruch erheben, Marxisten zu sein, stellen dem Imperialismus die freie Konkurrenz und die Demokratie entgegen, verurteilen das Abenteuer der Bagdadbahn, das zu Konflikten und zum Krieg führe, äußern „fromme Wünsche“ nach Frieden usw. – bis hinauf zu dem Statistiker der internationalen Emissionen, A. Neymarck, der 1912 die Hunderte von Milliarden Franc „internationaler“ Werte berechnete und ausrief: „Ist es denkbar, daß der Frieden gebrochen werden könnte? . . . daß man bei diesen ungeheuren Zahlen riskieren würde, einen Krieg zu beginnen?“*

Bei bürgerlichen Ökonomen ist eine derartige Naivität nicht verwunderlich; für sie ist es überdies auch *vorteilhaft*, so naiv zu tun, und „im Ernst“ von Frieden unter dem Imperialismus zu reden. Was ist aber bei Kautsky vom Marxismus übriggeblieben, wenn er sich in den Jahren 1914, 1915, 1916 auf denselben bürgerlich-reformerischen Standpunkt stellt und behauptet, „alle“ (Imperialisten, Quasisozialisten und Sozialpazifisten) seien sich in der Frage des Friedens „einig“? Statt einer Analyse und Aufdeckung der tiefen Widersprüche des Imperialismus sehen wir nichts als den reformerischen „frommen Wunsch“, sie mit einer Handbewegung abzutun, sich mit Worten über sie hinwegzusetzen.

Hier ein Musterbeispiel von Kautskys ökonomischer Kritik des Imperialismus. Er nimmt die Daten über Englands Ein- und Ausfuhrhandel mit Ägypten für die Jahre 1872 und 1912; es stellt sich heraus, daß diese

* „Bulletin de l'Institut international de Statistique“, t. XIX, livr. II, p. 225 (Bulletin des Internationalen Statistischen Instituts, Bd. XIX, II. Folge, S. 225. Die Red.).

Ein- und Ausfuhr langsamer wuchs als die gesamte Ein- und Ausfuhr Englands. Und Kautsky folgert daraus: „Wir haben keine Ursache, anzunehmen, daß er“ (der Handel Englands mit Ägypten) „ohne die militärische Besetzung Ägyptens durch das bloße Gewicht der ökonomischen Faktoren weniger gewachsen wäre.“ „Diese Ausdehnungsbestrebungen“ (des Kapitals) „werden am besten nicht durch die gewalttätigen Methoden des Imperialismus, sondern durch die friedliche Demokratie gefördert.“*

Diese Betrachtungen Kautskys, die ihm sein russischer Schildknappe (und russischer Beschützer der Sozialchauvinisten), Herr Spectator⁸⁶, in hundertfältigen Variationen nachplappert, bilden die Grundlage der Kautskyschen Kritik des Imperialismus, und deshalb müssen wir ausführlicher darauf eingehen. Wir beginnen mit einem Zitat aus Hilferding, dessen Schlußfolgerungen Kautsky mehrfach, auch im April 1915, als „von den sozialistischen Theoretikern einhellig akzeptiert“ erklärte.

„Es ist nicht Sache des Proletariats“, schreibt Hilferding, „der fortgeschritteneren kapitalistischen Politik gegenüber die überwundene der Freihandelsära und der Staatsfeindschaft entgegenzusetzen. Die Antwort des Proletariats auf die Wirtschaftspolitik des Finanzkapitals, den Imperialismus, kann nicht der Freihandel, kann nur der Sozialismus sein. Nicht das reaktionär gewordene Ideal der Wiederherstellung der freien Konkurrenz, sondern völlige Aufhebung der Konkurrenz durch Überwindung des Kapitalismus kann jetzt allein das Ziel proletarischer Politik sein.“**

Kautsky hat mit dem Marxismus gebrochen, da er für die Epoche des Finanzkapitals ein „reaktionär gewordenes Ideal“, die „friedliche Demokratie“, das „bloße Gewicht der ökonomischen Faktoren“ predigt – denn *objektiv* zerrt uns dieses Ideal zurück, vom monopolistischen zum nicht-monopolistischen Kapitalismus, ist es ein reformistischer Betrug.

Der Handel mit Ägypten (oder mit einer anderen Kolonie oder Halbkolonie) „wäre“ stärker „gewachsen“ *ohne* militärische Besetzung, ohne Imperialismus, ohne Finanzkapital. Was bedeutet das? Daß sich der Kapitalismus rascher entwickelt hätte, wenn die freie Konkurrenz nicht ein-

* Kautsky, „Nationalstaat, imperialistischer Staat und Staatenbund“, Nürnberg 1915, S. 72 und 70.

** „Das Finanzkapital“, S. 567 (a. a. O., S. 555/556. *Der Übers.*).

geschränkt gewesen wäre, weder durch Monopole überhaupt noch durch „Beziehungen“ oder den Druck (d. h. wiederum durch das Monopol) des Finanzkapitals, noch durch die monopolistische Beherrschung von Kolonien seitens einzelner Länder?

Einen anderen Sinn können Kautskys Betrachtungen nicht haben, und *dieser* „Sinn“ ist Unsinn. Angenommen, es *wäre richtig*, daß sich Kapitalismus und Handel bei freier Konkurrenz, ohne irgendwelche Monopole, schneller entwickeln *würden*. Aber je schneller die Entwicklung des Handels und des Kapitalismus vor sich geht, um so stärker ist doch die Konzentration der Produktion und des Kapitals, die das Monopol *erzeugt*. Und die Monopole sind ja *schon* entstanden, gerade *aus* der freien Konkurrenz! Selbst wenn die Monopole jetzt die Entwicklung zu verlangsamen begonnen haben, so ist das dennoch kein Argument zugunsten der freien Konkurrenz, die unmöglich geworden ist, nachdem sie die Monopole erzeugt hat.

Wie immer man Kautskys Betrachtungen auch dreht und wendet, es kommt nichts anderes heraus als reaktionäre Einstellung und bürgerliches Reformertum.

Wollte man diese Betrachtung korrigieren und sagen, wie es Spectator tut: der Handel der englischen Kolonien mit England entwickelt sich jetzt langsamer als der Handel mit anderen Ländern, so würde das Kautsky auch nicht retten. Denn England wird *ebenfalls* vom Monopol, *ebenfalls* vom Imperialismus, nur dem eines anderen Landes (Amerikas, Deutschlands), geschlagen. Bekanntlich haben die Kartelle zu Schutzzöllen neuer, origineller Art geführt: Es werden gerade diejenigen Produkte geschützt (das hat bereits Engels im dritten Band des „Kapitals“⁸⁷ vermerkt), die exportfähig sind. Bekannt ist ferner das den Kartellen und dem Finanzkapital eigene System der „Ausfuhr zu Schleuderpreisen“, des „Dumping“, wie die Engländer sagen: Im Inland verkauft das Kartell seine Erzeugnisse zu monopolistischen Höchstpreisen, im Ausland aber setzt es sie zu Schleuderpreisen ab, um die Konkurrenz zu untergraben, die eigene Produktion maximal zu steigern usw. Wenn Deutschlands Handel mit den englischen Kolonien sich schneller entwickelt als der Englands, so beweist das lediglich, daß der deutsche Imperialismus frischer, kräftiger, organisierter ist und höher steht als der englische, es beweist aber keineswegs die „Überlegenheit“ des freien Handels, denn hier

kämpft nicht Freihandel gegen Schutzzollsystem und koloniale Abhängigkeit, sondern Imperialismus gegen Imperialismus, Monopol gegen Monopol, Finanzkapital gegen Finanzkapital. Die Überlegenheit des deutschen Imperialismus über den englischen ist stärker als die Mauer der Kolonialgrenzen oder der Schutzzölle: Daraus ein „Argument“ für Freihandel und „friedliche Demokratie“ zu konstruieren ist eine Platttheit, heißt die Grundzüge und Haupteigenschaften des Imperialismus vergessen, heißt an Stelle des Marxismus spießbürgerlichen Reformismus setzen.

Interessant ist, daß sogar der bürgerliche Ökonom A. Lansburgh, der den Imperialismus genauso spießbürgerlich kritisiert wie Kautsky, immerhin mit mehr Wissenschaftlichkeit an die Bearbeitung der Handelsstatistik heranging. Er verglich nicht ein einzelnes, zufällig herausgegriffenes Land und nicht nur eine Kolonie mit den anderen Ländern, sondern er verglich den Export eines imperialistischen Landes 1. nach Ländern, die von ihm finanziell abhängig sind, von ihm Geld leihen, und 2. nach Ländern, die finanziell unabhängig sind. Dabei kam er zu folgendem Ergebnis:

		<i>Ausfuhr aus Deutschland</i> (in Mill. Mark)		
		1889	1908	Steigerung in %
Nach den von Deutschland finanziell abhängigen Ländern:	Rumänien	48,2	70,8	+ 47 %
	Portugal	19,0	32,8	+ 73 %
	Argentinien	60,7	147,0	+ 143 %
	Brasilien	48,7	84,5	+ 73 %
	Chile	28,3	52,4	+ 85 %
	Türkei	29,9	64,0	+ 114 %
<i>Summa</i>		234,8	451,5	+ 92 %
Nach den von Deutschland finanziell unabhängigen Ländern:	Großbritannien	651,8	997,4	+ 53 %
	Frankreich	210,2	437,9	+ 108 %
	Belgien	137,2	322,8	+ 135 %
	Schweiz	177,4	401,1	+ 127 %
	Australien	21,2	64,5	+ 205 %
	Niederländisch- Indien	8,8	40,7	+ 363 %
<i>Summa</i>		1206,6	2264,4	+ 87 %

Lansburgh hat die *Summen* nicht gezogen und deshalb seltsamerweise nicht bemerkt, daß diese Zahlen, *wenn* sie überhaupt etwas beweisen, nur *gegen* ihn sprechen, denn der Export nach den finanziell abhängigen Ländern wuchs, wenn auch nur um wenig, *immerhin schneller* als der nach den finanziell unabhängigen Ländern (wir betonen „wenn“, denn Lansburghs Statistik ist bei weitem noch nicht vollständig).

Dem Zusammenhang zwischen Export und Anleihen nachgehend, schreibt Lansburgh:

„In den Jahren 1890/91 wurde eine rumänische Anleihe von deutschen Banken übernommen, die bereits in den vorhergehenden Jahren Vorschüsse darauf gegeben hatten. Die Anleihe diente in der Hauptsache der Beschaffung von Eisenbahnmaterial, das aus Deutschland bezogen wurde. Im Jahre 1891 betrug die deutsche Ausfuhr nach Rumänien 55 Mill. M. Im nächsten Jahre sank sie auf 39,4 Millionen, um mit Unterbrechungen bis auf 25,4 Millionen (1900) zurückzugehen. Erst in den allerletzten Jahren ist der Stand von 1891 wieder erreicht worden – dank ein paar neuen Anleihen.

Die deutsche Ausfuhr nach Portugal stieg infolge der Anleihen von 1888/89 bis auf 21,1 Mill. M (1890), fiel dann in den beiden folgenden Jahren auf 16,2 und 7,4 Millionen und erreichte ihren alten Stand erst wieder im Jahre 1903.

Noch krasser gestalteten sich die Dinge im deutsch-argentinischen Verkehr. Infolge der Anleihen von 1888 und 1890 bezifferte sich die deutsche Ausfuhr nach Argentinien im Jahre 1889 auf 60,7 Mill. M. Zwei Jahre später betrug die Ausfuhr nur noch 18,6 Mill. M, also nicht den dritten Teil. Erst 1901 wurde der Höhepunkt von 1889 erstmalig überschritten, was mit der Übernahme neuer Staats- und Stadtanleihen, der Geldhingabe zur Errichtung von Elektrizitätswerken und sonstigen Kreditgewährungen zusammenhing.

Die Ausfuhr nach Chile stieg infolge der Anleihe von 1889 auf 45,2 Mill. M (1892) und fiel im zweiten Jahr darauf unter die Hälfte, auf 22,5 Mill. M. Nach Übernahme einer neuen Anleihe seitens deutscher Banken im Jahre 1906 stieg die Ausfuhr auf 84,7 Mill. M (1907), um bereits 1908 wieder auf 52,4 Millionen zu fallen.“*

Lansburgh leitet aus diesen Tatsachen die ergötzliche Spießermoral

* „Die Bank“, 1909, 2, S. 819 ff.

ab, wie unsicher und ungleichmäßig die an Anleihen geknüpfte Ausfuhr sei, wie übel es sei, Kapitalien nach dem Ausland zu exportieren, anstatt die einheimische Industrie „natürlich“ und „harmonisch“ fortzuentwickeln, wie „teuer“ Krupp die Millionen Bakschisch bei Auslandsanleihen zu stehen kommen u. dgl. m. Aber die Tatsachen besagen deutlich: Die Steigerung des Exports ist *gerade* an die Schwindelmanöver des Finanzkapitals geknüpft, das sich nicht um die bürgerliche Moral schert und dem Ochsen das Fell zweimal über die Ohren zieht: einmal durch die Profite aus der Anleihe und dann durch die Profite aus *derselben* Anleihe, sobald sie zum Ankauf der Kruppschen Erzeugnisse oder der Eisenbahnmaterialien des Stahlsyndikats usw. verwendet wird.

Wir wiederholen: Wir halten Lansburghs Statistik keineswegs für vollkommen, aber sie mußte angeführt werden, denn sie ist wissenschaftlicher als die Kautskys und Spectators, da Lansburgh an die Frage einigermaßen richtig herangeht. Um über die Bedeutung des Finanzkapitals für die Ausfuhr usw. ein Urteil abzugeben, muß man es verstehen, den Zusammenhang der Ausfuhr speziell und lediglich mit den Manövern der Finanziers, speziell und lediglich mit dem Absatz der Kartellerzeugnisse usw. herauszuarbeiten. Aber einfach Kolonien überhaupt mit Nichtkolonien, einen Imperialismus mit einem andern Imperialismus, eine Halbkolonie oder Kolonie (Ägypten) mit allen übrigen Ländern zu vergleichen heißt gerade das *Wesen* der Dinge umgehen und vertuschen.

Die theoretische Kritik des Imperialismus bei Kautsky hat eben deshalb nichts mit dem Marxismus gemein, sie taugt eben deshalb nur als Ausgangspunkt für die Propaganda des Friedens und der Einheit mit den Opportunisten und Sozialchauvinisten, weil diese Kritik gerade die tiefsten und fundamentalsten Widersprüche des Imperialismus umgeht und vertuscht: den Widerspruch zwischen den Monopolen und der neben ihnen existierenden freien Konkurrenz, zwischen den riesenhaften „Transaktionen“ (und riesenhaften Profiten) des Finanzkapitals und dem „ehrlichen“ Handel auf dem freien Markt, zwischen den Kartellen und Trusts einerseits und der nichtkartellierten Industrie andererseits usw.

Ebenso reaktionären Charakter trägt auch die von Kautsky erfundene berüchtigte Theorie des „Ultraimperialismus“. Man vergleiche nur seine Betrachtung über dieses Thema im Jahre 1915 mit der Hobsons aus dem Jahre 1902.

Kautsky: „... ob es nicht möglich sei, daß die jetzige imperialistische Politik durch eine neue, ultraimperialistische verdrängt werde, die an Stelle des Kampfes der nationalen Finanzkapitale untereinander die gemeinsame Ausbeutung der Welt durch das international verbündete Finanzkapital setzte. Eine solche neue Phase des Kapitalismus ist jedenfalls denkbar. Ob auch realisierbar, das zu entscheiden fehlen noch die genügenden Voraussetzungen.“*

Hobson: „Das Christentum, das sich so auf wenige große föderative Reiche ausgebreitet hat, von denen jedes eine Reihe von unzivilisierten Kolonien und abhängigen Ländern beherrscht, erscheint vielen als höchst gesetzmäßige Entwicklung der Tendenzen der Gegenwart, und dazu als eine Entwicklung, die am ehesten einen dauernden Frieden auf der festen Grundlage des Interimperialismus erhoffen läßt.“**

Kautsky hat also Ultraimperialismus oder Überimperialismus das genannt, was Hobson 13 Jahre früher Interimperialismus oder Zwischenimperialismus nannte. Außer der Erfindung eines neuen hochgelahrten Wörtchens mittels Ersetzung einer lateinischen Vorsilbe durch eine andere besteht der Fortschritt des „wissenschaftlichen“ Denkens bei Kautsky nur in der Anmaßung, etwas als Marxismus auszugeben, was Hobson im Grunde genommen als Heuchelei englischer Pfaffen bezeichnet. Nach dem Burenkrieg war es für diesen hochehrwürdigen Stand ganz natürlich, seine Bemühungen hauptsächlich auf die *Vertröstung* der englischen Kleinbürger und Arbeiter zu richten, die in den südafrikanischen Schlachten nicht wenige Tote verloren hatten und die Sicherung der erhöhten Profite der englischen Finanzleute mit erhöhten Steuern bezahlen mußten. Und welche *Vertröstung* hätte besser sein können als die, daß der Imperialismus gar nicht so schlimm sei, daß er sich dem Inter- (oder Ultra-)imperialismus nähere, der dauernden Frieden zu gewährleisten imstande sei? Was immer auch die wohlgemeinten Absichten der englischen Pfaffen oder des süßlichen Kautsky sein mögen, der objektive, d. h. wirkliche soziale Sinn seiner „Theorie“ ist einzig und allein der: eine höchst reaktionäre *Vertröstung* der Massen auf die Möglichkeit eines dauernden Friedens im Kapitalismus, indem man die Aufmerksamkeit von den akuten Widersprüchen und akuten Problemen der Gegenwart

* „Die Neue Zeit“, 30. April 1915, 144.

** J. A. Hobson, „Imperialism“, London 1902, S. 351. *Der Übers.*

ablenkt auf die verlogenen Perspektiven irgendeines angeblich neuen künftigen „Ultraimperialismus“. Betrug an den Massen und sonst absolut nichts ist der Inhalt von Kautskys „marxistischer“ Theorie.

In der Tat, es genügt, allgemein bekannte, unbestreitbare Tatsachen einander gegenüberzustellen, um sich davon zu überzeugen, wie verlogen die Perspektiven sind, die Kautsky den deutschen Arbeitern (und den Arbeitern aller Länder) weiszumachen sucht. Man nehme Indien, Indochina und China. Bekanntlich werden diese drei kolonialen und halbkolonialen Länder mit einer Bevölkerung von 600–700 Millionen Menschen vom Finanzkapital einiger imperialistischer Mächte – Englands, Frankreichs, Japans, der Vereinigten Staaten usw. – ausgebeutet. Angenommen, diese imperialistischen Staaten schlossen Bündnisse, ein Bündnis gegen ein anderes, um ihren Besitz, ihre Interessen und „Einflußsphären“ in den genannten asiatischen Staaten zu behaupten oder auszudehnen. Das wären „interimperialistische“ oder „ultraimperialistische“ Bündnisse. Angenommen, *sämtliche* imperialistischen Mächte schlossen ein Bündnis zur „friedlichen“ Aufteilung der genannten asiatischen Länder – das wäre ein „international verbündetes Finanzkapital“. Es gibt in der Geschichte des 20. Jahrhunderts faktische Beispiele eines derartigen Bündnisses, z. B. im Verhalten der Mächte zu China. Es fragt sich nun, ist die Annahme „denkbar“, daß beim Fortbestehen des Kapitalismus (und diese Bedingung setzt Kautsky gerade voraus) solche Bündnisse nicht kurzlebig wären, daß sie Reibungen, Konflikte und Kampf in jedweden und allen möglichen Formen ausschließen würden?

Es genügt, diese Frage klar zu stellen, um sie nicht anders als mit Nein zu beantworten. Denn unter dem Kapitalismus ist für die Aufteilung der Interessen- und Einflußsphären, der Kolonien usw. eine andere Grundlage als die *Stärke* der daran Beteiligten, ihre allgemeinwirtschaftliche, finanzielle, militärische und sonstige Stärke, *nicht* denkbar. Die Stärke der Beteiligten aber ändert sich ungleichmäßig, denn eine *gleichmäßige* Entwicklung der einzelnen Unternehmungen, Trusts, Industriezweige und Länder kann es unter dem Kapitalismus nicht geben. Vor einem halben Jahrhundert war Deutschland, wenn man seine kapitalistische Macht mit der des damaligen Englands vergleicht, eine klägliche Null; ebenso Japan im Vergleich zu Rußland. Ist die Annahme „denkbar“, daß das Kräfteverhältnis zwischen den imperialistischen Mächten nach

zehn, zwanzig Jahren unverändert geblieben sein wird? Das ist absolut undenkbar.

„Interimperialistische“ oder „ultraimperialistische“ Bündnisse sind daher in der kapitalistischen Wirklichkeit, und nicht in der banalen Spießersphantasie englischer Pfaffen oder des deutschen „Marxisten“ Kautsky, *notwendigerweise* nur „Atempausen“ zwischen Kriegen – gleichviel, in welcher Form diese Bündnisse geschlossen werden, ob in der Form einer imperialistischen Koalition gegen eine andere imperialistische Koalition oder in der Form eines allgemeinen Bündnisses *aller* imperialistischen Mächte. Friedliche Bündnisse bereiten Kriege vor und wachsen ihrerseits aus Kriegen hervor, bedingen sich gegenseitig, erzeugen einen Wechsel der Formen friedlichen und nicht friedlichen Kampfes auf *ein und demselben* Boden imperialistischer Zusammenhänge und Wechselbeziehungen der Weltwirtschaft und der Weltpolitik. Der neunmalweise Kautsky aber *trennt*, um die Arbeiter zu beschwichtigen und sie mit den zur Bourgeoisie übergegangenen Sozialchauvinisten auszusöhnen, ein Glied der einheitlichen Kette von dem anderen, trennt das heutige friedliche (und ultraimperialistische, ja sogar ultra-ultraimperialistische) Bündnis *aller* Mächte zur „Befriedung“ Chinas (man denke an die Niederwerfung des Boxeraufstands⁸⁹) von dem morgigen nicht friedlichen Konflikt, der übermorgen wiederum ein „friedliches“ allgemeines Bündnis zur Aufteilung, sagen wir, der Türkei vorbereitet, *u s w. u s f.* Statt des lebendigen Zusammenhangs zwischen den Perioden des imperialistischen Friedens und den Perioden imperialistischer Kriege präsentiert Kautsky den Arbeitern eine tote Abstraktion, um sie mit ihren toten Führern auszusöhnen.

Der Amerikaner Hill unterscheidet in dem Vorwort zu seiner „Geschichte der Diplomatie in der internationalen Entwicklung Europas“ folgende Perioden der neueren Geschichte der Diplomatie: 1. Ära der Revolution; 2. der konstitutionellen Bewegung; 3. Ära des „Handelsimperialismus“* unserer Tage. Ein anderer Autor teilt die Geschichte der „Weltpolitik“ Großbritanniens seit 1870 in 4 Perioden ein, und zwar: 1. die erste asiatische (Kampf gegen Rußlands Vordringen in Zentralasien in Richtung nach Indien); 2. die afrikanische (etwa 1885–1902)

* David Jayne Hill, „A History of Diplomacy in the International Development of Europe“, vol. I, p. X (Geschichte der Diplomatie in der internationalen Entwicklung Europas, Bd. I, S. X. *Die Red.*).

– Kampf gegen Frankreich wegen der Aufteilung Afrikas („Faschoda“ 1898 – um Haaresbreite Krieg mit Frankreich); 3. die zweite asiatische (Vertrag mit Japan gegen Rußland) und 4. die „europäische“ – hauptsächlich gegen Deutschland gerichtet.* „Die politischen Vorpostengefechte werden auf finanziellem Boden geschlagen“, schrieb schon 1905 der „Bankmann“ Riesser und wies darauf hin, wie das französische Finanzkapital durch seine Transaktionen in Italien das politische Bündnis dieser beiden Länder vorbereitet und wie sich der Kampf zwischen England und Deutschland um Persien sowie der Kampf aller europäischen Kapitale um die chinesischen Anleihen usw. entfaltete. Das ist die lebendige Wirklichkeit der „ultraimperialistischen“ friedlichen Bündnisse in ihrem untrennbaren Zusammenhang mit den gewöhnlichen imperialistischen Konflikten.

Kautskys Vertuschung der tiefsten Widersprüche des Imperialismus, woraus unvermeidlich eine Beschönigung des Imperialismus wird, hinterläßt ihre Spuren auch in seiner Kritik der politischen Eigenschaften des Imperialismus. Der Imperialismus ist die Epoche des Finanzkapitals und der Monopole, die überallhin den Drang nach Herrschaft und nicht nach Freiheit tragen. Reaktion auf der ganzen Linie, gleichviel unter welchem politischen System, äußerste Zuspitzung der Gegensätze auch auf diesem Gebiet – das ist das Ergebnis dieser Tendenzen. Insbesondere verschärfen sich auch die nationale Unterdrückung und der Drang nach Annexionen, d. h. nach Verletzung der nationalen Unabhängigkeit (denn Annexion ist ja nichts anderes als Verletzung der Selbstbestimmung der Nationen). Mit Recht hebt Hilferding den Zusammenhang des Imperialismus mit der Verschärfung der nationalen Unterdrückung hervor: „In den neu erschlossenen Ländern selbst aber“, schreibt er, „steigert der importierte Kapitalismus die Gegensätze und erregt den immer wachsenden Widerstand der zu nationalem Bewußtsein erwachenden Völker gegen die Eindringlinge, der sich leicht zu gefährlichen Maßnahmen gegen das Fremdkapital steigern kann. Die alten sozialen Verhältnisse werden völlig revolutioniert, die agrarische, tausendjährige Gebundenheit der ‚geschichtslosen Nationen‘ gesprengt, diese selbst in den kapitalistischen Strudel hineingezogen. Der Kapitalismus selbst gibt den Unterworfenen allmählich die Mittel und Wege zu ihrer Befreiung. Das Ziel, das einst das

* Schilder, a. a. O., S. 178.

höchste der europäischen Nationen war, die Herstellung des nationalen Einheitsstaates als Mittel der ökonomischen und kulturellen Freiheit, wird auch zu dem ihren. Diese Unabhängigkeitsbewegung bedroht das europäische Kapital gerade in seinen wertvollsten und aussichtsreichsten Ausbeutungsgebieten, und immer mehr kann es seine Herrschaft nur durch stete Vermehrung seiner Machtmittel erhalten.“*

Es muß hinzugefügt werden, daß der Imperialismus nicht allein in den neu erschlossenen, sondern auch in den alten Ländern zu Annexionen, zur Verstärkung der nationalen Unterdrückung und folglich auch zur Verschärfung des Widerstands führt. Kautsky wendet sich gegen die Verstärkung der politischen Reaktion durch den Imperialismus, läßt aber die besonders akut gewordene Frage, daß in der Epoche des Imperialismus eine Einheit mit den Opportunisten unmöglich ist, im dunkeln. Er wendet sich gegen Annexionen, kleidet aber seine Einwände in eine Form, die für die Opportunisten am unverfänglichsten und am ehesten annehmbar ist. Obwohl er sich unmittelbar an das deutsche Publikum wendet, vertuscht er dennoch gerade das Wichtigste und Aktuellste, beispielsweise die Tatsache, daß Elsaß-Lothringen eine Annexion Deutschlands darstellt. Zur Kennzeichnung dieser „Gedankenrichtung“ Kautskys sei hier ein Beispiel angeführt. Angenommen, ein Japaner verurteilt die Annexion der Philippinen durch die Amerikaner. Es fragt sich nun: Werden viele daran glauben, daß er dies aus Abscheu vor Annexionen überhaupt tut und nicht etwa von dem Wunsch geleitet, die Philippinen selber zu annektieren? Und wird man nicht zugeben müssen, daß man den „Kampf“ des Japaners gegen Annexionen nur und nur dann für aufrichtig und politisch ehrlich halten kann, wenn er sich gegen die Annexion Koreas durch Japan wendet und für Korea die Freiheit der Lostrennung von Japan fordert?

Sowohl Kautskys theoretische Analyse des Imperialismus wie auch seine ökonomische und politische Kritik des Imperialismus sind völlig von einem mit dem Marxismus absolut nicht zu vereinbarenden Geist der Vertuschung und Verwischung der grundlegenden Gegensätze durchdrungen, von dem Bestreben, die zerfallende Einheit mit dem Opportunismus in der europäischen Arbeiterbewegung um jeden Preis aufrechtzuerhalten.

* „Das Finanzkapital“, S. 487 (a. a. O., S. 480. *Der Übers.*).

X. DER PLATZ DES IMPERIALISMUS IN DER GESCHICHTE

Wir haben gesehen, daß der Imperialismus seinem ökonomischen Wesen nach Monopolkapitalismus ist. Schon dadurch ist der historische Platz des Imperialismus bestimmt, denn das Monopol, das auf dem Boden der freien Konkurrenz und eben aus der freien Konkurrenz erwächst, bedeutet den Übergang von der kapitalistischen zu einer höheren ökonomischen Gesellschaftsformation. Es sind insbesondere vier Hauptarten der Monopole oder Haupterscheinungsformen des Monopolkapitalismus hervorzuheben, die für die in Betracht kommende Epoche charakteristisch sind.

Erstens: Das Monopol ist aus der Konzentration der Produktion auf einer sehr hohen Stufe ihrer Entwicklung erwachsen. Das sind die Monopolverbände der Kapitalisten, die Kartelle, Syndikate und Trusts. Wir sahen, welch gewaltige Rolle sie im heutigen Wirtschaftsleben spielen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts gewannen sie in den fortgeschrittenen Ländern das völlige Übergewicht, und wenn die ersten Schritte auf dem Wege der Kartellierung zuerst von Ländern mit hohen Schutzzöllen (Deutschland, Amerika) getan wurden, so hat England mit seinem Freihandelssystem nur wenig später dieselbe grundlegende Tatsache aufzuweisen: die Entstehung der Monopole aus der Konzentration der Produktion.

Zweitens: Die Monopole haben in verstärktem Maße zur Besitzergreifung der wichtigsten Rohstoffquellen geführt, besonders in der ausschlaggebenden und am meisten kartellierten Industrie der kapitalistischen Gesellschaft: der Kohlen- und Eisenindustrie. Die monopolistische Beherrschung der wichtigsten Rohstoffquellen hat die Macht des Großkapitals ungeheuer gesteigert und den Gegensatz zwischen der kartellierten und nichtkartellierten Industrie verschärft.

Drittens: Das Monopol ist aus den Banken erwachsen. Diese haben sich aus bescheidenen Vermittlungsunternehmungen zu Monopolisten des Finanzkapitals gewandelt. Drei bis fünf Großbanken einer beliebigen der kapitalistisch fortgeschrittensten Nationen haben zwischen Industrie- und Bankkapital eine „Personalunion“ hergestellt und in ihrer Hand die Verfügungsgewalt über Milliarden und aber Milliarden konzentriert, die den

größten Teil der Kapitalien und der Geldeinkünfte des ganzen Landes ausmachen. Eine Finanzoligarchie, die ein dichtes Netz von Abhängigkeitsverhältnissen über ausnahmslos alle ökonomischen und politischen Institutionen der modernen bürgerlichen Gesellschaft spannt – das ist die krasseste Erscheinungsform dieses Monopols.

• Viertens: Das Monopol ist aus der Kolonialpolitik erwachsen. Den zahlreichen „alten“ Motiven der Kolonialpolitik fügte das Finanzkapital noch den Kampf um Rohstoffquellen hinzu, um Kapitalexport, um „Einflußsphären“ – d. h. um Sphären für gewinnbringende Geschäfte, Konzessionen, Monopolprofite usw. – und schließlich um das Wirtschaftsgebiet überhaupt. Als z. B. die europäischen Mächte mit ihren Kolonien erst den zehnten Teil von Afrika besetzt hatten, wie es noch 1876 der Fall war, da konnte sich die Kolonialpolitik auf nichtmonopolistische Weise entfalten, in der Art einer sozusagen „freibeuterischen“ Besetzung des Landes. Als aber neun Zehntel Afrikas bereits besetzt waren (gegen 1900), als die ganze Welt verteilt war, da begann unvermeidlich die Ära des monopolistischen Kolonialbesitzes und folglich auch eines besonders verschärften Kampfes um die Aufteilung und Neuaufteilung der Welt.

• Wie sehr der monopolistische Kapitalismus alle Widersprüche des Kapitalismus verschärft hat, ist allgemein bekannt. Es genügt, auf die Teuerung und auf den Druck der Kartelle hinzuweisen. Diese Verschärfung der Gegensätze ist die mächtigste Triebkraft der geschichtlichen Übergangsperiode, die mit dem endgültigen Sieg des internationalen Finanzkapitals ihren Anfang genommen hat.

Monopole, Oligarchie, das Streben nach Herrschaft statt nach Freiheit, die Ausbeutung einer immer größeren Anzahl kleiner oder schwacher Nationen durch ganz wenige reiche oder mächtige Nationen – all das erzeugte jene Merkmale des Imperialismus, die uns veranlassen, ihn als parasitären oder in Fäulnis begriffenen Kapitalismus zu kennzeichnen. Immer plastischer tritt als eine Tendenz des Imperialismus die Bildung des „Rentnerstaates“, des Wucherstaates hervor, dessen Bourgeoisie in steigendem Maße von Kapitalexport und „Kuponschneiden“ lebt. Es wäre ein Fehler, zu glauben, daß diese Fäulnistendenz ein rasches Wachstum des Kapitalismus ausschließt; durchaus nicht, einzelne Industriezweige, einzelne Schichten der Bourgeoisie und einzelne Länder offenbaren in der Epoche des Imperialismus mehr oder minder stark bald die

eine, bald die andere dieser Tendenzen. Im großen und ganzen wächst der Kapitalismus bedeutend schneller als früher, aber dieses Wachstum wird nicht nur im allgemeinen immer ungleichmäßiger, sondern die Ungleichmäßigkeit äußert sich auch im besonderen in der Fäulnis der kapitalkräftigsten Länder (England).

Über die Schnelligkeit der ökonomischen Entwicklung Deutschlands sagt Riesser, der Verfasser des Werkes über die deutschen Großbanken: „Der nicht gerade langsame Fortschritt der vorigen Epoche (1848–1870) verhält sich zu der Schnelligkeit, mit der Deutschlands Gesamtwirtschaft und mit ihr das deutsche Bankwesen in dieser Periode (1870–1905) vorwärtskam, etwa so, wie das Tempo der Postkutsche des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation zu dem Fluge des heutigen Automobils, dessen . . . Dahinsausen allerdings auch manchmal sowohl den harmlos dahinziehenden Fußgänger wie die Insassen selbst gefährdet.“ Seinerseits hätte dieses ungewöhnlich schnell gewachsene Finanzkapital gerade deshalb, weil es so schnell gewachsen ist, nichts dagegen, zu einem „ruhigeren“ Besitz der Kolonien überzugehen, die den reicheren Nationen, und zwar nicht nur mit friedlichen Mitteln, entrissen werden können. In den Vereinigten Staaten ging die ökonomische Entwicklung in den letzten Jahrzehnten noch rascher vor sich als in Deutschland, und gerade *dank* diesem Umstand kamen die parasitären Züge des jüngsten amerikanischen Kapitalismus besonders kraß zum Vorschein. Andererseits zeigt ein Vergleich, sagen wir, der republikanischen amerikanischen Bourgeoisie mit der monarchistischen japanischen oder deutschen, daß auch der stärkste politische Unterschied in der Epoche des Imperialismus in hohem Grade abgeschwächt wird – nicht etwa, weil er überhaupt unwichtig wäre, sondern weil es sich in allen diesen Fällen um eine Bourgeoisie mit ausgesprochen parasitären Zügen handelt.

Dadurch, daß die Kapitalisten eines Industriezweiges unter vielen anderen oder eines Landes unter vielen anderen usw. hohe Monopolprofite herauschlagen, bekommen sie ökonomisch die Möglichkeit, einzelne Schichten der Arbeiter, vorübergehend sogar eine ziemlich bedeutende Minderheit der Arbeiter zu bestechen und sie auf die Seite der Bourgeoisie des betreffenden Industriezweiges oder der betreffenden Nation gegen alle übrigen hinüberzuziehen. Diese Tendenz wird durch den verschärften Antagonismus zwischen den impe-

rialistischen Nationen wegen der Aufteilung der Welt noch verstärkt. So entsteht der Zusammenhang von Imperialismus und Opportunismus, der sich am frühesten und krassesten in England auswirkte, weil dort gewisse imperialistische Züge der Entwicklung bedeutend früher als in anderen Ländern zutage traten. Manche Schriftsteller, z. B. L. Martow, möchten sich über die Tatsache, daß Imperialismus und Opportunismus in der Arbeiterbewegung zusammenhängen – eine Tatsache, die jetzt ganz besonders in die Augen springt –, gern hinwegsetzen, und zwar mit dem „amtlichen Optimismus“ (im Geiste Kautskys und Huysmans') von Betrachtungen folgender Art: Die Sache der Gegner des Kapitalismus wäre hoffnungslos, wenn gerade der fortgeschrittene Kapitalismus zur Verstärkung des Opportunismus führte oder wenn gerade die bestbezahlten Arbeiter zum Opportunismus neigten u. dgl. m. Man darf sich über die Bedeutung eines solchen „Optimismus“ nicht täuschen: Es ist ein Optimismus hinsichtlich des Opportunismus, es ist ein Optimismus, der der Verhüllung des Opportunismus dient. In Wirklichkeit ist die besonders schnelle und besonders widerwärtige Entwicklung des Opportunismus keineswegs eine Garantie für seinen dauernden Sieg, wie auch die schnelle Entwicklung eines bössartigen Geschwürs an einem gesunden Organismus nur das Aufbrechen des Geschwürs, die Befreiung des Organismus von diesem beschleunigen kann. Am gefährlichsten sind in dieser Hinsicht Leute, die nicht verstehen wollen, daß der Kampf gegen den Imperialismus eine hohle, verlogene Phrase ist, wenn er nicht unlöslich verknüpft ist mit dem Kampf gegen den Opportunismus.

Aus allem, was über das ökonomische Wesen des Imperialismus gesagt wurde, geht hervor, daß er charakterisiert werden muß als Übergangskapitalismus oder, richtiger, als sterbender Kapitalismus. Höchst aufschlußreich ist in dieser Hinsicht, daß die Schlagworte der bürgerlichen Ökonomen, die den jüngsten Kapitalismus beschreiben, „Verflechtung“, „Fehlen der Isoliertheit“ usw. heißen; die Banken seien „Unternehmungen, die nach ihren Aufgaben und nach ihrer Entwicklung nicht einen rein privatwirtschaftlichen Charakter haben und die immer mehr aus der Sphäre der rein privatrechtlichen Regelung herauswachsen“. Und derselbe Riesser, von dem diese Worte stammen, erklärt mit toderner Miene, daß sich die „Voraussage“ der Marxisten über die „Vergesellschaftung“ „nicht verwirklicht“ habe!

Was bedeutet denn dieses Wörtchen „Verflechtung“? Es erfaßt bloß einen einzelnen, wenn auch den auffallendsten Zug des Prozesses, der sich vor unseren Augen abspielt. Es zeigt, daß der Beobachter einzelne Bäume aufzählt, aber den Wald nicht sieht. Es kopiert sklavisch das Äußere, Zufällige, Chaotische. Es verrät uns in dem Beobachter einen Menschen, der von dem unverarbeiteten Material erdrückt wird und sich in dessen Sinn und Bedeutung absolut nicht zurechtfindet. „Zufällig verflechten sich“ Aktienbesitz und Privateigentümerverhältnisse. Aber das, was dieser Verflechtung zugrunde liegt, was ihre Grundlage bildet, sind die sich verändernden gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse. Wenn aus einem Großbetrieb ein Mammutbetrieb wird, der planmäßig, auf Grund genau errechneter Massendaten, die Lieferung des ursprünglichen Rohmaterials im Umfang von zwei Dritteln oder drei Vierteln des gesamten Bedarfs für Dutzende von Millionen der Bevölkerung organisiert; wenn die Beförderung dieses Rohstoffs nach den geeignetsten Produktionsstätten, die mitunter Hunderte und Tausende Meilen voneinander entfernt sind, systematisch organisiert wird; wenn von einer Zentralstelle aus alle aufeinanderfolgenden Stadien der Verarbeitung des Materials bis zur Herstellung der verschiedenartigsten Fertigprodukte geregelt werden; wenn die Verteilung dieser Produkte auf Dutzende und Hunderte von Millionen Konsumenten nach einem einzigen Plan geschieht (Petroleumabsatz in Amerika wie in Deutschland durch den amerikanischen „Petroleumtrust“) – dann wird es offensichtlich, daß wir es mit einer Vergesellschaftung der Produktion zu tun haben und durchaus nicht mit einer bloßen „Verflechtung“; daß privatwirtschaftliche und Privateigentumsverhältnisse eine Hülle darstellen, die dem Inhalt bereits nicht mehr entspricht und die daher unvermeidlich in Fäulnis übergehen muß, wenn ihre Beseitigung künstlich verzögert wird, eine Hülle, die sich zwar verhältnismäßig lange in diesem Fäulniszustand halten kann (wenn schlimmstenfalls die Gesundung von dem opportunistischen Geschwür auf sich warten lassen sollte), die aber dennoch unvermeidlich beseitigt werden wird.

Schulze-Gaevernitz, ein begeisterter Anhänger des deutschen Imperialismus, ruft aus:

„Ist die letzte Leitung der deutschen Bankwelt einem Dutzend von Männern anvertraut, so ist deren Tätigkeit schon heute für das Volkwohl bedeutsamer als die der meisten Staatsminister“ (die „Verflechtung“

der Bankiers, Minister, Industriellen und Rentner vergißt man hier lieber . . .). „Denken wir uns die aufgewiesenen Entwicklungstendenzen bis zum letzten erreicht: das Geldkapital der Nation in den Banken vereinigt, diese selbst kartellmäßig verbunden, das Anlagekapital der Nation in Effektenform gegossen. Dann verwirklicht sich das geniale Wort Saint-Simons: ‚Die heutige Anarchie in der Produktion, die der Tatsache entspringt, daß sich die ökonomischen Beziehungen ohne einheitliche Regelung abwickeln, muß einer Organisation der Produktion weichen. Es werden nicht mehr isolierte Unternehmer sein, die unabhängig voneinander, ohne Kenntnis der ökonomischen Bedürfnisse des Menschen, die Produktionsgestaltung bewirken, sondern diese wird einer sozialen Institution zufallen. Eine zentrale Verwaltungsbehörde, die von erhöhtem Standpunkt aus das weite Gebiet der sozialen Ökonomie zu überblicken vermag, wird diese in einer der Gesamtheit dienlichen Weise regulieren und die Produktionsmittel den geeigneten Händen überweisen, namentlich wird sie für eine ständige Harmonie zwischen Produktion und Konsumtion sorgen. Es gibt Institutionen, die eine gewisse Organisation der wirtschaftlichen Arbeit in ihren Aufgabenkreis einbezogen haben: die Banken.‘ Noch sind wir von der Verwirklichung dieses Wortes entfernt, aber wir befinden uns auf dem Wege zu seiner Verwirklichung – Marxismus anders, und doch nur in der Form anders, als Marx sich ihn dachte!“*

Man muß schon sagen: Eine schöne „Widerlegung“ von Marx, die einen Schritt rückwärts macht von der exakten wissenschaftlichen Analyse Marx’ zur Vorahnung Saint-Simons, die zwar genial, aber doch nur eine Vorahnung war.

* „Grundriß der Sozialökonomik“, 146.

ÜBER DIE JUNIUS-BROSCHÜRE

Endlich ist in Deutschland illegal, ohne Anpassung an die niederträchtige junkerliche Zensur, eine sozialdemokratische Broschüre erschienen, die den Fragen des Krieges gewidmet ist! Der Verfasser, der offenbar dem „linksradikalen“ Flügel der Partei angehört, hat seine Broschüre mit Junius⁸⁹ gezeichnet (was lateinisch „der Jüngere“ heißt) und sie „Die Krise der Sozialdemokratie“ benannt. In einem Anhang sind die „Leitsätze über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie“ abgedruckt, die bereits der Berner ISK (Internationale Sozialistische Kommission) vorgelegt und in Nr. 3 ihres Bulletins veröffentlicht worden sind; sie stammen von der Gruppe „Internationale“, die im Frühjahr 1915 unter diesem Titel eine Nummer einer Zeitschrift (mit Beiträgen von Clara Zetkin, Mehring, Rosa Luxemburg, Thalheimer, Duncker, Ströbel u. a.) herausbrachte und die im Winter 1915/1916 eine Konferenz von Sozialdemokraten aus allen Teilen Deutschlands abhielt⁹⁰, die diesen Leitsätzen zustimmte.

Die Broschüre ist im April 1915 geschrieben, wie der Verfasser in der vom 2. Januar 1916 datierten Einleitung sagt, und „ganz unverändert“ gedruckt worden. Ihr früheres Erscheinen wurde durch „äußere Umstände“ verhindert. Sie befaßt sich nicht sosehr mit der „Krise der Sozialdemokratie“ als mit der Analyse des Krieges, mit der Widerlegung der Legende von seinem freiheitlichen, nationalen Charakter, mit dem Nachweis, daß dies sowohl von seiten Deutschlands als auch von seiten der anderen Großmächte ein imperialistischer Krieg ist, ferner mit revolutionärer Kritik am Verhalten der offiziellen Partei. Die überaus lebendig geschriebene Broschüre von Junius hat zweifellos im Kampf gegen die

auf die Seite der Bourgeoisie und der Junker übergegangene ehemals sozialdemokratische Partei Deutschlands eine große gespielt und wird sie auch weiterhin spielen, und wir begrüßen den Autor von ganzem Herzen.

Dem russischen Leser, der mit der 1914–1916 im Ausland in russischer Sprache erschienenen sozialdemokratischen Literatur bekannt ist, bietet die Junius-Broschüre nichts prinzipiell Neues. Liest man diese Broschüre und stellt den Argumenten des deutschen revolutionären Marxisten das gegenüber, was zum Beispiel im Manifest des Zentralkomitees unserer Partei (September–November 1914)*, in den Berner Resolutionen (März 1915)** und in den zahlreichen Kommentaren zu ihnen niedergelegt worden ist, so kann man sich nur von der großen Unvollständigkeit der Argumente Junius' und von zwei Fehlern, die er begeht, überzeugen. Wenn wir in den nachfolgenden Ausführungen Kritik an den Mängeln und Fehlern von Junius üben, müssen wir ausdrücklich unterstreichen, daß wir dies um der für Marxisten notwendigen Selbstkritik willen und zur allseitigen Überprüfung der Anschauungen tun, die als ideologische Grundlage der III. Internationale dienen sollen. Die Junius-Broschüre ist im großen und ganzen eine ausgezeichnete marxistische Arbeit, und es ist sehr wohl möglich, daß ihre Mängel bis zu einem gewissen Grade zufälligen Charakters sind.

Der Hauptmangel der Junius-Broschüre und im Vergleich zu der legalen (wenn auch sofort nach ihrem Erscheinen verbotenen) Zeitschrift „Die Internationale“ ein direkter Schritt zurück ist das Verschweigen des Zusammenhangs zwischen dem Sozialchauvinismus (der Verfasser gebraucht weder diesen Terminus noch den weniger präzisen Ausdruck Sozialpatriotismus) und dem Opportunismus. Der Verfasser spricht ganz richtig von der „Kapitulation“ und dem Zusammenbruch der deutschen sozialdemokratischen Partei, vom „Verrat“ ihrer „offiziellen Führer“, aber weiter geht er nicht. Indessen hat aber schon „Die Internationale“ eine Kritik des „Zentrums“, d. h. des Kautskyanertums, gegeben und seine Charakterlosigkeit, seine Prostituierung des Marxismus und seine Liebedienerei vor den Opportunisten völlig gerechterweise mit Spott überschüttet. Diese selbe Zeitschrift *begann* die wahre Rolle der Oppor-

* Siehe Werke, Bd. 21, S. 11–21. *Die Red.*

** Ebenda, S. 147–153. *Die Red.*

tunisten zu entlarven, indem sie z. B. die äußerst wichtige Tatsache mitteilte, daß die Opportunisten am 4. August 1914 mit einem Ultimatum, mit dem fertigen Entschluß, in *jedem* Fall für die Kredite zu stimmen, erschienen waren. Sowohl in der Junius-Broschüre als auch in den Leitsätzen ist *weder* vom Opportunismus *noch* vom Kautskyanertum die Rede! Das ist theoretisch unrichtig, denn man kann den „Verrat“ nicht *erklären*, ohne seinen Zusammenhang aufzudecken mit dem Opportunismus als *Richtung*, die schon auf eine lange Geschichte, nämlich die Geschichte der ganzen II. Internationale zurückblickt. Das ist praktisch-politisch falsch, denn man kann die „Krise der Sozialdemokratie“ weder verstehen noch überwinden, ohne die Bedeutung und die Rolle der *zwei Richtungen* – der offen opportunistischen (Legien, David usw.) und der verkappt opportunistischen (Kautsky und Co.) – klargestellt zu haben. Das ist ein Schritt zurück im Vergleich z. B. mit dem historischen Artikel von Otto Rühle im „Vorwärts“ vom 12. Januar 1916, in dem er klar und offen die *Unvermeidlichkeit* einer Spaltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nachweist (die Redaktion des „Vorwärts“ antwortete ihm mit der Wiederholung süßlicher und heuchlerischer kautskyanischer Phrasen, ohne ein einziges sachliches Argument dagegen anführen zu können, daß *bereits* zwei Parteien vorhanden sind, die nicht mehr miteinander versöhnt werden können). Das ist erstaunlich inkonsequent, denn in der 12. These der „Internationale“ ist *direkt* die Rede von der Notwendigkeit einer „neuen“ Internationale angesichts des „Verrats der offiziellen Vertretungen der sozialistischen Parteien der führenden Länder“ und ihrer „Abschwenkung auf den Boden der bürgerlich-imperialistischen Politik“. Es ist klar, daß es einfach lächerlich wäre, von einer Teilnahme der alten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands oder einer Partei, die sich mit Legien, David und Co. abfindet, an der „neuen“ Internationale zu sprechen.

Wie sich dieser Schritt zurück seitens der Gruppe „Internationale“ erklären läßt, wissen wir nicht. Der größte Mangel des gesamten revolutionären Marxismus in Deutschland ist das Fehlen einer festgefügt illegalen Organisation, die systematisch ihre Linie verfolgt und die Massen im Geiste der neuen Aufgaben erzieht: eine solche Organisation müßte sowohl dem Opportunismus als auch dem Kautskyanertum gegenüber eine eindeutige Stellung einnehmen. Das ist um so notwendiger, als

die deutschen revolutionären Sozialdemokraten jetzt die beiden letzten Tageszeitungen verloren haben – die „Bremer Bürger-Zeitung“⁹¹ und den Braunschweiger „Volksfreund“⁹², die beide in die Hände der Kautskyaner übergegangen sind. Nur die Gruppe der „Internationalen Sozialisten Deutschlands“ (ISD) bleibt – klar und deutlich für alle – auf ihrem Posten.

Einige Mitglieder der Gruppe „Internationale“ sind anscheinend wieder in den Sumpf des prinzipienlosen Kautskyanertums hinabgeglitten. Ströbel z. B. ist so weit gegangen, in der „Neuen Zeit“ Bernstein und Kautsky Komplimente zu machen! Und erst dieser Tage, am 15. Juli 1916, hat er in den Zeitungen unter dem Titel „Pazifismus und Sozialdemokratie“ einen Artikel veröffentlicht, in dem er den trivialsten kautskyanischen Pazifismus verteidigt. Was Junius anbetrifft, so wendet er sich in entschiedenster Weise gegen die kautskyanische Projektemachelei hinsichtlich „Abrüstung“, „Abschaffung der Geheimdiplomatie“ usw. Es ist möglich, daß es in der Gruppe „Internationale“ zwei Strömungen gibt: eine revolutionäre und eine schwankende, zum Kautskyanertum neigende.

Von den irrigem Auffassungen Junius' ist die erste in der 5. These der Gruppe „Internationale“ festgelegt: „... In der Ära dieses entfesselten Imperialismus kann es keine nationalen Kriege mehr geben. Die nationalen Interessen dienen nur als Täuschungsmittel, um die arbeitenden Volksmassen ihrem Todfeind, dem Imperialismus, dienstbar zu machen...“ Der Anfang der 5. These, die mit diesem Satz endet, ist der Charakteristik des *jetzigen* Krieges als eines imperialistischen gewidmet. Es ist möglich, daß die Verneinung nationaler Kriege schlechthin entweder ein Versehen oder aber eine zufällige Übertreibung bei der Betonung des völlig richtigen Gedankens ist, daß der *jetzige* Krieg ein imperialistischer und kein nationaler Krieg ist. Da aber auch das Gegenteil der Fall sein kann, da die irriige Verneinung *aller* nationalen Kriege als Reaktion auf die fälschliche Darstellung des *jetzigen* Krieges als eines nationalen Krieges bei verschiedenen Sozialdemokraten festzustellen ist, so müssen wir auf diesen Fehler näher eingehen.

Junius hat vollkommen recht, wenn er den entscheidenden Einfluß des „imperialistischen Milieus“ im *jetzigen* Krieg hervorhebt, wenn er sagt, daß hinter Serbien Rußland, „hinter dem serbischen Nationalismus der

russische Imperialismus steht“ und daß die Teilnahme beispielsweise Hollands am Krieg *ebenfalls* imperialistischen Charakter trüge, da es erstens seine Kolonien verteidigen würde und zweitens der Verbündete einer der *imperialistischen* Koalitionen wäre. Das ist unbestreitbar – in bezug auf den *jetzigen* Krieg. Und wenn Junius hierbei besonders hervorhebt, was für ihn in erster Linie wichtig ist: den Kampf gegen das „Phantom des ‚nationalen Krieges‘, das die sozialdemokratische Politik gegenwärtig beherrscht“ (S. 81), so muß man seine Ausführungen als richtig und durchaus angebracht anerkennen.

Ein Fehler wäre es nur, wollte man diese Wahrheit übertreiben, von der marxistischen Forderung, konkret zu bleiben, abweichen, die Einschätzung des jetzigen Krieges auf alle im Imperialismus möglichen Kriege übertragen und die nationalen Bewegungen *gegen* den Imperialismus vergessen. Das einzige Argument zur Verteidigung der These „nationale Kriege kann es nicht mehr geben“ ist, daß die Welt unter ein kleines Häuflein imperialistischer „Groß“mächte aufgeteilt ist und daß darum ein jeder Krieg, sei er auch ursprünglich ein nationaler Krieg, in einen imperialistischen Krieg *umschlägt*, da er die Interessen einer der imperialistischen Mächte oder Koalitionen berührt (S. 81 bei Junius).

Die Unrichtigkeit dieses Arguments ist augenfällig. Selbstverständlich ist es ein Grundsatz der marxistischen Dialektik, daß alle Grenzen in der Natur und in der Gesellschaft bedingt und beweglich sind, daß es *keine* *einzig*e Erscheinung gibt, die nicht unter gewissen Bedingungen in ihr Gegenteil umschlagen könnte. Ein nationaler Krieg *kann* in einen imperialistischen umschlagen *und umgekehrt*. Ein Beispiel: Die Kriege der Großen Französischen Revolution begannen als nationale Kriege und waren auch solche. Diese Kriege waren revolutionär, sie dienten der Verteidigung der großen Revolution gegen eine Koalition konterrevolutionärer Monarchien. Als aber Napoleon das französische Kaiserreich errichtete und eine ganze Reihe seit langem bestehender, großer, lebensfähiger Nationalstaaten Europas unterjochte, da wurden die nationalen französischen Kriege zu imperialistischen, die nun *ihrerseits* nationale Befreiungskriege *gegen* den Imperialismus Napoleons erzeugten.

Nur ein Sophist könnte den Unterschied zwischen einem imperialistischen und einem nationalen Krieg mit der Begründung verwischen, daß

der eine in den anderen umschlagen *kann*. Die Dialektik hat mehr als einmal – auch in der Geschichte der griechischen Philosophie – als Brücke zur Sophistik gedient. Wir aber bleiben Dialektiker, wir bekämpfen die Sophismen nicht dadurch, daß wir die Möglichkeit jedweden Umschlagens überhaupt leugnen, sondern indem wir das *Gegebene* in seinem Milieu und seiner Entwicklung konkret analysieren.

Daß der gegenwärtige imperialistische Krieg, der Krieg von 1914 bis 1916, in einen nationalen Krieg umschlägt, ist deshalb in hohem Grade unwahrscheinlich, weil die Klasse, in der sich die *Vorwärtsentwicklung* verkörpert, das Proletariat ist, das objektiv danach strebt, diesen Krieg in einen Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie umzuwandeln, ferner aber auch deshalb, weil die Kräfte beider Koalitionen sich nur unerheblich voneinander unterscheiden und das internationale Finanzkapital überall eine reaktionäre Bourgeoisie geschaffen hat. Aber man kann ein solches Umschlagen nicht für *unmöglich* erklären: *wenn* das Proletariat Europas auf 20 Jahre hinaus ohnmächtig bliebe; *wenn* dieser Krieg mit Siegen in der Art der Siege Napoleons und mit der Versklavung einer Reihe lebensfähiger Nationalstaaten *endete*; *wenn* der außereuropäische Imperialismus (der japanische und der amerikanische in erster Linie) sich ebenfalls noch 20 Jahre halten könnte, ohne, z. B. infolge eines japanisch-amerikanischen Krieges, in den Sozialismus überzugehen, dann wäre ein großer nationaler Krieg in Europa möglich. Das wäre eine *Rückentwicklung* Europas um einige Jahrzehnte. Das ist unwahrscheinlich. Es ist aber *nicht* unmöglich, denn zu glauben, die Weltgeschichte ginge glatt und gleichmäßig vorwärts, ohne manchmal Riesensprünge rückwärts zu machen, ist undialektisch, unwissenschaftlich, theoretisch unrichtig.

Weiter. Nationale Kriege der Kolonien und Halbkolonien sind in der Epoche des Imperialismus *nicht nur* wahrscheinlich, sondern *unvermeidlich*. In den Kolonien und Halbkolonien (China, Türkei, Persien) leben annähernd 1000 Millionen Menschen, d. h. *über die Hälfte* der gesamten Bevölkerung der Erde. Nationale Befreiungsbewegungen sind hier entweder schon sehr stark, oder sie wachsen und reifen heran. Jeder Krieg ist eine Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln. Die Fortsetzung der Politik der nationalen Befreiung in den Kolonien werden *zwangsläufig* nationale Kriege der Kolonien *gegen* den Imperialismus sein. Solche Kriege *können* zu einem imperialistischen Krieg der jetzigen

imperialistischen „Groß“mächte führen, können aber auch nicht dazu führen – das hängt von vielen Umständen ab.

Ein Beispiel: England und Frankreich haben im Siebenjährigen Krieg um Kolonien gekämpft, d. h. einen imperialistischen Krieg geführt (der ebenso auf der Basis der Sklaverei und der Basis des primitiven Kapitalismus wie auf der gegenwärtigen Basis des hochentwickelten Kapitalismus möglich ist). Frankreich wird besiegt und verliert einen Teil seiner Kolonien. Einige Jahre später beginnt der nationale Befreiungskrieg der nordamerikanischen Staaten gegen England allein. Frankreich und Spanien, die selbst noch Teile der heutigen Vereinigten Staaten besitzen, schließen aus Feindschaft gegen England, d. h. aus ihren imperialistischen Interessen heraus, einen Freundschaftsvertrag mit den Staaten, die sich gegen England erhoben haben. Französische Truppen schlagen zusammen mit den amerikanischen die Engländer. Wir haben es hier mit einem nationalen Befreiungskrieg zu tun, in dem die imperialistische Rivalität ein hinzugekommenes Element ohne ernste Bedeutung ist – im Gegensatz zu dem, was wir im Kriege 1914–1916 sehen (das nationale Element im Österreichisch-Serbischen Krieg hat keine ernste Bedeutung im Vergleich mit der alles bestimmenden imperialistischen Rivalität). Daraus ist ersichtlich, wie sinnlos es wäre, den Begriff Imperialismus schablonenhaft anzuwenden und aus ihm die „Unmöglichkeit“ nationaler Kriege zu folgern. Ein nationaler Befreiungskrieg beispielsweise eines Bündnisses von Persien, Indien und China gegen diese oder jene imperialistischen Mächte ist durchaus möglich und wahrscheinlich, da er sich aus der nationalen Befreiungsbewegung dieser Länder ergeben würde, wobei das Umschlagen eines solchen Krieges in einen imperialistischen Krieg zwischen den jetzigen imperialistischen Mächten von sehr vielen konkreten Umständen abhinge, für deren Eintreten zu bürgen lächerlich wäre.

Drittens darf man selbst in Europa nationale Kriege in der Epoche des Imperialismus nicht für unmöglich halten. Die „Ära des Imperialismus“ hat den jetzigen Krieg zu einem imperialistischen gemacht, sie wird unweigerlich (solange nicht der Sozialismus kommt) neue imperialistische Kriege erzeugen, sie hat die Politik der jetzigen Großmächte zu einer durch und durch imperialistischen gemacht, aber diese „Ära“ schließt keineswegs nationale Kriege aus, z. B. von seiten der kleinen (nehmen wir an, annektierten oder national unterdrückten) Staaten *gegen* die impe-

rialistischen Mächte, wie sie auch im Osten Europas nationale Bewegungen in großem Maßstab nicht ausschließt. Betreffs Österreichs z. B. hat Junius ein sehr gesundes Urteil, da er nicht nur das „Ökonomische“, sondern auch das eigentümlich Politische in Betracht zieht, die „innere Lebensunfähigkeit Österreichs“ hervorhebt und feststellt, daß „die Habsburgische Monarchie nicht die politische Organisation eines bürgerlichen Staates, sondern bloß ein lockeres Syndikat einiger Cliques gesellschaftlicher Parasiten“ darstellt und daß die „Liquidierung Österreich-Ungarns historisch nur die Fortsetzung des Zerfalls der Türkei und zusammen mit ihm ein Erfordernis des geschichtlichen Entwicklungsprozesses“ ist. Mit einigen Balkanstaaten und mit Rußland steht es nicht besser. Und unter der Voraussetzung einer starken Erschöpfung der „Groß“mächte in diesem Krieg oder unter der Voraussetzung des Sieges der Revolution in Rußland sind nationale Kriege, sogar siegreiche, durchaus möglich. Die Einmischung der imperialistischen Mächte ist in der Praxis *nicht* unter allen Umständen durchführbar, das einerseits. Wenn man andererseits aber so „ins Blaue hinein“ urteilt, der Krieg eines kleinen Staates gegen einen Giganten sei aussichtslos, so ist darauf zu sagen, daß ein aussichtsloser Krieg auch ein Krieg ist; überdies können gewisse Erscheinungen im Innern der „Giganten“, z. B. der Ausbruch einer Revolution, einen „aussichtslosen“ Krieg sehr „aussichtsreich“ machen.

Wir sind nicht nur deshalb so ausführlich auf die Unrichtigkeit der Behauptung, daß es „keine nationalen Kriege mehr geben kann“, eingegangen, weil sie offensichtlich theoretisch falsch ist. Es wäre natürlich sehr traurig, wenn die „Linken“ in einer Zeit, in der die Gründung der III. Internationale nur auf dem Boden des nicht vulgarisierten Marxismus möglich ist, der Theorie des Marxismus gegenüber einen Mangel an Sorgfalt bekunden würden. Aber auch in praktisch-politischer Hinsicht ist dieser Fehler sehr schädlich, denn daraus wird die unsinnige Propaganda für die „Entwaffnung“ abgeleitet, da es angeblich keine anderen Kriege mehr geben könne als reaktionäre; daraus wird die noch unsinnigere und direkt reaktionäre Gleichgültigkeit den nationalen Bewegungen gegenüber abgeleitet. Eine solche Gleichgültigkeit wird zum Chauvinismus, wenn Angehörige der europäischen „großen“ Nationen, d. h. der Nationen, die eine Masse kleiner und kolonialer Völker unterdrücken, mit hochgelahrter Miene erklären: „Nationale Kriege kann es nicht mehr

geben!“ Nationale Kriege *gegen* imperialistische Mächte sind nicht nur möglich und wahrscheinlich, sie sind unvermeidlich, sie sind *fortschrittlich* und *revolutionär*, *obgleich* natürlich zu ihrem *Erfolg* entweder die Vereinigung der Anstrengungen einer ungeheuren Zahl von Bewohnern unterdrückter Länder (Hunderte Millionen in dem von uns angeführten Beispiel Indiens und Chinas) erforderlich ist oder eine *besonders* günstige Konstellation der internationalen Lage (z. B. die Lähmung einer Einmischung imperialistischer Mächte infolge ihrer Schwächung, ihres Krieges, ihres Antagonismus u. dgl. m.) oder der *gleichzeitige* Aufstand des Proletariats einer der Großmächte gegen die Bourgeoisie (dieser in unserer Aufzählung letzte Fall ist der erste vom Standpunkt des Wünschenswerten und für den Sieg des Proletariats Vorteilhaften).

Es muß jedoch bemerkt werden, daß es ungerecht wäre, Junius der Gleichgültigkeit den nationalen Bewegungen gegenüber zu bezichtigen. Hebt er doch wenigstens unter den Sünden der sozialdemokratischen Fraktion ihr Schweigen anläßlich der Hinrichtung eines Führers der Eingeborenen in Kamerun wegen „Hochverrats“ hervor (offenbar wegen eines versuchten Aufstands aus Anlaß des Krieges) und betont an anderer Stelle speziell (für die Herren Legien, Lensch und ähnliche als „Sozialdemokraten“ geltende Lumpen), daß Kolonialvölker auch Völker sind. Er erklärt mit voller Bestimmtheit: „Der Sozialismus gesteht jedem Volke das Recht auf Unabhängigkeit und Freiheit, auf selbständige Verfügung über die eigenen Geschicke zu“. „Der internationale Sozialismus erkennt das Recht freier, unabhängiger, gleichberechtigter Nationen, aber nur er kann solche Nationen schaffen, erst er kann das Selbstbestimmungsrecht der Völker verwirklichen. Auch diese Losung des Sozialismus“, bemerkt der Autor mit Recht, „ist, wie alle anderen, nicht eine Heiligsprechung des Bestehenden, sondern ein Wegweiser und Ansporn für die revolutionäre, umgestaltende, aktive Politik des Proletariats.“ (S. 77 und 78.) Es würden also diejenigen gewaltig irren, die glauben, alle linken deutschen Sozialdemokraten seien in jene Engstirnigkeit und jene Karikatur auf den Marxismus verfallen, zu der verschiedene holländische und polnische Sozialdemokraten gelangt sind, die das Selbstbestimmungsrecht der Nationen sogar im Sozialismus verneinen. Übrigens, über die *speziellen* holländischen und polnischen Quellen *dieses* Irrtums ist an anderer Stelle die Rede.

Ein anderer irriger Gedankengang von Junius hängt mit der Frage der Vaterlandsverteidigung zusammen. Das ist die politische Kardinalfrage während des imperialistischen Krieges. Und Junius hat uns in der Überzeugung bestärkt, daß unsere Partei diese Frage auf die einzig richtige Art gestellt hat: das Proletariat ist gegen die Vaterlandsverteidigung in diesem imperialistischen Krieg, und zwar *in Anbetracht* seines räuberischen, sklavenhalterischen, reaktionären Charakters, *in Anbetracht* der Möglichkeit und Notwendigkeit, ihm den Bürgerkrieg für den Sozialismus entgegenzustellen (und seine Umwandlung in diesen Bürgerkrieg anzustreben). Junius hat einerseits den imperialistischen Charakter des jetzigen Krieges, zum Unterschied von einem nationalen Krieg, vortrefflich aufgedeckt, ist aber andererseits in einen äußerst seltsamen Fehler verfallen, indem er sich bemüht hat, für den *gegenwärtigen, nicht* nationalen Krieg ein nationales Programm an den Haaren herbeizuziehen! Das klingt fast unglaublich, ist aber Tatsache.

Die offiziellen Sozialdemokraten Legienscher wie Kautskyscher Schattierung wiederholten aus Liebedienerei vor der Bourgeoisie, die am meisten über die ausländische „Invasion“ zeterte, um die Volksmassen über den imperialistischen Charakter des Krieges zu täuschen, mit besonderem Eifer dies Argument von der „Invasion“. Kautsky, der jetzt naiven und leichtgläubigen Leuten versichert (unter anderem auch durch den russischen OK-Mann Spectator), daß er Ende 1914 zur Opposition übergegangen sei, beruft sich nach wie vor auf dieses „Argument“! Zur Widerlegung dieses Arguments führt Junius äußerst lehrreiche historische Beispiele an, um zu beweisen, daß „Invasion und Klassenkampf in der bürgerlichen Geschichte nicht Gegensätze sind, wie es in der offiziellen Legende heißt, sondern eins ist Mittel und Äußerung des anderen“. Beispiele: die Bourbonen in Frankreich riefen die ausländische Invasion gegen die Jakobiner, die Bourgeois im Jahre 1871 – gegen die Kommune. Marx schrieb im „Bürgerkrieg in Frankreich“:

„Der höchste heroische Aufschwung, dessen die alte Gesellschaft noch fähig war, ist der Nationalkrieg, und dieser erweist sich jetzt als reiner Regierungsschwindel, der keinen andern Zweck mehr hat, als den Klassenkampf hinauszuschieben, und der beiseite fliegt, sobald der Klassenkampf im Bürgerkrieg auflodert.“⁹³

„Aber das klassische Beispiel aller Zeiten ist die große französische

Revolution“, schreibt Junius mit Bezug auf das Jahr 1793. Und aus alledem wird die Schlußfolgerung gezogen: „Wie Jahrhunderte bezeugen, ist also nicht der Belagerungszustand, sondern der rücksichtslose Klassenkampf, der das Selbstgefühl, den Opfermut und die sittliche Kraft der Volksmassen wachrüttelt, der beste Schutz und die beste Wehr des Landes gegen äußere Feinde.“

Die praktische Schlußfolgerung, die Junius zieht, lautet: „Ja, die Sozialdemokraten sind verpflichtet, ihr Land in einer großen historischen Krise zu verteidigen. Und darin gerade liegt eine schwere Schuld der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, daß sie in ihrer Erklärung vom 4. August 1914 feierlich verkündete: ‚Wir lassen das Vaterland in der Stunde der Gefahr nicht im Stich‘, ihre Worte aber im gleichen Augenblick verleugnete. Sie *hat* das Vaterland in der Stunde der größten Gefahr im Stiche gelassen. Denn die erste Pflicht gegenüber dem Vaterland in jener Stunde war: ihm den wahren Hintergrund dieses imperialistischen Krieges zu zeigen, das Gewebe von patriotischen und diplomatischen Lügen zu zerreißen, womit dieser Anschlag auf das Vaterland umwoben war; laut und vernehmlich auszusprechen, daß für das deutsche Volk in diesem Krieg Sieg wie Niederlage gleich verhängnisvoll sind; sich der Knebelung des Vaterlandes durch den Belagerungszustand bis zum äußersten zu widersetzen; die Notwendigkeit der sofortigen Volksbewaffnung und der Entscheidung des Volkes über Krieg und Frieden zu proklamieren; die permanente Tagung der Volksvertretung für die Dauer des Krieges mit allem Nachdruck zu fordern, um die wachsame Kontrolle der Regierung durch die Volksvertretung und der Volksvertretung durch das Volk zu sichern; die sofortige Abschaffung aller politischen Entrechtungen zu verlangen, da nur ein freies Volk sein Land wirksam verteidigen kann; endlich dem imperialistischen, auf die Erhaltung Österreichs und der Türkei, d. h. der Reaktion in Europa und in Deutschland gerichteten Programm des Krieges das alte wahrhaft nationale Programm der Patrioten und Demokraten von 1848, das Programm von Marx, Engels und Lassalle: die Losung der einigen großen deutschen Republik entgegenzustellen. Das war die Fahne, die dem Lande vorangetragen werden mußte, die wahrhaft national, wahrhaft freiheitlich gewesen wäre und in Übereinstimmung mit den besten Traditionen Deutschlands wie mit der internationalen Klassenpolitik des Proletariats . . . So ist das schwere Dilemma

zwischen Vaterlandsinteressen und internationaler Solidarität des Proletariats, der tragische Konflikt, der unsere Parlamentarier nur ‚mit schwerem Herzen‘ auf die Seite des imperialistischen Krieges fallen ließ, reine Einbildung, bürgerlich-nationalistische Fiktion. Zwischen den Landesinteressen und dem Klasseninteresse der proletarischen Internationale besteht vielmehr im Krieg wie im Frieden vollkommene Harmonie: beide erfordern die energischste Entfaltung des Klassenkampfes und die nachdrücklichste Vertretung des sozialdemokratischen Programms.“

So argumentiert Junius. Das Irrige seiner Ausführungen springt in die Augen, und wenn unsere offenen und verkappten Lakaien des Zarismus, die Herren Plechanow und Tschchenkeli, und vielleicht sogar die Herren Martow und Tschcheidse voller Schadenfreude nach den Worten von Junius greifen werden, nicht auf die theoretische Wahrheit bedacht, sondern nur darauf, sich herauszuwinden, die Spuren zu verwischen, den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen, so müssen wir uns ausführlicher mit dem *theoretischen* Ursprung der Fehler von Junius befassen.

Er schlägt vor, dem imperialistischen Krieg ein nationales Programm „entgegenzustellen“. Der fortschrittlichen Klasse schlägt er vor, sich der Vergangenheit und nicht der Zukunft zuzuwenden! 1793 und 1848 stand *objektiv* sowohl in Frankreich als auch in Deutschland und in ganz Europa die *bürgerlich-demokratische* Revolution auf der Tagesordnung. Dieser *objektiven* historischen Lage der Dinge entsprach das „wahrhaft-nationale“, d. h. *national-bürgerliche* Programm der damaligen Demokratie, das im Jahre 1793 von den revolutionärsten Elementen der Bourgeoisie und der Plebejer verwirklicht und im Jahre 1848 von Marx im Namen der gesamten fortschrittlichen Demokratie verkündet wurde. Den feudaldynastischen Kriegen wurden damals *objektiv* revolutionär-demokratische Kriege, nationale Befreiungskriege entgegengestellt. Das war der Inhalt der historischen Aufgaben der Epoche.

Jetzt ist für die führenden, größten Staaten Europas die *objektive* Lage eine andere. Die Vorwärtsentwicklung – wenn man von möglichen, vorübergehenden Rückschlägen absieht – ist zu verwirklichen nur in der Richtung der *sozialistischen* Gesellschaft, der *sozialistischen Revolution*. Dem imperialistisch-bürgerlichen Krieg, dem Krieg des hochentwickelten Kapitalismus, kann vom Standpunkt der Vorwärtsentwicklung, vom Standpunkt der fortgeschrittenen Klasse *objektiv* nur ein Krieg *gegen* die

Bourgeoisie entgegengestellt werden, d. h. zunächst der Bürgerkrieg des Proletariats gegen die Bourgeoisie um die Macht, der Krieg, *ohne* den es eine ernste Vorwärtsbewegung *nicht geben kann*, und sodann – nur unter bestimmten, besonderen Bedingungen – ein möglicher Krieg zur Verteidigung des sozialistischen Staates gegen die bürgerlichen Staaten. Aus diesem Grunde blieben jene Bolschewiki (zum Glück nur vereinzelte, und sie wurden von uns sofort an die „Prisyw“-Leute abgegeben), die bereit waren, sich auf den Standpunkt der bedingten Verteidigung, der Verteidigung des Vaterlandes unter der Bedingung der siegreichen Revolution und des Sieges der Republik in Rußland zu stellen, zwar dem *Buchstaben* des Bolschewismus treu, *verrieten* aber seinen *Geist*; denn das in einen imperialistischen Krieg der führenden europäischen Mächte verwickelte Rußland würde auch als Republik *ebenfalls* einen imperialistischen Krieg führen!

Wenn Junius sagt, der Klassenkampf sei das beste Mittel gegen eine Invasion, so wendet er die Marxsche Dialektik nur halb an, er macht einen Schritt auf dem richtigen Weg, weicht aber gleich darauf von ihm ab. Die Marxsche Dialektik erfordert eine konkrete Analyse der jeweiligen historischen Situation. Daß der Klassenkampf das beste Mittel gegen eine Invasion ist – das ist richtig *sowohl* in bezug auf die Bourgeoisie, die den Feudalismus stürzt, *als auch* in bezug auf das Proletariat, das die Bourgeoisie stürzt. Eben weil das richtig ist in bezug auf *jede* Klassenunterdrückung, ist es *zu allgemein* und darum für den gegebenen *besonderen* Fall *unzureichend*. Der Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie ist *auch* eine der Arten des Klassenkampfes, und nur diese Art des Klassenkampfes würde Europa (ganz Europa und nicht nur ein Land) von der Gefahr einer Invasion befreien. Die „großdeutsche Republik“ hätte, wenn sie in den Jahren 1914–1916 existiert hätte, einen *ebensolchen* imperialistischen Krieg geführt.

Junius kommt ganz dicht an die richtige Antwort auf diese Frage und an die richtige Lösung heran: Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie für den Sozialismus, kehrt aber, gleichsam als scheue er sich, die Wahrheit bis zu Ende auszusprechen, *wieder zurück* zur Phantasie von einem „nationalen Kriege“ in den Jahren 1914, 1915 und 1916. Betrachtet man die Frage nicht von der theoretischen, sondern von der rein praktischen Seite, so wird Junius' Fehler nicht weniger klar. Die ganze bürgerliche Gesell-

schaft, alle Klassen Deutschlands, die Bauernschaft inbegriffen, waren für den Krieg (in Rußland aller Wahrscheinlichkeit nach *auch* – zumindest stand die Mehrzahl der wohlhabenden und mittleren Bauern und ein sehr beträchtlicher Teil der armen Bauern offensichtlich im Banne des bürgerlichen Imperialismus). Die Bourgeoisie war bis an die Zähne bewaffnet. In einer solchen Situation ein Programm der Republik, des Parlaments in Permanenz, der Wahl der Offiziere durch das Volk („Volksbewaffnung“) usw. zu „proklamieren“, hätte *in der Praxis* bedeutet – die *Revolution* (mit einem *falschen* revolutionären Programm!) zu „proklamieren“.

An derselben Stelle sagt Junius durchaus mit Recht, daß man eine Revolution nicht „machen“ könne. Die Revolution stand in den Jahren 1914 bis 1916 auf der Tagesordnung, im Schoße des Krieges verborgen, aus dem Kriege *hervorgehend*. Das hätte man im Namen der revolutionären Klasse „proklamieren“ müssen, man hätte konsequent, furchtlos *ihr* Programm darlegen müssen: den Sozialismus, der in der Epoche des Krieges ohne Bürgerkrieg gegen die erzreaktionäre, verbrecherische, das Volk zu unsagbaren Leiden verurteilende Bourgeoisie unmöglich zu erreichen ist. Man hätte über die systematischen, konsequenten, praktischen, bei *jedem beliebigen* Entwicklungstempo der revolutionären Krise *unbedingt durchführbaren* Aktionen, die in der Richtung der heranreifenden Revolution liegen, nachdenken sollen. Diese Aktionen sind in der Resolution unserer Partei angeführt worden: 1. Ablehnung der Kredite; 2. Bruch des „Burgfriedens“; 3. Bildung einer illegalen Organisation; 4. Verbrüderung der Soldaten; 5. Unterstützung aller revolutionären Massenaktionen.* Der Erfolg *aller* dieser Schritte führt *unausbleiblich* zum Bürgerkrieg.

Die Proklamierung eines großen historischen Programms wäre zweifellos von ungeheurer Bedeutung, aber nicht eines alten und für die Jahre 1914–1916 schon veralteten national-deutschen, sondern eines proletarisch-internationalen und sozialistischen Programms. Ihr Bourgeois führt Krieg um des Raubes willen; wir Arbeiter *aller* kriegführenden Länder erklären euch den Krieg, den Krieg für den Sozialismus – das ist der Inhalt der Rede, mit der am 4. August 1914 die Sozialisten in den Parlamenten hätten auftreten sollen, die nicht, wie die Legien, David, Kautsky, Plechanow, Guesde, Sembat u. a., das Proletariat verraten haben.

* Siehe Werke, Bd. 21, S. 150. *Die Red.*

Augenscheinlich konnten irrige Erwägungen zweierlei Art den Fehler von Junius verursachen. Zweifellos ist Junius entschieden gegen den imperialistischen Krieg und entschieden *für* die revolutionäre Taktik: diese *Tatsache* wird keine Schadenfreude der Herren Plechanow über die „Vaterlandsverteidigung“ von Junius aus der Welt schaffen. Auf mögliche und wahrscheinliche Verleumdungen dieser Art muß sofort und klar geantwortet werden.

Junius hat sich aber erstens nicht völlig frei gemacht von dem „Milieu“ der deutschen, selbst der linken Sozialdemokraten, die eine Spaltung fürchten und Angst haben, die revolutionären Losungen bis zu Ende auszusprechen.* Das ist eine falsche Furcht, und die linken Sozialdemokraten Deutschlands müssen und werden sich von ihr *frei machen*. Die Entwicklung ihres Kampfes gegen die Sozialchauvinisten wird dazu *führen*. Und den Kampf gegen die *eigenen* Sozialchauvinisten führen sie entschieden, energisch, *aufrichtig*, das ist der gewaltige, prinzipielle, kardinale Unterschied zwischen ihnen und den Herren Martow und Tschcheidse, die mit der einen Hand (à la Skobelew) das Banner entfalten mit dem Gruß: „An die Liebknechts aller Länder“ und mit der anderen die Tschchenkeli und Potressow zärtlich umarmen!

Zweitens wollte Junius offenbar etwas in der Art der menschewistischen „Stadientheorie“ traurigen Angedenkens zustande bringen; er wollte die Durchführung des revolutionären Programms an dem „bequemsten“, „populärsten“, für das *Kleinbürgertum* annehmbarsten Ende *beginnen*. Eine Art Plan, „die Geschichte zu überlisten“, die Philister zu

* Denselben Fehler begeht Junius in seinen Ausführungen über das Thema, was besser sei: Sieg oder Niederlage? Er zieht die Schlußfolgerung, daß beides gleich schlecht sei (Ruin, vermehrte Rüstungen usw.). Das ist nicht der Standpunkt des revolutionären Proletariats, sondern eines pazifistischen Kleinbürgers. Wenn man von der „revolutionären Intervention“ des Proletariats spricht – davon aber sprechen, leider zu allgemein, Junius und die Leitsätze der Gruppe „Internationale“ –, so muß die Frage *unbedingt* von einem *anderen* Standpunkt aus gestellt werden: 1. Ist eine „revolutionäre Intervention“ ohne die Gefahr einer Niederlage möglich? 2. Ist es möglich, die Bourgeoisie und die Regierung des *eigenen* Landes zu geißeln, ohne dieselbe Gefahr heraufzubeschwören? 3. Haben wir nicht immer gesagt, und lehrt die historische Erfahrung der reaktionären Kriege nicht, daß Niederlagen das Werk der revolutionären Klasse erleichtern?

überlisten. Gegen die *beste* Verteidigung des wahren Vaterlandes könne doch niemand sein: das wahre Vaterland aber ist die großdeutsche Republik, die beste Verteidigung *ist* die Miliz, das Parlament in Permanenz usw. Einmal angenommen, würde ein solches Programm ganz von selbst zum nächsten Stadium führen: zur sozialistischen Revolution.

Wahrscheinlich haben solche Erwägungen bewußt oder unbewußt Junius' Taktik bestimmt. Unnötig zu sagen, daß sie irrig sind. In der Junius-Broschüre spürt man den *allein Dastehenden*, der keine Genossen in einer illegalen Organisation hat, die gewohnt wäre, revolutionäre Losungen bis zu Ende zu durchdenken und die Masse systematisch in deren Geiste zu erziehen. Aber dieser Mangel – das zu vergessen, wäre grundfalsch – ist nicht ein persönlicher Mangel von Junius, sondern das Resultat der Schwäche *aller* deutschen Linken, die von allen Seiten von dem niederträchtigen Netz der kautskyanischen Heuchelei, der Pedanterie, des „Wohlwollens“ den Opportunisten gegenüber umgarnt sind. Die Anhänger von Junius haben es, *obgleich* sie allein dastanden, fertiggebracht, die Herausgabe illegaler Flugblätter und den Kampf gegen das Kautskyanertum *aufzunehmen*. Sie werden es verstehen, auch weiter auf dem richtigen Wege vorwärtszuschreiten.

Geschrieben im Juli 1916.

*Veröffentlicht im Oktober 1916 im
„Sbornik Sozial-Demokrata“ Nr. 1.*

Unterschrift: N. L e n i n.

*Nach dem Text des „Sbornik
Sozial-Demokrata“.*

DIE ERGEBNISSE DER DISKUSSION ÜBER DIE SELBSTBESTIMMUNG

In Nummer 2 der marxistischen Zeitschrift der Zimmerwalder Linken „Vorbote“ (April 1916) sind Thesen für und gegen das Selbstbestimmungsrecht der Nationen veröffentlicht, von denen die einen von der Redaktion unseres Zentralorgans, des „Sozial-Demokrat“, die anderen von der Redaktion des Organs der polnischen sozialdemokratischen Opposition, der „Gazeta Robotnicza“, unterzeichnet sind. Der Leser wird oben den Abdruck der ersten* und die Übersetzung der zweiten Thesen⁹⁴ finden. In der internationalen Arena wird diese Frage wohl zum erstenmal so breit aufgerollt: In der Diskussion, die in der deutschen marxistischen Zeitschrift „Die Neue Zeit“ vor zwanzig Jahren, 1895/1896, vor dem Londoner Internationalen Sozialistenkongreß von 1896, von Rosa Luxemburg, K. Kautsky und den polnischen „Niepodległościowcy“ (Anhänger der Unabhängigkeit Polens, PPS) geführt wurde, die drei verschiedene Auffassungen vertraten, hatte es sich nur um Polen gehandelt.⁹⁵ Soweit uns bekannt ist, die Frage des Selbstbestimmungsrechts bisher nur von den Holländern und den Polen einigermaßen systematisch erörtert worden. Wir wollen hoffen, daß es dem „Vorboten“ gelingen wird, die Erörterung dieser jetzt so aktuellen Frage bei den Engländern, Amerikanern, Franzosen, Deutschen und Italienern vorwärtszubringen. Der offizielle Sozialismus, vertreten sowohl von den direkten Anhängern der „eigenen“ Regierung, den Plechanow, David und Co., wie auch von den verkappten Verteidigern des Opportunismus, den Kautskyanern (einschließlich Axelrod, Martow, Tschcheidse u. a.), hat in dieser Frage so viel zusammengelogen, daß auf sehr lange Zeit hinaus ein Zustand un-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 144–159. *Die Red.*

vermeidlich sein wird, wo man einerseits krampfhaft versucht, sich auszuschweigen und herauszuwinden, und andererseits die Arbeiter „klare Antworten“ auf die „verdammten Fragen“ verlangen. Über den Gang des Meinungskampfes unter den ausländischen Sozialisten werden wir unsere Leser auf dem laufenden zu halten trachten.

Für uns russische Sozialdemokraten ist diese Frage von ganz besonderer Wichtigkeit; diese Diskussion ist eine Fortsetzung der Diskussionen von 1903 und 1913⁹⁶; die Frage hat während des Krieges unter den Mitgliedern unserer Partei gewisse Schwankungen hervorgerufen; sie steht verschärft infolge der hinterlistigen Versuche so hervorragender Führer der Gwosdewschen oder chauvinistischen Arbeiterpartei wie Martow und Tschcheidse, den Kern der Sache zu umgehen. Deshalb ist es notwendig, wenigstens die ersten Ergebnisse dieser in der internationalen Arena begonnenen Diskussion zusammenzufassen.

Wie aus den Thesen ersichtlich ist, geben uns unsere polnischen Genossen auf einige unserer Argumente, z. B. über Marxismus und Proudhonismus, eine direkte Antwort. Aber meistens antworten sie uns nicht direkt, sondern indirekt, indem sie ihre *eigenen* Behauptungen entgegenstellen. Prüfen wir ihre direkten und indirekten Antworten.

1. SOZIALISMUS UND SELBSTBESTIMMUNG DER NATIONEN

Wir haben behauptet, daß es Verrat am Sozialismus wäre, auf die Verwirklichung der Selbstbestimmung der Nationen im Sozialismus zu verzichten. Man antwortet uns: „Das Selbstbestimmungsrecht ist auf die sozialistische Gesellschaft unanwendbar“. Das ist eine grundlegende Meinungsverschiedenheit. Wo ist ihr Ursprung zu suchen?

„Wir wissen“, wenden unsere Opponenten ein, „daß der Sozialismus jede nationale Unterdrückung aufheben wird, weil er die Klasseninteressen aufhebt, die zu ihr treiben.“ Wozu diese Betrachtung über die *ökonomischen* Voraussetzungen für die Beseitigung der nationalen Unterdrückung, die längst bekannt und unbestritten sind, wo doch der Streit um *eine* der Formen der *politischen* Unterjochung geht, und zwar: um das gewaltsame Festhalten einer Nation innerhalb der Staatsgrenzen

einer anderen Nation? Das ist doch weiter nichts als ein Versuch, den politischen Fragen aus dem Wege zu gehen! Und die weiteren Ausführungen bestärken uns noch mehr in diesem Urteil: „Wir haben auch keinen Grund anzunehmen, daß der Nation in der sozialistischen Gesellschaft der Charakter einer wirtschaftlich-politischen Einheit zukommen wird. Nach aller Voraussicht wird sie nur den Charakter einer Kultur- und Spracheinheit haben, da die territoriale Einteilung des sozialistischen Kulturkreises, insoweit eine solche bestehen wird, nur nach den Bedürfnissen der Produktion erfolgen kann, wobei über diese Einteilung dann natürlich nicht einzelne Nationen abgesondert, aus eigener Machtvollkommenheit, zu entscheiden (wie es das ‚Selbstbestimmungsrecht‘ fordert), sondern alle interessierten Bürger *mitzubestimmen* hätten.“

Dieses letzte Argument, *Mitbestimmung* anstatt *Selbstbestimmung*, gefällt den polnischen Genossen so gut, daß sie es in ihren Thesen *drei-mal* wiederholen! Aber die häufige Wiederholung verwandelt dieses oktobristische und reaktionäre Argument nicht in ein sozialdemokratisches. Denn alle Reaktionäre und Bourgeois räumen den Nationen, die gewaltsam innerhalb der Grenzen des betreffenden Staates festgehalten werden, das Recht ein, über sein Geschick im gemeinsamen Parlament „mitzubestimmen“. Auch Wilhelm II. räumt den Belgiern das Recht ein, im gemeinsamen deutschen Parlament über das Schicksal des deutschen Reiches „mitzubestimmen“.

Gerade das, was strittig ist – nämlich das, was ausschließlich zur Diskussion steht, das Recht der Lostrennung –, bemühen sich unsere Opponenten zu umgehen. Es wäre wirklich lächerlich, wenn es nicht gar so traurig wäre!

Gleich in unserer ersten These heißt es, daß die Befreiung der unterdrückten Nationen eine zweifache Umgestaltung auf politischem Gebiet voraussetzt: 1. die vollständige Gleichberechtigung der Nationen. Darüber gibt es keinen Streit, und es bezieht sich nur auf das, was innerhalb eines Staates vorgeht; 2. die Freiheit der politischen Abtrennung*. Das bezieht sich auf die Festlegung der staatlichen Grenzen. *Nur* das ist strittig. Und gerade darüber schweigen unsere Opponenten. Sie wollen weder an die Staatsgrenzen noch an den Staat überhaupt denken. Das ist eine Art „imperialistischer Ökonomismus“, ähnlich dem alten „Ökonomis-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 144. *Die Red.*

mus“ von 1894 bis 1902, der folgendermaßen argumentierte: Der Kapitalismus hat gesiegt, *darum* sind politische Fragen sinnlos. Der Imperialismus hat gesiegt, *darum* sind politische Fragen sinnlos! Eine solche apolitische Theorie ist dem Marxismus von Grund aus feind.

Marx schrieb in der Kritik des Gothaer Programms: „Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts andres sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“⁹⁷ Bisher galt das für die Sozialisten als unbestrittene Wahrheit, und in ihr liegt die Anerkennung des Staates, solange der siegreiche Sozialismus nicht in den vollständigen Kommunismus hinübergewachsen ist. Bekannt ist der Ausspruch von Engels über das *Absterben* des Staates. Wir haben absichtlich gleich in der ersten These hervorgehoben, daß die Demokratie eine Staatsform ist, die auch absterben wird, wenn der Staat abstirbt. Und solange unsere Opponenten den Marxismus nicht durch einen neuen, „astaatlichen“ Gesichtspunkt ersetzt haben, ist ihre Argumentation von Anfang bis Ende falsch.

Anstatt vom Staat (und *folglich* auch von der Bestimmung seiner *Grenzen!*) zu sprechen, reden sie von einem „sozialistischen Kulturkreis“, d. h. wählen absichtlich einen Ausdruck, der insofern unbestimmt ist, als alle Fragen des Staates verwischt werden! Es kommt zu einer lächerlichen Tautologie: wenn es keinen Staat gibt, gibt es natürlich auch keine Frage seiner Grenzen. Dann ist auch das *ganze* demokratisch-politische Programm überflüssig. Eine Republik wird es gleichfalls nicht geben, wenn der Staat „abstirbt“.

Der deutsche Chauvinist Lensch hat in seinen Artikeln, die wir in These 5 (Fußnote)* erwähnen, ein interessantes Zitat aus der Schrift Engels' „Po und Rhein“ angeführt. Engels sagt dort unter anderem, daß die Grenzen der „großen und lebensfähigen europäischen Nationen“ im Verlauf der geschichtlichen Entwicklung, die eine ganze Reihe kleiner und lebensunfähiger Nationen aufgesogen hat, immer mehr und mehr durch „Sprache und Sympathien“ der Bevölkerung bestimmt wurden. Diese Grenzen nennt Engels „natürliche“⁹⁸. So war die Lage der Dinge in der Epoche des fortschrittlichen Kapitalismus, im Europa etwa der Jahre

* Siehe den vorliegenden Band, S. 152. *Die Red.*

1848–1871. Jetzt *durchbricht* der reaktionäre, imperialistische Kapitalismus immer öfter diese demokratisch bestimmten Grenzen. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß der Imperialismus dem ihn ablösenden Sozialismus *weniger* demokratische Grenzen, eine Reihe von Annexionen in Europa und in anderen Erdteilen als Erbe hinterlassen wird. Wird nun der siegreiche Sozialismus, der auf der ganzen Linie die vollkommene Demokratie wiederherstellen und zu Ende führen wird, auf die *demokratische* Bestimmung der Staatsgrenzen verzichten? Wird er mit den „Sympathien“ der Bevölkerung nicht rechnen wollen? Es genügt, diese Fragen zu stellen, um klar zu sehen, wie unsere polnischen Kollegen vom Marxismus weg dem „imperialistischen Ökonomismus“ zutreiben.

Die alten „Ökonomen“, die den Marxismus in eine Karikatur verwandelten, lehrten die Arbeiter, daß für die Marxisten „nur“ das „Ökonomische“ von Wichtigkeit sei. Die neuen „Ökonomen“ meinen einmal, daß der demokratische Staat des siegreichen Sozialismus ohne Grenzen existieren werde (in der Art eines „Empfindungskomplexes“ ohne Materie), und einmal, daß die Grenzen „nur“ den Bedürfnissen der Produktion entsprechend bestimmt werden. In Wirklichkeit werden diese Grenzen demokratisch festgesetzt werden, d. h. entsprechend dem Willen und den „Sympathien“ der Bevölkerung. Der Kapitalismus tut diesen Sympathien Gewalt an und vermehrt dadurch die Schwierigkeiten bei der Annäherung der Nationen. Der Sozialismus, der die Produktion *ohne* Klassenunterdrückung organisiert und den Wohlstand *aller* Staatsangehörigen sichert, gewährt dadurch den „Sympathien“ der Bevölkerung *freien Spielraum* und erleichtert und beschleunigt gerade kraft dessen gewaltig die Annäherung und Verschmelzung der Nationen.

Damit der Leser sich von dem schweren und plumpen „Ökonomismus“ etwas erholen kann, wollen wir die Ausführungen eines sozialistischen Schriftstellers anführen, der unserem Streit fernsteht. Dieser Schriftsteller ist Otto Bauer, der zwar auch sein „Steckenpferd“ hat, die „national-kulturelle Autonomie“, der aber in einer ganzen Reihe wichtiger Fragen sehr richtig argumentiert. In § 29 seines Buches „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie“ hat er z. B. die Verschleierung *imperialistischer* Politik durch nationale Ideologie absolut richtig festgestellt. In § 30, „Der Sozialismus und das Nationalitätsprinzip“, sagt er:

„Aber nie und nimmer wird ein solches“ (sozialistisches) „Gemein-

wesen ganze Nationen einschließen können, die nicht zu ihm gehören wollen. Die Massen der Nationen im vollen Besitz der nationalen Kultur, ausgestattet mit den Rechten der Teilnahme an der Gesetzgebung und der Selbstverwaltung, und diese Massen bewaffnet – wie könnten solche Nationen gezwungen werden, sich dem Joch eines Gemeinwesens zu beugen, zu dem sie nicht gehören wollen? Alle staatliche Macht ruht auf der Macht der Waffen. Aber das heutige Volksheer ist, dank einem kunstvollen Mechanismus, immer noch ein Machtwerkzeug einer Person, einer Familie, einer Klasse, so gut wie die Ritterheere und Söldnerheere vergangener Zeiten. Das Heer der demokratischen Gemeinwesen einer sozialistischen Gesellschaft, das aus hoch kultivierten Menschen besteht, die in der Werkstätte nicht mehr dem Kommando einer fremden Macht gehorchen und im Staate zur vollen Teilnahme an Gesetzgebung und Verwaltung berufen sind, ist aber keine selbständige Macht mehr, sondern nichts anderes als das bewaffnete Volk selbst. Damit schwindet alle Möglichkeit nationaler Fremdherrschaft.“

Das ist richtig. Unter dem Kapitalismus *kann* die nationale (und überhaupt die politische) Unterdrückung *nicht* beseitigt werden. Dazu ist die Aufhebung der Klassen, d. h. die Einführung des Sozialismus *unerlässlich*. Doch wenn der Sozialismus auch auf der Ökonomik begründet ist, erschöpft er sich doch keineswegs darin. Zur Beseitigung der nationalen Unterdrückung ist ein Fundament notwendig – die sozialistische Produktion; aber auf diesem Fundament bedarf es *noch* einer demokratischen Organisation des Staates, einer demokratischen Armee usw. Hat das Proletariat den Kapitalismus in den Sozialismus umgestaltet, so schafft es die *Möglichkeit* für die völlige Beseitigung der nationalen Unterdrückung; diese Möglichkeit wird „nur“ – „nur“! – dann zur *Wirklichkeit* werden, wenn die Demokratie auf allen Gebieten vollständig durchgeführt sein wird – bis zur Festlegung der Staatsgrenzen entsprechend den „Sympathien“ der Bevölkerung, bis zur völligen Freiheit der Lostrennung einschließlich. Auf dieser Basis wird ihrerseits *in der Praxis* die absolute Beseitigung auch der kleinsten nationalen Reibungen, des geringsten nationalen Mißtrauens erfolgen und damit die beschleunigte Annäherung und Verschmelzung der Nationen, die durch das *Absterben* des Staates vollendet werden wird. Das ist die Theorie des Marxismus, von der sich unsere polnischen Kollegen irrigerweise entfernt haben.

2. IST DIE DEMOKRATIE UNTER DEM IMPERIALISMUS „DURCHFÜHRBAR“?

Die ganze alte Polemik der polnischen Sozialdemokraten gegen die Selbstbestimmung der Nationen ist auf dem Argument aufgebaut, daß sie in der kapitalistischen Gesellschaft „undurchführbar“ sei. Schon im Jahre 1903, in der Programmkommission des II. Parteitags der SDAPR, haben wir Iskristen über dieses Argument gelacht und gesagt, daß es eine Wiederholung der Karikatur auf den Marxismus ist, der sich die „Ökonomen“ (traurigen Angedenkens) befeißigten. In unseren Thesen sind wir auf diesen Fehler besonders ausführlich eingegangen, und gerade hier, wo die theoretische Basis der ganzen Streitfrage liegt, wollten (oder konnten?) die polnischen Genossen *auf kein einziges* unserer Argumente antworten.

Die ökonomische Unmöglichkeit der Selbstbestimmung müßte durch eine ökonomische Analyse bewiesen werden, so wie wir die Undurchführbarkeit eines Verbots der Maschinen oder der Einführung von Arbeitsgeld u. dgl. m. nachweisen. Niemand versucht auch nur, eine solche Analyse zu geben. Niemand wird behaupten wollen, daß es auch nur in einem einzigen Lande „ausnahmsweise“ gelungen sei, unter dem Kapitalismus „Arbeitsgeld“ einzuführen, wie es einem kleinen Lande in der Ära des voll entfesselten Imperialismus ausnahmsweise gelungen ist, die undurchführbare Selbstbestimmung durchzuführen, und das sogar ohne Krieg und Revolution (Norwegen 1905).

Überhaupt ist die politische Demokratie nur eine der möglichen *Formen* (wenn auch theoretisch für den „reinen“ Kapitalismus die normale Form) des Überbaus *über* dem Kapitalismus. Wie die Tatsachen zeigen, entwickeln sich sowohl der Kapitalismus als auch der Imperialismus bei *jeder* politischen Form und ordnen sich *alle* Formen unter. Deshalb ist es auch theoretisch grundfalsch, von der „Undurchführbarkeit“ *einer* der Formen und *einer* der Forderungen der Demokratie zu sprechen.

Das Ausbleiben einer Antwort der polnischen Kollegen auf diese Beweisgründe veranlaßt uns, die Diskussion über diesen Punkt als abgeschlossen zu betrachten. Der größeren Anschaulichkeit halber haben wir die ganz konkrete Behauptung aufgestellt, daß es „lächerlich“ wäre, die „Durchführbarkeit“ einer Wiederaufrichtung Polens jetzt, im Hinblick

auf die strategischen und sonstigen Momente dieses Krieges, zu leugnen. Eine Antwort ist nicht erfolgt!

Die polnischen Genossen haben einfach eine offenkundig falsche Behauptung (Punkt II, 1) *wiederholt*, wenn sie sagen: „... in den Fragen der Angliederung der fremden Gebiete sind die Formen der politischen Demokratie ausgeschaltet, die offene Gewalt entscheidet... Das Kapital wird niemals die Entscheidung über seine Staatsgrenzen dem Volke überlassen...“ Als ob das „Kapital“ die Wahl *seiner*, dem Imperialismus dienenden Beamten „dem Volke überlassen“ könnte! Oder als ob *überhaupt* irgendwelche bedeutungsvolle Entscheidungen in wichtigen demokratischen Fragen, z. B. über die Republik an Stelle der Monarchie oder die Miliz anstatt des stehenden Heeres, ohne „offene Gewalt“ denkbar wären! Subjektiv wollen die polnischen Genossen den Marxismus „vertiefen“, sie tun das aber ganz ungeschickt. *Objektiv* sind ihre Phrasen über die Undurchführbarkeit Opportunismus, da stillschweigend vorausgesetzt wird: „undurchführbar“ ohne eine Reihe von Revolutionen, wie im Imperialismus überhaupt die *ganze* Demokratie, *alle* ihre Forderungen undurchführbar sind.

Nur ein einziges Mal, am Ende von Punkt II, 1, in den Ausführungen über das Elsaß, haben die polnischen Kollegen den Standpunkt des „imperialistischen Ökonomismus“ verlassen und sind an die Fragen über eine der Formen der Demokratie mit einer konkreten Antwort und nicht mit einem allgemeinen Hinweis auf das „Ökonomische“ herangegangen. Und gerade das hat sich als falsch erwiesen! Es wäre „partikularistisch, undemokratisch“ – schreiben sie –, wenn die Elsässer *allein*, ohne die Franzosen zu fragen, ihnen den Anschluß des Elsaß an Frankreich „aufbürden“ wollten, obwohl ein Teil des Elsaß zu Deutschland hinneigen und dies eine Kriegsgefahr bedeuten würde!!! Das Durcheinander ist geradezu köstlich: die Selbstbestimmung setzt die Freiheit der *Lostrennung* vom Unterdrückerstaat voraus (das liegt auf der Hand, und wir haben das in unseren Thesen besonders hervorgehoben); davon zu sprechen, daß der *Anschluß* an einen gegebenen Staat *dessen* Zustimmung voraussetzt, ist in der Politik ebenso „nicht üblich“, wie man in der Ökonomik nicht von der „Zustimmung“ des Kapitalisten, Profite einzustecken, oder des Arbeiters, Arbeitslohn zu erhalten, spricht! Davon zu sprechen wäre lächerlich.

Will man ein marxistischer Politiker sein, so muß man, wenn man vom Elsaß spricht, die Lumpe des deutschen Sozialismus angreifen, weil sie nicht für die Freiheit der Lostrennung des Elsaß kämpfen – die Lumpe des französischen Sozialismus, weil sie die französische Bourgeoisie gewähren lassen, die sich gewaltsam das ganze Elsaß aneignen will – und die einen wie die anderen, weil sie aus Furcht vor der Selbständigkeit eines wenn auch kleinen Staates dem Imperialismus „ihres“ Landes dienen; man muß zeigen, *in welcher Weise* die Sozialisten, die das Selbstbestimmungsrecht anerkennen, diese Frage innerhalb weniger Wochen lösen würden, ohne den Willen der Elsässer zu verletzen. Statt dessen aber Betrachtungen anzustellen über die furchtbare Gefahr, daß sich die französischen Elsässer Frankreich „aufbürden“ könnten – das ist einfach eine Perle.

3. WAS SIND ANNEXIONEN?

Diese Frage haben wir in unseren Thesen mit aller Bestimmtheit gestellt (Punkt 7)*. Die polnischen Genossen haben sie *nicht* beantwortet: sie haben sie *umgangen*, indem sie mit Nachdruck erklärten, 1. daß sie gegen Annexionen sind, und 2. auseinandersetzen, warum sie dagegen sind. Das sind zweifellos sehr wichtige Fragen. Aber es sind *andere* Fragen. Wenn wir auch nur einigermaßen darauf achten, daß unsere Prinzipien theoretisch durchdacht sind und daß sie klar und deutlich formuliert werden, dann können wir die Frage, was Annexionen sind, nicht *umgehen*, da dieser Begriff nun einmal in unserer politischen Propaganda und Agitation figuriert. Das Umgehen dieser Frage in einer kollegialen Diskussion kann nicht anders aufgefaßt werden als ein Aufgeben der Positionen.

Warum haben wir diese Frage gestellt? Das haben wir schon erklärt, indem wir sie stellten. Weil „jeder Protest gegen Annexionen nichts anderes als die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts bedeutet“. Zum Begriff der Annexion gehören üblicherweise 1. der Begriff der Gewalt (gewaltsame Angliederung); 2. der Begriff der nationalen Fremdherrschaft (Angliederung eines „fremden“ Gebiets usw.) und – manchmal – 3. der Begriff der Verletzung des Status quo. Darauf haben wir in den Thesen hingewiesen, und dieser unser Hinweis ist nicht kritisiert worden.

* Siehe den vorliegenden Band, S. 154/155. *Die Red.*

Es fragt sich, ob Sozialdemokraten überhaupt gegen Gewalt sein können? Natürlich nicht. Wir sind also nicht darum gegen Annexionen, weil sie Gewaltakte sind, sondern aus irgendeinem anderen Grund. Ebenso wenig können die Sozialdemokraten für den Status quo sein. Wie man sich auch dreht und wendet, man kann um die Schlußfolgerung nicht herumkommen: eine Annexion ist eine *Verletzung des Selbstbestimmungsrechts* der Nation, eine Festlegung der Staatsgrenzen *entgegen dem Willen der Bevölkerung*.

Gegen Annexionen sein *bedeutet* für das Selbstbestimmungsrecht sein. „Gegen die gewaltsame Zurückhaltung jeder beliebigen Nation in den Grenzen des vorhandenen Staates“ sein (wir haben absichtlich *auch* diese, etwas veränderte Formulierung desselben Gedankens in Punkt 4 unserer Thesen* gebraucht, und die polnischen Genossen haben uns hierauf *ganz* klar *geantwortet*, indem sie am Anfang ihres Punktes I, 4 erklärten, daß sie „gegen die gewalttätige Erhaltung der unterdrückten Nationen in den Grenzen des annektierenden Staates“ sind) ist *genau das gleiche* wie für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen sein.

Um Worte wollen wir nicht streiten. Wenn es eine Partei gibt, die in ihrem Programm (oder in einer für alle verbindlichen Resolution – nicht auf die Form kommt es an) erklärt, daß sie gegen Annexionen**, gegen die gewalttätige Erhaltung der unterdrückten Nationen in den Grenzen *ihres* Staates ist, so erklären wir, daß wir mit einer solchen Partei prinzipiell vollkommen übereinstimmen. Es wäre Unsinn, sich an das Wort „Selbstbestimmung“ zu klammern. Und wenn sich in unserer Partei Leute finden, die in diesem Sinne die *Worte*, die Formulierung von Paragraph 9 unseres Parteiprogramms ändern wollen, so werden wir die Meinungsverschiedenheit mit *solchen* Genossen keineswegs als eine prinzipielle betrachten!

Es kommt lediglich darauf an, daß unsere Losungen politisch klar und theoretisch durchdacht sind.

In den mündlichen Diskussionen zu dieser Frage – deren Wichtigkeit gerade jetzt, im Zusammenhang mit dem Krieg, niemand bestreitet – sind wir auf folgendes Argument gestoßen (in der Presse haben wir es

* Siehe den vorliegenden Band, S. 149. *Die Red.*

** „Gegen alte und neue Annexionen“, formulierte es K. Radek in einem seiner Artikel in der „Berliner Tagwacht“.

nicht gefunden): *Der Protest gegen* ein bestimmtes Übel bedeutet nicht unbedingt die Anerkennung eines positiven Begriffs, der dieses Übel ausschließt. Dieses Argument ist offensichtlich haltlos, und darum wird es wohl auch nirgends in der Presse wiedergegeben. Wenn eine sozialistische Partei erklärt, daß sie „gegen die gewalttätige Erhaltung der unterdrückten Nation in den Grenzen des annektierenden Staates“ ist, so *verpflichtet* sich diese Partei *dadurch*, auf eine *gewaltsame* Zurückhaltung zu *verzichten*, sobald sie an der Macht sein wird.

Wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß, wenn Hindenburg morgen Rußland halb besiegt und als Ausdruck dieses halben Sieges (in Verbindung mit dem Wunsch Englands und Frankreichs, den Zarismus ein wenig zu schwächen) ein neuer polnischer Staat entsteht, dessen Schaffung vom Standpunkt der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus und Imperialismus vollauf „durchführbar“ ist, und wenn dann übermorgen die sozialistische Revolution in Petrograd, Berlin und Warschau siegt – daß dann die polnische sozialistische Regierung, ebenso wie die russische und die deutsche, auf die „gewalttätige Erhaltung“, sagen wir, der Ukrainer „in den Grenzen des polnischen Staates“ verzichten wird. Wenn in dieser Regierung Redaktionsmitglieder der „Gazeta Robotnicza“ sitzen sollten, so werden sie zweifellos ihre „Thesen“ opfern und dadurch die „Theorie“ widerlegen, daß das „Selbstbestimmungsrecht auf die sozialistische Gesellschaft unanwendbar“ sei. Nähmen wir etwas anderes an, so hätten wir nicht eine kameradschaftliche Diskussion mit den Sozialdemokraten Polens auf die Tagesordnung gesetzt, sondern den unerbittlichen Kampf gegen sie als gegen Chauvinisten.

Gesetzt den Fall, ich gehe in einer beliebigen europäischen Stadt auf die Straße und „protestiere“ öffentlich, und dann auch in den Zeitungen, dagegen, daß man mir nicht gestattet, einen Menschen als Sklaven zu kaufen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß man das Recht haben wird, mich als Sklavenhalter, als Anhänger des Prinzips oder des Systems, wie man will, der Sklaverei zu betrachten. Daß meine Sympathien für die Sklaverei in die negative Form des Protestes und nicht in eine positive Form („ich bin für die Sklaverei“) gekleidet sind – das wird niemanden täuschen. Ein politischer „Protest“ ist *völlig* gleichwertig einem politischen Programm, das ist so augenfällig, daß es geradezu peinlich ist, es noch auseinandersetzen zu müssen. Auf jeden Fall sind wir fest davon über-

zeugt, daß wir wenigstens von seiten der Zimmerwalder Linken – wir sprechen nicht von allen Zimmerwaldern, da Martow und andere Kautskyaner auch dabei sind – keinen „Protest“ zu erwarten haben, wenn wir sagen, daß in der III. Internationale kein Platz für Leute sein wird, die imstande sind, einen politischen Protest von einem politischen Programm zu trennen, das eine dem anderen entgegenzustellen u. dgl. m.

Da wir nicht um Worte streiten wollen, erlauben wir uns, die feste Hoffnung auszusprechen, daß die polnischen Sozialdemokraten sich bemühen werden, in Kürze sowohl ihren Vorschlag auf Entfernung des Paragraphen 9 aus unserem (und auch *ihrer*) Parteiprogramm sowie aus dem Programm der Internationale (Resolution des Londoner Kongresses von 1896) als auch *ihre* Definition der entsprechenden politischen Ideen über „alte und neue Annexionen“ und über die „gewalttätige Erhaltung der unterdrückten Nationen in den Grenzen des annektierenden Staates“ offiziell zu formulieren. – Gehen wir nun zur nächsten Frage über.

4. FÜR ODER GEGEN ANNEXIONEN?

In Punkt 3 des ersten Abschnitts ihrer Thesen erklären die polnischen Genossen mit aller Bestimmtheit, daß sie gegen jegliche Annexionen sind. Leider stoßen wir in Punkt 4 desselben Abschnitts auf Behauptungen, die als annexionistisch bezeichnet werden müssen. Dieser Punkt beginnt mit folgendem – gelinde gesagt – merkwürdigen Satz:

„Den Ausgangspunkt des Kampfes der Sozialdemokratie gegen die Annexionen, gegen die gewalttätige Erhaltung der unterdrückten Nationen in den Grenzen des annektierenden Staates bildet die *Ablehnung jeder Vaterlandsverteidigung* (hervorgehoben von den Verfassern), die in der Ära des Imperialismus die Verteidigung der Rechte der eigenen Bourgeoisie auf Unterdrückung und Ausplünderung fremder Völker ist.“

Was heißt das? Wie ist das zu verstehen?

„Den Ausgangspunkt des Kampfes gegen Annexionen bildet die *Ablehnung jeder Vaterlandsverteidigung* . . .“ Aber als „Vaterlandsverteidigung“ kann man jeden nationalen Krieg und jeden nationalen Aufstand bezeichnen, und das ist auch bisher *allgemein* so üblich gewesen! Wir

sind gegen Annexionen, *aber* . . . wir verstehen das so, daß wir gegen den Krieg der Annektierten *für* ihre Befreiung von denen sind, die sie annektiert haben; wir sind gegen den Aufstand der Annektierten, der ihre Befreiung von den Annektierenden bezweckt! Ist das etwa nicht eine annexionistische Behauptung?

Die Verfasser der Thesen motivieren ihre . . . merkwürdige Behauptung damit, daß die Vaterlandsverteidigung „in der Ära des Imperialismus“ eine Verteidigung der Rechte der eigenen Bourgeoisie auf die Unterdrückung fremder Völker sei. Aber das ist *nur* in bezug auf den imperialistischen Krieg richtig, d. h. den Krieg *zwischen* imperialistischen Mächten oder Mächtegruppen, wenn *beide* kriegführenden Seiten nicht nur „fremde Völker“ unterdrücken, sondern auch *darum* Krieg führen, wer *mehr* fremde Völker unterdrücken soll!

Offenbar stellen die Verfasser die Frage der „Vaterlandsverteidigung“ ganz und gar nicht so, wie unsere Partei sie stellt. Wir lehnen die „Vaterlandsverteidigung“ im *imperialistischen* Krieg ab. Das ist vollkommen klar sowohl im Manifest des Zentralkomitees unserer Partei als auch in den Berner Resolutionen* gesagt, die in der deutsch und französisch erschienenen Broschüre „Sozialismus und Krieg“ veröffentlicht wurden. Wir haben das auch in unseren Thesen (Fußnoten zu Punkt 4 und zu Punkt 6)** *zweimal* betont. Augenscheinlich lehnen die Verfasser der polnischen Thesen die Vaterlandsverteidigung *überhaupt* ab, d. h. *auch in einem nationalen Krieg*, da sie vielleicht nationale Kriege „in der Ära des Imperialismus“ als *unmöglich* erachten. Wir sagen „vielleicht“, weil die polnischen Genossen in ihren Thesen eine solche Ansicht *nicht* dargelegt haben.

Eine solche Ansicht ist klar zum Ausdruck gekommen in den Leitsätzen der deutschen Gruppe „Internationale“ und in der Broschüre von Junius, der wir einen besonderen Artikel widmen***. Wir wollen in Ergänzung zu dem dort Gesagten bemerken, daß man einen nationalen Aufstand des annektierten Gebiets oder Landes gegen das annektierende Land eben Aufstand und nicht Krieg nennen kann (wir haben einen solchen Einwand gehört und führen ihn deshalb an, obgleich wir diesen

* Siehe Werke, Bd. 21, S. 11–21 und 148/149. *Die Red.*

** Siehe den vorliegenden Band, S. 150 und 153. *Die Red.*

*** Siehe den vorliegenden Band, S. 310–325. *Die Red.*

terminologischen Streit nicht ernst nehmen). Jedenfalls wird wohl kaum jemand zu bestreiten wagen, daß die annektierten Länder Belgien, Serbien, Galizien, Armenien ihren „Aufstand“ gegen die Staaten, durch die sie annektiert worden sind, „Vaterlandsverteidigung“ nennen werden *und mit Recht so nennen werden*. Es ergibt sich, daß die polnischen Genossen gegen einen solchen Aufstand sind, und zwar deswegen, weil es in diesen annektierten Ländern *auch* eine Bourgeoisie gibt, die *auch* fremde Völker unterdrückt oder, richtiger gesagt, unterdrücken kann, da es sich nur um ihr „Recht auf Unterdrückung“ handelt. Zur Beurteilung eines gegebenen Krieges oder eines gegebenen Aufstands wird also nicht sein *wirklicher* sozialer Inhalt genommen (der Kampf der unterdrückten Nation gegen die unterdrückende für ihre Befreiung), sondern die Möglichkeit, daß die jetzt unterdrückte Bourgeoisie von ihrem „Recht auf Unterdrückung“ Gebrauch machen könnte. Würde, sagen wir, Belgien im Jahre 1917 von Deutschland annektiert werden und 1918 für seine Befreiung einen Aufstand unternehmen, so würden die polnischen Genossen aus dem Grunde gegen den Aufstand sein, weil die belgische Bourgeoisie das „Recht auf Unterdrückung fremder Völker“ hat!

Von Marxismus, von revolutionärem Geist überhaupt ist in dieser Betrachtung keine Spur zu finden. Wollen wir den Sozialismus nicht preisgeben, so *müssen wir jeden* Aufstand gegen unseren Hauptfeind, die Bourgeoisie der Großmächte, unterstützen, wenn es nicht ein Aufstand einer reaktionären Klasse ist. Lehnen wir die Unterstützung eines Aufstands annektierter Gebiete ab, so werden wir – objektiv – zu Annexionisten. Gerade „in der Ära des Imperialismus“, die die Ära der beginnenden sozialen Revolution ist, wird das Proletariat mit besonderer Energie heute den Aufstand der annektierten Gebiete unterstützen, um bereits morgen oder gar zur gleichen Zeit die durch einen solchen Aufstand geschwächte Bourgeoisie der „Groß“macht anzugreifen.

Die polnischen Genossen gehen jedoch in ihrem Annexionismus noch weiter. Sie sind nicht nur gegen den Aufstand der annektierten Gebiete, sie sind gegen *jede* Wiederherstellung ihrer Unabhängigkeit, erfolge sie auch auf friedlichem Wege! Man höre:

„Indem die Sozialdemokratie jede Verantwortung für die Folgen der Unterdrückungspolitik des Imperialismus ablehnt, sie aufs schärfste bekämpft, tritt sie keineswegs für die Aufrichtung neuer Grenzpfähle in

Europa, für die Wiederaufrichtung der vom Imperialismus niedergedrungenen ein.“ (Hervorgehoben von den Verfassern.)

Gegenwärtig sind die „Grenzpfähle“ zwischen Deutschland und Belgien, zwischen Rußland und Galizien „vom Imperialismus niedergedrungen“ worden. Und die internationale Sozialdemokratie soll gegen ihre Wiederaufrichtung überhaupt sein, in welcher Weise diese auch vor sich gehe? Im Jahre 1905, „in der Ära des Imperialismus“, als das autonome Storting Norwegens die Lostrennung von Schweden proklamierte und es sowohl infolge des Widerstands der schwedischen Arbeiter als auch infolge der internationalen imperialistischen Situation nicht zu dem Kriege Schwedens gegen Norwegen kam, den die schwedischen Reaktionäre propagierten – da hätte die Sozialdemokratie gegen die Lostrennung Norwegens sein sollen, da diese doch zweifellos die „Aufrichtung neuer Grenzpfähle in Europa“ bedeutete?!!

Das ist schon direkter, offener Annexionismus. Ihn zu widerlegen ist überflüssig, er widerlegt sich selbst. Keine einzige sozialistische Partei wird sich entschließen, eine solche Position einzunehmen: „Wir sind gegen Annexionen im allgemeinen, aber für Europa sanktionieren wir Annexionen oder finden uns mit ihnen ab, wenn sie nun einmal geschehen sind.“

Näher eingehen müssen wir bloß auf die theoretischen Quellen des Fehlers, der unsere polnischen Genossen zu einer so in die Augen springenden . . . „Unmöglichkeit“ geführt hat. Wie unbegründet es ist, „Europa“ eine Sonderstellung einzuräumen, davon wollen wir weiter unten sprechen. Folgende zwei Sätze aus den Thesen decken die übrigen Quellen des Fehlers auf:

„Wo über den schon gebildeten kapitalistischen Staat das Rad des Imperialismus zermalmend hinweggeht, dort vollzieht sich in den brutalen Formen der imperialistischen Unterdrückung die politische und ökonomische Konzentration der kapitalistischen Welt, die den Sozialismus vorbereitet.“

Diese Rechtfertigung der Annexionen ist Struvismus und nicht Marxismus. Die russischen Sozialdemokraten, die sich an die neunziger Jahre in Rußland erinnern, kennen diese Manier, den Marxismus zu entstellen, die den Herren Struve, Cunow, Legien und Co. gemein ist, sehr gut. Gerade in bezug auf die deutschen Struvisten, die sogenannten „Sozialimpe-

rialisten“, lesen wir in einer anderen These (II, 3) der polnischen Genossen:

(Die Losung der Selbstbestimmung) „gibt den Sozialimperialisten die Möglichkeit, durch den Beweis des illusionären Charakters dieser Losung unsern Kampf gegen die nationale Unterdrückung als historisch unberechtigte Sentimentalität darzustellen und so das Vertrauen des Proletariats in die wissenschaftliche Fundiertheit des sozialdemokratischen Programms zu untergraben.“

Das bedeutet, daß die Verfasser die Position der deutschen Struvisten als „wissenschaftlich“ betrachten! Wir gratulieren.

Nur eine „Kleinigkeit“ zerstört dieses erstaunliche Argument, das uns damit droht, daß die Lensch, Cunow, Parvus uns gegenüber *recht haben* könnten, und zwar: diese Lensch sind auf ihre Art konsequente Leute, und in Nr. 8 und 9 der chauvinistischen deutschen „Glocke“ – wir haben absichtlich gerade diese Nummern in unseren Thesen zitiert – weist Lensch *gleichzeitig* sowohl „die fehlende wissenschaftliche Fundiertheit“ der Losung der Selbstbestimmung (die polnischen Sozialdemokraten haben augenscheinlich *diese* Argumentation Lenschs als unwiderleglich angesehen, wie aus den von uns zitierten Ausführungen in ihren Thesen ersichtlich ist . . .) *als auch* „die fehlende wissenschaftliche Fundiertheit“ der Losung „gegen Annexionen“ nach!!

Denn Lensch hat die Binsenwahrheit ausgezeichnet begriffen, auf die wir unsere polnischen Kollegen hingewiesen haben, ohne daß sie auf unseren Hinweis geantwortet hätten: es gibt keinen Unterschied, „weder einen ökonomischen noch einen politischen“ noch überhaupt einen logischen, zwischen der „Anerkennung“ der Selbstbestimmung und dem „Protest“ gegen Annexionen. Wenn die polnischen Genossen die Argumente der Lensch gegen die Selbstbestimmung für unwiderleglich halten, so müssen sie doch die eine *Tatsache* anerkennen: *alle* diese Argumente führen die Lensch auch gegen den Kampf gegen Annexionen ins Feld.

Der theoretische Fehler, der allen Betrachtungen unserer polnischen Kollegen zugrunde liegt, hat sie dahin gebracht, daß sie sich als *inkonsequente Annexionisten* erwiesen.

5. WARUM IST DIE SOZIALDEMOKRATIE GEGEN ANNEXIONEN?

Von unserem Standpunkt aus ist die Antwort klar: weil eine Annexion das Selbstbestimmungsrecht der Nationen verletzt oder, anders ausgedrückt, eine Form der nationalen Unterdrückung darstellt.

Vom Standpunkt der polnischen Sozialdemokraten aus muß erst *besonders* auseinandergesetzt werden, warum wir gegen Annexionen sind, und diese Ausführungen (I, 3 der Thesen) verwickeln die Verfasser unvermeidlich in eine Reihe neuer Widersprüche.

Zwei Argumente werden von ihnen zur „Rechtfertigung“ dessen angeführt, warum wir (entgegen den „wissenschaftlich fundierten“ Argumenten der Lensch) gegen Annexionen sind. Erstens:

„Der Behauptung, daß Annexionen in Europa notwendig sind zur militärischen Sicherung des siegreichen imperialistischen Staates . . ., stellt die Sozialdemokratie die Tatsache gegenüber, daß Annexionen die Gegensätze nur verschärfen, somit die Kriegsgefahr vergrößern.“

Das ist eine ungenügende Antwort an die Lensch, denn deren Hauptargument ist nicht die militärische Notwendigkeit, sondern die *ökonomische* Fortschrittlichkeit der Annexionen, die eine Konzentration unter dem Imperialismus bedeuten. Wo ist hier die Logik, wenn die polnischen Sozialdemokraten im gleichen Atemzug einerseits die Fortschrittlichkeit einer *solchen* Konzentration anerkennen, indem sie sich weigern, die vom Imperialismus in Europa niedergerissenen Grenzpfähle wieder aufzurichten, und anderseits *gegen* Annexionen sind?

Weiter. Die Gefahr *welcher* Kriege wird durch Annexionen vergrößert? Nicht die der imperialistischen, da diese aus anderen Gründen entstehen; die Hauptwidersprüche im jetzigen imperialistischen Krieg sind zweifellos die Widersprüche zwischen England und Deutschland, zwischen Rußland und Deutschland. Annexionen gab und gibt es hier nicht. Es handelt sich um die erhöhte Gefahr *nationaler* Kriege und nationaler Aufstände. Aber wie kann man einerseits nationale Kriege „in der Ära des Imperialismus“ für *unmöglich* erklären und anderseits die „Gefahr“ nationaler Kriege hervorheben? Das ist unlogisch.

Das zweite Argument: Annexionen würden „einen Abgrund auf-tun zwischen dem Proletariat der herrschenden und der unterdrückten

Nation . . . Das Proletariat der unterdrückten Nation würde sich mit seiner Bourgeoisie verbinden, im Proletariat der herrschenden Nation den Feind sehen. An Stelle des internationalen Klassenkampfes des Proletariats gegen die internationale Bourgeoisie würde die Spaltung des Proletariats, seine geistige Korruption eintreten.“

Diesen Argumenten stimmen wir vollauf zu. Ist es aber logisch, in ein und derselben Frage, zu ein und derselben Zeit Argumente vorzubringen, die einander ausschließen? In Punkt 3 des Abschnitts I der Thesen lesen wir die angeführten Argumente, die in Annexionen eine *Spaltung* des Proletariats sehen, gleich dahinter aber, in Punkt 4, wird gesagt, man müsse in Europa dagegen sein, daß die bereits erfolgten Annexionen rückgängig gemacht werden, und habe „die Arbeitermassen der unterdrückten wie der unterdrückenden Nation zum solidarischen Kampfe zu erziehen“. Wenn es eine reaktionäre „Sentimentalität“ ist, die Annexionen rückgängig zu machen, dann *darf man nicht* argumentieren, daß die Annexionen einen „Abgrund“ zwischen dem „Proletariat“ auf tun und seine „Spaltung“ herbeiführen, dann muß man im Gegenteil in den Annexionen eine Vorbedingung für die *Annäherung* des Proletariats verschiedener Nationen sehen.

Wir sagen: Um imstande zu sein, die sozialistische Revolution zu vollziehen und die Bourgeoisie zu stürzen, müssen sich die Arbeiter enger zusammenschließen, und diesem engen Zusammenschluß dient der Kampf für die Selbstbestimmung, d. h. gegen Annexionen. Wir bleiben konsequent. Die polnischen Genossen hingegen, die die europäischen Annexionen für „unabänderlich“ und nationale Kriege für „unmöglich“ halten, schlagen sich selbst, wenn sie „gegen“ die Annexionen ausgerechnet mit Argumenten kämpfen, die *ausgehen* von nationalen Kriegen! Ausgerechnet mit Argumenten wie dem, daß durch Annexionen die Annäherung und Verschmelzung der Arbeiter verschiedener Nationen *erschwert* wird!

Mit anderen Worten: Um gegen Annexionen Einwände zu machen, sind die polnischen Sozialdemokraten gezwungen, ihre Argumente jenem theoretischen Rüstzeug zu entlehnen, das *sie selbst* prinzipiell verwerfen.

Noch anschaulicher wird das bei der Kolonialfrage.

6. KANN MAN IN DIESER FRAGE DIE KOLONIEN „EUROPÄ“ GEGENÜBERSTELLEN?

In unseren Thesen heißt es, daß die Forderung der sofortigen Befreiung der Kolonien unter dem Kapitalismus ebenso „undurchführbar“ ist (d. h. undurchführbar ohne eine Reihe von Revolutionen und nicht von Dauer ohne den Sozialismus) wie die Selbstbestimmung der Nationen, die Wahl der Beamten durch das Volk, die demokratische Republik usw. – und daß anderseits die Forderung der Befreiung der Kolonien nichts anderes ist als die „Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen“.

Die polnischen Genossen haben auf kein einziges dieser Argumente geantwortet. Sie haben versucht, einen Unterschied zwischen „Europa“ und den Kolonien zu konstruieren. Nur in bezug auf Europa werden sie zu inkonsequenten Annexionisten und weigern sich, die Annexionen, die bereits erfolgt sind, rückgängig zu machen. Für die Kolonien dagegen proklamieren sie die unbedingte Forderung: „Fort aus den Kolonien!“

Die russischen Sozialisten sollen fordern: „Fort aus Turkestan, aus Chiwa, aus Buchara usw.“, aber angeblich würden sie in „Utopismus“, in „unwissenschaftliche“ „Sentimentalität“ usw. verfallen, wenn sie dieselbe Freiheit der Lostrennung für Polen, Finnland, die Ukraine usw. forderten. Die englischen Sozialisten sollen fordern: „Fort aus Afrika, aus Indien, aus Australien“, aber nicht aus Irland. Mit welchen theoretischen Begründungen kann man eine solche Unterscheidung, deren Unrichtigkeit in die Augen springt, erklären? Diese Frage läßt sich nicht umgehen.

Die Haupt„basis“ der Gegner der Selbstbestimmung ist die „Undurchführbarkeit“. Derselbe Gedanke kommt mit einer kleinen Nuance auch im Hinweis auf die „ökonomische und politische Konzentration“ zum Ausdruck.

Es ist klar, daß die Konzentration *auch* durch Angliederung von Kolonien erfolgt. Der ökonomische Unterschied zwischen den Kolonien und den europäischen Völkern – wenigstens der Mehrzahl der letzteren – bestand früher darin, daß die Kolonien wohl in den *Warenaustausch*, aber noch nicht in die kapitalistische *Produktion* einbezogen wurden. Der Imperialismus hat hier Wandel geschaffen. Imperialismus bedeutet unter

anderem auch *Kapitalexport*. Die kapitalistische Produktion wird in immer beschleunigterem Tempo auch in die Kolonien verpflanzt. Sie aus ihrer Abhängigkeit vom europäischen Finanzkapital herauszureißen ist unmöglich. Vom militärischen Standpunkt wie auch vom Standpunkt der Expansion (Ausdehnung) ist die Lostrennung der Kolonien in der Regel erst zusammen mit dem Sozialismus zu verwirklichen, unter dem Kapitalismus hingegen entweder als Ausnahmefall oder aber um den Preis einer Reihe von Revolutionen und Aufständen sowohl in der Kolonie als auch in der Metropole.

In Europa sind die abhängigen Nationen meistens kapitalistisch entwickelter (wenn auch nicht alle: die Albanesen, viele nationale Minderheiten Rußlands) als in den Kolonien. Aber gerade das ruft einen stärkeren Widerstand gegen die nationale Unterdrückung und die Annexionen hervor! Gerade darum ist die Entwicklung des Kapitalismus in Europa unter allen politischen Verhältnissen, auch im Falle einer Lostrennung, *gesicherter* als in den Kolonien. „... dort“, sagen die polnischen Genossen von den Kolonien (I,4), „ist noch die dem Kapitalismus bevorstehende Aufgabe der Entwicklung der Produktivkräfte selbständig zu erfüllen...“ In Europa ist das noch sichtbarer: in Polen, in Finnland, in der Ukraine und im Elsaß entwickelt der Kapitalismus die Produktivkräfte zweifellos rascher, stärker und selbständiger als in Indien, in Turkestan, in Ägypten und den anderen Kolonien von reinem Typus. In der Gesellschaft der Warenproduktion ist weder eine selbständige noch überhaupt irgendeine Entwicklung ohne Kapital möglich. In Europa haben die abhängigen Nationen sowohl *eigenes* Kapital als auch die Möglichkeit, sich leicht Kapital zu den verschiedenartigsten Bedingungen zu beschaffen. Die Kolonien haben kein oder fast kein *eigenes* Kapital, und anders als auf dem Wege der politischen Unterwerfung können sie sich unter den Verhältnissen des Finanzkapitals kein Kapital beschaffen. Was bedeutet nun angesichts all dessen die Forderung, die Kolonien sofort und bedingungslos zu befreien? Ist es nicht klar, daß sie viel „utopischer“ ist in dem vulgären, karikiert-„marxistischen“ Sinne des Wortes „Utopie“, in dem es von den Herren Struve, Lensch, Cunow und in ihrem Gefolge leider auch von den polnischen Genossen gebraucht wird? Unter „Utopismus“ ist hier nämlich das Abgehen vom spießbürgerlich Gewohnten, darunter auch alles Revolutionäre zu verstehen. Aber revolutionäre

Bewegungen *aller* Art – darunter auch nationale – sind unter europäischen Verhältnissen eher möglich, eher zu verwirklichen, hartnäckiger, zielbewußter und schwerer zu besiegen als in den Kolonien.

Der Sozialismus, sagen die polnischen Genossen (I, 3), „wird den unentwickelten Völkern in den Kolonien eine *uneigennütige Kulturhilfe* zu bieten haben, *ohne sie zu beherrschen*“. Sehr richtig. Aber was gibt Grund zu der Annahme, daß eine große Nation, ein großer Staat, wenn er zum Sozialismus übergeht, nicht imstande sein wird, eine kleine unterdrückte Nation in Europa durch „uneigennütige Kulturhilfe“ anzu ziehen? Gerade die Freiheit der Lostrennung, die die polnischen Sozialdemokraten den Kolonien „*gewähren*“, wird die kleinen, aber kulturell hochstehenden und politisch *anspruchsvollen* unterdrückten Nationen Europas anziehen, sich mit den großen sozialistischen Staaten zu verbünden, denn ein großer Staat wird im Sozialismus bedeuten: so und so viel Arbeitsstunden täglich *weniger*, so und so viel *Lohn* täglich mehr. Die werktätigen Massen, die sich vom Joch der Bourgeoisie befreien, werden aus allen Kräften ein Bündnis und eine Verschmelzung mit den großen und fortgeschrittenen sozialistischen Nationen *anstreben*, gerade um diese „Kulturhilfe“ zu erhalten, wenn nur die Unterdrückten von gestern das hochentwickelte demokratische Gefühl der Selbstachtung einer lange Zeit hindurch unterdrückten Nation nicht verletzen, wenn ihr nur Gleichheit auf allen Gebieten eingeräumt wird, darunter auch beim staatlichen Aufbau, beim Versuch, einen „eigenen“ Staat zu schaffen. Unter dem Kapitalismus bedeutet dieser „Versuch“ Kriege, Isolierung, Abgeschlossenheit, engstirnigen Egoismus der privilegierten kleinen Nationen (Holland, Schweiz). Im Sozialismus werden sich die werktätigen Massen selbst aus den obenerwähnten rein ökonomischen Motiven nirgends zur Abschließung verstehen, und die Mannigfaltigkeit der politischen Formen, die Freiheit des Austritts aus dem Staatsverband, die Erfahrung des staatlichen Aufbaus – all dies wird, solange nicht jeder Staat überhaupt abgestorben ist, die Grundlage bilden für ein reiches Kulturleben, die Gewähr bieten für die Beschleunigung des Prozesses der freiwilligen Annäherung und Verschmelzung der Nationen.

Indem die polnischen Genossen die Kolonien herausgreifen und sie Europa gegenüberstellen, geraten sie in einen Widerspruch, der ihre ganze fehlerhafte Argumentation mit einem Schlag zerstört.

7. MARXISMUS ODER PROUDHONISMUS?

Unseren Hinweis auf Marx' Stellung zur Lostrennung Irlands parieren die polnischen Genossen ausnahmsweise einmal nicht indirekt, sondern direkt. Worin besteht nun ihre Entgegnung? Die Hinweise auf die Stellungnahme von Marx in den Jahren 1848–1871 haben, ihrer Meinung nach, „nicht den geringsten Wert“. Diese ungewöhnlich erboste und entschiedene Erklärung wird damit motiviert, daß Marx „gleichzeitig“ gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen „der Tschechen, Südslawen usw.“⁹⁹ aufgetreten sei.

Diese Motivierung ist gerade darum besonders erbost, weil sie besonders haltlos ist. Den polnischen Marxisten zufolge war Marx einfach ein Wirrkopf, der „gleichzeitig“ entgegengesetzte Dinge sagte! Das ist ganz falsch, und das ist ganz und gar kein Marxismus. Gerade die Forderung der „konkreten“ Analyse, die die polnischen Genossen aufstellen, *um sie nicht anzuwenden*, verpflichtet uns zu untersuchen, ob die verschiedenartige Einstellung Marx' zu den verschiedenen konkreten „nationalen“ Bewegungen nicht *ein und derselben* sozialistischen Weltanschauung entsprang.

Bekanntlich war Marx für die Unabhängigkeit Polens vom Standpunkt der Interessen der *europäischen* Demokratie in ihrem Kampf gegen die Macht und den Einfluß – man kann sagen: gegen die Allmacht und den vorherrschenden *reaktionären Einfluß* – des Zarismus. Die Richtigkeit dieser Ansicht erhielt ihre höchst anschauliche und faktische Bestätigung 1849, als das russische Leibeigenenheer den national-freiheitlichen und revolutionär-demokratischen Aufstand in Ungarn niederwarf. Von dieser Zeit an bis zum Tode von Marx, ja sogar später, bis 1890, als ein reaktionärer Krieg des Zarismus im Bündnis mit Frankreich gegen das *nicht-imperialistische*, aber national unabhängige Deutschland drohte, trat Engels vor allem und am stärksten für den Kampf gegen den Zarismus ein. Aus diesem und nur aus diesem Grunde waren Marx und Engels gegen die nationale Bewegung der Tschechen und Südslawen. Ein kurzer Einblick in das, was Marx und Engels in den Jahren 1848/1849 geschrieben haben, wird jedem, der sich für den Marxismus nicht nur interessiert, um ihn mit einer Handbewegung abzutun, zeigen, daß Marx und Engels damals klar und eindeutig „ganze reaktionäre Völker“, die als „russische

Vorposten“ in Europa dienten, den „revolutionären Völkern“ – Deutschen, Polen und Ungarn – *gegenüberstellten*. Das ist eine Tatsache. Und auf diese Tatsache ist *damals zweifellos* richtig hingewiesen worden, denn 1848 fochten die revolutionären Völker für die Freiheit, deren Hauptfeind der Zarismus war, während die Tschechen usw. wirklich reaktionäre Völker, Vorposten des Zarismus waren.

Was sagt uns dieses konkrete Beispiel, das wir *konkret* analysieren müssen, wenn wir dem Marxismus treu bleiben wollen? Nur, daß 1. die Interessen der Befreiung einiger großer und größter Völker Europas höher stehen als die Interessen der Befreiungsbewegung kleiner Nationen; 2. daß die Forderung der Demokratie im gesamteuropäischen Ausmaß – jetzt muß man sagen: im Weltausmaß – betrachtet werden muß und nicht isoliert.

Und sonst nichts. Nicht die Spur einer Widerlegung jenes elementaren sozialistischen Prinzips, das die Polen vergessen haben und dem Marx *stets* treu geblieben ist: Ein Volk kann nicht frei sein, das andre Völker unterdrückt. Wenn die konkrete Situation, vor der Marx in der Epoche des vorherrschenden Einflusses des Zarismus in der internationalen Politik stand, sich wiederholen sollte, z. B. in der Form, daß einige Völker die sozialistische Revolution beginnen (wie 1848 in Europa die bürgerlich-demokratische Revolution begonnen wurde), *andere* Völker sich aber als Stützpfiler der bürgerlichen Reaktion erweisen sollten – so müßten auch wir für einen revolutionären Krieg gegen sie sein, für ihre „Niederwerfung“, für die Zerstörung aller ihrer Vorposten eintreten, ganz gleich, welche kleinen nationalen Bewegungen hier auch hervortreten mögen. Folglich dürfen wir die Beispiele der Marxschen Taktik nicht beiseite werfen – das hieße sich in Worten zum Marxismus bekennen, in der Tat aber mit ihm brechen –, sondern müssen aus der konkreten Analyse dieser Beispiele unschätzbare Lehren für die Zukunft ziehen. Die einzelnen Forderungen der Demokratie, darunter das Selbstbestimmungsrecht, sind nichts Absolutes, sondern ein *kleiner Teil* der allgemein-demokratischen (jetzt: allgemein-sozialistischen) *Weltbewegung*. Es ist möglich, daß in einzelnen konkreten Fällen der Teil dem Ganzen widerspricht, dann muß man den Teil verwerfen. Es ist möglich, daß die republikanische Bewegung in einem Lande nur das Werkzeug einer klerikalen oder einer finanzkapitalistisch-monarchistischen Intrige anderer Länder ist –

dann dürfen wir diese gegebene, konkrete Bewegung *nicht* unterstützen; es wäre aber lächerlich, aus diesem Grunde die Losung der Republik aus dem Programm der internationalen Sozialdemokratie hinauswerfen zu wollen.

Wie hat sich die konkrete Situation seit 1848–1871 bis zu 1898–1916 geändert (ich wähle die wichtigsten Marksteine des Imperialismus als Periode: vom Spanisch-Amerikanischen imperialistischen Krieg bis zum europäischen imperialistischen Krieg)? Der Zarismus hat ganz zweifellos aufgehört, die Hauptstütze der Reaktion zu sein, erstens infolge der Unterstützung durch das internationale Finanzkapital, besonders das Frankreichs, und zweitens infolge des Jahres 1905. Damals verhiess das System der großen Nationalstaaten – der Demokratien Europas – der Welt, trotz des Zarismus, die Demokratie und den Sozialismus.* Marx und Engels haben den Imperialismus nicht mehr erlebt. Jetzt hat sich das System einer Handvoll (5–6 an der Zahl) imperialistischer „Groß“-mächte herausgebildet, von denen jede fremde Nationen unterdrückt, wobei diese Unterdrückung mit dazu dient, den Sturz des Kapitalismus künstlich aufzuhalten und den Opportunismus und Sozialchauvinismus der die Welt beherrschenden imperialistischen Nationen künstlich zu unterstützen. Damals war die westeuropäische Demokratie, die die größten Nationen befreite, gegen den Zarismus, der einzelne kleine nationale Bewegungen zu reaktionären Zwecken ausnutzte. Jetzt steht das *Bündnis* des zaristischen Imperialismus mit dem fortgeschrittenen kapitalistischen europäischen Imperialismus auf der Basis ihrer gemeinsamen Unter-

* Rjasanow hat in Grünbergs „Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung“ (1916, I) einen äußerst interessanten Artikel von Engels aus dem Jahre 1866 über die polnische Frage veröffentlicht. Engels betont darin die Notwendigkeit für das Proletariat, die politische Unabhängigkeit und das „Selbstbestimmungsrecht“ (right to dispose of itself) der großen Nationen Europas anzuerkennen, und stellt die Sinnlosigkeit des „Nationalitätenprinzips“ fest (besonders in seiner bonapartistischen Anwendung), d. h. der Gleichsetzung einer beliebigen kleinen Nation mit diesen großen Nationen. „Was Rußland betrifft“, sagt Engels, „so ist es nur erwähnenswert als Besitzer einer riesigen Menge gestohlenen Gutes“ (d. h. unterdrückter Nationen), „das am Tag der Abrechnung herausgegeben werden muß.“¹⁰⁰ Sowohl der Bonapartismus als auch der Zarismus *nutzen* die kleinen nationalen Bewegungen zu *ihren* Gunsten, *gegen* die europäische Demokratie aus.

drückung einer Reihe von Nationen dem sozialistischen Proletariat entgegen, das in ein chauvinistisches, „sozialimperialistisches“ und ein revolutionäres Proletariat gespalten ist.

Darin besteht die konkrete Änderung der Lage, die von den polnischen Sozialdemokraten ignoriert wird, trotz ihres Versprechens, konkret zu sein! Hieraus ergibt sich die konkrete Änderung in der *Anwendung* ein und derselben sozialistischen Prinzipien: *Damals* ging es vor allen Dingen „gegen den Zarismus“ (und gegen einige von *ihm* in antidemokratischer Richtung ausgenutzte Bewegungen kleiner Nationen) und für die zu den großen Nationen gehörenden revolutionären Völker des Westens. *Jetzt* geht es gegen die ausgerichtete Einheitsfront der imperialistischen Mächte, der imperialistischen Bourgeoisie, der Sozialimperialisten, *für* die Ausnutzung *aller* nationalen Bewegungen gegen den Imperialismus im Interesse der sozialistischen Revolution. Je *reiner* der Kampf des Proletariats gegen die gesamte imperialistische Front jetzt ist, um so aktueller wird offenbar das internationalistische Prinzip: Ein Volk kann nicht frei sein, das andre Völker unterdrückt.

Die Proudhonisten ignorierten *im Namen* der doktrinär aufgefaßten sozialen Revolution die internationale Rolle Polens und taten die nationalen Bewegungen mit einer Handbewegung ab. Genauso doktrinär handeln die polnischen Sozialdemokraten, die die internationale Kampffront gegen die Sozialimperialisten dadurch *zerschlagen*, daß sie die letzteren durch ihr Schwanken in der Frage der Annexionen (objektiv) unterstützen. Denn gerade die internationale Front des proletarischen Kampfes hat sich geändert, was die konkrete Stellung der kleinen Nationen betrifft: *Damals* (1848–1871) hatten die kleinen Nationen eine Bedeutung als mögliche Bundesgenossen entweder der „westlichen Demokratie“ und der revolutionären Völker oder aber des Zarismus; *jetzt* (1898–1914) haben die kleinen Nationen diese Bedeutung verloren; ihre Bedeutung ist es jetzt, mit ein Nährboden des Parasitismus und folglich des Sozialimperialismus der „Großmachtnationen“ zu sein. Wichtig ist nicht, ob ein Fünfzigstel oder ein Hundertstel der kleinen Völker sich schon vor der sozialistischen Revolution befreien wird, wichtig ist vielmehr, daß das Proletariat in der imperialistischen Epoche, kraft objektiver Ursachen, sich in zwei internationale Lager geteilt hat, von denen das eine durch die Brocken, die vom Tische der Bourgeoisie der Großmächte abfallen – unter

anderem auch infolge der doppelten und dreifachen Ausbeutung der kleinen Nationen –, korrumpiert worden ist, das andere aber sich nicht selbst befreien kann, ohne die kleinen Nationen zu befreien und ohne die Massen in antichauvinistischem, d. h. antiannexionistischem Geist, d. h. im Geist der „Selbstbestimmung“ zu erziehen.

Diese wichtigste Seite der Sache ignorieren die polnischen Genossen, die die Dinge *nicht* von dem in der Epoche des Imperialismus zentralen Standpunkt, nicht vom Standpunkt der zwei Lager des internationalen Proletariats aus betrachten.

Hier noch einige anschauliche Beispiele ihres Proudhonismus: 1. die Stellung zum irischen Aufstand von 1916, wovon weiter unten noch die Rede sein wird, 2. die Erklärung in den Thesen (II, 3, am Ende von Punkt 3), daß die Losung der sozialistischen Revolution „durch nichts verhüllt werden“ dürfe. Es ist gerade eine zutiefst antimarxistische Idee, anzunehmen, daß die Losung der sozialistischen Revolution dadurch „verhüllt“ werden könne, daß man sie mit dem konsequent-revolutionären Standpunkt in jeder, darunter auch in der nationalen, Frage *verbindet*.

Die polnischen Sozialdemokraten finden unser Programm „national-reformistisch“. Man vergleiche die beiden praktischen Vorschläge miteinander: 1. für die Autonomie (die polnischen Thesen III, 4) und 2. für die Freiheit der Lostrennung. Dadurch und nur dadurch unterscheiden sich unsere Programme voneinander! Ist es nicht klar, daß gerade das erste Programm zum Unterschied vom zweiten reformistisch ist? Reformistisch ist eine Veränderung, welche die Grundlagen der Macht der herrschenden Klasse nicht untergräbt, sondern nur ein Zugeständnis ihrerseits unter *Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft* ist. Das Revolutionäre untergräbt die Grundlage der Macht. Das Reformistische im nationalen Programm hebt *nicht alle* Privilegien der herrschenden Nation auf, schafft *keine* volle Gleichberechtigung, beseitigt *nicht jedwede* nationale Unterdrückung. Die „autonome“ Nation ist mit der „herrschenden“ Nation nicht gleichberechtigt; die polnischen Genossen hätten das unbedingt bemerken müssen, wenn sie nicht (genauso wie unsere alten „Ökonomen“) die Analyse der *politischen* Begriffe und Kategorien hartnäckig außer acht ließen. Das autonome Norwegen hat als ein Teil Schwedens bis zum Jahre 1905 weitestgehende Autonomie genossen, aber gleichberechtigt mit Schweden

war es nicht. Nur seine freie Lostrennung drückte *in der Tat* seine Gleichberechtigung aus und stellte sie unter Beweis (wobei – das wollen wir in Klammern hinzufügen – gerade diese freie Lostrennung die Grundlage für eine viel engere, viel demokratischere, auf Gleichberechtigung beruhende Annäherung geschaffen hat). Solange Norwegen nur autonom war, besaß die schwedische Aristokratie *ein* zusätzliches Privileg, und dieses Privileg wurde nicht „abgeschwächt“ (das Wesen des Reformismus besteht in der *Abschwächung* des Übels und nicht in seiner Beseitigung), sondern durch die Lostrennung *vollständig beseitigt* (das grundlegende Merkmal des Revolutionären im Programm).

Nebenbei bemerkt: Die Autonomie als Reform ist von der Freiheit der Lostrennung als revolutionärer Maßnahme prinzipiell verschieden. Das unterliegt keinem Zweifel. Aber die Reform ist bekanntlich in der Praxis oft nur ein Schritt zur Revolution. Eben die Autonomie gestattet der Nation, die gewaltsam in den Grenzen des vorhandenen Staates festgehalten wird, sich endgültig als Nation zu konstituieren, ihre Kräfte zu sammeln, kennenzulernen, zu organisieren und den günstigsten Augenblick zu einer *Erklärung* . . . im „norwegischen“ Geiste zu wählen: Wir, das autonome Parlament dieser oder jener Nation, dieses oder jenes Gebiets, erklären, daß der Kaiser aller Reußen aufgehört hat, König von Polen zu sein, u. dgl. m. Dagegen wird gewöhnlich „eingewendet“: Solche Fragen werden durch Kriege und nicht durch Deklarationen entschieden. Richtig: in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle durch Kriege (wie die Fragen der Regierungsform der großen Staaten in der übergroßen Mehrzahl der Fälle nur durch Kriege oder Revolutionen entschieden werden). Es schadet jedoch nicht, darüber nachzudenken, ob ein *derartiger* „Einwand“ gegen das politische Programm einer revolutionären Partei logisch ist. Sind wir denn etwa Gegner von Kriegen und Revolutionen *für* das, was gerecht und dem Proletariat nützlich ist, *für* Demokratie und Sozialismus?

„Aber wir können doch nicht für einen Krieg zwischen den großen Völkern sein, für das Hinschlachten von 20 Millionen Menschen um der problematischen Befreiung einer kleinen Nation willen, deren Bevölkerung vielleicht 10–20 Millionen zählt!“ Natürlich können wir das nicht! Aber nicht deshalb nicht, weil wir die vollständige nationale Gleichberechtigung aus unserem Programm hinauswerfen, sondern weil die Interessen

der Demokratie *eines* Landes den Interessen der Demokratie *mehrerer und aller* Länder untergeordnet werden müssen. Nehmen wir an, daß sich zwischen zwei großen Monarchien eine kleine befindet, deren Landesfürst durch verwandtschaftliche und andere Bande mit den Monarchen beider Nachbarländer „versippt“ ist. Nehmen wir weiter an, daß die Ausrufung der Republik in dem kleinen Lande, die Vertreibung *seines* Monarchen, in der Praxis einen Krieg zwischen den zwei großen Nachbarländern um die Wiedereinsetzung dieses oder jenes Monarchen in dem kleinen Lande bedeuten würde. Kein Zweifel, daß die gesamte internationale Sozialdemokratie wie auch der wahrhaft internationalistische Teil der Sozialdemokratie des kleinen Landes in diesem Falle *gegen die Ersetzung der Monarchie durch die Republik wäre*. Die Ersetzung der Monarchie durch die Republik ist nichts Absolutes, sondern nur eine der demokratischen Forderungen, die den Interessen der Demokratie (und natürlich in noch höherem Maße des sozialistischen Proletariats) als Ganzes untergeordnet ist. Sicherlich würde ein solcher Fall nicht die geringste Meinungsverschiedenheit unter den Sozialdemokraten beliebiger Länder hervorrufen. Aber würde auf Grund *dessen* irgendein Sozialdemokrat den Vorschlag machen, die Losung der Republik überhaupt aus dem Programm der internationalen Sozialdemokratie zu streichen, so würde man ihn gewiß für verrückt halten. Man würde ihm sagen: Es geht nicht an, die elementare logische Unterscheidung zwischen dem *Besonderen* und dem *Allgemeinen* zu vergessen.

Dieses Beispiel führt uns, von einer etwas anderen Seite, zur Frage der *internationalistischen* Erziehung der Arbeiterklasse. Kann diese Erziehung – über deren Notwendigkeit und äußerste Dringlichkeit in der Zimmerwalder Linken Meinungsverschiedenheiten undenkbar sind – *konkret die gleiche sein* für die großen, unterdrückenden und für die kleinen, unterdrückten Nationen, für die annektierenden und für die annektierten Nationen?

Offenbar nicht. Der Vormarsch zum gemeinsamen Ziel: zur vollen Gleichberechtigung, zur engsten Annäherung und weiteren *Verschmelzung aller* Nationen erfolgt hier offenbar auf verschiedenen konkreten Wegen, ebenso wie, sagen wir, der Weg zu einem Punkt, der sich in der Mitte dieser Buchseite befindet, von einem Rande aus nach links, vom gegenüberliegenden Rande aus nach rechts führt. Wenn ein Sozialdemokrat

einer großen, unterdrückenden und annektierenden Nation, der sich im allgemeinen zur Verschmelzung der Nationen bekennt, auch nur eine Minute lang vergißt, daß „sein“ Nikolaus II., „sein“ Wilhelm, Georg, Poincaré usw. *ebenfalls für die Verschmelzung* mit den kleinen Nationen ist (mittels Annexionen) – Nikolaus II. für die „Verschmelzung“ mit Galizien, Wilhelm II. für die „Verschmelzung“ mit Belgien usw. –, so ist ein solcher Sozialdemokrat ein lächerlicher Doktrinär in der Theorie und ein Helfershelfer des Imperialismus in der Praxis.

Der Schwerpunkt der internationalistischen Erziehung der Arbeiter in den unterdrückenden Ländern muß unbedingt darin liegen, daß sie die Freiheit der Lostrennung der unterdrückten Länder propagieren und verteidigen. Ohne das *gibt es keinen* Internationalismus. Wir haben das Recht und die Pflicht, jeden Sozialdemokraten einer unterdrückenden Nation, der *keine* solche Propaganda treibt, als Imperialisten und Schurken zu behandeln. Das ist eine unbedingte Forderung, selbst wenn der *Fall* der Lostrennung vor der Errichtung des Sozialismus nur in einem von tausend Fällen möglich und „durchführbar“ wäre.

Wir sind verpflichtet, die Arbeiter zur „Gleichgültigkeit“ den nationalen Unterschieden gegenüber zu erziehen. Das ist unbestreitbar. Aber nicht zur Gleichgültigkeit von *Annexionisten*. Dem Angehörigen einer unterdrückenden Nation muß es „gleichgültig“ sein, ob die kleinen Nationen *seinem Staat oder dem Nachbarstaat* oder sich selbst angehören, je nach ihren Sympathien: ohne diese „Gleichgültigkeit“ ist er *kein* Sozialdemokrat. Um ein internationalistischer Sozialdemokrat zu sein, darf man *nicht* nur an seine eigene Nation denken, sondern muß *höher als sie* die Interessen aller Nationen, ihre allgemeine Freiheit und Gleichberechtigung stellen. In der „Theorie“ sind alle damit einverstanden, in der Praxis jedoch zeigt man gerade eine annexionistische Gleichgültigkeit. Das ist die Wurzel des Übels.

Umgekehrt muß der Sozialdemokrat einer kleinen Nation den Schwerpunkt seiner Agitation auf das *zweite* Wort unserer allgemeinen Formel legen: „freiwillige *Vereinigung*“ der Nationen. Er kann, ohne seine Pflichten als Internationalist zu verletzen, *sowohl* für die politische Unabhängigkeit seiner Nation *als auch* für ihren Anschluß an den Nachbarstaat X, Y, Z usw. sein. In allen Fällen aber muß er *gegen* die kleinnationale Beschränktheit, Abgeschlossenheit und Isolation kämpfen, für die Berück-

sichtigung des Ganzen und Allgemeinen, für die Unterordnung der Interessen des Teils unter die Interessen der Gesamtheit.

Leute, die sich nicht in diese Frage hineingedacht haben, finden es „widerspruchsvoll“, wenn die Sozialdemokraten der unterdrückenden Nationen auf der „Freiheit der *Losstrennung*“ beharren, die Sozialdemokraten der unterdrückten Nationen dagegen auf der „Freiheit der *Vereinigung*“. Etwas Überlegung zeigt jedoch, daß es einen *anderen* Weg zum Internationalismus und zur Verschmelzung der Nationen, einen *anderen* Weg *aus der gegebenen* Lage zu diesem Ziel nicht gibt und nicht geben kann.

Und hier wären wir bei der *besonderen* Lage der holländischen und der polnischen Sozialdemokratie angelangt.

8. DAS BESONDERE UND DAS GEMEINSAME IN DER STELLUNG DER HOLLÄNDISCHEN UND DER POLNISCHEN INTERNATIONALISTISCHEN SOZIALDEMOKRATEN

Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß die holländischen und die polnischen Marxisten, die gegen das Selbstbestimmungsrecht sind, zu den besten revolutionären und internationalistischen Elementen der internationalen Sozialdemokratie gehören. Wie ist es aber *möglich*, daß ihre theoretischen Ausführungen, wie wir gesehen haben, ein ganzes Gewebe von Fehlern darstellen? Keine einzige richtige allgemeine Erwägung, nichts als „imperialistischer Ökonomismus“!

Die Sache erklärt sich keineswegs aus besonders schlechten subjektiven Eigenschaften der holländischen und polnischen Genossen, sondern aus den *besonderen* objektiven Verhältnissen ihrer Länder. Beide Länder sind 1. klein und hilflos im gegenwärtigen „System“ der Großmächte; 2. beide liegen geographisch zwischen den am stärksten miteinander rivalisierenden, riesenstarken imperialistischen Räubern (England und Deutschland; Deutschland und Rußland); 3. in beiden sind die Erinnerungen und Traditionen jener Zeiten, da sie noch *selbst* „Großmächte“ waren, ungeheuer stark; Holland war eine stärkere Kolonialmacht als England; Polen war eine kulturell höherstehende und stärkere Großmacht als Rußland und

Preußen; 4. beide haben bis heute Privilegien bewahrt, die in der Unterdrückung fremder Völker bestehen: der holländische Bourgeois beherrscht das überaus reiche Niederländisch-Indien; der polnische Gutsbesitzer unterdrückt den ukrainischen und belorussischen Bauern, der polnische Bourgeois den Juden usw.

Eine solche Eigenart, die in der Kombination dieser vier besonderen Bedingungen besteht, ist in der Lage Irlands, Portugals (das eine Zeitlang von Spanien annektiert war), des Elsaß, Norwegens, Finnlands, der Ukraine, des lettischen, des belorussischen und vieler anderer Gebiete nicht zu finden. Und in dieser Eigenart liegt eben der *ganze Kern* der Sache! Treten die holländischen und die polnischen Sozialdemokraten mit Hilfe *allgemeiner* Argumente, d. h. solcher Argumente, die sich auf den Imperialismus im allgemeinen, den Sozialismus im allgemeinen, die Demokratie im allgemeinen, die nationale Unterdrückung im allgemeinen beziehen, gegen das Selbstbestimmungsrecht auf, so kann man wahrhaftig sagen, daß ein Fehler dem anderen folgt, daß ein Fehler den anderen jagt. Man braucht aber nur diese offensichtlich fehlerhafte *Hülle* der allgemeinen Argumente abzustreifen und den *Kern* der Dinge vom Gesichtspunkt der Eigenart der *besonderen* Bedingungen Hollands und Polens zu betrachten, damit ihre eigenartige Stellungnahme *verständlich* und durchaus berechtigt erscheint. Man kann sagen, ohne fürchten zu müssen, in Paradoxie zu verfallen, daß die holländischen und die polnischen Marxisten, wenn sie mit Schaum vor dem Munde gegen das Selbstbestimmungsrecht wettern, nicht ganz das sagen, was sie sagen wollen, oder, anders ausgedrückt, nicht ganz das sagen wollen, was sie sagen.*

Ein Beispiel haben wir schon in unseren Thesen angeführt.** Gorter ist gegen die Selbstbestimmung *seines* Landes, aber *für* die Selbstbestimmung von Niederländisch-Indien, das von „seiner“ Nation unterdrückt wird! Was Wunder, wenn wir in ihm einen aufrichtigeren Internationalisten und uns näherstehenden Gesinnungsgenossen sehen als in den Leuten, die das Selbstbestimmungsrecht *so* anerkennen – so in Worten, so voller Heuchelei wie Kautsky in Deutschland oder wie Trotzki und Mar-

* Wir erinnern daran, daß *alle* polnischen Sozialdemokraten in ihrer Zimmerwalder Deklaration das Selbstbestimmungsrecht *im allgemeinen anerkannt haben*, nur in einer etwas anderen Formulierung.

** Siehe den vorliegenden Band, S. 153. *Die Red.*

tow bei uns? Aus den allgemeinen und grundlegenden Prinzipien des Marxismus ergibt sich zweifellos die Pflicht, für die Freiheit der Lostrennung der Nationen zu kämpfen, die von „meiner eigenen“ Nation unterdrückt werden, aber es ergibt sich daraus keineswegs die Notwendigkeit, die Unabhängigkeit gerade Hollands voranzustellen, das am meisten an einer engen, verknöcherten, eigennützligen und abstumpfenden Abgeschlossenheit leidet: Mag die ganze Welt in Flammen stehen, was kümmert es uns, „wir“ sind zufrieden mit unserer alten Beute und ihrem fetten „Rest“ – Indien, alles übrige geht „uns“ nichts an!

Ein anderes Beispiel. Karl Radek, ein polnischer Sozialdemokrat, der sich durch seinen entschiedenen Kampf für den Internationalismus in der deutschen Sozialdemokratie nach Beginn des Krieges ein besonders großes Verdienst erworben hat, rennt in dem Artikel „Das Selbstbestimmungsrecht der Völker“ („Lichtstrahlen“¹⁰¹ – eine von der preußischen Zensur verbotene linksradikale Monatsschrift, die von J. Borchardt redigiert wird – vom 5. Dezember 1915, 3. Jahrgang, Nr. 3) sehr heftig gegen das Selbstbestimmungsrecht an, wobei er übrigens *nur* die Meinungen holländischer und polnischer Autoritäten zu seinen Gunsten zitiert und unter anderem folgendes Argument anführt: das Selbstbestimmungsrecht stärke den Glauben, „als sei es Pflicht der Sozialdemokratie, jeden Unabhängigkeitskampf zu unterstützen“.

Vom Standpunkt der *allgemeinen* Theorie ist dieses Argument geradezu empörend, denn es ist offensichtlich unlogisch: Erstens gibt es keine einzige demokratische Teilforderung und kann es keine geben, die nicht zu Mißbräuchen führen könnte, wenn man den Teil nicht dem Ganzen unterordnet; wir sind nicht verpflichtet, „jeden“ Unabhängigkeitskampf oder „jede“ republikanische oder antiklerikale Bewegung zu unterstützen. Zweitens gibt es *keine einzige* Formulierung für den Kampf gegen die nationale Unterdrückung und kann es keine geben, die nicht an dem *gleichen* „Mangel“ litte. Radek selbst gebrauchte in der „Berliner Tagwacht“ (1915, Nr. 253) die Formel „Gegen alte und neue Annexionen“. Jeder beliebige polnische Nationalist wird mit Recht aus dieser Formel „folgern“: „Polen ist ein annektiertes Land, ich bin gegen Annexionen, *d. h.*, ich bin für die Unabhängigkeit Polens“. Oder Rosa Luxemburg hat, wenn wir uns recht erinnern, in einem Artikel 1908¹⁰² die Meinung geäußert, es genüge die Formel „Gegen die nationale Unterdrückung“. Aber

jeder beliebige polnische Nationalist wird sagen – *und zwar mit vollem Recht* –, daß die Annexion *eine* der Arten der nationalen Unterdrückung ist, *folglich* usw.

Betrachten wir indes statt dieser allgemeinen Argumente die *besonderen* Verhältnisse in Polen: seine Unabhängigkeit ist *jetzt* ohne Kriege oder Revolutionen „undurchführbar“. Einzig und allein um der Wiederaufrichtung Polens willen für einen europäischen Krieg sein – das hieße ein Nationalist schlimmster Sorte sein, die Interessen der kleinen Anzahl von Polen höher stellen als die Interessen von Hunderten Millionen Menschen, die durch den Krieg leiden. Genauso sind aber z. B. die „Fracy“ (PPS-Prawica)⁴⁰³, die nur in Worten Sozialisten sind und denen gegenüber die polnischen Sozialdemokraten tausendmal recht haben. Die Losung der Unabhängigkeit Polens *jetzt* aufstellen, angesichts des *gegenwärtigen* Verhältnisses zwischen den imperialistischen Nachbarstaaten, heißt in der Tat einer Utopie nachjagen, in engstirnigen Nationalismus verfallen, die Voraussetzung der gesamteuropäischen oder zumindest der russischen und der deutschen Revolution vergessen. Genauso bedeutete die Forderung der Koalitionsfreiheit als selbständige Losung im Rußland der Jahre 1908–1914, daß man einer Utopie nachjagte und objektiv der Stolypinschen Arbeiterpartei (heute Partei der Potressow–Gwosdew, was übrigens ein und dasselbe ist) Vorschub leistete. Es wäre aber Wahnsinn, die Forderung der Koalitionsfreiheit aus dem Programm der Sozialdemokratie überhaupt streichen zu wollen!

Jetzt das dritte und wohl das wichtigste Beispiel. In den polnischen Thesen (III, Ende von Punkt 2) wird gegen die Idee eines unabhängigen polnischen Pufferstaates der Einwand erhoben, daß dies „eine hohle Utopie kleiner, ohnmächtiger Gruppen ist. Verwirklicht, würde diese Idee die Schaffung eines kleinen polnischen Rumpfstaates bedeuten, der die Militärkolonie einer oder einer anderen Großmächtegruppe, ein Spielball ihrer militärischen und wirtschaftlichen Interessen, ein Ausbeutungsgebiet des fremden Kapitals, ein Schlachtfeld der zukünftigen Kriege wäre.“ All das ist sehr *richtig gegen* die Losung der Unabhängigkeit Polens für *heute*, denn selbst eine Revolution in Polen allein würde hier nichts ändern, die Aufmerksamkeit der polnischen Massen würde aber abgelenkt werden von der *Hauptsache*: vom Zusammenhang ihres Kampfes mit dem Kampf des russischen und des deutschen Proletariats. Es ist kein Paradox, son-

dern eine Tatsache, daß das polnische Proletariat als solches heute der Sache des Sozialismus und der Freiheit, *auch der polnischen*, nur dienen kann, wenn es *gemeinsam* mit dem Proletariat der Nachbarländer gegen die *engstirnigen polnischen* Nationalisten kämpft. Es ist unmöglich, das große historische Verdienst der polnischen Sozialdemokraten im Kampf gegen diese letzteren zu leugnen.

Aber dieselben Argumente, die vom Standpunkt der *besonderen* Verhältnisse Polens in der *gegenwärtigen* Epoche richtig sind, sind offenkundig falsch in der *allgemeinen* Form, die ihnen gegeben worden ist. Solange es Kriege gibt, wird Polen in Kriegen zwischen Deutschland und Rußland stets ein Schlachtfeld bleiben; das ist kein Argument gegen größere politische Freiheit (und folglich auch politische Unabhängigkeit) in den Perioden zwischen den Kriegen. Dasselbe gilt auch für den Einwand, der die Ausbeutung durch fremdes Kapital und die Rolle eines Spielballs fremder Interessen betrifft. Die polnischen Sozialdemokraten können jetzt nicht die Losung der Unabhängigkeit Polens aufstellen, denn als proletarische Internationalisten können die Polen *nichts* dafür tun, ohne sich wie die „Fracy“ zu Lakaian *einer* der imperialistischen Monarchien zu erniedrigen. Den russischen und den deutschen Arbeitern ist es aber *nicht* gleichgültig, ob sie an der Annexion Polens beteiligt sein werden (das bedeutet die Erziehung der deutschen und der russischen Arbeiter und Bauern im Geiste der gemeinsten Knechtsgesinnung, des Sichabfindens mit der Rolle des Henkers fremder Völker), oder ob Polen unabhängig sein wird.

Die Lage ist zweifellos sehr verwirrt, aber es gibt aus ihr einen Ausweg, bei dem *alle* Beteiligten Internationalisten bleiben: die russischen und die deutschen Sozialdemokraten, indem sie die bedingungslose „*Freiheit* der Lostrennung“ Polens verlangen, und die polnischen Sozialdemokraten, indem sie für die Einheit des proletarischen Kampfes in einem kleinen Lande und den großen Ländern kämpfen, ohne für die gegebene Epoche oder die gegebene Periode die Losung der Unabhängigkeit Polens aufzustellen.

9. EIN BRIEF ENGELS' AN KAUTSKY

In seiner Broschüre „Sozialismus und Kolonialpolitik“ (Berlin 1907) veröffentlichte Kautsky, der damals noch Marxist war, einen Brief Engels'

an ihn vom 12. September 1882, der für die uns interessierende Frage von größtem Interesse ist. Hier der wichtigste Teil dieses Briefes:

„Meiner Ansicht nach werden die eigentlichen Kolonien, d. h. die von europäischer Bevölkerung besetzten Länder, Kanada, Kap, Australien, alle selbständig werden; dagegen die bloß beherrschten, von Eingebornen bewohnten Länder, Indien, Algier, die holländischen, portugiesischen und spanischen Besitzungen vom Proletariat vorläufig übernommen werden und so rasch wie möglich der Selbständigkeit entgegengeführt werden müssen. Wie sich dieser Prozeß entwickeln wird, ist schwer zu sagen, Indien macht vielleicht Revolution, sogar sehr wahrscheinlich, und da das sich befreiende Proletariat keine Kolonialkriege führen kann, würde man es gewähren lassen müssen, wobei es natürlich nicht ohne allerhand Zerstörung abgehen würde, aber dergleichen ist eben von allen Revolutionen unzertrennlich. Dasselbe könnte sich auch noch anderwärts abspielen, z. B. in Algier und Ägypten, und wäre *für uns* sicher das beste. Wir werden genug zu Hause zu tun haben. Ist Europa erst reorganisiert und Nordamerika, so gibt das eine so kolossale Macht und ein solches Exempel, daß die halbzivilisierten Länder ganz von selbst ins Schlepptau kommen; das besorgen allein schon die ökonomischen Bedürfnisse. Welche sozialen und politischen Phasen aber diese Länder dann durchzumachen haben, bis sie ebenfalls zur sozialistischen Organisation kommen, darüber, glaube ich, können wir heute nur ziemlich müßige Hypothesen aufstellen. Nur das eine ist sicher: *Das siegreiche Proletariat kann keinem fremden Volke irgendwelche Beglückung aufzwingen, ohne damit seinen eignen Sieg zu untergraben.* Womit natürlich Verteidigungskriege verschiedner Art keineswegs ausgeschlossen sind.“¹⁰⁴

Engels nimmt keineswegs an, daß das „Ökonomische“ von selbst und unmittelbar alle Schwierigkeiten aus dem Wege räumen würde. Die wirtschaftliche Umwälzung wird *alle* Völker veranlassen, sich dem Sozialismus *zuzuwenden*, doch sind dabei auch Revolutionen – gegen den sozialistischen Staat – und Kriege möglich. Die Anpassung der Politik an die Ökonomik wird unvermeidlich eintreten, aber nicht auf einmal und nicht ganz glatt, nicht einfach, nicht unmittelbar. Als „sicher“ stellt Engels nur ein einziges, unbedingt internationalistisches Prinzip auf, das er auf *alle* „fremden Völker“, d. h. nicht nur auf die Kolonialvölker, anwendet: ihnen Beglückung aufzwingen wollen hieße den Sieg des Proletariats untergraben.

Das Proletariat wird nicht heilig und gegen Fehler und Schwächen ge-
feit werden, nur weil es die soziale Revolution vollbringen wird. Aber
mögliche Fehler (und eigennützige Interessen – der Versuch, auf Kosten
anderer zu leben) werden es unvermeidlich zur Erkenntnis dieser Wahr-
heit führen.

Wir, die Zimmerwalder Linken, sind alle davon überzeugt, wovon
z. B. auch Kautsky bis zu seiner 1914 erfolgten Wendung vom Marxis-
mus zur Verteidigung des Chauvinismus überzeugt war, nämlich daß die
sozialistische Revolution in *allernächster* Zukunft, „von heute auf mor-
gen“, wie sich einmal derselbe Kautsky ausdrückte, durchaus möglich ist.
Die nationalen Antipathien werden nicht so rasch verschwinden; der Haß
– der durchaus berechtigte Haß – der unterdrückten Nation gegen die
unterdrückende Nation wird noch eine Zeitlang *weiterbestehen*; er wird
erst *nach* dem Sieg des Sozialismus und *nach* der endgültigen Herstellung
völlig demokratischer Beziehungen zwischen den Nationen verschwinden.
Wenn wir dem Sozialismus treu bleiben wollen, so müssen wir schon jetzt
für die internationalistische Erziehung der Massen Sorge tragen, die bei
den unterdrückenden Nationen unmöglich ist ohne die Propagierung der
Freiheit der Lostrennung für die unterdrückten Nationen.

10. DER IRISCHE AUFSTAND 1916

Unsere Thesen sind vor diesem Aufstand verfaßt worden, der als Ma-
terial zur Überprüfung der theoretischen Auffassungen dienen soll.

Die Auffassungen der Gegner der Selbstbestimmung führen zu der
Schlußfolgerung, daß die Lebensfähigkeit der kleinen, vom Imperialismus
unterdrückten Nationen schon erschöpft sei, daß sie dem Imperialismus
gegenüber keinerlei Rolle spielen könnten, daß die Unterstützung ihrer
rein nationalen Bestrebungen zu nichts führen werde u. dgl. m. Die Er-
fahrung des imperialistischen Krieges 1914–1916 widerlegt *faktisch* der-
artige Schlußfolgerungen.

Der Krieg wurde zur Epoche der Krise für die westeuropäischen Na-
tionen, für den gesamten Imperialismus. Jede Krise räumt mit dem Kon-
ventionellen auf, sprengt die äußeren Hüllen, fegt das Überlebte hinweg,
legt die tieferen Triebfedern und Kräfte bloß. Was hat sie nun vom

Standpunkt der Bewegung der unterdrückten Nationen zutage gefördert? In den Kolonien eine Reihe von Aufstandsversuchen, die natürlich die unterdrückenden Nationen mit Hilfe der Militärzensur auf jede Art zu verheimlichen suchten. Trotzdem ist bekannt, daß die Engländer in Singapur die Meuterei ihrer indischen Truppen grausam niederwarfen; daß es im französischen Annam (siehe „Nasche Slowo“) und im deutschen Kamerun (siehe Junius-Broschüre*) Aufstandsversuche gab; daß es in Europa einerseits zum Aufstand in Irland kam, dessen die „freiheitsliebenden“ Engländer durch Hinrichtungen Herr zu werden suchten, ohne daß sie jedoch gewagt hätten, für die Iren die allgemeine Militärpflicht einzuführen, und daß andererseits die österreichische Regierung Abgeordnete des böhmischen Landtags wegen „Hochverrats“ zum Tode verurteilte und tschechische Soldaten für dasselbe „Verbrechen“ regimenterweise erschießen ließ.

Selbstverständlich ist diese Liste bei weitem nicht vollständig. Und dennoch zeigt sie, daß Flammen nationaler Aufstände *im Zusammenhang* mit der Krise des Imperialismus *sowohl* in den Kolonien *als auch* in Europa aufloderten, daß die nationalen Sympathien und Antipathien trotz drakonischer Drohungen und Repressalien zum Ausbruch kamen. Und dabei war die Krise des Imperialismus noch weit entfernt vom Höhepunkt ihrer Entwicklung: die Macht der imperialistischen Bourgeoisie war noch nicht untergraben (der Krieg „bis zur Erschöpfung“ kann dahin führen, hat aber noch nicht dahin geführt); die proletarischen Bewegungen innerhalb der imperialistischen Mächte sind noch sehr schwach. Was wird aber sein, wenn der Krieg zur vollen Erschöpfung führt oder wenn die Macht der Bourgeoisie, sei es auch nur in einem Lande, unter den Schlägen des proletarischen Kampfes so ins Wanken gerät wie die Macht des Zarismus im Jahre 1905?

In der „Berner Tagwacht“, dem Organ der Zimmerwalder einschließ-lich einiger Linken, erschien am 9. Mai 1916 anlässlich des irischen Aufstands ein mit K. R.¹⁰⁵ gezeichneter Artikel unter dem Titel „Ein ausgespieltes Lied“. Der irische Aufstand wird dort für nicht mehr und nicht weniger als einen „Putsch“ erklärt, denn „die irische Frage“ sei „eine Agrarfrage“ gewesen, die Bauern seien durch Reformen beruhigt worden, die nationalistische Bewegung sei jetzt eine „rein städtische kleinbürger-

* Siehe den vorliegenden Band, S. 310–325, *Die Red.*

liche Bewegung, hinter der trotz des vielen Lärms, den sie bereitete, sozial nicht viel steckte“.

Kein Wunder, daß dieses in seinem Doktrinarismus und seiner Pedanterie ungeheuerliche Urteil mit dem Urteil eines russischen Nationalliberalen, des Kadetten A. Kulischer („Retsch“¹⁰⁶ vom 15. April 1916, Nr. 102), zusammenfiel, der den Aufstand ebenfalls als „Dubliner Putsch“ bezeichnete.

Man darf wohl hoffen, daß nach dem Sprichwort „Alles Schlechte hat auch sein Gutes“ vielen Genossen, die nicht begriffen haben, in welchen Sumpf sie geraten, wenn sie die „Selbstbestimmung“ ablehnen und die nationalen Bewegungen der kleinen Nationen mit Geringschätzung behandeln, jetzt, unter dem Eindruck dieses „zufälligen“ Zusammenfallens der Urteile eines Vertreters der imperialistischen Bourgeoisie und eines Sozialdemokraten, die Augen aufgehen werden!!

Von einem „Putsch“ im wissenschaftlichen Sinne des Wortes kann man nur dann sprechen, wenn ein Aufstandsversuch weiter nichts als einen Klüngel von Verschwörern oder wahnwitzigen Narren zutage gefördert und in den Massen keinerlei Sympathien erweckt hat. Die irische nationale Bewegung, die auf Jahrhunderte zurückblickt und durch verschiedene Etappen und Kombinationen der Klasseninteressen hindurchgegangen ist, fand unter anderem ihren Ausdruck in dem massenhaft beschickten irischen Nationalkonvent in Amerika („Vorwärts“ vom 20. III. 1916), der sich für die Unabhängigkeit Irlands aussprach; sie kam zum Ausdruck in den Straßenkämpfen eines Teils des städtischen Kleinbürgertums *und eines Teils der Arbeiter*, nach langdauernder Agitation unter den Massen, nach Demonstrationen, Zeitungsverboten usw. Wer einen *solchen* Aufstand einen Putsch nennt, ist entweder der schlimmste Reaktionär oder ein hoffnungsloser Doktrinär, der unfähig ist, sich die soziale Revolution als eine lebendige Erscheinung vorzustellen.

Denn zu glauben, daß die soziale Revolution *denkbar* ist ohne Aufstände kleiner Nationen in den Kolonien und in Europa, ohne revolutionäre Ausbrüche eines Teils des Kleinbürgertums *mit allen seinen Vorurteilen*, ohne die Bewegung unaufgeklärter proletarischer und halbproletarischer Massen gegen das Joch der Gutsbesitzer und der Kirche, gegen die monarchistische, nationale usw. Unterdrückung – das zu glauben heißt *der sozialen Revolution entsagen*. Es soll sich wohl an einer Stelle das eine

Heer aufstellen und erklären: „Wir sind für den Sozialismus“, an einer anderen Stelle das andere Heer aufstellen und erklären: „Wir sind für den Imperialismus“, und das wird dann die soziale Revolution sein! Nur unter einem solchen lächerlich-pedantischen Gesichtspunkt war es denkbar, den irischen Aufstand einen „Putsch“ zu schimpfen.

Wer eine „reine“ soziale Revolution erwartet, der wird sie *niemals* erleben. Der ist nur in Worten ein Revolutionär, der versteht nicht die wirkliche Revolution.

Die russische Revolution von 1905 war eine bürgerlich-demokratische Revolution. Sie bestand aus einer Reihe von Kämpfen *aller* unzufriedenen Klassen, Gruppen und Elemente der Bevölkerung. Darunter gab es Massen mit den wildesten Vorurteilen, mit den unklarsten und phantastischsten Kampfzielen, gab es Grüppchen, die von Japan Geld nahmen, gab es Spekulanten und Abenteurer usw. *Objektiv* untergrub die Bewegung der Massen den Zarismus und bahnte der Demokratie den Weg, darum wurde sie von den klassenbewußten Arbeitern geführt.

Die sozialistische Revolution in Europa *kann nichts anderes sein* als ein Ausbruch des Massenkampfes aller und jeglicher Unterdrückten und Unzufriedenen. Teile des Kleinbürgertums und der rückständigen Arbeiter werden unweigerlich an ihr teilnehmen – ohne eine solche Teilnahme ist ein *Massenkampf nicht* möglich, ist *überhaupt keine* Revolution möglich –, und ebenso unweigerlich werden sie in die Bewegung ihre Vorurteile, ihre reaktionären Phantastereien, ihre Fehler und Schwächen hineinbringen. *Objektiv* aber werden sie das *Kapital* angreifen, und die klassenbewußte Avantgarde der Revolution, das fortgeschrittene Proletariat, das diese objektive Wahrheit des mannigfaltigen, vielstimmigen, buntscheckigen und äußerlich zersplitterten Massenkampfes zum Ausdruck bringt, wird es verstehen, ihn zu vereinheitlichen und zu lenken, die Macht zu erobern, die Banken in Besitz zu nehmen, die allen (wenn auch aus verschiedenen Gründen!) so verhaßten Trusts zu expropriieren und andere diktatorische Maßnahmen durchzuführen, die in ihrer Gesamtheit den Sturz der Bourgeoisie und den Sieg des Sozialismus ergeben, einen Sieg, der sich durchaus nicht mit einem Schlag aller kleinbürgerlichen Schlacken „entledigen“ wird.

Die Sozialdemokratie, lesen wir in den polnischen Thesen (I,4), „hat die gegen den europäischen Imperialismus gerichteten Kämpfe der jungen

kolonialen Bourgeoisie zur Verschärfung der revolutionären Krise in Europa auszunützen“. (Hervorgehoben von den Verfassern.)

Ist es nicht klar, daß es in *dieser* Beziehung am wenigsten zulässig ist, Europa den Kolonien gegenüberzustellen? Ein Kampf der unterdrückten Nationen *in Europa*, der imstande wäre, zu Aufständen und Straßenkämpfen, zur Verletzung der eisernen Disziplin des Heeres und des Belagerungszustands zu führen – ein solcher Kampf würde „die revolutionäre Krise in Europa“ in ungleich höherem Grade „verschärfen“ als ein viel weiter entwickelter Aufstand in einer entlegenen Kolonie. Ein Schlag von gleicher Stärke, welcher der Macht der englischen imperialistischen Bourgeoisie durch einen Aufstand in Irland versetzt wird, hat eine hundertmal größere politische Bedeutung als ein gleicher Schlag in Asien oder in Afrika.

Vor kurzem meldete die französische chauvinistische Presse, daß in Belgien Nummer 80 der illegalen Zeitschrift „Das freie Belgien“ erschienen sei. Die chauvinistische Presse Frankreichs lügt natürlich sehr oft, aber diese Meldung scheint wahr zu sein. Während es die chauvinistische und die kautskyanische deutsche Sozialdemokratie in den zwei Jahren des Krieges nicht fertiggebracht hat, sich eine freie Presse zu schaffen, sondern knechtisch das Joch der Militärzensur trägt (nur die linksradikalen Elemente, zu ihrer Ehre sei es gesagt, haben nichtzensierte Broschüren und Flugschriften herausgebracht), beantwortet eine unterdrückte, kulturell hochstehende Nation das unerhörte Wüten der militärischen Unterdrückung mit der Schaffung eines Organs des revolutionären Protestes! Die Dialektik der Geschichte ist derart, daß die kleineren Nationen, die als *selbständiger* Faktor im Kampf gegen den Imperialismus machtlos sind, die Rolle eines der Fermente, eines der Bazillen spielen, die dem *wahren* Gegenspieler des Imperialismus, dem sozialistischen Proletariat, auf den Plan zu treten helfen.

Die Generalstäbe sind im gegenwärtigen Krieg eifrig bemüht, jede nationale und revolutionäre Bewegung im Lager ihrer Gegner auszunützen, die Deutschen – den irischen Aufstand, die Franzosen – die tschechische Bewegung usw. Und von ihrem Standpunkt aus handeln sie vollkommen richtig. Man kann sich einem ernsthaften Krieg gegenüber nicht ernsthaft verhalten, ohne die geringste Schwäche des Gegners auszunützen, ohne jede Chance aufzugreifen, um so mehr, als man nicht im voraus wissen

kann, in welchem Augenblick und mit welcher Kraft hier oder dort dieses oder jenes Pulverfaß „explodiert“. Wir wären sehr schlechte Revolutionäre, wenn wir es nicht verstünden, im großen Befreiungskampf des Proletariats für den Sozialismus *jede* Volksbewegung gegen die *einzelnen* Bedrängnisse des Imperialismus zur Verschärfung und Ausweitung der Krise auszunutzen. Wenn wir einerseits auf tausenderlei Art zu erklären und zu wiederholen begännen, daß wir „gegen“ jede nationale Unterdrückung sind, anderseits aber den heldenhaften Aufstand des beweglichsten und intelligentesten Teils gewisser Klassen einer unterdrückten Nation gegen ihre Unterdrücker als „Putsch“ bezeichnen wollten – so würden wir auf ein ebenso stumpfsinniges Niveau hinabgleiten wie die Kautskyaner.

Das Unglück der Iren besteht darin, daß ihr Aufstand nicht zeitgemäß war, da der Aufstand des europäischen Proletariats *noch* nicht herangereift ist. Der Kapitalismus ist nicht so harmonisch aufgebaut, daß die verschiedenen Aufstandsherde sich von selbst, ohne Mißerfolge und Niederlagen, sogleich miteinander vereinigen könnten. Im Gegenteil, gerade der Umstand, daß die Aufstände zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten ausbrechen, daß sie verschieden geartet sind, gewährleistet die Breite und Tiefe der allgemeinen Bewegung; nur in unzeitgemäßen, partiellen, zersplitterten und daher erfolglosen revolutionären Bewegungen werden die Massen Erfahrung erwerben, werden sie lernen, Kräfte sammeln, ihre wahren Führer, die sozialistischen Proletarier, erkennen und dadurch den allgemeinen Ansturm vorbereiten, ebenso wie Teilstreiks, Demonstrationen in einzelnen Städten und im ganzen Land, Meutereien im Heer, Bauernunruhen usw. den allgemeinen Ansturm im Jahre 1905 vorbereitet haben.

11. SCHLUSS

Die Forderung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen hat, entgegen der falschen Behauptung der polnischen Sozialdemokraten, in unserer Parteiagitation keine geringere Rolle gespielt als z. B. die Volksbewaffnung, die Trennung von Kirche und Staat, die Wahl der Beamten durch das Volk und andere von den Spießbürgern als „utopisch“ bezeichnete Forderungen. Umgekehrt hat die Belebung der nationalen Bewegun-

gen nach 1905 natürlicherweise auch eine Belebung unserer Agitation nach sich gezogen: Davon zeugen eine Reihe von Artikeln aus den Jahren 1912 und 1913 und die Resolution unserer Partei aus dem Jahre 1913, die eine genaue und „antikautskyanische“ (d. h. mit einem bloßen Lippenbekenntnis unvereinbare) Definition des *Wesens* der Sache gegeben hat*.

Schon damals ist eine Tatsache zutage getreten, die man nicht umgehen darf: die Opportunisten verschiedener Nationen, der Ukrainer Jurkewitsch, der Bundist Libman, der russische Lakai der Potressow und Co. Semkowski traten *für* die Argumente Rosa Luxemburgs *gegen* das Selbstbestimmungsrecht ein! Was bei der polnischen Sozialdemokratin nur eine irrierte theoretische Verallgemeinerung der *besonderen* Verhältnisse der Bewegung in Polen war, das hat sich in der Praxis, in einem weiten Rahmen, unter den Verhältnissen nicht eines kleinen, sondern eines großen Staates, im internationalen und nicht im engen polnischen Maßstab *objektiv* sofort als opportunistische Unterstützung des großrussischen Imperialismus erwiesen. Die Geschichte der politischen *Gedankenrichtungen* (zum Unterschied von den Auffassungen einzelner) hat die Richtigkeit unseres Programms bestätigt.

Auch jetzt treten offene Sozialimperialisten wie Lensch unverblümt sowohl gegen das Selbstbestimmungsrecht als auch gegen die Ablehnung der Annexionen auf. Die Kautskyaner hingegen erkennen heuchlerisch das Selbstbestimmungsrecht an – bei uns in Rußland gehen Trotzki und Martow diesen Weg. In Worten sind *beide* für das Selbstbestimmungsrecht, ebenso wie Kautsky. Aber wie sieht es in Wirklichkeit aus? Bei Trotzki – man nehme seine Artikel „Nation und Wirtschaft“ im „Nasche Slowo“ – sehen wir seinen gewohnten Eklektizismus: einerseits würden die Nationen durch die Wirtschaft verschmolzen, andererseits durch die nationale Unterdrückung zersplittert. Und die Schlußfolgerung? Die Schlußfolgerung ist, daß die herrschende Heuchelei nicht entlarvt wird, daß die Agitation ohne Leben bleibt und das Wichtigste, Grundlegende, Wesentliche, der Praxis Nächstliegende gar nicht berührt – das Verhältnis zu der Nation, die von „meiner“ Nation unterdrückt wird. Martow und die anderen Auslandssekretäre haben es vorgezogen, den Kampf ihres Kollegen und Mitsekretärs Semkowski gegen die Selbstbestimmung

* Siehe Werke, Bd. 19, S. 419–422. *Die Red.*

einfach zu vergessen – eine recht bequeme Vergeßlichkeit! In der legalen Presse der Gwosdew-Leute („Nasch Golos“) schrieb Martow *für* die Selbstbestimmung, wobei er den Nachweis für die unbestreitbare Wahrheit führte, daß sie in einem imperialistischen Krieg *noch* nicht zur Teilnahme daran verpflichtet usw.; er umging jedoch die Hauptsache – er umgeht sie auch in der illegalen, zensurfreien Presse! –, nämlich daß Rußland *auch in Friedenszeiten* den Weltrekord in der Unterdrückung der Nationen auf der Grundlage eines beispiellos brutalen, mittelalterlichen, wirtschaftlich rückständigen, militärisch-bürokratischen Imperialismus geschlagen hat. Ein russischer Sozialdemokrat, der die Selbstbestimmung der Nationen annähernd so „anerkennt“ wie die Herren Plechanow, Potressow und Co., d. h. ohne für die Freiheit der Lostrennung der vom Zarismus unterdrückten Nationen zu kämpfen, ist *in Wirklichkeit* ein Imperialist und ein Lakai des Zarismus.

Was immer die subjektiv „edlen“ Absichten Trotzki und Martows sein mögen, objektiv unterstützen sie durch ihre ausweichende Haltung den russischen Sozialimperialismus. Die imperialistische Epoche hat alle „Groß“mächte zu Unterdrückern einer Reihe von Nationen gemacht, und die Entwicklung des Imperialismus wird unvermeidlich auch in der internationalen Sozialdemokratie zu einer klareren Scheidung der Strömungen in dieser Frage führen.

Geschrieben im Juli 1916.

*Veröffentlicht im Oktober 1916 im
„Sbornik Sozial-Demokrata“ Nr. 1.
Unterschrift: N. L e n i n.*

*Nach dem Text des „Sbornik
Sozial-Demokrata“.*

ANMERKUNGEN

¹ Das Buch „*Neue Daten über die Entwicklungsgesetze des Kapitalismus in der Landwirtschaft. I. Folge. Kapitalismus und Landwirtschaft in den Vereinigten Staaten von Amerika*“ wurde 1915 geschrieben. Anfang Januar 1916 schickte Lenin aus Bern das Manuskript an A. M. Gorki für den Verlag „Parus“ (Das Segel), aber das Buch erschien 1916 nicht. Es wurde 1917 in Petrograd vom Verlag „Shisn i Snanije“ herausgegeben.

Die Vorarbeiten zu dem Buch – Varianten des Plans und Auszüge aus den statistischen Tabellen der beiden Volkszählungen in den USA von 1900 und 1910 – wurden 1932 im Lenin-Sammelband XIX, S. 380–460, russ., veröffentlicht und sind im Band 40 der Werke W. I. Lenins, S. 394–476, enthalten.

Lenin beabsichtigte, eine zweite Folge des Buches über Deutschland zu schreiben, aber diese Absicht wurde nicht verwirklicht. ¹

² „*Sawety*“ (Das Vermächtnis) – legale sozialrevolutionäre Monatsschrift für Literatur und Politik; erschien von April 1912 bis Juli 1914 in Petersburg. 5

³ Siehe Karl Marx, „*Das Kapital*“, Bd. III, Berlin 1961, S. 662–689, oder Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 25, S. 627–652. 10

⁴ Gemeint ist die 1909 in Berlin erschienene Broschüre „*Der Weg zur Macht*“ von Karl Kautsky. 104

⁵ „*Die Neue Zeit*“ – theoretische Zeitschrift der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die von 1883 bis 1923 in Stuttgart erschien. In der „*Neuen Zeit*“ wurden erstmalig einige Arbeiten von Marx und Engels veröffentlicht. Engels half der Redaktion der Zeitschrift ständig und übte oft Kritik daran, daß sie Abweichungen vom Marxismus in der Zeitschrift zuließ. An der „*Neuen Zeit*“ arbeiteten hervorragende Führer der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung mit. Bis Anfang des 20. Jahrhunderts eine marxisti-

stische Zeitschrift, ging „Die Neue Zeit“ mehr und mehr auf zentristische Positionen über. Während des imperialistischen Weltkriegs 1914–1918 bezog sie einen sozialpazifistischen Standpunkt und unterstützte faktisch die Sozialchauvinisten. 105

⁶ Der Artikel *„Der Opportunismus und der Zusammenbruch der II. Internationale“* wurde von Lenin in deutscher Sprache geschrieben und im Januar 1916 in der ersten Nummer des theoretischen Organs der Zimmerwalder Linken, in der Zeitschrift „Vorboten“, an deren Gründung Lenin aktiv mitwirkte, veröffentlicht. Unter der gleichen Überschrift hatte Lenin kurz vorher (Ende 1915) einen Artikel in russischer Sprache geschrieben. Dieser wurde zum erstenmal 1924 in Nr. 5 (28) der Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija“ (Die proletarische Revolution) veröffentlicht und ist in Band 21 der Werke W. I. Lenins (S. 446–460) enthalten. Der Wortlaut dieses Artikels weicht vom Wortlaut des im „Vorboten“ veröffentlichten Artikels ab. 107

⁷ *Vierverband* (Quadrupelentente) – imperialistischer Bund zwischen England, Frankreich, Rußland und Italien. Der Vierverband entstand 1915 nach dem Austritt Italiens aus dem Dreibund (Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien) und seinem Anschluß an den anderen imperialistischen Bund – den Dreiverband (Tripelentente), der sich 1907 gebildet hatte. 107

⁸ *„Sozialistische Monatshefte“* – Zeitschrift, erschien von 1897 bis 1933 in Berlin. Wurde zum wichtigsten Organ des deutschen und internationalen Revisionismus. In den Jahren des imperialistischen Weltkriegs 1914–1918 vertrat sie einen sozialchauvinistischen Standpunkt. 112

⁹ *Fabier* – Mitglieder der „Gesellschaft der Fabier“, einer reformistischen Organisation, die 1884 in England gegründet wurde. Die Gesellschaft nannte sich nach dem römischen Feldherrn Fabius Cunctator („der Zauderer“), bekannt durch seine abwartende Taktik und sein Ausweichen vor Entscheidungsschlachten. Die Mitglieder der Gesellschaft der Fabier waren vorwiegend Vertreter der bürgerlichen Intelligenz: Wissenschaftler, Schriftsteller, Politiker. Sie leugneten die Notwendigkeit des proletarischen Klassenkampfes und der sozialistischen Revolution und predigten den friedlichen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus mittels kleiner Reformen. Im imperialistischen Weltkrieg 1914–1918 waren die Fabier Sozialchauvinisten. Eine Charakteristik der Fabier findet sich in Lenins Vorwort zur russischen Übersetzung des Buches „Briefe und Auszüge aus Briefen von Joh. Phil. Becker, Jos. Dietzgen, Friedrich Engels, Karl Marx u. A. an F. A. Sorge und Andere“ (Werke, Bd. 12, S. 368/369), im „Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der russischen Revolution“ (Werke, Bd. 15, S. 171) und in „Der englische Pazifismus und die englische Abneigung gegen die Theorie“ (Werke, Bd. 21, S. 258). 112

¹⁰ *Labour Party* (Arbeiterpartei) – Vereinigung von Trade-Unions, sozialistischen Organisationen und Gruppen, die 1900 mit dem Ziel gegründet wurde, Arbeitervertreter in das Parlament zu bringen. Die Vereinigung nannte sich zunächst „Komitee für Arbeitervertretung“ und nahm 1906 den Namen Labour Party an. Obwohl sie ursprünglich ihrer Zusammensetzung nach eine Arbeiterpartei darstellte (später traten ihr viele kleinbürgerliche Elemente bei), war sie ihrer Ideologie und Taktik nach eine opportunistische Organisation, und ihre Politik war die der Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie. Während des ersten Weltkriegs bezogen die Führer der Labour Party eine sozialchauvinistische Position und beteiligten sich an der Regierung. 112

¹¹ Die *Independent Labour Party* (ILP – Unabhängige Arbeiterpartei Englands) wurde 1893 gegründet. An der Spitze der Partei standen James Keir Hardie, R. MacDonald u. a. Sie erhob Anspruch auf politische Unabhängigkeit von den bürgerlichen Parteien, war jedoch in Wirklichkeit, wie Lenin sich ausdrückte, „unabhängig“ nur vom Sozialismus, aber vom Liberalismus sehr abhängig“. Während des imperialistischen Weltkriegs 1914–1918 trat die Unabhängige Arbeiterpartei zunächst mit einem Manifest gegen den Krieg hervor (13. August 1914), später hingegen, auf der Londoner Konferenz der Sozialisten der Ententeländer im Februar 1915, stimmten die Unabhängigen der auf dieser Konferenz angenommenen sozialchauvinistischen Resolution zu. Seitdem standen die sich mit pazifistischen Phrasen tarnenden Führer der Unabhängigen auf den Positionen des Sozialchauvinismus. Nach der Gründung der Kommunistischen Internationale im Jahre 1919 beschlossen die Führer der Unabhängigen Arbeiterpartei unter dem Druck der nach links geschwenkten Massen der Parteimitglieder den Austritt aus der II. Internationale. 1921 traten die Unabhängigen der sogenannten zweieinhalbten Internationale bei und schlossen sich nach deren Zerfall von neuem der II. Internationale an. 112

¹² Die *British Socialist Party* (BSP – Britische Sozialistische Partei) wurde 1911 in Manchester gegründet. Die Britische Sozialistische Partei trieb Propaganda und Agitation im Geiste des Marxismus und war eine Partei, „die nicht opportunistisch, sondern von den Liberalen *wirklich* unabhängig ist“ (*Lenin*). Ihre zahlenmäßige Schwäche und ihre Losgelöstheit von den Massen verliehen ihr jedoch einen gewissen sektiererischen Charakter.

Während des imperialistischen Weltkriegs 1914–1918 bildeten sich in der Partei zwei Richtungen heraus: eine offen sozialchauvinistische unter der Führung von Hyndman und eine internationalistische unter der Führung von A. Inkpin u. a. Die Jahreskonferenz der BSP, die 1916 in Salford stattfand, verurteilte die sozialchauvinistische Position Hyndmans und seiner Anhänger, worauf diese aus der Partei austraten. Seitdem hatten die internationalistischen

- Elemente in der BSP die Führung inne. Die Britische Sozialistische Partei spielte eine bedeutende Rolle bei der Gründung der Kommunistischen Partei Großbritanniens im Jahre 1920. 112
- ¹³ „*Nascha Sarja*“ (Unsere Morgenröte) – legale Monatsschrift der menschwistischen Liquidatoren; erschien von 1910 bis 1914 in Petersburg. Um die „*Nascha Sarja*“ gruppierte sich der Kern der Liquidatoren in Rußland. Ab Januar 1915 erschien statt der „*Nascha Sarja*“, die verboten worden war, die Zeitschrift „*Nasche Delo*“ (Unsere Sache). 112
- ¹⁴ *Organisationskomitee* (OK, daher „OK-Leute“) – das leitende Zentrum der Menschewiki, das 1912 auf der Augustkonferenz der menschwistischen Liquidatoren, Trotzlisten und anderer parteifeindlicher Gruppen und Strömungen gebildet worden war; es bestand bis zur Wahl des ZK der menschwistischen Partei im August 1917. 112
- ¹⁵ „*Preußische Jahrbücher*“ – konservative Monatsschrift zu Fragen der Politik, Philosophie, Geschichte und Literatur; erschien in Berlin von 1858 bis 1935. 113
- ¹⁶ Siehe Friedrich Engels, „Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmwerfs 1891“, in Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 22, S. 235. 114
- ¹⁷ Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 39, S. 8. 115
- ¹⁸ Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 39, S. 166. 115
- ¹⁹ Die *Zimmerwalder Linke* wurde am Vorabend der ersten Internationalen Sozialistischen Konferenz in Zimmerwald (5.–8. September 1915) auf einer Sonderberatung der linken Delegierten der Konferenz gebildet. Ihr gehörten Lenin und Sinowjew für die Bolschewiki, Borchardt (Deutschland), Radek für die Sozialdemokratie Polens und Litauens (Landesvorstand), Bersin für die lettische Sozialdemokratie, die linken Sozialisten Höglund und Nerman (Skandinavien) sowie Platten (Schweiz) an. 118
- ²⁰ „*The Labour Leader*“ (Der Arbeiterführer) – Wochenschrift, die ab 1889 herausgegeben wird; ab 1893 Organ der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands. Ab 1922 erschien die Zeitung unter dem Namen „*New Leader*“, seit 1946 erscheint sie unter dem Namen „*Socialist Leader*“. 118
- ²¹ „*Berner Tagwacht*“ – Tageszeitung, Organ der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, das 1893 in Bern gegründet wurde. Zu Beginn des imperialistischen Weltkriegs 1914–1918 wurden in der Zeitung Artikel von Karl Liebknecht, Franz Mehring und anderen linken Sozialdemokraten veröffentlicht. Ab 1917 begann sie die offenen Sozialchauvinisten zu unterstützen. 119

- ²² Den „Entwurf eines Beschlusses über die Einberufung der zweiten Sozialistischen Konferenz“ schrieb Lenin während der erweiterten Beratung der Internationalen Sozialistischen Kommission, die vom 5. bis 9. Februar 1916 in Bern stattfand. Der Entwurf wurde auf dieser Beratung erörtert; mehrere Punkte wurden angenommen. Als Einberufungstermin für die zweite Internationale Sozialistische Konferenz legte die Beratung den 24. April 1916 fest. Das Dokument hat keine Überschrift. Sie stammt vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU in Moskau. 120
- ²³ *Internationale Sozialistische Kommission* (ISK) – ausführendes Organ der Zimmerwalder Vereinigung, das auf der Zimmerwalder Konferenz im September 1915 gewählt wurde. 120
- ²⁴ Das Zentralkomitee der SDAPR machte der zweiten Internationalen Sozialistischen Konferenz Vorschläge zu allen Hauptpunkten der Tagesordnung. Der von Lenin ausgearbeitete Entwurf dieser Vorschläge ist im vorliegenden Band, S. 172–183, enthalten. 120
- ²⁵ Diesen Antrag schrieb Lenin während der erweiterten Beratung der Internationalen Sozialistischen Kommission zu Bern. Der Antrag wurde auf der Beratung erörtert und angenommen. 121
- ²⁶ Die internationale Kundgebung fand während der erweiterten Beratung der Internationalen Sozialistischen Kommission zu Bern statt. 122
- ²⁷ Lenin meint das von der Zimmerwalder Konferenz der Internationalisten im September 1915 angenommene Manifest. Eine Charakteristik des Manifests findet sich in Lenins Artikel „Ein erster Schritt“ (Werke, Bd. 21, S. 389–395). 122
- ²⁸ „*Appeal to Reason*“ (Appell an die Vernunft) – Zeitung amerikanischer Sozialisten; wurde im Jahre 1895 im Staat Kansas (USA) gegründet; verfocht während des imperialistischen Weltkriegs 1914–1918 den Standpunkt der Internationalisten. 124
- ²⁹ „*La Bataille*“ (Die Schlacht) – Zeitung der französischen Anarchosyndikalistin, die in Paris von 1915 bis 1920 erschien. Im ersten Weltkrieg nahm sie eine sozialchauvinistische Stellung ein. 126
- ³⁰ „*Vorwärts*“ – Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands; wurde seit dem 1. Oktober 1876 in Leipzig herausgegeben, dann durch das Sozialistengesetz verboten; erschien 1890–1933 (aus dem 1884 gegründeten „Berliner Volksblatt“ neu hervorgegangen) in Berlin. Zu seinen Redakteuren gehörte u. a. Wilhelm Liebknecht. Friedrich Engels führte in der Zeitung einen Kampf gegen alle Erscheinungsformen des Opportunismus. Anfang des 20. Jahrhunderts gelangte die Redaktion immer mehr unter den Einfluß revi-

sionistischer Kräfte, die jedoch 1905 aus der Redaktion („Vorwärts“-Konflikt) entfernt wurden. Mit dem Entstehen des Zentrismus in der deutschen Arbeiterbewegung nahm auch der Einfluß der zentristischen Kräfte auf den „Vorwärts“ zu. Während des imperialistischen Krieges 1914–1918 vertrat der „Vorwärts“ zunächst einen sozialpazifistischen Standpunkt. Im Oktober 1916 wurde unter Bruch der Statuten die Redaktion durch Sozialchauvinisten ersetzt, und der „Vorwärts“ wurde zum Sprachrohr des Sozialchauvinismus; nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution wurde er zu einem Zentrum der Antisowjetpropaganda. 127

³¹ Die *Kriegsindustriekomitees* wurden 1915 in Rußland von der imperialistischen Großbourgeoisie gebildet. Die Bourgeoisie, der es darum zu tun war, die Arbeiter zu beeinflussen und ihnen die Vaterlandsverteidigung schmackhaft zu machen, kam auf die Idee, bei diesen Komitees „Arbeitergruppen“ zu bilden. Für die Bourgeoisie war es von Vorteil, für diese Gruppen solche Vertreter der Arbeiter zu gewinnen, die unter der Arbeiterschaft für die Erhöhung der Arbeitsproduktivität in den Rüstungsbetrieben agitieren würden. Die Menschewiki beteiligten sich aktiv an diesem von der Bourgeoisie ins Leben gerufenen pseudopatriotischen Unternehmen. Die Bolschewiki erklärten den Kriegsindustriekomitees den Boykott und führten ihn mit Unterstützung der Mehrheit der Arbeiter erfolgreich durch. 127

³² Der Kongreß der französischen Sozialistischen Partei fand vom 25. bis 29. Dezember 1915 statt. Die von A. Bourderon vorgeschlagene Resolution wurde von der Mehrheit des Kongresses abgelehnt.

Die *französische Sozialistische Partei* wurde 1905 durch Vereinigung der Sozialistischen Partei Frankreichs (Guesdisten) und der Französischen Sozialistischen Partei (Jaurèsisten) gegründet. An der Spitze der vereinigten Partei standen die Reformisten.

Zu Beginn des ersten Weltkriegs bezog die Parteiführung eine sozialchauvinistische Position, unterstützte offen den imperialistischen Krieg und beteiligte sich an der bürgerlichen Regierung.

In der Partei gab es eine zentristische Strömung mit J. Longuet an der Spitze sowie einen linken, revolutionären Flügel, der auf den Positionen des Internationalismus stand. Ihm gehörten vor allem einfache Parteimitglieder an.

Nach der Sozialistischen Oktoberrevolution entbrannte ein heftiger Kampf zwischen den offenen Reformisten und den Zentristen einerseits und dem linken, revolutionären Flügel, der durch Masseneintritte einfacher Arbeiter gestärkt wurde, andererseits. Auf dem Parteitag im Dezember 1920 in Tours erhielt der revolutionäre Flügel die Mehrheit. Der Parteitag beschloß den Anschluß an die Kommunistische Internationale und gründete die Kommunistische

- Partei Frankreichs. Die reformistisch-zentristische Minderheit spaltete sich ab und bildete eine selbständige Partei, die sich weiterhin französische Sozialistische Partei nannte. 128
- ³³ Lenins Brief wurde 1916 in Genf als Flugblatt in französischer Sprache unter dem Titel „Sur la tâche de l'opposition en France (Lettre au camarade Safaroff)“ veröffentlicht. 130
- ³⁴ Lenin meint die menschowistische Zeitschrift „Internazional i Woina“ (Die Internationale und der Krieg), von der eine Nummer Ende 1915 erschien. 131
- ³⁵ Die Internationale Sozialistische Kommission gab von September 1915 bis Januar 1917 ein Presseorgan heraus – „Internationale Sozialistische Kommission zu Bern. Bulletin“. Das Bulletin wurde in englischer, französischer und deutscher Sprache herausgegeben. Es erschienen sechs Nummern. 131
- ³⁶ *Fraktion Tschcheidse* – menschowistische Fraktion der IV. Reichsduma. 131
- ³⁷ „*Lutsch*“ (Der Strahl) – legale Tageszeitung der menschowistischen Liquidatoren, die von September 1912 bis Juli 1913 in Petersburg herausgegeben wurde; sie existierte „von Mitteln reicher Freunde aus der Bourgeoisie“ (Lenin). 131
- ³⁸ „*Utro*“ (Der Morgen) und „*Rabotscheje Utro*“ (Der Arbeitermorgen) – legale menschowistische Zeitungen, die in Petrograd herausgegeben wurden. Die Zeitung „*Utro*“ erschien im August 1915, das „*Rabotscheje Utro*“ von Oktober bis Dezember 1915. 132
- ³⁹ „*Sowremenny Mir*“ (Die Welt der Gegenwart) – Monatsschrift für Literatur, Wissenschaft und Politik, die von 1906 bis 1918 in Petersburg erschien. Zu den engsten Mitarbeitern der Zeitschrift zählten Menschewiki, unter ihnen G. W. Plechanow. In der Periode des Blocks mit der Plechanowschen Gruppe der parteitreuen Menschewiki und zu Beginn des Jahres 1914 arbeiteten an der Zeitschrift auch Bolschewiki mit. Im März 1914 wurde im „*Sowremenny Mir*“ Lenins Artikel „Noch eine Vernichtung des Sozialismus“ veröffentlicht. (Siehe Werke, Bd. 20, S. 181–204.)
- Während des imperialistischen Weltkriegs 1914–1918 wurde die Zeitschrift zu einem Organ der Sozialchauvinisten. 132
- ⁴⁰ „*Nasche Slowo*“ (Unser Wort) – menschowistische Tageszeitung; erschien in Paris von Januar 1915 bis September 1916 unter engster Mitarbeit Trotzki's. Sie löste die Zeitung „*Golos*“ ab. 132
- ⁴¹ „*Prisyn*“-*Leute* – nach dem Namen der Wochenzeitung „*Prisyw*“ (Der Ruf), die von Menschewiki und Sozialrevolutionären von 1915 bis 1917 in Paris herausgegeben wurde. 135

- ⁴² Lenin meint die Konferenz, die im Juli 1915 in Petrograd von den Sozialrevolutionären organisiert wurde. Die auf der Konferenz angenommene Resolution rief dazu auf, sich auf seiten des Zarismus aktiv am Krieg zu beteiligen. 135
- ⁴³ Anspielung auf eine literarische Gestalt in I. S. Turgenjews Gedicht in Prosa „Eine Lebensregel“. (Siehe Iwan Turgenjew, „Gedichte in Prosa“, Leipzig 1951, S. 15/16.) 136
- ⁴⁴ Der „Sozial-Demokrat“, das Zentralorgan der SDAPR, wurde als illegale Zeitung von Februar 1908 bis Januar 1917 herausgegeben. Es erschienen 58 Nummern: die erste in Rußland, die übrigen im Ausland, zunächst in Paris und später in Genf. Ab Dezember 1911 wurde der „Sozial-Demokrat“ von W. I. Lenin redigiert. Im „Sozial-Demokrat“ wurden über achtzig Artikel und Notizen W. I. Lenins veröffentlicht.
- Nach Nummer 32, erschienen am 15. (28.) Dezember 1913, war die Herausgabe des „Sozial-Demokrat“ vorübergehend unterbrochen. Sofort nach seiner Ankunft in der Schweiz im September 1914 entfaltete W. I. Lenin eine umfangreiche Tätigkeit, um das Zentralorgan der Partei erneut herauszugeben. Am 1. November 1914 erschien die fällige Nummer 33 des „Sozial-Demokrat“ mit dem von Lenin verfaßten Manifest des ZK der SDAPR „Der Krieg und die russische Sozialdemokratie“. Trotz der Schwierigkeiten der Kriegszeit erschien der „Sozial-Demokrat“ regelmäßig. Lenin leitete die gesamte Arbeit bei der Herausgabe der Zeitung, er legte den Inhalt der einzelnen Nummern fest, redigierte die Materialien und befaßte sich mit den Fragen der Gestaltung und des Drucks der Zeitung. Die Verbreitung des „Sozial-Demokrat“ in Rußland und der Abdruck der wichtigsten Artikel in den lokalen bolschewistischen Zeitungen trugen zur politischen Aufklärung und zur Erziehung des russischen Proletariats zum Internationalismus, zur Vorbereitung der Massen auf die Revolution bei. Der „Sozial-Demokrat“ spielte eine große Rolle beim Zusammenschluß der internationalistischen Elemente der internationalen Sozialdemokratie. Über alle durch den Kriegszustand bedingten Hindernisse hinweg fand er Zugang in viele Länder. 138
- ⁴⁵ Als „Stolypinsche Arbeiterpartei“ bezeichneten die Arbeiter die menschewistischen Liquidatoren, die sich dem Stolypinschen Regime anpaßten, sich mit ihm aussöhnten und um den Preis der Absage an das Programm und die Taktik der SDAPR von der zaristischen Regierung die Genehmigung für die Existenz einer offenen, legalen, angeblichen „Arbeiter“partei erlangen wollten. 140
- ⁴⁶ Lenin nannte die Losung „oktobristisch“, weil sie ihrem Charakter nach der Position der konterrevolutionären Partei der Oktobristen entsprach.

„Oktobristen“, „Partei der Oktobristen“ (auch „Verband vom 17. Oktober“) – konterrevolutionäre Partei, die in Rußland nach der Veröffentlichung des Zarenmanifests vom 17. (30.) Oktober 1905 entstand, in dem der Zar unter dem Druck der revolutionären Bewegung einige bürgerliche Freiheiten versprach. Die Partei vertrat die Interessen der Großbourgeoisie und der kapitalistisch wirtschaftenden Gutsbesitzer. Die Oktobristen unterstützten vorbehaltlos die Innen- und Außenpolitik der zaristischen Regierung. 140

⁴⁷ Die *Dreyfus-Affäre* war ein im Jahre 1894 von den reaktionären monarchistischen Kreisen der französischen Militärclique inszenierter provokatorischer Prozeß gegen den jüdischen Generalstabsoffizier Dreyfus, gegen den falsche Anklage wegen Spionage und Landesverrats erhoben wurde. Dreyfus wurde durch das Kriegsgericht zu lebenslänglicher Deportation verurteilt. Die allgemeine Bewegung für eine Überprüfung des Falles Dreyfus, die sich in Frankreich entfaltete, war von einem erbitterten Kampf zwischen Republikanern und Monarchisten begleitet und führte schließlich 1906 zur Rehabilitierung von Dreyfus.

Lenin nannte die Dreyfus-Affäre „eine der unzähligen ehrlosen Manipulationen der reaktionären Militärclique“. 147

⁴⁸ Der *Zaberninzident* ereignete sich im November 1913 in der Stadt Zabern (Elsaß). Den Anlaß bildete die Beschimpfung der Elsässer durch einen preußischen Offizier. Das rief einen Ausbruch der Empörung unter der dortigen, vorwiegend französischen Bevölkerung gegen die Unterdrückung durch die preußische Soldateska hervor. Über den Zaberninzident siehe Lenins Artikel „Zabern“ (Werke, Bd. 19, S. 509–511). 147

⁴⁹ Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 31, S. 376 und 400. 148

⁵⁰ Eine Kritik an der reaktionären Idee Renners und Bauers von der sogenannten „national-kulturellen Autonomie“ findet sich in den Arbeiten W. I. Lenins „Über die ‚national-kulturelle‘ Autonomie“ (Werke, Bd. 19, S. 498–502) und „Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage“ (Werke, Bd. 20, S. 1–37). 148

⁵¹ Vgl. Friedrich Engels: „Ein Volk, das andere unterdrückt, kann sich nicht selbst emanzipieren“, in Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 18, S. 527. 151

⁵² Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 5, S. 81. 151

⁵³ Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 31, S. 376. (Tatsächliches Datum des Briefes: 2. November 1867.) 151

⁵⁴ „Die Glocke“ – Halbmonatsschrift; wurde in München und später in Berlin von 1915 bis 1925 von dem Sozialchauvinisten Parvus (Helphand) herausgegeben. 152

- ⁵⁵ Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 6, S. 270–286. 152
- ⁵⁶ Lenin hat die von ihm verfaßte Resolution zur nationalen Frage im Auge, die auf einer vom 6. bis 14. Oktober 1913 in der Ortschaft Poronin (unweit Krakaus) durchgeführten Beratung des Zentralkomitees der SDAPR mit Parteifunktionären (aus konspirativen Gründen „Sommer“beratung genannt) angenommen worden war. Die Resolution ist in den Werken, Bd. 19, S. 419 bis 422, enthalten. 157
- ⁵⁷ „Gazeta Robotnicza“ (Arbeiterzeitung) – illegales Organ des Warschauer Komitees der Sozialdemokratie Polens und Litauens; erschien von Mai bis Oktober 1906. Nach der Spaltung im Jahre 1912 entstanden in der Polnischen Sozialdemokratie zwei Warschauer Komitees, und es wurden zwei Organe unter dem Titel „Gazeta Robotnicza“ herausgegeben: das eine von Anhängern des Hauptvorstandes in Warschau (Juli 1911–Juli 1913), das andere vom oppositionellen Warschauer Komitee (Landesvorstand) in Krakau (Juli 1911–Februar 1916). 160
- ⁵⁸ Lenin meint die Brüsseler „Vereinigungs“konferenz vom 16. bis 18. Juli 1914, die das Exekutivkomitee des Internationalen Sozialistischen Büros „zwecks gemeinsamer Aussprache“ über die Möglichkeit, die Einheit in der SDAPR wiederherzustellen, einberufen hatte. Auf der Konferenz waren vertreten: das Zentralkomitee der SDAPR (Bolschewiki); das Organisationskomitee (Menschewiki) mit den ihm angeschlossenen Organisationen (dem Kaukasischen Gebietskomitee und der trotzistischen Gruppe „Borba“ [Der Kampf]); die menschewistische Dumafraktion; die Plechanowsche Gruppe „Jedinstwo“ (Einheit); die Gruppe „Wperjod“ (Vorwärts); der „Bund“; die Sozialdemokratie Lettlands; die Sozialdemokratie Litauens; der Hauptvorstand der Polnischen Sozialdemokratie; die polnische sozialdemokratische Opposition; die PPS („Lewica“).
- Obwohl sich die Konferenz nur auf einen Meinungs austausch beschränken sollte, wurde zum Abschluß eine von Kautsky ausgearbeitete Resolution zur Abstimmung gebracht, nach welcher es angeblich in der Sozialdemokratie Rußlands keine wesentlichen Meinungsverschiedenheiten gab, die der Einheit im Wege standen. Die Vertreter der Bolschewiki und der lettischen Sozialdemokratie lehnten es ab, an der Abstimmung teilzunehmen, da damit die Kompetenzen der Beratung überschritten wurden. 160
- ⁵⁹ *Gwosdew-Politik* – Politik der Unterstützung des imperialistischen Krieges, so genannt nach dem Menschewik K. A. Gwosdew, dem Vorsitzenden der sogenannten „Arbeitergruppe“ beim Zentralen Kriegsindustriekomitee, das 1915 von der russischen Bourgeoisie geschaffen worden war. 162

⁶⁰ „*Tyszka-Politik*“ – benannt nach Tyszka (Pseudonym von Leo Jogiches), einem der Führer der revolutionären polnischen und deutschen Arbeiterbewegung. Jogiches war einer der Begründer der Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens und Mitglied des Hauptvorstandes dieser Partei. Er trat gegen den Nationalismus auf, setzte sich für den gemeinsamen Kampf des polnischen und des russischen Proletariats ein und nahm aktiv an der Revolution in Rußland von 1905 bis 1907 teil. Auf dem V. (Londoner) Parteitag der SDAPR war er Delegierter und wurde in das ZK gewählt. Er verurteilte die Liquidatoren, nahm jedoch in einigen Fällen ihnen gegenüber eine versöhnlerische Haltung ein. 1912 trat er gemeinsam mit dem Hauptvorstand gegen die Beschlüsse der Prager Konferenz der SDAPR auf. Diese Haltung charakterisierte Lenin als „Tyszka-Politik“. Während des ersten Weltkriegs (1914–1918) schloß sich Jogiches den Internationalisten in Deutschland an und nahm aktiv an ihrem Kampf teil. Er war Mitbegründer der Spartakusgruppe und der Kommunistischen Partei Deutschlands. Im März 1919 wurde er von deutschen Konterrevolutionären verhaftet und im Gefängnis ermordet.

Eine Charakteristik der „Tyszka-Politik“ findet sich in den Arbeiten W. I. Lenins: „Die Spaltung in der Polnischen Sozialdemokratie“ (Werke, Bd. 18, S. 472–476), „Auch-,Vereiniger“, „Die Grüppchen im Ausland und die russischen Liquidatoren“ (Werke, Bd. 19, S. 490–493 und 503–506) u. a. 163

⁶¹ Die *zweite Internationale Konferenz der „Zimmerwalder“* tagte vom 24. bis 30. April 1916 in Kienthal (Schweiz). Auf der Tagesordnung der Konferenz standen folgende Fragen: Kampf für die Beendigung des Krieges, Stellung des Proletariats zum Frieden, zur parlamentarischen Tätigkeit und zum Massenkampf, Einberufung des Internationalen Sozialistischen Büros und andere. Infolge der von Lenin und den Bolschewiki vor der Konferenz geleisteten Arbeit war der linke Flügel auf dieser Konferenz stärker als in Zimmerwald. Das brachte das veränderte Kräfteverhältnis in der internationalen Arbeiterbewegung zugunsten des Internationalismus zum Ausdruck.

Obwohl die wichtigsten Losungen der Bolschewiki – Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg, Eintreten für die Niederlage der „eigenen“ Regierung und Organisierung der III. Internationale – wiederum nicht angenommen wurden, gelang es W. I. Lenin, die unter dem verstärkten Druck des Kampfwillens der Massen stehenden Zentristen zu bewegen, einer Resolution zuzustimmen, in der Kritik am Sozialpazifismus und am ISB geübt wurde. Der stärkere Einfluß der linken Kräfte äußerte sich auch im Manifest der Konferenz „An die Völker, die man zugrunde richtet und tötet“. Darin wird die Eroberung der politischen Macht und die Abschaffung des

- kapitalistischen Eigentums durch die arbeitenden Klassen als das einzig wirk-
same Mittel bezeichnet, Kriege künftig zu verhindern. 164
- ⁶² „*Arbeiter-Zeitung*“ – Tageszeitung, Zentralorgan der Sozialdemokratischen
Partei Österreichs; erschien ab 1889 in Wien. Während des imperialistischen
Weltkriegs 1914–1918 nahm sie eine sozialchauvinistische Stellung ein.
1934 wurde die Zeitung verboten. Seit 1945 erscheint sie erneut als Zen-
tralorgan der Sozialistischen Partei Österreichs. 168
- ⁶³ „*Nasch Golos*“ (Unsere Stimme) – menschwistische Zeitung; erschien 1915
und 1916 in Samara; sie nahm eine sozialchauvinistische Position ein. 169
- ⁶⁴ Der Kongreß der Sozialdemokratischen Partei Hollands in Arnheim fand am
9. Januar 1916 statt. 176
- ⁶⁵ Siehe den Artikel W. I. Lenins „Über die Losung der Vereinigten Staaten von
Europa“ (Werke, Bd. 21, S. 342–346). 177
- ⁶⁶ „*Avanti!*“ (Vorwärts!) – Tageszeitung, Zentralorgan der Italienischen Sozia-
listischen Partei; gegründet im Dezember 1896. Während des imperialistischen
Weltkriegs 1914–1918 vertrat die Zeitung einen inkonsequenten internationa-
listischen Standpunkt; sie brach nicht mit den Reformisten. 178
- ⁶⁷ Das *Rundschreiben der Internationalen Sozialistischen Kommission* – ein Ap-
pell der ISK „An alle angeschlossenen Parteien und Gruppen“ – wurde auf
der erweiterten Beratung der ISK in Bern (5.–9. Februar 1916) einstimmig
angenommen. Die von Lenin geführte Delegation des ZK der SDAPR gab auf
dieser Beratung eine Erklärung ab, in der es hieß, daß sie in dem Appell einen
Schritt vorwärts im Vergleich zu den Beschlüssen der ersten Internationalen
Sozialistischen Konferenz in Zimmerwald erblicke, ihn jedoch nicht in allen
Punkten als befriedigend ansehe. Das Rundschreiben wurde in Nr. 3 des Bul-
letins der ISK vom 29. Februar 1916 und in Nr. 52 des „Sozial-Demokrat“
vom 25. März 1916 veröffentlicht. 181
- ⁶⁸ Lenin bezieht sich auf die offizielle Erklärung der Internationalen Sozialisti-
schen Kommission, datiert vom 29. September 1915 und veröffentlicht am
27. November 1915 im Bulletin Nr. 2 der ISK. Entgegen den Beschlüssen der
ersten Internationalen Sozialistischen Konferenz teilte die ISK in dieser Erklä-
rung mit, daß sie sich als aufgelöst betrachten werde, sobald das Internatio-
nale Sozialistische Büro in Den Haag seine Tätigkeit wiederaufnimmt. Damit
unterstützte die ISK die Wiederherstellung der II. Internationale. 181
- ⁶⁹ „*Internationale Sozialisten Deutschlands*“ (ISD) – eine Gruppe deutscher lin-
ker Sozialdemokraten, die sich während des imperialistischen Weltkriegs um
die seit 1913 von Julian Borchardt herausgegebene Zeitschrift „Lichtstrahlen“
zusammenschloß. Zusammen mit der führenden Gruppe „Internationale“ bil-

deten die „Internationalen Sozialisten Deutschlands“ und andere die revolutionäre Opposition in der deutschen Sozialdemokratie. Die „Internationalen Sozialisten Deutschlands“ traten offen gegen den Krieg auf. Auf der Zimmerwalder Konferenz unterzeichnete der Vertreter der „Internationalen Sozialisten Deutschlands“, J. Borchardt, den Resolutionsentwurf der Zimmerwalder Linken. Die Gruppe hatte nicht genügend Verbindung mit den Massen und zerfiel bald wieder. 184

⁷⁰ *Ornaiski* – G. W. Tschitscherin. 184

⁷¹ Die Zeitschrift „*Kommunist*“ wurde von W. I. Lenin organisiert und von der Redaktion des „Sozial-Demokrat“ zusammen mit G. L. Pjatakow und J. B. Bosch, die sie auch finanzierten, herausgegeben. Zur Redaktion der Zeitschrift gehörte auch N. I. Bucharin. Es erschien nur eine Doppelnummer (September 1915), die drei Artikel von W. I. Lenin enthielt: „Der Zusammenbruch der II. Internationale“, „Die ehrliche Stimme eines französischen Sozialisten“ und „Imperialismus und Sozialismus in Italien“. (Siehe Werke, Bd. 21, S. 197 bis 256, 352–360 und 361–371.)

Lenin beabsichtigte, den „Kommunist“ zu einem internationalen Organ der linken Sozialdemokraten zu machen. Doch bald traten ernste Meinungsverschiedenheiten zwischen der Redaktion des „Sozial-Demokrat“ und Bucharin, Pjatakow und Bosch zutage, die sich nach Erscheinen von Nr. 1/2 zuspitzten und zur Einstellung der Zeitschrift führten. 184

⁷² Der Artikel „Über deutschen und nichtdeutschen Chauvinismus“ wurde zuerst in der Zeitschrift „*Woprossy Strachowanija*“ veröffentlicht.

„*Woprossy Strachowanija*“ (Fragen des Versicherungswesens) – legale bolschewistische Zeitschrift; erschien mit Unterbrechungen von Oktober 1913 bis März 1918 in Petersburg. Sie kämpfte nicht nur für die Verwirklichung der Arbeiterversicherung, sondern auch für die bolschewistischen „uneingeschränkten Losungen“ – Achtstundentag, Konfiskation der Gutsbesitzerländereien und demokratische Republik. 186

⁷³ Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 21, S. 429/430. 188

⁷⁴ „*Russkoje Snamja*“ (Reußenfahne) – Zeitung der Schwarzhunderter, Organ des „Bundes des russischen Volkes“; erschien in Petersburg von November 1905 bis 1917. 188

⁷⁵ Das Buch „*Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*“ wurde im ersten Halbjahr 1916 geschrieben. Mit dem Studium der Weltliteratur über den Imperialismus begann Lenin bereits 1915 in Bern, die Abfassung des Buches nahm er Januar 1916 in Angriff. Ende Januar desselben Jahres

übersiedelte Lenin nach Zürich und setzte seine Arbeit an dem Buch in der Züricher Kantonsbibliothek fort. Die Auszüge, Konspekte, Bemerkungen und Tabellen, die Lenin aus Hunderten ausländischer Bücher, Zeitschriften, Zeitungen und statistischen Sammelbänden zusammentrug, umfassen mehr als 40 Druckbogen. Diese Vorarbeiten wurden 1939 unter dem Titel „Hefte zum Imperialismus“ veröffentlicht. (Siehe Werke, Bd. 39.)

Am 19. Juni (2. Juli) 1916 beendete Lenin die Arbeit und schickte das Manuskript an den Petrograder Verlag „Parus“. Die Menschewiki in der Leitung des Verlags strichen die scharfe Kritik an Kautsky und Martow und nahmen Änderungen im Manuskript vor, die nicht nur die Eigenart des Leninschen Stils verwischten, sondern auch seine Gedanken entstellten. Lenins Ausdruck „Hinüberwachsen“ (des Kapitalismus in den Imperialismus) ersetzten sie durch das Wort „Verwandlung“, die Worte „reaktionärer Charakter“ (der Theorie des „Ultraimperialismus“) durch die Worte „rückständiger Charakter“ usw. Mitte 1917 wurde das Buch unter dem Titel „Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus (Gemeinverständlicher Abriss)“ mit einem Vorwort Lenins vom 26. April 1917 veröffentlicht. 189

⁷⁶ Dieses Vorwort wurde unter der Überschrift „Imperialismus und Kapitalismus“ zuerst in Nr. 18 der Zeitschrift „Die Kommunistische Internationale“ veröffentlicht, die im Oktober 1921 erschien. 193

⁷⁷ „Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ – im April 1917 gegründete Arbeiterpartei mit zentristischer Führung, deren Kern die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ bildete.

Im Oktober 1920 kam es auf dem Parteitag der USPD in Halle zur Spaltung. Ein beträchtlicher Teil der Partei vereinigte sich im Dezember 1920 mit der Kommunistischen Partei Deutschlands. Die rechten Elemente bildeten eine eigene Partei und behielten die alte Bezeichnung Unabhängige Sozialdemokratische Partei bei. 1922 schlossen sie sich wieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands an. 197

⁷⁸ *Spartakusleute* – gemeint sind die Mitglieder der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund). Bereits zu Beginn des imperialistischen Weltkrieges (1914–1918) schlossen sich die deutschen Linken unter Führung von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin, Wilhelm Pieck u. a. zur Gruppe „Internationale“ zusammen. Diese Gruppe formierte sich auf ihrer Reichskonferenz im Januar 1916 als „Spartakusgruppe“ und nahm als Programm zur revolutionären Beendigung des Krieges die von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht entworfenen „Leitsätze über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie“ an. Die Spartakusgruppe, deren großes historisches Verdienst darin besteht, den Grundstein für die Kommunistische

Partei Deutschlands gelegt zu haben, trieb unter den Massen revolutionäre Propaganda und organisierte Massenaktionen gegen den imperialistischen Krieg; sie entlarvte die Eroberungspolitik des deutschen Imperialismus und den Verrat der opportunistischen sozialdemokratischen Führer. Sie war die ideologisch führende Kraft unter den deutschen Linken. In wichtigen theoretischen und politischen Fragen waren die Spartakusanhänger jedoch nicht frei von ernststen Fehlern. Sie unterschätzten die Rolle der nationalen Frage im Imperialismus sowie die Bauernschaft als Verbündeten des Proletariats. Die Unklarheit der Spartakusgruppe über die Rolle einer selbständigen marxistischen Kampfpartei der Arbeiterklasse äußerte sich darin, daß sie sich 1917 – wenn auch mit dem Vorbehalt, ihre politisch-ideologische Selbständigkeit zu wahren – der zentristischen USPD anschloß. Lenin hob die großen Verdienste der deutschen Linken im Kampf gegen den imperialistischen Krieg stets hervor, übte aber zugleich Kritik an ihren Fehlern, u. a. in seinen Schriften „Über die Junius-Broschüre“ (siehe den vorliegenden Band, S. 310–325) und „Das Militärprogramm der proletarischen Revolution“ (siehe Werke, Bd. 23, S. 72–83). Die kameradschaftliche Kritik half der Spartakusgruppe, sich den Leninschen Anschauungen über den antiimperialistischen Kampf zu nähern. Auf ihrer Reichskonferenz am 7. Oktober 1918 beschloß die Spartakusgruppe das Programm der herannahenden Revolution, in der sie sich zusammen mit anderen Linken als einzige ziel- und richtunggebende Kraft bewährte. Während der Novemberrevolution 1918 brach die Spartakusgruppe auch organisatorisch mit der USPD und gründete Ende Dezember desselben Jahres die Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund). 197

⁷⁹ Siehe Karl Marx, „Das Kapital“, Bd. III, Berlin 1961, S. 655, oder Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 25, S. 620. 220

⁸⁰ Die *Gründerskandale* ereigneten sich zur sogenannten Gründerzeit, Anfang der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, als in Deutschland fieberhaft Aktiengesellschaften gegründet wurden. An diesen Gründungen, die von wilden Grundstücks- und Börsenspekulationen begleitet waren, bereicherten sich die bürgerlichen Geschäftemacher, die dabei auch vor Betrugsmanövern nicht zurückscheuten. 222

⁸¹ „Frankfurter Zeitung“ – bürgerliche Zeitung; erschien in Frankfurt am Main von 1856 bis 1943. 223

⁸² Lenin spricht von G. W. Plechanow. 232

⁸³ *Französischer Panamaskandal* – ein Ausdruck, entstanden im Zusammenhang mit der 1892/1893 in Frankreich erfolgten Enthüllung ungeheurer Korruption und Bestechung von Staatsmännern und Politikern, Beamten und Zeitungen durch die französische Panama-Gesellschaft. 241

- ⁸⁴ Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 29, S. 358. 288
- ⁸⁵ Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 35, S. 20. 288
- ⁸⁶ *Spectator* – der Menschewik M. I. Nachimson. 294
- ⁸⁷ Siehe Karl Marx, „Das Kapital“, Bd. III, Berlin 1961, S. 142, oder Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 25, S. 130. 295
- ⁸⁸ *Boxeraufstand* (genauer: *Ihotwan-Aufstand*) – antiimperialistischer Volksaufstand in China von 1899 bis 1901, der von der Gesellschaft „Ihotjüan“ („Faust der Gerechtigkeit und Eintracht“), die später den Namen „Ihotwan“ erhielt, entfacht und geleitet wurde. Der Aufstand wurde durch ein vereinigttes Expeditionskorps der imperialistischen Mächte, bestehend aus deutschen, japanischen, englischen, amerikanischen und russischen Truppen, unter dem Oberbefehl des deutschen Feldmarschalls von Waldersee brutal niedergeschlagen. 1901 wurde China gezwungen, das sogenannte „Schlußprotokoll“ zu unterzeichnen, das dem Lande eine riesige Kontribution auferlegte und China in eine Halbkolonie des ausländischen Imperialismus verwandelte. 301
- ⁸⁹ *Junius* – Pseudonym Rosa Luxemburgs. 310
- ⁹⁰ Lenin hat die Reichskonferenz der deutschen Linken im Auge, die am 1. Januar 1916 in Berlin in der Wohnung Karl Liebknechts stattfand. Die Konferenz nahm die von Rosa Luxemburg ausgearbeiteten Leitsätze der Gruppe „Internationale“ an. 310
- ⁹¹ „*Bremer Bürger-Zeitung*“ – Tageszeitung, Bremer Organ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands; erschien von 1890 bis 1919. Bis 1916 stand sie unter dem Einfluß der Bremer Linken, später ging sie in die Hände der Sozialchauvinisten über. 313
- ⁹² „*Volksfreund*“ – sozialdemokratische Tageszeitung, erschien von 1871 bis 1932 in Braunschweig. In den Jahren 1914 und 1915 war sie ein Sprachrohr der Linken in der deutschen Sozialdemokratie; 1916 ging sie in die Hände der Kautskyaner über. 313
- ⁹³ Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 17, S. 361. 319
- ⁹⁴ Die „*Thesen über Imperialismus und nationale Unterdrückung*“, die von der Redaktion der „Gazeta Robotnicza“ ausgearbeitet worden waren, erschienen im Oktober 1916 in Nr. 1 des „Sbornik Sozial-Demokrata“. 326
- ⁹⁵ Eine Einschätzung dieser drei Auffassungen über die Unabhängigkeit Polens findet sich in Lenins Artikel „Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ (Werke, Bd. 20, S. 395–461). 326
- ⁹⁶ Lenin erinnert an die Diskussion von 1903 im Zusammenhang mit der Ausarbeitung des Programms der SDAPR, das auf dem II. Parteitag angenommen wurde (siehe Werke, Bd. 6, S. 1–63, 313–329 und 452–461) und an die Dis-

kussion von 1913 zwischen den Bolschewiki einerseits und den menschewistischen Liquidatoren, Bundisten und ukrainischen Opportunisten anderseits über die „national-kulturelle Autonomie“ (siehe Werke, Bd. 19, S. 535–541; Bd. 20, S. 1–37 und 395–461). 327

⁹⁷ Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 19, S. 28. 329

⁹⁸ Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 13, S. 267. 329

⁹⁹ Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 6, S. 270–286. 347

¹⁰⁰ Siehe Grünberg: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, Sechster Jahrgang, Leipzig 1916, S. 214/215. 349

¹⁰¹ „Lichtstrahlen“ – Organ der „Internationalen Sozialisten Deutschlands“, einer Gruppe linker Sozialdemokraten, herausgegeben unter der Redaktion von J. Borchardt. Die Zeitschrift erschien unregelmäßig von 1913 bis 1921 in Berlin. 357

¹⁰² Gemeint ist der Artikel von Rosa Luxemburg „Nationale Frage und Autonomie“ in den Nummern 6, 7, 8–9, 10, 12 und 14–15 der Zeitschrift „Przegląd Socjaldemokratyczny“ (Sozialdemokratische Rundschau) von 1908 und 1909. 357

¹⁰³ „Fracy“ (abgeleitet vom polnischen Wort frakcja = Fraktion) – rechter Flügel der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS), einer reformistischen nationalistischen Partei, die im Jahre 1892 gegründet wurde. Die PPS, deren Programm der Kampf für die Unabhängigkeit Polens zugrunde lag, betrieb eine separatistische, nationalistische Propaganda unter den polnischen Arbeitern und war bestrebt, sie vom gemeinsamen Kampf mit den russischen Arbeitern gegen die Selbstherrschaft und den Kapitalismus abzulenken. 1906 spaltete sich die PPS in zwei Fraktionen: die „Lewica“ und die „Prawica“ („Fracy“). Im ersten Weltkrieg bezog ein großer Teil der PPS-„Lewica“ eine internationalistische Stellung und vereinigte sich im Dezember 1918 mit der SDKPuL. Die vereinigten Parteien gründeten die Kommunistische Arbeiterpartei Polens (die ab 1925 Kommunistische Partei Polens genannt wurde).

Die rechte PPS, an ihrer Spitze Pilsudski, nahm während des ersten Weltkriegs eine nationalchauvinistische Haltung ein. Nach der Bildung des polnischen bürgerlichen Staates betrieb sie eine antisowjetische Politik. Während des zweiten Weltkriegs spaltete sie sich erneut in zwei Gruppen. Der reaktionäre, chauvinistische Teil beteiligte sich an der reaktionären polnischen Londoner Exil„regierung“.

Der linke Teil der PPS, der sich „Arbeiterpartei der Polnischen Sozialisten“ nannte, schloß sich mit der 1942 gegründeten Polnischen Arbeiterpartei (Kommunisten) zur Volksfront zum Kampf gegen die Hitlerokkupanten zusammen.

Im Dezember 1948 vereinigten sich beide Parteien und bildeten die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PVAP). 358

¹⁰⁴ Siehe Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Bd. 35, S. 357/358. 360

¹⁰⁵ K. R. – Karl Radek. 362

¹⁰⁶ „*Retsch*“ (Die Rede) – Tageszeitung, Zentralorgan der Kadettenpartei; erschien in Petersburg ab Februar 1906. Am 26. Oktober (8. November) 1917 wurde sie vom Revolutionären Militärkomitee beim Petrograder Sowjet verboten; unter anderen Namen erschien sie bis August 1918. 363

**DATEN AUS DEM LEBEN UND WIRKEN
W. I. LENINS**

(Dezember 1915 bis Juli 1916)

1915

Dezember 1915 bis Lenin lebt in Bern (Schweiz).
Ende Januar 1916

Mitte Dezember Lenin führt eine Beratung der internationalistischen Sozialdemokraten über die Vorbereitung der zweiten Internationalen Sozialistischen Konferenz durch.

29. Dezember Lenin schickt Maxim Gorki das Manuskript der „Neuen Daten
(11. Januar 1916) über die Entwicklungsgesetze des Kapitalismus in der Landwirtschaft“ zwecks Herausgabe des Buches in Petrograd.

29. Dezember 1915 Lenin arbeitet in der Berner und später in der Züricher Bibliothek an dem Buch „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“.
(11. Januar bis
2. Juli 1916)

Dezember Lenin schreibt das Vorwort zu N. Bucharins Broschüre „Weltwirtschaft und Imperialismus“.

Vor dem 3. Lenin weist in einem Brief an die Genfer Sektion der Bolschewiki darauf hin, daß es notwendig ist, die Fälschung der Wahlen zu den „Arbeitergruppen“ bei den Kriegsindustriekomitees in Petrograd durch die Menschewiki in einer besonderen Resolution zu verurteilen.
(16.) Dezember

1916

2. (15.) Januar Lenin leitet eine Sitzung des Büros der Zimmerwalder Linken, in der über die Vertretung der holländischen linken Sozialdemokraten im Büro und über die Herausgabe der Zeitschrift „Vorbote“, des Organs der Zimmerwalder Linken, beraten wird.
12. (25.) Januar Lenin leitet eine Sitzung des Büros der Zimmerwalder Linken, in der Maßnahmen im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Erscheinen der ersten Nummer der Zeitschrift „Vorbote“ beraten werden.
- Nach dem 12. (25.) Januar Lenins Artikel „Der Opportunismus und der Zusammenbruch der II. Internationale“ erscheint in Nr. 1 des „Vorboten“.
17. (30.) Januar Lenin schreibt an die Züricher Sektion der Bolschewiki einen Brief im Zusammenhang mit der bevorstehenden Einberufung des Internationalen Sozialistischen Büros der Jugendorganisationen.
- 23.–27. Januar (5.–9. Februar) Lenin nimmt an einer erweiterten Beratung der Internationalen Sozialistischen Kommission zu Bern teil; er entwirft die Resolution über die Einberufung der zweiten Internationalen Sozialistischen Konferenz und über die Zulassungsbedingungen zu dieser Konferenz.
26. Januar (8. Februar) Lenin spricht auf einer internationalen Kundgebung in Bern über den imperialistischen Krieg und die Aufgaben des Proletariats.
28. Januar (10. Februar) Lenin schreibt den Brief „Über die Aufgaben der Opposition in Frankreich“.
28. oder 29. Januar (10. oder 11. Februar) Lenin übersiedelt von Bern nach Zürich.
- Januar bis Februar Lenin verfaßt die Thesen „Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“. Die Thesen werden im April 1916 in Nr. 2 des „Vorboten“ veröffentlicht.

3. (16.)
Februar Lenin sendet den Auslandssektionen der Bolschewiki eine Information über die erweiterte Beratung der Internationalen Sozialistischen Kommission, die vom 23. bis 27. Januar (5. bis 9. Februar) stattgefunden hat. Er schlägt vor, sich unverzüglich auf die bevorstehende zweite Internationale Sozialistische Konferenz vorzubereiten und die Kräfte der linken Zimmerwalder für die Konferenz zu mobilisieren.
4. (17.)
Februar Lenin hält in Zürich ein Referat mit dem Thema „Zwei Internationalen“.
5. (18.)
Februar Lenins Artikel „Haben das OK und die Fraktion Tschcheidse eine eigene Linie?“ wird in Nr. 50 des „Sozial-Demokrat“ veröffentlicht.
13. (26.)
Februar Lenin hält in Zürich ein Referat mit dem Thema „Die ‚Friedensbedingungen‘ im Zusammenhang mit der nationalen Frage“.
16. (29.)
Februar Lenins Artikel „Über den Frieden ohne Annexionen und die Unabhängigkeit Polens als Tageslosungen in Rußland“ und „Wilhelm Kolb und Georgi Plechanow“ werden in Nr. 51 des „Sozial-Demokrat“ veröffentlicht.
17. Februar
(1. März) Lenin hält das Referat „Die ‚Friedensbedingungen‘ im Zusammenhang mit der nationalen Frage“ in Genf.
- Februar bis März Lenin schreibt den „Brief des Komitees der Auslandsorganisation an die Sektionen der SDAPR“.
- Ende Februar
bis März Lenin schreibt die „Vorschläge des Zentralkomitees der SDAPR an die zweite Sozialistische Konferenz“ (Thesen), läßt die Thesen ins Deutsche und Französische übersetzen und versendet sie an die Auslandssektionen der Bolschewiki und die linken Internationalisten verschiedener Länder. Die Thesen werden am 9. (22.) April in Nr. 4 des Bulletins der Internationalen Sozialistischen Kommission zu Bern veröffentlicht.
- Ende Februar
bis April Lenin schreibt den Artikel „Spaltung oder Verwesung?“.
6. (19.) März Lenin gibt A. M. Kollontai in einem Brief nach Norwegen den Auftrag, die „Internationalen Flugblätter Nr. 1“ mit den Ent-

- würfen der Resolution und des Manifests der Zimmerwalder Linken ins Englische zu übersetzen, in Norwegen herauszugeben und Maßnahmen für die Verbreitung in Amerika, England, Schweden, Norwegen und anderen Ländern zu treffen.
 Lenin schickt die Thesen „Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ nach Norwegen, damit sich die linken Sozialisten Schwedens und Norwegens damit bekannt machen.
- 12. (25.) März** Lenins Artikel „Über das ‚Friedensprogramm‘“ wird in Nr. 52 des „Sozial-Demokrat“ veröffentlicht.
- Nach dem 28. März (10. April)** Lenin schreibt den „Beschlusentwurf des ZK der SDAPR über die Einstellung der Zeitschrift „Kommunist““ angesichts der Meinungsverschiedenheiten unter den Redaktionsmitgliedern über die Frage des Selbstbestimmungsrechts der Nationen.
- März bis Juni** Lenin entlarvt in Briefen an die Bolschewiki im Ausland die parteifeindlichen Auffassungen der Gruppe Bucharin – Pjatakow in der nationalen Frage und deren intrigantes Verhalten gegenüber der zentralen Parteinstanz. In Briefen an Sinowjew kritisiert Lenin dessen Schwankungen in bezug auf die Gruppe Bucharin – Pjatakow.
- 5. (18.) April** Lenin spricht auf einer gemeinsamen Versammlung der Züricher Sektion der Bolschewiki und der polnischen und lettischen internationalistischen Sozialdemokraten „Über die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie in Rußland“.
- 11.–17. (24.–30.) April** Lenin nimmt an der zweiten Internationalen Sozialistischen Konferenz in Kienthal teil; er organisiert und konsolidiert ihren linken Flügel, gehört der Kommission an, die die Stellungnahme zur Einberufung des Internationalen Sozialistischen Büros ausarbeiten soll und spricht einige Male auf der Konferenz.
- Nach dem 15. (28.) Mai** Lenin schreibt einen Brief an A. M. Kollontai zur Frage der Konferenz der Sozialisten der neutralen Länder, die am 26. Juni stattfinden soll.

-
- Nicht vor dem* Lenin entwirft den Plan eines Artikels oder Referats über die
16. (29.) April Ergebnisse der zweiten Internationalen Sozialistischen Konferenz.
- 20. Mai (2. Juni)* Lenin hält in Genf ein Referat mit dem Thema „Zwei Strömungen in der internationalen Arbeiterbewegung“.
- 31. Mai* Lenins Artikel „Über deutschen und nichtdeutschen Chauvinismus“ wird in Nr. 5 (54) der Zeitschrift „Woprossy Strachowanija“ veröffentlicht.
(13. Juni)
- 19. Juni* Lenin beendet die Arbeit an dem Buch „Der Imperialismus als
(2. Juli) höchstes Stadium des Kapitalismus“ und schickt das Manuskript an den Verlag „Parus“.
- Zwischen dem* Lenin übersiedelt in das Bergdorf Flums (unweit Zürichs).
4. und 7. (17.
und 20.) Juli
- 12. (25.) Juli* Lenins Mutter M. A. Uljanowa in Petrograd gestorben.
- Erste Julihälfte* Lenin schreibt die Artikel „Über die Junius-Broschüre“ und „Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung“, die im Oktober 1916 in Nr. 1 des „Sbornik Sozial-Demokrata“ veröffentlicht werden.

INHALTSVERZEICHNIS

<i>Vorwort</i>	VII-VIII
------------------------	----------

1914-1915

Neue Daten über die Entwicklungsgesetze des Kapitalismus in der Landwirtschaft. I. Folge. Kapitalismus und Landwirtschaft in den Vereinigten Staaten von Amerika	1-100
1. Allgemeine Charakteristik der drei Hauptgebiete. Das Kolonisationsgebiet im Westen und die Homesteads	7
2. Der industrielle Norden	11
3. Der ehemals sklavenhaltende Süden	13
4. Die Durchschnittsgröße der Farmen. Die „Zersetzung des Kapitalismus“ im Süden	16
5. Der kapitalistische Charakter der Landwirtschaft	22
6. Die Gebiete der intensivsten Landwirtschaft	27
7. Maschinen und Lohnarbeit in der Landwirtschaft	34
8. Die Verdrängung der Kleinbetriebe durch die Großbetriebe Die Größe der Anbaufläche	40
9. Fortsetzung. Angaben über den Wert der Farmen	47
10. Die Unzulänglichkeit der üblichen ökonomischen Forschungsmethoden. Marx über die Besonderheiten der Landwirtschaft	51

11. Ein genauerer Vergleich der landwirtschaftlichen Klein- und Großbetriebe	59
12. Die verschiedenen Betriebstypen in der Landwirtschaft	67
13. Wie die Verdrängung des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs durch den Großbetrieb bagatellisiert wird	73
14. Die Expropriation der kleinen Landwirte	81
15. Vergleichende Darstellung der Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft	89
16. Ergebnisse und Schlußfolgerungen	97
Vorwort zu N. Bucharins Broschüre „Weltwirtschaft und Imperialismus“	101–106
Der Opportunismus und der Zusammenbruch der II. Internationale	107–119
I	107
II	111
III	113
1916	
Entwurf eines Beschlusses über die Einberufung der zweiten Sozialistischen Konferenz	120
Zur Konferenz am 24. April 1916. Delegations-Antrag	121
Rede auf der internationalen Kundgebung in Bern, 8. Februar 1916	122–125
Über die Aufgaben der Opposition in Frankreich (Brief an den Genossen Safarow)	126–130
Haben das OK und die Fraktion Tschcheidse eine eigene Linie?	131–137
Über den Frieden ohne Annexionen und die Unabhängigkeit Polens als Tageslosungen in Rußland	138–141
Wilhelm Kolb und Georgi Plechanow	142–143
Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen (Thesen)	144–159
1. Imperialismus, Sozialismus und Befreiung der unterdrückten Nationen	144

2. Die sozialistische Revolution und der Kampf um die Demokratie	145
3. Die Bedeutung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen und seine Beziehung zur Föderation	147
4. Die proletarische, revolutionäre Fragestellung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen	148
5. Marxismus und Proudhonismus in der Nationalfrage	150
6. Drei Typen von Ländern in bezug auf das Selbstbestimmungsrecht der Nationen	152
7. Der Sozialchauvinismus und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen	154
8. Die konkreten Aufgaben des Proletariats in der nächsten Zukunft	155
9. Die Stellungnahme der russischen und polnischen Sozialdemokratie und der zweiten Internationale zum Selbstbestimmungsrecht der Nationen	156
Brief des Komitees der Auslandsorganisation an die Sektionen der SDAPR	160-163
Über das „Friedensprogramm“	164-171
Vorschläge des Zentralkomitees der SDAPR an die zweite Sozialistische Konferenz	172-183
Spaltung oder Verwesung?	184-185
Über deutschen und nichtdeutschen Chauvinismus	186-188
Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriss	189-309
Vorwort	191
Vorwort zur französischen und deutschen Ausgabe	193
I	193
II	194
III	195
IV	196
V	197

I. Konzentration der Produktion und Monopole	200
II. Die Banken und ihre neue Rolle	214
III. Finanzkapital und Finanzoligarchie	229
IV. Der Kapitalexport	244
V. Die Aufteilung der Welt unter die Kapitalistenverbände ..	250
VI. Die Aufteilung der Welt unter die Großmächte	258
VII. Der Imperialismus als besonderes Stadium des Kapitalismus	269
VIII. Parasitismus und Fäulnis des Kapitalismus	280
IX. Kritik des Imperialismus	290
X. Der Platz des Imperialismus in der Geschichte	304
Über die Junius-Broschüre	310-325
Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung	326-368
1. Sozialismus und Selbstbestimmung der Nationen	327
2. Ist die Demokratie unter dem Imperialismus „durchführbar“?	332
3. Was sind Annexionen?	334
4. Für oder gegen Annexionen?	337
5. Warum ist die Sozialdemokratie gegen Annexionen?	342
6. Kann man in dieser Frage die Kolonien „Europa“ gegenüber-	
stellen?	344
7. Marxismus oder Proudhonismus?	347
8. Das Besondere und das Gemeinsame in der Stellung der hollän-	
dischen und der polnischen internationalistischen Sozialdemo-	
kraten	355
9. Ein Brief Engels' an Kautsky	359
10. Der irische Aufstand 1916	361
11. Schluß	366
<i>Anmerkungen</i>	369-388
<i>Daten aus dem Leben und Wirken W. I. Lenins</i>	389-395

ILLUSTRATIONEN

Umschlag von W. I. Lenins Buch „Neue Daten über die Entwicklungsgesetze des Kapitalismus in der Landwirtschaft. I. Folge. Kapitalismus und Landwirtschaft in den Vereinigten Staaten von Amerika“ – 1917	3
Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript „Vorschläge des Zentralkomitees der SDAPR an die zweite Sozialistische Konferenz“ – Februar–März 1916	173
Umschlag von W. I. Lenins Buch „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ – 1917	190–191
Erste Seite von W. I. Lenins Manuskript „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ – Januar–Juni 1916	198–199